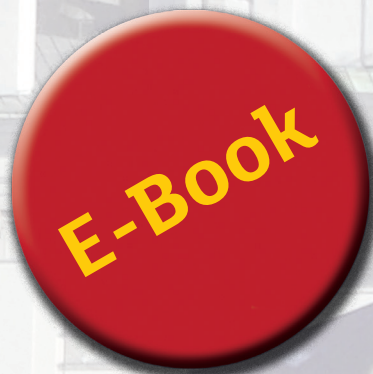


Walter Thaler

# Mut und Wille

Salzburgs Sozialdemokratie

1960–2010



*nap* new academic press

Walter Thaler  
unter Mitarbeit von Christian Dirninger

**Mut und Wille**

Salzburgs Sozialdemokratie 1960–2010



Walter Thaler  
unter Mitarbeit von Christian Dirninger

# Mut und Wille

Salzburgs Sozialdemokratie 1960–2010

BRAUMÜLLER



Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft  
und Forschung, der Salzburger Landesregierung,  
der Paris-Lodron-Universität Salzburg, Wüstenrot und  
des Karl-Steinocher-Fonds.

### **Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Printed in Hungary

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung  
sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgend-  
einer Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne  
schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwen-  
dung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder  
verbreitet werden.

© 2010 by Wilhelm Braumüller  
Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.  
A-1090 Wien  
<http://www.braumuellner.at>

ISBN 978-3-7003-1735-7 - E-Book © 2017 ISBN 978-3-7003-2006-7

Druck: Prime Rate

# Inhalt

<i>Vorwort von Anton Pelinka</i> .....	VIII
<i>Vorwort von Walter Thaler</i> .....	X
<b>Vorspann: Das Problem der Periodisierung</b> .....	1

## Kapitel 1

### 50 Jahre wechselvoller Geschichte

<b>Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei: 1960–2010</b> .....	3
1. Parteien – im Alltag präsent, in der Verfassung unbekannt .....	3
2. SPÖ gestern und heute – eine Gegenüberstellung .....	6
3. Die Entprovinzialisierung der SPÖ in den sechziger Jahren .....	8
4. Das stabile Dreiparteiensystem der sechziger und siebziger Jahre .....	13
5. Die Partei hört auf Heimat zu sein .....	16
6. Die These vom Ende der Sozialdemokratie .....	19
7. Der Aufbruch der Frauen: Mauerblümchen, Quoten- und Powerfrauen .....	22
8. Das Ende des klassengebundenen Wählens .....	24
8.1. Das Schrumpfen der Kerntruppen .....	24
8.2. Geschlecht und Alter bestimmen das Wahlverhalten .....	26
8.3. Volksparteien oder was? .....	28
9. Die Partei(en) in der Medienfalle .....	30
10. Die SPÖ in der Globalisierungsfalle .....	31
11. Personenkult statt politisches Projekt? .....	34
12. Die SPÖ und die Wirtschaft (von Christian Dirninger) .....	35
13. Von der Mitglieder- zur Wähler- und Fraktionspartei .....	43
14. Die Direktwahl der Bürgermeister und das Zerbröseln politischer Bastionen .....	46
15. Vom Proporz zur Konkurrenzdemokratie – ein demokratiepolitischer Durchbruch .....	49
16. Die sieben dünnen Jahre – die SPÖ in Opposition auf Bundesebene .....	51

## Kapitel 2

### Die Parteivorsitzenden

<b>Karl Steinocher (1966–1978): Weichenstellungen in die neue Zeit (Christian Dirninger)</b> .....	57
1. Dimensionen des Wandels .....	57
2. Der politische Lebenslauf .....	59
3. Traditionen und Reformbedarf im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren .....	60
4. Die Landtagswahl 1964 .....	65
5. Parteipolitische Weichenstellungen am Beginn der „Ära Steinocher“ ..	68
6. Landespolitische Schwerpunktsetzungen .....	73
7. Die Landtagswahl 1969 – der Landeshauptmann in greifbarer Nähe ..	78
8. Herausforderungen und Akzentsetzungen in den frühen 1970er Jahren .....	80
9. Die Landtagswahl 1974 und die Strategie der „konstruktiven Opposition“ im Landtag .....	84
10. Wachsende innerparteiliche Kritik und der Rücktritt Steinochers .....	89

**Herbert Moritz (1978–1984):**

<b>Öffnung zur bürgerlichen Mitte und Demokratisierung der Kultur</b> . . . . .	95
1. In den Schuhen des Großvaters . . . . .	95
2. Der milieufremde Intellektuelle in der Parteizeitung . . . . .	99
3. Von der schreibenden Existenz in die Regierung . . . . .	102
4. Die Öffnung der SPÖ zur bürgerlichen Mitte . . . . .	109
5. Die Stadt Salzburg als Seismograf politischer Umbrüche . . . . .	111
6. Der Erfolg bei der ersten Wahl . . . . .	115
7. Die Erosion des Parteiengefüges durch die Stadtwahl 1982 . . . . .	119
8. Die Ernüchterung . . . . .	122
9. Der krönende Abschluss: Minister für Unterricht und Kunst . . . . .	125
10. Markenzeichen: Geradlinigkeit und Grundsatztreue . . . . .	128

**Wolfgang Radlegger (1984–1989):**

<b>Das tragische Scheitern des Hoffnungsträgers</b> . . . . .	132
1. Von Buenos Aires nach Grödig . . . . .	132
2. Der politische Raketenstart . . . . .	136
3. Mit 32 Jahren jüngster Landesrat . . . . .	142
4. Den Landeshauptmann im Visier . . . . .	145
5. Reschens triumphaler Erfolg bei der Stadtwahl 1987 . . . . .	152
6. 1989 – das Schreckensjahr der Salzburger SPÖ . . . . .	153
7. Das zweite Leben: Manager bei Wüstenrot . . . . .	164

**Gerhard Buchleitner (1989–2001):**

<b>Durchs Tal der Tränen zum Erfolg</b> . . . . .	169
1. Ein Kärntner in der Salzburger Stadtpolitik . . . . .	169
2. Buchleitner als Landespolitiker . . . . .	173
3. Die Serie von Krisen . . . . .	177
a. Der Rücktritt des Bürgermeisters Josef Reschen . . . . .	177
b. Das Waterloo der Stadtwahl 1992 und die Folgen . . . . .	179
c. Die Urabstimmung über den Parteichef . . . . .	186
d. Die Landtagswahl 1994 . . . . .	187
e. Der Kinderfreunde-Skandal und die AK-Krise . . . . .	192
4. Buchleitners Konsolidierungskurs . . . . .	193
5. Mut zu Verfassungsreformen . . . . .	196
a. Die Einführung der Bürgermeisterdirektwahl . . . . .	196
b. Die Verfassungsreform 1998 . . . . .	197
c. Wählen mit 16 – das Bohren von harten Brettern . . . . .	199
6. Die Sensation: die Erfolge bei der Landtagswahl und der Stadtwahl 1999 . . . . .	199
a. Die Landtagswahl 1999 . . . . .	199
b. Die Stadtwahl 1999 . . . . .	203
7. Die Stafette geht an Gabi Burgstaller . . . . .	205

**Gabi Burgstaller (ab 2001):**

<b>Die „rote Gabi“ schafft den Wechsel</b> . . . . .	210
1. Ein „window of opportunity“ bringt frische Luft ins Salzburger Klima . . . . .	210
2. Der Klubvorsitz als Sprungbrett . . . . .	213
3. Als erste SPÖ-Frau in der Landesregierung . . . . .	214
4. Die „rote Gabi“ schafft den Wechsel . . . . .	220
5. Das BAWAG-Debakel und die Nationalratswahl 2006 . . . . .	227
6. Personeller Umbau, Rückschläge und Krachen im Koalitionsgebälk . . . . .	228
7. Landtagswahl 2009: das Halten der Poleposition . . . . .	235
8. Burgstallers Erfolg: Trennlinien der Gesellschaft wurden weicher . . . . .	244

<b>Exkurs:</b>	
<b>Othmar Raus – der ideale zweite Mann</b> .....	247
1. Noch ein Oberösterreicher in Salzburg .....	247
2. Vom kämpferischen Klubchef zum moderaten Landesrat .....	249
3. Der Krisenmanager .....	252
4. Der Rücktritt vom Rücktritt .....	256
5. Ein Abschied in Ehren .....	258

## **Kapitel 3**

### **Parteien in der Krise**

1. Das Schrumpfen der Großpartei(en) .....	261
2. Politik als Showbusiness .....	265
3. Die Sinnkrise der Sozialdemokratie .....	267
a. Die Entkoppelung .....	267
b. Die zunehmende Organisationsschwäche .....	268
c. Der Sinnverlust .....	270
d. Die Repräsentationslücke .....	271
e. Die Politik als Abschied vom Leben .....	272
4. Berufspolitiker als Ursache der Politikerverdrossenheit? .....	274
5. Die Partei ohne Nachwuchs .....	276
6. Ethos und Kampagnen .....	284
7. Strategie ohne Werte oder Werte ohne Strategie? .....	287

## **Kapitel 4**

### **Links – eine erstrebenswerte Vision**

1. Möglichkeiten für eine zukunftsorientierte linke Politik .....	291
2. Netzwerkpartei als Antwort auf die Ideologiekrise? .....	295
3. Die Zukunftsfähigkeit der Salzburger Sozialdemokratie .....	299

## **Kapitel 5**

### **Tabellen**

1. Landesparteivorsitzende, Landesparteisekretäre und Landesfrauenvorsitzende der Salzburger SPÖ .....	307
2. Die SPÖ-Abgeordneten im Nationalrat seit 1945 .....	308
3. Die SPÖ-Abgeordneten zum Bundesrat ab 1945 .....	308
4. SPÖ-Frauen im Salzburger Landtag (2. Republik) .....	309
5. Die SPÖ-Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg .....	310

## **Anhang**

1. Verzeichnis der Tabellen und Diagramme .....	311
a. Tabellen .....	311
b. Diagramme .....	311
2. Literatur- und Quellenverzeichnis/Internet .....	312
3. Bildnachweis .....	320
4. Abkürzungsverzeichnis .....	321
5. Personenregister .....	322



## Vorwort von Anton Pelinka

Walter Thaler hat, unter Mitarbeit von Christian Dirninger, ein Buch geschrieben, das eine Doppelrolle, eine doppelte Identität spiegelt: Thaler, der Politikwissenschaftler, und Thaler, der Politiker, ergänzen einander. Der Politikwissenschaftler sorgt für das Instrumentarium und den analytischen Blick. Der Politiker sorgt für die Innensicht der Dinge. Und so kommt ein Buch zustande, das ein halbes Jahrhundert regionale Partei- und Landesgeschichte beinhaltet: Die Sozialdemokratie in Salzburg in den Jahrzehnten eines Auf und Ab, bis – 2004 – die SPÖ zur Nummer eins des Landes werden sollte.

Thaler sieht dies – und das ist eben auch Ausdruck seines dualen Zugangs als politologischer Analytiker und als politischer Praktiker – weder als linearen, quasi geschichtsnotwendig vorgeschriebenen Aufstieg; noch als Garantie für eine erfolgreiche Zukunft der Partei. Zu sehr sieht er die Fallen, die da lauern: die Globalisierungsfalle, die der Politik generell Gestaltungsmöglichkeit entzieht; die Medienfalle, die – entsprechend dem Satz „The Medium is the Message“ – aus einem Mittel, einem Instrument, den eigentlichen Zweck macht; und den allgemeinen Abstieg der Mobilisierungskraft von Parteien überhaupt. Die Geschichte ist auch in Salzburg nicht an einem Endpunkt angelangt. Sie ist in die Zukunft völlig offen. Und deshalb ist Thaler auch zu Recht vorsichtig mit Prognosen.

Gerade diese Offenheit macht den Wert des Buches aus. Gegliedert in Perioden, die sich an den fünf Parteivorsitzenden von Steinocher bis Burgstaller orientieren, ist das Buch eine höchst informative Partei-, aber eben auch Landesgeschichte. Für Salzburger und mehr noch für Nicht-Salzbürger, die – in grober Vereinfachung – dazu tendieren mögen, Salzburg als quasi „erkonservatives“ Land zu sehen, hilft Thalers Buch, ihre Perspektiven zu erweitern. Denn Salzburg war und ist komplexer als es – etwa aus Wiener Sicht – den Anschein haben mag: Da sind die indirekt auch im politischen Verhalten zu beobachtenden Wunden von Reformation und Gegenreformation; da ist die überraschende regionale Divergenz, die sich etwa in der traditionellen Stärke der Sozialdemokratie in Teilen des Pinzgaus äußert; da sind die in wohl keinem anderen Land so stark ausgeprägten Widersprüche zwischen einer mit elitärer Hochkultur identifizierten Stadt und einem auch von traditioneller Industrie (etwa in Hallein oder in Bischofshofen) geprägten Land; da sind die Nachwirkungen des Nationalsozialismus, die sich gerade auch in Salzburg quer zum traditionellen Gegensatz zwischen katholisch-konservativ und sozialdemokratisch legen; und da ist die Pionierrolle, die Salzburg – gemeinsam mit Tirol – bei der Reform der Landesverfassung, bei der Abkehr von der traditionellen Form der Konzentrationsregierung gespielt hat.

Alles das zeigt, dass Salzburg nicht den Klischees entspricht, die manchmal auch von Salzburg aus gepflegt werden; alles das zeigt, dass Salzburg keineswegs ein für die Sozialdemokratie grundsätzlich verschlossenes Terrain war und ist – aber eben auch, dass der Erfolg von 2004, als die SPÖ zur Partei der Landeshauptfrau wurde, nicht als dauerhaft gesehen werden darf; eben nicht als Erfolg, der eine stabile konservative durch eine ebenso stabile sozialdemokratische Hegemonie ersetzt hätte. Denn nicht Stabilität, sondern Bewegung und Offenheit, das ist die Lehre, die aus einem halben Jahrhundert Geschichte gezogen werden muss.

*Budapest und Wien, Anfang 2010*

*Anton Pelinka*

## Vorwort von Walter Thaler

*Die Parteien und ihr Zustand, ihr Erscheinungsbild  
und ihr Stellenwert – bedeuten im Guten wie im Schlechten  
das Schicksal unserer Demokratie*  
(Wolfgang Radlegger)

Seit der langjährige Kulturlandesrat und spätere Präsident der Salzburger Festspiele, Josef Kaut, sein Buch „Der steinige Weg“ herausgebracht hat, ist die Geschichte der Salzburger Sozialdemokratie nicht mehr in einer Monografie behandelt worden. In diversen Publikationen wurde auch die Sozialdemokratie als wesentliche Mitgestalterin der Geschichte des Landes Salzburg dargestellt, aber ihre historische Darstellung blieb ein halbes Jahrhundert ein Desiderat. Keineswegs soll jedoch mit diesem Buch der Versuch unternommen werden, die Landespolitik der letzten 50 Jahre, nun, da die Sozialdemokraten seit der Landtagswahl 2004 die Mehrheit errungen haben, umzuschreiben. Es geht nicht um Heldenverehrung, sondern um eine kritische Würdigung der Salzburger SPÖ in den letzten 50 Jahren.

Auf die Verlässlichkeit der Wählerschaft vergangener Jahrzehnte darf keine politische Partei mehr hoffen. Wählerströme wogen gezeitenartig, einmal treiben sie eine Partei an die Gestade der Macht, das nächste Mal reißen sie ihre politischen Proponenten wieder hinaus in die Bedeutungslosigkeit. Bei der Landtagswahl 1969 lag die SPÖ Salzburg mit 40,4% nur mehr um 0,3% hinter der stets führenden ÖVP. In der Folge verlor sie stets an Unterstützung, weshalb sie 1994 nur mehr 27,1% erreichte. Eine Woge des Erfolges mit der neuen Spitzenkandidatin Gabi Burgstaller trug sie jedoch 10 Jahre später zu triumphalen 45,4% und zur Erringung der Landeshauptmann(frau) position.

Wo liegen die Ursachen: Sind Erfolge stets auf das Konto des Spitzenkandidaten/der Spitzenkandidatin und Misserfolge auf bundespolitische Ursachen zurückzuführen? Sind es Charisma und Leutseligkeit, welche die Herzen der Menschen öffnen oder sind es sachpolitische Entscheidungen? Ist es der Zusammenstoß von Zufälligkeiten, die angesichts der späten Fixierung der WählerInnen auf eine Partei einen Wahlsieg als bloßes Zufallsresultat ergeben? Sind es die besseren Inszenierungen einer Partei, welche die Menschen ihr Kreuzchen in der Wahlzelle machen lassen und haben die Massenmedien mit ihren mehr oder weniger versteckten Manipulationen einen Einfluss?

Eindeutig ist, dass die Zeiten starrer Wählerblöcke vorbei und neue Programme und Persönlichkeiten gefragt sind. Ebenso deutlich lässt sich erkennen, dass für Landesparteien die bundespolitische Regierungskonstellation Vor- und Nachteile bringen kann. Es lässt sich leichter politisches Kleingeld münzen, wenn man auf die Bundespolitik einschlagen kann.

Gerade die politische Entwicklung Österreichs seit den frühen sechziger Jahren hat einige damals unvorhergesehene Veränderungen gebracht, die auch auf Landesebene einer Analyse bedürfen. Die Gesellschaft hat sich seither maßgeblich verändert. Das bipolare System zweier Lager – auf der einen Seite das konservativ-klerikale Bürgertum und das Bauerntum auf dem Lande, auf der anderen Seite die organisierte Arbeiterschaft in den größeren Städten – hat sich aufgelöst. Aus dem überschaubaren Parteiensystem, das auf den zwei Großparteien ÖVP und SPÖ beruht und in dem die FPÖ als Puffer die oft nötige Elastizität verschaffte, ist ein Vier-Parteiensystem (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) geworden, zu dem sich auf Bundesebene noch der FPÖ-Ableger BZÖ gesellt hat. Die in der Politikwissenschaft als „Versäulung“ bezeichnete Bindung der Menschen an eine Partei ist durch die Individualisierung der Lebensstile und den Drang nach persönlicher Selbstverwirklichung hinter den vormals vorrangig geltenden Pflicht- und Akzeptanzwerten zurückgetreten. Die sozialen Bindungen haben sich abgeschwächt, die Parteibindungen sind im Schwinden begriffen. Die Folge ist, dass die Wählerschaft sich einmal dieser, einmal jener Partei zuwendet.

Diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen haben die Parteien gezwungen, entsprechend darauf zu reagieren. Schon Anfang der siebziger Jahre hat der amerikanische Journalist David S. Broder mit seinem Buch „The Party’s over“ das Ende der Parteien prophezeit. Doch auch die Wiederbelebung der Parteien wurde als Gegenthese vertreten. So nannte Larry S. Sabato sein Buch Ende der achtziger Jahre „The party’s begun“. Wahrscheinlich haben beide Recht, denn einerseits sind die Parteien von damals nicht mehr mit den heutigen zu vergleichen, zum anderen zeigt sich, dass – trotz sinkender Wahlbeteiligung und zunehmender Parteien- und Politikverdrossenheit – die Menschen bereit sind, Parteien ihr Vertrauen zu schenken und Regierungen abzuwählen, was nach Karl Popper die wirkliche Stärke der demokratischen Staatsform darstellt.

Die Geschichte der Salzburger Sozialdemokratie in den letzten 50 Jahren war eine abwechslungsreiche. In diesem Buch geht es jedoch nicht darum, mit möglichst vielen Daten und Fakten nur Historiker oder Politologen als Leser zu gewinnen. Im Vordergrund stehen vier ganz andere Zielsetzungen:

Es wird versucht, die strukturelle Veränderung der sozialdemokratischen Partei Salzburgs in den letzten fünf Jahrzehnten im Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen Veränderungen zu beleuchten.

Das Buch soll „Geschichte und Geschichten“ vermitteln, d. h. in Form einer geschehens- und personenzentrierten Darstellung die letzten 50 Jahre wieder lebendig werden lassen.

Im Vordergrund stehen die führenden Persönlichkeiten mit ihren oft sehr unterschiedlichen Zugängen zur Politik und teils sehr gegensätzlichen Eigenschaften und Wirkungen auf die Menschen. Denn das Bild einer Partei wird von Persönlichkeiten geprägt.

Das Buch soll für jeden politisch Interessierten lesbar sein, d. h. auch für jene, die mit politikwissenschaftlicher Literatur und ihrer Terminologie sowie mit dem solchen Büchern innewohnenden technischen Stil nicht vertraut sind.

Es wurde aber auf den Versuch verzichtet, die Biografien der führenden Persönlichkeiten der Salzburger SPÖ, die in den letzten fünfzig Jahren eine bedeutsame Rolle gespielt haben, in allen ihren Facetten darzustellen. Es geht vielmehr darum, sie als die Speerspitze der politischen Gruppierung zu zeigen. An ihnen wird am ehesten der Erfolg oder der Misserfolg eines politischen Zeitabschnittes erkennbar. Dennoch wäre es ein großer Irrtum zu glauben, dass Politik nur von den Führungspersönlichkeiten gemacht wird. Es bedarf dazu vieler, auf die sie sich stützen kann. Die Geschichte einer Partei ist aber mehr noch als die Geschichte des Einzelnen, um ein Wort von Karl Marx zu verwenden, nicht eine selbst gewählte oder selbst geformte, sondern sie geschieht weitgehend aufgrund vorgefundener, oft auch von außen oder von den politischen Konkurrenten aufgezwungener Umstände.

Der Vorteil des Verfassers ist, dass er nicht nur als Politologe, sondern auch als politischer Mitgestalter sozialdemokratischen Wirkens in Salzburg an die Aufgabe herangegangen ist. Er hat seit 40 Jahren Erfahrungen mit dem Innenleben der Salzburger SPÖ gesammelt. Als Ortsparteivorsitzender, Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Zweiter Präsident des Landtages, Klubvorsitzender im Landtag und stellvertretender Landesparteivorsitzender kennt er nicht nur alle im Buch dargestellten Parteivorsitzenden (Steinocher, Moritz, Radlegger, Buchleitner und Burgstaller) persönlich, sondern hat auch intensiv mit ihnen zusammengearbeitet.

Als Nachteil des Verfassers mag gelten, dass ihm wegen seiner parteipolitischen Zugehörigkeit und seinen politischen Funktionen eine subjektive Sicht vorgeworfen werden kann. Es geht in diesem Buch vor allem um die Innenansicht einer Landespartei, nicht um Legendenbildungen. Trotz seines vier Jahrzehnte währenden Engagements für die Salzburger SPÖ hat der Verfasser genügend politikwissenschaftliche Praxis und Abstand zum aktuellen Geschehen, um eine vorurteilsfreie Analyse zu wagen, wenngleich eine positive Grundhaltung zur Sozialdemokratie natürlich gegeben ist. Wenn manchmal Kritik durchscheint, dann aus Sorge über manche gegenwärtigen Entwicklungen. Auch sollte die Aufhellung von Fakten verhindern, dass sich Fehler wiederholen.

Christian Dirninger sei herzlich gedankt, weil er als Wirtschaftshistoriker der Universität Salzburg und Mitglied des Kuratoriums des Karl-Steinocher-Fonds den ersten der hier porträtierten Parteivorsitzenden und die Rolle der Salzburger Sozialdemokratie beim wirtschaftlichen Aufschwung des Bundeslandes Salzburg kenntnisreich dargestellt hat.

## Das Problem der Periodisierung

Die Darstellung der Geschichte einer Landespartei während eines halben Jahrhunderts wirft zunächst das Problem der Periodisierung auf. Die Frage ist berechtigt, warum dieser Ausschnitt der Biografie einer Partei ausgerechnet mit dem Jahr 1960 beginnt. Dafür lässt sich eine Reihe von Gründen anführen:

1. Fünfzehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und fünf Jahre nach dem Verlassen der Besatzungstruppen hatte sich das Land grundlegend stabilisiert und die Wunden des Naziregimes und der Kriegszeit waren weitestgehend geheilt. Der wirtschaftliche Aufschwung ließ die Menschen in eine positive Zukunft blicken.
2. Der Abschluss der Konkordatsfrage im Jahr 1960 brachte die bisherige Barriere zwischen Kirche und Sozialismus zum Einsturz. Dies war für ein so katholisch geprägtes Bundesland wie Salzburg von besonderer Bedeutung. „Man konnte ... politisch links organisiert und gleichzeitig katholisch sein“, charakterisiert Anton Pelinka in seiner politischen Autobiografie „Nach der Windstille“ die damals neue Grundhaltung der Sozialdemokraten.
3. In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts waren zwar noch die alten Granden der SPÖ-Parteiführung in Aktion (Franz Peyerl, Sepp Weißkind, Josef Kaut), aber es kündigte sich bereits der Generationenwechsel an und Mitte des Jahrzehnts (1966) traten mit Karl Steinocher als Landesparteiobmann und Josef Brunauer als Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte die neuen mächtigen Männer an die Spitze.
4. In den sechziger Jahren kam auch die bisher fest gefügte Ordnung der Großen Koalition auf Bundesebene ins Wanken, als 1966 die ÖVP die absolute Mehrheit errang und eine Alleinregierung bildete. Dieser Paradigmenwechsel führte auch auf Landesebene zu einer politischen Klimaveränderung.
5. Der wohl gewichtigste Grund für die zeitliche Grenzziehung aber ist, dass die seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts führenden Köpfe der Salzburger SPÖ (Karl Steinocher, Herbert Moritz, Wolfgang Radlegger, Gerhard Buchleitner und Gabi Burgstaller) als Gewährspersonen noch zur Verfügung stehen, was außerhalb des dokumentarischen Materials einen Blick hinter die Kulissen des Parteilebens ermöglichte.

In den vergangenen fünf Jahrzehnten haben sich nicht nur die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in einem Ausmaß zum Besseren gewandelt, sondern hat sich mit dem Zusammenbruch des Ost-West-Konfliktes auch eine neue Positionierung der Parteienlandschaft

ergeben. Der durch den Wohlstand und den Abbau von Klassenschranken ausgelöste Wertewandel hat die groben Differenzen zwischen den Parteien verwischt.

Der Verfasser hatte Zweifel daran, ob es sinnvoll ist, die Geschichte der politischen Organisation eines Bundeslandes in Perioden zu gliedern. Salzburg ist zu klein, um von der Bundespolitik abgekoppelte Entwicklungen zu nehmen. Zudem hat das politische System zwischen 1949 und 1999 durch die Verfassungsrealität der Proporzregierungen keine Brüche erfahren. Was jedoch radikal in den 50 Jahren seit 1960 ins Auge sticht, war der gesellschaftliche Wandel und die Entstehung neuer parteipolitischer Gruppierungen.

Will man die Geschichte der Sozialdemokratie in Salzburg während der vergangenen fünf Jahrzehnte zwischen 1960 und 2010 nicht als chronologischen Fluss der Ereignisse darstellen, so ergeben sich im Wesentlichen drei Möglichkeiten:

1. Man wählt eine kleinperiodige Einteilung, indem die Landtagswahlen mit ihren Ergebnissen als Grundstruktur für die chronologische Abfolge verwendet werden.
2. Man versucht, die gestiegene Dynamik der Veränderung innerhalb des Wesens politischer Parteien aufgrund des gesellschaftlichen Wertewandels, des Medienwandels und des Politikwandels zu veranschaulichen.
3. Man benutzt als Einteilung die Abfolge der Parteivorsitzenden, weil sie durch ihre Persönlichkeit zum einen der Partei ihren Stempel aufprägen und zum anderen angesichts der steigenden Bedeutung des Faktors mediale Wirksamkeit die Partei zu Erfolgen oder Misserfolgen führen. Die Periodisierung nach den Parteivorsitzenden dient auch als Selektionshilfe zur Veranschaulichung der komplexen politischen Entwicklungen.

Parteigeschichte lässt sich nicht mehr eindimensional und in einem kontinuierlichen Ablauf darstellen, dazu sind die gesellschaftlichen Strukturen, die Politikfelder zu ausgefächert. Daher wurde versucht, die Vielstimmigkeit der Entwicklungen, die gesellschaftspolitischen Veränderungen und die wichtigsten „Vorarbeiter“ der Salzburger Sozialdemokraten in Form von historisch-politischen Porträts darzustellen.

Deshalb hat sich der Verfasser für eine Mischung der Variante 2 und 3 entschieden. Denn einerseits kann die Geschichte einer Partei nicht ohne die neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beschrieben werden. Andererseits sind Parteien keine abstrakten Institutionen, sondern entfalten ihre Wirkungskraft aus der gesellschaftlichen Gestaltungsmacht ihrer Führungspersönlichkeiten.

# Kapitel 1

## 50 Jahre wechsellvoller Geschichte Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei: 1960–2010

*Sozialdemokratie:  
Ich verstehe darunter zunächst eine politische Haltung,  
die die entschiedene Verteidigung von Rechtsstaat und  
Demokratie mit dem ausgeprägten Sinn für die  
Benachteiligten und Schwachen verbindet.*  
(Ralf Dahrendorf)

### 1. Parteien – im Alltag präsent, in der Verfassung unbekannt

Parteien sind in einer repräsentativen Demokratie von überragender Bedeutung. Dies führt allerdings verstärkt dazu, dass die Menschen sich von den herrschenden Parteien monopolisiert fühlen, wodurch eine immer größere Parteien- und Politikverdrossenheit erzeugt wird. Dabei sind in der österreichischen Verfassung Parteien als Transmissionsriemen zwischen BürgerInnen und staatlichen Einrichtungen gar nicht enthalten. Sie sind allerdings erforderlich zur Bündelung der Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsschichten.

Wo also liegen die Ursprünge und was sind die Kennzeichen von Parteien im Allgemeinen und der Sozialdemokratie im Besonderen<sup>1</sup>:

- Parteien organisieren sich um gesellschaftliche Zielvorstellungen.
- Sie repräsentieren immer Teilinteressen und streben doch danach, ihre Partikularinteressen als allgemeine Interessen durchzusetzen.
- Parteien sind umso schlagkräftiger, je homogener sie sind und je authentischer sie ihre Interessen vertreten<sup>2</sup>.
- Im Unterschied zu anderen Interessensorganisationen streben Parteien immer nach Macht innerhalb des politischen Systems.
- Dazu bedarf es einer möglichst großen Anzahl an Mitgliedern, Funktionären und Sympathisanten. Daher zielen Parteien immer darauf ab, Mitglieder wie Anhänger für ihre Programmatik zu mobilisieren. Sie bilden also eine wichtige Rekrutierungsbasis für das politische Personal.
- Parteien sind aber nicht nur Gesinnungsgemeinschaften, denn sie haben auch ein besonderes Interesse an sich selbst. Ihre Hauptaufgabe



- sehen die führenden Funktionäre vor allem im Erhalt ihrer Position und Stärke auf dem politischen Markt. Hauptziel ist, die politischen Konkurrenten von der Macht fernzuhalten oder zumindest einzuschränken bzw. neue politische Bewegungen zu verhindern, indem man ihre Zielvorstellungen rechtzeitig vereinnahmt.
- Der einzelne Wähler hat in der repräsentativen Demokratie keinen Einfluss darauf, wer ihn in den Parlamenten tatsächlich vertritt. Denn die Entscheidung über sichere Listenplätze von Abgeordneten treffen sowohl auf Landesebene als auch in den Bezirken einige wenige Parteifunktionäre, die dann zumeist selbst die Positionen in den Parlamenten einnehmen.
  - Die Partei positioniert ihre wichtigsten Funktionäre in allen entscheidenden Gremien und in Wirtschaftspositionen. Damit macht sie diese Funktionsträger aber auch von der Partei abhängig und gefügig.
  - Seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes haben in Österreich im Wesentlichen drei politische Lager bestanden: das klerikal-konservative Lager (ÖVP), das egalitär-sozialdemokratische Lager (SPÖ) und das liberal-deutschnationale Lager (FPÖ).
  - Die Sozialisten (Sozialdemokraten) hielten in Österreich in der Ersten Republik ihre Arbeiterkultur der „kulturellen Arroganz und Ausschließlichkeit des Bürgertums“<sup>3</sup> entgegen. Gegen bürgerliche Dekadenz und die Bildung von Eliten durch Macht setzten sie den Glauben an die Macht der Bildung und den Kult des freien, gesunden Körpers.
  - Der Aufstieg der Sozialdemokratie zur Massenpartei und zum zweitstärksten Lager mit ihren Vorfeldorganisationen in der Zweiten Republik konnte ein wesentliches Defizit in den westlichen Bundesländern nicht verdecken: nämlich das Fehlen einer Strategie zur politischen Machtübernahme. Im Grunde vertrauten die führenden Funktionäre der Sozialdemokratie immer noch auf den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und kämpften mit parlamentarischen Mitteln um die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit<sup>4</sup>.
  - Parteien entwickeln sich immer entlang von gesellschaftlichen Bruchlinien – in der Politikwissenschaft als Cleavages bezeichnet – an denen sich tiefe gesellschaftliche Konflikte auf tun. Dadurch können sich die Parteien profilieren und für die Menschen begreifbar werden. Die Sozialdemokraten waren immer die Partei der Lohnabhängigen, vor allem der Industriearbeiterschaft, der Eisenbahner und der kleinen Angestellten. Sie rekrutierten ihre führenden Funktionäre daher hauptsächlich aus den Parteisekretariaten, aus der Gewerkschaft und der Kammer für Arbeiter und Angestellte.
  - Bis in die späten siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts taten sich in Österreich keine neuen gesellschaftlichen Gräben auf. Ganz im Gegenteil: Durch den gemeinsamen Glauben an das Wirtschafts-

wachstum wuchsen die unterschiedlichen Parteien zusammen. Dazu kam, dass die Konservativen und die Sozialdemokraten seit 1945 stets gemeinsam Regierungsverantwortung trugen, wodurch die gesellschaftspolitischen Gräben eingeebnet wurden. Der Wähler konnte also im Wesentlichen zwischen zwei „rechten“ und einer „linken“ Volkspartei entscheiden. Außerhalb dieses Parteienspektrums herrschte politisches Niemandsland.

- Die ideologische Windstille war dann Ende der siebziger Jahre vorbei, da die Umwelt-, die Antiatomkraft-, die Frauen- und die Jugendbewegung neue Gegensätze zwischen materiellen und ideellen Ansprüchen schufen. Vor allem junge und gebildete Menschen wollten sich nicht mehr als Arbeiter oder Christen verstanden wissen, sondern sahen sich als Gegner von Kernkraft und atomarer Rüstung, als Umweltschützer und wollten mehr Rechte für Frauen und mehr demokratische Mitbestimmung. Damit entstand die Partei der Grünen. Dieser neue post-materialistische Protest kam allerdings nicht von ökonomisch benachteiligten Sozialschichten, sondern von gut ausgebildeten Gruppen junger Menschen, die sich gegen eine unreflektierte Wachstumsideologie aussprachen. Die späteren Parteigründungen des Liberalen Forums und des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) waren hingegen Abspaltungen innerhalb des liberal-nationalen Lagers.
- Während auf der Ebene der Bundespartei durchaus nicht alle Vorsitzenden aus der Arbeiterschaft kamen (Viktor Adler – Arzt, Adolf Schärf – Rechtsanwalt, Bruno Pittermann – Gymnasialprofessor, Bruno Kreisky – Diplomat, Fred Sinowatz – Historiker, Franz Vranitzky – Banker, Viktor Klima – ÖMV-Manager), entstammen die Landesvorsitzenden der Salzburger SPÖ durchwegs parteinahen Einrichtungen: Franz Peyerl und Wolfgang Radlegger waren Parteisekretäre, Karl Steinocher Eisenbahner, Herbert Moritz Journalist der Parteizeitung, Gerhard Buchleitner Gewerkschaftssekretär und Gabi Burgstaller AK-Angestellte.
- Obwohl das Parlament laut Verfassung das zentrale politische Organ ist, haben sich die Parteien das Parlament völlig unterworfen. Nicht die Exekutive (die Regierung) ist vom Parlament abhängig und wird von ihm kontrolliert, sondern die Regierungsmitglieder, die in der Regel die Vorsitzenden ihrer Parteien sind, steuern und kontrollieren die Abgeordneten. Denn schließlich entscheidet die Partei und nicht die BürgerInnen, wer im nächsten Parlament wieder vertreten ist.
- Durch den wirtschaftlichen Aufschwung und den steigenden Wohlstand der Nachkriegsära sind die alten weltanschaulichen Gegensätze weitgehend verschwunden. Kitt für den neuen Zusammenhalt zwischen den ehemaligen Gegnern war der Glaube an das Wirtschaftswachstum. Gerade in der Sozialdemokratie schwand die Angst vor der

- Zukunft. Wohlstand und eine verbesserte Ausbildung für die eigenen Kinder waren Garanten für sozialen Aufstieg und gesellschaftliches Ansehen. Damit wurde insbesondere der Sozialdemokratie das ideologische Fundament entzogen.
- Zu Wahlzeiten jedoch lodern die alten weltanschaulichen Konflikte wieder auf. Um die Funktionäre und Mitglieder für bevorstehende Wahlkämpfe anzufeuern, werden oft die alten sprachlichen Muster wieder hervorgezaubert und der politische Kontrahent als Klassenfeind beschworen. Auf der Ebene der Regierenden weiß man allerdings, dass diese Konfliktinszenierung nur ein Spiel ist, um die Wahl zu gewinnen. Nach den Wahlen braucht man den zuvor noch unwürdigen Gegner wieder als Verhandlungspartner. Es gab – und gibt – also immer zwei politische Wirklichkeiten, eine auf der Ebene der Funktionäre und eine auf der Ebene der politischen Verantwortungsträger.
  - Der englische Politologe Colin Crouch<sup>5</sup> bezeichnet die heutige demokratische Verfasstheit der westeuropäischen Staaten nicht mehr als Demokratie, sondern als „Postdemokratie“. Denn Demokratie setzt das lebhafteste Interesse der Menschen an politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda voraus. Zudem müssten die wahlberechtigten Bürger ein gewisses Maß an politischem Sachverstand aufweisen und sich an den politischen Ereignissen beteiligen. „Postdemokratie“ klassifiziert hingegen ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden und Regierungen abgewählt werden können, aber im Wesentlichen konkurrierende Teams professioneller Public-Relations-Experten die öffentliche Debatte so weit bestimmen, dass Politik zu einem reinen Spektakel verkommt. Daher sei es in einer Postdemokratie um politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht, also echt sozialdemokratischer Zielsetzungen, schlecht bestellt. Denn die Macht gehe von den Parteien immer mehr an Lobbys der Wirtschaft über. Indem die demokratischen Institutionen formal zwar weiterbestehen, nehmen die politischen Verfahren eine Richtung ein, die typisch ist für vordemokratische Zeiten: Privilegierte Eliten aus der Wirtschaft bestimmen die Politik.

## 2. SPÖ gestern und heute – eine Gegenüberstellung

Die SPÖ von heute hat – so scheint es auf den ersten Blick – mit der SPÖ von vor 50 Jahren nur mehr wenig gemeinsam. Bevor die Entwicklungslinien durch die seither eingetretenen gesellschaftspolitischen Veränderungen einer Analyse unterzogen werden, scheint eine kurze Gegenüberstellung des sehr unterschiedlichen Erscheinungsbildes angebracht:

- Die SPÖ des Jahres 2010 ist nicht mehr allein die angestammte Heimat der Arbeiter, denn viele von diesen sind zu politischen Pendlern zwischen rot und blau geworden.
- Die Sozialdemokratie ist seit Jahren auch nicht mehr die Befürworterin eines starken Staates und staatseigener Monopole, sondern verfiert genauso wie Konservative und Liberale den Gedanken des freien Marktes und des Kapitalverkehrs. Alle verstaatlichten Betriebe Österreichs sind in Aktiengesellschaften umgewandelt und so in die Hand international tätiger Investoren gegeben worden. Die Austria Tabak etwa – einst mit ihren Dividenden Lückenfüller des österreichischen Staatshaushalts – gehört heute einem japanischen Konzern. Erst die von den USA ausgegangene Finanzkrise hat einen gravierenden Meinungsumschwung erzeugt und die Befürworter eines starken Staates wieder rehabilitiert.
- Die SPÖ und der ihr nahestehende Gewerkschaftsbund verfügen heute nicht mehr über Parteizeitungen, Druckereien und auch über keine ganz Österreich mit Lebensmitteln beliefernde Konsumgenossenschaft mehr.
- Die früher so zentralistisch ausgerichtete SPÖ ist zu einer föderalistischen Partei geworden. Die Länder folgen nicht mehr bedingungslos der Bundespartei. Die Zentrale in Wien hat nicht mehr das Sagen, denn die neue Macht liegt in den Ländern. Das frühere Rezept von ÖVP-Landesfürsten wird heute auch von SPÖ-Landeshauptleuten angewendet: Wer erfolgreich sein will, mobilisiert gegen den Bund.
- Während die SPÖ früher viel zu programmlastig und dogmatisch agierte, mangelt es heute an ideellem Treibstoff. Mitgliedern und Funktionären fehlen Maßstäbe und Zielpunkte für politisches Handeln. Dadurch blutet die Partei ideologisch und normativ aus. Erst durch die Finanz- und die nachfolgende Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 wurde eine neue Debatte der Verteilungsgerechtigkeit entfacht.
- Die SPÖ ist moderner im Erscheinungsbild geworden, aber die Mitglieder kollektiv älter. Junge Erwachsene finden kaum noch Zugang, Menschen über 50 dominieren die Partei. So hat die SPÖ Salzburg in den letzten fünf Jahrzehnten zwei Drittel des Mitgliederstandes abgebaut und droht zu einem Wahlverein zu werden.
- Je moderner die Partei wird und je professioneller die Parteimanager ihr Geschäft betreiben, umso weniger findet sich das untere Drittel der Bevölkerung (das Prekariat) in der SPÖ beheimatet. Die SPÖ ist zur Partei der neuen Mitte geworden. Mit dieser Distanz der sozialen Unterschicht zur Partei und der fehlenden Verknüpfung durch eine breit gespannte Schicht an Vertrauensleuten schwindet nicht nur das Verständnis für Politik, sondern auch die Bereitschaft zur demokratischen Teilnahme.

- Die SPÖ war vor 50 Jahren in den Industrie- und Eisenbahngemeinden sowie in den meisten zentralörtlichen Gemeinden die dominante politische Bewegung. Mittlerweile hat sie in Bischofshofen, Bad Hofgastein, Badgastein, Grödig, Hallein, Mittersill, Mühlbach am Hochkönig, Radstadt, St. Gilgen und Zell am See die Bürgermeisterpositionen eingebüßt und überwiegend auch die Mehrheit in den Gemeindestuben verloren. Im Gesamtergebnis lag die SPÖ bei den Gemeindewahlen 2009 erstmals zweistellig hinter der ÖVP. Die ehemals roten Bastionen wurden wohl wegen einer vernachlässigten Nachwuchspflege und eines überholten Rekrutierungsvorgangs der Spitzenfunktionäre von den Konservativen überrannt.

In den folgenden Kapiteln wird daher versucht, die Ursachen dieser Veränderungsprozesse auszuleuchten und Antworten zu finden, ob die Partei einer Auslaugung unterliegt oder ob sie sich als Überlebensgarantie dem gesellschaftlichen Veränderungsprozess angepasst hat.

### **3. Die Entprovinzialisierung der SPÖ in den sechziger Jahren**

Fünfzehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und fünf Jahre nach dem Abzug der Besatzungstruppen der Siegermächte war nicht nur Österreich wirtschaftlich in eine Erholungsphase eingetreten, sondern es begann sich auch eine politische Normalität in den Parteien zu verankern, die in der Ersten Republik noch undenkbar schien. Gerade die Sozialdemokratie unterlief nun einem Transformationsprozess, der sie von einer linken Arbeiterpartei zu einer Volkspartei werden ließ. Dazu bedurfte es aber gravierender Änderungen, die vor allem durch die Regierungsbeteiligung seit 1945 verursacht wurde und zur Aufgabe der jahrzehntelang angestrebten sozialistischen Lebensform führte<sup>6</sup>.

Die Sozialdemokraten, die in der Ersten Republik und noch bis in die späten fünfziger Jahre in ihrem Widerstand gegen eine kulturelle Verbürgerlichung gekennzeichnet waren, gaben diesen Widerstand auf. Damit wurde aus einer klassenmäßig geschlossenen Kampfgemeinschaft von vorwiegend Industriearbeitern, Eisenbahnern und kleinen Angestellten eine für alle Schichten offen stehende Partei.

Als eine Konsequenz der ständigen Mitverantwortung sowohl in der Bundes- als auch in den Landesregierungen übernahmen die sozialdemokratischen Führungspersonlichkeiten auch die Verantwortung für das bestehende gesellschaftliche System.

Während in der Ersten Republik die Sozialisten sich mit allem solidarisierten, was radikal und fortschrittlich war, also jeden künstlerischen Auf-

bruch unterstützten, zeigt sich unter den Sozialisten der Nachkriegsära bis heute eine geradezu „spießbürgerliche Gleichgültigkeit oder sogar Feindseligkeit“<sup>7</sup> gegenüber künstlerischen Experimenten.

Einzig und allein das Strukturmerkmal der sozialdemokratischen Organisationsform, das sich in kämpferischen Zeiten bewährt hatte, blieb bestehen: die Gliederung von der Orts- über die Bezirks- und Landespartei bis zur Bundespartei.

Das Nachkriegsösterreich, in dem die Sozialdemokratie als der soziale Integrator für das industrielle Proletariat und für die mittellose Schicht der kleinen Angestellten erfolgreich ihre Aufgabe erfüllte, wurde nun von folgenden Zielvorstellungen geprägt<sup>8</sup>:

- Durch staatliche Steuerung versuchten die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ, einen Wohlfahrtsstaat für alle ohne große gesellschaftliche Konflikte zu schaffen.
- Die Kriegs- und die gemeinsam in den Konzentrationslagern des NS-Regimes erlittene Zeit veranlasste die führenden Politiker der beiden Großparteien zu einem Konsensstreben, was den Wiederaufbau als solidarische Anstrengung ermöglichte.
- Die Nachfolgepartei der NSDAP, der Verband der Unabhängigen (VdU 1949–1956) bzw. seine Fortsetzung, die Freiheitliche Partei Österreichs, musste auf Bundesebene möglichst lange von Regierungsverantwortung ausgeschlossen bzw. auf Landesebene durch Regierungsmitverantwortung inkorporiert werden.
- Durch die sozialpartnerschaftliche Verknüpfung versuchte man, nicht nur einen Konfliktausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch zwischen Angestellten und Arbeitern zu erzielen. Statt Streik prägten jahrzehntelang Verhandlungen das politische Klima in Österreich.
- Dazu kam eine proportionale Aufteilung der Einflussphären außerhalb der politischen Gestaltungsmacht. So kam es, dass von den Jugendorganisationen bis zu den Pensionistenverbänden, von den Versicherungen bis zu den Banken, von den Autofahrerorganisationen bis zum Verwaltungs- und Verfassungsgericht alles nach dem Proporzsystem zusammengesetzt war. Die verstaatlichten Betriebe waren der Inbegriff der Machtaufteilung nach den realen politischen Verhältnissen.
- Die Menschen waren entsprechend ihrer sozialen Schicht einer politischen Partei zugehörig und betrachteten ihre Partei als Heimat und die Politiker als Autoritäten oder zumindest als ihr Sprachrohr. Die Sozialdemokratie war für die Arbeiterbewegung eine Art Ersatznation gewesen. Deshalb gab es rund um die Partei auch die verschiedensten Nebenorganisationen, wie den Arbeiterturnverein, zahlreiche

Bildungsvereine, den ARBÖ als Vereinigung sozialistischer Auto- und Radfahrer. Sogar ein eigener Versicherungsverein für die Feuerbestattung, „Die Flamme“, damals im konservativen Lager verpönt, war vorhanden. Die Sozialdemokratie vor dem Zweiten Weltkrieg war demnach eine Gesellschaft innerhalb der österreichischen Gesellschaft gewesen. Dies alles ging in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich verloren, da das industrielle Proletariat sich zu einer Angestellten- und Beamtengesellschaft veränderte<sup>9</sup>. Aus den (politischen) Lagern wurden „Ruinen, die an eine frühere Größe gemahnen“<sup>10</sup>.

- Die Zeit zwischen 1945 und 1960 schien eine ungebrochene Folge des Aufschwungs zu sein. Aus den Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit hatte sich ein stabiles demokratisches Gefüge und ein wirtschaftlicher Aufschwung entwickelt. Dem entsprach auch der Zuspruch der Menschen zur sozialdemokratischen Bewegung. Konnte die Salzburger SPÖ Ende des Jahres 1945 nur 10.347 Mitglieder verzeichnen, so waren es Ende 1960 bereits 24.210<sup>11</sup> und am Höhepunkt der Ära Kreisky (1979) 26.883.

Wie sehr die Salzburger Sozialdemokraten aber immer noch in ihren ideologisch-schichtenspezifischen Vorstellungen verstrickt waren, zeigte ihre Haltung zur Wiederbegründung der Salzburger Universität. Die SPÖ befürchtete durch ihre Wiedererrichtung eine verstärkte katholisch-konservative Positionierung der Stadt Salzburg durch die Professorenschaft. Durch die steigende Zahl an Universitätsangehörigen bangte man um die Position des roten Bürgermeisters in der Landeshauptstadt. Erst als das Konzept einer katholischen Universität ad acta gelegt wurde und ÖVP-Finanzminister Josef Klaus in der Bundesregierung seine Zustimmung zur Errichtung einer Universität in Linz von einer gleichzeitigen Genehmigung für Salzburg abhängig machte, erfolgte der Durchbruch und gaben die Sozialdemokraten ihren Widerstand auf<sup>12</sup>.

Die Vorherrschaft der ÖVP beruhte vor allem auf der politischen Vormachtstellung in der überwiegenden Zahl der Gemeinden (abgesehen von den Industriegemeinden Hallein, Bischofshofen, Schwarzach, Mühlbach am Hochkönig, Lend) sowie auf ihr Naheverhältnis zur Salzburger Wirtschaft bzw. zu der in den Landgemeinden dominanten katholischen Kirche. Maßgebliche Vertreter der katholischen Kirche hatten noch Ende der fünfziger Jahre nicht davor zurückgeschreckt, der SPÖ eine gemeinsame geistige Ausrichtung mit dem Kommunismus vorzuwerfen:

*„Eine wissenschaftliche Untersuchung des neuen Parteiprogramms ergab, dass die SPÖ auch heute noch atheistisch ausgerichtet ist und bleibt ... Was uns Katholiken und ebenso die gläubigen Protestanten sehr stört und ein Ver-*

*trauen hindert, ist der Umstand, dass die SPÖ ihre geistige Ausrichtung auch weiterhin mit dem Kommunismus gemeinsam hat; in gewisser Hinsicht auch mit der FPÖ, die sich in ihrer Grundsatzlosigkeit um diese Grundfragen herumzudrücken sucht“ (Univ. Prof. Dr. Franz Holböck, Prälat Dr. Franz Simmerstätter, Pfarrer Franz Wesenauer)<sup>13</sup>. Die Attacke der streitbaren Geistlichen gipfelt in dem Aufruf, dass „ein klardenkender Christ heute nicht Sozialist sein kann, will er nicht in ernste Gewissenskonflikte geraten. Man darf doch nicht mit dem Stimmzettel den Atheismus, das Gegenteil von Glaube und Religion fördern!“<sup>14</sup>.*

Die Hegemonialposition der ÖVP wurde zudem gestützt durch ihre starke Verankerung in den akademischen Berufen, in der Landesverwaltung, im ORF sowie in den Institutionen des kulturellen Lebens. Auch der Übermacht der bürgerlichen Medien konnte die SPÖ mit ihrem „Demokratischen Volksblatt“, das 1950 dem „Linzer Tagblatt“ angeschlossen worden war, nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Zudem gab es starke strukturelle Defizite, weil die Rekrutierungsbasis der SPÖ sowohl im landespolitischen als auch im regionalen Bereich sehr schmal war und der Bund sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler (BSA) mit dem Cartellverband (CV), aus dem die meisten ÖVP-Politiker hervorgingen, nicht konkurrenzfähig war.

Gegen Ende der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre vollzog sich aber eine Wende. Die Generation der Gründerväter der Zweiten Republik verließ die politische Bühne. In den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegsära waren noch jene sozialdemokratischen Politiker in Aktion gewesen, die bereits in der Ersten Republik ihre Funktionen ausgeübt hatten: Franz Peyerl als Landesparteiobmann und Landeshauptmannstellvertreter, Stanislaus Pacher als Bürgermeister von Salzburg, Josef Horak als Landesrat und Arbeiterkammerpräsident sowie die Nationalratsabgeordneten Josef Voithofer und Maria Emhart. Nun traten mit Karl Steinocher, Alfred Bäck und Josef Brunauer neue politische Repräsentanten an die Rampe.

Auch in den Gemeinden vollzogen sich wesentliche personelle Änderungen. In Zell am See gelang es 1959 dem Gymnasiallehrer Dr. Ernst Höfer, in St. Michael im Lungau Hans Klinger die SPÖ zur stärksten Partei zu machen und die Bürgermeister zu stellen. Im gleichen Jahr folgte Hermann Wielandner in Bischofshofen dem Langzeitbürgermeister Franz Moßhammer nach.

Die Ära des Übergangs und die „Entprovinzialisierung der Sozialdemokratie“ (Ernst Hanisch) wurde zweifellos auch gefördert, weil sich die Sozialdemokratie auf Bundesebene durch die ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus (1966–1970) insgesamt einer stärkeren Herausforderung gegenüber sah. Die Salzburger Sozialdemokratie befand sich in der Position einer



soziokulturellen Minorität, die ziemlich erfolglos gegen die ÖVP als hegemonale politische Macht im Lande kämpfte.

Mitte der sechziger Jahre geriet die SPÖ nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landesebene in ein prekäres Dilemma. Franz Olah hatte als Gewerkschafts- und Nationalratspräsident eine ungeheure Machtfülle angehäuft und war schließlich Innenminister geworden. Er hatte mit einem Millionenbetrag versucht, die FPÖ für eine Koalition mit der SPÖ zu gewinnen, und die Gründung der „Kronen Zeitung“ mit Gewerkschaftsgeldern möglich gemacht. Daraufhin war er als Innenminister abgelöst und aus der SPÖ ausgeschlossen worden. Durch den „Fall Olah“, der 1964 unmittelbar vor den Arbeiterkammer- und Gemeinderatswahlen ausgebrochen war, geriet auch die Salzburger SPÖ in eine schwerwiegende Identitätskrise, weil maßgebliche Teile der Partei auch in Salzburg eindeutig zu Olah gestanden waren. Im November 1964 folgte sodann der „Fall Fußach“, der als eindeutiger Affront der Wiener gegen die Bundesländerinteressen gewertet wurde. Das Verkehrsministerium wollte ein neues Bodenseeschiff nach dem ehemaligen Bundespräsidenten Karl Renner taufen, was von einem großen Teil der Vorarlberger als Bevormundung empfunden wurde. Es kam zu gewaltigen Protesten in der Fußacher Werft. Im letzten Jahr der Großen Koalition schließlich spürte man geradezu den Aufstand der Provinz gegen die Parteiführung in Wien.

Nach der für die Sozialdemokraten verheerenden Nationalratswahl vom 6. März 1966, als die ÖVP auf Bundesebene unter Josef Klaus eine Alleinregierung etablieren konnte, kam es im Land Salzburg zum Generationswechsel. Am 29. Oktober 1966 wurde der Präsident der Arbeiterkammer, LABg. Karl Steinocher, zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Der Parteitag war geprägt von heftigen Vorwürfen an die Bundespolitiker der eigenen Partei, die den Kontakt zum Volk verloren hätten. Der Landtagsabgeordnete Karl Zillner verlangte personelle Änderungen an der Bundesspitze<sup>15</sup>. Die SPÖ bewies mit dieser Landesparteikonferenz, dass sie über die Parteimitglieder hinaus politische Signale setzen wollte, indem sie erstmals die Vertreter der Medien zur Landeskonferenz einlud.<sup>16</sup>

Die Nachfolge Steinochers in der Funktion des Arbeiterkammerpräsidenten ging aber nicht ohne innerparteiliche Schwierigkeiten über die Bühne. Dem Favoriten Josef Brunauer, Sekretär der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, der schließlich gewählt wurde, standen als Gegenkandidaten der Landessekretär des ÖGB und Bürgermeister von Grödig, Fritz Schorn, und der Bürgermeister von Hallein, Josef Brandauer, gegenüber. Noch war aber der Generationswechsel nicht völlig abgeschlossen. Denn die Landesräte Josef Kaut und Sepp Weißkind blieben noch bis zum Ende der Legislaturperiode 1969 im Amt. Im Jahr 1967 trat auch der seit 1946 als Landespartei sekretär wirkende Ernst Hallinger sein Amt an Hans Pexa ab. Noch im Amt blieb der äußerst populäre Salzburger Bürgermeis-

ter Alfred Bäck (Jahrgang 1903), denn er musste bei den Gemeinderatswahlen der Stadt im Jahre 1967 den Erfolg der Sozialdemokraten neuerdings sichern. Die Strategie ging auf, denn die SPÖ mit Bäck an der Spitze erreichte 19 der insgesamt 40 Gemeinderatsmandate.

Unter dem neuen SPÖ-Parteivorsitzenden Steinocher kam es erstmals zum Abbau des Spannungsverhältnisses mit der Kirche. 1969 besuchte der Landesparteiobmann den Erzbischof Andreas Rohrer und vereinbarte mit ihm die Bildung eines Kontaktkomitees zwischen Kirche und SPÖ. Dieses sollte in regelmäßigen Abständen zusammentreten und vorhandene Konflikte oder Missverständnisse ausräumen.

Die Landtagswahl 1969, bei der sich die SPÖ Zuwächse erwartet hatte, brachte allerdings einen zwiespältigen Erfolg. Die SPÖ verlor zwar 0,5 Prozentpunkte, ihr Rückstand auf die dominierende ÖVP, welche stark an die FPÖ verlor, betrug aber nur mehr 664 Stimmen. Der Versuch der SPÖ, den Landeshauptmann zu stellen, scheiterte jedoch an der FPÖ. Jedoch gelang es den Sozialdemokraten, der ÖVP die Position des Ersten Landtagspräsidenten abzutrotzen, die mit dem Halleiner Bürgermeister Josef Brandauer besetzt wurde. Die Salzburger SPÖ hatte mit ihrem Generationswechsel und dem Versuch, eine Öffnung der Partei zu signalisieren, den erhofften Erfolg verzeichnet, und sie war an die ÖVP bedrohlich nahe herangerückt. Die Entprovinzialisierung der Sozialdemokraten sollte nun mit dem neuen Landesrat für Kultur, Herbert Moritz, eine deutliche Beschleunigung erfahren.

#### **4. Das stabile Dreiparteiensystem der sechziger und siebziger Jahre**

Bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren die Parteiliten von ÖVP und SPÖ bemüht, Konfrontationen zu vermeiden und stattdessen auf Konsens zu setzen. Gründe hierfür waren ihre Erfahrungen mit den Geburtsfehlern der Ersten Republik und mit den parteipolitischen Militärverbänden sowie die leidvollen gemeinsamen Erlebnisse in den Konzentrationslagern des Nazi-Regimes. Kooperation statt Konfrontation, Kompromisse statt gegenseitige Erniedrigung waren die neuen demokratischen Spielregeln. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass im politischen Verständnis der Bevölkerung und vor allem in den Kernschichten der Großparteien noch sehr stark die Feindbild-Mentalität und auch antidemokratische und autoritäre Mentalitäten vorhanden waren.

Diese Stabilität im politischen Gefüge, die auf Bundesebene ihren Ausdruck in den Großen Koalitionen bis 1966 und in den Bundesländern in Form von Proporzregierungen fand, wurde vor allem durch den seit

Anfang der fünfziger Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung gefördert. Dazu kam, dass die politische Einflussnahme bis tief in alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche hineinreichte. Die SPÖ betrieb fünf Tageszeitungen und besaß Druckereibetriebe, Werbeagenturen und ein Reisebüro. Auch die Salzburger SPÖ verfügte mit ihrer Graphia über eine eigene Druckerei und Werbeagentur. Dazu konnte die SPÖ auf die größte Handelskette Österreichs verweisen, auf den Konsum, mit Hunderttausenden eingeschriebenen Mitgliedern.

Der in Österreich damals unbezweifelte und unangefochtene Proporz bei der Bestellung von Positionen in den staatsnahen Bereichen war Garant für politische Stabilität. Die österreichischen Parteien hatten sich in der Zweiten Republik Funktionen angemäßt, die weit über das hinausgehen, was Parteien im eigentlichen Sinne in einer modernen Demokratie leisten sollten: nämlich das politische Führungspersonal für Parlamente und Regierungen zu rekrutieren. Die beiden Großparteien waren zu „gate keepers“ (Schleusenwärter) geworden, an denen vorbei kein Weg in Industrie, Energiewirtschaft, Großbanken, Gerichtsbarkeit, Schulen etc. führte. Diese Überfunktion der Parteien führte dazu, dass Österreich den höchsten Grad an Mitgliederichte aller europäischen Nationen aufwies.

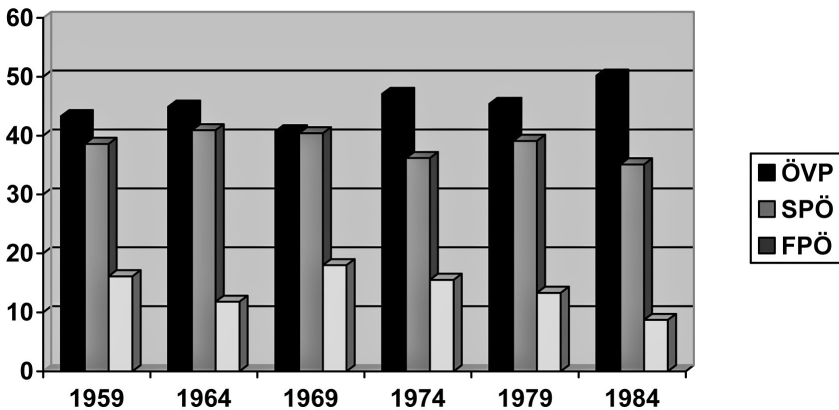
Im Laufe der sechziger Jahre waren dann allerdings starke Veränderungstendenzen feststellbar. Die Sozialstruktur der Bevölkerung zeigte ein deutliches Vordringen des Dienstleistungssektors, während der Primärbereich der Industrie und der Landwirtschaft zunehmend in eine marginale Rolle gedrängt wurde. Der Anteil der Arbeiter und Bauern ging drastisch zurück, die Zahl der Angestellten und Beamten wuchs. Außerdem gingen in den größeren Städten die kirchlichen Bindungen zurück. Damit wurden die alten Konfliktlinien (Cleavages) zwischen Kapital und Arbeit, zwischen religiös und säkular, zwischen Stadt und Land zunehmend eingeebnet, ohne dass es jedoch zu einer tatsächlichen Angleichung kam.

Die Parteien versuchten trotzdem, diese ideologische Polarisierung aufrecht zu erhalten, damit der Wähler weiterhin zwischen „rechter“ und „linker“ Volkspartei unterscheiden konnte. Diese politische Stabilität geriet ins Rutschen, als 1966 erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik die ÖVP eine absolute Mehrheit gewann und die SPÖ auf Bundesebene in die Opposition drängte. Als 1970 dann die SPÖ unter Bruno Kreisky zunächst eine Minderheitsregierung und ab 1971 eine Alleinregierung bildete, war die Zeit der Konsenskultur endgültig zu Ende. Trotzdem konnte noch nicht von einer politischen Konfliktkultur gesprochen werden, da durch die Einbindung der Sozialpartner, die ihre wichtigsten Vertreter in die Parlamente entsandten, alle wesentlichen Entscheidungen wirtschafts- und sozialpolitischer Art wieder im Konsenswege gefällt wurden.

Auf der Ebene der Bundesländer herrschte weiterhin die durch die Landesverfassungen vorgegebene proportionale Verteilung der Regierungs-

ämter. Mit dem Unterschied allerdings, dass nun jeweils eine der beiden Großparteien keine direkten Ansprechpartner mehr in der Bundesregierung sitzen hatte. Im Großen und Ganzen jedoch blieben die Machtverhältnisse in Salzburg, wie die folgende Tabelle zeigt, stabil. Das Dreiparteiensystem wurde bis zum Jahre 1989 nicht gestört. Die SPÖ war dazu verdammt, Zweite zu sein, die FPÖ war mit Ausnahme der Periode 1984–1989 in der Regierung mit einem Sitz vertreten und genoss es bei Gleichstand der beiden Großparteien Zünglein an der Waage zu spielen. Als Grundkonstante der Salzburger Politik galt das „Salzburger Klima“, worunter nicht der Nieselregen während der Festspielzeit, sondern die ausgeprägte Konsensorientierung der Regierungsmitglieder verstanden wurde. Hilfreich bei der Konfliktaustragung waren zumeist die Kooperationen mit den Sozialpartnern, von denen die wichtigsten Repräsentanten im Salzburger Landtag vertreten waren (so etwa der langjährige Direktor der Wirtschaftskammer und spätere Landeshauptmann Wilfried Haslauer oder der Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte Josef Brunauer).

**Diagramm 1: Das Wahlverhalten der SalzburgerInnen von 1959 bis 1984**



Quelle: eigene Erhebungen.

Diese durch die Machtteilhabe aller relevanten Parteien scheinbar so stabile Situation zeigte Risse, als in den achtziger Jahren mit den Bürgerinitiativen in der Stadt Salzburg und den neuen sozialen Initiativen für Umwelt, Frauen und Frieden Bewegung in die politische Szene kam. Protest kam dabei nicht von sozial benachteiligten Gruppen, sondern von relativ gut situierten, gut ausgebildeten jüngeren Menschen, die gegen die bisher gültige unreflektierte Wachstumsideologie zu Felde zogen. Damit öffnete sich eine neue Bruchlinie quer zur traditionellen Rechts-Links-Achse, mit der die Großparteien zunächst wenig bis nichts anfangen konnten.

## 5. Die Partei hört auf Heimat zu sein

Die intensive Milieubindung der ÖsterreicherInnen, die in ihren politischen Parteien Heimat fanden, wurde durch zwei wesentliche strukturelle Änderungen aufgeweicht:

- eine vertikale Mobilisierung, basierend auf der Errichtung von höheren Schulen auf dem Land, die jungen Menschen einen Aufstieg in besser qualifizierte Berufe gewährleisten konnten,
- und eine horizontale Mobilisierung in Form einer Veränderung des Lebensraumes, weil es einen starken Zuzug in die größeren Städte und Gemeinden wegen der dort vorhandenen höher qualifizierten Arbeitsplätze gab.

Die Durchdringung des Alltags durch die Medien, an der Spitze durch das Fernsehen, ließ in der Folge eine homogene Milieu-Abkapselung nicht mehr zu. So beobachtete der Politologe Otto Kirchheimer<sup>17</sup> bereits in den sechziger Jahren eine Entideologisierung und Entpolitisierung aufgrund des wachsenden Wohlstandes. Die alte Klassenintegrationspartei, die ihren Mitgliedern wegen ihrer sozialen Zugehörigkeit lebenslang eine Heimat geboten hatte, löste sich auf, es entstanden die „catch-all-parties“ oder Allerweltparteien. Die Parteien selbst verbrämen diesen Anspruch, für alle Wähler der richtige Agent ihrer Ansprüche zu sein, mit dem Begriff der „Volkspartei“. Die inhaltliche Annäherung der beiden Großparteien war nun mit einer der Ursachen für die immer größere Zahl von Wechselwählern.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Anthony Downs hat überhaupt die Theorie des Eigennutzes als zentrales Motiv des Handelns sowohl der Parteien als auch der Wähler entwickelt. Er geht davon aus, dass den rationalen Zielen der Parteien wie der Wähler stets eigennützige Absichten zugrunde liegen. Seine „Rational-Choice-Theorie“ behauptet, dass Parteiakteure nur handeln, um Einkommen, Prestige und Macht zu erlangen. Politiker streben also nie ein öffentliches Amt an, um bestimmte politische Konzepte zu verwirklichen. Ihr einziges Ziel sei es, die Vorteile zu genießen, die ein öffentliches Amt ihnen bietet. Politiker aller Couleurs verwenden ihre politischen Konzepte und Aktionen also allein als Mittel zum Zweck, nämlich zur Verfolgung ihrer privaten Ziele. Diese können sie aber nur erreichen, wenn sie gewählt werden. Aber auch die Wählerschaft handelt nicht aus ideologischen oder milieubedingten Motiven. Durch einen Vergleich der Parteiangebote und ihrer Konzepte ermittelt der einzelne Wähler seinen persönlichen Nutzen und damit seine Wahlentscheidung. Wenngleich dieses Axiom des Eigennutzes aus der Erkenntnis der US-amerikanischen Politiktradition resultiert, so kann doch seit den

sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts daraus auch ein deutlicher Trend des beweglicher gewordenen Wählerverhaltens abgeleitet werden.

In der Zeit ständig steigender Steuereinnahmen, als Bundeskanzler Bruno Kreisky den BürgerInnen immer neue Wohltaten erweisen konnte, begann dann jener Prozess, der bis heute kein Ende gefunden hat, nämlich das ständige Schrumpfen der klassischen Arbeiterschaft. Wie vor Jahrzehnten die Landwirte immer weniger wurden, so verschwand der Industriearbeiter zwar nicht gänzlich, aber immer mehr von der Bühne. Der Arbeiter, der zum Angestellten geworden war und der sich ein Eigenheim erbaut hatte, fand sich plötzlich nicht mehr durch die Sozialdemokratie vertreten, weil er in den Stand der Besitzenden aufgestiegen war.

Während in den fünfziger und sechziger Jahren noch rund drei Viertel aller in Österreich Wahlberechtigten eine feste Bindung zu einer Partei aufwiesen, zeigte Ende der neunziger Jahre nur mehr die Hälfte der Wählerschaft die Neigung, einer Partei die Treue zu halten. Noch stärker war der Rückgang an eingeschriebenen Parteimitgliedern, die sich im selben Zeitraum halbiert haben. Entsprechend ist auch die Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der Parteien zurückgegangen. Der durch den ständigen Koalitionswechsel auf Bundesebene ausgelöste Polarisierungsschub (1966–1970 ÖVP-Alleinregierung, 1970–1983 SPÖ-Alleinregierung, 1983–1986 SPÖ-FPÖ Regierung, 1986–2000 Große Koalition SPÖ-ÖVP) hat zwar eine Verlangsamung dieses Trends bewirkt und eine Restabilisierung der Parteibindung ausgelöst, die sich zwischen 2000–2007 durch die ÖVP-FPÖ bzw. ÖVP-BZÖ-Koalition und durch die SPÖ-ÖVP-Koalition ab 2007 noch verstärkte.

Insgesamt aber kam es in den vier Jahrzehnten zwischen 1945 und 1985 zu einer Austrocknung gefühlsmäßiger Parteibindungen. Die Politikwissenschaftler und Sozialforscher Fritz Plasser und Peter A. Ulram haben vier Phasen dieser Abschwächung von traditionellen Parteiloyalitäten (in der Politikwissenschaft als *Dealignment* bezeichnet) festgestellt<sup>18</sup>.

1. Phase: In der ersten Phase kam es durch die Modernisierung der Produktionsstrukturen (Rückgang der traditionellen Industriearbeiterschaft und des Kleingewerbes, Anwachsen des Dienstleistungssektors) zu einer Ablösung vor allem von Personen mit nur schwacher Parteiidentifikation. Der harte Kern der Parteimitglieder hielt ihrer Partei weiterhin die Treue.
2. Phase: In den späten siebziger Jahren bis Mitte der achtziger Jahre kam es zu einer generellen Zunahme der Parteienverdrossenheit und zu einem Ansteigen der Kritik an den Parteieliten. Dies wurde vor allem durch eine Reihe politischer Skandale (AKH-Skandal, Noricum-Affäre) ausgelöst und führte zu einer abnehmenden Bereitschaft zur Identifikation mit einer bestimmten Partei.

3. Phase: Die Neuaufgabe der Großen Koalition ab 1986 führte zu einer Wählerprotestkultur, da solche „oversized coalitions“ (übergroße Koalitionen) eine mangelnde Unterscheidbarkeit und eine geringe Zuordnung politischer Verantwortung verursachen. Diese Situation wurde von der FPÖ und ihrem populistisch agierenden, neuen Parteiohmann Jörg Haider geschickt zu einer Protestkultur gesteigert. Dadurch wurden die Kernwählerschichten substanziell geschwächt, die Traditionsparteien SPÖ und ÖVP verloren etliche Stammwähler, vor allem die SPÖ im Arbeiter- und Angestelltenbereich. Statt des loyalen Stammwählers gab es eine ständig zunehmende Zahl an mobilen, parteiungebundenen Wechselwählern. Nirgendwo in Europa hatten Sozialdemokraten so organisationsintensive Kulturen entwickelt. Nach einer dreimal errungenen absoluten SPÖ-Mehrheit bei Nationalratswahlen in den siebziger Jahren (was keiner sozialdemokratischen Partei Europas jemals gelang) zerfiel diese kulturelle Bindung in den achtziger Jahren. Konnten 1972 nur acht Prozent der Wähler als Wechselwähler ausgemacht werden, so waren es Ende des Jahrhunderts bereits 43 Prozent. Ebenso wie die Parteibindung ist auch die Beteiligungsdisziplin immer mehr verloren gegangen. Der von den Regierungen und Parteien enttäuschte Wähler blieb der Urne fern. Die Loyalität der Arbeitnehmer gegenüber ihrer sozialdemokratischen Heimat schwand zunehmend. Gerade die unterste Kohorte, die sozial besonders Schwachen, orientierte sich am populistisch agierenden FPÖ-Führer Jörg Haider. Jeder zweite österreichische Arbeiter gab der Haider-FPÖ seine Stimme, während die österreichischen Sozialdemokraten nur mehr ein Drittel der Arbeiterschaft ansprechen konnten. Die sozialdemokratische Partei war in der Großen Koalition ab 1986 zu deutlich ein Teil von Staat und Establishment geworden, der Banker Franz Vranitzky als Bundeskanzler konnte die Bindung zwischen sozialer Unterschicht und Arbeiterführer nicht mehr verkörpern.
4. Phase: In der vorerst letzten Phase ab 1994 zeigte sich, dass ein erheblicher Teil der Wählerschaft sich erst im letzten Moment, manchmal erst in der Wahlzelle definitiv für eine Partei entscheidet. Diese Anzahl an „late deciders“ erhöht naturgemäß den Einfluss der Massenmedien im Wahlkampf. Mediengerechtes Auftreten bei den TV-Konfrontationen kann somit einen in der Endphase des Wahlkampfes entscheidenden Einfluss gewinnen. Zudem lässt sich feststellen, dass gerade die jüngere Wählergeneration sowohl auf eine dauerhafte Bindung an eine Partei als auch auf die Teilnahme an Wahlen verzichtet.

Bis Mitte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren die ursprünglich so homogenen Lebenslagen also völlig aufgeweicht, die Klassenstrukturen und sozialmoralischen Milieus (parteilpolitische Heimaten), die früher die Grundlage für parteipolitische Lebensentwürfe bildeten, beinahe verschwunden.

Der Göttinger Politologe Franz Walter hat in seinem Buch „Die Heimatlosigkeit der Macht“ richtig erkannt, dass der Rechtspopulismus vor allem dort Erfolg hat, wo sozialdemokratische Heimaten zerfallen und die kulturellen und organisatorischen Bindungen zwischen den Unterschichten und den alten Arbeiterorganisationen zerschnitten wurden. Wenn eine sozialdemokratische Partei allzu sehr etatisiert worden ist, d.h. sich als Staat fühlt und sich als Establishment aufführt, stimmen die arbeitenden Menschen mit den Füßen ab, indem sie in andere Lager überlaufen.

## 6. Die These vom Ende der Sozialdemokratie

Bereits Mitte der siebziger Jahre glaubten die amerikanischen Soziologen Daniel Bell und Ronald Inglehart<sup>19</sup>, dass sich in einer Art „stillen Revolution“ eine „nachindustrielle Gesellschaft“ gebildet habe. Aus den sich verändernden Werten, die sich vor allem in der Entfaltung der eigenen Person und der Selbstverwirklichung manifestierten, seien auch veränderte Politikstile hervorgegangen. Die vormals „industrielle Gesellschaft“ sei von materiellen Werten geprägt gewesen: vom Streben nach wirtschaftlichem Wachstum, nach innerer und äußerer Sicherheit. In der postmaterialistischen Gesellschaft stünden nun aber Werte einer Verbesserung der Lebensqualität in den Städten, einer sauberen Umwelt, mehr politischer Mitbestimmung im Mittelpunkt der Lebenspräferenzen. Dies stellte natürlich auch die sozialdemokratische Politik vor neue Herausforderungen. Auffällig ist, dass in dieser Zeit – als in Österreich der Paradigmenwechsel noch weitgehend unbemerkt blieb – der in der industriell-materiellen Ära geprägte Landesparteivorsitzende Karl Steinocher abtrat und mit dem Journalisten Herbert Moritz ein neuer Typ von intellektuellem Parteiführer an die Spitze der Salzburger SPÖ gelangte.

Mit dem Abgang der großen sozialdemokratischen Führergestalten Tage Erlander (1976) und Olof Palme (1986) in Schweden, Willy Brandt (1974) und Helmut Schmidt (1982) in der BRD, Bruno Kreisky (1983) in Österreich, glaubten konservativ-liberale Soziologen und Politologen bereits, das „sozialdemokratische Jahrhundert sei zu Ende“ und das Finale der Sozialdemokratie angebrochen. Vor allem Ralf Dahrendorf erstellte in seinem Buch „Die Chancen der Krise“ (1983) die Diagnose, dass die Sozialdemokratie die im 19. Jahrhundert angestrebten Ziele erreicht habe und



deshalb in der Zukunft keine Handlungsoptionen mehr vorfinde. Mit der Erfüllung sozialdemokratischer Forderungen sei sozialdemokratische Politik daher obsolet geworden.

Dahrendorf meinte, dass das 20. Jahrhundert in seinen besten Möglichkeiten sozial und demokratisch gewesen sei. *„An seinem Ende sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden.“*<sup>20</sup> Die sozialdemokratischen Bewegungen Europas haben den Menschen *„unvergleichliche Fortschritte an Wohlfahrt und Lebenschancen gebracht ... Noch nie haben so viele Menschen so breit gefächerte Möglichkeiten gehabt wie am Ende der sozialdemokratischen Epoche“*<sup>21</sup>.

Der namhafte Soziologe der London School of Economics begründete seine Ansichten über das segnungsvolle Wirken und das bevorstehende Ende der Sozialdemokratie mit folgenden Behauptungen<sup>22</sup>:

- Die Verbindung von Rechtsstaat und den Institutionen der offenen Gesellschaft ist die politische Form der sozialdemokratischen Epoche.
- Voraussetzung einer sozialdemokratischen Gesellschaft sei das wirtschaftliche Wachstum gewesen.
- Das Zielstreben der Sozialdemokratie war das Motiv der Gerechtigkeit, wobei Gerechtigkeit vor allem größere Gleichheit bedeutete.
- Sozialdemokratische Parteien waren nicht nur Arbeiterparteien, sondern sie definierten den Wert des Menschen immer auch durch die Arbeit. Die Wachstumsgesellschaft der Sozialdemokratie war daher immer auch eine Arbeitsgesellschaft. *„Das Bild des arbeitenden Menschen galt geradezu als Idealbild dieser Gesellschaft“*.
- Das sozialdemokratische Jahrhundert war geprägt vom Glauben an die Fähigkeiten der menschlichen Vernunft. Vorrangig spielte der Glaube an die Technik und ihre Fähigkeit, zur Verbesserung des menschlichen Lebens beizutragen, eine überragende Rolle. Nicht weniger stark war der Glaube an die Erziehung und Bildung, die den Menschen aus ihrer Hörigkeit führt. Inkludiert war darin der Glaube an die Möglichkeit, vernünftige Politik zu machen.
- Die zentrale Instanz sozialdemokratischen Handelns war der Staat, der als Instrument der Sozialpolitik als unentbehrlich gilt.
- Sozialdemokratisch war aber auch der Versuch, die engen nationalen Grenzen zu sprengen und dadurch den Frieden, den Handel und „in einem allgemeinen Sinn die Freundschaft der Völker“ zu erreichen.

Dahrendorf bezweifelte nicht, dass diese positiven Forderungen auf die Sozialdemokratie zurückgehen, meinte einschränkend aber, dass sie nicht das Programm nur einer Partei waren, sondern das Thema einer Epoche. Nun war aber für den liberalen Denker diese sozialdemokratische Epoche vorbei, weil alle diese Zielsetzungen zur Selbstverständlichkeit aller Par-

teien geworden seien. Vorsichtig resümierend kam er zum Schluss, dass man sich jedoch hüten sollte, die Sozialdemokratie ganz abzuschreiben.

Dahrendorf forderte stattdessen eine liberale Politik, um die Auswüchse der sozialdemokratischen Sozialstaatspolitik abzubauen und die Verantwortung auf die Menschen selbst zurück zu verlagern. Damit war das Stichwort für die seither in konservativ geführten Regierungen so propagierte Deregulierung gefallen. Mit diesem Begriff der Deregulierung ist ein politisches Programm einer liberal-konservativen Ausrichtung gemeint, wodurch der Staat sich weitgehend aus der Wirtschaft zurückziehen und die Flut an Gesetzen eingedämmt werden sollte. Durch die Entstaatlichung bzw. die Entlassung des Staates aus wirtschaftspolitischen Ordnungsaufgaben werde dem Einzelnen mehr Handlungsfreiheit und der Wirtschaft mehr Entfaltungsmöglichkeit gegeben. Der Markt werde mehr Wohlstand und soziale Sicherheit schaffen<sup>23</sup>.

Diese Behauptung Dahrendorfs, wonach die Sozialdemokratie für Auswüchse einer Übersozialisierung verantwortlich sei, war insofern irreführend, als mit Ausnahme skandinavischer Staaten die Sozialdemokraten höchstens in Form von Koalitionen Regierungsverantwortung übernehmen konnten. Der tatsächliche Einfluss der Sozialdemokraten begann zudem erst nach dem Ersten Weltkrieg und äußerte sich vor allem durch die von den Gewerkschaften erkämpften Erfolge. *„Diese fadenscheinigen Versuche, mit gönnerhaftem Getue auf die historischen Verdienste sozialdemokratischer Parteien zu verweisen und gleichzeitig ihre gegenwärtige und zukünftige Funktion zu entwerten“*<sup>24</sup>, sind für den deutschen Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer nicht nur eine Geschichtsklitterung, sondern angesichts des zunehmenden sozialen Drucks, der prekären Arbeitsverhältnisse und der steigenden Arbeitslosigkeit geradezu grotesk. Gerade wegen der zunehmend in diesen Jahren beginnenden Globalisierung, des Zugriffs der Finanzmärkte auf die nationalen Wirtschaften sind die sozialdemokratischen Parteien verstärkt gezwungen, die sozialen Standards zu verteidigen und zu bewahren. Neben der neuen sozialen Frage gilt es auch, gegen die Zerstörung der ökologischen Grundlagen anzukämpfen und die bisherigen Forderungen nach Arbeit und Wirtschaft mit der Ressourcenbewahrung auf einen Nenner zu bringen<sup>25</sup>.

## 7. Der Aufbruch der Frauen: Mauerblümchen, Quoten- und Powerfrauen

In der Ära Kreisky kam es aufgrund neuer Lebensentwürfe und der Infragestellung der traditionellen Form der Familie zu tiefgreifenden Reformen, die auch im österreichischen Rechtssystem ihren Niederschlag fanden. Ein neuer Feminismus, der sich in seinen Forderungen auf die Frauenrechtsbewegung der Jahrhundertwende stützte, führte zu einem neuen Selbstbewusstsein der Frauen. Denn noch immer war Politik fast ausschließlich eine Domäne der Männer, die sämtliche Schlüsselpositionen in Staat, Wirtschaft und im Kulturleben besetzten<sup>26</sup>.

Den Ausgangspunkt hierfür schuf die Bildungsexplosion der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die Gründung höherer Schulen in allen politischen Bezirken Österreichs während der Kanzlerschaft Bruno Kreiskys erfolgte zunächst nicht aus rein emanzipatorischen Gründen, sondern wegen des erforderlichen Umbaus von der industriellen Produktionsweise zu einem modernen Dienstleistungsland. Im Jahr 1969 hatte der OECD-Bericht die österreichische Regierung aufgefordert, ihre Bildungsreserven auszuschöpfen, weil für eine Modernisierung der Wirtschaft die Öffnung der höheren Schulen und Universitäten für alle Bevölkerungsschichten erforderlich sei. Bruno Kreisky war es auch, der bereits 1971 Hertha Firnberg, Gertrude Wondrak und die Salzburgerin Elfriede Karl in die SPÖ-Alleinregierung berief.

Das Jahr 1975 wurde von der UNO zum „Jahr der Frau“ ausgerufen. Daher sah sich die Regierung Kreisky veranlasst, eine höhere Repräsentanz der Frauen im gesamten politischen Bereich zu verlangen. Im Bundesland Salzburg verhallte dieser Appell zunächst ergebnislos. Es saß mit Maria Springle nur eine einzige Frau in der sozialdemokratischen Landtagsriege; die Landesregierung blieb weiterhin frauenlos. Kreisky setzte dann 1979 selbst ein deutliches Zeichen, indem er vier Staatssekretärinnen, darunter die spätere Frauenministerin Johanna Dohnal in die Regierung holte.

Die SPÖ war es auch, die 1985 als erste politische Partei beschloss, in allen politischen Gremien einen 25-Prozent-Anteil mit Frauen zu besetzen. Diese sogenannte „Quotenregelung“ wurde nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im Funktionärsbereich der SPÖ heftig kritisiert und viele Mandatarinnen als „Quotenfrauen“ herabgesetzt.

Die neue Frauenbewegung führte schließlich aber zu einer Reihe von maßgeblichen gesetzlichen Änderungen. So waren die Frauen vor allem erfolgreich im Kampf um die Legalisierung der Abtreibung (Fristenregelung) sowie im Ehe- und Familienrecht. Trautl Brandstaller weist in ihrem Buch „Die neue Macht der Frauen“ auf eine aus dem Jahre 1811 geltende Gesetzesbestimmung hin, die noch bis 1975 Gültigkeit hatte:

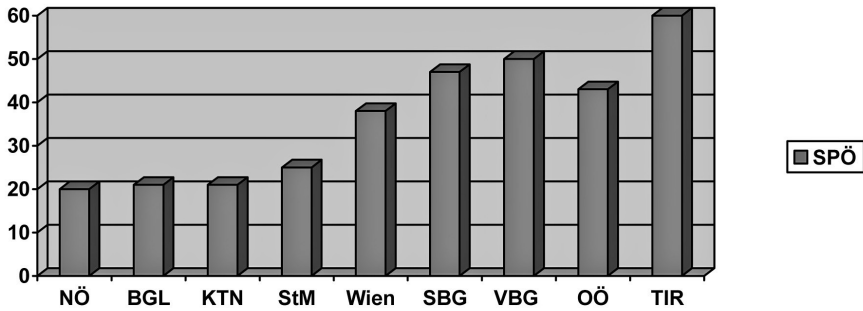
*„Der Mann ist das Haupt der Familie. In dieser Eigenschaft steht ihm unverzüglich das Recht zu, das Hauswesen zu leiten; es liegt ihm aber auch die Verbindlichkeit ob, der Ehegattin nach seinem Vermögen den anständigen Unterhalt zu verschaffen und sie in allen Vorfällen zu vertreten“<sup>27</sup>.*

Nun wurde die Gleichberechtigung der Ehepartner gesetzlich geregelt, wurden eheliche und uneheliche Kinder gleichgestellt, die einvernehmliche Scheidung eingeführt. Die Einführung der Individualbesteuerung führte zweifellos auch zu einem Anstieg der Frauenerwerbsquote. Damit kam es zu erheblichen Veränderungen im partnerschaftlichen Zusammenleben. Es erfolgte<sup>28</sup> nicht nur ein Anstieg des Heiratsalters, ein Rückgang der Geburten, die Zunahme von Lebensgemeinschaften ohne Trauschein, ein Anwachsen der Scheidungsrate sowie der daraus resultierende Anstieg alleinerziehender Elternteile, vorwiegend alleinerziehender Mütter.

Die SPÖ-Frauenorganisation vertrat sehr lange ein sehr konservatives Frauenbild. Eine Loslösung vom Bild der Frau als „Hausfrau und Mutter“ geschah nur langsam. Erst 1978 erfolgte in der Landesfrauenkonferenz der SPÖ in Hallein unter dem geradezu frevelhaft progressiven Motto „Chancengleichheit in Beruf und Bildung“ ein Aufbrechen tradierter Politikmuster. Vor allem durch die Forderung nach mehr Kindergartenplätzen und längeren Öffnungszeiten der Kindergärten bewiesen die SPÖ-Frauen, dass sie ins Erwerbsleben drängten und Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollten.

Als die Tochter des ehemaligen Landeshauptmannstellvertreters Karl Steinocher, Ricky Veichtlbauer, 1982 die Funktion der Landesfrauenvorsitzenden übernahm, wurden viele überalterte Klischees über den Haufen geworfen und eine neue Form der Frauenoffensive eingeläutet. Veichtlbauers Frauenpolitik war kämpferischer, ihr Auftreten wurde als Störung im politischen Machtgefüge der Männer empfunden. Die SPÖ-Frauen gaben nun gar eine eigene Zeitung heraus, der sie den bezeichnenden Namen „Mehr Rechte statt Blumen“ gaben. Nach langen internen Auseinandersetzungen gelang es schließlich auf der SPÖ-Landeskonferenz der SPÖ in Neumarkt am Wallersee eine Mehrheit für eine 40-Prozent-Quote für Frauen in den politischen Gremien mit Mehrheit durchzusetzen. Damit übernahm Salzburg eine Vorreiterrolle in der Frauenpolitik. Als Veichtlbauer 1994 aus allen politischen Funktionen wegen eines innerparteilichen Konfliktes mit dem Parteivorsitzenden Gerhard Buchleitner ausschied, übernahm die Nationalratsabgeordnete Annemarie Reitsamer ihre Funktion, wodurch die Radikalität der bisherigen SPÖ-Frauenpolitik wieder abgeschwächt wurde. Weiterhin saßen nur vier SPÖ-Frauen im Salzburger Landtag. Dies änderte sich erst, als mit Gabi Burgstaller die erste SPÖ-Landeshauptfrau das Ruder übernahm und 2004 gleich 5 Mandate gewann, von denen vier mit Frauen besetzt wurden (insgesamt 8 weibliche Abgeordnete von 17).

**Diagramm 2: Vergleich des Frauenanteils der SPÖ in österreichischen Landtagen (Stand: 2009)**



Quelle: Salzburger Nachrichten vom 15. 12. 2008, S. 3 und eigene Erhebungen

Die Repräsentanz der Frauen im Salzburger Landtag befindet sich im Vergleich zu den anderen Bundesländern im obersten Bereich. Mit 46,6 Prozent Frauenanteil wird Salzburg nur von den Bundesländern Vorarlberg (50%) und Tirol (60%) übertroffen. Allerdings sind die Sozialdemokraten in diesen beiden Bundesländern sehr schwach aufgestellt (Tirol: 5 Abgeordnete, Vorarlberg: 4 Abgeordnete). Die Bundesländer Niederösterreich (20% Frauenanteil in der SPÖ), Burgenland (21%), Kärnten (21%), Steiermark (25%) und Wien (38%) entsprechen nicht der vom Bundesparteistatut der SPÖ vorgegebenen Frauenquote von 40 Prozent.

Salzburg ist bezüglich der Vertretung von Frauen überhaupt in der Spitzenposition, weil nicht nur die Position des Landeshauptmannes seit der Landtagswahl 2004, sondern auch die Funktion der Zweiten Landtagspräsidentin von Frauen eingenommen wird. Im Vergleich zur SPÖ schneidet die ÖVP in den österreichischen Landtagen bezüglich der Repräsentanz der Frauen kläglich ab. So weist die ÖVP im Burgenland einen Frauenanteil von 15,3% auf, in der Steiermark von 12,5% und in Niederösterreich von 12,9%. Die frauenfeindlichste Partei ist aber die FPÖ, die in den Landtagen von Niederösterreich (6 Mandate) und Tirol (4 Mandate) überhaupt keine Frau ins Landesparlament entsandt hat<sup>29</sup>.

## 8. Das Ende des klassengebundenen Wählens

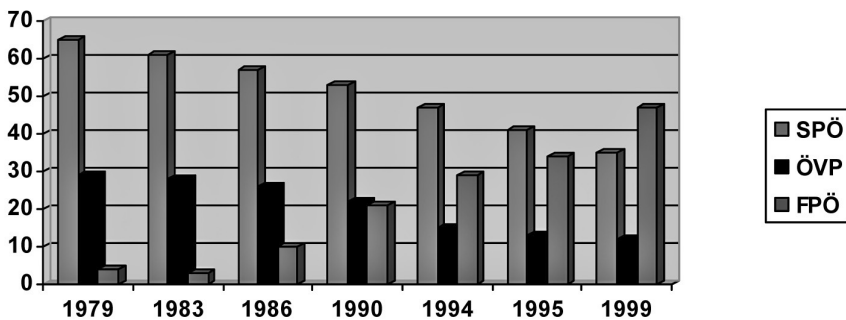
### 8.1. DAS SCHRUMPFEN DER KERNTROPEN

Das Ende des „Golden Age of Parties“ (des Goldenen Zeitalters der Parteien) zeichnete sich dramatisch bei den Nationalratswahlen 1995 ab und

war spätestens mit den Nationalratswahlen 1999 vorbei. Die bislang noch stark ausgeprägte emotionale Gebundenheit der Österreicher an ihre Partei und die jahrzehntelang praktizierte Disziplin, immer dieselbe Partei zu wählen, wich einer immer stärkeren Bereitschaft, die Partei bei Wahlen zu wechseln. Im Vergleich zur Mitte der siebziger Jahre verringerte sich der Anteil der parteigebundenen Wählerschaft um die Hälfte und betrug 1999 nur mehr 17 Prozent<sup>30</sup>. Zudem neigen die Österreicher immer stärker dazu, bei Nationalratswahlen und Landtagswahlen unterschiedliche Parteien zu wählen. So stieg der Anteil der Wechselwähler von 8 Prozent im Jahr 1972 auf 46 Prozent im Jahr 1999<sup>31</sup>. Auch die Gruppe der „late deciders“ (vgl. S. 18; bereits erwähnte Erklärung) stieg auf 20 Prozent an.

Die SPÖ, die sich seit Beginn ihres Bestehens als die klassische Partei der österreichischen Arbeiter fühlen durfte, musste bei den Nationalratswahlen 1995 zur Kenntnis nehmen, dass sie nur mehr einen Anteil von 41 Prozent der ArbeiterInnen für sich verbuchen konnte und ihr die FPÖ mit einem Wähleranteil von 34% stark auf den Fersen war. Bei den Nationalratswahlen 1999 konnte die SPÖ in diesem Wählersegment gar nur mehr 35 Prozent erreichen. Innerhalb von 20 Jahren hatte sich der Arbeiteranteil unter den SPÖ-Wählern halbiert, der FPÖ-Anteil hingegen verzehnfacht, er stieg auf 47 Prozent. Damit war die Freiheitliche Partei, die mit dieser Wahl zweitstärkste Partei wurde, die mit Abstand stärkste Partei unter den Arbeitern<sup>32</sup>. Im Unterschied dazu haben in Deutschland bei der Bundestagswahl 1998 noch 48 Prozent der Arbeiter SPD gewählt, in Großbritannien wählten 1997 noch 68 Prozent der „blue collar voters“ (Wähler aus dem Arbeiterbereich) New Labour<sup>33</sup>. Besonders unter den jüngeren ArbeiterInnen war die Freiheitliche Partei attraktiv. So wählten von den Arbeitern unter 30 im Jahr 1999 57 Prozent die FPÖ, von den Arbeiterinnen 46 Prozent<sup>34</sup>.

**Diagramm 3: Das Wahlverhalten der Arbeiterschaft zwischen 1979 und 1999**



Quelle: Fessel-GfK, Repräsentative Nachwahlbefragungen (1979–1983) und Exit Polls (1986–1999), zitiert nach Plasser/Ullram (2000). Parteien ohne Stammwähler? S. 183.

Vergleichsweise fallen die Veränderungen im Wahlverhalten bei den Angestellten (white collar workers) relativ günstig aus. So konnte bei den Nationalratswahlen 1995 die SPÖ ihren Anteil bei den Beamten auf 48 Prozent erhöhen, während die ÖVP auf 20 Prozent absank. Im Bereich der Angestellten fällt vor allem auf, dass die SPÖ ihren Anteil von 40 Prozent aus dem Jahr 1986 im Jahr 1999 bei 36 Prozent stabilisieren konnte, während die ÖVP in diesem Zeitraum von 36% auf 23% abrutschte. Kräftig zulegen konnte die FPÖ, die ihren Anteil in dieser Zeit von 13% auf 23% steigern konnte und somit mit der ÖVP gleichzog<sup>35</sup>. Im Hinblick auf notwendige Reformen im öffentlichen Dienst erwies sich das positive Wahlergebnis bei den Beamten eher als kontraproduktiv, weil die Veränderungen im Pensionssystem sich dadurch schwieriger gestalteten.

## 8.2. GESCHLECHT UND ALTER BESTIMMEN DAS WAHLVERHALTEN

Ab dem Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts ergab sich zudem eine neue Form des Wahlverhaltens, indem sich zwischen den Geschlechtern eine völlig unterschiedliche Bevorzugung von Parteien auftrat. Die Politologen Plasser/Ullrich sprechen sogar von zwei „geschlechtsspezifischen Parteiensystemen“<sup>36</sup>. Die weibliche Bevölkerung zeigt zunehmend eine Distanz zu den rechtspopulistischen Protestparteien FPÖ und BZÖ, weil diese mit ihren polarisierenden und konfliktorientierten Themen, vor allem mit ihrer Ausländerfeindlichkeit eine negative Emotionalisierung bewirken. Voraussetzung für die affektive Negativhaltung der Frauen zu rechtspopulistischen Parteien und den weiblichen Politisierungsschub ist das deutlich gestiegene Informationsniveau. Seitenverkehrt lässt sich bei den Männern eine verstärkte Hinwendung zur FPÖ erkennen. Bereits 1994 gelang es den Freiheitlichen auf Bundesebene unter Männern mit 32% zur zweitstärksten Partei (hinter der SPÖ) aufzusteigen, bei den Nationalratswahlen 1999 überspringen sie die Sozialdemokraten mit 32% und sind die stärkste Männerpartei.

Der FPÖ mit ihrem auf Jugendlichkeit gestylten Parteiobmann Jörg Haider oder später mit dem jüngsten Spitzenkandidaten bei Nationalratswahlen, Heinz-Christian Strache, gelingt es aber auch, bei den Frauen unter 30 Jahren mit einem Anteil von 30% zur stärksten Kraft aufzusteigen. Der SPÖ-Anteil ist hingegen bei den weiblichen Pensionisten mit insgesamt 13 Prozent der gesamten Wählerschaft am größten. Die jüngeren Frauen wenden sich mit rund 25 Prozent eher den Grünen bzw. dem Liberalen Forum zu. SPÖ und ÖVP konnten hingegen 1999 nur mehr 42 Prozent der jüngeren Frauen für sich gewinnen<sup>37</sup>.

Nicht nur ein „gender gap“ (Kluft zwischen den Geschlechtern) kennzeichnet also das Wahlverhalten bei den letzten Wahlen, sondern vor allem

auch ein „generation gap“ (Kluft zwischen den Generationen). Die beiden Groß- oder Traditionsparteien SPÖ und ÖVP sind für die nachwachsende Wählerschaft nicht mehr attraktiv. Während bei der Nationalratswahl 1979 noch 97 Prozent der Erstwähler ihre Stimme den beiden Großparteien gaben, waren es zwanzig Jahre später nur mehr 42 Prozent. Gewinner bei den Erstwählern war wieder die FPÖ, die in diesem Zeitraum ihren Prozentanteil von 3% auf 38% steigern konnte<sup>38</sup>. Daher schien es ein geschickter Schachzug des SPÖ-Spitzenkandidaten Werner Faymann bei den Nationalratswahlen 2008, angesichts der Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre die jüngste Nationalratsabgeordnete Laura Rudas in sein engeres Team aufzunehmen.

Besonders signifikant ist das geschlechtsspezifische Wahlverhalten zwischen SPÖ und FPÖ. Während die SPÖ zunehmend zur Frauenpartei geworden ist, ist bei der FPÖ der Männeranteil merklich angestiegen.

**Tabelle 1: Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten zwischen 1986 und 1999 (in Prozent)**

		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LIF
<b>1986</b>	Männer	42	38	13	4	-
	Frauen	43	43	7	5	-
<b>1990</b>	Männer	39	29	20	4	-
	Frauen	44	33	12	5	-
<b>1994</b>	Männer	34	25	29	6	5
	Frauen	36	30	18	9	6
<b>1995</b>	Männer	35	26	27	4	5
	Frauen	40	29	16	5	6
<b>1999</b>	Männer	31	25	32	5	3
	Frauen	35	27	21	9	4

Quelle: Fessel-GfK, Exit Polls (1986–1999).

Auch die für die Salzburger SPÖ so erfolgreiche Landtagswahl 2004, bei der die Sozialdemokraten erstmals stärkste Partei wurden und mit Gabi Burgstaller die Landeshauptfrau stellen konnten, ergab ein ähnliches Wahlverhalten. Frauen wählten tendenziell links, Männer rechts. Auch der Generationenvergleich zeigte, dass sich die SPÖ vor allem auf die Generation der über 30-Jährigen verlassen konnte. Im Unterschied zu den Bundeshwahlen übte die SPÖ-Herausforderin als die jüngste aller Spitzenkandidaten allerdings auch auf die unter 30-Jährigen eine große Anziehungskraft aus, da immerhin 37% die Sozialdemokraten wählten.



**Tabelle 2: Wahlergebnis der Landtagswahl 2004 nach Geschlecht und Alter**

	<b>ÖVP</b>	<b>SPÖ</b>	<b>FPÖ</b>	<b>Grüne</b>
Wahlergebnis gesamt	38	45	9	8
Männer	40	42	11	7
Frauen	36	48	7	9
Bis 30 Jahre	38	37	10	15
30 bis 49 Jahre	33	48	10	9
Über 50 Jahre	43	46	7	7

Quelle: Repräsentativumfrage OGM-Politikforschung im Auftrag der APA. <http://science.orf.at/science/filzmaier/131465>.

### **8.3. VOLKSPARTEIEN ODER WAS?**

In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts waren aus den Weltanschauungs-, Klassen- und Interessensparteien Volksparteien geworden, die von dem Politologen Otto Kirchheimer etwas verächtlich-abwertend als „catch-all-parties“ bezeichnet wurden. Diese Parteien seien oligarchisch entartet und in eine Art „Verkaufskonzern von Führer-Images zwecks Erwerbs von Wählerstimmen“ (Wolfgang Abendroth) umgewandelt worden. Dieser These ist zumindest bis in die neunziger Jahre entgegenzutreten. Denn aus den aus der Monarchie erwachsenen und zutiefst fragmentierten und milieuverwurzelten Parteien sind zweifelsfrei ideologisch abgeschwächte Volksparteien geworden, die sich weitestgehend des hasserfüllten Klassenkampfes der Ersten Republik enthalten haben.

Diese Entwicklung stellt zweifellos das zweite gesellschaftliche Wunder neben dem Erfolg des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Denn die neuen Volksparteien ÖVP und SPÖ waren imstande, sehr unterschiedliche Interessen schichtenübergreifend zu integrieren und mithilfe der Interessensverbände Kompromisse zu erarbeiten, welche die Stabilität der Zweiten Republik nachhaltig gefestigt haben. Führungsfähigkeit, Regierungsstabilität trotz der immer stärker verpönten Parteienverschmelzung von ÖVP und SPÖ in Form der Großen Koalition und politische Mäßigung waren die positiven Ergebnisse. Vor allem die zu Volksparteien gewachsenen Lager der ÖVP und SPÖ verhinderten, dass ein Konfliktepluralismus sowohl Parlamente als auch staatliche Institutionen paralisieren konnte.

Dennoch ist es heute angebracht, aus den folgenden Gründen den Begriff „Volkspartei“ anzuzweifeln:

- Die beiden ursprünglichen Großparteien SPÖ und ÖVP sind zumindest auf Bundesebene von einem Stimmenpotenzial von über 90 Prozent bei der Nationalratswahl am 28. 9. 2008 auf 55,24% geschrumpft und nicht mehr in der Lage, Verfassungsänderungen durchzuführen.
- Die niederschmetternde Langsamkeit der Entscheidungsprozesse, die gegenseitigen Blockaden der beiden Parteien und die nicht gelösten Probleme (Bundesstaats- und Gesundheitsreform, dauerhafte Pensionsfinanzierung etc.) haben zu einem tiefen Frust der Wählerschaft und zu einer Hinwendung zum rechten Lager geführt (FPÖ und BZÖ erreichten mit insgesamt 28,24% der Stimmen beinahe das Ergebnis der SPÖ und übertrafen die ÖVP).
- Der Frauenanteil in den Parlamenten und den Parteiämtern ist signifikant unterdurchschnittlich. So befinden sich seit der Nationalratswahl 2008 nur mehr 28% weibliche Abgeordnete im österreichischen Parlament.
- Wie alle hoch komplexen Organisationen zeigen die großen Parteien die Tendenz der kommunikativen Selbstabschottung und der Binnenorientierung auf die Funktionäre und Mitglieder sowie eine Schwerfälligkeit in der Reaktion auf neue Herausforderungen, was von Hans-Joachim Veen als „Verbonzung“ charakterisiert wird<sup>39</sup>.
- Die Kontaktaufnahme mit den WählerInnen erfolgt fast ausschließlich über Werbungsmaßnahmen. Diese fußt jedoch nicht auf Argumenten und baut auch keine rationalen Dialoge auf. Das Ziel von Werbung ist es, zum Kauf (bzw. in diesem Fall: zur Wahl) zu verführen, keineswegs jedoch jemanden in eine Diskussion zu verwickeln. Längst vorbei sind die Zeiten, als Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky vor Nationalratswahlen in Orten wie Lend, Taxenbach oder Bruck auftrat oder SPÖ-Landesparteiobmann Herbert Moritz mit einem Sonderzug der Krimmler Bahn von Zell am See bis nach Neukirchen am Großvenediger tingelte, also Menschen zum Anfassen waren. Heute begnügt sich die Bundes-SPÖ vor Nationalratswahlen, ihren Spitzenkandidaten in großen Partyzelten vor Schloss Kleßheim exklusiv vor Funktionären zu präsentieren. Das Problem der Kommunikation mit dem Wahlvolk wird auf das Fernsehen abgeschoben, der Demokratie damit ein Bärendienst erwiesen<sup>40</sup>.

Da die Instabilität des Wahlverhaltens und die Zirkularität der Wählerschaft zunimmt, der Wähler die Mobilität hinsichtlich seines Wahlverhaltens als Freiheit begreift, wird der Begriff „Volkspartei“ vom deutschen Politologen Elmar Wiesendahl insgesamt sehr negativ gesehen: *„Eine Volkspartei, eine Partei aller Welt oder jedermanns Partei zu sein, heißt in Wirklichkeit niemandes Partei zu sein; denn keiner erkennt sich mehr im Wollen und Tun einer solchen Alles-oder-nichts-Partei wieder oder fühlt sich in seinem Innersten vertreten“*<sup>41</sup>.

## 9. Die Partei(en) in der Medienfalle

Mit der raschen Verbreitung des Fernsehens in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zu einer für die Sozialdemokratie (wie auch für die anderen Parteien) bedenklichen Aushöhlung des Programmatischen. Die moderne Medienwelt und die tägliche Berichterstattung im Fernsehen brauchen mediengerechte Stars, die „anchor men and women“ (attraktive Diskussionsleiter) der Politik. Gelingt es einem Politiker/einer Politikerin, in den Rang eines solchen politischen Stars aufzusteigen, so dreht sich fortan zunächst einmal alles um ihn/sie, während die anderen PolitikerInnen verblassen. Vor allem aber geht es nicht mehr um politische Ideen oder Grundsatzfragen, sondern vorrangig um die Person. Ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit rückt nicht das politische Programm, sondern die Person des Spitzenkandidaten. Wem es gelingt, die größte Medienprominenz zu erlangen, dem sind alle Aussichten offen für den politischen Aufstieg in der Partei und in deren Positionen.

Mit dieser von den Parteien sich selbst auferlegten und nicht immer erzwungenen Medienhörigkeit wird das eigentliche politische Mandat, nämlich die Arbeit für die Wählerschaft, nachrangig. Dadurch werden Programme vernachlässigt, Programmdiskussionen auf Parteitagungen treten in den Hintergrund, Diskussionen flauen ab. In der Folge sind nicht mehr die Parteibasis und nicht mehr die für die Partei arbeitenden Funktionäre der Ansprechpartner des Mandatars, sondern es ist der Medienmacher, um dessen Wohlgefallen der Politiker buhlt. Damit gleichen sich auch die inhaltlichen Politikangebote der Parteien an und werden zum Maßstab für die künftige Arbeit. Die Gesellschaft, für die man zu arbeiten vorgibt, wird ersetzt durch die Meinung der Medien. Damit *„degeneriert Politik zum mediengerechten Komödiantentum, Parteien werden privatisiert und degenerieren zu Wählerinitiativen einzelner Kandidaten“*<sup>42</sup>. Durch diese zunehmende Medialisierung der Politik erhalten die Public-Relations-Berater und Spindoktoren mehr politischen Einfluss als die Führungsgremien der Partei und die Parteikonferenzen.

Die SPÖ war seit ihren Anfängen immer eine auf Mitbestimmung und Mitwirkung ausgerichtete Netzwerkpartei gewesen. Die Meinungsbildung in den diversen Gremien, von der Ortsorganisation über die Bezirksorganisation bis zum Landespartei Vorstand hat die Entscheidungsprozesse bewirkt. Von den Landesorganisationen war dann die Kommunikation mit der Bundespartei erfolgt. In der modernen Medienpartei aber bestimmen die jeweiligen Trends der täglichen Aufgeregtheiten die Politik. Lange Entscheidungsprozesse und Vielstimmigkeiten von Meinungen kann man sich nicht mehr leisten, das würde auf eine Schwäche des jeweiligen Parteivorstehenden schließen lassen. Daher geht es in den modernen Medienparteien zentralistisch zu. Hier herrschen die PR-Experten, die Medienprofis, die

Spindoktoren, die in kleinen Stäben die Richtlinien und Entscheidungsgrundlagen vorgeben und dabei immer auf den neuesten demoskopischen Befund schielen. Berater gab es bereits in den siebziger Jahren in der Ära Bruno Kreisky. Doch mit der Entideologisierung der Parteien haben Spin-Doctores Konjunktur. Diese „Architekten der Macht und des Einflusses“ (Michael Müller) schieben politische Inhalte in den Hintergrund und werbeästhetisch wirksame Bilder als Taktik nach vorne. In den modernen Medienparteien geht es also nicht um ideologische Standpunkte, sondern um die Personalisierung der Politik und um die Inszenierung der Führungspersönlichkeit. Die Person ist die Botschaft, der schöne Schein ist wichtiger als der programmatische Inhalt.

Der in der Politik nun vorherrschende „Theatralismus“ (Thomas Mayer) basiert auf den drei Grundelementen Kurzfristigkeit, Desintegration und ökonomische Dominanz<sup>43</sup>. Die Parteien sind immer stärker auf die Aktualität ausgerichtet, wodurch auf ein organisches Wachstum und auf eine programmatische Gestaltung verzichtet wird. Die Menschen leben immer mehr in Teilwelten, ohne den gesamtpolitischen Zusammenhang zu verstehen. Und anders als zur Zeit Kreiskys, der in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen auf den Keynesianismus setzte, gibt es im Postliberalismus eine totale Vorherrschaft der Ökonomie, also eines Teilbereichs über die Gesellschaft<sup>44</sup>.

Diese Verschiebung des Politischen von grundsätzlichen Verteilungsfragen, sozialen Absicherungen und ökologischen Richtungsentscheidungen hin zum Personenwettbewerb führt zu einer Entpolitisierung insgesamt. Personenkult des Spitzenkandidaten ersetzt Politik, womit sich die Parteien in der Medienfalle selbst entpolitisieren. Gerade in der klassisch programmatisch orientierten sozialdemokratischen Mitglieder- und Partizipationspartei wird damit der Identitätsverlust zum besonderen Problem.

## 10. Die SPÖ in der Globalisierungsfalle

Bis in die späten achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren die Sozialdemokraten dafür eingetreten, aktive Beschäftigungsimpulse durch den Staat zu setzen, den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur (Ausbau der Straßennetze) voranzutreiben, für ein Mehr an öffentlichen Dienstleistungen zu sorgen, also den Wirtschaftsstandort zu stärken und sich somit dem libertär organisierten Binnenmarkt anzugleichen. Dies zeigte sich auch im Bestreben des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky, sich mehr oder weniger vorbehaltlos der Europäischen Union anzuschließen und damit auch dem Welthandelsabkommen beizutreten. Dass mit den damit einhergehenden Zwängen der internationalisierten

Ökonomie auch ein Verlust der sozialdemokratischen Zielsetzungen verbunden war, wurde in Kauf genommen.

Die Politiker aller Schattierungen bekannten sich nun zu den Stehsätzen des aufkommenden Neoliberalismus: Eigenverantwortung statt kollektiver Sicherheit, Flexibilität im beruflichen Dasein statt lebenslanger Erwerbskontinuität. Im Grunde versteckte sich hinter diesen Botschaften die harte Tatsache, dass der Staat keine weiteren Wohltaten mehr zu gewähren imstande war, dass es stattdessen Leistungskürzungen geben werde. Die strukturelle Arbeitslosigkeit, der sich ausweitende Niedriglohnssektor und prekäre Arbeitsverhältnisse nisteten sich in allen westlichen Demokratien ein.

Als neuer „deus ex machina“ (wörtl. Gott aus der Maschine; Heilsbringer), der die anstehenden Probleme zu lösen in der Lage war, fiel den Politikern – auch den Sozialdemokraten – nichts Besseres ein als die Handlungsanweisung des Neoliberalismus: „Mehr privat, weniger Staat“. Statt einer Neuformierung und Neukonstruktion politischen Handelns wurde auch in Österreich in Zeiten sozialdemokratischer Führung die große Privatisierungswelle eingeleitet: Post, Bahn, verstaatlichte Industrie, Banken, Austria Tabak, Bundesforste standen bald als Aktiengesellschaften zum öffentlichen Verkauf bereit. Die sozialdemokratische Grundhaltung, dass die grundlegende Infrastruktur eines Staates als Garant der Sicherheit für die Gesamtbevölkerung nicht zur handelbaren Ware werden dürfe, wie es der amerikanische Philosoph Michael Walzer in seinem Buch „Sphären der Gerechtigkeit“<sup>45</sup> fordert, wurden in den Wind des Marktliberalismus geschlagen. Der Handlungsdruck einer exzessiven Staatsverschuldung, überhöhter Lohnnebenkosten und die Investitionsschwäche Österreichs im Vergleich zu anderen Industriestaaten sowie die schlechten demografischen Zukunftsaussichten zwangen auch die sozialdemokratischen Parteiführer und Regierungschefs Vranitzky und Klima zu rigorosen Einsparungsprogrammen und der Privatisierung bisher monopolistischer Infrastruktur.

Die Folge dieses Paradigmenwechsels war sofort spürbar: Der Charme und die Aura sozialdemokratischer Leitvorstellungen verblassten. Zurück blieb eine verunsicherte sozialdemokratische Basis, die ein ganzes Leben lang das Gegenteil der nunmehr praktizierten Politik vertreten hatte. Antriebslos zweifelten sie an der Sinnhaftigkeit ihres parteipolitischen Engagements und stellten so keine mobilisierungsfähige Kraft mehr dar.

Wolfgang Schüssel, der spätere Bundeskanzler von FPÖ- und BZÖ-Gnaden (2000–2007) und Hohepriester des Neoliberalismus in Österreich, hatte die Parole vorgegeben: „Mehr privat – weniger Staat“ (so heißt sein Buch aus dem Jahr 1983). Dies wurde nun zum Glaubenssatz für die soziale Grundsicherung. Die schwarz-blaue Regierung von 2000–2007 verordnete dem quasi-staatlichen Pensionssystem einen kräftigen Einschnitt. Man empfahl den ArbeitnehmerInnen, als zusätzliche Säule der künftigen

Absicherung in Pensionsfonds zu investieren. Bundesländer wie Wien und Städte wie Graz und Innsbruck verkauften ihre Kraftwerke und Straßenbahnen in Cross-Border-Leasing-Geschäften an amerikanische Fondsgesellschaften, um sie mit steuerlichem Vorteil wieder zurück zu leasen<sup>46</sup>.

Niemand wollte glauben, dass solche Fonds zusammenbrechen und damit die eigene Infrastruktur zu Schaden kommen könnte. Doch dann schwappte im September 2008 die in den USA ausgebrochene Bankenkrise auch auf Europa über und der gesellschaftliche Diskurs, der von den Staatsverächtern dominiert worden war, schlug in sein Gegenteil um. Der Staat war nun plötzlich nicht mehr Synonym für gesellschaftliche Unfreiheit, für Drangsalierung und für wirtschaftliche Ineffizienz. Das Wunderwort „Deregulierung“ wurde plötzlich zum Unwort des Jahres und die großen Investmentbanken erwiesen sich als die gefährlichsten aller Spielcasinos. Niemand hatte sich vorstellen können, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch des kleinen Inselstaates Island auch massive Auswirkungen auf die österreichischen Großbanken RZB, die Bank Austria oder Erste Bank haben werde. Die vormaligen Deregulierungsbefürworter in Politik und Bankwesen wollten nun plötzlich Staatshilfe, um die Einlagen der Sparer abzusichern. Genau zu diesem Zeitpunkt, als auch von den österreichischen Banken Hilfe vonseiten des Staates gefordert wurde, um die soziale Marktwirtschaft und damit den Glauben an die Demokratie zu sichern, mussten sich die neuen Parteiobleute von SPÖ (Werner Faymann) und ÖVP (Josef Pröll) zusammen raufen, um eine – von der österreichischen Bevölkerung weitgehend ungeliebte – Große Koalition zu zimmern.

Statt kleinlicher Spiele und Intrigen um Machtgewinn galt es plötzlich, Österreich vor einer groß angelegten Rezession abzuschirmen, Privatbanken mit Milliardenzuschüssen aufzufangen und damit die Auswirkungen auf die Realwirtschaft zu bremsen und den Glauben der ÖsterreicherInnen an einen Gesellschaftsvertrag für die Zukunft zu sichern. Plötzlich erschienen die seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts so salopp entsorgten Zielvorstellungen der Sozialdemokratie wieder Gültigkeit zu erlangen<sup>47</sup>. Allerdings besteht die Gefahr, dass die „rabies populi“ (die Wut des Volkes) sich vornehmlich an den PolitikerInnen entlädt, die in Regierungsverantwortung sind, weil man ihnen den Abbau der sozialen Sicherungssysteme und der natürlichen Existenzgrundlagen anlastet, die von Investmentbankern und Fondmanagern durch irre Spekulationsgeschäfte verzockt wurden.

## 11. Personenkult statt politisches Projekt?

Politischen Führergestalten war man nach dem Zweiten Weltkrieg mit großem Misstrauen gegenüber getreten. Im Vordergrund stand in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Weltenbrand der Wiederaufbau des Staates und seiner Infrastruktur, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die wirtschaftliche Implementierung des kleinen Staates im demokratischen Europa. Mit der Persönlichkeit des Bundeskanzlers Bruno Kreisky war in der Sozialdemokratie nach dem Weltkrieg erstmals wieder eine Leitfigur in den Vordergrund getreten, die durch ihr Charisma und durch ihren Umbau Österreichs zum Wohlfahrtsstaat und die daraus resultierenden Wahlerfolge eine Zeit lang die Aura des Unfehlbaren genoss. Durch ihren gekonnten Umgang mit den Medien wurde er zu Österreichs Sonnenkönig der siebziger Jahre. Mit Kreisky als Vorzeigeperson begann die Personalisierung einer politischen Richtung und die Personifizierung der Partei durch den Vorsitzenden.

Mit der starken Ausweitung der Medienlandschaft, insbesondere des Fernsehens, wurde dann die äußere Erscheinung des Spitzenkandidaten gegenüber inhaltlichen Konzepten vorrangig. Dies musste Kreiskys Nachfolger als Bundeskanzler, Fred Sinowatz, leidvoll erfahren. Als SPÖ-Finanzminister Franz Vranitzky nach der Bundespräsidentenwahl 1986, in der mit Kurt Waldheim erstmals seit 1945 ein ÖVP-Kandidat zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, über Nacht zum Nachfolger von Sinowatz bestimmt wurde, zeigte sich der auch in der SPÖ vollzogene Wechsel. Der fernsehgerecht gestylte neue SPÖ-Kanzler Vranitzky konnte wieder in der medialen Auseinandersetzung mit seinen Widersachern punkten und die Stärke der sozialdemokratischen Vormachtstellung erhalten. Anstatt bisher ausgetragener Richtungskämpfe um die Person des Vorsitzenden und damit der offen ausgetragenen Willensbildung wurde über Nacht ein mediengerechter Parteichef installiert.

In den USA ist es selbstverständlich, dass sich mehrere Personen einer Partei um das Amt des Präsidenten bewerben und dass selbst ursprünglich chancenlose Kandidaten als Sieger hervorgehen können. In Österreich würde seit Vranitzkys Kür ein solcher Wettkampf der Kandidaten als fehlende Geschlossenheit und als heillose Zersplitterung interpretiert. Diese neue Geschlossenheit um die Person des Parteivorsitzenden und damit des Kanzlerkandidaten übertüncht aber häufig das Fehlen inhaltlicher Konzepte. Bei heutigen Wahlkämpfen zählt daher in allen Parteien zumeist mehr die Verpackung als der Inhalt.

Zweifelsfrei waren die europäischen Parteien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und bis in die siebziger Jahre hinein zu ideologisch, zu programmlastig orientiert, zu dogmatisch. Gottseidank sind die tiefen ideologischen Gräben zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten

heute zugeschüttet, sind die Zeiten hasserfüllter Wahlkämpfe vorbei, in denen sich Parteisolddaten bei nächtlichen Plakataktionen prügeln. Eine Politik, die nach den schrecklichen pathologischen Verfehlungen der Ersten Republik und der Nazi-Diktatur auf Ausgleich und Mäßigung setzte, hat erst den sozialen Wohlfahrtsstaat ermöglicht.

Dennoch muss vor dem anderen Extrem, nämlich der völligen „Amerikanisierung der Politik“ gewarnt werden. Die wesentlichsten Merkmale haben in den letzten zwei Jahrzehnten auch die österreichische Parteienlandschaft infiziert. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen<sup>48</sup>:

- Im Vordergrund politischen Handelns steht die Personalisierung, d. h. die Konzentration auf die Person des Spitzenkandidaten.
- Indem der Wahlkampf weitgehend in die Hand von Medien-, Kommunikations- und PR-Experten ausgelagert wird, entsteht eine Professionalisierung der Politik.
- Die Parteien betreiben ein gezieltes Ereignismanagement, das zu Lasten von Problemlagen geht.
- Die Marketingstrategien basieren immer mehr auf Umfragen von Meinungsforschungsinstituten, der direkte Kontakt zu den FunktionärInnen und WählerInnen wird ausgedünnt.
- In der Intensivphase der Wahlbewegung wird häufig ein gezielter Angriffswahlkampf oder ein „negative campaigning“ betrieben, womit die Degradierung des politischen Gegners angestrebt wird.
- Die Gestaltung des finalen Teils des Wahlkampfes wird als „horse race“ (Pferderennen), also als sportlicher Wettkampf aufgezogen. Ihm wird mehr Aufmerksamkeit zuteil als inhaltlichen Themenstellungen.
- Es herrscht eine ausdrückliche Forcierung von Sympathiefaktoren des Kandidaten/der Kandidatin statt seiner/ihrer politischen Kompetenz.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts droht also die Gefahr, dass die Parteien ihre programmatischen Linien verlieren. Dadurch fehlen den Funktionären die Leitplanken und Zielpunkte für ihre politische Arbeit. *„Die programmlosen Parteien sind abhängiger geworden: Von den Einflüsterungen und Kurzatmigkeiten der Demoskopien, von den Konjunkturen der politischen Leitartikel, von den Launen einer zappenden Telezuschauerschaft“<sup>49</sup>.*

## 12. Die SPÖ und die Wirtschaft (von Christian Dirninger)

Im allgemeinen Verständnis und von ihrer Entwicklung her ist die SPÖ nicht die „klassische“ Wirtschaftspartei. Andererseits aber lässt sich im historischen Rückblick erkennen, dass sie – sowohl auf Bundes- wie auf



Landesebene – seit dem Übergang von den 1950er in die 1960er Jahre in zunehmendem Maße und in unterschiedlichen Bereichen wirtschaftspolitische Kompetenz und Einflussnahme aufgebaut hat.

Auf Bundesebene fand das zunächst in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in der Opposition gegenüber einer ÖVP-Alleinregierung in Form der Entwicklung einer umfassenden wirtschaftspolitischen Programmatik im wirtschaftspolitischen Programm der SPÖ 1968 statt. Darauf aufbauend folgte bis Anfang der 1980er Jahre in der Kreisky-Ära, insbesondere vom damaligen Finanzminister Hannes Androsch mit explizitem Anspruch auf wirtschaftspolitisches Leadership, vor allem hinsichtlich Beschäftigungsentwicklung sowie Preis- und Währungsstabilität, erfolgreich umgesetzte praktische Wirtschaftspolitik.

In den 1980er Jahren war unter anderem wegen der fundamentalen Krise der verstaatlichten Industrie in mehrfacher Hinsicht wirtschaftspolitisches Krisenmanagement gefordert. Hier war es für die SPÖ und deren wirtschaftspolitische Führungselite oft schwierig, zwischen dem weiterhin vorrangigen Ziel der Erhaltung bzw. Wiedererlangung der Vollbeschäftigung einerseits und dem immer dringender werdenden Strukturwandel, insbesondere hinsichtlich der verstaatlichten Wirtschaftsbereiche andererseits, einen praktikablen Weg zu finden. Insofern erscheint der vom damaligen Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden Franz Vranitzky vertretene und praktizierte wirtschaftspolitische Pragmatismus durchaus adäquat, auch wenn dies in Teilen der Partei und der Gewerkschaftsorganisation nicht nur Zustimmung gefunden hat.

Der Spielraum für klassische Arbeitnehmerpolitik verengte sich seit den frühen 1980er Jahren, in denen, so wie es Kreiskys Nachfolger Fred Sinowatz ausdrückte, „alles sehr kompliziert“ wurde, deutlich und es galt in zunehmendem Maße – zumal in der seit 1987 bestehenden Großen Koalition – Kompromisse mit Interessen und Erfordernissen des „Kapitals“ zu suchen und zu finden. Dies betraf in der Folge u. a. den Auf- und Ausbau des heimischen Kapitalmarktes, die Einleitung und schrittweise Umsetzung einer Privatisierungspolitik und die Reformierung des Steuersystems. Und all dies auch vor dem Hintergrund und in Bezug auf die Integration Österreichs in die EU und die dortige Dynamik der Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes, aber auch unter dem Eindruck und den Folgen und Chancen der „Ostöffnung“ für die österreichische Wirtschaft.

In diesem Szenario war es für den sozialdemokratischen Finanzminister Ferdinand Lacina alles andere als eine leichte Aufgabe, eine prononcierte sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu steuern. So stand internationale Anerkennung wachsender Kritik aus der gewerkschaftlichen Fraktion gegenüber.

Die schwindenden Möglichkeiten spezifischer sozialdemokratischer Profilierung in der Wirtschaftspolitik wurden nach der politischen

„Wende“ im Jahr 2000 mit dem Antritt der rechtskonservativen ÖVP-FPÖ-Koalition in der Opposition weiter eingeschränkt. Andererseits bleibt doch auch die Frage, warum es in der Opposition nicht in einer den Jahren 1966–1970 vergleichbaren Weise zur Schaffung einer tragfähigen zukunftsorientierten programmatischen und personellen Basis gekommen ist.

Auf Landesebene lassen sich im historischen Rückblick im Verhältnis von SPÖ und Wirtschaft seit den frühen 1960er Jahren ebenso über die Jahrzehnte hinweg bestimmte Entwicklungstendenzen in der wirtschaftspolitischen Orientierung und Positionierung erkennen. Eine dieser Entwicklungstendenzen liegt darin, dass die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Salzburger SPÖ von der Nachkriegszeit bis in die ausgehenden 1970er Jahre in Konzeption und Gestaltung deutlich von der Arbeiterkammer und im Wege dessen von einer ausgeprägten Planorientierung bestimmt war.

So wurde insbesondere in der öffentlichen Investitionstätigkeit in Form von mehrjährigen Investitionsprogrammen ein wirksames Instrument für eine „aktive“ Wachstums- und Konjunkturpolitik gesehen. Bereits 1952 war von der SPÖ-Fraktion im Landtag die Auflage eines derartigen Investitionsprogramms gefordert worden. Als es dann zur Beschlussfassung für das auf zehn Jahre ausgelegte Investitionsprogramm 1955 gekommen ist, stellte der aus der Arbeiterkammer stammende SPÖ-Landtagsabgeordnete Anton Kimml befriedigt fest, dass man seitens der Fraktion *„der Planung, die im Investitionsprogramm zum Ausdruck kommt, unsere Zustimmung“* gebe, denn dieses entspreche *„jener aktiven Konjunkturpolitik, zu der sich die Sozialisten in der Zweiten Republik und namhafte Wirtschafts- und Finanzpolitiker des In- und Auslandes bekennen“*. Die Bauwirtschaft sei der Schlüsselsektor der Gesamtwirtschaft, denn so Kimml: *„ohne florierende Bauwirtschaft keine gute Konjunktur, ohne günstige Konjunktur keine Vollbeschäftigung.“*<sup>50</sup> Auch in den 1960er Jahren wurde von öffentlichen Investitionsprogrammen in der Bauwirtschaft als eine *„viele andere Erwerbszweige beschäftigenden Schlüsselindustrie“* erwartet, dass diese *„nach dem bekannten Multiplikatoreffekt befruchtend auf die Privatwirtschaft“* wirken würden<sup>51</sup>. Man bewegte sich also hier in klassisch keynesianischen Bahnen.

In strukturpolitischer Hinsicht war die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Salzburger SPÖ in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten in einen strukturpolitischen Grundkonsens mit der sich als Wirtschaftspartei positionierenden ÖVP eingebunden. Dieser bestand im Kern darin, dass es in Salzburg zu keiner Großindustrialisierung kommen sollte, sondern ein primär auf Fertigwarenerzeugung und Export orientierter klein- und mittelbetrieblicher Industriesektor entwickelt werden sollte<sup>52</sup>. In Bezug darauf wurde im Laufe der Zeit in Studien der Arbeiterkammer immer wieder auf das Problem einer relativ hohen, einseitigen Abhängigkeit der peripheren Regionen von Bauwirtschaft und Fremdenverkehr hingewiesen und dies mit Forderungen und Initiativen der SPÖ für einen höheren Industrialisie-

rungsgrad im ländlichen Raum verbunden. In kritischer Auseinandersetzung mit der ÖVP-Wirtschaftspolitik betonte der Arbeiterkammerpräsident Josef Brunauer 1968 im Landtag, dass die unbestrittene Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Salzburger Wirtschaft nicht dazu führen dürfe, „eine moderne Industrie- und Gewerbepolitik für das Land Salzburg zu unterlassen, um sich mit Lippenbekenntnissen zufrieden zu geben“<sup>53</sup>.

In den frühen 1960er Jahren stand angesichts starker Preissteigerungen die sozial verträgliche Preisgestaltung im Vordergrund. Dabei kam der sozialdemokratische Einfluss vor allem im Rahmen nicht immer konfliktfreier sozialpartnerschaftlicher Regulierungsmaßnahmen zum Tragen. In den Medien wurde zeitweilig sogar von einem „Preiskrieg“ berichtet<sup>54</sup>.

Mittel- und langfristig kristallisierte sich eine wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung der Salzburger SPÖ im Wesentlichen in vier Punkten heraus: Verstärkung des Industrialisierungsgrades, vorrangige gesamtwirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, wesentliche gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Gemeinden sowie die Wohnungspolitik. Dies waren ab Mitte der 1960er Jahre auch die wesentlichen Grundlagen für eine Strategie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung im Land, die nunmehr in der Landespartei unter der Obmannschaft von Karl Steinocher sowohl in programmatischer Hinsicht wie in der praktischen Politik über die Positionen in Landesregierung und Landtag entwickelt wurde. Die enge Verbindung mit Arbeiterkammer und Gewerkschaftsfraktion – der politischen „Heimat“ Steinochers – blieb erhalten. Vor allem dergestalt, dass zum Teil umfangreiche Studien und Analysen zur wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung im Land als Grundlage für konkrete wirtschaftspolitische Initiativen in der Regierung und im Landtag dienten. Die maßgeblichen „Verbindungsmänner“ dabei waren Walter Stockinger und Josef Brunauer, die weiterhin die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPÖ im Landtag repräsentierten. Mitte Oktober 1968 legte die SPÖ-Fraktion dort in Form eines Antrages ein strukturpolitisches Forderungsprogramm vor, dessen hauptsächliche Stoßrichtung auf eine Stärkung der industriellen Strukturen, die Sicherung der Arbeitsplätze und eine verstärkte Ansiedlung in- und ausländischer Betriebe in der ländlichen Peripherie zielte<sup>55</sup>.

Die traditionell enge Verbindung von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik kam insbesondere in der Wohnungspolitik zum Tragen. Dabei ging es der SPÖ v. a. um eine sozial ausgewogene Gestaltung der Wohnbauförderung, die Sicherung von Bauflächen für den Wohnbau und eine entsprechende Koordinierung der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften. Angesichts der eklatanten Wohnungsknappheit in der Landeshauptstadt war eine dortige Erweiterung des sozialen Wohnbaus ein prioritäres Thema für die SPÖ<sup>56</sup>. Als zentrales Problem wurden dabei Spekulationsphänomene am Wohnungsmarkt geortet, was insbesondere seit Beginn der 1970er

Jahre zu einem zentralen Angriffspunkt Steinochers in der politischen Argumentation wurde.

Sowohl in der starken Konjunktur der frühen 1970er Jahre als auch angesichts der Auswirkungen der allgemeinen „Stagflationskrise“ in der Mitte des Jahrzehnts war der Abbau der sich sichtlich verstärkenden Entwicklungsdifferenzen zwischen den Ballungstendenzen und der starken Wachstumsdynamik des Zentralraumes einerseits und den strukturellen Defiziten und Wachstumsrückständen in den peripheren Regionen bzw. dem südlichen Landesteil „Inner Gebirg“ ein vorrangiges wirtschaftspolitisches Anliegen der Landes-SPÖ. So hieß es etwa 1974 im Jahresbericht der Arbeiterkammer: *„Die in der Schönwetterperiode der letzten 20 Jahre erzielte eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land Salzburg, was seine Wirtschaftsstruktur anbelangt, mit der doppelten Hypothek einer ungleichgewichtigen Branchenstruktur und einer ungleichgewichtigen regionalen Struktur behaftet ist“*<sup>57</sup>. In Bezug darauf wurden in der Folge die Raumordnung, die kommunale Flächenbewirtschaftung, die Betriebsansiedlung und die Gestaltung der Wirtschaftsförderung zu zentralen wirtschaftspolitischen Themenfeldern der SPÖ-Führung. So war bereits im Vorfeld der Landtagswahl 1969 in einer von Karl Steinocher einberufenen Konferenz zu Raumordnungsfragen die bisherige Entwicklungsplanung des Landes einer umfassenden Kritik unterzogen worden<sup>58</sup>. Hinsichtlich einer effizienten Wirtschaftsförderung wurde 1975 im Rahmen der Kritik an der Vielzahl von Förderungsinstrumentarien und einer damit von der ÖVP betriebenen Klientelpolitik ein mit weitreichender Lenkungs- und Steuerungskompetenz ausgestatteter „Wirtschaftsausschuss“ auf Basis eines „Salzburger Wirtschaftsförderungsgesetzes“ gefordert, eine Forderung mit der man sich allerdings nicht durchsetzen konnte<sup>59</sup>.

Ein weiterer wichtiger Angriffspunkt der Steinocher-SPÖ Mitte der 1970er war die Zunahme von Zweitwohnungsbauten und die damit verbundene Bodenspekulation<sup>60</sup>. Dabei strebte die sozialistische Landtagsfraktion in gewissem Maße auch Enteignungsmöglichkeiten an, was aber von den anderen Parteien abgelehnt wurde<sup>61</sup>. Auch der von der SPÖ geforderte „Planungswertausgleich“ (eine Abgabe zur Hintanhaltung der Bodenspekulation) fand keinen Eingang in das Raumordnungsgesetz 1977. Zumindest aber kam es in diesem Gesetz zu einer Bestimmung zur Ausweisung von „Vorbehaltsflächen“ für Einrichtungen der Gemeinden<sup>62</sup>.

Eine deutliche qualitative Ausweitung der wirtschaftspolitischen Sach- und Gestaltungskompetenz der SPÖ auf Regierungsebene gab es in den 1980er Jahren, als mit Wolfgang Radlegger ein wirtschaftspolitischer Pragmatiker an wesentlichen Schalthebeln der Landeswirtschaftspolitik, insbesondere in dem für die Salzburger Wirtschaftsstruktur so wesentlichen bauwirtschaftlichen Bereich, saß<sup>63</sup>. Dabei war Radleggers wirtschaftspoli-

tischer Pragmatismus keineswegs technokratisch, sondern basierte ganz im Gegenteil auf explizit formulierten, sozialdemokratisch fundierten gesellschaftspolitischen Leitvorstellungen hinsichtlich einer sozialen Modernisierung<sup>64</sup>. Für deren Umsetzung allerdings war die Balance zwischen politischer und sachlicher Machbarkeit das entscheidende Kriterium. In dieser „Machbarkeit“ lag dann auch der wesentliche Ansatzpunkt für die Kompromissfindung mit dem gerade auch in der Wirtschaftspolitik dominanten ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer (sen.). Die diesbezügliche „Achse“ ist geradezu legendär geworden und hat in Bezeichnungen wie „Haslegger“ und dergleichen ihren bonmotartigen Ausdruck gefunden<sup>65</sup>.

Ein zentrales Leitmotiv Radleggers war, wie er dies am Landesparteitag im Oktober 1985 in einer „*sehr selbstbewussten, exakt überlegten Rede*“ formulierte, ein „*kritischer Realismus*“<sup>66</sup>. Im Jahr 1986 legte der SPÖ-Obmann eine umfangreiche Schrift mit dem Titel „*Auf die Zukunft setzen. Ideen und Skizzen für ein Salzburg in anderen Ansichten*“ vor, in der er eine differenzierte gesellschaftspolitische Konzeption für die Landespolitik entwickelte<sup>67</sup>.

Dort wurde als Antwort auf die von konservativer Seite lancierte Devise „Weniger Staat – Mehr Markt“, wobei auch der Sozialstaat in seiner bisherigen Form zunehmend infrage gestellt wurde, die sozialpolitische Gestaltung des Wachstums als wesentliche Zukunftsaufgabe gesehen. Dabei blieb die Vollbeschäftigung das Finalziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik: „*Die Sozialdemokratie sieht ... in der Verbesserung der Beschäftigungslage und der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung eine moralische und politische Verpflichtung. Das gilt auch für die Politik der Länder und somit auch für Salzburg*“<sup>68</sup>. Als einen zentralen Ansatzpunkt dafür identifizierte Radlegger den sich deutlich abzeichnenden Wandel in der Arbeitswelt im Zusammenhang mit der Zunahme der strukturellen Arbeitslosigkeit und die daraus folgenden Anforderungen an das wirtschaftliche Qualifikationssystem. Der öffentlichen Investitionstätigkeit wurde weiterhin besondere Bedeutung beigemessen und einer von ÖVP-Seite angestrebten Einsparungspolitik eine Absage erteilt. Demgemäß hält die SPÖ laut Radlegger „*nichts von den immer wiederkehrenden Sparappellen des Finanzreferenten, wenn sie einzig von der Vorstellung geprägt sind, die Ausgaben des Landes sozusagen mit einem Rasenmäher quer durch den Garten zu kürzen*“<sup>69</sup>. Den in jener Zeit aufkommenden Tendenzen des Sozialabbaus gegenüber wurde nachdrücklich für die Erhaltung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates und auch für Umverteilungspolitik Position bezogen. Dies jedoch nicht mit einem zentralstaatlichen Umverteilungsmechanismus, sondern in einer Verbindung von gesellschaftlicher Solidarität und individueller Verantwortung in der Daseinsvorsorge. Im Rahmen einer dafür notwendigen Anpassung des Sozialstaatssystems an den sich abzeichnenden demografischen Wandel forderte Radlegger schon damals

die „Einführung einer Pflegeversicherung auf landesgesetzlicher Ebene“<sup>70</sup>. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt wurde in einer an der individuellen Leistungsfähigkeit orientierten Wohnbauförderung gesehen.

In der zur Mitte der 1980er Jahre auch auf Landesebene virulent werdenden Privatisierungsfrage unterschied der Salzburger SPÖ-Chef deutlich zwischen privatisierungsfähigen Landesbeteiligungen an kommerziellen Unternehmungen, wie etwa der Schmittenhöhebahn AG oder der Landeshypothekenbank, und der der öffentlichen Versorgung dienenden Infrastruktureinrichtungen, wie etwa der Landeselektrizitätsgesellschaft (SAFE), die keinesfalls privatisiert werden dürften: „Dort wo infrastrukturelle Versorgungsaufgaben berührt werden, wo es darum geht, den Menschen die Grundlagen ihres Zusammenlebens zu sichern, hört sich für uns die Diskussion um die Privatisierung auf und wird dort auch in Zukunft ein Ende finden“<sup>71</sup>.

Im Vergleich zu den vorangegangenen drei Jahrzehnten ist in der „Ära Radlegger“ der direkte Einfluss der Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsfraktion auf die konkrete wirtschaftspolitische Gestaltung sowie die von dort kommende Planorientierung der SPÖ-Wirtschaftspolitik erkennbar zurückgegangen. Ungeachtet dessen blieb die enge Koppelung mit der Arbeiterkammer und deren Spitzenfunktionären weiterhin ein inhaltlich und institutionell tragendes Element der wirtschaftspolitischen Linie der SPÖ<sup>72</sup>. So untermauerte die SPÖ angesichts der auch in Salzburg deutlich spürbar gewordenen mehrjährigen Konjunkturschwäche in den frühen 1980er Jahren ihre neuerlich erhobene Forderung nach vermehrter industrieller Betriebsansiedlung „Inner Gebirg“ mit einer Studie der Arbeiterkammer, deren Ergebnisse auf die Gefahr des „Abkoppelns der schwächeren südlichen Regionen von den prosperierenden nördlichen Teilen des Landes“ verwiesen<sup>73</sup>. Im Jahr 1990 diagnostizierte die Arbeiterkammer die „Gefahr einer monostrukturellen Entwicklung der südlichen Landesteile mit einer absoluten Dominanz der Fremdenverkehrswirtschaft, mit einer weitgehend tourismusabhängigen Handels- und Bautätigkeit“<sup>74</sup>. Somit lagen maßgebliche Akzente der wirtschaftspolitischen Akzentsetzungen der SPÖ weiterhin in der Struktur- und Raumordnungspolitik sowie in einer entsprechenden Umgestaltung der Wirtschaftsförderung im Land.

In Verbindung damit wurden die negativen Auswirkungen der Ballungstendenzen im Zentralraum einmal mehr ein vorrangiges wirtschaftspolitisches Thema der SPÖ. Der nunmehrige SPÖ-Obmann und Landeshauptmannstellvertreter Gerhard Buchleitner forderte nachdrücklich eine Beendigung des „blinden Wachstums“ im Zentralraum und ortete diesbezüglich „gewaltige Versäumnisse“ in der Landesplanung und ein „Scheitern der Regionalpolitik“<sup>75</sup>. Gefordert wurde die Stärkung der Wirtschaftskraft in den Gebirgsgauen durch den Ausbau industriell-gewerblicher Arbeitsplätze, um das Pendeln und Abwandern in den Zentralraum einzubremsen<sup>76</sup>.

In zunehmendem Maße wurde auch die Umweltpolitik zu einem wichtigen Akzent in den wirtschaftspolitischen Agenden der SPÖ. Bereits in den 1980er Jahren waren hinsichtlich der Eindämmung von Wasser- und Luftverschmutzung sichtbare Erfolge erzielt worden, wie etwa bei der Sanierung der Salzach, wobei speziell in Bezug auf die Halleiner Industrie Wolfgang Radlegger eine wesentliche Rolle gespielt hatte. In den 1990er Jahren wurde insbesondere die Abfallentsorgung eine vorrangige Herausforderung. Hier kam 1991 in der Ressortverantwortlichkeit von Landesrat Othmar Raus ein Abfallwirtschaftsgesetz zustande, wodurch mit Mülltrennung, Deponieregelungen, Abfallwirtschaftsverbänden und Recycling ein modernes Abfallwirtschaftssystem etabliert wurde<sup>77</sup>.

Beobachtet man die wirtschaftspolitischen Akzentsetzungen der SPÖ in den letzten Jahren, so lassen sich in mehrfacher Weise längerfristige Kontinuitätslinien erkennen. So blieb die Beseitigung der Entwicklungsdifferenzen zwischen „außer“ und „inner Gebirg“ weiterhin ein vorrangiges Anliegen, zumal, wie eine Studie der Arbeiterkammer im Jahr 2002 feststellte, die Arbeitnehmereinkommen der südlichen Landesteile circa 10% unter jenen im Flachgau, Tennengau und der Stadt Salzburg lagen. Daran schloss sich, wie schon früher, die Forderung nach verstärkter gewerblich-industrieller Betriebsansiedlung im Süden<sup>78</sup>.

Als nach der Jahrtausendwende die Konjunktur deutlich nachließ und Beschäftigungsprobleme wieder verstärkt spürbar wurden, legte die SPÖ unter Führung der Landeshauptmannstellvertreterin Gabi Burgstaller parallel zu einer vom ÖVP-Landeshauptmann Franz Schausberger präsentierten „Beschäftigungsoffensive“ ein Investitionsprogramm vor, dessen Schwerpunkt auf Ankurbelungseffekten in der Bauwirtschaft lag<sup>79</sup>. In der Tradition der von der SPÖ immer wieder angestrebten Stärkung der industriellen Komponente in der Salzburger Wirtschaftsstruktur kann die nach der gewonnenen Landtagswahl 2004 von der nunmehrigen Landeshauptfrau initiierte Kooperation mit der Salzburger Industriellenvereinigung gesehen werden. Dem in der Landeshauptstadt infolge fehlender Gewerbeflächen drohenden bzw. eingetretenen Verlust von Arbeitsplätzen wurde versucht, mit einer v. a. vom SPÖ-Bürgermeister Heinz Schaden forcierten Debatte um eine Flexibilisierung der Grünlanddeklaration zu begegnen<sup>80</sup>. Ab 2005 ging dann die Arbeitslosigkeit wieder deutlich zurück und das Ziel der Wiedererlangung von „Vollbeschäftigung“ konnte realistisch erscheinen<sup>81</sup>.

Hinsichtlich der wegen der Nachfrage zahlungskräftiger ausländischer Käufer weiterhin akuten Problematik der Grundstücksverknappung und -verteuerung in den Fremdenverkehrsregionen wurde im Dezember 2007 kurz vor dem Ausscheiden von Landeshauptmannstellvertreter Othmar Raus aus der Regierung zwischen SPÖ und ÖVP ein Kompromiss bezüglich der freiwilligen Vertragsraumordnung mit Nutzungsverträgen zwi-

schen Gemeinden und Grundbesitzern erzielt. Die alte SPÖ-Forderung nach einer abgabenorientierten Maßnahme zur Eindämmung von Baulandspekulation bzw. für Baulandmobilisierung, vor allem auch im Interesse des Wohnbaus, fand in Form eines „Infrastrukturbeitrages“ als Vorauszahlung für künftige Aufschließungskosten zumindest ansatzweise Eingang in die Novellierung des Raumordnungsgesetzes<sup>82</sup>. Dabei war es im Vorfeld zu einer teilweise hitzigen politischen Auseinandersetzung über die sogenannte „Spekulationssteuer“ der ÖVP und die sogenannte „Häuslbauersteuer“ der SPÖ gekommen<sup>83</sup>.

Die im Herbst 2007 erfolgte Zusammenführung des seit den 1950er Jahren bestehenden Kleingewerbedarlehenfonds und des Mitte der 1970er Jahre geschaffenen Strukturverbesserungsfonds zum sogenannten „Salzburger Wachstumsfonds“ kann auch als ein Schritt in die Richtung der von der SPÖ seit Langem geforderten Strukturbereinigung und institutionellen Konzentration im Bereich der Wirtschaftsförderung gesehen werden<sup>84</sup>. Als Erfolg der SPÖ konnte anlässlich der Verabschiedung von Landeshauptmannstellvertreter Othmar Raus im Dezember 2007 ein unter dessen Resortführung seit 2004 konsequent betriebener Einsparungs- und Entschuldungskurs in der Finanzpolitik des Landes verbucht werden.

Als eine große Herausforderung der Landespolitik für sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zeichnet sich seit einigen Jahren, in besonderer Weise die „Soziale Frage“ ab. Das zeigen sowohl eine vergleichsweise schwache Realeinkommensentwicklung sowie ein zunehmendes Auseinanderklaffen der Einkommensschere und in Zusammenhang damit eine wachsende Armutsgefährdung<sup>85</sup>.

### **13. Von der Mitglieder- zur Wähler- und Fraktionspartei**

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich in allen Parteien ein beträchtlicher Wandel vollzogen. War es z. B. in den siebziger Jahren in der Ära der Alleinregierung Bruno Kreiskys dem damaligen Vizebürgermeister von Zell am See, Anton Pichler, noch möglich, innerhalb eines einzigen Jahres an die 150 Mitglieder für die SPÖ allein im 1.000 Einwohner zählenden Ortsteil Thumersbach zu gewinnen, so stagnieren seither die Mitgliederzahlen. Dieser Wandel hängt zum einen eng mit dem gesellschaftlichen Trend der Individualisierung und der Selbstverwirklichung zusammen. Zum anderen aber auch mit der noch immer vorhandenen und für Nicht-Mitglieder kaum vorstellbaren Gremien- und Organisationsstruktur der Parteien. Die starre Veranstaltungsroutine der Ortsparteien, die zumeist nur ihre kommunale Routinearbeit und ihre Organisationsverpflichtungen abwickeln, schreckt vor allem junge Menschen ab, dafür ihre Freizeit zu



opfern. Erklärt sich ein Mitglied bereit, Funktionen in einer Ortspartei oder in einer Gemeinde zu übernehmen, so muss er an Ortsausschusssitzungen, Fraktionsbesprechungen, Jahreshauptversammlungen der Partei und von kommunalen Vereinen, Bezirks- und Landeskonferenzen, geselligen Parteiabenden und Jubilarehrungen teilnehmen. Er muss also bereit sein, sein persönliches Zeitbudget in der Freizeit nicht mehr der eigenen Familie zu widmen, sondern größtenteils der Partei zu opfern.

Mit dem Schwund an Mitgliedern und in der Folge auch an einsatzwilligen Funktionären ändert sich naturgemäß auch das Selbstverständnis der Partei. Nun kann sie sich nicht mehr demokratiepolitisch über eine breite Verankerung in der Bevölkerung und einer großen Zahl partizipierender Parteimitglieder (Funktionären) definieren. Die SPÖ hat auf die Krise in ihrer Organisation mit Parteireformen reagiert. Dazu gehören die immer wieder beschworene, aber kaum verwirklichte Öffnung der Partei, die Begrenzung von Ämterkumulierung und die Einführung der 40-Prozent-Quote für Frauen in allen Gremien.

In der politikwissenschaftlichen Debatte gibt es im Wesentlichen drei Richtungen von Reformvorschlägen<sup>86</sup>, die sich verkürzt wie folgt darstellen lassen:

- alle Macht den Wählern
- alle Macht den Mitgliedern
- alle Macht den Profis (s. dazu das Kapitel 4.2).

Da die Wähler ohnedies das letzte Wort haben, neue Mitglieder dauerhaft schwer zu rekrutieren sind, scheint der dritte Reformvorschlag am ehesten der Entwicklung zu entsprechen: Die Parteien sollten sich darauf konzentrieren, ihre inhaltlichen und konzeptionellen Führungsaufgaben zu erfüllen, dann werden sie zwar keine Mitgliederparteien mehr, sondern Wähler- und Fraktionsparteien sein. In einer Konkurrenzdemokratie, die sich nicht mehr auf breite politische Lager stützen kann, soll die bessere politische Konzeption, das bessere Personalangebot und die bessere politische Kompetenz eine Mehrheit erhalten.

In Deutschland wurde diese Debatte schon in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts geführt<sup>87</sup>. Der ehemalige Politikberater der SPD, Peter Grafe, plädierte dafür, alle Macht den Profis zu überlassen und aus der Partei ein Dienstleistungsunternehmen zu machen, das ein perfektes Produkt für die Wählerschaft erzeugt und auch optimal anbietet. In das gleiche Horn blies der ehemalige Wahlkampfmanager der CDU, Peter Radunski<sup>88</sup>, der eine Fraktionspartei forderte, in der nicht Amateure und einfache Mitglieder bestimmen, sondern ausschließlich die Fraktion der gewählten Regierungsmitglieder und Parlamentarier. Diese Reformansätze von vor 30 Jahren sind inzwischen auch in Österreich Wirklichkeit geworden.

So ist auch die Entwicklung der SPÖ bereits in Richtung einer Fraktionspartei gegangen. Unter Fraktion ist jene Funktionärsgruppe gemeint, die aus den Mitgliedern der Landesregierung, der Landtagsfraktion, den Mitgliedern der Stadtregierung und den Repräsentanten der Gewerkschaftsführung besteht. Diese Fraktion hat das politische Heft in der Partei unter der Führung des/der Parteivorsitzenden in die Hand genommen und entscheidet über alle sachpolitischen Fragen, über die Führung von Wahlkämpfen, vor allem aber auch über die Auswahl von künftigen Mandatsinhabern. In der personellen Zusammensetzung der Parteigremien überwiegen die MandatsträgerInnen, womit also diese ihre eigenen Positionen in der Regel prolongieren. Aufgrund des in den letzten Jahren sukzessive erfolgten Verlustes der Bürgermeisterpositionen in den zentralörtlichen Gemeinden (Bischofshofen, Badgastein, Bad Hofgastein, Grödig, Hallein, Mittersill, Radstadt und Zell am See) sind Persönlichkeiten aus den Kommunen im Landesparteivorstand nicht mehr anzutreffen.

Aufgrund der weitgehenden Personalunion von Fraktion und Parteipräsidium bzw. Landesparteivorstand werden alle fachlichen Entscheidungen zumeist in der Fraktion vorbereitet und von den Parteigremien zur Kenntnis genommen. Die Fraktionsbeschlüsse werden von den regionalen Parteigremien zur Kenntnis genommen. Politische QuereinsteigerInnen<sup>89</sup>, die geeignet wären, von außen frischen Wind in die Gremien und in die Parteiroutine zu bringen, können in der SPÖ nur unter massivem Einsatz der/des Parteivorsitzenden durchgedrückt werden und werden zumeist von der Abwehrfront der Funktionärsbasis mit ihren Aktivitäten abgeblockt oder auf Sparflamme gehalten.

Die Parteien werden in Hinkunft mehr noch als bisher von den Aktivisten dominiert werden, also von jenen Mandatsträgern, die ein ausreichendes Zeitbudget haben, um mit den Organisationsformen zurechtzukommen. Im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht sind es in der SPÖ überwiegend Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, Angestellte der Partei, der Gewerkschaft oder der Arbeiterkammer, kaum jedoch Selbstständige und Freiberufler. Diese einseitige personelle Zusammensetzung muss grundsätzlich kein Nachteil sein, wenn die SPÖ es versteht, die Interessen eines Großteils der Gesellschaft durch die Bündelung von ökonomischen, sozialen, ökologischen und ideellen Zielen zusammenzufügen und zu politischen Entscheidungen zu führen und diese umzusetzen.<sup>90</sup> Denn nicht nur aus der Zahl der Mitglieder leitet sich die demokratische Legitimation einer Partei ab, sondern vor allem aus den demokratischen Wahlen und der Qualität ihrer Arbeit. Ihrem Gestaltungsauftrag kann die SPÖ auch dann gerecht werden, wenn sie sich auf ihre gesellschaftlichen Kernaufgaben mithilfe einer politisch kompetenten und effizienten Kerntruppe bezieht<sup>91</sup>. Jedoch ist die Auswahlmöglichkeit umso eingeschränkter, je mehr die Zahl der aktiven Mitglieder und Funktionäre schrumpft.

## 14. Die Direktwahl der Bürgermeister und das Zerbröseln politischer Bastionen

Nachdem im Jahre 1991 erstmals die Direktwahl von Bürgermeistern in Kärnten eingeführt worden war, gab es in Salzburg zwischen den Parteien ein heftiges Tauziehen. Während SPÖ, FPÖ und die Grün-Alternative Bürgerliste (GABL) den unmittelbaren Einfluss der WählerInnen auf die Bestellung des wesentlichsten Gemeinderepräsentanten begrüßten, sträubte sich die Mehrheitspartei ÖVP lange dagegen<sup>92</sup>. Durch das Stimmensplitting (je eine Stimme für die Partei und eine für den Bürgermeister) fürchteten die Parteien einen Machtzuwachs für den Bürgermeister und die Vorherrschaft von Showbusiness vor sachorientierter Politik in den Gemeinden. Auch die Sorge, dass wirtschaftlich potente Personen mit einem aufwendigen Wahlkampf sich die Gemeinde als Geschäftsfeld aneignen könnten, beherrschte vor allem die SPÖ.

Nach der für die SPÖ so verheerenden Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg vom 4. Oktober 1992 wendete sich das Blatt. Nach Jahrzehnten sozialdemokratischer Vorherrschaft wurde durch einen Parteienpakt von ÖVP, FPÖ und der von der SPÖ abgespaltenen Liste „Demokratie 92“ der ÖVP-Kandidat Josef Dechant zum Bürgermeister der Landeshauptstadt gewählt. Ein besonderer Schock ergab sich aus der geringen Wahlbeteiligung von nur 55 Prozent. Die SPÖ sah darin ein Zeichen, dass die Direktwahl des Bürgermeisters ein Gebot der Stunde und einer zeitgemäßen verstärkten Bürgerpartizipation wäre.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevertreter (ASG), Bürgermeister von Zell am See und II. Präsident des Salzburger Landtages, Walter Thaler, forderte eine rasche Änderung der Landesverfassung und der Salzburger Gemeindewahlordnung, damit Bürgermeister nicht mehr von Parteisekretariaten mit versteckten Tauschgeschäften ausgehandelt werden könnten. Er verlangte die Rekrutierung einer den Erfordernissen entsprechenden politischen Elite als Kernaufgabe der Parteien. *„Unentbehrlich sind zunehmend Politiker, die nicht aus Sektionszirkeln und politischen Lobbys ihre Legitimation erbringen ... und als Politiker ein nicht zu geringes Ausmaß an innerer und äußerer Unabhängigkeit gegenüber der Partei aufweisen können“*<sup>93</sup>. Schließlich war auch die ÖVP für eine entsprechende Verfassungsänderung bereit. Um nicht eine Verlagerung der politischen Gewichte hin zum repräsentativ legitimierten Gemeindeoberhaupt zu erzeugen, forderte die Salzburger SPÖ zudem eine umfassende Reform der Verantwortlichkeit in der Gebietskörperschaft Gemeinde. Die Überprüfungsausschüsse wurden nicht mehr proportional, sondern paritätisch besetzt. In Gemeinden ab 5.000 Einwohnern wurde an Vizebürgermeister und Gemeinderäte Ressortverantwortung übertragen.

Bei den erstmals im Oktober 1994 im Bundesland Salzburg durchgeführten Bürgermeisterdirektwahlen kam es in einigen Hochburgen der Großparteien zu überraschenden Verschiebungen des Wählermarktes. In insgesamt 16 Gemeinden konnte im ersten Wahlgang kein Kandidat als Sieger namhaft gemacht werden. Im zweiten Wahlgang gingen sechs der ÖVP-Kandidaten, aber 10 der SPÖ-Kandidaten als Sieger hervor. In den Gemeinden Uttendorf, Hintersee, Schleedorf, Kleinarl, Dorfgastein und Werfen musste die ÖVP den Bürgermeistersessel an die SPÖ abtreten. In Badgastein konnte die SPÖ mit ihrem Kandidaten Manfred Gruber das amtierende FPÖ-Gemeindeoberhaupt Friedrich Kreuzer aushebeln. In St. Michael im Lungau (bisher SPÖ) und in Thomatal hingegen konnte die ÖVP den Bürgermeistersessel gewinnen. Im Vergleich zu den Ergebnissen aus 1989 schoss die SPÖ demnach durch den Zugewinn von insgesamt sechs Bürgermeistern den Vogel ab.

Aber nicht nur die Bürgermeisterpositionen waren in manchen Gemeinden ins Wanken geraten, auch die Parteien mussten teilweise empfindliche Wählerverschiebungen hinnehmen. So verlor die SPÖ in ihren bisherigen Hochburgen Hallein, Bischofshofen, Mittersill, Radstadt und St. Michael im Lungau zwischen 18,9% (Radstadt) und 8,9% (Mittersill). Eine signifikante Tatsache zeichnete sich in allen Gemeinden ab, in denen die Bürgermeisterwahl erst in einer Stichwahl entschieden werden konnte: Wo amtierende Bürgermeister sich einem zweiten Wahlgang stellen mussten, verlor auch die Bürgermeisterpartei erheblich an Stimmen und Prozentpunkten. Es lag also nicht an einem allgemeinen Trend zu Ungunsten einer Partei, sondern zumeist an der fehlenden Unterstützung des Bürgermeisterkandidaten durch seine Partei oder an einer Schwächung der Partei durch interne Rivalitäten.

Die Bürgermeisterdirektwahlen des Jahres 1999 brachten für die SPÖ einen Verlust von acht Bürgermeistern an die ÖVP. Dafür aber konnte die SPÖ in der Landeshauptstadt mit Heinz Schaden dieses Amt wieder von der ÖVP zurückgewinnen. Besonders gravierend erwies sich für die SPÖ der Verlust ihrer Bürgermeister in den ehemaligen Hochburgen Hallein, Bischofshofen, Neumarkt am Wallersee, Radstadt, Grödig und Puch. In Hallein waren zweifellos interne Streitigkeiten für das Wahldesaster verantwortlich. Denn innerhalb der Stadtpartei hatten sich bei der Nominierung des Spitzenkandidaten in Nachfolge von Franz Zambelli zwei Lager gebildet. Die Mehrheit stimmte schließlich für den AK-Bediensteten Heimo Typpelt, worauf der Gegenkandidat Walter Ebner mit der wahlwerbenden Liste „Bündnis für Hallein“ antrat und auf Anhieb 26% der Stimmen errang. Ohne diese Parteispaltung hätten die Sozialdemokraten locker für ihren Spitzenkandidaten zwischen 55 und 60 Prozent der Stimmen eingefahren.

Bei den Bürgermeisterdirektwahlen des Jahres 2004 konnte die SPÖ in der Stadt Salzburg sechs Mandate gewinnen und kratzte damit hart an der absoluten Mehrheit. Der Amtsinhaber Heinz Schaden konnte sich schon

im ersten Durchgang gegen seinen ÖVP-Konkurrenten Karl Gollegger durchsetzen. Die wirklichen Überraschungen ergaben sich jedoch in den Gemeinden Badgastein, Mittersill, Leogang, Unken und Untertauern. Obwohl die ÖVP in Badgastein seit dem Tod des Bürgermeisters Anton Kerschbaumer im Jahr 1975 sich mit der Rolle des Dritten abgeben hatte müssen, errang sie in der Stichwahl gegen den amtierenden SPÖ-Bürgermeister Manfred Gruber den Sieg. Einen ähnlichen schmerzlichen Verlust musste die SPÖ in Mittersill hinnehmen, wo SPÖ-Bürgermeister Roman Oberlechner dem FPÖ-Herausforderer Wolfgang Viertler unterlag. In Unken setzte sich SPÖ-Kandidat Franz Ensinger gegen seine Konkurrenten von ÖVP und FPÖ durch. In der Tourismusgemeinde Untertauern konnte der SPÖ-Bewerber Johann Habersatter mangels eines Konkurrenten von der ÖVP unerwartete 67,1% für sich verbuchen und den Bürgermeistersessel erobern. In Leogang konnte sich die langjährige Vizebürgermeisterin Helga Hammerschmied schon im ersten Durchgang gegen die Konkurrenz behaupten und wurde somit die erste SPÖ-Bürgermeisterin im Land Salzburg. Der Pinzgau erwies sich überhaupt als der frauenfreundlichste Bezirk, weil hier gleich drei weibliche Bewerberinnen den Bürgermeisterstuhl erobern konnten.

Herbe Verluste mussten die Sozialdemokraten bei den Bürgermeisterwahlen und Gemeindevertretungswahlen am 1. 3. 2009 hinnehmen. In der Stadt Salzburg rutschte die SPÖ von 43,78% auf 35,79% ab und verlor sowohl einen Stadtratssitz als auch vier Mandate. Bürgermeister Heinz Schaden musste sich einer Stichwahl gegen seinen ÖVP-Konkurrenten Harald Preuner stellen, die er allerdings gewann. In der Bezirkshauptstadt Zell am See verlor die SPÖ nach fünf Jahrzehnten sowohl den Bürgermeister als auch die absolute Mehrheit an die ÖVP, ebenso in Bad Hofgastein, St. Gilgen, Schleedorf und Hintersee. Einen Zugewinn eines Bürgermeisters konnte man nur in den Lungauer Orten Muhr und St. Margarethen verbuchen. In der zweitgrößten Stadt Salzburgs, in Hallein, sackte die SPÖ gar auf 25 Prozent der Stimmen ab.

Als Ergebnis der bisher durchgeführten vier Bürgermeisterdirektwahlen zeigt sich, dass die Einführung des direkten Plebiszits grundsätzlich zu keinen für die Parteien bedrohlichen Verwerfungen geführt hat. Allerdings hat die Personalisierung zum Abbau der in Österreich sehr lange vorherrschenden Lagermentalität wesentlich beigetragen. Die Wählerströme zeigen seither in den Gemeinden eine stärkere Fluktuation und orientieren sich an der Qualität der BewerberInnen. Die Wählerschaft achtet zusehends mehr auf die kommunale und kommunikative Kompetenz der Kandidaten als auf ihre Zugehörigkeit zu einer Partei. Das Anforderungsprofil für Bürgermeister hat damit an professioneller Schärfe gewonnen, feste Parteibindungen haben an Bedeutung verloren. Den Verlust von Bürgermeisterpositionen begannen verstärkt die SPÖ-Bastionen der mittelgroßen

Städte und Gemeinden mit einem starken Anteil an Industriearbeitern zu spüren. Die Salzburger Sozialdemokratie verfügt zwar nach wie vor über hervorragende Organisationsstrukturen, hat es aber vernachlässigt, ein ausreichendes Reservoir an kompetenten Persönlichkeiten heranzubilden. Nicht die Parteien an sich sind daher der politischen Erosion preisgegeben, sondern die Wahlfähigkeit des Elektorats hat sich verbessert.

## **15. Vom Proporz zur Konkurrenzdemokratie – ein demokratiepolitischer Durchbruch**

In den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts drang mit dem Aufkommen der Grün-alternativen Bürgerliste eine neue Bewegung in die strukturkonservativ geprägte politische Landschaft Salzburgs ein. Bereits 1982 schafften es die Grünen in der Landeshauptstadt, nicht weniger als 17% der Stimmen zu erringen, damit die Freiheitliche Partei auf Platz vier zu verdrängen und einen Stadtratssitz zu erobern. Die im Land seit 1945 herrschende Proporzregierung blieb von diesen Umbrüchen vorerst verschont und hielt an ihrem institutionellen Muster der Machtaufteilung fest.

Anlässlich des Landessymposiums „75 Jahre Republik Österreich“ im Herbst 1993 verwies der Salzburger Politikwissenschaftler Herbert Dachs darauf, dass Proporz ausschließlich für Extremsituationen geeignet sei, also wenn der innere Friede gefährdet sei und die Integration gefördert werden müsse. Das bestehende Proporzsystem lasse jedoch Effizienz und Innovation sowie Kontrolle vermissen und sei zum Anachronismus verkommen. Der damalige ÖVP-Klubobmann Franz Schausberger gestand zwar Abnützungerscheinungen ein, zeigte jedoch keine Bereitschaft der ÖVP, dieses System grundlegend zu reformieren. Auch die Salzburger SPÖ empfand die automatische Teilhabe an der Macht als bequemer als den mit einem Systemwechsel verbundenen möglichen Weg in die Opposition.<sup>94</sup>

Die immer stärker werdende Oppositionspolitik des freiheitlichen Landesrates Karl Schnell verursachte allerdings bei der ÖVP einen langsamen Meinungsumschwung. In ihrer Herbstklausur im September 1994 beschloss die ÖVP-Landtagsfraktion, eine Ablöse des Proporzsystems anzustreben. Das von der ÖVP vorgelegte Konzept sah allerdings außer der Mehrheitswahl der Regierung keine weitreichenden Maßnahmen im Sinne einer Stärkung der Oppositions- und Kontrollrechte vor.

Die SPÖ war nun unter Zugzwang, zumal bei der Landtagswahl 1994 die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ beträchtliche Verluste hinnehmen hatten müssen und die populistisch und oppositionell agierende FPÖ erstmals mit zwei Landesräten in der Regierung vertreten war. Der SPÖ-Landtagsklub gab daraufhin bei seinem Verfassungssprecher Klaus Firlei ein

Gutachten in Auftrag, das die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokraten nicht nur auflisten, sondern demokratiepolitisch entsprechend begründen sollte. Innerhalb der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion war die Meinung geteilt, ob die Verfassungsreform tatsächlich für die weitere Entwicklung der Partei und ihre Mitwirkung am landespolitischen Geschehen von Nutzen sei. Schließlich brachten die SPÖ-Landtagsabgeordneten Gabi Burgstaller, Klaus Firlei und Walter Thaler am 29. Mai 1996 einen 46-seitigen Antrag im Landtag ein, der eine umfassende Reform der Landesverfassung anstrebte. Die ÖVP wehrte sich gegen diesen Antrag, vor allem gegen das von der SPÖ verlangte Einstimmigkeitsprinzip in der Landesregierung.

Es bedurfte eines tiefen Zerwürfnisses in der Proporzregierung, um die Verfassungsdebatte wieder in Schwung zu bringen. Den Anlass dazu bildete die „Datenklau-Affäre“ im Büro des freiheitlichen Landesrates Karl Schnell. Ein Mitarbeiter Schnells hatte sich mittels EDV Zugang zu einem vertraulichen Dokument aus dem Büro des SPÖ-Landeshauptmannstellvertreters Gerhard Buchleitner verschaffen können. In diesem waren SPÖ-nahe Landesbedienstete aufgelistet worden, die für höhere Dienstposten in Betracht kamen. Daraufhin einigten sich die Mitglieder des SPÖ-Landtagsklubs, gegen Schnell einen Misstrauensantrag einzubringen, der wider Erwarten von der ÖVP unterstützt wurde. Schnell wurde daraufhin durch Landtagsbeschluss seines Amtes enthoben und gleichzeitig eine Regierungsvorlage zur Abschaffung des Proporzsystems eingebracht. Am 22. April 1998 wurde schließlich die Verfassungsreform im Salzburger Landtag einstimmig beschlossen. Auch vier FPÖ-Abgeordnete stimmten für die Abschaffung des Proporzsystems, der freiheitliche Klubobmann Karl Schnell und drei weitere Getreue hatten vorher den Sitzungssaal verlassen. Seit der Landtagswahl im März 1999 wird Salzburg daher nicht mehr proporzdemokratisch regiert, sondern von einer durch die Mehrheit des Landtages gewählten Koalitionsregierung (1999–2004: ÖVP-SPÖ, ab 2004 SPÖ-ÖVP). Ein demokratiepolitischer Durchbruch war erreicht. Gleichzeitig wurde der Proporz auch im Bundesland Tirol abgeschafft. Das von diesen Reformen in zwei westlichen Bundesländern ausgehende Modernisierungskonzept erzeugte allerdings bisher in den anderen Bundesländern keine Schubkraft.

Die sehr optimistischen Zielsetzungen der Verfassungsreform wurden jedoch durch nachträgliche Beschlüsse der Koalitionsregierungen erheblich beeinträchtigt. Durch die Einschaltung von zwischengelagerten Entscheidungsebenen, die verfassungsmäßig nicht vorgesehen sind (Arbeitsausschuss der Regierung, Arbeitsausschuss des Landtages) wird zwar eine straffe Zügelung des Entscheidungshandelns herbeigeführt, der Landtag als das durch eine demokratische Wahl legitimierte Organ verlor jedoch maßgeblich an Gestaltungskraft und Kompetenz. Durch das Einstimmig-

keitsprinzip in Regierung und Landtag (das sich die Koalitionsparteien selbst auferlegt haben) wird das System übermäßig für Entscheidungsblockaden anfällig. Wegen der Vorwegabsprachen der Regierungsparteien leidet zudem die Lebendigkeit der parlamentarischen Auseinandersetzung. Die Einschätzung der Parlamentsarbeit im Majorzsystem hat sich in einer empirischen Erhebung<sup>95</sup> durchwegs als negativ herausgestellt. Die Hoffnung, dass durch die stärkere Konkurrenzierung der Landtag mehr Profilierungschancen böte und die Opposition treibende Kraft für Veränderungen werden könne, hat sich als trügerisch erwiesen. Damit haben sich die Eckpunkte der Macht im Lande dramatisch verschoben. Die Landesregierung ist zum zentralen politischen „player“ geworden, das Landesparlament hat an Bedeutung eingebüßt. In der Zwischenzeit sind zwar vom Landtag einige kleinere Verbesserungen beschlossen und den Oppositionsparteien mehr Mitgestaltungs- und Kontrollrechte eingeräumt worden. Dennoch leidet das System an einer starken Schiefbelastung zugunsten der Regierung.

## **16. Die sieben dürren Jahre – die SPÖ in Opposition auf Bundesebene**

Die Jahrtausendwende brachte für die Sozialdemokraten auf Bundesebene einen gravierenden Positionswechsel. Obwohl die ÖVP bei den Nationalratswahlen im Spätherbst 1999 von der FPÖ knapp überholt worden war und nun nur mehr dritte politische Kraft war, gelang deren Obmann Wolfgang Schüssel ein „coup d'état“<sup>96</sup>. Er verbündete sich mit der rechts-populistischen FPÖ unter Jörg Haider und bildete entgegen den Wünschen des Bundespräsidenten Thomas Klestil eine schwarz-blaue Regierung. Die SPÖ, die nur während der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Josef Klaus von 1966–1970 Oppositionsluft geschnuppert hatte, fand sich plötzlich nicht nur von der politischen Gestaltungsmacht ausgeschlossen, sondern verlor auch über Nacht mit dem Abgang Viktor Klimas ihren Bundesparteiohmann. Nach 13 Jahren der Zusammenarbeit mit der ÖVP war das Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Parteien SPÖ und ÖVP derart getrübt, dass eine sinnvolle Zusammenarbeit nicht mehr möglich schien. Der Verkauf der staatseigenen Creditanstalt Bankverein (CA) an die „rote“ Bank Austria hatte zu massiven Kränkungen auf ÖVP-Seite geführt. Letztlich waren die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien an der Besetzung des Postens des Finanzministers und an der Weigerung des Vorsitzenden der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG), Rudolf Nürnberger, die Pensionsreform mit seiner Unterschrift mit zu tragen, gescheitert<sup>97</sup>.



Mit dem Abgang des Bundeskanzlers Klima in die Privatwirtschaft galt es auch, eine personelle Erneuerung herbeizuführen. Da die Lager der beiden Favoriten für den Parteiobmann, Karl Schlögl und Caspar Einem, nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren, wurde der Nationalratsabgeordnete Alfred Gusenbauer als Kompromisskandidat zum neuen Parteiobmann gewählt. Mit Gusenbauer, dem es an charismatischer Ausstrahlung fehlte und dem die Medien von Anfang an das Image des Politruks verpassten, begannen die sieben dürren Jahre der SPÖ auf Bundesebene. Aber auch die SPÖ-Landesorganisationen hatten nun keinen Zugang mehr zu den Ministerien, um ihre speziellen Ansprüche rascher zu befriedigen. Die Bundes-SPÖ, abgeschnitten von den fachlichen Ressourcen der Ministerien, war nun ausschließlich abhängig von den personellen Unterstützungen der Arbeiterkammer und des ÖGB.

Die Salzburger SPÖ unter ihrer neuen Vorsitzenden Gabi Burgstaller aber nutzte die Chance, sich aus der koalitionären Umklammerung mit der ÖVP zu lösen. Diese Möglichkeit bot sich, weil die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung zur Erreichung des geplanten Nulldefizits und der Verschlinkung der staatlichen Bereiche die Schließung einer großen Zahl von Bezirksgerichten, Gendarmerieposten und Postämtern in Angriff nahm. Die brisanteste Situation innerhalb des Salzburger Koalitionsgefüges entstand, weil für die Schließung von Bezirksgerichten aufgrund der Verfassung die Zustimmung der Landesregierung erforderlich ist.

Die neue Landeshauptmannstellvertreterin Burgstaller unterstützte die Forderungen der Bezirke und der betroffenen Gemeinden und konnte damit wichtige Politikfelder für die SPÖ besetzen. Der Kampf gegen die „Ausdünnung des ländlichen Raumes durch die schwarz-blaue Bundesregierung“ wurde zu einem kräftigen Lebenszeichen der Salzburger Sozialdemokratie. Die ÖVP hatte zweifelsfrei den Fehler gemacht, mit ihrer Haltung die Bundesregierung blindlings zu unterstützen, und verlor damit sukzessive die Akzeptanz der ländlichen Bevölkerung. Die dürren Jahre auf der politischen Bundesebene sollten sich in der Folge durch eine geschickte Gegenstrategie für die Salzburger SPÖ (wie auch für die steiermärkischen Genossen) als durchaus fruchtbar erweisen.

Doch noch sollten den Sozialdemokraten weitere Rückschläge nicht erspart bleiben. Als innerhalb der FPÖ mit dem Sonderparteitag in Knittelfeld (am 7. 9. 2002) eine Spaltung eintrat und die FPÖ-Regierungsglieder Susanne Riess-Passer (Vizekanzlerin) und Karl-Heinz Grassler (Finanzminister) sowie FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler zurücktraten, rief Kanzler Wolfgang Schüssel Neuwahlen aus. Die SPÖ auf Bundesebene, noch immer nicht in ihrer Oppositionsrolle sattelfest, wurde von der Neuwahl völlig unvorbereitet getroffen. Gusenbauer versuchte zwar, durch einige QuereinsteigerInnen (Wolfgang Petritsch, Josef Broukal, Gertraud Knoll) ein „Kabinett des Lichtes“ zu präsentieren und damit sein noch

immer umstrittenes Image als Kanzlerkandidat gut zu machen und der Regierung „soziale Kälte“ vorzuwerfen. Aber die ÖVP wurde erstmals seit 1966 wieder die stimmen- und mandatsstärkste Partei. Während die SPÖ in Salzburg nur 1,8% zulegen konnte (30,8%), steigerte sich die ÖVP von 27,8% auf 46,7% (Zugewinn von 18,9%).

Im Unterschied zu allen SPÖ-ÖVP Koalitionsregierungen vor 2000 hat die ÖVP-FPÖ-Regierung die Sozialpartnerverbände bei den Regierungsverhandlungen und der Erstellung des Arbeitsprogramms weitestgehend ausgeschaltet. Nur die Unternehmer- und Landwirtschaftsinteressen wurden, da deren Verbände der ÖVP nahestehen, eingebunden. Das bemerkenswerteste Beispiel für die Ausschaltung des ÖGB bot die Pensionsreform des Jahres 2003, die bezeichnenderweise als Budgetbegleitgesetz beschlossen wurde. Erst Streikdrohungen und Großdemonstrationen der Gewerkschaft veranlassten die schwarz-blaue Koalition einige Abschwächungen vorzunehmen. Dieser Paradigmenwechsel in der Zweiten Republik in der Ära Schüssel führte zu einer noch nie da gewesenen Polarisierung der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP, was sich auch auf die Landesparteien auswirkte<sup>98</sup>.

Das Ende der schwarz-blauen Regierungsmehrheit kündigte sich an, als der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider am 4. April 2005 mit allen freiheitlichen Ministern und Staatssekretären und fast allen freiheitlichen Nationalratsabgeordneten aus der FPÖ austrat und das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) ins Leben rief. Mit diesem Coup entledigte er sich seiner innerparteilichen Widersacher, des Wiener Parteibornen Heinz-Christian Strache und des Chefideologen Andreas Mölzer, die auf eine Aufkündigung der Regierungskoalition gedrängt hatten. ÖVP-Kanzler Schüssel ermöglichte im fliegenden Wechsel dem BZÖ die Nachfolge als Koalitionspartner. Wie schon 2000, als Haider den FPÖ-Vorsitz an Susanne Riess-Passer abgegeben hatte, wurde nun Peter Westenthaler, ehemaliger FPÖ-Klubobmann, zum BZÖ-Vorsitzenden gewählt. Im Gegensatz zur FPÖ bekennt sich das BZÖ – trotz ähnlicher thematischer Schwerpunkte – schon seit seiner Gründung ausdrücklich zur Regierungsbeteiligung.

Dazu sollte es aber in der Folge nicht mehr kommen. Denn sechs Tage vor der Nationalratswahl im September 2006 gab Justizministerin Karin Gastinger, BZÖ-Vizeobfrau und Spitzenkandidatin des Bündnisses in der Steiermark, bekannt, aus dem BZÖ auszutreten. Als Grund nannte sie die Absicht des BZÖ-Parteibornen Peter Westenthaler, in den nächsten Jahren 300.000 Ausländer abschieben zu wollen. Sie bezog sich damit auch auf ein wenige Tage vorher veröffentlichtes Interview des BZÖ-Staatssekretärs Eduard Mainoni, in dem dieser die Ausländerpolitik der FPÖ und des BZÖ als „Geschäft mit der Angst“ bezeichnet hatte, um damit neue Wählerschichten zu gewinnen. Die Wahlen gerieten für das BZÖ zum Desaster: Mit 4,1% der Stimmen gelang mit Mühe und Not der Einzug ins Parlament,

zu einer Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP reichte dieses Ergebnis allerdings bei Weitem nicht aus.

Da die ÖVP mit 34,3% Stimmenanteil massiv verlor und von der SPÖ mit 35,3% überrundet wurde, waren nur mehr zwei grundsätzliche Koalitionsvarianten möglich: die Große Koalition SPÖ-ÖVP oder eine Dreierkoalition. Der Wahlsieger, Bundesparteiobmann Alfred Gusenbauer, konnte nach langem taktischem Tauziehen durch die ÖVP schließlich eine SPÖ-ÖVP Koalition zustande bringen, die allerdings durch den politischen Weiterverbleib Wolfgang Schüssels als Klubobmann von Anfang an schwer belastet war. Die sieben Jahre der ÖVP-FPÖ bzw. ÖVP-BZÖ Koalition hatten Österreich jedoch tief verändert und den in der Zweiten Republik stets vorherrschenden Grundkonsens, die Sozialpartner in alle wesentliche Reformprozesse einzubinden, infrage gestellt. Da nun wieder ein SPÖ-Bundesparteiobmann als Regierungschef fungiert, ist es für die sozialdemokratischen Landesorganisationen ungleich schwieriger, sich als Kämpfer gegen bundespolitische Maßnahmen in Szene zu setzen. Die Wahlerfolge der SPÖ auf Bundesebene 2006 (Spitzenkandidat Alfred Gusenbauer) und 2008 (Spitzenkandidat Werner Faymann) erweisen sich daher für die SPÖ-Landesorganisationen als Pyrrhussiege, weil die Länder die Maßnahmen der Bundesregierung mittragen müssen und eine Profilierung auf Kosten der Bundespolitik kaum möglich erscheint.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Nowotny, 325 ff.
- <sup>2</sup> Nohlen/Schultze. Bd. 2, 656 f.
- <sup>3</sup> Nowotny, 344.
- <sup>4</sup> Alemann, 30 f.
- <sup>5</sup> Crouch, 8–13.
- <sup>6</sup> Shell, 258 ff.
- <sup>7</sup> a.a.O., 260.
- <sup>8</sup> Pelinka, Anton. Vortrag vor dem sozialdemokratischen Landtagsklub in Strobl, 1991 (Mitschrift)
- <sup>9</sup> Pelinka (1990), 104 ff.
- <sup>10</sup> a.a.O., 109.
- <sup>11</sup> Ardel, 249.
- <sup>12</sup> Floimair, 309.
- <sup>13</sup> SN vom 6.5.1959.
- <sup>14</sup> a.a.O.
- <sup>15</sup> SN vom 31.10.1966.
- <sup>16</sup> Ardel, 267.
- <sup>17</sup> Kirchheimer, 20 ff.
- <sup>18</sup> Plasser/Seeber/Ullram (2000b), 70 ff.
- <sup>19</sup> Bell, Donald (1975). *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt – New York. Inglehart, Ronald (1977). *The silent revolution: changing values and political styles among Western publics*. Princeton, NJ.

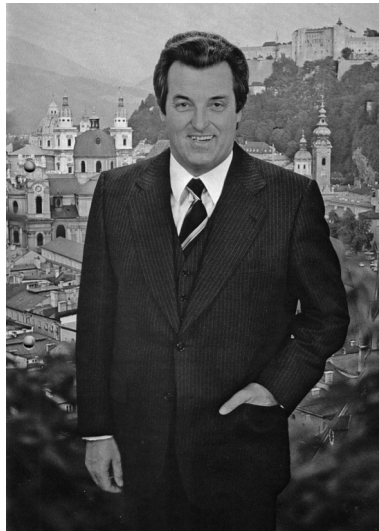
- 20 Dahrendorf, Ralf (1983), 16.  
21 a.a.O., 17.  
22 a.a.O., 17–23.  
23 Nohlen/Schultze, 142 f.  
24 Scheer (1995), 135.  
25 Scheer (2003).  
26 Brandstaller, 24 ff.  
27 a.a.O., 42 f.  
28 Stranzinger, 431.  
29 Diese Erhebung stammt aus dem Sommer 2009.  
30 Plasser/Ulram (2000), Parteien ohne Stammwähler?, 178.  
31 a.a.O., 179.  
32 a.a.O., 182 ff.  
33 a.a.O., 183.  
34 a.a.O., 183.  
35 a.a.O., 185.  
36 a.a.O., 187 ff.  
37 a.a.O., 188 f.  
38 a.a.O., 190.  
39 Veen, 379.  
40 Crouch, 38 ff.  
41 Wiesendahl (1992), 7.  
42 Scheer (1995), 116.  
43 Müller, 431.  
44 a.a.O., 431.  
45 Walzer.  
46 Pläne des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Salzburg, Heinz Schaden, Infrastruktureinrichtungen der Landeshauptstadt ebenfalls an US-amerikanische Fondsgesellschaften zu verleasen, wurden vom Salzburger Landtag verhindert.  
47 s. dazu Spiegel Nr. 41 v. 6.10.2008, 48–70.  
48 Dörner, 76 f.  
49 Walter (2004), 41.  
50 Beilagen zu Verhandlungen des Salzburger Landtages 1954/55, 449 f.  
51 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1967/68, 130.  
52 Zehn Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg 1946–1956. Salzburg 1956, 98 f.  
53 SN vom 11.7.1968.  
54 SN vom 8.8.1964; 18.8.1964; 20.8.1964.  
55 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1968/69, Beilage 9: SPÖ-Antrag zur Förderung von Gewerbe und Industrie im Lande Salzburg; SN vom 17.10.1968.  
56 Steinocher (1973), 49f.; Salzburg-Plan der SPÖ. Salzburgs Zukunft sichern. Die Lebensqualität verbessern. Salzburg 1973, 99 ff.  
57 Jahrbuch der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg 1974, 152.  
58 SN vom 8.2.1969.  
59 Steger, 359.  
60 Steinocher (1973), 38 ff; Braumann, 66.  
61 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1976/77, 394.  
62 (§ 11 Abs. 3) Braumann, 106.  
63 Dachs u. a. (2007).  
64 Dazu ausführlich: Dirninger (2007), 85–153.  
65 Dazu: Dirninger (2001).  
66 SN vom 7.10.1985.  
67 Radlegger (1986). Diese Schrift bildet eine wichtige Grundlage für das Buch: Radlegger (1989).

- 68 a.a.O., 76.  
69 a.a.O., 78.  
70 a.a.O., 133.  
71 a.a.O., 114.  
72 Diese Einschätzung wurde von Wolfgang Radlegger im Interview (3.7.2007) bestätigt.  
73 Bischofer et al.; Fink et al.  
74 Jahrbuch der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1989, 161.  
75 SN vom 18.1.1991; Tennengauer Nachrichten vom 19.9.1991.  
76 SN vom 29.8.1991.  
77 SN vom 25.1.1991 und vom 17.5.1991.  
78 SN-Lokalteil vom 11.4.2002 und vom 8.11.2002.  
79 SN-Lokalteil vom 26.9.2002.  
80 SN-Lokalteil vom 26.9.2002; 9.11.2005; 19.6.2007.  
81 SN-Lokalteil vom 1.6.2007.  
82 SN-Lokalteil vom 12.11.2007; 12.12.2007.  
83 SN-Lokalteil vom 11.5.2007; 20.10.2007; 24.10.2007; 29.11.2007.  
84 SN-Lokalteil vom 16.10.2007; 27.11.2007; 29.11.2007.  
85 SN-Lokalteil vom 12.5.2004; 19.5.2004; 9.12.2004; 10.12.2004; 10.11.2005; 19.6.2006; 20.2.  
2007; 9.5.2007.  
86 Alemann (2003), 200 ff.  
87 Grafe.  
88 Radunski.  
89 s. Thaler (2008a).  
90 Slemann, 213 ff.  
91 Nickig, 388 f.  
92 s. Thaler (2008b).  
93 a.a.O., 25.  
94 s. Thaler (2006), 67 ff.  
95 a.a.O.  
96 wörtl: Staatsstreich.  
97 Liegl, 40.  
98 Sickinger, 77 ff.

## Kapitel 2

### Die Parteivorsitzenden

#### **Karl Steinocher (1966–1978): Weichenstellungen in die neue Zeit (Christian Dirninger)**



*Karl Steinocher*

#### **1. Dimensionen des Wandels**

Die Zeit, in der Karl Steinocher die Salzburger SPÖ als Obmann (1966-1978) führte und die Funktion als Landeshauptmannstellvertreter bekleidete (1966-1976), war sowohl in der Partei als auch in der Landespolitik von nachhaltigen Veränderungen geprägt. Das seit den frühen 1950er Jahren bestandene kontinuierliche starke Wirtschaftswachstum, im Zuge dessen Salzburg eine Spitzenposition erreicht hatte, ist in „normale“ Konjunkturzyklen übergegangen: beginnend mit einer Konjunkturschwäche 1966/67, gefolgt von einem starken, in eine Konjunkturüberhitzung Anfang der 1970er Jahre mündenden Aufschwung, der von einer durch den „ersten

Erdölpreisschock“ zu einer „Stagflationskrise“ ausgeweiteten konjunkturellen Rezession in der Mitte der 1970er Jahre abgelöst wurde. Obwohl die Salzburger Wirtschaft weiterhin ihre Spitzenstellung halten konnte, traten mehrfache Strukturprobleme in Erscheinung, die die Landespolitik, sowohl auf parteipolitischer Ebene als auch auf Regierungsebene, vor neue Herausforderungen stellte.

Die „Wiederaufbaugesellschaft“ der 1950er Jahre wandelte sich auch im Land Salzburg in die „Konsumgesellschaft“ bzw. „Wohlstandsgesellschaft“ mit neuen Ansprüchen an Lebensstandard und Zukunftsperspektiven. Dieser Umschwung war verbunden mit einer nachhaltigen Veränderung in der Gesellschaftsstruktur durch die Dominanz des insbesondere von der Angestelltenschaft geprägten „neuen“ Mittelstandes. Darauf hatte sich eine sozialdemokratische Partei (damals noch „sozialistische Partei“) natürlich einzustellen.

Gleichermaßen wandelte sich das politische System in mehrfacher Weise. So trat die die Nachkriegszeit und den Wiederaufbau gestaltende Politikergeneration sukzessive ab und es griff ein Generationenwechsel Platz. Sowohl der Beginn als auch das Ende der Tätigkeit Karl Steinochers in der Landespolitik und an der Parteispitze waren Teil dieses Prozesses. Eine wesentliche Veränderung der politischen Rahmenbedingungen für die Landespolitik stellte das Ende der Großen Koalition im Bund und die Etablierung von Alleinregierungen dar: (1966–1970 die ÖVP-Alleinregierung unter dem ehemaligen Salzburger Landeshauptmann Josef Klaus und ab 1970 die SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky).

Ebenso maßgeblich waren die Veränderungen in der politischen Kommunikation und im Politikstil, sowohl nach „außen“ also auch innerparteilich. So gab es eine deutliche Tendenz zur Personifizierung auf die Spitzenfunktionäre im Zusammenhang mit einer rasch zunehmenden Bedeutung der medialen Öffentlichkeit. Der politische Erfolg einer Partei wurde in zunehmendem Maße von entsprechender Präsenz in den Medien und von ihrer Öffentlichkeitsarbeit abhängig. Das ging einher mit einer stärkeren Sichtbarkeit der parteipolitischen Konflikte und der Konsensfindung im öffentlichen Raum. All das erforderte Veränderungen im Erscheinungsbild des Spitzenpolitikers, ebenso aber auch eine inhaltliche, organisatorische und kommunikative Öffnung der Partei in die „moderne“ Gesellschaft sowie eine entsprechende Anpassung der parteiinternen Strukturen.

Karl Steinocher ist in seiner politischen Karriere, deren wesentliche Wurzeln und Basis im Eisenbahnwesen und in der Arbeitnehmervertretung liegen, gleichsam in diesen vielfältigen Wandel hineingewachsen, hatte sich dort zu behaupten und gestaltete diesen sowohl als führender Parteipolitiker als auch als führender Landespolitiker wesentlich mit. Speziell in Bezug auf die Entwicklung der Partei charakterisiert Rudolf Ardel, auf dessen Analyse sich dieser Beitrag wesentlich stützen kann, die 1960er und 1970er Jahre als

*„Ära des Übergangs ... an deren Anfang noch jene Generation sozialistischer Politiker stand, die schon in der Sozialdemokratie der Ersten Republik politische Funktionen ausgeübt hatte ... Am Ende der Ära standen zum Teil bereits Politiker, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren worden waren“<sup>1</sup>.*

## 2. Der politische Lebenslauf

Geboren als Sohn eines sozialdemokratischen Eisenbahners und Gründungsmitgliedes des örtlichen Arbeiterturnvereins am 13. Jänner 1920 in Bischofshofen besuchte Karl Steinocher dort von 1926–1934 die Volks- und Hauptschule. Bei den Kinderfreunden konnte er die ersten Erfahrungen in einer sozialistischen Gemeinschaft sammeln. Von 1935–1938 absolvierte er eine kaufmännische Lehre in einer Papiergroßhandlung. Der Bürgerkrieg 1934 und das anschließende Verbot aller sozialdemokratischen Einrichtungen im Austrofaschismus prägten das politische Bewusstsein des jungen Mannes nachhaltig. Er engagierte sich in dieser Zeit in der „Revolutionären Sozialistischen Jugend“. Nach dem „Anschluss“ war er von 1938–1940, zunächst als Telegrafist und dann als Fahrdienstleiter, bei der Deutschen Reichsbahn tätig. Einen Beitritt zu NS-Organisationen verweigerte er beharrlich, später wurde er zur Luftwaffe eingezogen. Gegen Kriegsende schlug er sich bis Salzburg durch, wo er sich bis zum Einmarsch der Amerikaner versteckte<sup>2</sup>.

Nach Kriegsende nahm er den Bahndienst wieder auf und war als Schulungsbeamter der ÖBB tätig. Zugleich begann seine politische Laufbahn. Noch 1945 trat er in die wieder gegründete SPÖ ein und fungierte bis 1950 als Landesobmann der Sozialistischen Jugend Salzburg. Schon 1946 wurde er Mitglied des Landespartei Vorstandes und ab 1949 Bezirksparteivorsitzender der SPÖ in der Landeshauptstadt. Als solcher war er auch von 1953–1957 Mitglied des dortigen Gemeinderates. Von 1957–1959 fungierte er als Mitglied des Bundesrates.

Karl Steinochers rascher Aufstieg in der Partei fand vor allem darin Niederschlag, dass er bereits 1949, erst 29-jährig, als Nachfolger des Bischofshofener Bürgermeisters Franz Moßhammer zum stellvertretenden Landespartei vorsitzenden gewählt wurde und zugleich Mitglied der Vollversammlung der Salzburger Arbeiterkammer sowie Vorsitzender der FSG-Fraktion wurde. 1956 avancierte er zum Vizepräsidenten und 1965 zum Präsidenten der Arbeiterkammer und zugleich zum Vorsitzenden der Landesexekutive Salzburg des ÖGB. Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreichte Steinocher, der seit 1959 auch Abgeordneter zum Salzburger Landtag war, im Jahr 1966, nunmehr 46 Jahre alt, als er als Nachfolger Franz Peyerls sowohl Landespartei vorsitzender und damit ein-



hergehend Mitglied des Bundespartei Vorstandes als auch Landeshauptmannstellvertreter wurde. Die Regierungsfunktion übte er bis Ende Oktober 1976 aus und den Parteivorsitz behielt er bis 1978<sup>3</sup>. Als Steinocher Mitte der 1960er Jahre die Spitzenpositionen in Partei und Regierung übernahm, war der eingangs angesprochene gesellschaftliche und (partei-)politische Wandel bereits spürbar in Gang gekommen.

### **3. Traditionen und Reformbedarf im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren**

So wie auf Bundesebene zeichnete sich für die SPÖ im Übergang von den 1950er zu den 1960er Jahren auch auf Landesebene deutlich Reform- und Anpassungsbedarf in mehrfacher Hinsicht ab. Tradierte Verhältnisse im sozialdemokratischen Milieu, im Politikverständnis und in der organisatorischen Struktur der Partei mussten an die spezifische Entwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im Land Salzburg angepasst werden. Diese war unter anderem durch einen vergleichsweise geringen Industrialisierungsgrad, eine Dominanz der Klein- und Mittelbetriebe im sekundären Sektor, eine vorrangige gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft sowie durch eine starke Expansion des tertiären Sektors, insbesondere im Handel und im Fremdenverkehr aber auch in der Geld- und Kreditwirtschaft gekennzeichnet. Weiters durch eine ausgeprägte räumliche Differenzierung zwischen einer starken Wachstumsdynamik mit tendenzieller Überbeschäftigung und starkem Preisauftrieb im Zentralraum und vergleichweisen Wachstumsdefiziten in den peripheren Regionen, hauptsächlich im südlichen Landesteil. Ebenso durch eine deutliche Zunahme der Angestelltenschaft als dynamischer Wachstumsbereich des „neuen Mittelstandes“.

Demgegenüber war die SPÖ noch sehr stark durch traditionelle personelle, kulturelle und räumliche Bindungen an die wenigen industriellen Standorte im Land sowie an den Eisenbahnerbereich geprägt, wofür auch die Herkunft und politische Sozialisierung Karl Steinochers ein Beispiel ist. Rudolf Ardelt erkennt diesbezüglich noch stark wirksame Traditionsstränge aus der Zeit der Ersten Republik. Und er stellt fest, dass es der Salzburger Sozialdemokratie bis Ende der 1950er Jahre in ihrer Mitgliederstruktur und Wählerschaft nicht gelang, eine dominierende Position unter den Angestellten zu erreichen, wie etwa die Arbeiterkammerwahlen 1959 zeigten. So war sie eigentlich nicht in der Lage, eine mit der ÖVP vergleichbare „regionale politische und kulturelle Hegemonie“ auszuüben<sup>4</sup>.

Analog dazu war auch die Rekrutierungsbasis der Partei für Führungseliten vergleichsweise schmal. Im Rahmen dessen erscheint die starke Posi-

tion des damaligen SPÖ-Bürgermeisters der Landeshauptstadt, Alfred Bäck, insofern geradezu als eine Ausnahme, als er durch seine dem höheren Angestelltenbereich angehörende berufliche Stellung als Direktor der Salzburger Sparkasse einen damals für „Sozialisten“ eher unüblich breiten Zugang zu „bürgerlichen“ Schichten hatte. Der „Bund Sozialistischer Akademiker“ (BSA) stellte, so Ardelt, „ein relativ autonomes Machtzentrum“ dar, das „zu den Kerneliten der Salzburger SPÖ in einem gewissen Konkurrenzverhältnis stand“<sup>5</sup>. Einen ebenso relativ eigenständigen Interessens- und Rekrutierungsbereich stellte der „Freie Wirtschaftsverband“ als Organisation sozialdemokratischer Wirtschaftstreibender und Fraktion in der Handelskammer dar<sup>6</sup>.

Im Zusammenhang damit ist wohl auch die Tatsache zu sehen, dass das traditionelle System der Vertrauensleute für eine in die Breite der gesellschaftlichen Gruppen und Milieus gehende Klientelbindung nicht mehr ausreichend war. Dieses System reichte vom „Landesvertrauensmann“ Franz Peyerl bis zum Subkassier der Lokalorganisationen, der jedes Monat kam, um den Mitgliedsbeitrag einzuheben. Um den Zeiterfordernissen zu entsprechen, war eine adäquate Veränderung in der Organisationsstruktur der Partei erforderlich. Problematisch war zum einen die Erosion der traditionellen Parteibindung und zum anderen die Herausforderung der Erreichbarkeit der „neuen Mittelschichten“ und damit zusammenhängend die der Ausbildung eines den „modernen Verhältnissen“ angepassten „Klientensystems“, das neben dem „klassischen“ Industriearbeiter- und der Eisenbahnerklientel in wachsendem Maße auch das klein- und mittelbetriebliche Gewerbe, den Handel und die Fremdenverkehrswirtschaft, aber auch die in ihrer Anzahl zunehmenden öffentlich Bediensteten erfassen konnte. Ebenso verloren alte Kernregionen der SPÖ, etwa der Pongau, an Gewicht gegenüber der Wachstumsdynamik des hauptstädtischen Zentralraumes und dem dort wachsenden Anteil der neuen „Mittelschichten“ der Angestellten und der öffentlich Bediensteten. So war auch festzustellen, dass „das Wachstum der Mitgliederzahlen der SPÖ mit dem Bevölkerungswachstum und auch mit dem Wachstum der Wahlberechtigten nicht mehr Schritt zu halten“ vermochte<sup>7</sup>.

Auch im Bereich der Medien wurden Defizite der SPÖ gegenüber einer Dominanz der „bürgerlichen“ Medien deutlich, was angesichts einer sichtlich wachsenden Bedeutung der politischen Öffentlichkeit ein offensichtlicher Nachteil war. Hier stellte vor allem die fehlende finanzielle Basis für die Erhaltung eines eigenen Parteiorgans ein entscheidendes Hindernis dar. Das „Demokratische Volksblatt“ war Ende 1950 dem „Linzer Tagblatt“ angeschlossen worden und die Problematik der Finanzierung und inhaltlichen Gestaltung der Zeitung war in den 1960er Jahren ein immer wiederkehrendes Thema in den Sitzungen des Landespartei Vorstandes<sup>8</sup>. Abgesehen davon war für die Zukunft ohnedies ein reines Parteiorgan gar nicht mehr der vorrangig

maßgebliche Faktor, sondern eher der Einfluss in den kommerziellen „unabhängigen“ Printmedien, insbesondere den „Salzburger Nachrichten“. Hier gab es für die SPÖ zweifelsohne einiges aufzuholen. Die im Rahmen des parteipolitischen Proporz im Österreichischen Rundfunk besetzten Positionen konnten diese Defizite jedenfalls nicht ausgleichen.

Generell erwies sich die Positionierung der SPÖ im parteipolitischen Proporz der Wiederaufbauzeit und im sprichwörtlichen „Salzburger Klima“ im Übergang von den 1950er in die Mitte der 1960er Jahre durchaus als ambivalent. Einerseits waren Mitbestimmung und „Pfründe“ im politischen „Machtkartell“ abgesichert und gewährleistet. Andererseits aber drohten die Handlungsspielräume und Einflussbereiche gegenüber einer wachsenden ÖVP-Dominanz zu schrumpfen. Das bedeutete die Gefahr, die Position der SPÖ des „Zweiten“ auf Dauer zu zementieren, was wiederum gerade für die damaligen sozialdemokratischen Führungsleute, nicht zuletzt in Erinnerung an 1934 und die Folgen, Anlass zu Misstrauen hinsichtlich Übervorteilung bzw. Majorisierung durch eine „bürgerliche“ Mehrheit war<sup>9</sup>. Neben der von Franz Peyerl innegehabten Position des Landeshauptmannstellvertreters war es vor allem die Sozialpolitik, in der die SPÖ mit dem legendären Soziallandesrat Josef Weißkind eine Stärkeposition in der Landesregierung hatte<sup>10</sup>.

Die innerhalb des parteipolitischen Machtverteilungssystems für die Salzburger SPÖ wesentlichen „institutionellen Machtbereiche“ als Grundlage für immer wieder geschlossene Parteienvereinbarungen lagen traditionellerweise in der Arbeiterkammer und in der Gewerkschaft sowie in der Sozialversicherung und der Sozialverwaltung und in der Folge auch in den Wohnbaugenossenschaften, wie z. B. der 1963 aus einer Fusion der „Neuen Heimat“ und „Salzburger Wohnsiedlungsgenossenschaft“ entstandenen „Gemeinnützigen Salzburger Wohnbaugenossenschaft“. Weiters im Schulwesen, in den Verwaltungen der größeren Gemeinden und insbesondere im Magistrat der Landeshauptstadt<sup>11</sup>.

Die dortige sehr prestigeträchtige und mächtige Position des Bürgermeisters war für die SPÖ seit den frühen 1950er Jahren durch einen „Pakt“ mit dem VDU bzw. dann der FPÖ „gesichert“, hinter dem das persönlich gute Verhältnis von Kurt Preußler und Gustav Zeilinger eine Rolle spielte. Mit Alfred Bäck konnte die Partei auch ein politisches Schwergewicht gegenüber dem ÖVP-Landeshauptmann positionieren.

Dieser „Bürgermeisterpakt“ war eine spezielle Facette des Verhältnisses der Salzburger SPÖ zum „nationalen“ bzw. „dritten Lager“. Generell war dieses Verhältnis im Rahmen des parteipolitischen Machtspiels seitens der SPÖ von der Sorge einer zumindest teilweisen Integration dieses nicht unbeträchtlichen Wählerpotenzials in die ÖVP und damit einer deutlichen Schwächung der eigenen Position geprägt. Insofern wurde gerade auch in der Stadt dieses Wählerklientel von der SPÖ in besonderer Weise

umworben. So etwa dadurch, dass noch in den sechziger Jahren in der Wahlwerbung „*bei der Vorstellung der einzelnen Kandidaten der SPÖ auch jeweils der Dienst in der Deutschen Wehrmacht eine besondere Erwähnung fand. In dieselbe Richtung zielte auch Kurt Preußlers Wirken im Kameradschaftsbund*“<sup>12</sup>.

Aber auch auf Landesebene dienten der SPÖ Vereinbarungen mit der FPÖ zur Stärkung ihres Einflusses, so etwa bei den Landeskrankenanstalten. Jedoch hatte sich unter dem seit 1961 amtierenden ÖVP-Landeshauptmann Hans Lechner das unter seinem Vorgänger Josef Klaus doch eher distanzierte Verhältnis zwischen ÖVP und FPÖ, insbesondere seit der dortigen Vorsitzführung Walter Leitners, deutlich gebessert, sodass die SPÖ-FPÖ-Achse schwächer wurde<sup>13</sup>.

Zugleich traten seit Beginn der 1960er Jahre zunehmend Spannungen im „Salzburger Klima“ zutage. Harte Auseinandersetzungen der Sozialisten unter der Führung Franz Peyerls mit Landeshauptmann Lechner und dessen Politik waren keine Seltenheit. So war es schon bei den Budgetverhandlungen im Herbst 1961 zu massiven Meinungsverschiedenheiten gekommen, die durch einen vom Landtag eingesetzten „Schwierigkeitenüberbrückungsausschuss“ ausgeräumt werden mussten<sup>14</sup>. Auch in den folgenden Jahren waren insbesondere die Landesfinanzen immer wieder Anlass für heftige Kontroversen zwischen Franz Peyerl und Josef Weißkind und dem ÖVP-Landeshauptmann<sup>15</sup>.

Eine wesentliche Facette der Spannungen im parteipolitischen, koalitions- und sozialpartnerschaftlichen Konkordanz- und Proporzsystem in der ersten Hälfte der 1960er Jahre waren Auswirkungen der in der Bundes-ÖVP unter Führung von Josef Klaus inszenierten „Reformbewegung“, im Zuge derer immer wieder die überkommenen und eingespielten Spielregeln hinterfragt wurden, was seitens der SPÖ als „direkte Kampfansage“ an häufig auf Parteienvereinbarungen beruhende Einflussbereiche empfunden wurde. Die SPÖ sah sich in dieser Zeit zudem auch mit negativen Auswirkungen der Probleme der Bundes-SPÖ, insbesondere dem „Fall-Olah“ konfrontiert<sup>16</sup>.

Also alles in allem bestand eine komplexe schwierige Gemengelage an Herausforderungen an die Parteiführung und für Weichenstellungen für die Zukunft. Derartige Weichenstellungen schienen nicht nur in organisatorischer und wohl auch personeller Hinsicht erforderlich, sondern vor allem auch hinsichtlich der „Mobilisierung von potenziellen Wählern in neuen Schichten“<sup>17</sup> sowie in Verbindung damit in Bezug auf eine zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit, sowohl im Medienbereich als auch in der Wahlwerbung. Im Sinne dessen leistete sich die Partei ab 1962 einen Landespressereferenten<sup>18</sup>.

Was aber ebenso unumgänglich war, war eine angestrebte Öffnung für neue Schichten und eine Anpassung an eine dem wirtschaftsstrukturellen

Wandel zeitgemäße und vor allem auf die regionalen Verhältnisse bezogene Programmatik. Dies bedingte im Grunde ein Abgehen von der tradierten Konzentration auf spezifische Interessen von Kerngruppen und letztendlich eine Bewegung hin zur „Mitte“ der Gesellschaft. Rudolf Ardel spricht in diesem Sinne von einer erforderlichen „Entideologisierung“<sup>19</sup>. Im regionalen politischen Spektrum ging es vor allem darum, die von der ÖVP propagierte Gefahr des „Sozialismus“ durch die Akzentuierung einer modernen sozialdemokratischen Ausrichtung zu konterkarieren und eine programmatische Alternative zum „kulturellen Hegemonieanspruch des katholisch-konservativen Lagers“ anzubieten und sich gegen die KPÖ klar abzugrenzen<sup>20</sup>.

Somit zeichneten sich die Ansatzpunkte dessen ab, was dann unter der Obmannschaft Karl Steinochers programmatische Leitlinie werden sollte, nämlich die Gestaltung der „Modernisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft für die „kleinen Leute“: In diesen Bahnen bewegte sich dann auch die von der SPÖ in der „Ära Steinocher“ betriebene Sachpolitik. Zunächst wurden diese Ansatzpunkte einer programmatischen Neuorientierung in der inhaltlichen Positionierung im Landtagswahlkampf 1964 erkennbar. So wurde das Konzept einer „Modernisierung“ des Landes im Interesse der „kleinen Leute“ in der Einleitung zum Wahlaufruf der SPÖ zur Landtagswahl 1964 folgendermaßen gekennzeichnet:

*„Die Periode des Wiederaufbaues nach dem verheerenden Kriege ist abgeschlossen. Dank dem Einfluss der Sozialisten in der Bundesregierung, in den Ländern und Gemeinden ist, anders als unter dem ‚Bürgerblock‘ der Ersten Republik, die Wirtschaft auf das oberste Ziel der Vollbeschäftigung und einen steigenden Lebensstandard aller Bevölkerungsschichten ausgerichtet worden. Aber trotzdem steht hohen Profiten und dem Luxus gewisser Schichten noch immer die Notlage kinderreicher Familien von Arbeitern und Bergbauern, die Armut mancher Kinder und armer Leute gegenüber. Trotz den großen Fortschritten, die seit 1945 im Lande Salzburg erreicht worden sind, bleibt noch vieles zu verbessern, zu erneuern und auszubauen, es bleibt noch vieles zu erfüllen, um jener Ordnung näherzukommen, die die demokratischen Sozialisten erstreben und in der der Ertrag der menschlichen Arbeit gerecht verteilt und die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gesichert sein wird“<sup>21</sup>.*

Im Grunde sind hier zwei Dimensionen sozialdemokratischen Verständnisses von gesellschaftlicher „Modernisierung“ im regionalen Entwicklungszusammenhang angelegt: zum einen das Bekenntnis zu wirtschaftlichem Wachstum als Voraussetzung für steigende Lebensqualität und zum anderen die Notwendigkeit eines sozialen Ausgleichs, also letztlich die Verteilungsfrage.

In instrumenteller Hinsicht lassen sich im Hinblick auf diese Zielsetzungen zwei in der „Ära Steinocher“ dann besonders im Vordergrund stehende Gestaltungsbereiche ausmachen. Einerseits die zentrale Bedeutung

der kommunalen Ebene, also der Gemeinden in der Konkretisierung von Wachstum und verteilungsorientierter Wohlstandsmehrung. So hieß es in der Resolution des Landesparteitages 1964 zur Arbeiterkammer- und Gemeindevertretungswahl unter anderem: „*Es gilt den Wählerinnen und Wählern bewusst zu machen, dass mehr Sozialisten in den Gemeinden mehr Wohnungen, bessere Versorgung der Bevölkerung, schöne Schulen, Kindergärten, Altersheime, Schwimmbäder, Sportstätten, die Schaffung von Einrichtungen für den Fremdenverkehr bedeutet*“<sup>22</sup>. Im Sinne dessen konnte die expansive kommunale Bau- und Infrastrukturpolitik eines Alfred Bäck in der Landeshauptstadt geradezu als Prototyp einer derartigen sozialdemokratischen „Modernisierungspolitik“ auf kommunaler Ebene gelten. Dazu gehörte der Neubau von Schulen, Kindergärten, das Leopoldskroner Bad, die Sportanlage in Lehen, das Hallenbad, die Kunsteisbahn, das Fernheizkraftwerk, das Saalachkraftwerk, der Großwasserbehälter, der Schlachthof, der Flughafenneubau und das Kongresshaus<sup>23</sup>. Der andere für die sozialdemokratische Politik relevante Gestaltungsbereich war die öffentliche Investitionstätigkeit auf Landesebene in die Infrastruktur im Rahmen von Investitionsprogrammen im Straßenbau, im Schulbau, im Ausbau der Bezirkskrankenhäuser und im Kraftwerksbau.

#### 4. Die Landtagswahl 1964

Im Wahlkampf zur Landtagswahl 1964 traten die latenten Spannungen im „Salzburger Klima“ deutlich zutage. Dieses war sichtlich rauer geworden. Ein Parteienübereinkommen über einen fairen Wahlkampf verhinderte nicht zum Teil heftige gegenseitige persönliche Verunglimpfungen der Wahlkampfgegner<sup>24</sup>. Die SPÖ-Erfolge bei der vorangegangenen Landtagswahl im Burgenland waren bei der SPÖ Anlass zur Hoffnung, dies in Salzburg wiederholen zu können. Bei der ÖVP waren sie, in Verbindung mit den SPÖ-Mehrheiten in Wien und in Kärnten, Anlass, Befürchtungen vor einer „roten Walze“, die sich über die Bundesländer hinwegbewegen würde, und dass nunmehr auch in Salzburg die SPÖ die Landeshauptmannfunktion erringen könnte, zu thematisieren<sup>25</sup>. Die ÖVP warnte vor einem „wiedererstarkten Austromarxismus“ und umwarb damit einmal mehr insbesondere die freiheitlich-nationale Wählerschaft, wobei die FPÖ als möglicher „Steigbügelhalter“ der SPÖ hingestellt wurde<sup>26</sup>. Ein weiterer, primär bundespolitischer Angriffspunkt der ÖVP ergab sich in der damals, gerade auch in Salzburg intensiv und kontrovers geführten Diskussion um eine Annäherung an die EWG. Hier wurde die SPÖ wegen ihrer kritischen Haltung „als Verhinderer der wirtschaftlichen Verbindung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dargestellt“<sup>27</sup>.

Die Wahlkampflinie der SPÖ im Land bestand im Wesentlichen darin, auf ihre bisherigen Leistungen für die Menschen, insbesondere in der Beseitigung der Wohnungsnot hinzuweisen. Ebenso wurden die sozialpolitischen Leistungen von Landesrat Weißkind für Pensionisten, Kriegsoffer und kinderreiche Familien in den Vordergrund gestellt. Davon ausgehend wurde eine nachhaltige „Modernisierung“ im Zuge von „Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Erschließung neuer Märkte und Erwerbsquellen“ als vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik propagiert. In Bezug darauf präsentierte sich die SPÖ als „Motor“ in der Landespolitik. Dem regierenden ÖVP-Landeshauptmann Lechner wurde in dieser Hinsicht mangelnde Kompetenz vorgeworfen und infolgedessen der landespolitische Führungsanspruch erhoben<sup>28</sup>.

In der Gestaltung der Wahlbewegung lässt sich eine Mischung aus traditionellen und – aus damaliger Sicht – modernen Methoden beobachten. So spielten die „Vertrauensleute“, deren Zahl damals mit circa 2.500 bei einer Mitgliederzahl von knapp 24.000 noch außerordentlich hoch war, nach wie vor eine wesentliche Rolle im Kontakt zur Basis. In gleicher Weise die regionalen und lokalen Organisationen, deren Tätigkeit im „Haus der Sozialistischen Partei“ in der Paris-Lodron-Straße koordiniert wurde. Hausbesuche von Sektionsobleuten waren an der Tagesordnung. Die SPÖ-Frauen – in den meisten Sektionen gab es ein „Frauenkomitee“ – organisierten Ausflüge, machten Krankenbesuche und gaben eine Wahlzeitung „Die Frau“ heraus. In vielen Wahlkampfveranstaltungen wurden anlässlich des damals 75-jährigen Jubiläums des Gründungsparteitages der Sozialdemokratischen Bewegung in Hainfeld die Grundprinzipien sozialdemokratischer Politik hochgehalten<sup>29</sup>.

Moderne Elemente waren dem Zeitgeist entsprechende Tanz- und Musikveranstaltungen der „Jugendfraktion sozialistischer Gewerkschafter“ und der „Jungen Generation“. Und es wurden, dem modernen, personalisierten Wahlkampfstil gemäß, so wie bei den anderen Parteien auch, vor allem die Spitzenkandidaten in den Vordergrund gestellt und jene der Konkurrenten angegriffen. So wurde, den Erfordernissen eines Persönlichkeitswahlkampfes entsprechend, eine auf den Vertrauensbonus des Landesparteivorsitzenden und Landeshauptmannstellvertreters setzende Plakatkampagne mit dem Porträt Franz Peyerls und dem Slogan „Jeder kennt ihn – Peyerl“ gestartet und, wie bereits erwähnt, die landespolitische Führungskompetenz des regierenden ÖVP-Landeshauptmannes Hans Lechner vehement infrage gestellt. Weiters wurde auf die Wirkung der Auftritte von Spitzenmännern der Bundespartei, z. B. Bruno Kreisky, Christian Broda, Otto Rösch und dem damaligen Bundesparteivorsitzenden Bruno Pittermann gesetzt<sup>30</sup>.

Mit dem intensiven Einsatz des damaligen ÖVP-Bundeskanzlers Josef Klaus gab es dabei beträchtliche Konkurrenz, da dieser insbesondere auch

auf die in seiner Zeit als Landeshauptmann (1949–1961) erfolgte Aufwärtsentwicklung des Bundeslandes unter der Führung der ÖVP verweisen konnte und daraus die landespolitische Führungskompetenz der ÖVP für die Zukunft ableitete. Überdies wurde die Wahlkampagne der ÖVP, so wie dies bereits 1959 der Fall gewesen war, durch zahlreiche Wahlempfehlungen seitens kirchlicher Würdenträger in besonderer Weise unterstützt<sup>31</sup>.

Das Ergebnis der Landtagswahl 1964 war für die SPÖ durchaus nicht unerfreulich, wenn auch hinsichtlich der Erreichung des Wahlzieles nicht wirklich befriedigend. Immerhin konnte sie aber mit einem Plus von 2,3 Prozentpunkten einen höheren Stimmenzuwachs erreichen als die ÖVP mit 1,6 Prozentpunkten, die jedoch infolge der Wahlarithmetik ein Mandat von der FPÖ bekam, die mit einem Verlust von fast einem Viertel der Wählerstimmen von 1959 der eindeutige Wahlverlierer war, während die SPÖ im Mandatsstand gleich geblieben ist<sup>32</sup>.

Nachdem die SPÖ jedoch auch bei den Gemeindevertretungswahlen 1964 deutliche Stimmengewinne erzielte, konnte sie sich durchaus im Aufwind sehen und agierte in den Verhandlungen zur Bildung der neuen Landesregierung dementsprechend selbstbewusst. So war die Wiederwahl Hans Lechners zum Landeshauptmann keineswegs selbstverständlich; die Parteienverhandlungen in den acht Wochen bis zur endgültigen Konstituierung des Landtages und der Wahl der Landesregierung gestalteten sich hart und kontrovers. So wie schon während des Wahlkampfes artikulierte insbesondere der SPÖ-Parteivorsitzende Peyerl immer wieder Bedenken und Misstrauen gegenüber der landespolitischen Führungskompetenz Lechners und es wurden starke Vorbehalte gegen eine Wiederwahl Lechners vorgebracht<sup>33</sup>.

Die harte Linie zeitigte dann auch Erfolg in weitgehenden Konzessionen seitens der ÖVP, die die Position der SPÖ in der Regierung stärkten. So wurde in einer Dreiparteienvereinbarung festgelegt, „*dass die Vertretung des Landeshauptmanns in dienstlicher und repräsentativer Hinsicht künftig vor allem vom sozialistischen Landeshauptmann-Stv. geleistet werden sollte und dass der Proporz bei den Schulleiterbesetzungen zugunsten der SPÖ verstärkt werden sollte*“<sup>34</sup>.

Eine in weiterer Folge negative Auswirkung hatte der intensive und aufwendige Wahlkampf für die Parteifinanzen insofern, als die außerordentlich hohen Kosten von circa 1,6 Millionen Schilling, trotz schon im Herbst 1963 vorgenommener Erhöhung der Mitgliedsbeiträge und einer „Wahlfondssammlung“ zu beträchtlichen Schuldenständen der Landespartei und der Bezirksorganisationen geführt hatte<sup>35</sup>.

Aber auch in politischer Hinsicht blies der Landesparteiführung sehr bald der Wind kräftig ins Gesicht. Und zwar in zweifacher Weise. Zum einen durch landespolitische Auswirkungen der immer offensichtlicher werdenden Krise der Bundespartei und der wachsenden kritischen Distanz



zwischen Bundes- und Landespartei. Dabei spielte die Entlassung Franz Olahs, der bei den Salzburger Sozialdemokraten als Repräsentant von „Traditionen sozialdemokratischer politischer Kultur“ durchaus „große Popularität“ genoss, eine Rolle. Ebenso auch der schmerzlich empfundene Verzicht auf die Einbeziehung von Bundesländervertretern in das Verhandlungskomitee der SPÖ bei den Koalitionsverhandlungen zu der Anfang April 1964 erfolgten Regierungsneubildung im Bund nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Gorbach und dessen Ablöse durch Josef Klaus Ende Februar des Jahres. Nicht zuletzt die Salzburger Parteiführung positionierte sich in der damit in Zusammenhang wachsenden Kritik der „Provinz“ gegen „Wien“<sup>36</sup>.

Zum anderen wurde die Achse zwischen SPÖ und FPÖ zunehmend brüchig, indem sich der FPÖ-Landesobmann Walter Leitner sichtlich stärker der ÖVP zuwandte. Machtpositionen und Einflussphären drohten daher ins Rutschen zu geraten, im Besonderen natürlich die Position Bäcks auf dem Bürgermeistersessel der Landeshauptstadt. In der Bundespartei unter Pittermann sah man keine Unterstützung in den eigenen Nöten, eher das Gegenteil. So befürchtete man den Verlust von bisher insbesondere von Kurt Preußler und Alfred Bäck angesprochenen „bürgerlichen“ Wählergruppen. Rudolf Ardelt meint: „*Das Gespenst des Rückfalls in eine Position ähnlich jener der Salzburger Sozialdemokratie der zwanziger Jahre tauchte auf*“<sup>37</sup>.

Keine Frage, das Erfordernis von Wandel und Erneuerung in der Partei zeichnete sich mehr denn je ab. In Erkenntnis dessen wollte Franz Peyerl noch 1964 seine Funktionen zurücklegen, wurde aber bedrängt, noch zu bleiben. 1965 kam es jedoch zu ersten Schritten einer Generationenablöse in wichtigen Funktionen. So legte Maria Emhart ihr Mandat als Nationalratsabgeordnete nieder. Ihr Nachfolger wurde der Bürgermeister von Bischofshofen, Hermann Wielandner. In der Arbeiterkammer trat Josef Horak als Präsident zurück und übergab diese Funktion an Karl Steinocher, der, wie erwähnt, seit 1956 als Vizepräsident fungierte<sup>38</sup>.

## **5. Parteipolitische Weichenstellungen am Beginn der „Ära Steinocher“**

Die Niederlage der Bundes-SPÖ bei der Nationalratswahl am 6. März 1966 bedeutete auch im Land Salzburg, wo der SPÖ-Stimmenanteil auf das Niveau von 1956 zurückfiel, einen herben Rückschlag. Im „Demokratischen Volksblatt“ wurde am 8.3.1966 ernüchert festgestellt: „*Der Aufstieg der SPÖ im Land Salzburg zum ersten Mal unterbrochen*“<sup>39</sup>. Das wurde dann, in gewisser Analogie und Parallelität zur Bundesebene, für die Salz-

burger SPÖ zum Ausgangspunkt für verstärkte Anstrengungen zur Parteireform und für eine personelle Erneuerung in der Parteiführung. Im Landespartei Vorstand wurde beschlossen, „eine Personalpolitik auf lange Sicht“ zu machen<sup>40</sup>. Dabei wurde Karl Steinocher zum „Mann der Stunde“, womit die „Ära Steinocher“ begann.

Als mit dem Landtagsabgeordneten und Sekretär in der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft Josef Brunauer ein geeigneter Nachfolger in der Funktion des Arbeiterkammerpräsidenten gefunden worden war, stand Anfang August 1966 Steinochers Wahl in beide Spitzenfunktionen als Nachfolger Franz Peyerls nichts mehr im Wege. Die Wahl Steinochers zum Parteivorsitzenden war Teil eines weitreichenden Generationenwechsels in der Partei. So legten Maria Emhart, Josef Horak, Stanislaus Pacher ihre Funktionen als Mitglieder des Parteivorstandes gemeinsam mit Peyerl nieder. Ihnen folgten Maria Springle (geboren 1922), Josef Brunauer und Heinrich Salfenauer (geboren 1920) nach. 1967 löste Hans Pexa (geboren 1919) Ernst Hallinger als Landespartei sekretär ab. Josef Kaut (geboren 1904) und Sepp Weißkind (geboren 1914) übten ihre Regierungsfunktionen noch bis zum Ende der Legislaturperiode 1969 aus. In der Landeshauptstadt blieb Alfred Bäck (Jahrgang 1903) angesichts seiner Popularität als Zugpferd für die Gemeinderatswahl 1967 unverzichtbar. Jedoch war auch hier die Notwendigkeit eines Generationswechsels absehbar<sup>41</sup>.

Angesichts der weiter oben angesprochenen bisherigen Dissonanzen zwischen Bundes- und Landespartei war nunmehr eine Verbesserung des Verhältnisses von Beginn an eine wesentliche Aufgabe der neuen Parteiführung. Dafür ergaben sich alsbald insofern durchaus günstige Voraussetzungen, als sich die Salzburger Partei in besonderem Maße für die Wahl Bruno Kreiskys zum neuen Bundespartei vorsitzenden 1967 einsetzte<sup>42</sup>. Steinocher bestärkte Kreisky im Hinblick auf die Nationalratswahl 1970 darin, für die Funktion des Bundeskanzlers zu kandidieren<sup>43</sup>.

Bereits unmittelbar nach der Nationalratswahl 1966 war dem Drängen der Bundesländerparteien nach einer „Föderalisierung“ der Parteiführung insofern entsprochen worden, als im Vorfeld der Sitzungen der Bundespartei leitung ein aus den Landespartei obmännern bzw. deren Stellvertretern und aus Vertretern der Parteizentrale bestehendes „Vierzehner-Komitee“ eingerichtet wurde<sup>44</sup>.

Ergab sich daraus eine stärkere Einbindung der Anliegen und Ansichten der Landesparteien auf Bundesebene, so kam es in der Folge auch in umgekehrter Richtung zu einer stärkeren Beeinflussung der inhaltlichen Ausrichtung auf Landesebene durch die Bundespartei. Und zwar insbesondere in Zusammenhang mit der in Gang kommenden Parteireform, indem die Berichte über die einschlägigen Vorgänge in der Bundespartei eine wesentliche Rolle bei den Beratungen und Diskussionen im Landespartei vorstand bildeten<sup>45</sup>. Dass eine funktionierende Koordination zwischen

Bundes- und Landespartei ein wesentliches Anliegen Steinochers war, brachte er gleich nach seiner Bestellung zum Landesparteiobmann in einem Interview mit der AZ unter anderem wie folgt zum Ausdruck:

*„Wir haben alle zusammen aus Fehlern Lehren zu ziehen. Es bestehen natürliche Gegensätze zwischen den Landesorganisationen und den Zentralstellen der Partei, aber auch zwischen den Landesorganisationen. Aus diesen Gegensätzen muss jedoch in einer demokratischen Partei eine gemeinsame Meinung erarbeitet werden. Es wird die Aufgabe der Landesorganisation sein, viel mehr als bisher an dieser Meinungsbildung mitzuwirken. Alle Beratungen, an denen ich bisher teilgenommen habe, haben ja diese Umstellung zum Ziel.“<sup>46</sup>*

Das zentrale Anliegen des neuen Parteivorsitzenden war von Beginn an die Öffnung der Partei und eine entsprechende organisatorische Reform. Nicht zuletzt das schlechte Ergebnis bei der Nationalratswahl 1966 hatte die Notwendigkeit dazu deutlich gemacht. Es wurde klar, dass eine Konzentration auf Kernschichten und die Stützung auf traditionelle Organisationsformen der Partei nicht mehr ausreichend sein würden, um auf die Dynamik des gesellschaftlichen Wandels im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren reagieren zu können. Eine Öffnung in die „moderne“ Gesellschaft und eine adäquate Öffentlichkeitsarbeit waren gefordert<sup>47</sup>. Im Sinne dessen folgte man auf Landesebene im Grunde der unter Bruno Kreisky in der Bundespartei eingeleiteten Reformpolitik.

Bereits Anfang April 1966 wurden Arbeitskreise für „Organisation“ und „Propaganda“ eingerichtet, deren Aufgabe es war, Vorschläge zur Verbesserung der inneren Kommunikationsstruktur der Partei sowie für eine stärkere Mobilisierung der Wähler zu erarbeiten. Ein von Karl Steinocher Anfang 1967 eingerichteter, alle Mitglieder des Landespartei Vorstandes, des Landtagsklubs, die sozialistischen Bürgermeister und die Landesobmänner der wichtigsten Nebenorganisationen umfassender „Klub der Vertrauenspersonen“ sollte der Verbesserung der parteiinternen Kommunikation und Informationsflüsse sowie einer Verbreiterung der Partizipation an Beratungen und Entscheidungen der Parteiführung dienen. Im Sinne der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit wurden regelmäßige Kontakte zu den regional wichtigen Zeitungsredaktionen aufgebaut. Im Zusammenhang damit wurden am Landesparteitag 1966 erstmals Redakteure der „Salzburger Nachrichten“, des „Salzburger Volksblattes“, des Rundfunks und der APA eingeladen. Desgleichen wurden 1968 unter dem Slogan „Tun auch Sie mit“ in Straßenwerbeaktionen „alle Mitbürger in unserer Heimat“ dazu aufgerufen, „uns zu helfen, auch in Salzburg aufgrund neuer Erkenntnisse mit neuen Methoden eine bessere Politik zu ermöglichen“<sup>48</sup>. Eine Analogie zu der Kreiskyschen Aufforderung an die Menschen, „ein Stück des Weges“ mit der SPÖ zu gehen, ist erkennbar.

Auf diese Weise strebte die Salzburger SPÖ unter Steinochers Führung die nicht einfache Verknüpfung der Erhaltung traditioneller Elemente einer

„Mitgliederpartei“ mit der notwendigen gesellschaftlichen Öffnung zu einer „Wählerpartei“ an. In dem bereits zitierten Interview mit der Arbeiterzeitung brachte das der Parteivorsitzende folgendermaßen zum Ausdruck:

*„Jede Partei muss bestrebt sein, Wählerpartei zu sein, weil sie ja nur mit Hilfe der Wähler ihre Ideen verwirklichen kann. Es gehört aber auch zum Charakteristikum der Sozialistischen Partei, dass sie sich auf eine breite Mitgliedschaft stützt, aus der in einem demokratischen Ausleseprozess das Korps der Vertrauenspersonen hervorgeht. Diese Vertrauenspersonen garantieren den engen Kontakt der Partei mit ihren Wählern. Wenn die Partei diese Kontaktmöglichkeit nützt, kann sie jederzeit die Sorgen der Menschen erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. Es wird jetzt auch sehr viel von der Öffnung der Partei gesprochen. Unsere Partei war immer offen für jene, die sich dem Sozialismus nähern wollten. Das wird auch so bleiben müssen.“<sup>49</sup>*

Als Teil der Strategie der Öffnung der Partei erscheint auch das Bemühen um ein neues Verhältnis zur katholischen Kirche. So folgte die Parteispitze einer Einladung zur Eröffnungssitzung der Diözesansynode am 16. Oktober 1966 und zu Beginn des Jahres 1969 kam es zu einem Besuch Karl Steinochers bei Erzbischof Andreas Rohrer, dem die Bildung eines Kontaktkomitees zwischen Kirche und SPÖ folgte<sup>50</sup>.

Zur Vorbereitung der angestrebten programmatischen Erneuerung wurden „Arbeitskreise“ eingerichtet, aus deren Beratungen ein „Programm für Salzburg“ entstehen sollte<sup>51</sup>. Auch hier lässt sich eine auffällige Parallele zur Parteireform auf Bundesebene erkennen, wo in zahlreichen Arbeitskreisen ein neues Parteiprogramm erarbeitet wurde.

Der zentrale Akzent dieser programmatischen Arbeit lag auf dem Begriff der „Modernisierung“ der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im Land, wobei insbesondere die regionalen und strukturellen Diskrepanzen im wirtschaftlichen Wachstumsprozess einen wesentlichen Punkt bildeten. So ging es der Landes-SPÖ um eine Intensivierung der industriellgewerblichen Betriebsansiedlungspolitik als Ausgleich zu einer potenziellen Krisenanfälligkeit des Fremdenverkehrs durch die Schaffung „hochwertiger Arbeitsplätze“. In Verbindung damit wurde eine nachhaltige Verstärkung der Raum- und Verkehrsplanung eingefordert. Ebenso eine Entschärfung der sich in den Ballungszentren abzeichnenden Probleme der Wasserversorgung sowie der Abwässer- und Müllbeseitigung. Angesichts der dabei notwendigen „neuen Formen überlokaler Kooperation“ erachtete es Steinocher anlässlich der Vorstellung des Programms für erforderlich, den „Lokalpatriotismus“ zurückzudrängen, „auch bei unseren sozialistischen Bürgermeister und Gemeindevertretern“<sup>52</sup>.

Eine weitere wesentliche Herausforderung für die neue Parteiführung stellten die in den letzten Jahren verstärkten Spannungen im „Salzburger Klima“ dar. Hier ergab sich in einem speziellen gemeindepolitischen Vorgang eine akute Verschärfung. Und zwar durch einen am 10. Mai 1967 im

Landtag mit ÖVP-FPÖ Mehrheit gegen die SPÖ gefassten Beschluss, per 1. Juli des Jahres, aus den bestehenden Gemeinden St. Georgen und Lamprechtshausen eine eigene Gemeinde Bürmoos auszugliedern<sup>53</sup>. Das war insofern von genereller Bedeutung für die parteipolitischen Verhältnisse, als hierbei das inzwischen entwickelte Naheverhältnis von ÖVP und FPÖ in einer konkreten Entscheidungsmaterie zum Tragen gekommen ist. In einer Resolution des Landesparteitages der SPÖ am 22. April 1967 wurde „gewissen Kreisen der Salzburger ÖVP“ vorgeworfen, mithilfe „einer willfähigen FPÖ nach Wiener Muster Alleinregierung zu spielen.“ Für die SPÖ war dieser Vorgang insofern problematisch, als damit die 1964 errungene Bürgermeisterposition in St. Georgen (Karl Zillner) infrage gestellt war und die neue Gemeinde Bürmoos zwar eine mehrheitliche Arbeitergemeinde wurde, als solche aber in ihrer wirtschaftlichen Struktur auf schwachen Beinen zu stehen drohte. So wurde seitens der SPÖ die wirtschaftliche Lebensfähigkeit einer derartigen Kleingemeinde bezweifelt<sup>54</sup>. Und es bestand die wohl nicht unbegründete Vermutung, dass die „bürgerliche“ Interessenkoalition durch diese Ausgliederung eines „Arbeiterghettos“<sup>55</sup> eine mögliche größere Region mit sozialdemokratischer Mehrheit im Norden des Landes verhindern wollte, hatte die SPÖ doch bei den Gemeindevertretungswahlen des Jahres 1964 in St. Georgen die absolute, in Lamprechtshausen die relative Mehrheit erreicht. Die Vorstellung der SPÖ war demgemäß die Schaffung einer Großgemeinde Lamprechtshausen/St. Georgen gewesen.

Die SPÖ forderte eine Volksabstimmung, was aber von ÖVP und FPÖ abgelehnt wurde. Was zustande kam, war eine am 23. April 1967 in den Gemeinden St. Georgen/Bürmoos und Lamprechtshausen abgehaltene „Volksbefragung“<sup>56</sup>. Und diese brachte tatsächlich eine deutliche Ablehnung gegenüber der Schaffung der eigenen Gemeinde Bürmoos. Als ÖVP und FPÖ aber weiterhin auf dem Vorhaben beharrten, rief die SPÖ-Führung für den 9. Mai 1967 zu einem Protestmarsch vom Bahnhof zum Chiemseehof auf, was aber im Endeffekt auch nichts nützte<sup>57</sup>. Die Tatsache, dass ersten Gemeindevertretungswahlen in Bürmoos am 8. Oktober 1967 der SPÖ mit 85,2% der Stimmen einen überaus deutlichen Wahlsieg und Karl Zillner das Bürgermeisteramt brachten<sup>58</sup>, konnte aber den Eindruck einer Niederlage der SPÖ in der politischen Arena der Landespolitik nicht wirklich kompensieren.

Generell war das Verhältnis in der Landesregierung zwischen Landeshauptmann Lechner und seinem Stellvertreter Karl Steinocher, insbesondere in Personalfragen latent konfliktträchtig<sup>59</sup>. Einen entspannenden Faktor im somit nicht mehr so harmonischen „Salzburger Klima“ stellte hingegen das durchaus gute Verhältnis Karl Steinochers zum ÖVP-Landesparteiobmann Karl Glaser dar. Im Rückblick schildert Steinocher seine Beziehung zu Glaser folgendermaßen:

*„Sehr nützlich, um schwierige Probleme zu überbrücken, war mir, was die ÖVP betrifft, vor allem der Parteiboss Glaser. Ich bin mit Glaser 1949 in die Vollversammlung der Arbeiterkammer gewählt worden, und beide sind wir Fraktionsobmänner geworden. Da hat ein gutes Kennenlernen stattgefunden. Trotz aller heftigen Auseinandersetzungen – und Glaser war ein Kämpfer –, er hat gewusst, was man einer Partei zumuten kann, einem Funktionär und einem Parteiboss, und was nicht.“<sup>60</sup>*

Nichtsdestoweniger befand sich die SPÖ nach 1966 im Aufwind. So wurde die ganz auf die Person von Alfred Bäck zugeschnittene Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg am 8. Oktober 1967 ein großer Erfolg für die SPÖ. Sie konnte ihren Stimmenanteil von 39,2 auf 46,3% und ihren Mandatsstand um zwei auf 19 erhöhen. Auch bei den Personalvertretungswahlen in diesem Jahr gab es Zuwächse<sup>61</sup>.

## 6. Landespolitische Schwerpunktsetzungen

Im Zuge dieses Aufwindes war Karl Steinocher in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in seinen Funktionen als Landeshauptmannstellvertreter und als Parteiboss mit der Tatsache konfrontiert, dass wirtschaftspolitische Fragen mehr und drängender als bisher ins Zentrum der landespolitischen Agenda rückten, was sich dann im Verlauf der 1970er Jahre noch verstärkte. In gewisser Analogie und Parallelität zum wirtschaftspolitischen Programm 1968 der Bundes-SPÖ, wurde von der Landes-SPÖ in enger Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer (wobei v. a. Walter Stockinger und Josef Brunauer die entscheidenden Akteure waren) ein strukturpolitisches Forderungsprogramm formuliert, das von der SPÖ-Fraktion im Landtag Mitte Oktober 1968 als Antrag eingebracht wurde<sup>62</sup>. Darin wurden, als Weiterentwicklung der von der SPÖ seit den 1950er Jahren verfolgten wirtschaftspolitischen Ausrichtung, im Grunde fünf Schwerpunkte herausgestellt, die dann auch in der landespolitischen Tätigkeit der Steinocher-SPÖ immer wieder im Vordergrund stehen sollten. Es waren dies die Stärkung der Kommunen, die Wohnungspolitik, die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, die Stärkung des Industrialisierungsgrades in der Salzburger Wirtschaftsstruktur und die Raumordnung.

Von Beginn seiner Regierungstätigkeit an war für Karl Steinocher die Stärkung der Gemeinden in ihrer Bedeutung als Gestalter der regionalen und lokalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und hinsichtlich der ihnen dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Handlungsspielräume ein vorrangiges Anliegen. 1987 stellte er in einem Rückblick fest: *„Gemeindepolitik war immer ein starkes Anliegen der Partei und die ganze Geschichte zeigt ja, dass in den Gemeinden die Chancen gelegen sind.*

*Das hat sich ja besonders während der Ersten Republik gezeigt, als Gemeindepolitik das Aushängeschild der Partei gewesen ist. Ich habe sehr stark mitgewirkt, dass man dieser Aufgabe besonderes Augenmerk zugewendet hat.“<sup>63</sup>*

Dafür diente ihm vor allem seine Funktion als Gemeindeferent in der Landesregierung<sup>64</sup>. Dabei wurde Steinocher vor eine schwierige Diskrepanz zwischen partei- und landespolitischer Interessenslage gestellt. Und zwar konkret in Bezug auf die Finanzmittelzuteilung aus dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF) zwischen der Landeshauptstadt und großen „roten Gemeinden“ einerseits und der überwiegend in „schwarzer Hand“ befindlichen großen Anzahl kleiner Gemeinden mit hohem, steigendem Finanzierungsbedarf andererseits. Dazu Steinocher im O-Ton:

*„Natürlich war die Aufgabe der Gemeindeaufsicht ein bißl schwierig, da man ja draußen in den kleinen Gemeinden eindeutige politische Verhältnisse gehabt hat, während die großen Gemeinden ja im roten Bereich waren. Dazu kommt noch, dass die großen Gemeinden die finanziell starken waren und kaum Zuschussgemeinden waren, während die kleinen Gemeinden Zuschussgemeinden gewesen sind. Und dazu kommt, das muss man auch sagen, dass die roten Bürgermeister z.T. sehr stolz darauf waren, selbstständig zu arbeiten. Es hat rote Gemeinden gegeben, die trotz Möglichkeiten nie ein Ansuchen gestellt haben, um finanziell aus dem Gemeindeausgleich gefördert zu werden.“<sup>65</sup>*

Grundsätzlich hat Steinocher eindeutig der kommunalpolitischen Notwendigkeit der Besserung der Finanzausstattung der kleinen Gemeinden den Vorrang gegeben. Jedoch konnte er über den Gemeindeausgleichsfonds nicht allein verfügen, sondern musste Einvernehmen mit dem für seine Sparpolitik bekannten Landesfinanzreferenten Michael Haslinger herstellen<sup>66</sup>. Ungeachtet dessen wird die allgemeine politische Brisanz der Thematik aber beispielsweise darin erkennbar, dass Steinocher im Vorfeld der Landtagswahl 1969 seitens der ÖVP eine „krasse Benachteiligung von Gemeinden unter ÖVP-Führung bei der Zuteilung von Mitteln des von Steinocher geführten Gemeindeausgleichsfonds“<sup>67</sup> vorgeworfen wurde. Und Steinocher erinnert sich, dass es das Bestreben der ÖVP gegeben habe, „die Vergabe der GAF-Mittel den Bürgermeistern zu übertragen“<sup>68</sup>, und dies, obwohl „mit Ausnahme des Stadtbetrages ... die Gelder überwiegend, ich würde sagen 80–90% in die kleinen schwarzen Gemeinden gegangen“ sind<sup>69</sup>.

Die als SPÖ-Hochburg geltende Landeshauptstadt stellte in diesem Zusammenhang ein Problem spezifischer Größenordnung mit latentem landespolitischem Konfliktpotenzial dar. Steinocher erinnert sich weiter: „Der große Anteil der Stadt war natürlich ein ständiger Anstoß für die anderen Gemeinden sich dagegen zu wehren, aber unisono, das ist quer durch das ganze Land gegangen, da hat sich eigentlich keiner ausgeschlossen, wenn es darum gegangen ist, die kleinen Gemeinden zu vertreten. Natürlich mit

verschiedener Intensität.“<sup>70</sup> Nach langem Hin und Her wurde letztendlich im Jahr 1973 im Wege des parteipolitischen Proporz zwischen der Stadtgemeinde Salzburg und dem Salzburger Gemeindeverband ein Übereinkommen geschlossen, das wegen „wesentlicher überörtlicher Vorhaben“ der Stadt Salzburg einen Anteil von 39% der GAF-Mittel zuerkannte<sup>71</sup>.

In der Wohnungspolitik war Steinocher „überhaupt privat nie ein besonderer Anhänger der Eigentumswohnung ... Erstens einmal halte ich es für falsch, weil die ganze Flexibilität der Menschen verloren geht. Ein Problem, mit dem man ja auch wirtschaftlich immer wieder zu tun hat. Zweitens bin ich nicht dafür, dass man mit öffentlichen Geldern Eigentum fördert“<sup>72</sup>. So wurde seitens der SPÖ der unter Landeshauptmann Lechner von der ÖVP stark forcierten Förderung des Wohnungseigentums der genossenschaftliche Wohnbau als Alternative entgegengesetzt und dementsprechend die Gründung von Wohnbaugenossenschaften vorangetrieben. Steinocher sah darin im Vergleich zum kommunalen Wohnbau eine bessere Variante des öffentlichen Wohnbaus.

„Dann haben wir also eine ganze Welle von Gründungen von Wohnbaugenossenschaften eingeleitet, für die Postler, die Obusleute usw. Unter anderem auch die Salzburg, der ich ja bis vor eineinhalb Jahren [1985] vorgesseden bin. Bäck, Peyerl, Weißkind usw. waren da beteiligt. Nun ist er also losgegangen, dieser Wohnbauboom und der Streit um die Mittel, wer was bauen darf. Das hat zu einem echten Verbund geführt mit der öffentlichen Hand, die sich immer mehr der Genossenschaften bedient hat. Ich persönlich war ein Anhänger davon. Ich habe als Gemeindeaufsicht versucht, dass nicht die Gemeinden, auch nicht die Stadtgemeinde die Wohnungen baut, weil man die Erfahrung gemacht hat, dass die Gemeindewohnungen sehr schwer wieder zu vergeben sind und das zu einem Missbrauch führt. Es gibt ja heute [1987] noch Gemeindewohnungen, die als billige Zweitwohnungen dienen. Vor allem tut sich die Gemeinde sehr schwer mit der Erhaltung und der Festsetzung gerechtfertigter Mietzinse. Da tun sich die Genossenschaften leichter.“<sup>73</sup>

Dass es in dem in der Folge durch parteipolitischen Proporz gekennzeichneten Geflecht der Wohnbaugenossenschaften<sup>74</sup> auch zu Problemen gekommen ist, wie etwa die durch Veruntreuung ausgelöste „Gartensiedlungsaffäre“, ist auch Teil dieser Entwicklung. Steinocher, der frühzeitig vor dieser Problematik gewarnt hatte, vermerkt dazu im Nachhinein hinsichtlich seiner Partei selbstkritisch: „Wir können uns von der Entwicklung nicht freisprechen.“<sup>75</sup>

In wirtschaftspolitischer Hinsicht waren für die SPÖ und deren Vorsitzenden neben und in Zusammenhang mit dem Wohnbau die öffentlichen Investitionen ein vorrangiges Anliegen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Land. Im Hinblick auf die Führungsrolle der Bauwirtschaft im regionalen Wachstums- und Konjunkturmuster wurde von SPÖ-Mandataren und der Arbeiterkammer immer wieder auf eine Verstärkung und



eine den Erfordernissen entsprechende zeitliche und regionale Gestaltung der öffentlichen Investitionstätigkeit als wesentliches Lenkungsinstrumentarium für gesamtwirtschaftliche Stabilität und Beschäftigungssicherung gedrängt. Das hatte insbesondere vor dem Hintergrund der 1966/67 auch in Salzburg spürbar gewordenen allgemeinen Konjunkturschwäche zweifellos seine Berechtigung. So hieß es etwa im strukturpolitischen Forderungsprogramm der SPÖ-Fraktion im Landtag 1968 unter anderem:

*„Die Bauwirtschaft nimmt in Salzburg eine entscheidende Schlüsselstellung ein. Ein großer Teil der anderen Wirtschaftszweige ist mit ihr eng verbunden. Sie gilt als der wichtigste Konjunkturregler. Erhöhte Investitionen in Bauvorhaben, richtig nach arbeitsmarkt-, wirtschafts- und regionalpolitischen Gesichtspunkten verteilt, können wirtschaftliche Rückschläge auffangen bzw. in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche als Initialzündung wirken. Der öffentlichen Hand als größtem Bauträger kommt dabei besondere Bedeutung zu.“<sup>76</sup>*

Diese Forderungen im Bereich der öffentlichen Investitionstätigkeit wurden seitens SPÖ und der Arbeiterkammer auch immer wieder mit der Kritik an der im Wesentlichen in ÖVP-Verantwortung liegenden Gestaltung der Wirtschaftsförderung verbunden. Hier wurden insbesondere erhebliche Defizite in der Förderung industriell-gewerblicher Investitionstätigkeit moniert. Dies im Sinne einer von der SPÖ seit den 1950er Jahren eingeforderten Stärkung des Industrialisierungsgrades im Land, nunmehr vor allem im Wege einer entsprechenden Betriebsansiedlungspolitik, die vor allem auf regionale Entwicklungsdefizite im südlichen Landesteil und deren zunehmende Abhängigkeit vom Fremdenverkehr Bedacht nehmen sollte. So sollte nach Ansicht des Arbeiterkammerpräsidenten Josef Brunauer die unbestrittene Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Salzburger Wirtschaft nicht dazu führen, *„eine moderne Industrie- und Gewerbepolitik für das Land Salzburg zu unterlassen, um sich mit Lippenbekenntnissen zufriedenzugeben.“<sup>77</sup>* Und in dem schon zitierten strukturpolitischen Forderungsprogramm der SPÖ-Fraktion im Landtag heißt es in Bezug auf saisonale Beschäftigungsschwankungen, die konjunkturelle Sensibilität sowie die vergleichsweise niedrigen Löhne im Fremdenverkehr und die damit verbundenen strukturellen Nachteile im südlichen Landesteil:

*„In diesen Bezirken herrschen Landwirtschaft und Dienstleistungen – und hier wieder die Fremdenverkehrsgewerbe – vor. Abgesehen davon, dass hier eine kontinuierliche Beschäftigung in diesen Wirtschaftszweigen kaum erreicht werden kann und der Fremdenverkehr sehr empfindlich auf wirtschaftliche und politische Einflüsse in den Herkunftsländern der Gäste reagiert, sind auch die starken Einkommensunterschiede auf die Dauer nicht tragbar“<sup>78</sup>.*

Gerade in Zusammenhang mit den regionalen Entwicklungsdifferenzen im Land wurde nunmehr in der SPÖ die Raumordnung als zentraler strukturpolitischer und gesellschaftspolitischer Steuerungsbereich erkannt. Ins-

besondere vom Parteivorsitzenden und Landeshauptmannstellvertreter Steinocher wurde im Rahmen der 1968 vorgenommenen Novellierung des Raumordnungsgesetzes<sup>79</sup> vehement auf einschlägige Strategien und Maßnahmen auf Basis eines das gesamte Bundesland umfassenden Raumordnungskonzeptes in Verbindung mit einem auf entsprechenden Strukturanalysen beruhenden längerfristigen Budget- und Investitionsprogramms gedrängt. Und so wurden Fragen der Regionalentwicklung und Raumordnung auch zu einem vorrangigen Thema im Vorfeld der Landtagswahl 1969<sup>80</sup>. Im Sinne dessen stellte Karl Steinocher im Dezember 1968 in der Budgetdebatte im Landtag dringenden institutionellen Reformbedarf in der Raumordnung fest, da die bestehende administrative Struktur im Bereich der Landesverwaltung und auf der kommunalen Ebene mit den anstehenden Aufgaben überfordert sei. In der Folge wurde in einer von Steinocher einberufenen Konferenz zu Raumordnungsfragen die bisherige Entwicklungsplanung des Landes einer umfassenden Kritik unterzogen<sup>81</sup>. Dort schlug der SPÖ-Vorsitzende vor, zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen, *„eine neue Dienststelle auf Zeit zu schaffen, in der nicht nur Architekten, wie jetzt, sondern auch Vertreter der Wirtschaft, Juristen und Soziologen tätig sein sollten“*. Auf dem Gebiet der Raumordnung müsse es darum gehen, *„neue Wege zu finden und aus dem Verwaltungstrott herauszukommen“*. Wesentliche Bedingung für eine erfolgreiche Umsetzung von Planungen sei eine entsprechende „Mitwirkung der Gebietskörperschaften“, womit insbesondere die Gemeinden gemeint waren. In Zusammenhang damit regte Steinocher die „Schaffung von Planungsverbänden nach süddeutschem Muster“ an. Damit sollte das für eine erfolgreiche Raumordnung notwendige „Verständnis bei den Betroffenen“ erreicht werden, wofür jedoch, so Steinocher, noch eine „eminente Erziehungsarbeit“ zu leisten wäre. Schließlich gab er die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für Fragen der Raumordnung“ im Rahmen der Salzburger SPÖ bekannt. In Verbindung damit sah Steinocher unter Bezug auf eine als notwendig erachtete „soziale Bindung“ des Eigentumsbegriffes das Erfordernis einer Kombination der räumlichen Entwicklungsplanung von Landeshauptstadt und deren Umland sowie einer insbesondere auf Wohnbau und gewerbliche Flächen bezogenen „Bodenbevorratung“.

Die landespolitische Relevanz dieser Vorstöße des SPÖ-Landeshauptmannstellvertreters zeigt sich nicht zuletzt in der medialen Resonanz. So reagierte Eberhard Zwink in einem Kommentar in den Salzburger Nachrichten auf die Initiative Steinochers zustimmend, da es unter den gegebenen Umständen „bald unmöglich sein“ werde, *„der zersiedelten Landschaft geschlossene Räume für Arbeiten, Wohnen und Erholung abzugewinnen“*. Als Voraussetzung für die von Steinocher geforderte „Herauslösung aus dem Verwaltungstrott“ sah Zwink die Umwandlung der bisherigen amtlichen „Planungsstellen zu selbstständigen, materiell und personell entspre-

chend ausgestatteten Einrichtungen“ und eine „Zusammenarbeit zwischen beamteten und privaten Fachleuten“ für erforderlich. Auch mit seinem Vorschlag der Schaffung von Planungsverbänden, treffe Steinocher, so Zwick, „den Nagel auf den Kopf“<sup>82</sup>.

Im Sinne dessen kann dann auch die 1972 erfolgte Gründung des „Salzburger Instituts für Raumforschung“ (SIR), dessen erster Vizepräsident Karl Steinocher wurde, als ein wesentlicher Schritt hin zu einer derartigen Modernisierung und Professionalisierung der Raumordnung gesehen werden<sup>83</sup>.

## **7. Die Landtagswahl 1969 – der Landeshauptmann in greifbarer Nähe**

Die verstärkte sachpolitische Akzentuierung sowie deren verstärkte öffentliche Kommunikation durch den Parteivorsitzenden in seiner Regierungsfunktion spiegelt zwei Wandlungstendenzen in der Landes-SPÖ am Ende der 1960er Jahre und im Übergang in die 1970er Jahre wider. Zum einen die inhaltliche Positionierung in Richtung struktur- und gesellschaftspolitischer Modernisierung im Land und zum anderen die zunehmende Personalisierung der Politik.

Beides fand im Landtagswahlkampf 1969 sichtbaren Ausdruck. So wurde beispielsweise im Landespartei Vorstand beschlossen, bei Wahlveranstaltungen Salzburger Landesfahnen anstatt der bisher üblichen „Dreipfeile-Fahnen“ der Partei als Saalschmuck zu verwenden<sup>84</sup>. Und es wurde, nicht zuletzt den Empfehlungen der Wiener Parteizentrale und modernen Public-Relations-Konzepten folgend, die Person des Parteivorsitzenden und Landeshauptmannstellvertreters medial in den Vordergrund gestellt. Dass Letzteres in mancherlei Hinsicht, etwa was die Steinocher-Plakate betraf, nicht immer optimal gelang, ist Teil eines Lernprozesses. Durchaus besser gelungen erscheint dem gegenüber die Präsentation von Inhalten durch Steinocher in den Medien, wie etwa der „Tribüne“ der „Salzburger Nachrichten“, wo man mit den Parteivorsitzenden telefonieren konnte und wovon die interessantesten Fragen und Antworten später in den SN oder im Rahmen einer vom ORF live aus dem Chiemseehof übertragenen Politikerdiskussion veröffentlicht wurden<sup>85</sup>. Grundsätzlich bestand für die SPÖ das Problem eines im Vergleich zum populären Landeshauptmann Lechner noch immer deutlich geringeren Bekanntheitsgrades Steinochers, der am Beginn des Wahlkampfes bei circa 82% lag, dann aber gesteigert werden konnte<sup>86</sup>.

In inhaltlicher Hinsicht waren die Wahlkampfbedingungen für die Landes-SPÖ insofern nicht ungünstig, als die Gelegenheit genutzt werden konnte, die ÖVP-Alleinregierung auf Bundesebene und insbesondere

Bundeskanzler Josef Klaus intensiv zu kritisieren. Dem gegenüber wurde Landeshauptmann Lechner, trotz des gespannten Verhältnisses von Steinocher und Lechner, vergleichsweise moderat behandelt und damit, in Verbindung mit dem eigenen Führungsanspruch, wohl auch landespolitische Kooperationsbereitschaft signalisiert. Dabei lässt sich insofern eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber der Wiener Parteizentrale erkennen, als deren Empfehlung zu einem massiven Frontalangriff auf Lechner nicht gefolgt wurde. Andererseits war aber der Auftritt bundespolitischer Prominenz, wie insbesondere jener Bruno Kreiskys als Kontrapunkt zu negativen Effekten des Olah-Prozesses zweifelsohne von Bedeutung. Außerdem wurde die Salzburger Landtagswahl auch als „Testwahl“ für die 1970 anstehende Nationalratswahl gesehen<sup>87</sup>.

Ein wesentlicher Akzent in der Wahlwerbung war ein verstärkter Zugang auf die Jungwähler, war doch das Wahlalter 1968 auf 19 Jahre herabgesetzt worden. Hierbei ergab sich auch ein spezielles Aktionsfeld für die „Junge Generation“ der SPÖ. Insgesamt gab es im Vergleich zu früher erheblichen Mehraufwand, nicht nur hinsichtlich des Einsatzes des Spitzenkandidaten, sondern auch bezüglich der materiellen Ressourcen und der damit verbundenen Kosten. Insofern zeichnete sich die für die folgende Zeit typisch werdende „Materialschlacht“ bei Wahlkämpfen ab. So wurde ein Informationsbus zur Verteilung des „Programms für Salzburg“ eingesetzt, umfangreiche Plakataktionen durchgeführt und Wahlbroschüren in großer Zahl bei unzähligen Wahlveranstaltungen im Land verteilt und in Postwurfsendungen verschickt<sup>88</sup>.

Die nunmehr üblich werdenden, von den Parteien in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen sagten ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus. Die Erwartungen hinsichtlich eines SPÖ-Sieges waren dementsprechend hoch. Sie wurden jedoch insofern enttäuscht, als es zu keinem Gewinn, sondern zu einem leichten Rückgang im Stimmenanteil von 40,9% auf 40,4% gekommen ist. Andererseits war dieser Rückgang doch wesentlich geringer als jener der ÖVP, die von 44,9% auf 40,7% doch recht deutlich zurückfiel. Wahlsieger war die FPÖ, die von 11,8% auf 18,0% zulegte<sup>89</sup>.

Angesichts der äußerst geringen Differenz im Stimmenanteil zur ÖVP (absolut trennten die beiden Parteien nur 664 Stimmen) erscheint die in der SPÖ verbreitete Sicht, dass der Landeshauptmann nun in greifbarer Nähe wäre, durchaus verständlich. Jedoch die dezidierte Affinität der FPÖ unter der Führung von Walter Leitner zu einer Koalition mit der ÖVP ließ dies im Verlauf der Parteien- und Regierungsverhandlungen rasch als unrealistisch erscheinen. Andererseits wäre für Steinocher eine Koalition mit der FPÖ nicht infrage gekommen. So meinte er im Parteivorstand, *„dass es aufgrund der verschiedenen und widersprüchlichen Strömungen in der FPÖ unmöglich sei, mit dieser Partei einen Vertrag zu schließen.“*<sup>90</sup>

Die vor allem infolge des bereits angesprochenen guten Verhältnisses zwischen Steinocher und dem ÖVP-Obmann Karl Glaser letztendlich zustande gekommene Parteienvereinbarung, deren Ergebnisse übrigens erstmals veröffentlicht wurden, brachten der SPÖ zwar nicht das angestrebte Finanzressort, aber die symbolisch wichtige Position des Landtagspräsidenten, die auch politisch dadurch aufgewertet wurde, dass die Landeskontrolle stärker an den Landtag und damit an das Präsidium des Landtages gebunden wurde. Weiters brachte sie eine Verpflichtung des Landeshauptmannes, in Personalangelegenheiten das Einvernehmen mit dem jeweiligen Ressortchef herzustellen sowie eine Stärkung der SPÖ-Position im Landesschulinspektorat<sup>91</sup>.

In der Partei wurde im Anschluss an die Landtagswahl 1969 der 1966 eingeleitete Generationenwechsel in der Führungsgruppe vollendet. In der Landesregierung löste der bisherige Landespartei sekretär und Klubobmann der Landtagsfraktion Hans Pexa den legendären Soziallandesrat Sepp Weißkind ab, Josef Kaut wurde als Landesrat vom Chefredakteur des „Demokratischen Volksblattes“ Dr. Herbert Moritz abgelöst. Neuer Landespartei sekretär wurde Sepp Oberkirchner und das Klubsekretariat wurde von dem erst zweiundzwanzigjährigen Wolfgang Radlegger übernommen. Die im Zuge der Parteienvereinbarungen gestärkte Position des Landtagspräsidenten übernahm der Halleiner Bürgermeister Josef Brandauer<sup>92</sup>.

Karl Steinocher erinnert sich, dass ihm die SPÖ-Landtagspräsidentenschaft die Möglichkeit geboten habe, die starke Präsenz des ÖVP-Landeshauptmannes in der Öffentlichkeit etwas zu relativieren. So begrüßte er bei öffentlichen Veranstaltungen immer wieder den Landtagspräsidenten Brandauer vor dem Landeshauptmann, was diesen einigermaßen erregte. Lechner ließ daraufhin protokollarisch feststellen, dass der Landeshauptmann, jedenfalls in Bundesangelegenheiten, der erste Mann im Land sei<sup>93</sup>. Einen wesentlichen Schritt im damaligen Generationswechsel in der Salzburger SPÖ stellte schließlich das Ausscheiden von Alfred Bäck als Bürgermeister der Landeshauptstadt dar. Ihm folgte Heinrich Salfenauer.

## **8. Herausforderungen und Akzentsetzungen in den frühen 1970er Jahren**

Nach der Landtagswahl und der Regierungsbildung 1969 sah sich die Führungsmannschaft der Salzburger SPÖ einem sich weiter verstärkenden Anpassungs-, Veränderungs- und Reformdruck gegenüber. Dieser äußerte sich beispielsweise darin, dass sich im Verlauf der ersten Hälfte der 1970er Jahre neben dem klassischen Parteiensystem und gegenüber der bisherigen

Praxis des parteipolitischen Proporz, insbesondere in den zunehmend virulent werdenden Fragen des Landschafts- und Umweltschutzes sowie der steigenden Verkehrsbelastung Bürgerinitiativen bildeten, die beträchtlichen politischen Druck zu machen in der Lage waren. Das zeigte sich etwa im Zusammenhang mit den Verbauungsplänen im Süden und Osten der Landeshauptstadt und den dortigen Gemeinderatswahlen 1972. Daraus ging in der Folge bekanntlich die „Salzburger Bürgerliste“ hervor, die dann bei der Gemeinderatswahl 1977 5,6% der Wählerstimmen und damit zwei Mandate im Salzburger Gemeinderat erlangte<sup>94</sup>.

In dieser Entwicklung wurde für die SPÖ-Führung unter Steinocher einmal mehr deutlich, dass die schon eingeleiteten Bestrebungen zur Parteireform von der traditionellen Mitgliederpartei zur modernen Wählerpartei intensiviert werden mussten. So verlor das tradierte Vertrauensleute-System sichtlich an Bedeutung, etwa indem ab 1973 von der persönlichen Mitgliederkassierung abgegangen und die Überweisung per Erlagschein eingeführt wurde. Das „Demokratische Volksblatt“ wurde von einer reinen Parteizeitung in Richtung einer breit gestreuten Lokal- und Regionalberichterstattung verändert und die Bildungsarbeit wurde in Form des „Bildungswerkes – Junge Generation“ verstärkt<sup>95</sup>.

In den politischen Inhalten und deren öffentlicher Kommunikation lässt sich in den frühen 1970er Jahren recht deutlich in vielerlei Hinsicht eine Öffnung und Dynamisierung der Landespartei erkennen, die nicht zuletzt wohl auch von der Reformdynamik der beginnenden „Kreisky-Ära“ inspiriert gewesen ist. Kennzeichnend dabei ist unter anderem, dass der programmatischen Arbeit und Grundlegung besondere Bedeutung beigemessen wurde. So wurde unter der Führung Karl Steinochers und unter maßgeblicher Mitwirkung des jungen Klubsekretärs Wolfgang Radlegger in elf Arbeitskreisen unter Beiziehung von Experten ein 214 Seiten starker „Salzburg-Plan“ mit dem Untertitel „Salzburgs Zukunft sichern. Die Lebensqualität verbessern“<sup>96</sup> ausgearbeitet, der, aufbauend auf den seit 1966 entwickelten Ansätzen, für alle wesentlichen Politikbereiche Lösungsvorschläge und konkrete Maßnahmenkataloge beinhaltete. Das Programm wurde Ende März 1973 der Öffentlichkeit präsentiert und fand auch unter „bürgerlichen“ Kommentatoren Anerkennung<sup>97</sup>.

Besondere landespolitische Herausforderungen ergaben sich aus dem in jenen Jahren vorherrschenden starken wirtschaftlichen Wachstumsdruck, der zunehmend die Kennzeichen einer Konjunkturüberhitzung mit starkem Preisanstieg, Arbeitskräftemangel und Ballungstendenzen im Zentralraum sowie zunehmenden Strukturdefiziten in den peripheren Regionen annahm<sup>98</sup>. Insofern wurden die von Steinocher schon seit einiger Zeit thematisierten Fragen der Raumordnung, der regionalen Entwicklungsplanung und Strukturpolitik zum Ausgleich von regionalen Entwicklungsdifferenzen umso mehr ein ganz vorrangiges wirtschaftspolitisches Thema.

Dabei konnte sich die Argumentation der SPÖ auf einschlägige Analysen der Arbeiterkammer stützen. So zeigte diese beispielsweise in ihrem Jahresbericht 1973 die Gefahr einer Entleerung des ländlichen Raumes eindringlich auf und ortete als eine der Hauptursachen dafür das dortige Defizit an industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen:

*„Eine der hervorstechenden sozialen Erscheinungen in diesen strukturschwachen Gemeinden ist die Abwanderung aktiver Bevölkerungsgruppen wegen wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit in ihrem früheren Wohnort. Davon profitiert zwar einerseits der zentrale Ballungsraum, leider kommt es aber in vielen Fällen zur Abwanderung ins benachbarte Bayern ... Das Fernpendeln ist bekanntlich die Vorstufe zur endgültigen Abwanderung ... Dabei war zu beobachten, dass die Abwanderung am stärksten in jenen Gemeinden ist, die wenig gewerbliche Arbeitsplätze haben und über eine geringe Finanzkraft verfügen.“<sup>99</sup>*

Ein weiteres Indiz für die Verstärkung der latenten raumstrukturellen Disparitäten war, dass sich der zu einem großen Teil auf Zuwanderung beruhende starke Zuwachs der Landesbevölkerung auf den Zentralraum und hier wieder insbesondere auf die Landeshauptstadt konzentrierte<sup>100</sup>. Da das natürlich einen stark steigenden Wohnungsbedarf nach sich zog, war die eklatante Wohnungsknappheit und die dringende Erweiterung des sozialen Wohnbaus mehr denn je ein prioritäres Thema für die SPÖ und deren Vorsitzenden<sup>101</sup>. Dabei wurde die am Wohnungsmarkt zunehmende Spekulation zu einem zentralen Angriffspunkt in der politischen Argumentation. So betonte Karl Steinocher im Jahr 1973 vor der SPÖ-Bezirksorganisation Salzburg-Stadt, dass Tausende Salzburger gezwungen seien, *„nach frei finanzierten Wohnungen zu greifen, die in der Regel nichts anderes als Spekulationsobjekte seien. Die Entwicklung, bei österreichischen Geldinstituten Milliarden von Spargeldern zur Finanzierung von Spekulationsobjekten zu mobilisieren, müsse unterbunden werden“<sup>102</sup>.*

Als sich in jener Zeit der Trend zur Abwanderung von Betrieben aus der Landeshauptstadt in die Umgebungsgemeinden bzw. zu dortigen Betriebsansiedlungen und sich der sogenannte „Speckgürtel“ zu bilden begann, wurde auch diese Entwicklung zu einem vorrangigen Thema der strukturpolitischen Vorstöße der Steinocher-SPÖ und deren Engagement bei der Entwicklung von raumordnungspolitischen „Leitlinien für das Land Salzburg“ zur Festlegung von spezifischen Betriebszonen<sup>103</sup>.

Im gebirgigen Landesteil bzw. im ländlichen Raum, insbesondere in den Fremdenverkehrsgebieten, wurde der stark zunehmende Bau von Zweitwohnungen, Ferien- und Appartementshäusern zu einem, vor allem hinsichtlich der Grundstückspreise und Grundstücksbewirtschaftung, immer drückender werdenden Problem, dem sich Steinocher im Zuge der im Jahr 1973 anstehenden Novellen zum Raumordnungsgesetz und zum Grundverkehrsgesetz hinsichtlich der Einführung einer speziellen Baulandkategorie

für „Zweitwohnungsgebiete“ in der kommunalen Flächenwidmung in besonderer Weise annahm<sup>104</sup>. In diesem Zusammenhang erarbeitete die SPÖ-Fraktion im September 1973 in einer Klubklausur ein 16-Punkte-Programm für eine wesentliche Verschärfung des Ausländergrunderwerbsrechtes<sup>105</sup>. Eine darauf bezogene Plakataktion sowie eine Dokumentationsbroschüre zum Thema erzeugten entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit<sup>106</sup> und die Drohung der SPÖ, unter der Parole „Unser Land vor dem Ausverkauf schützen!“ ein Volksbegehren zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen einzuleiten, erzeugte, nicht zuletzt im Hinblick auf die Ende März 1974 anstehenden Landtagswahlen, gehörigen politischen Druck. Und so trat denn auch alsbald die Volkspartei mit der Forderung eines für ein Jahr befristeten Verkaufsstopps an die Öffentlichkeit<sup>107</sup>; auch die FPÖ forderte alsbald einen „Sofort-Stopp“<sup>108</sup>. Angesichts dessen kam es dann noch im Dezember des Jahres 1973 zu einem Konsens und einer entsprechenden Beschlussfassung im Landtag<sup>109</sup>.

In der ebenfalls in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auftauchenden Frage der Errichtung von Einkaufszentren vertrat die SPÖ eine differenzierte Position, die der SPÖ-Arbeiterkammerpräsident Josef Brunauer dergestalt formulierte, dass man keinesfalls „für eine unkontrollierte Errichtung von Einkaufszentren“ eintrete, dass aber „im Interesse der Konsumenten ... ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Vertriebsformen im Handel“ durchaus erwünscht sei. In diesem Sinne sollte man „*Unternehmungen, die sich den Käuferwünschen anpassen würden ... so wenig wie möglich durch gesetzliche Beschränkungen behindern.*“ Beschränkungen sollte es vor allem dort geben, „*wo Umweltschutzüberlegungen oder die Verkehrssituation solche Vorhaben als nicht realisierbar erkennen ließen.*“<sup>110</sup>

In der Kulturpolitik und der Sozialpolitik setzte der ressortzuständige Landesrat Herbert Moritz deutliche Akzente. So wurde auf die Etablierung von außerhalb von Brauchtum und Heimatkultur liegenden kulturellen Aktivitäten im ländlichen Raum mit der Initiierung von regionalen Kulturzentren, Galerien und den Rauriser Literaturtagen besonderer Wert gelegt<sup>111</sup>. In der Sozialpolitik wurde mit dem Sozialhilfegesetz 1974 ein wesentlicher Schritt in der Modernisierung der Sozialpolitik gesetzt<sup>112</sup>.

Ein nicht unbedeutender Bestimmungsfaktor für die Entwicklung der Landespartei in den 1970er Jahren war das Verhältnis zur von der Führungsfigur Bruno Kreisky dominierten Bundespartei. Deren Wahlerfolge bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971 brachten für die SPÖ im Land Salzburg ungewöhnlich hohe Stimmenanteile. 1970 42,5 und 1971 45,2%, woraus man auch eine Stärkung des landespolitischen Gewichtes und eine Bestätigung des Kurses der SPÖ im Land folgerte<sup>113</sup>. Karl Steinocher, der auch bei der Wahl Kreiskys zum Bundesobmann wesentlich mitgewirkt hatte, hatte einen durchaus guten Draht zur Bundespartei und fand dort auch Gehör. Unmittelbar nach der Erringung der relativen Mehrheit durch



die SPÖ bei der Nationalratswahl 1970 machte sich Steinocher für eine Stärkung der jüngeren Generation in der Führungselite der Partei stark. So trat er im Bundesparteivorstand für die Verankerung einer 65-Jahre-Altersklausel im Parteistatut ein und befürwortete eine Ablösung des bisherigen Klubobmannes Bruno Pittermann<sup>114</sup>.

In der Landespolitik nutzte Steinocher seine guten Kontakte für Interventionen bei diversen Ministerien für Salzburger Interessen und war deshalb, oft in Begleitung Landeshauptmann Lechners, wie er sich erinnert, „oft sogar mehrmals pro Woche“ in Wien<sup>115</sup>. In der landespolitischen „Innenpolitik“ kritisierte er Lechners häufige Angriffe auf die Bundesregierung, etwa beim Finanzausgleich oder beim Bundesstraßenbau, als Teil einer „ÖVP-Länderfront-Politik gegen Wien“<sup>116</sup>.

Die parteipolitische Nähe zu Wien bzw. zum Bund hatte aber auch insofern eine Kehrseite, als im Land Salzburg empfundene Fehler und Versäumnisse der SPÖ-Alleinregierung zumindest indirekt auch der Landespartei angelastet wurden. Dies schlug wohl zu einem gewissen Grad auch im vergleichsweise schlechten Ergebnis der SPÖ bei der Landtagswahl 1974 zu Buche. Rudolf Ardelt kommt in seiner Analyse zum Schluss: *„Im Rückblick kann man sagen, dass die regionalen politischen Eliten der SPÖ teilweise in eine aussichtslose Zwangslage gerieten: Als Objekte des Protestverhaltens der Wähler gegen die Bundespolitik mussten sie mit Wahlniederlagen deren negative Folgen tragen, andererseits wurde aber die Verantwortung für diese Niederlagen immer allein Ihnen angelastet. So drohten gerade dadurch aber die Ansätze einer Parteireform im regionalen Raum zu zerfallen, da letztlich diese regionalen politischen Eliten immer weniger ihre eigene Politik zu gestalten vermochten, vielmehr die Bundespolitik verteidigen und legitimieren mussten“*<sup>117</sup>.

## **9. Die Landtagswahl 1974 und die Strategie der „konstruktiven Opposition“ im Landtag**

Die Landtagswahl 1974 stellte die Salzburger Parteiführung vor ein beträchtliches finanzielles Problem. Waren bereits die Kosten für den Wahlkampf 1969 ausgeufert, so drohten sie nunmehr völlig aus dem Ruder zu laufen. Die nötigen Einschränkungen mussten in der Materialschlacht zu Nachteilen führen<sup>118</sup>. Der Landtagswahlkampf war noch wesentlich stärker als jener von 1969 durch eine, vor allem durch aufwendige und kostenintensive Plakatwerbung geprägte hochgradige Personalisierung gekennzeichnet. Die programmatische Werbung, wo die SPÖ mit ihrem „Salzburg-Plan“ ein durchaus gutes Instrument entwickelt hatte, spielte hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Die direkte Konfrontation der Spitzenkandidaten, als Höhepunkt bei einer Diskussion im Fernsehen,

wurde sehr angriffig und hart geführt, wobei Steinocher sichtlich Mühe hatte, der Popularität Lechners gegenzuhalten<sup>119</sup>. Auch die wesentlich von Werbefachleuten der Bundespartei bestimmte plakatmäßige Präsentation des SPÖ-Spitzenkandidaten war nicht immer optimal. Mit Themen wie „Ölkrise“, „Teuerung“, „Häftlingsurlaub“, „Fristenlösung“ usw. blies der Salzburger SPÖ auch der bundespolitische Wind gehörig ins Gesicht.

Das Wahlergebnis war für die Salzburger SPÖ eine schwere Niederlage, fiel sie doch auf 36,2% der Stimmen zurück und fuhr damit ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 ein. Dem gegenüber legte die ÖVP um 6,5 Prozentpunkte zu und erreichte 47,2% der Stimmen. Der Mandatsstand der SPÖ im Landtag reduzierte sich auf 13 und in der Landesregierung ging ein Sitz verloren. Im Landtag war keine Mehrheit gegen die ÖVP mehr möglich (18:13:5) und in der Landesregierung hatte diese nunmehr eine absolute Mehrheit (4:2:1)<sup>120</sup>.

Der damit offensichtliche landespolitische Rückschlag konnte auch nicht durch sehr gutes Abschneiden der SPÖ bei den Nationalratswahlen 1975 (44,4% gegenüber 42,5% der ÖVP)<sup>121</sup> wegdiskutiert werden. Vielmehr konnte in diesem Vergleich eher eine Schwäche der Landesparteiführung hineininterpretiert werden. Insofern ist es auch in der Folge zu spürbarer innerparteilicher Kritik am Landesvorsitzenden Karl Steinocher und dessen Stellvertreter Hans Pexa gekommen. Im Protokoll der Sitzung des Landespartei Vorstandes nach der Wahl heißt es u. a.: „*Die Spitzenkandidaten Steinocher und Pexa haben kein gutes Bild gemacht; sie kamen in der Bevölkerung nicht an*“<sup>122</sup>.

Steinochers Strategie war es nun, aus der Minderheitsposition in der Regierung heraus die Kontroll- und Initiativfunktion des Landtages gegenüber einer ÖVP-Vormacht zu stärken und, wie er in seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung Landeshauptmann Lechners betonte, „*die Arbeit des Landesgesetzgebers mehr als bisher der Öffentlichkeit sichtbar und verständlich zu machen*“<sup>123</sup>. Die Rolle der Landtagsfraktion sah er darin, dass sie „*in den nächsten fünf Jahren im Hause die Oppositionsrolle spielen werden müssen*“<sup>124</sup>.

In der Regierung blieb neben Steinocher Herbert Moritz. Der bisherige Landtagspräsident Josef Brandauer schied aus dem Landtag aus und die prestigeträchtige Funktion fiel wieder an die ÖVP zurück. Der SPÖ verblieb nun wiederum die Position des Vizepräsidenten, die von Karl Zillner bekleidet wurde. Klubobmann wurde Sepp Oberkirchner. In die strategisch wichtige Funktion des Landespartei sekretärs wurde Wolfgang Radlegger bestellt<sup>125</sup>.

An der Parteispitze war Steinocher zwar nicht mehr unumstritten, erhielt aber am Landesparteitag Mitte September 1974 mit 327 von 335 Stimmen einen deutlichen Vertrauensbeweis. Auf diesem erstmals auf zwei Tage anberaumten Parteitag wurde der innerparteilichen Diskussion in

Arbeitskreisen und im Plenum viel mehr Raum als bisher üblich gelassen sowie mit einer Statutenreform der Einfluss der „Basis“ auf die personelle Besetzung der Parteigremien gestärkt. Insofern wurde also nach einer innerparteilichen Demokratisierung getrachtet. Und man holte sich mit der Einladung des populären und erfolgreichen SPÖ-Finanzministers Hannes Androsch als Gastreferent bundespolitische und wohl auch moralische Rückenstärkung<sup>126</sup>.

Die von Steinocher intendierte konstruktive Oppositionsrolle der SPÖ-Landtagsfraktion fand alsbald konkreten Ausdruck. So brachte diese im Februar 1975, ausgehend von massiver Kritik an dem von der ÖVP zu verantwortenden eklatanten „Missverhältnis zwischen der Struktur der Landesausgaben und der relativen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige, sowohl hinsichtlich der Beschäftigung als auch nach ihrem Beitrag am Regionalprodukt“ einen Antrag für ein „Salzburger Wirtschaftsförderungsgesetz“ ein. Insbesondere wurde dabei die überproportionale Förderung der Landwirtschaft aus dem Landeshaushalt im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft kritisiert und eine entsprechende Änderung eingefordert<sup>127</sup>.

Steinocher selbst konzentrierte sich in Fortsetzung bisheriger Initiativen vor allem auf die Raumordnungspolitik, wobei es im Hinblick auf eine weitere Novellierung des Raumordnungsgesetzes zum einen insbesondere um Voraussetzungen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen und damit die Hebung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und zum anderen um die Grundstücksbewirtschaftung im kommunalen Bereich ging.

Im Februar 1975 fasste er in der Rubrik „Tribüne der Parteien“ in den „Salzburger Nachrichten“ unter dem Titel „Raumordnungsproblem lösen“ die aus Sicht der SPÖ wesentlichen Punkte unter dem Aspekt des Gemeinwohls und des öffentlichen Interesses im kommunalen Bereich zusammen, woraus die Forderung nach der Schaffung entsprechender Vorbehaltsflächen und einer Wertsteigerungsabgabe abgeleitet wurde<sup>128</sup>: *„Wenn nicht rasch etwas geschieht, können die Gemeinden ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen, weil die Grundstückspreise so hoch sind und die verfügbaren Grundstücke von den Eigentümern oft nicht zur Verfügung gestellt werden. Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser, Sporteinrichtungen, Freizeitzentren und andere notwendige Anlagen können nicht gebaut werden, wenn dies nicht im Interesse des Eigentümers des vorgesehenen Grundstückes liegt. Müssen wir akzeptieren, dass die weitere Verbesserung unseres Lebensstandards von ganz wenigen Einzelnen abhängt? Ohne Zweifel hat das Gemeinwohl hier Vorrang. Es sind daher die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, Vorbehaltsflächen in ihren Widmungsplänen auszuweisen.“*

Es sei nicht einzusehen, *„dass die Eigentümer durch Erstellung der Flächenwidmungspläne infolge der Aufwertung ihrer Gründe enorme Gewinne*

erzielen“ und es müsse durch den Landesgesetzgeber eine „Besteuerung des Mehrgewinnes durch den sogenannten Planwertausgleich“ eingeführt werden. Mit diesem sollte *„jede Wertsteigerung, die dem Grundbesitzer, ohne eigene Leistung erbracht zu haben, durch die Umwidmung seines Bodens in Baufläche, Bauerwartungsland, Industriegebiet usw. zugute kommt, besonders besteuert“* werden. Eine alternative Möglichkeit zur Hintanhaltung von „Grundhortung und Spekulation“ wäre aus Sicht des SPÖ-Obmannes *„eine entsprechende Erhöhung der Grundsteuer für Gebiete, die als Entwicklungsgebiete erkennbar sind und daher als Spekulationsobjekte infrage kommen.“* Als Voraussetzung für eine effiziente Raumentwicklung postulierte Steinocher einmal mehr die verbindliche Einbindung der örtlichen Raumplanung in die Entwicklungsplanung des Landes. *„Wir Sozialisten haben immer wieder darauf gedrungen, die regionale mit der überregionalen Raumordnung in Einklang zu bringen; das heißt, die Flächenwidmungspläne sollen mit dem Landesentwicklungsplan, in dem die langfristigen Ziele enthalten sind, in Übereinstimmung gebracht werden“*<sup>129</sup>. Und er sah dies auch als eine wesentliche Voraussetzung für den sich als Zukunftsaufgabe stellenden Umweltschutz: *„Wie sollen wir sinnvoll und wirksam Umweltschutz betreiben, wenn Gemeinden durch ihre Planung Nachbargemeinden beeinträchtigen, Straßenbauten mit den Nachbargemeinden nicht abgestimmt werden u. a.m.“*<sup>130</sup>.

In strukturpolitischer Hinsicht sah sich die SPÖ-Führung angesichts der auch im Land Salzburg zur Mitte der 1970er Jahre deutlich spürbar gewordenen allgemeinen Konjunkturkrise in ihrer alten Forderung nach Stärkung der industriell-gewerblichen Elemente im ländlichen Raum insofern bestärkt, als es in den im südlichen gebirgigen Landesteil dominierenden Sektoren der Fremdenverkehrs- und der Bauwirtschaft zu Rezessionserscheinungen kam. Dabei stützte man sich einmal mehr auf einschlägige Erhebungen und Studien der Arbeiterkammer. In deren Jahresbericht 1974 wurden derartige Ungleichgewichte in der Salzburger Wirtschaftsstruktur kritisch beleuchtet und die Schlussfolgerung gezogen: *„Die in der Schönwetterperiode der letzten 20 Jahre erzielte eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land Salzburg, was seine Wirtschaftsstruktur anbelangt, mit der doppelten Hypothek einer ungleichgewichtigen Branchenstruktur und einer ungleichgewichtigen regionalen Struktur behaftet ist.“*<sup>131</sup> Dabei konnte drauf verwiesen werden, dass die drei nördlichen Bezirke mit 63% der Bevölkerung fast 75% des Bruttoregionalproduktes erwirtschaften, während die Gebirgsgaue mit 37% der Bevölkerung nur 25% der regionalen Bruttowertschöpfung aufbrachten.

Im Sinne dessen wurde die Wirtschaftsförderungs- und Betriebsansiedlungspolitik der ÖVP starker Kritik unterzogen. So sprach etwa Herbert Moritz von einer „laxen Wirtschaftspolitik“, die die Auswirkungen der

Rezession im Lande nicht in den Griff bekommen hätte<sup>132</sup>. Ziel des SPÖ-Landtagsklubs war es, *„die konservative Politik der Österreichischen Volkspartei zu zwingen, im Rahmen des Möglichen im Lande Salzburg einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung zu erreichen, um nicht dem Arbeitnehmer alleine die Lasten der Rezession tragen zu lassen“*<sup>133</sup>.

Gefordert wurde, wie bereits erwähnt, ein umfassendes „Wirtschaftsförderungsgesetz“ und ein „Wirtschaftsförderungsbeirat“, dessen Aufgabe laut der Präambel eines diesbezüglichen Antrages der SPÖ-Fraktion im Februar 1975 im Landtag sein sollte, *„eine Koordinierung der Förderungstätigkeit und die Abstimmung der Förderungsmaßnahmen auf die raumordnungsmäßigen Gegebenheiten herbeizuführen, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Salzburger Zentralraumes und die Verbesserung der Wirtschaft und des Arbeitsplatzangebotes in den südlichen Bezirken“*<sup>134</sup>.

Es ging Landesobmann Karl Steinocher gerade angesichts der Wirtschaftskrise einmal mehr darum, die finanzielle Investitionskraft der Gemeinden zu stärken. In diesem Sinne stellte er in seinem Bericht am SPÖ-Landesparteitag 1976 fest, *„dass die Grenze der Belastbarkeit der Gemeinden in finanzieller Hinsicht erreicht ist und man sich neue Wege überlegen muss, um für die Kommunalpolitik finanzielle Mittel zu erschließen“*<sup>135</sup>. Dabei zielte er primär auf entsprechende Veränderungen im Finanzausgleich.

Ebenfalls wurden die von Steinocher schon seit Längerem erhobenen Forderungen nach Regelung der Flächenbevorratung in den Gemeinden und der Eindämmung der Bodenspekulation im Wege eines „Planungswertausgleichs“ verstärkt. In dem Zusammenhang wurde vom SPÖ-Klubvorsitzenden Sepp Oberkirchner die Schaffung einer „Bodenbank“ in Vorschlag gebracht<sup>136</sup>. Planungswertausgleich und Bodenbank sowie die von der sozialistischen Landtagsfraktion ebenfalls geforderten beschränkten Enteignungsmöglichkeiten<sup>137</sup> wurden zwar nicht realisiert, aber immerhin wurde in dem vom Landtag am 14. Dezember 1976 einstimmig verabschiedeten Raumordnungsgesetz 1977 die Möglichkeit zur Ausweisung von „Vorbehaltsflächen“ für Einrichtungen der Gemeinden verankert<sup>138</sup>.

Der Planungswertausgleich als wirksames Instrument gegen Bodenspekulation blieb aber weiterhin auf der Agenda der SPÖ. So wurde in einem im Frühjahr 1978 vorgelegten „Salzburgplan“ vorgeschlagen, dass die Hälfte der Differenz zwischen Kaufsumme und Verkaufserlös abgeschöpft und an die öffentliche Hand abgeliefert werden sollte. Die Salzburger Nachrichten meldeten: *„Sozialisten wollen Abgabe gegen Bodenspekulation.“*<sup>139</sup> Der nunmehrige SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Herbert Moritz meinte, *„man dürfe den Raum nicht einfach dem Stärkeren geben.“* Gleichermäßen wurde eine entsprechende Veränderung der bestehenden Entschädigungsregelungen bei Rückwidmung von Bauland in Grünland gefordert, um „Spekulationsgewinne wirksam unterbinden zu können“<sup>140</sup>.

Zur Stärkung und Verbesserung der „kommunalen Entwicklungsplanung“ machte sich die SPÖ für die Einrichtung sachbereichsorientierter „Regionalverbände“ stark, wofür dann im Raumordnungsgesetz 1977 entsprechende Möglichkeiten bestanden<sup>141</sup>. In diesem „Salzburgplan“ von 1978 postulierte die SPÖ auch den Vorrang des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr im Rahmen eines Generalverkehrsplans für den Ballungsraum der Stadt Salzburg und ihrer Umlandgemeinden<sup>142</sup>.

## 10. Wachsende innerparteiliche Kritik und der Rücktritt Steinochers

Die somit durchaus aufgehende Strategie Steinochers, den SPÖ-Landtagsklub nach der verlorenen Landtagswahl 1974 als konstruktive sachpolitische Opposition zu positionieren und damit auch seine Stellung in der Landesregierung zu stärken, verhinderte jedoch nicht eine, wenn auch zunächst noch verdeckte, wachsende innerparteiliche Infragestellung des Vorsitzenden. So erhielt Steinocher am Landesparteitag im April 1976 in Badgastein nur 309 von 382 Stimmen, während Herbert Moritz 36-mal auf den ersten Listenplatz vorgereicht wurde. Für Steinocher war dies offensichtlich Anlass, seinen Rückzug aus den landes- und parteipolitischen Spitzenfunktionen einzuleiten. Noch vor dem Sommer 1976 kündigte er seinen Rücktritt als Landeshauptmannstellvertreter und damit sein Ausscheiden aus der Landesregierung mit 31. Oktober 1976 an. Sein Nachfolger sollte Herbert Moritz werden und den zweiten SPÖ-Regierungssitz der bisherige Klubobmann der Landtagsfraktion Sepp Oberkirchner übernehmen. Neuer Klubobmann wurde der seit Langem als Wirtschaftsexperte der Partei wirkende Direktor der Salzburger Sparkasse, Dkfm. Walter Stockinger. Den Parteivorsitz behielt Karl Steinocher noch bis 1978<sup>143</sup>.

Im Oktober 1981 kommentierte Günther Schneider im Zusammenhang mit einem Interview Steinochers Rückzug aus der Landespolitik unter anderem folgendermaßen und weist dabei auf wohl durchaus zutreffende Charakteristika der politischen Persönlichkeit und deren Positionierung im politischen Stilwandel der 1960er und 1970er Jahre hin:

*„Karl Steinocher hat den Nadelstreif abgelegt. Imagepolitiker haben ihm das ungeliebte Kleidungsstück einst um die breiten Schultern gehängt und aus einem Mann aus dem Volk so eine Art ‚Nobelsozialisten‘ machen wollen, der dann prompt die Rechnung präsentiert bekam. ‚Das war a Watschn‘, sagte der SPÖ-Spitzenkandidat, als er die ersten Zahlen des Landtagswahlergebnisses 1974 verarbeitet gehabt hatte. Ein ganzes Jahr arbeitete es in ihm, bis ihm nach einem vierwöchigen US-Urlaub plötzlich klar war: ‚Ich trete zurück‘. Noch heute ist der Karl Steinocher auf den Abgang des SPÖ-*



*Karl Steinocher, Herbert Moritz*

*Obmannes und Rücktritt des Landeshauptmannstellvertreters Steinocher stolz. Innerhalb einer Woche wurde aus dem zweiten Mann Herbert Moritz der erste Sozialist im Land. Alles ohne Aufsehen und Gerüchtebörse: An einem Montag im Juli sagt er es Kreisky. Dann spricht er mit Moritz. Freitag verständigt er die Organe der Partei und Montag darauf nimmt der Parteivorstand alles zur Kenntnis. Im November 1976 verabschiedet er sich von seinen Regierungsmitgliedern.*

*Wieder war hinter dem Namen eines Mannes, der zu den ‚Zwanzigern‘ zählte, ein a. D. zu schreiben. Die Zwanziger sind in der SPÖ zu einem Begriff geworden. Jung gerieten sie meist über die Gewerkschaft nach dem Krieg in die Politik. Noch im besten Mannesalter hatten die meisten wie Steinocher schon drei Jahrzehnte Politik auf dem Buckel. Steinochers Jahrgang (nicht haarscharf) haben Heinrich Salfenauer, Hans Pexa, Josef Brandauer, Hermann Wielandner, Johann Wohl, Josef Brunauer, Max Süka. Viele sind nicht mehr aktiv“<sup>144</sup>.*

Und Rudolf Ardelt resümiert hinsichtlich der Bedeutung der „Ära Steinocher“ als Phase des grundlegenden Wandels in der Entwicklung der SPÖ:

*„Der Rücktritt Karl Steinochers signalisierte nicht nur die Problematik sozialdemokratischer Politik außerhalb der „Metropole“, man kann auch sagen, dass er das Ende einer Ära des grundlegenden Wandels der inneren wie äußeren Strukturen der Salzburger SPÖ kennzeichnete. Zwei Entwicklungsstränge hatten einander überlagert: Die Versuche, durch „Reform“ der Parteistrukturen und des Selbstverständnisses von „Politik“ die eigene Basis*

zu mobilisieren und neue Gruppen anzusprechen, sich im regionalen Raum von einer minoritären Position zu lösen und „Hegemonie“-fähig zu werden. Am Ende der Ära Steinocher finden wir nicht mehr den Paternalismus einer Ära Peyerl, bezeichnenderweise ist es der Journalist Dr. Herbert Moritz, der Karl Steinocher nachfolgt – ein Mann der „Öffentlichkeit“. Am Ende steht eine Statutenreform, die der „Basis“ in der Partei wesentlichen Einfluss einräumte, die zugleich versuchte, der Kumulierung von Ämtern als typisches Zeichen einer Klientelstruktur Einhalt zu gebieten. Diskussionen und „Arbeitskreise“ zeichnen nunmehr die Partei aus, und es erübrigt sich, dass die Landesparteivertretung bei Parteitag jeweils eine programmatische Resolution verabschieden lässt, wie dies noch für die sechziger Jahre kennzeichnend war. In untrennbarem Zusammenhang stand damit die Hinwendung zu einem Politikverständnis, das das „rationale“, auf komplexen Analysen und Konzepten beruhende Handeln als Kern von „Politik“ in den Vordergrund rückte – Diskussionen und politischer Diskurs fanden hier ihr Objekt. Zugleich mit den Versuchen der „Reform“ wurde auch die regionale Politik in den Strukturwandel der Öffentlichkeit einbezogen. „Politik“ wurde ein Teil eines Großsystems massenmedialer Kommunikation, das der „Mitgliederpartei“, dem „Milieu“, gegenübertrat: Finanziell immer aufwendiger, stellte es die traditionellen Finanzierungsgrundlagen der Partei infrage, ersetzte es aber auch zunehmend die personalen Beziehungsnetze. ‚Politik‘ wurde zunehmend eine Sache der ‚Werbeexperten‘, wie sich dies im Landtagswahlkampf 1974 deutlich zeigte, eine Sache eines professionellen ‚Managements‘, das das alte System der ‚Vertrauensleute‘ – der ‚Laienpolitiker‘ – zunehmend an den Rand drängte.“<sup>145</sup>

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Ardelt (1988b), 249 f.
- <sup>2</sup> Manuskript für eine Radiosendung zum 70. Geburtstag Karl Steinochers 1990 (Archiv des Karl-Steinocher-Fonds).
- <sup>3</sup> Voithofer, 225; Unterlagen aus dem Archiv des Karl-Steinocher-Fonds.
- <sup>4</sup> Ardelt (1988b), 251.
- <sup>5</sup> a.a.O., 253.
- <sup>6</sup> Dirninger (1984), 40 f.
- <sup>7</sup> Ardelt (1988b), 259.
- <sup>8</sup> Ardelt (1988b, 253) verweist auf eine einschlägige Passage in Kauts „Der steinige Weg“, 184; 1963 wurde die neben dem „Demokratischen Volksblatt“ herausgegebene, insbesondere für „Inner Gebirg“ relevante Wochenzeitung „Alpenpost“ eingestellt (Ardelt, 264).
- <sup>9</sup> a.a.O., 253 f.
- <sup>10</sup> Mooslechner, 192.
- <sup>11</sup> Ardelt (1988b), 254, 261.
- <sup>12</sup> a.a.O., 255.
- <sup>13</sup> Trinker, 245.



- 14 SN vom 18.12.1961; Mooslechner, 192.  
15 z. B. 1962, wo erst in einer inoffiziellen Regierungssitzung wieder ein sachliches  
Gesprächsklima hergestellt werden konnte (SN vom 19.3.1962, 30.3.1962, 2.4.1962,  
3.4.1962; Mooslechner, 193).  
16 Ardelt (1988b), 260.  
17 a.a.O., 264.  
18 a.a.O., 264.  
19 a.a.O., 255.  
20 a.a.O., 255.  
21 a.a.O., 255; Ardelt (1988b) verweist auf „Salzburger Illustrierte (1962), 3 (Archiv des  
Karl-Steinocher-Fonds).  
22 Protokoll des Landespartei Vorstandes vom 29.6.1964; Ardelt (1988b), 256.  
23 „Salzburger Illustrierte“ (1962), 3; Ardelt (1988b). 256.  
24 Trinker, 241 f.  
25 a.a.O., 243 f.; Ardelt (1988b), 263.  
26 SN vom 23.4.1964; Trinker, 242; Mooslechner, 193.  
27 Trinker, 243.  
28 a.a.O., 244 f.  
29 a.a.O., 244 f.  
30 a.a.O., 244; Ardelt (1988b), 263.  
31 Trinker, 242 f.  
32 Ardelt (1988b), 263; Mooslechner, 193; Neuer Mandatsstand im Landtag: ÖVP 15, SPÖ  
13, FPÖ 4.  
33 SN vom 22.5.1964; Mooslechner, 193.  
34 SN vom 19.6.1964, 21.7.1964; Trinker, 247; Mooslechner, 193; Ardelt (1988b), 263 f. Das  
Mandatsverhältnis in der Landesregierung blieb mit 3 ÖVP, 3 SPÖ und 1 FPÖ gleich.  
35 Ardelt (1988b), 264; Trinker, 244.  
36 Ardelt (1988b), 265.  
37 a.a.O., 265.  
38 a.a.O., 266.  
39 Zitiert nach Ardelt (1988b), 265.  
40 Protokoll des Landespartei Vorstandes vom 7.3.1966; Ardelt (1988b), 266.  
41 Ardelt (1988b), 266.  
42 a.a.O., 267.  
43 Karl Steinocher im Interview mit Christian Dirninger am 17.11.2008.  
44 Ardelt (1988b), 265.  
45 a.a.O., 265.  
46 Karl Steinocher in einem Interview mit der „Arbeiterzeitung“ 1966 (Kopie im Archiv des  
Karl-Steinocher-Fonds).  
47 Blümel, 263 f.  
48 Ardelt (1988b), 267.  
49 Karl Steinocher im Interview mit der „Arbeiterzeitung“ 1966 (wie Anm. 46).  
50 Ardelt (1988b), 268.  
51 a.a.O., 267.  
52 Zitiert nach Ardelt (1988b), 267 f.  
53 a.a.O., 269.  
54 Mooslechner, 195.  
55 So im „Demokratischen Volksblatt“ vom 9.3.1967; Ardelt (1988b), 269.  
56 SN vom 24.4.1967.  
57 Ardelt (1988b), 269.  
58 Mooslechner, 195.  
59 Protokoll des Landespartei Vorstandes vom 13.5.1968; Ardelt (1988b), 269 f.  
60 Karl Steinocher im Interview mit Michael Mooslechner am 28.8. 1987; Mooslechner, 197.  
61 Ardelt (1988b), 269.

- 62 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1968/69, Beilage 9: SPÖ-Antrag zur  
Förderung von Gewerbe und Industrie im Lande Salzburg; SN vom 17.10.1968.
- 63 Karl Steinocher im Interview mit Robert Hoffmann vom 2.10.1987 (Transkript im  
Archiv des Karl-Steinocher-Fonds), 10.
- 64 Weitere Ressorts Steinochers waren Sportwesen, Gewerbe und Heimatpflege.  
65 Karl Steinocher im Interview mit Robert Hoffmann vom 2.10.1987, 11 (wie Anm. 63).  
66 a.a.O., 11.
- 67 SN vom 27./28.4.1968; 30.4.1968, 3.5.1968.
- 68 Karl Steinocher im Interview mit Michael Mooslechner am 28.8.1987; Mooslechner, 194.
- 69 Karl Steinocher im Interview mit Robert Hoffmann am 2.10.1987, 11 (wie Anm. 63).  
70 a.a.O., 12.
- 71 Mooslechner, 194.
- 72 Karl Steinocher im Interview mit Robert Hoffmann am 2.10.1987, 16.  
73 a.a.O., 16.
- 74 So war etwa die „Neue Heimat“ SPÖ-dominiert, während die „Salzburger  
Wohnsiedlungsgenossenschaft“ von der ÖVP beherrscht war; beide wurden später zur  
GSWB fusioniert.
- 75 Karl Steinocher im Interview mit Robert Hoffmann am 2.10.1987, 18.
- 76 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1968/69, Beilage 9: SPÖ-Antrag zur  
Förderung von Gewerbe und Industrie im Lande Salzburg; SN vom 17.10.1968.  
77 SN vom 11.7.1968.
- 78 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1968/69, Beilage 9: SPÖ-Antrag zur  
Förderung von Gewerbe und Industrie im Lande Salzburg; SN vom 17.10.1968.  
79 Braumann, 50.
- 80 SN vom 17.10.1968, 24.12.1968.
- 81 SN vom 8.2.1969.
- 82 SN vom 11.2.1969.
- 83 Die konstituierende Gründungsversammlung fand am 28.2.1972 statt.  
84 Ardelt (1988b), 268.
- 85 Trinker, 254.
- 86 Ardelt (1988b), 270; Mooslechner, 196.
- 87 Trinker, 249.
- 88 a.a.O., 250 f.
- 89 a.a.O., 254 f.; Ardelt (1988b), 270.
- 90 Protokoll des Landespartei Vorstandes vom 28.4.1969; Ardelt (1988b), 270.
- 91 Ardelt (1988b), 270; Trinker, 255; Mooslechner, 196.
- 92 Mooslechner, 196; Ardelt (1988b), 270.
- 93 Karl Steinocher im Interview mit Michael Mooslechner am 28.8.1987; Mooslechner, 196.  
94 Blümel, 270.
- 95 Ardelt (1988b), 258, 271.
- 96 Salzburg-Plan der SPÖ. Salzburgs Zukunft sichern. Die Lebensqualität verbessern. 1973.  
97 Ardelt (1988b), 272.
- 98 SN vom 30.10.1971, 26.7.1972, 4.11.1972, 4.12.1974; Verhandlungen des Salzburger  
Landtages 1970/71, 173 ff., 1974/75, 23; 27 f.; Salzburg-Plan der SPÖ. Salzburgs Zukunft  
sichern. Die Lebensqualität verbessern, 1973, 92 ff.
- 99 Jahrbuch der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1973, 189.
- 100 Ardelt (1988a), 29 f.
- 101 Steinocher, 49 f.; Salzburg-Plan der SPÖ. Salzburgs Zukunft sichern. Die Lebensqualität  
verbessern. 1973, 99 ff.; Der Salzburg-Plan: Vom Wohnraum zur Stadterneuerung –  
Raumplanung: Hrsg. Von SPÖ Salzburg. o.J.
- 102 SN vom 19.11.1973.

- 103 SN vom 6.11.1972; Der Salzburg-Plan: Vom Wohnraum zur Stadterneuerung (wie Anm. 101).
- 104 Steinocher, 38 ff., Braumann, 66.
- 105 Steinocher, 39.
- 106 SN vom 14.9.1973.
- 107 SN vom 17.10.1973.
- 108 SN vom 20.11.1973.
- 109 Mooslechner, 198.
- 110 SN vom 28.1.1975.
- 111 Ardel (1988b), 271.
- 112 Bericht zum Landesparteitag der SPÖ Salzburg 1976, 56 ff.
- 113 Ardel (1988b), 270 f.
- 114 Protokoll des Bundesparteivorstandes vom 2.3.1970 (Der Bundesparteitag beschloss dann eine Altersklausel mit 66 Jahren); Ardel (1988b), 271.
- 115 Karl Steinocher im Interview mit Michael Mooslechner am 28.8.1987.
- 116 SN vom 12.3.1973, 30.4./1.5.1973; Mooslechner, 199.
- 117 Ardel (1988b), 272.
- 118 a.a.O., 272.
- 119 SN vom 18.3.1974; Mooslechner, 199.
- 120 Mooslechner, 199; Ardel (1988b), 273.
- 121 Ardel (1988b), 274.
- 122 Protokoll des Landesparteivorstandes vom 1.4.1974; Ardel (1988b), 273.
- 123 Verhandlungen des Salzburger Landtages vom 22.5.1974, 35; Mooslechner, 199 f.
- 124 Protokoll des Landesparteivorstandes vom 22.4.1974; Ardel (1988b), 274.
- 125 Ardel (1988b), 273.
- 126 a.a.O., 273.
- 127 Steger, 359.
- 128 SN vom 14.2.1975.
- 129 SN vom 14.12.1975.
- 130 a.a.O.
- 131 Jahrbuch der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1974, 152.
- 132 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1974/75, 609 ff.; 1975/76, 121 ff.; SN vom 13.8.1975, 18.10.1975, 28.1.1976, 3.4.1976, 29.4.1976, 22.6.1976, 31.12.1976, 17.1.1977.
- 133 Bericht zum Landesparteitag 1976, 63 f.
- 134 Steger, 374.
- 135 Bericht zum Landesparteitag 1976, 51.
- 136 a.a.O., 374 f.
- 137 Verhandlungen des Salzburger Landtages 1976/77, 394.
- 138 Braumann, 106.
- 139 SN vom 6.4.1978.
- 140 LHStv Moritz in „Tribüne der Parteien“: „Gegen Spekulationsgewinne“ (SN vom 15.12.1978).
- 141 Braumann, 106.
- 142 SN vom 6.4.1978.
- 143 Ardel (1988b), 274.
- 144 SN vom 2.10.1981.
- 145 Ardel (1988b), 274 f.

## Herbert Moritz (1978–1984): Öffnung zur bürgerlichen Mitte und Demokratisierung der Kultur



*Herbert Moritz*

### 1. In den Schuhen des Großvaters

Es gibt kaum einen größeren Gegensatz im Persönlichkeitsprofil als zwischen Karl Steinocher und seinem Nachfolger Herbert Moritz, obwohl beide aus demselben Milieu, nämlich tief verwurzelten sozialdemokratischen Eisenbahnerfamilien, kommen. Aber zwischen dem gern polternden und oft raubeinig wirkenden Steinocher und dem kühlen Intellektuellen Moritz stand nicht nur eine Generation, sondern vor allem ein unterschiedlicher Berufsweg, eine gänzlich andere politische Sozialisation.

Der Großvater von Herbert Moritz, Karl Emminger, nach dem ein Parteihaus in Itzling benannt ist, war bereits Landesrat, Präsident der Arbeiterkammer und Führer der sozialdemokratischen Eisenbahner in der Ersten Republik. Nach (subjektiv verehrender) Einschätzung von Herbert Moritz war er „wohl aber die stärkste Persönlichkeit der Partei in Salzburg gewesen“<sup>1</sup>. Schon die Mutter des Arbeiterführers Emminger, Aloisia Emminger, war zu Ende des 19. Jahrhunderts Sozialdemokratin und Organisatorin der Arbeiterinnen in der Tabakfabrik im niederösterreichischen

Hainburg gewesen. Karl Emminger wurde von Niederösterreich, wo er eine Schlosserlehre bei den Eisenbahnern absolviert hatte, nach Salzburg geschickt, um dort die Eisenbahner zu organisieren.

Bei seinem Großvater, dessen Bildungshunger äußerst groß war, fand Herbert Moritz eine umfangreiche Bibliothek mit ganz erstaunlichen Titeln vor. Die Sozialdemokratie war von Anfang an sehr volksbildnerisch orientiert und hat großen Wert darauf gelegt, dass sich ihre Mitglieder auch mit geistigen Dingen beschäftigen. Mit seinem Großvater konnte der junge Herbert auch seine ersten politischen Gespräche führen. *„1933 hab’ ich im Detektor auch die Stimme Hitlers gehört, es war ein wüstes Geschrei. Ich war als Fünfjähriger erschrocken über diese Diktion, über die Lautstärke. Mein Großvater hat damals gesagt: Jetzt hat Hitler die Macht übernommen, das bedeutet Krieg. Damals hat er schon ausländische Sender gehört, hat sich ein Radio angeschafft und hat Radio Moskau gehört.“*<sup>2</sup>

Für Herbert Moritz war es später ein entsetzliches Erlebnis, wie die Heimwehr (ein paramilitärischer Schutzverband der Christlichsozialen während der Ersten Republik) die Bibliothek seines Großvaters durchwühlt und zerstört und wie sie das Bild von Karl Seitz (nach 1918 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) zertrampelt hat. Das waren nachhaltige Eindrücke, die ihn tief geprägt haben. *„Als dann die Nachricht von der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß gekommen ist, haben viele Genugtuung empfunden, dass den Arbeitermörder – so wurde er damals genannt – auch das politische Schicksal ereilt hat. Das ist heute entsetzlich zu sagen, aber so war damals die Empfindung unter den Sozialdemokraten“.*

Die zweite starke Prägung erfuhr Moritz von seiner Mutter, einer Kinderfreunde-Funktionärin. Von ihr bekam er die Idealvorstellung vom neuen Menschen, wie sie Max Adler (Soziologe und sozialistischer Theoretiker) und Otto Felix Kanitz (sozialistischer Politiker und Pädagoge) als die ideologische Grundlage der Kinderfreunde ausgeformt haben. *„Natürlich hat sich die Idealvorstellung nicht als realistisch erwiesen. Die Menschen sind anders. Die gesellschaftliche Gerechtigkeit, wie Freiheit, Bildungsmöglichkeiten und materieller Wohlstand für alle als Grundvoraussetzungen dafür, dass der Mensch gut wird, haben sich nicht bewahrheitet. Das war eine schlimme Erfahrung für mich“.*

Zweimal wurde sein Großvater während der NS-Ära eingesperrt. Dabei hatte er das Glück, nicht in die Hände der SS geraten zu sein, sondern der Justiz. Er wurde dann in einem großen Prozess freigesprochen, weil ihm nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte, dass er defätistische Äußerungen von sich gegeben hätte.

Noch als 16-jähriger Gymnasiast wurde Herbert Moritz zum Militär eingezogen, da alle sechsten Klassen im Jahr 1943 einberufen wurden. Dort stieß er auch auf den späteren Landeshauptmann und politischen Kontra-

henten Wilfried Haslauer. Die beiden waren in derselben FLAK-Batterie und mussten die Fliegerabwehrkanonen bedienen und auch die ersten Gefechte mit überfliegenden amerikanischen Bomberströmen ausstehen. *„Haslauer hat immer wieder behauptet, wir seien in dieselbe Schule gegangen. Das stimmt aber nicht, denn er ist in das humanistische Gymnasium, ich aber in die Realschule gegangen.“*

Die Schulbildung gegen Kriegsende verlief absurd. Die 16-jährigen Gymnasiasten mussten in den Bänken der Drittklässler in der Volksschule sitzen und den Unterricht absolvieren, bis wieder die Sirenen heulten. Moritz ist noch in die letzten Kriegsereignisse hineingeraten, verwundet und gefangen genommen worden. Als endlich der Krieg zu Ende war, herrschte große Erleichterung.

Moritz, der schon als Schüler Journalist werden wollte, kam durch die Vermittlung seines Vaters zur wieder neu begründeten sozialistischen „Neuen Wacht“. Dort war der spätere Kulturlandesrat und Präsident der Salzburger Festspiele, Josef Kaut, Chefredakteur. Moritz ging es nicht darum, etwas zu verdienen, sondern er wollte sich in der Praxis bewähren. Am 16. Oktober 1945 ist die erste Ausgabe erschienen. Dann begann bereits die Wahlauseinandersetzung für die Nationalratswahl. Moritz, der noch keine Ahnung von den politischen Situationen im nachfaschistischen Österreich hatte, durfte bereits über den Auftritt von Karl Renner im Festspielhaus berichten. Die Sozialisten hofften, dass es wieder wie bei der Wahl 1919 einen Erdrutschsieg der Linken geben werde, wurden aber bitter enttäuscht.

Moritz kann sich auch noch an die konstituierende Sitzung des Salzburger Landtages erinnern, bei der Ing. Albert Hochleitner zum (kurz amtierenden) ÖVP-Landeshauptmann, Anton Neumayr zum SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter und Franz Peyerl zum SPÖ-Landesrat gewählt wurden. Über diese Sitzung durfte der Nachwuchsjournalist berichten.

Es gab im Herbst 1945 auch eine merkwürdige Argumentation vonseiten Salzburgs für einen Anschluss des Rupertigaus. Dieser Vorstoß kam vor allem von konservativer Seite, weil der Rupertigau einmal Teil des Erzbistums Salzburg gewesen war. Moritz schrieb in der „Neuen Wacht“ vehement gegen diesen Anschlussgedanken an. Als auch der damalige SPÖ-Landesrat Heinz Kraupner – ein Freund seines Vaters – denselben Anspruch erhob, hat Moritz dessen Meinung aus dem Bericht herausgestrichen. Kaut hat sodann mit dem SPÖ-Bundesparteioobmann Adolf Schärf telefoniert, der ein solches Ansinnen ebenso strikt ablehnte.

Dann begann Moritz an der Leopold-Franzens-Universität in Innsbruck Germanistik, Geschichte und Philosophie zu studieren. Bei Professor Hans Kramer musste er eine Seminararbeit über Ferdinand Lassalle schreiben. Die Literatur hierfür bekam er über Vermittlung von Josef Kaut bei Anna Witternigg, der Gattin des Nationalratsabgeordneten, die selbst

im Salzburger Landtag aktiv und eine der führenden Frauen der Salzburger Sozialdemokratie war. Sie stellte ihm die gesamte Literatur über Lassalle zur Verfügung. Daraus hat er dann erhebliches Wissen für seine weiteren Studien gezogen. Ferdinand Lassalle (1825–1864) gründete 1863 den Deutschen Arbeiterverein und gilt als der Begründer der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung. Er passte so gar nicht in das Bild eines proletarischen Anführers, war er doch Anwalt, Bohemien, Literat und Verehrer schöner Frauen. Er war jedoch ein glänzender Redner, dem es nicht so sehr um die soziale Frage, sondern um die Kunst der Politik ging<sup>3</sup>. In der Folge las Moritz mit Begeisterung die Schriften Eduard Bernsteins, eines führenden sozialdemokratischen Theoretikers und Politikers, der sich gegen den marxistischen Materialismus aussprach, und Rudolf Hilferdings, des marxistischen Intellektuellen und Ökonoms. Vor allem aber faszinierte ihn das Buch „Die österreichische Revolution“ des führenden Theoretikers des Austromarxismus und stellvertretenden sozialistischen Parteivorsitzenden Otto Bauer.

Moritz wechselte später an die Universität Wien, wo er das Fach Zeitungswissenschaft belegte. Der Ordinarius war der ÖVP-Abgeordnete Ludwig, der unter den Bundeskanzlern der Ersten Republik, Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg, Pressechef gewesen war. Ludwig ist zwar bei Schuschnigg in Ungnade gefallen, konnte aber ungeheuer viel über die politische Entwicklung dieser Zeit zum Besten geben. Als Dissertation wählte Moritz ein Thema über die Berichterstattung der Wiener Tagespresse zur Provisorischen Nationalversammlung zwischen 1918 und 1920. *„Die Agitation der Christlichsozialen und aller rechtsgerichteten Konservativen war im Sinne des Parlamentarismus verheerend. Für sie war das Parlament eine Quatschbude, war überflüssig. Man wollte eine starke Führungspersönlichkeit.“* Moritz kritisiert, dass im Jahre 1929 Teile aus der Verfassung herausgebrochen wurden, hin zu einer autoritären Staatskonstruktion im Sinne einer Präsidialdemokratie, weil man dem Bundespräsidenten als gleichgewichtiges Organ gegen das Parlament eine so starke Stellung eingeräumt hat. Besonders irritiert ihn, dass die Sozialdemokraten dieser Verfassung damals zugestimmt haben. Der französische Staatspräsident de Gaulle habe sich bei der Erstellung der französischen Verfassung sehr stark an die Österreichische Verfassung aus 1929 angelehnt.

Moritz war sowohl in Innsbruck als auch in Wien Mitglied des Verbandes sozialistischer Studenten, einer sehr stark links orientierten Gruppe. Auf Empfehlung von Josef Kaut ist Moritz in Wien zum damaligen Nationalratsabgeordneten und Klubsekretär des SPÖ-Parlamentklubs, Bruno Pittermann, gegangen, der ihn im Parlament mit der Sichtung von Akten beauftragt hat. Pittermann wollte den jungen Studenten nach Vorarlberg schicken, wo gerade eine sozialistische Tageszeitung sich in Gründung befand. Doch Adolf Schärf meinte, dass er zunächst sein

Studium abschließen solle. Moritz verbrachte einige Monate – ohne Bezahlung – im Parlamentsklub und war verbittert, weil die Abgeordneten wiederholt Lebensmittelpakete bekamen, er jedoch stets leer ausging. Er widmete sich dann wieder verstärkt seinen Studien und verließ das Hohe Haus; sein Nachfolger wurde Leopold Gratz, der spätere Wiener Bürgermeister.

In Wien schloss er eine Reihe von Freundschaften, etwa mit dem ehemaligen Spanienkämpfer Pepi Schneeweiß, mit dem Kabarettisten Hugo Pepper, mit dem „roten“ Anwalt Heinz Damian und vor allem mit Leopold Gratz. Durch Gratz kam er auch zum „Klub 45“ im berühmten Café Demel, von dem er sich aber bald absentierte, als er merkte, welche Snobs sich dort einfanden.

## 2. Der milieufremde Intellektuelle in der Parteizeitung

Nach Beendigung seines Studiums kam Moritz sofort zum „Demokratischen Volksblatt“ (dem Nachfolger der „Neuen Wacht“) als Redakteur. Als Bundespräsident Renner 1950 starb, schrieb er vehement gegen die Volkswahl des Bundespräsidenten an, weil er überzeugt war, dass dies im schlimmsten Fall zu einer Bonapartistischen Diktatur führen könnte. Als der Reihe nach nur Sozialisten zu Bundespräsidenten gewählt wurden, war das Thema aber vom Tisch. *„Ich habe auch darauf verwiesen, dass selbst der amerikanische Präsident nicht vom Volk, sondern von Wahlmännern gewählt wird, um zu vermeiden, dass ein direkt gewählter Präsident irgendeinmal imperiale Würden anstrebt, wie es in Frankreich der Fall war“.*

Als sein Vorgesetzter Josef Kaut 1956 als Landesrat in die Landesregierung berufen wurde, folgte ihm Moritz als Chefredakteur nach und nahm insbesondere den damaligen Landeshauptmann Hans Lechner aufs Korn. Lechner war in seinem ganzen Gehaben ein autoritärer Patriarch, wurde von der ÖVP aber als „der Landesvater“ herausgeputzt. Wiederholt zitierte er den jungen Journalisten Moritz zu sich und brüllte ihn an, was er sich alles zu schreiben erlaube. *„Schon als Journalist habe ich einmal vom Landtagspräsidenten Anton Kimmel einen Auftrag bekommen, eine Broschüre über die Aufgaben des Salzburger Landtages zu verfassen. Ich habe erwähnt, dass der Landtag das Recht hat, seinem Willen über die Vollziehung der von ihm beschlossenen Gesetze durch eine Entschließung Ausdruck zu verleihen. Das hat Lechner beeinsprucht. Man muss sich das vorstellen ... Das war Lechners Mentalität. Er war unglaublich autoritär. Da gab es eine tiefe Feindschaft und ein ungeheures Misstrauen.“*

Mit der Funktion des Chefredakteurs des sozialistischen Organs war automatisch auch die eines Vertrauten und Ratgebers des jeweiligen Parteibobannes verbunden. Daher hatte Moritz als Chefredakteur engen und



regelmäßigen Kontakt schon mit Landeshauptmannstellvertreter Franz Peyerl und später mit Karl Steinocher. Er hat Peyerls Reden mit dessen stiller Duldung auch immer mit Inhalt und Stil gefüllt. Denn die Reden Peyerls waren rhetorisch ungeheuer bombastisch, aber vom Inhalt her eher banal. Bei Steinocher musste Moritz inhaltlich keine Auffüllung vornehmen, sondern höchstens einen formalen Schliff anbringen. Moritz war automatisch auch bei den Beratungen des Parteivorstandes anwesend, denn damals hat das sozialistische Medium noch viel über Parteiveranstaltungen und Vertrauensmännerkonferenzen berichtet.

Herbert Moritz war mit seiner kühlen Intellektualität und seiner äußerlichen Distanziertheit das genaue Gegenteil zu seinem Förderer Karl Steinocher. Er wirkte auch im Kreise der aus Gewerkschaftern, Eisenbahnern und Arbeiterführern bestehenden Parteiführung mit ihrer lauten Kumpelhaftigkeit wie ein Fremdkörper, obwohl er aus sozialdemokratischem Uradel entstammte. Intellektuelle waren in der SPÖ zwar gelitten und für Toppositionen in der Verwaltung dringend gebraucht, aber nicht sonderlich geschätzt. Dazu bedarf es eines kurzen Exkurses über die Rolle des Bundes sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler (BSA) nach dem Zweiten Weltkrieg.

Diese 1946 gegründete Vorfeldorganisation der Partei hatte vor allem die Aufgabe, das gegenüber der ÖVP und der späteren FPÖ relativ bescheidene Reservoir an Intellektuellen zu erweitern<sup>4</sup>. Zwischen den beiden Großparteien tobte geradezu ein Kampf um die Gewinnung ehemaliger Nationalsozialisten und deren Integration in der jeweiligen Partei. Während die ÖVP auf eine große Personalreserve aus dem Katholischen Kartellverband (CV) als Führungselite zurückgreifen konnte, waren die Sozialdemokraten veranlasst, Intellektuelle aus den bürgerlichen Akademikerschichten zu rekrutieren, die vor dem Krieg sich deutschnational und antisemitisch gebärdet hatten. Der BSA wurde so zum Auffangbecken für „Ehemalige“. Manchen ehemaligen Nationalsozialisten gelang durch den BSA sogar der Aufstieg in höchste Führungspositionen, wie etwa dem Psychiater Gerhart Harrer als Direktor der Landesnervenklinik oder dem SS-Angehörigen Hans Biringer, der es bis zum Polizeidirektor Salzburgs brachte<sup>5</sup>.

Gerhart Harrer, seit 1938 SS-Mitglied, war durch Vermittlung des SPÖ-Landesrates Sepp Weißkind zum BSA gekommen. Er pflegte unter anderem Kontakte zum NS-Euthanasiearzt Heinrich Gross und zum vormaligen NS-Staatsanwalt Friedrich Nowakowski<sup>6</sup>. Biringer, seit 1939 Mitglied der Waffen-SS, war 1951 der SPÖ und 1953 dem BSA beigetreten. Als Salzburger Polizeidirektor wurde er oftmals wegen der besonders harten Amtshandlungen der Salzburger Exekutive in der Öffentlichkeit angegriffen. Prominentestes Opfer war der Schriftsteller Peter Handke, der ihn als „alpenländischen Folterknecht“ bezeichnete. Biringer nahm regelmäßig in Polizeiuniform an der alljährlichen Kranzniederlegung der Kamerad-

schaft IV zu Ehren gefallener SS-Angehöriger teil. Als es am 1. 11. 1997 zu einer Gegenveranstaltung von SPÖ-nahen Gruppierungen kam, trat Biringer aus dem BSA aus<sup>7</sup>.

Dem nationalsozialistischen Bürgermeister Harald Lettner gelang es nach dem Krieg, in der Salzburger Stadtverwaltung auf der Karriereleiter bis zum Magistratsdirektor aufzusteigen. Durch die aus gemeinsamen Kriegserlebnissen geschmiedete Freundschaft zwischen dem SPÖ-Nationalratsabgeordneten Kurt Preußler und seinem FPÖ-Kollegen Gustav Zeillinger war es 1953 zum Pakt gekommen, der Stanislaus Pacher zum Bürgermeister Salzburgs machte<sup>8</sup>. Durch die Schulgesetzgebung 1962 erlangte der BSA schließlich auch die Möglichkeit, Schulleiterposten mit Sozialdemokraten zu besetzen. Dadurch stieg die Anzahl akademischer Lehrer im BSA zwischen 1962 und 1980 von 13 auf 142 an<sup>9</sup>.

Obwohl also durch den BSA Schlüsselpositionen in Verwaltung, Wirtschaft, Wohnbaugenossenschaften und im Schulbereich besetzt wurden, war die Lebenswelt dieser Vereinigung bis in die späten sechziger Jahre von der übrigen Partei deutlich abgegrenzt und bestand kein besonderes Naheverhältnis zur Parteiführung. Intellektuelle galten in der Sozialdemokratie als milieufremde Wesen. Dies sollte sich nun durch Herbert Moritz ändern, weil aufgrund seiner einwandfreien Herkunft die Barriere niedriger war. Aber es bedurfte noch vieler Jahre, um den Intellektuellen den Weg in die wichtigen Führungspositionen der Landes- und Stadtpolitik zu öffnen.

Über Intervention des Schriftstellers Carl Zuckmayer bei Josef Kaut war der junge Thomas Bernhard als freier Mitarbeiter beim „Demokratischen Volksblatt“ beschäftigt worden und Herbert Moritz war sein journalistischer Lehrmeister. Es gab oft genug Turbulenzen wegen der nicht immer wahrheitsgetreuen Gerichtssaalberichte Bernhards. Moritz gestand später ein, dass er das Genie in dem jungen und sehr eigenwilligen Mann verkannt habe. Das „Demokratische Volksblatt“ konnte schon früher auf einen namhaften Salzburger Schriftsteller als Beiträger zurückgreifen: auf Georg Eberl, der mit seinen autobiografischen Schriften „Ich war ein lediges Kind“, „Als ich Jungknecht war“ und „Als ich Eisenbahner wurde“ in den fünfziger Jahren starkes Aufsehen erregt hatte.

Die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren für den ambitionierten Chefredakteur Moritz sehr prägend. Mitte des Jahrzehnts fuhr er mit seiner Familie in die USA, wo seine Schwägerin mit einem Amerikaner verheiratet war. In San Francisco hatte er die Gelegenheit, an einem 100-dollar-a-plate Charity-Dinner teilzunehmen und Martin Luther King zu hören. „*Er hatte so ein pastorales Gehaben, aber was er gesagt hat: „I have a dream“, also die Aussicht, dass es auch den schwarzen Amerikanern einmal besser gehen könne, das hat mich sehr beeindruckt.*“ Bei einer Rundreise lernte er dann in Montana bei einem Grillabend im Citypark die

realistische Seite des Landes kennen. Ein angetrunkener Farmer meinte, man müsse nur Martin Luther King erschießen, dann sei das ganze Problem mit den Schwarzen gelöst. Tatsächlich fiel King bald danach einem tödlichen Attentat zum Opfer. Moritz hat darüber im „Demokratischen Volksblatt“ einen Artikel geschrieben.

Dazu kam in den sechziger Jahren der Aufbruch in der katholischen Kirche. Die Aufbruchstimmung nach dem Konzil und der Diözesansynode hat ihn tief beeindruckt. Moritz, selbst ein Altkatholik, hatte eine Menge Freunde von der röm.-kath. Kirche, etwa den späteren Kulturhofrat Peter Krön, den Leiter des Festspielpressedienstes, Hans Widrich, und Camillo Kodric.

Während des Prager Frühlings war Moritz in der Tschechoslowakei und hat Alexander Dubček, die Leitfigur des Prager Frühlings von 1968, auf dem Hradschin interviewt. Als dann die sowjetischen Truppen 1969 in Prag eingerückt sind, war er mit seiner Frau gerade in Budapest. Diese Umbruchsstimmung, die sich in diesem Jahrzehnt in Europa auftut, hat Moritz ungeheuer in seiner politischen Einstellung beeinflusst.

Im Jahr 1967, als in Paris und Berlin die Studentenrevolten ausbrachen, reiste Moritz mit befreundeten Journalisten nach Deutschland und kam auch mit Rudi Dutschke, dem bekanntesten Wortführer der Berliner Studentenbewegung der 1960er Jahre, in Berührung. Er traf auch Daniel Cohn-Bendit, den prominentesten Sprecher der Pariser Mai-Revolution von 1968, der heute als deutsch-französischer Politiker (Bündnis 90/Die Grünen) Mitglied des Europäischen Parlaments ist. Moritz berichtete im Salzburger Parteivorstand über die ungeheure Aufbruchsstimmung im benachbarten Deutschland. Der Nationalratsabgeordnete Kurt Preußler war furchtbar besorgt über die Gefahr, die von den jungen Studenten für die Arbeiterbewegung kommen könnte. Für den Parteivorsitzenden Steinocher war Moritz jedoch ein Vorposten in einem von demokratischen Aufbrüchen verunsicherten Land. So ist nach und nach trotz der so unterschiedlichen Persönlichkeitsstrukturen ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Steinocher und Moritz entstanden.

### **3. Von der schreibenden Existenz in die Regierung**

Als Josef Kaut 1969 seinen Abschied als Landesrat nahm, wurde Herbert Moritz vom Landesparteiobmann Karl Steinocher als Nachfolger Kauts in die Regierung geholt. Moritz überlegte sich das Angebot Steinochers sehr gründlich und bat sich zwei Tage Bedenkzeit aus, um mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen den Stellungswechsel zu beraten. Die Familie empfahl ihm, die Herausforderung anzunehmen, obwohl er vorher schon ein Abge-

ordnetenmandat abgelehnt hatte, denn er sei „eine schreibende und keine redende Existenz“. Am Tag seiner Angelobung habe er „das einzige Mal in seinem Leben das Gefühl des Triumphes gehabt. Weil ich genau auf dem Sessel gesessen bin, auf dem schon mein Großvater gesessen ist und von dem weg er eingesperrt worden ist“.

Moritz bezog sein Büro direkt über jenem des Landeshauptmannes Lechner im Chiemseehof. In seinem Buch „Gesichter, Köpfe und Gestalten“ beschreibt Moritz, dass zu Beginn seiner Amtszeit in seinen Amtsräumen noch immer Abhöreranlagen installiert waren, sodass er von der ÖVP abgehört werden konnte<sup>10</sup>. „Drauf gekommen bin ich durch Folgendes: Nach meiner Angelobung im Landtag gab es ein Mittagessen im Hotel Pitter. Da saß der Nationalratsabgeordnete und ÖVP-Landesparteiobmann Karl Glaser neben mir. Er hat mir erzählt, dass sie damals die Telefongespräche meines Großvaters abgehört haben. Und zwar ein Telefongespräch zwischen ihm und dem Bürgermeister Moßhammer von Bischofshofen, der damals Abgeordneter des Nationalrates war. Ich hatte nämlich die gleichen Amtsräume wie mein Großvater. Ich hab dann einen Kollegen von der Post gebeten, sich in meinen Amtsräumen umzusehen, aber er hat nichts gefunden. Aber ich hab gezielt Äußerungen über Lechner gemacht, und er ist dann am nächsten Tag wieder beleidigt gewesen“. Auch in seinem Büro seien die Vertrauten des Landeshauptmannes zu ungewöhnlichen Zeiten, wenn niemand mehr bei der Arbeit vermutet wurde, gewesen, erinnert sich Moritz. So sei einmal plötzlich der Hofrat Mittermayr im Nebenraum aufgetaucht, wo der politische Sekretär des SPÖ-Landesrates seinen Arbeitsplatz hatte.

Die gegenseitige Abneigung zwischen dem Landeshauptmann und dem jungen Landesrat hat für Moritz tief liegende Gründe: „Lechner stammte aus der Steiermark und war dort schon mit dem nachmaligen FPÖ-Landesrat Walter Leitner in Beziehung gewesen.“ Lechner war in seiner Grazer Zeit Mitglied der katholischen Jugendbewegung „Bund Neuland“ gewesen, die von dem Priester Michael Pfliegler aufgebaut worden war und für „eine geistige Annäherung zwischen Kirche und Arbeiterschaft“ eintrat<sup>11</sup>. „Lechner kam offenbar aus dieser Schule und war von einem tiefen Misstrauen gegen alles Liberale, gegen alles Linke erfüllt. Mich hat er im vertrauten Gespräch als Kommunisten bezeichnet. Nachher erst hab ich von Peter Krön erfahren – er war ja sein Sekretär –: der Moritz darf keinen Erfolg haben. Auch Hans Widrich<sup>12</sup> hat er als Kommunisten verdächtigt“. Moritz' Haltung gegenüber Lechner änderte sich im Verlauf der Jahrzehnte. Er hat ihm später in seinem Buch „Gesichter, Köpfe, Gestalten“ ein eigenes Kapitel gewidmet und ihn als „demokratischen Patriarchen“ bezeichnet: „Ich hatte das Glück, in der Landespolitik und in der Landesregierung im Bannkreis Ihrer Persönlichkeit eine bedeutende Ära der Geschichte unseres Landes unmittelbar mitzuerleben. Ihr Beispiel hat auch einige von jenen geformt, die Ihnen einst oppositionell gegenüberstanden“<sup>13</sup>.

Herbert Moritz war einer der ersten SPÖ-Politiker, die eine Sensibilität für Natur und Umweltschutz entwickelt haben. Bereits als Redakteur des „Demokratischen Volksblattes“ war es ihm ein Anliegen gewesen, dem Naturschutz höhere politische Priorität einzuräumen. Schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte er gemeinsam mit Hans Kettl von der Arbeiterkammer eine Kampagne gegen die Verbauung der Seeufer im Land Salzburg gestartet. Damals wurden noch wahllos Ausnahmegenehmigungen für Bauten in Landschaftsschutzgebieten gewährt. Als dem jungen Landesrat auch das Naturschutzressort anvertraut wurde, schlug er sofort eine harte Gangart gegen die Ausnahmegenehmigungen ein, worin er von Hofrat Peter Krön in der Landesregierung stark unterstützt wurde. Nicht gerade zur Freude prominenter Genossen, wie des Salzburger Bürgermeisters Alfred Bäck, des Soziallandesrates Sepp Weißkind oder des Landtagsabgeordneten Walter Stockinger, die wegen ihrer illegal errichteten Badehütten am Niedertrumer See ins Kreuzfeuer der Kritik geraten waren<sup>14</sup>.

Ein erstes positives Ergebnis seiner Bemühungen war die Verleihung des Europäischen Naturschutzdiploms an die Krimmler Wasserfälle, die er beim Naturschutzbeauftragten des Europarats in Straßburg, Professor Hunziker, erreichen konnte. Als besonderen Erfolg konnte er auch die Nationalparkvereinbarung von Heiligenblut für sich verbuchen. Mit Groll musste er jedoch später zur Kenntnis nehmen, dass die Unterzeichnung dieses Vertrages durch die (nach Aussage Moritz') „größten Gegner des Projektes“, die drei Landeshauptleute Hans Lechner (Salzburg), Hans Sima (Kärnten) und Eduard Wallnöfer (Tirol) erfolgte und Moritz dabei nur Zaungast sein durfte. Auf volles Verständnis stieß er aber bei der ersten Umweltministerin Österreichs, Primaria Ingrid Leodolter, die ihn auch zur Gründung des ersten Umweltdachverbandes ÖGNU (Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz) ermutigte. Als engagierter Mitstreiter erwies sich dabei der damalige Präsident der Naturfreunde, Heinz Fischer.

Aufgrund seiner vielfältigen Naturschutzinitiativen wurde Moritz deshalb zum Gründungspräsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz, der ersten non-governmentalen Einrichtung auf diesem Gebiet, gewählt. Innerhalb der SPÖ wurde diese Problematik jedoch weitgehend verschlafen, von den Gewerkschaften sogar als hinderlich für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs abgelehnt. Wegen der Wirtschaftskrise, ausgelöst durch den ersten Ölschock (1973), griff Kanzler Bruno Kreisky zum bewährten Rezept der antizyklischen Konjunktursteuerung von John Maynard Keynes. In Zeiten einer Rezession sollte der Staat durch Kreditaufnahmen die Nachfrage beleben und dadurch die Wirtschaft ankurbeln. Durch erhöhte Steuereinnahmen könnte das Staatsdefizit wieder abgebaut werden. Dieses Instrumentarium der Wirtschaftssteuerung wurde vor allem von der Gewerkschaft voll mitgetragen. Herbert

Moritz war in der SPÖ also ein einsamer Rufer in der Wüste. Anlässlich der Eröffnung eines Autobahnteilstücks bei Eben im Pongau soll sich Finanzminister Hannes Androsch über Moritz wie folgt geäußert haben: „*Er ist sonst ein klasser Bursch, aber zu viel für den Umweltschutz macht er mir*“.

Im Bundesparteipräsidium hatte der engagierte Salzburger Landesrat eine heftige Kontroverse mit dem ÖGB-Präsidenten Anton Benya, der den Umweltschutzgedanken als kontraproduktiv für die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen bezeichnete: „*Jetzt ist Schluss mit Umweltschutz. Wenn es stinkt, gibt es Arbeitsplätze*“. Als Reaktion auf diese Meinung des mächtigen Gewerkschaftsführers organisierte Moritz am 5. 10. 1979 eine Tagung in Wien, bei der Professor Werner Meissner von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main den Nachweis erbrachte, dass sich Beschäftigungspolitik und Umweltpolitik keineswegs ausschließen.

Das Dilemma der ökologiebewussten Orientierung des Salzburger Landesrates war, dass auch im eigenen Bundesland und in der eigenen Landtagsfraktion Wirtschaftswachstum, Einkommenszuwächse und soziale Sicherheit als Säulen sozialdemokratischen Politikverständnisses im Mittelpunkt standen. Die nachwachsende Generation postmaterialistisch eingestellter junger Menschen, vor allem aus Sozial- und Kulturberufen, wandte sich daher von der Sozialdemokratie ab und der neu aufkommenden Grünbewegung zu.

Sein Verhandlungspartner in Sachen Natur- und Umweltschutz in Salzburg war Anfang der siebziger Jahre der streitbare Schauspieler Herbert Fux, ein ehemaliger Schulkollege und ursprünglicher Sozialdemokrat. Desse Stiefvater, der Verwaltungsdirektor des Landestheaters, Herbert Furegg, war ein alter „Roter“ gewesen. Moritz sprach nach seinem Ableben in Anwesenheit von Herbert Fux an seinem offenen Grab die letzten Worte.

Die Tätigkeit des ambitionierten Landesrates in Salzburg war aber vor allem dadurch gekennzeichnet, dass er die bisherige Dualität zwischen Hochkultur und Volkskultur aufzubrechen versuchte und sich in der Folge eine neue Welle zeitgenössischer Kultur über das Land ergoss. Moritz strebte eine völlige Neuorientierung der Kulturpolitik an. Sein Vorgänger Josef Kaut hatte einmal eine sehr fortschrittliche, für progressive Entwicklungen durchaus offene Broschüre zur Kultur verfasst. Seit er jedoch Präsident der Salzburger Festspiele geworden war, fühlte er sich als ein Teil des großbürgerlichen Systems der Festspielkultur und unterwarf sich den Zielvorstellungen des übermächtigen Maestro Herbert von Karajan. Ein Betreiber einer kleinen Kulturinitiative kam einmal zu Moritz und sagte zu ihm: „*Wissen Sie, in Salzburg besteht die Kultur aus einem großen mächtigen Baum, das sind die Salzburger Festspiele. Aber darunter existiert kein Buschwerk, kein Gras mehr. Das geht nicht*“.

Moritz setzte sich zum Ziel, die Kultur zu demokratisieren. Er wollte verhindern, dass die große Mehrheit der SalzburgerInnen hohe Saisonpreise bezahlen, bei der Auffahrt der Festspielprominenz Zaungäste spielen und bei der Kulturvereinigung um Generalprobenkarten würfeln durfte. *„Wenn unsere Kultur und mit ihr unsere Festspiele, die Theater, die Orchester, die Museen weiter bestehen wollen, werden wir alle schöpferischen Kräfte unseres begabten Volks mobilisieren müssen. Im Zeitalter der Massenmedien kann sich unsere Kultur nicht vornehm darauf beschränken, eine Sache der Elite zu sein.“*<sup>15</sup> Moritz sah Kultur nicht als eine Sache des nationalen Prestiges, sondern als eine Aufgabe der Erziehung.

Besonders die Salzburger Festspiele mit ihrem Drang zur Elitisierung, zur Exklusivität und zur Rückwärtsgewandtheit waren Ziel seiner Veränderungswünsche. Sie nahmen ihm zu wenig Anteil an den geistigen Auseinandersetzungen einer *„aufgewühlten, unter leidenschaftlichen Konflikten zu neuen Zielen strebenden Weltgesellschaft“*<sup>16</sup>. Kreisky hatte die Durchflutung aller Lebensbereiche mit den Prinzipien der Demokratie gefordert, daher auch der Kultur. Darauf antwortete Festspielpräsident Josef Kaut, der Vorgänger als Kulturlandesrat: *„Die Salzburger Festspiele sind die demokratischsten der Welt. Jeder, der eine Karte kauft, kann hinein“*. Moritz geriet daher sofort in einen heftigen Konflikt mit Herbert von Karajan, den er „Maestrissimo“ nannte. Kreisky, bemüht diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen, hat daraufhin den Schauspielregisseur Ernst Haeussermann zur Streitschlichtung nach Salzburg geschickt. Bei einer Aussprache mit Karajan hat Moritz sodann eine Öffnung der Festspiele nach außen gefordert, z. B. sollten die Proben für ein qualifiziertes Publikum, für Studenten des Mozarteums, für Abonnenten des Landestheaters und des Konzertrings frei gegeben werden.

Als Ergebnis der Kontroverse kam es dann zum Fest zur Festspieleröffnung. Beim ersten derartigen öffentlichen Kulturereignis gaben die Wiener Philharmoniker unter Leitung von Lorin Maazel auf dem Universitätsplatz ein Konzert für die Salzburger Bevölkerung. Auch das Salzburger Straßentheater war nicht als ein Almosen für die Abfindung von Zaungästen oder als Belustigung für das übrige Volk gedacht, sondern sollte einen Beitrag leisten, die herrschende Entfremdung im Kulturbereich abzubauen.

Um das Kulturgefälle zwischen Stadt und Land aus der bestehenden Schiefelage zu bringen und schöpferische Kräfte zu fördern, wurde nun ein erheblicher Teil des Rundfunk- und Fernsehschillings (eine der wenigen fiskalischen Maßnahmen des Bundeslandes) zur Förderung neu entstehender kultureller Zentren in Zell am See, Mauterndorf, Saalfelden, St. Johann im Pongau, Grödig etc. zur Verfügung gestellt. Wegen seiner vielfältigen Initiativen wurde Moritz schließlich gebeten, am Wahlprogramm der Bundespartei gemeinsam mit Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg mitzuarbeiten.

Moritz' offene Haltung gegenüber junger, alternativer Kultur brachte ihm zuweilen in der eigenen Partei Konflikte ein. So hat ihn der Polizeidirektor von Salzburg, Hans Biringer, verdächtigt, Kontakte mit linken anarchischen Gruppen zu haben. Eines Abends rief ihn Biringer ganz aufgeregt an. Linke und Anarchisten hätten den Petersbrunnhof besetzt. Dort sah Moritz die Polizei mit schusssicheren Westen und Schlagstöcken ausgestattet, die den von alternativen, langhaarigen Leuten besetzten Petersbrunnhof mit Gewalt räumen wollten. Es hatte sich bereits eine Schar von politischen Funktionären als Schaulustige eingestellt, darunter der ÖVP-Klubsekretär Franz Schausberger. Trotz Warnung ging Moritz in den besetzten Petersbrunnhof und überzeugte die Demonstranten, dass daraus ohnedies ein Jugendkulturzentrum entstehen sollte. So konnte die Besetzung im Gegensatz zur Anarchoszene in Wien friedlich aufgelöst werden.

Der Wahlsieg Bruno Kreiskys bei der Nationalratswahl am 1. März 1970 brachte auch für die Salzburger Sozialdemokraten ein Traumergebnis von 42,5% und ließ für die Landtagswahl 1974 auf Zugewinne hoffen. Gerade die Kulturinitiativen von Herbert Moritz, die die Grenzen des städtischen Kulturlebens sprengten, schienen Anlass für eine Ausweitung des Stimmpotenzials auf Landesebene zu sein. So entstanden Anfang der siebziger Jahre die Rauriser Literaturtage, wurden Galerien in den südlichen Landesteilen gegründet, es entstand das Trakl-Haus in Salzburg. Auch mit der Erneuerung des Künstlerhauses und der Installierung der Szene der Jugend hoffte man, das SPÖ-Stammwählerpotenzial ausweiten zu können. Die Ergebnisse der Nationalratswahl am 10. Oktober 1971, als die Salzburger SPÖ (45,2%) erstmals die ÖVP (42,5%) überholte, schienen diesen Hoffnungen Nahrung zu geben. Zudem konnte das Bundesland Salzburg mit der AK-Bediensteten Elfriede Karl erstmals eine Staatssekretärin nach Wien entsenden.

Allerdings hatte sich in dieser Zeit ein Strukturwandel vollzogen, der eine Mobilität der Wählerschaft nach sich zog. Die Mitgliederzahlen der SPÖ gingen zurück, während die Zustimmung zur Kreisky-SPÖ zunahm. So musste der SPÖ-Kassier Hans Wohl 1973 in einem Bericht über die parteieigenen Betriebe feststellen, dass die Salzburger SPÖ kaum mehr als Mitgliederpartei bezeichnet werden könne, weil die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen zu gering waren, um die parteieigenen Betriebe aufrecht zu erhalten.

Schon die Gemeinderatswahlen 1972 zeigten deutlich auf, dass der Aufschwung bei bundespolitischen Wahlgängen nicht automatisch Erfolge bei landespolitischen Wahlen zur Folge hat. 1972 musste bei den Gemeinderatswahlen Bürgermeister Heinrich Salfenauer als Nachfolger des legendären Alfred Bäck eine Niederlage einheimen. Die Ölkrise 1973, die bundespolitischen Themen „Häftlingsurlaub“, „Fristenlösung“ ließen nicht unbedingt Gutes erwarten. Dazu kamen hausgemachte Probleme, wie



SPÖ-interne Konflikte in Hallein, bei der Salzburger Gebietskrankenkasse und den Post- und Telegrafendienstleistungen. Das Ergebnis der Landtagswahl 1974 war für die SPÖ eine Katastrophe, da sie nur 13 Mandate, die ÖVP hingegen 18 Mandate erreichte. Der Wahlkampf, der auf die Person des Spitzenkandidaten Karl Steinöcher zugeschnitten war, der auf Plakaten als „elder statesman“ dargestellt wurde und dem hierfür die Authentizität fehlte, war völlig daneben gegangen. Soziallandesrat Hans Pexa musste aus der Regierung ausscheiden, Karl Steinöcher war angezählt. Personelle Veränderungen waren die Folge:

So schied Landtagspräsident Josef Brandauer aus der Politik, der Bürmooser Bürgermeister Karl Zillner übernahm das Amt des Vizepräsidenten, Sepp Oberkirchner wurde Klubobmann, Wolfgang Radlegger folgte ihm in der Funktion des Landesparteisekretärs. Die Position von Herbert Moritz blieb aber weiterhin unumstritten. Beim Landesparteitag am 13. und 14. September 1974 erhielt Landesparteiobmann Karl Steinöcher dennoch 327 von 335 Stimmen. Als bei den Nationalratswahlen am 5. Oktober 1975 die SPÖ auf Landesebene wiederum die ÖVP um circa 26.000 Stimmen überholte, wurde deutlich, dass die Zeichen auf eine Erneuerung hindeuteten.

In seinem kulturpolitischen Elan war es Moritz gelungen, ein Salzburger Kulturförderungsgesetz vom Salzburger Landtag beschließen zu lassen. Dieses brachte für die Kulturvereinigungen einen grundsätzlichen Wandel. Denn bis dahin war Kulturförderung praktisch ein Gnadenakt der Landesregierung gewesen, also ein Privatwirtschaftsakt. Nun wurde aber gesetzlich klar normiert, unter welchen Bedingungen Förderungswürdigkeit und -anspruch gegeben waren. Ganz wesentlich war auch die Verankerung des Prinzips „Kunst am Bau“, wodurch ein bestimmter Prozentsatz des Bauvolumens für die künstlerische Ausgestaltung öffentlicher Bauvorhaben verwendet werden musste. Damit wurde vor allem der Bildenden Kunst, der in Salzburg wegen der Bevorzugung musikalischer Großveranstaltungen (Festspiele) eine eher stiefmütterliche Förderung zuteil wurde, ein deutlicher Anstoß gegeben.

Moritz' Tätigkeit nur auf die Kultur- und Umweltpolitik zu reduzieren, würde seiner landespolitischen Arbeit aber nicht gerecht. Die Übernahme des Sozialressorts nach der verlorenen Landtagswahl 1974 ermöglichte ihm, ein noch breiteres politisches Profil zu erlangen. Es gelang ihm, das neue Sozialhilfegesetz durchzudrücken, wobei die größten Schwierigkeiten sich bezüglich der finanziellen Aufteilung zwischen dem Land und den Gemeinden auftaten.

## 4. Die Öffnung der SPÖ zur bürgerlichen Mitte

Das Jahr 1976 brachte im Bundesland Salzburg eine völlige Auswechslung des politischen Spitzenpersonals. Landeshauptmann Hans Lechner, der die Rolle des ÖVP-Landesparteiobmannes immer dem Nationalratsabgeordneten Hans Glaser überlassen hatte, war amtsmüde geworden. Sein Stellvertreter in der Landesregierung, Finanzreferent Wilfried Haslauer, ließ keinen Zweifel daran, dass er nicht nur Parteiobmann, sondern auch Landeshauptmann werden wollte. Beim ÖVP-Landesparteitag am 3. April 1976, bei dem Haslauer zum Landesparteiobmann gewählt wurde, zeigte er denn auch in einer sehr angriffigen Rede, dass er seine Politik stärker ideologisch ausrichten würde, indem er den Sozialisten die totale Unterwerfung des Menschen „unter eine von sozialistischen Machtapparaten beherrschte Gesellschaft“ vorwarf<sup>17</sup>. Die SPÖ, die im Landtag mit 13 Mandaten einer Mehrheit von 18 ÖVP-Abgeordneten gegenüberstand, warnte daraufhin eindringlich vor dem absoluten Machtanspruch der Konservativen im Lande.

Beim SPÖ-Landesparteitag am 24. und 25. April 1976 in Bad Gastein erhielt Karl Steinocher nur mehr eine Zustimmung von 80,8% der Delegierten, während Herbert Moritz von 36 Delegierten auf den ersten Listenplatz vorgereicht wurde. Als Folge legte Steinocher mit Ende Oktober 1976 sein Amt als Landeshauptmannstellvertreter und im Juni 1978 auch als Landesparteiobmann zurück. Herbert Moritz wurde sein Nachfolger, in die Regierung rückte Sepp Oberkirchner nach. Statt des aus der Urdomäne der Eisenbahner stammenden Steinocher stieg nun ein Mann der Öffentlichkeitsarbeit in den politischen Ring, um die Vormacht der dominanten ÖVP zu durchbrechen<sup>18</sup>.

Moritz und sein junger Parteisekretär Wolfgang Radlegger wussten, dass sie sich einem großen Strukturwandel ausgesetzt sahen, den es zu bewältigen galt. Die altindustriellen Strukturen brachen weg. Das zehrte die historischen, gleichsam natürlichen Wählerressourcen der SPÖ auf. Im Zuge der Veränderung vom Arbeiter hin zum Angestellten schrumpfte überdies das berufliche Fundament der sozialdemokratischen Kader und ihrer Funktionäre. Die Parteiorganisation sah sich mit dem Problem konfrontiert, dass die Vertrauensmännerkonferenzen und Ausschusssitzungen ihre Funktion zu verlieren begannen. Parteimitglieder, die bisher auf innerparteiliche Kommunikation angewiesen waren, konnten sich ihre Informationen nun über das Fernsehen beschaffen. Der Subkassier, der bisher die Informationen aus der Partei an die Mitglieder weitergeleitet hatte, wurde funktionslos.

In diesem Umbruch der Kommunikationstechnik wurde das Parteiorgan, das „Demokratische Volksblatt“, nicht mehr nur kaum finanzierbar, sondern allmählich obsolet. Es war absehbar, dass die Funktion der Partei-



*LA Karl Hofmann, LHStv Herbert Moritz, LA Bgm Alois Stöllinger*

zeitung auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten war. Moritz bemühte sich, mit dem Chefredakteur der „Neuen Zeit“ in Graz gemeinsam eine Zeitung herauszugeben. Bundeskanzler Kreisky war bestrebt, mit dem Industriellen Karl Kahane eine große liberale Tageszeitung zu gründen, doch ohne Erfolg. In Wien gab es mit der „Arbeiterzeitung“ noch eine eigene Druckerei, aber alle Bemühungen verliefen im Sand. *„Die Parteizeitung als Typ war einfach überholt trotz aller Anstrengungen, die auch die Partei durch die Mobilisierung von neuen Lesern unternommen hat.“*

Dazu kam, dass immer mehr die optische Qualität der Funktionäre vor dem Bildschirm an Bedeutung zunahm und die Inhalte der Botschaft eher zurücktraten. *„Das war das Geheimnis des Kreisky“,* wie Moritz selbstkritisch anführt, *„dass er über das Fernsehen ein ungeheures Charisma gegen alle Regeln ausgestrahlt hat. Wir hatten damals Seminare über das Verhalten vor der Fernsehkamera, z. B. dass man immer schön mit dem Rücken angelehnt sitzen muss. Kreisky hat in seinen Diskussionen mit Josef Taus (Bundesparteiobmann der ÖVP, Anm. des Verf.) genau das Gegenteil gemacht. Er ist dort gehängt und hat trotzdem alles souverän beherrscht. Da gibt es kein Regelwerk, das ist einfach die persönliche Ausstrahlung, die jemand hat oder nicht hat“.*

Moritz wusste, wenn die SPÖ Wahlen gewinnen wollte, sie sich zwangsläufig zur bürgerlichen Mitte hin öffnen musste. Er war als sozialdemokratischer Frontmann nach Franz Peyrerl und Karl Steinocher der erste Intel-

lektuelle, der über das klassische Wählermilieu der Arbeiter, kleinen Angestellten und Eisenbahner zusätzliche Stimmen mobilisieren und durch seine kulturellen Aktivitäten in bisher der SPÖ verschlossene Kohorten einbrechen und damit einen Transformationsprozess einleiten konnte. Als Journalist kannte er ebenfalls die Medienlandschaft und ihre Mechanismen, die in Salzburg allerdings von den eher konservativ eingestellten „Salzburger Nachrichten“ und dem national-liberalen „Salzburger Volksblatt“ dominiert waren. Der lange Marsch der Salzburger SPÖ von der überholt und muffig wirkenden Arbeiter- und Funktionärspartei zu einer modernen Volkspartei begann jedenfalls mit Herbert Moritz.

Das berühmte „Salzburger Klima“ wurde, seit Wilfried Haslauer den ÖVP-Kurs steuerte, zusehends rauer. In einem Fragebogen des christlichen Lehrervereins wurden 1976 Lehrer und Eltern aufgefordert, nach emanzipatorischen Tendenzen in den Schulbüchern Ausschau zu halten. Insbesondere wurde gefragt, ob in den Unterrichtsbehelfen eine „Hinführung zu Schamlosigkeit und hemmungsloser Triebbefriedigung“ oder „eine „Untergrabung des Rechtsstaates und der Autorität“ zu erkennen sei<sup>19</sup>. Die SPÖ-Fraktion, die eine solche Diffamierung nicht akzeptieren wollte, ließ daraufhin eine Sitzung des Landesschulrates platzen. Auch die ständigen Attacken Haslauer gegen die sozialistische Bundesregierung wurden von der SPÖ-Landtagsfraktion keineswegs hingenommen. Klubobmann Walter Stockinger warf der ÖVP vor, sie deformiere den Landtag zu einem „*Forum des öffentlichen Geiferns gegen die sozialistische Bundesregierung*“<sup>20</sup>.

Die persönliche Beziehung zwischen Moritz und Haslauer war allerdings besser als die zwischen Moritz und Lechner. Gestützt wurde dies durch die Tatsache, dass Moritz' Frau Gotelind eine Freundin in Freilassing hatte, die eine Cousine Haslauer war. „*Aber vom Ideologischen her war der gleiche tiefe Graben wie bei Lechner. Was die Festspiele anlangte, gab es die heftigsten Gegensätze. Ich kann mich erinnern, wie er mich bei einer Landtagsdebatte attackiert hat wegen meiner ‚linken‘ Kritik an den Festspielen.*“ Politik spielt sich aber stets auf zwei Bühnen ab. Auf der Vorderbühne – sichtbar für Medien und Wählerschaft – werden die ideologischen Messer gewetzt. Das ist die öffentliche Seite der Geschehnisse. Denn auf der politischen Hinterbühne – vom Publikum ungesehen – haben die beiden Spitzenpolitiker Haslauer und Moritz jede Woche intensive Gespräche geführt und alle laufenden Fragen durchbesprochen.

## 5. Die Stadt Salzburg als Seismograf politischer Umbrüche

Salzburg war zwar – nach allgemeinem österreichischen Verständnis – Provinz, hatte aber durch die Veränderung der europapolitischen Konstel-

lation nach dem Zweiten Weltkrieg der Bundeshauptstadt Wien in manchen Belangen den Rang abgelaufen. So brachte die Situierung des US-Hauptquartiers für Österreich in der Stadt Salzburg einen bedeutenden wirtschaftlichen Vorteil. Wien war hingegen durch den Verlust des wirtschaftlichen Hinterlandes seit dem Ersten Weltkrieg aus der einstigen Zentrallage an die Peripherie gerückt<sup>21</sup>. Daher hatten sich wegen der günstigen geografischen Position viele ausländische Firmen in Salzburg niedergelassen. Damit nahm Salzburg aber auch eine Vorreiterposition in der Wandlungsdynamik der Lebensstile und Werthaltungen ein<sup>22</sup>. Die Parteien verloren hier früher als anderswo ihre sinn- und heimatstiftende Funktion und ihre Problemlösungskompetenz. Als Agenda-Setter verharrten sie noch in den Lebenswelten der fünfziger und sechziger Jahre. Es gab bis in die siebziger Jahre weder im Landtag noch im Salzburger Gemeinderat eine Opposition, was die „Süddeutsche Zeitung“ veranlasste, diesen politischen Dämmerzustand als „Korruptionsfrieden zwischen den Parteien“ zu bezeichnen<sup>23</sup>.

Nun aber bahnte sich zu Beginn der siebziger Jahre in der Stadt Salzburg eine strukturelle Veränderung der Parteienlandschaft an. Unter der Bezeichnung „Vereinigte Bürgerinitiativen – Rettet Salzburg“ kämpften ökologisch orientierte Bürgergruppen unter der Leitung des Bäckermeisters Richard Hörl und des Schauspielers Herbert Fux gegen die Zerstörung der Stadt und den Ausverkauf der Altstadt, gegen Ausnahmegenehmigungen im Grünland, den Einfluss der Wohnbaugenossenschaften, gegen die Vermischung von Politik und Geschäft, das metastasenartige Auswuchern der Stadt ins Umland, gegen das Verkehrschaos und die Umweltbelastung. Den Anfang hatte bereits Mitte der sechziger Jahre der Kunsthistoriker der Universität Salzburg, Hans Sedlmayr, mit seiner Streitschrift „Die demolierte Schönheit – Ein Aufruf zur Rettung der Altstadt Salzburgs“ gesetzt. Das Buch begann mit dem für die Stadtpolitiker vernichtenden Satz: „*Es ist unmöglich, sich um Salzburg nicht zu sorgen*“. Der Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“, Karl-Heinz Ritschel, richtete in einem Leitartikel 1970 einen flammenden Appell an die Politik und bezeichnete die Stadt als „vermurkt“<sup>24</sup>.

Mit einer von der Politik ungebremsten Brutalität hatten Stadtplaner und Architekten in den fünfziger und sechziger Jahren riesige Wohnblöcke im Bahnhofsviertel, in Lehen und Itzling hochgezogen. Sie hatten mit jeder Traditionalität gebrochen und völlig ahistorische und inhomogene Architektur geschaffen. Salzburg bildete hier keine Ausnahme zu anderen Städten, daher bezeichnet der britische Historiker Tony Judt die Architekturge-schichte Europas in den sechziger Jahren „als wahrhaft schreckliche Epoche“<sup>25</sup>.

Anlass für Sedlmayrs und Ritschels flammende Appelle war ein von den Stadtparteien beschlossenes Stadtentwicklungsmodell, das eine gigan-

tische Bauentwicklung ermöglicht hätte. Das Modell ging von einem Wachstum der Stadt bis 1985 auf 155.000 und bis 2020 auf 220.770 Menschen aus. Daher beschwor Sedlmayr in seinem zweiten Buch „Stadt ohne Landschaft“ die politisch Verantwortlichen, die geplante Landschaftszerstörung fallen zu lassen<sup>26</sup>.

Dies führte im Jahr 1974 zu manifesten Widerständen und zu einem dramatischen Ringen um jedes vom Abbruch bedrohte Haus. Die beiden Aktivisten Richard Hörl und Herbert Fux vermochten mit Inseratenkampagnen die Verbauung von Freisaal mit einem Universitätscampus zu verhindern. Fux war es gelungen, aufgrund seines auch im Ausland hohen Bekanntheitsgrades internationale Prominenz aus Kunst, Politik und Wissenschaft zu gewinnen, gegen die weitere Zerstörung Salzburgs Proteste zu erheben.

Die etablierten Parteien standen den neuen Bürgerbewegungen ratlos gegenüber und versuchten, mit zwei Strategien sich ihrer zu entledigen. Zum einen waren sie bemüht, das eigene Funktionärskader gegen die Argumente und Anliegen der Grünbewegung zu immunisieren, und zum anderen wurden deren Exponenten als Feindbilder aufgebaut<sup>27</sup>. Herbert Fux wurde als „Nestbeschmutzer“, „Film-Ungustl“ und „Polit-Rowdy“ verächtlich gemacht. Die Stadtparteien hatten den von den gebildeten Schichten und der jüngeren Generation eingeleiteten Wertewandel verschlafen und verblieben weiterhin in ihren gewohnten politischen Bahnen. Auch waren ihnen nicht nur die neuen Themen, wie der Warencharakter von Umwelt und Baukultur und die deutlich zutage getretenen Demokratietiefdefizite sowie die neue Emotionalität der Grünbewegung völlig fremd, sie betrieben „business as usual“. Trotz des massiven Widerstandes durch die grüne Bewegung ging die planmäßige Zerstörung Salzburgs weiter. In Parsch entstand die Runkwegsiedlung, am Bahnhof der sogenannte Zylaturm und ständig neue Wohn- oder Bürosilos in den Stadtteilen Lehen, Itzling und an der Alpenstraße. Vor allem der Neubau des Café Winkler auf dem Mönchsberg oder der Borromäumsneubau am Mirabellgarten lieferten der Grünbewegung ständig neue Sympathisanten aus dem gebildeten und bürgerlichen Milieu.

Aufseiten der Sozialdemokratie in der Stadt ließen sich eindeutig folgende Fehlerquellen ausmachen: die Bürokratisierung der Partei, die Abgehobenheit der Mandatäre und Funktionäre und ihre mangelnde Sensibilität für neue Werthaltungen sowie der Glaube an einen ungebremsen wirtschaftlichen Aufschwung durch eine Bautätigkeit, die keinerlei Rücksicht auf das Stadtbild und den Naturhaushalt nahm.

Bei den Gemeinderatswahlen im Herbst 1977 gelang der Bürgerliste daher der Einzug ins Stadtparlament mit zwei Mandaten. Insgesamt hatten sich 3.800 SalzburgerInnen für die Ideen der Bürgerliste gewinnen lassen. Eine vom Salzburger Institut für Grundlagenforschung (IGF) erstellte

Wählerstromanalyse ergab folgendes Bild: Rund 50% der Bürgerlistenwähler stammten aus dem Wählerreservoir der ÖVP, 15 bis 20% aus dem der FPÖ und nur 5–10% aus dem der SPÖ. Von den Nichtwählern der letzten Gemeinderatswahl hatte die Bürgerliste 15–20% für sich aktivieren können<sup>28</sup>. Die Vermutung, dass die Bürgerliste daher vor allem für die rechten Parteien eine Gefahr darstelle, weil sie eine Partei der Villenbesitzer in Parsch und Aigen sei, ließ die SPÖ die Gefahr einer Erstarkung des grün-alternativen Potenzials nicht erkennen und in ihrem bisherigen Politikstil verharren. Mit einem aggressiven Stil bekämpften Hörl und Fux nun das Salzburger Konsensklima, das zur Profillosigkeit und Ununterscheidbarkeit der Parteienlandschaft geführt habe, das bestehende Kontroll- und das Demokratiedefizit. Im Mittelpunkt der Bürgerlistenaktivitäten standen die Aufdeckung von Wohnbauskandalen und der „Parteienpackelei“, Politikerprivilegien, verstärkter Grünlandschutz, Altstadterhaltung und vor allem die Forderung nach einer Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren.

Besonderas Hans Zyla, Geschäftsführer und Teilhaber mehrerer Wohnbauunternehmen, Landtagspräsident und Stadtparteiobmann der ÖVP, stand im Fadenkreuz der grünen Politrebellen. Für die „Salzburger Bautreuhand Ges.m.b.H.“ hatte er 20.000 Quadratmeter Grünland gekauft und dieses durch die Stadtpolitik in Bauland umwidmen wollen, wodurch er einen Gewinn von 19 Millionen Schilling erzielt hätte<sup>29</sup>. Auch ein weiterer Baulöwe, der ÖVP-Expolitiker Alois Reinthaler, geriet ins Visier der Bürgerliste. Unbeleckt von bisherigen Politusancen, ergriffen Fux und Hörl jede Gelegenheit, im Rathaus die anderen Parteien anzugreifen und mit ihren Anträgen und Anfragen die Gemeinderatssitzungen endlos in die Länge zu ziehen. Laut „Salzburger Nachrichten“ tobten die zwei Mandatäre als „Wildes Gjoad durch das Salzburger Rathaus.“<sup>30</sup>

Da die lang gedienten Salzburger Stadtväter den Rebellen keine wirksame Strategie entgegensetzen konnten und verbraucht waren, wurde mit einer Verjüngung des Führungspersonals reagiert. Dem ÖVP-Vizebürgermeister Franz Kläring folgte in der ÖVP Gerhardt Pacher. In der SPÖ erfolgte der Wechsel an der Spitze in zwei Etappen. Zunächst folgte der junge Landesbeamte Dipl. Ing Josef Reschen im Februar 1980 dem langjährigen Finanzreferenten Alois Hanselitsch als Stadtrat nach, um schon am 12. September 1980 Bürgermeister Heinrich Salfenauer zu beerben. Reschen hatte sich innerparteilich als Landesobmann des „Bundes sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler“ (BSA) zwar einen Namen gemacht, war aber in den von Gewerkschaft und Arbeiterkammer bestimmten Strukturen der Partei dennoch ein Außenseiter. Ihm stand jedoch der Gewerkschafter Gerhard Buchleitner als treuer Gefolgsmann und SPÖ-Stadtparteiobmann zur Seite.

## 6. Der Erfolg bei der ersten Wahl

Die Salzburger SPÖ war bemüht, ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1979, Herbert Moritz, als ernsthaften und nüchternen Sachpolitiker zu präsentieren, der eine Politik der Gags und des Augenzwinkerns ablehne. Moritz lud 200 Experten aus Wissenschaft und diversen Praxisbereichen ein, den Salzburg-Plan aus dem Jahre 1973 zu aktualisieren. Als Gemeindereferent besuchte er beinahe alle Salzburger Kommunen und hielt zahllose Sprechstage in den Bezirken ab. Als im Jahr 1978 der Pädagoge Sepp Baumgartner den 23 Jahre in der Landesregierung tätigen Walter Leitner als FPÖ-Parteiohmann und Regierungsmitglied beerbte, war klar, dass die Landtagswahl im Wesentlichen einen Zweikampf zwischen Haslauer und Moritz bringen würde. Moritz warnte nicht nur vor einer ÖVP-Absoluten („Nur ein paar Stimmen mehr und die ÖVP hat die ganze Macht im Land“), sondern unterstrich den Willen der Sozialisten zur Zusammenarbeit („Dr. Moritz – Miteinander für Salzburg“).

Die Wahlkampfturneeen der Spitzenkandidaten Haslauer und Moritz hätten nicht unterschiedlicher sein können. Während Landeshauptmann Haslauer sich in seinem silbergrauen Mercedes mit dem Kennzeichen „S1“ vor das jeweilige Gemeindeamt chauffieren ließ, wo Trachtenmusikkapelle, Bäuerinnen in Alttracht, der Bürgermeister und ÖVP-Ortsparteiohmann sowie ein nervöses Kinderpaar auf ihren Auftritt warteten, fuhr der sozialistische Spitzenkandidat etwa im Pinzgau in einem gecharterten Sonderzug der Krimmler Bahn von Ort zu Ort. Der damalige SN-Redakteur Arno Gasteiger, der 1984 von Haslauer in die Landesregierung geholt wurde, schrieb damals über den sozialistischen Spitzenmann: „*Moritz wirkt locker und gelöster als sonst, das Klischee vom kontaktarmen Intellektuellen trifft an diesem Nachmittag nicht zu*“<sup>31</sup>.

Die Landtagswahl 1979 fiel denn auch für die SPÖ als einzige Partei erfreulich aus. Mit einem Zugewinn von 2,9% konnte der Abstand zur ÖVP (-1,8%) von 11% auf 6,3% minimiert, ein Regierungs- und ein Landtagsmandat zusätzlich erobert werden. Die FPÖ konnte trotz eines Stimmenverlustes von 2,2% ihren Regierungssitz und ihre 5 Mandate halten. Für Herbert Moritz war der Gewinn ein persönlicher Prestigeerfolg, weil er das katastrophale Abschneiden seines Vorgängers Karl Steinocher von 1974 teilweise gutmachen konnte und das Ergebnis auch dem Wahlziel entsprach. Die Sozialisten mussten für ein Mandat den höchsten Preis zahlen, da sie für ein Reststimmenmandat 6.357 Stimmen, die Freiheitlichen 6.003 Stimmen, die ÖVP hingegen nur 5.269 Stimmen benötigte.

Aufgrund der Wahlschlappe führte die ÖVP eine Reihe von Personalrochaden durch. Der bisherige Finanzlandesrat Albert Steidl wechselte in den Nationalrat, Anton Bonimaier übernahm neben dem Agrar- auch das Finanzressort; der bisher bereits von der Bürgerliste heftig kritisierte Land-



tagspräsident Hans Zyla schied aus dem Landtag aus, blieb aber ÖVP-Stadtparteiobmann. Ihm folgte der Thalgauer Bürgermeister Hans Schmiedinger als Landtagspräsident nach. Neuer ÖVP-LandesparteiSekretär wurde Franz Schausberger. Landesrat Hans Katschthaler, der in der abgelaufenen Legislaturperiode auch die Funktion des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates ausgeübt hatte, musste dieses Amt an den jungen AHS-Direktor Gerhard Schäffer abtreten.

Bei der Besetzung des gewonnenen Regierungssitzes hatte Moritz die Wahl zwischen dem altgedienten Bürmooser Bürgermeister und Zweiten Landtagspräsidenten Karl Zillner und dem jungen LandesparteiSekretär Wolfgang Radlegger. Moritz entschied sich für den politischen Jungstar Radlegger, zumal Zillner ihm auch bei der letzten LandesparteiKonferenz in Hallein mit seinen Angriffen gegen die eigene Bundesregierung nicht nur die Show gestohlen, sondern der Konferenz insgesamt die positive Aufbruchstimmung geraubt hatte.

Das Jahr 1979 bescherte der Bevölkerung aber bereits zwei Monate später erneut eine Wahl: am 6. Mai musste der Nationalrat gewählt werden. Nach neun Jahren Alleinherrschaft auf Bundesebene zeigten sich erstmals erkennbare Schwächen, die allerdings durch das politische Naturtalent Bruno Kreisky überdeckt wurden. Im Energieplan des Jahres 1976, der auf das Energiekonzept der ÖVP-Alleinregierung unter Josef Klaus zurückging, war der Bau von insgesamt drei Kernkraftwerken in Österreich vorgesehen gewesen. Nach der Errichtung des ersten dieser AKWs im niederösterreichischen Zwentendorf gab es allerdings starke Proteste von großen Teilen der Bevölkerung. Die damalige ÖVP unter ihrem Parteiobmann Josef Taus sah eine einmalige Chance, den übermächtigen Bundeskanzler Kreisky zu stürzen. Dieser hatte im Falle eines Votums gegen das AKW bei einer dafür angesetzten Volksabstimmung seinen Rücktritt angedroht. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,47% lehnte 1978 die Bevölkerung die Inbetriebnahme aber ab. Kreisky trat dennoch trotz verlorener Abstimmung nicht zurück und entschied sich für eine stille Liquidierung des 1 Milliarde Euro teuren Bauwerks.

Auch gab es bereits Nachfolgedebatten für die Zeit nach Kreisky, die durchaus auch die Gefahr einer Lagerbildung beinhalteten. Kreisky selbst hatte fünf Kronprinzen als mögliche Nachfolger genannt: Hannes Androsch, Karl Blecha, Heinz Fischer, Leopold Gratz und Fred Sinowatz. Die kluge Vorgangsweise Kreiskys, die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks an eine Volksabstimmung zu ketten und damit den Souverän zu stärken, führte dann zu Kreiskys größtem Wahltriumph bei der Nationalratswahl 1979. Der Salzburger SPÖ (44,9%) gelang es auch bei dieser Bundeswahl, die ÖVP (43%) um 1,9 Prozentpunkte erneut zu überrunden.

Im Sommer 1979 setzte es für die Salzburger SPÖ einen herben Rückschlag. Dem Klubobmann der SPÖ-Landtagsfraktion, Walter Stockinger,

von Beruf Generaldirektorstellvertreter der Salzburger Sparkasse, und dem Bürgermeister von Badgastein, Rudolf Fornather, wurde vorgeworfen, aus den Finanznöten des verschuldeten Grandhotels „Gasteinerhof“ für sich persönliche Vorteile geschlagen zu haben, indem sie von den Besitzern günstig Grundstücke erworben hätten. In einem in politischen Parteien üblichen Pawlowschen Reflex wurde Stockinger vom Landespartei Vorstand rein gewaschen<sup>32</sup>. Doch schon wenige Tage später kündigte Stockinger als 56-Jähriger an, mit Jahresende beruflich in Pension zu gehen und trat schließlich auch von allen politischen Funktionen zurück. Landespartei chef Moritz hatte ihm klar gemacht, „was es bedeutet ein sozialistischer Mandatar zu sein“<sup>33</sup>. Ihm folgte als Klubobmann Robert Janschitz nach, der bereits 1953–1956 Kärntner Abgeordneter zum Nationalrat gewesen war und seit 1965 als dienstfrei gestellter Bundesheeroffizier dem Salzburger Landtag angehörte. In den Landtag rückte die Landessekretärin des SPÖ-nahen Pensionistenverbandes, Inge Stuchlik, nach. Zu einem offenen Schlagabtausch zwischen den Landespartei sekretären Franz Schausberger (ÖVP) und Peter Köpf (SPÖ) kam es, weil die Sozialdemokraten Vorwürfe erhoben, dass Landeshauptmann Wilfried Haslauer wegen seines Grundstückkaufs im Gasteinertal seit Monaten schweige<sup>34</sup>. Daraufhin kam es nachgerade zu einer Art „Kriegserklärung“ des Landeshauptmannes, der die Kontakte zu Moritz auf ein Mindestmaß reduzieren wollte<sup>35</sup>.

Die Temperaturen des „Salzburger Klimas“ rutschten in den Keller, als Landeshauptmann Haslauer die Kopflastigkeit der Zentralgewalten anprangerte und forderte, dass Landessozialversicherungseinrichtungen geschaffen werden sollten. Moritz hielt ihm einen kleinkarierten Kantönligeist entgegen, der sich mit den Kräfteverhältnissen des Bundes nicht abfinden könne. Die Tragfähigkeit von Sozialversicherungen auf Ebene der Länder sei viel zu gering<sup>36</sup>. Die Störanfälligkeit war sicher auf die Nervosität der beiden Großparteien vor den Gemeinderatswahlen im Oktober zurückzuführen. Ein breit gefächertes politisches Spannungsfeld hatte sich aufgebaut, weil es große Differenzen gab bezüglich der von der SPÖ geforderten Demokratisierung der Bezirksverwaltungen. Weitere Streitpunkte waren die von der ÖVP verlangte Einführung der Briefwahl, die für die SPÖ jedoch nicht verfassungskonform war.

Einig waren sich ÖVP und SPÖ jedoch in der Frage der Politikerprivilegien, die von der FPÖ angezündet worden war. Die Freiheitlichen verlangten, dass beamtete Politiker auf ihren zweiten Bezug verzichten sollten, während die großen Parteien eine Ruhebezugsregelung befürworteten. Zum damaligen Zeitpunkt waren Beamte als Politiker bei vollen Bezügen von ihrem Beruf für ihr politisches Mandat frei gestellt. Der schwierigste Brocken war aber zweifellos das Budget 1980. Die SPÖ verlangte für ihre Zustimmung mehr Unterstützung für kommunale Investitionen, den kostenlosen Kindergartenbesuch, die Lösung der Nahverkehrsproblematik

und die Übernahme einer Reihe von Gemeindestraßen durch das Land. Schließlich kam es, wie bei allen Budgetverhandlungen seit 1945, doch wieder zu einer einhelligen Zustimmung für den Landesvoranschlag<sup>37</sup>.

Die Gemeinderatswahlen vom 14. Oktober 1979 brachten sehr unterschiedliche Erfolge. So rutschte die SPÖ in Zell am See mit Bürgermeister Alois Latini von 15 Mandaten auf 13 Mandate ab, während der ins Schussfeld geratene Badgasteiner Bürgermeister und Leiter der Sparkassenfiliale, Rudolf Fornather, und der Bürgermeister von Bad Hofgastein, Volkhart Duxner, je drei Mandate hinzugewinnen konnten.

Ein Jahrzehnt sozialdemokratischer Vormachtstellung auf Bundesebene war vergangen, Kreiskys Ansehen in der Bevölkerung ungebrochen. Und doch steuerte die österreichische Sozialdemokratie auf eine schwere innerparteiliche Krise zu, die auch auf die Landesorganisationen ihre Auswirkungen haben würde. SPÖ-Übervater Kreisky hatte sich schon seit geraumer Zeit mit seinem politischen Ziehsohn, dem Finanzminister und Vizekanzler Hannes Androsch, wegen dessen privater Verquickung mit der Steuerberatungskanzlei Consultatio überworfen. Kreisky litt zudem unter den hohen Popularitätswerten des begabten und feschen Politstars, der zudem massiv die Unterstützung des ÖGB-Vorsitzenden Anton Benya genoss. Vom Wahlkampfeinsatz 1979 geschwächt und von Krankheit gezeichnet, zwang der Kanzler seiner Partei die Entscheidung auf,



*Bundeskanzler Helmut Schmidt, LHStv Herbert Moritz,  
Staatsminister Hans Jürgen Wischniewski*

zwischen ihm und Androsch zu wählen. Der große alte Mann der Sozialdemokratie versank in Wehleidigkeit und erkannte nicht, dass er bereits ein Mann der Vergangenheit war, Androsch jedoch die Zukunft darstellte. Im September 1980 gab Androsch sein Demissionsschreiben ab. Der Tiroler Herbert Salcher wurde neuer Finanzminister. Noch einmal hatte Kreisky einen Sieg davongetragen, es sollte jedoch sein letzter sein. Androsch wurde später auf Vorschlag Kreiskys Generaldirektor der Creditanstalt. Die SPÖ war durch diese Implosion und Selbstverstümmelung aber fortan geschwächt, der Herbst der erfolgreichen Partei angebrochen<sup>38</sup>.

## 7. Die Erosion des Parteiengefüges durch die Stadtwahl 1982

Die SPÖ hatte schon Anfang des Jahres 1982 mit innerparteilichen Problemen zu kämpfen. In Zell am See hatte Bürgermeister Alois Latini mit dem Neubau des Krankenhauses und einer schlampig geführten Gemeindeverwaltung die Stadt an den Rand des Konkurses getrieben. Moritz, Landespartei sekretär Peter Köpf und der Landesobmann der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Gemeindevertreter (ASG), Bürgermeister Karl Zillner, drängten daraufhin Latini zum Rücktritt, um den Mitte Juni stattfindenden Landesparteitag in Bad Gastein nicht mit dieser Affäre zu belasten. Zum neuen Zeller Bürgermeister wurde der Landtagsabgeordnete Walter Thaler gewählt. Beim Parteitag warnte Moritz seine Delegierten, die Grünen und Alternativen als politische Gegner zu unterschätzen und als politische Kurzzeitlebewesen einzustufen. Denn nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern auch für die Landespolitik und in den größeren Kommunen sei das Potenzial für diese neuen Gruppierungen durchaus gegeben.

Der junge Bürgermeister der Landeshauptstadt, Josef Reschen, hatte ein schweres Erbe übernommen. Zum einen war das Klima in der Gemeinde durch den Einzug der Bürgerliste rauer geworden. Eine größere Last stellte jedoch die Sanierung der Gemeindefinanzen dar, die wegen des Abzuges größerer Firmen in die angrenzenden Nachbargemeinden einen argen Aderlass erleiden hatten müssen. Dazu kam die unter seinem Vorgänger exorbitante Ausweitung der Darlehensaufnahmen, die innerhalb von acht Jahren eine Verdoppelung der Gemeindefinanzschulden verursacht hatte. Daher war Reschens erste Regierungszeit von einem rigorosen Sparkurs geprägt.

Der Gemeinderatswahlkampf 1982 in der Stadt Salzburg war von einer nie gekannten Konfrontation und einer Aggression gekennzeichnet, die von der „einzigsten Oppositionspartei“, der Bürgerliste, gegen die etablierten Parteien geführt wurde. Die Schwerpunkte der grün-alternativen Angriffe

waren wiederum die Probleme der Altstadt, der Grünlandschutz, Politikerprivilegien und die Demokratie- und Kontrolldefizite durch den „mündigen Bürger.“<sup>39</sup>

Die Bürgerliste hatte mit ihren zwei Mandataren aufgrund der Geschäftsordnung keine Möglichkeit gehabt, im Gemeinderat Anträge zu stellen. Daher bediente sie sich mit großem Erfolg der Anfragen. So wurden in einer Sitzung oft nicht weniger als 20 Anfragen eingebracht, die zu sehr heftigen Debatten führten und die Gemeinderatssitzungen plötzlich für Medien und Bevölkerung sehr interessant werden ließen. Eine völlig neuartige und wirkungsvolle Methode, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, bildeten die von der Bürgerliste geschalteten Anzeigen in den „Salzburger Nachrichten“, in denen die Verantwortlichen für politische Mängel in der Stadtpolitik schonungslos gegeißelt wurden. Die Angriffe galten vor allem dem ÖVP-Stadtparteiobmann Hans Zyla, der sieben Prozesse gegen die Bürgerliste angestrengt, aber alle verloren hatte. *„Die Altstadt wurde zu einem Eldorado von Geschäftemachern, die vor nichts zurückscheuen. Die verbliebenen Bewohner und kleinen Geschäftsleute haben sich dem Diktat einiger weniger zu beugen. Wer sich der Zerstörungs- und Spekulationswut der ÖVP entgegenstellt, wird als Anhänger eines Altstadtmuseums infam diffamiert.“*<sup>40</sup> Mit Äußerungen dieser Schärfe traten die Grünen überdeutlich in Erscheinung und konnten sich eines zusätzlichen medialen Echos sicher sein.

Durch den Gemeinderat Ekkehard Ziesel, einen Richter des Landesgerichtes Salzburg, wurde aufgedeckt, dass seit 1973 Millionen Schilling an Steuerrückvergütungen an Mandatare ausbezahlt worden waren<sup>41</sup> und dass die Tätigkeiten eines Ausschussvorsitzenden sehr lukrativ waren. Zudem hatten sich die Stadtväter ihre Bezüge ohne jede Transparenz um 60% erhöht. Mit dem Wahlslogan „Freier Bürger oder Untertan“ sicherte sich die Bürgerliste im Wahlkampf jedenfalls die volle Aufmerksamkeit der WählerInnen. Die SPÖ mit ihrem dynamischen Bürgermeister Reschen zielte in ihren Themenschwerpunkten vor allem auf die Beseitigung des akuten Mangels an Wohnungen und versuchte mit einem Sympathiewahlkampf für ihren Spitzenkandidaten zu punkten.

Die Gemeinderatswahl am 3. Oktober 1982 wurde erwartungsgemäß zu einem Debakel für die etablierten Parteien. Die Bürgerliste erzielte 17,7% der Stimmen (+12,11%), konnte fünf Gemeinderatsmandate erringen und die FPÖ vom dritten Platz verdrängen. ÖVP (-4,29%) und FPÖ (-6,29%) verloren jeweils zwei Mandate, die SPÖ kam mit einem blauen Auge davon und büßte nur ein Mandat ein (-1,9%). Die vom Institut für Grundlagenforschung (IGF) erstellte Wählerstromanalyse<sup>42</sup> zeigte, dass die Bürgerliste wiederum von der ÖVP die meisten Stimmen errungen hatte. Die Hälfte der FPÖ-Verluste ging an die Bürgerliste, die SPÖ hatte hingegen hauptsächlich an Nichtwähler, kaum jedoch an die Bürgerliste verloren. Vorrang

gig waren es also überdurchschnittlich gebildete Schichten, aus Beamten-, Angestellten- und Selbstständigenkreisen kommend, mit einem höheren Monatseinkommen ausgestattet, die der Bürgerliste diesen fulminanten Erfolg verschafft hatten.

Auch die Altersstruktur der Bürgerlistenwähler war für die etablierten Parteien schockierend: 38% waren unter 30 Jahre alt, 53% zwischen 30 und 40 Jahren und nur 9% über 50 Jahre. Die Bürgerliste hatte also bei den höheren Bildungs- und Einkommensschichten und bei den Jungen kräftig abgeräumt. Die IGF-Umfrage wies auf ein weiteres fatales Signal hin: Rund zwei Drittel der bis 24-Jährigen und die Hälfte der bis 30-jährigen war der Wahl fern geblieben. Eine ganze Generation junger Stadt-SalzbürgerInnen war sichtlich nicht mehr gewillt, sich dem traditionellen Lagerdenken verpflichtet zu fühlen und eine dauerhafte Parteibindung einzugehen. Das stabile Wahlverhalten in der Zweiten Republik war ins Rutschen gekommen.

Mit Johannes Voggenhuber zog erstmals in Österreich eine grün-alternative Partei in eine Stadtregierung ein. Der Salzburger Politologe Herbert Dachs bescheinigte der jungen Bewegung, dass sie „alles andere als extrem gepolte umsturzberedete Randexistenzen“ seien. Ihre politische Zielsetzung sei nicht auf den Sturz, sondern auf die Reform des Systems ausgerichtet gewesen<sup>43</sup>.

Dieser politische Erdbebenzug in der Landeshauptstadt zog in den Parteien Konsequenzen nach sich. Der so heftig attackierte ÖVP-Stadtparteiobmann Hans Zyla trat noch am Wahlabend zurück. Zudem erzwang Landeshauptmann Haslauer den Rückzug altgedienter, aber verbrauchter ÖVP-Kommunalpolitiker, die von jungen Kräften (Fritz Peham, Renatus Capek, Karl Mayr und Toni Bucek) abgelöst wurden. Der freiheitliche Stadtrat und Landesparteiobermann Waldemar Steiner schied ebenfalls aus der Politik aus, und beim Landesparteitag der Freiheitlichen löste der Mattseer Holzhändler Sepp Wiesner den harmoniebedürftigen FPÖ-Landesrat Sepp Baumgartner als Parteiobmann in einer Kampfabstimmung ab. Das freiheitliche Urgestein Walter Leitner, der 24 Jahre als Landesrat in der Regierung gesessen war, warf daraufhin seiner Partei Desperado- und Selbstmörderpolitik vor. Die SPÖ verharrte sträflicherweise in ihrem Glauben, dass die Bürgerliste gar keine echte Grünbewegung sei, sondern eine bürgerlich, konservative Protestbewegung. Sie verkannte, dass gerade die gebildeten Aufsteiger der Kreisky-Ära, die einen Teil des Weges mit der SPÖ gegangen waren, sich ebenso mit einem Gutteil der grünen Anschuldigungen identifizierte.

Im Dezember 1982 musste die ÖVP einen personellen Aderlass hinnehmen, denn der Landesfinanz- und Agrarreferent Anton Bonimaier trat als Landesrat zurück. Er hatte seit seinem Eintritt in die Landesregierung im Jahr 1977 in ungerechtfertigter Weise weiterhin sein Gehalt als

Direktor der Landwirtschaftsschule Kleßheim bezogen. Landeshauptmann Haslauer gelang es, trotz großer Widerstände vonseiten einiger maßgeblicher Bauernfunktionäre<sup>44</sup> den angesehenen Landesjägermeister Baron Friedrich Mayr-Melnhof als Quereinsteiger in die Regierung zu holen.

## 8. Die Ernüchterung

Das Jahr 1983 stellte für die sozialdemokratische Partei Österreichs eine politische Zäsur dar. Auch wenn man die psychologischen Auswirkungen von politischen Gewichtsverschiebungen in den anderen europäischen Staaten nicht überbewerten sollte, so sah sich der deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf in diesem Jahr veranlasst, seine These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ zu verkünden<sup>45</sup>. In England regierte seit 1979 die „eiserne Lady“ Margaret Thatcher, Ronald Reagan war seit 1981 Präsident der USA, und der CDU-Politiker Helmut Kohl war 1982 Bundeskanzler geworden. Die gesellschaftlichen Strukturen hatten sich verändert, in den modernen Industriegesellschaften hatte sich der Anteil der Dienstleistungsbetriebe enorm gesteigert, die Zahl der klassischen Arbeiterschaft war zurückgegangen. Dahrendorf meinte damit, dass sich die klassische sozialdemokratische Politik aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen erschöpft habe. Wollte die Sozialdemokratie Wahlen gewinnen, müsse sie andere Politikfelder beachten als in den vergangenen Jahrzehnten (s. dazu Kapitel 1.6).

Dahrendorfs Erkenntnis schien auch für Österreich Gültigkeit zu haben. Denn bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat des Jahres 1983 kam es zu gravierenden politischen Gewichtsverschiebungen zu Ungunsten der SPÖ. Nach den glänzenden Wahlergebnissen der Jahre 1971, 1975 und 1979, als die SPÖ stets die ÖVP überrundet und absolute Mehrheiten eingefahren hatte, mussten sich die Sozialisten mit 47,7% der Stimmen (-3,3%) und einer relativen Mehrheit begnügen. Kreisky selbst gesteht in seinen Memoiren<sup>46</sup>, dass eine der Ursachen für die Wahlniederlage im sogenannten Mallorca-Paket begründet war. Dieses mit Finanzminister Herbert Salcher in seinem Ferienhaus in Mallorca erarbeitete Konzept sollte eine Budgetpolitik einleiten, die den Erfordernissen einer schweren Wirtschaftskrise, die damals auch Österreich zu erfassen drohte, gerecht wurde. Kreisky war überzeugt, dass man den Wählern vor der Wahl sagen müsse, welche Belastungen auf sie zukommen würden.

In Salzburg, wo die SPÖ bei den letzten drei Bundeswahlen stets vor der ÖVP gelegen war, erreichte sie nur mehr 41,3% (ÖVP: 46,1%). Nach 13 Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung veränderte sich nun die politische Landschaft. Um die ÖVP weiterhin von der Macht fernzuhalten,

ging Kreisky, der selbst aus Gesundheitsgründen nicht mehr einer Regierung vorstehen wollte, eine ungeliebte Koalition mit der FPÖ ein. Der langjährige Unterrichtsminister Fred Sinowatz wurde neuer Bundeskanzler, der Rechtsanwalt Norbert Steger (FPÖ) Vizekanzler. Steger war bemüht, seine Partei „vom Image der ehemaligen Nazi-Mitglieder-Partei zu befreien.“<sup>47</sup> Doch schon 1985, als FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager den SS-Kriegsverbrecher Walter Reder nach dessen Haftentlassung empfing, zeigte sich, dass die Transformation nicht gelingen würde und die FPÖ den Sozialdemokraten wie ein Klotz am Bein hing. Mit der Bildung einer Kleinen Koalition von SPÖ und FPÖ auf Bundesebene witterte vor allem die ÖVP in Salzburg Morgenluft.

Von einem schweren Schlag wurde die Landes-SPÖ im Juli 1983 getroffen, als sich der Zweite Landtagspräsident und Bürgermeister von Bürmoos, Karl Zillner, für alle unerwartet das Leben nahm. Er war seit 1964 im Landtag, übernahm 1969 die Funktion des Klubobmannes und bekleidete seit 1974 die Funktion des Zweiten Landtagspräsidenten. Der Gemeinde Bürmoos war er seit ihrer Gründung im Jahr 1967 vorgestanden. Zillner war nicht immer ein bequemer Genosse gewesen, sondern hatte mit seiner zumeist sehr vehement vorgebrachten Kritik auch innerparteilich oft für Wirbel gesorgt. Zuletzt hatte er sehr deutlich gegen die SPÖ-FPÖ-Koalition auf Bundesebene Stellung bezogen. Seine Bürmooser waren aber immer hinter ihm gestanden und hatten bei der letzten Gemeindevertretungswahl 1979 der SPÖ unglaubliche 90% Zustimmung verschafft<sup>48</sup>. Zillners Funktion im Landesparlament übernahm der Halleiner Abgeordnete Johann Pitzler, in den Landtag rückte der Bundesheerbedienstete Walter Rieser aus Wals nach.

Für die Landtagswahl am 25. März 1984 wählte die SPÖ diesmal nicht den Weg der Erarbeitung eines umfassenden Programmentwurfs durch Experten, sondern führte eine umfangreiche Erhebung unter 700 Funktionären durch. Die dadurch ermittelten Vorschläge und Kritikpunkte wurden sodann in 16 Arbeitskreisen, die aus Landespolitikern und nahestehenden Experten bestanden, in ein Landeswahlprogramm eingearbeitet. Die Partei erhoffte sich dadurch mehr Basiskontakt und Rückbindung an die Bewusstseinslage der Mitglieder. Denn aufgrund von Meinungsumfragen drohte bei den Landtagswahlen im März 1984 eine absolute ÖVP-Mehrheit. Daher galt es, Mitglieder und Funktionäre mehr als bisher für die Wahlbewegung zu motivieren. Die schlechte Ausgangslage seit der letzten Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg, die neue bundespolitische Konstellation und die Kandidatur der „Grün-Alternativen Bürgerliste“ bei den Landtagswahlen schienen keine besonders günstigen Vorzeichen zu sein. Die Gefahr einer absoluten ÖVP-Mehrheit wurde auch durch die innerparteilichen Turbulenzen der FPÖ verstärkt, zumal 1983 der freiheitliche Landesrat Sepp Baumgartner mit unschöner Begleitmusik durch Sepp Wiesner



ersetzt worden war. Moritz wusste um die Dramatik der Landtagswahl am 25. März 1984, wenn es der ÖVP gelang, den Zuwachstrend der vorjährigen Nationalratswahl zu verstärken. Unter dem Motto „Dr. Moritz – Ein Mann. Ein Wort. Zusammenarbeit!“ appellierte die SPÖ an die SalzburgerInnen, keine niederösterreichischen Verhältnisse mit allen möglichen Folgewirkungen zuzulassen.

Herbert Moritz musste in den eigenen Reihen wegen seines rigorosen Eintretens für den Umweltschutz Widerstände erfahren. So äußerte sein Regierungskollege Wolfgang Radlegger heftige Bedenken gegen seinen Abwehrkampf gegen Bauprojekte der Grundig-Stiftung am Ufer des Fuschlsees. Während die ÖVP diese Angelegenheit auf die Zeit nach den Wahlen aufschieben wollte, nahm Moritz Widerstände und Schwierigkeiten trotzig in Kauf, im Bewusstsein, einer nachwachsenden jüngeren Generation Beispiel für ein ehrliches und überzeugendes Engagement für ein Zukunftsthema zu geben. Doch am 14. November segnete eine Mehrheit von ÖVP und FPÖ in der Landesregierung den Schwarzbau der Grundig-Stiftung ab. Dies veranlasste Moritz zum Angriff auf *„jene politischen Kräfte, denen die Interessen eines ausländischen Multikonzerns wichtiger waren als der Schutz einer der schönsten Seelandschaften und das Wohl der Erholung suchenden Salzburger Bevölkerung“*<sup>49</sup>.

Trotz der Warnung vor einer drohenden Übermacht der ÖVP betrieb die SPÖ keinesfalls einen aggressiven Wahlkampf, sondern legte das Schwergewicht auf ihren Frontmann Dr. Moritz und seine vollbrachten Leistungen. Unter dem Slogan „Für ein neues Miteinander“ betonte man die Bereitschaft der Sozialisten zur Zusammenarbeit. Wie kaum eine Wahl vorher stand aber die Landtagswahl 1984 unter einem besonders schlechten bundespolitischen Stern. Die noch von Kreisky initiierte und von Sinowatz geführte SPÖ-FPÖ-Koalition grundelte in einem verheerenden Stimmungstief. Die vom Vizekanzler Norbert Steger geführte Freiheitliche Partei befand sich in einer Zerreißprobe und einer Identitätskrise zwischen den Polen liberal und national. ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer wusste daraus geschickt politisches Kapital zu schlagen und wurde nicht satt, auf die Ermüdungstendenzen der seit 14 Jahren regierenden Bundes-SPÖ hinzuweisen.

Die Wahl brachte denn für die ÖVP die von den Sozialisten befürchtete absolute Mehrheit in Regierung und Landtag. Die SPÖ verlor 4% der Stimmen und ein Landtagsmandat, die FPÖ flog mit einem Verlust von 4,6% aus der Regierung. Zu den Wahlverlierern zählten aber auch die Grünalternativen (GABL), die mit 4,3% der Stimmen weit unter ihrem erhofften Ergebnis blieben. Die Stütze der SPÖ waren ihre Stammwähler, denn von früheren Nichtwählern oder FPÖ-Wählern konnte die SPÖ nichts einheimsen. Besonders harte Verluste mussten die Sozialdemokraten in Gemeinden mit hohen Arbeiteranteilen und in ihren eigenen Hochburgen hinnehmen<sup>50</sup>. Von den traditionellen SPÖ-Gemeinden Bischofshofen,

Hallein, Saalfelden, Mittersill, Radstadt, den Gasteiner Gemeinden und Zell am See konnte nur Mittersill eine Steigerung um 2,4 Prozentpunkte verzeichnen.

Als neue SPÖ-Abgeordnete zogen der Vizebürgermeister von Hallein, Franz Kurz, und der Postbeamte Manfred Gruber aus Badgastein in den Landtag. Die bisherige Bundesratsabgeordnete Ricky Veichtlbauer wechselte in den Landtag. Der siegreiche Landeshauptmann Haslauer holte sich zur Verstärkung seines Teams den jungen SN-Journalisten Arno Gasteiger als Quereinsteiger in die Regierung und übertrug ihm das Wirtschafts- und Fremdenverkehrsressort. In den Parteienvereinbarungen konnten die Sozialisten ihre angestammten Ressorts aber im Wesentlichen weiter behalten.

## 9. Der krönende Abschluss: Minister für Unterricht und Kunst

Im Herbst 1984 wurde wegen des Ausscheidens von Helmut Zilk, der zum Wiener Bürgermeister gewählt wurde, die Position des Ministers für Unterricht und Kunst frei. Herbert Moritz folgte der Einladung von Bundeskanzler Fred Sinowatz in der Erwartung, *„dass es in Koalition mit der FPÖ endlich zu jener Allianz zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus kommen werde, die die Geschichte unserem Land bis dahin versagt hatte“*<sup>51</sup>.

Die Zeit der sozialliberalen Koalition auf Bundesebene war eine Zeit der politischen Transformation. Durch das Beharren des Gewerkschaftsbundes auf den Bau des Donaukraftwerks in der Stopfenreuther Au bei Hainburg, also auf einer streng wirtschaftsorientierten Energiepolitik, die von der Bundesregierung massiv unterstützt wurde, kam es in der Folge zu heftigen Kontroversen mit ökologisch orientierten Studenten, die unter der Führung des Journalisten Günther Nenning, der Gattin des ehemaligen Chefredakteurs der Arbeiterzeitung Freda Meissner-Blau und mit Unterstützung der Kronen Zeitung tagelang der Polizei und Mitgliedern der Baugewerkschaft Widerstand boten. Aus dieser Bewegung rekrutierten sich die späteren Proponenten für die neue Partei der Grünen.

In seiner Funktion als Unterrichtsminister hatte Moritz auf ÖVP-Seite den Salzburger Gerhard Schäffer als politischen Kontrahenten, der jedoch aufgrund der (damals noch vorgeschriebenen) notwendigen Verfassungsmehrheit alle wesentlichen Gesetzesmaterien blockieren konnte. *„Schäffer hat sich in Positionen einbetoniert, das kann man sich gar nicht vorstellen, obwohl ich immer wieder versucht habe, mit der ÖVP im Gespräch zu bleiben. Sehr hilfreich war Sektionschef Leo Leitner. Dieser war als ÖVP-Mann vom damaligen Unterrichtsminister Dr. Alois Mock als Sektionschef etabliert worden. Er war aber loyal und in der Bildungspolitik durchaus aufgeschlossen ...*

*Einmal sind Sektionschef Leitner und ich in Salzburg gemeinsam zu Schöffler gegangen, um mit ihm Probleme zu besprechen. So weit ging meine Bereitschaft mit der ÖVP, die in Opposition war, zu verhandeln. Aber von Schöfflers Seite herrschte völlige Ablehnung.“*

Dennoch konnte Moritz die wortidenten Lehrpläne für die Unterstufe der AHS und der Hauptschule durchsetzen, eine Reform der Reifeprüfung mit der Einführung von Fachbereichsarbeiten und die Einführung von Kollegs erreichen. Stolz ist Moritz auch auf die Rechtschreibreform, die in seiner Amtszeit als Unterrichtsminister begonnen wurde. Um die ÖVP einzubinden, hat Moritz die Frau des früheren Unterrichtsministers, Dr. Edith Mock, in die Kommission berufen.

In der sozial-liberalen Koalition war sein Gesprächspartner der langjährige Obmann der FPÖ, Friedrich Peter. *„Die FPÖ hat bei allem mitgetan, was mit einfach-gesetzlichen Mehrheiten möglich war. Hätte es die Möglichkeit der Zwei-Drittel-Mehrheit nicht gegeben, hätten wir damals die Gesamtschule durchgebracht. Damals wäre das mit der FPÖ gegangen“.*

Aber nicht nur mit der Oppositionspartei ÖVP und deren Schulsprecher hatte Moritz seine Zores, auch in den eigenen Reihen gab es Widerstände zu überwinden. So legte sich sein Regierungskollege, Finanzminister Dr. Franz Vranitzky, quer, als es um die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen ging. Moritz musste Bundeskanzler Sinowatz einschalten: *„Ich hab schließlich dem Sinowatz gesagt: Die Senkung der Schülerhöchstzahlen hast Du schon vorgehabt, ich möchte sie jetzt durchführen. Sag dem Vranitzky, wenn er dem nicht zustimmt, bin ich fort. Das lass ich mir nicht gefallen. Das hat mir das Missfallen des Vranitzky eingetragen“.*

Obwohl Moritz den neuen Finanzminister Vranitzky als geradlinigen, berechenbaren und glaubwürdigen Politiker sehr geschätzt hat, war er bestürzt über den neoliberalen Kurs, den die ÖVP verkündet hatte und den Vranitzky nun realisierte. In dieser Zeit begann in der SPÖ die Akzeptanz eines ungebremst agierenden globalen Kapitalismus. Gerade dadurch aber konnte sich die populistisch gebärende FPÖ zu einer stets wachsenden Bewegung entfalten, in der die Unzufriedenen ihr politisches Sammelbecken fanden. Der Rechtspopulist Jörg Haider machte die Immigranten, die selbst die größten Opfer der Globalisierung sind, als Urheber fest und nicht die großen Weltkonzerne und Finanzjongleure.

Doch gab es auch volle Zustimmung von Moritz für Vranitzky, was dessen Haltung gegenüber Bundespräsident Kurt Waldheim und seine Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit Österreichs in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts betraf. Moritz konnte zum Abschluss der sehr erfolgreichen Ausstellung „Wien 1900“ im Museum of Modern Art in New York die Rede halten. Anstelle der bisherigen Opfertheorie Österreichs gab Moritz vor einem tausendköpfigen Publikum – entgegen dem vom Außenamt gelieferten Rede-

vorschlag – ein klares Bekenntnis gegen das Vergessen, Verdrängen und Verschweigen österreichischer Mitschuld ab<sup>52</sup>.

Die Bundespräsidentenwahl am 4. 5. 1986 (1. Wahlgang) und am 8. 6. 1986 (2. Wahlgang) sollte nicht nur die politische Landschaft Österreichs und das Problem der Vergangenheitsbewältigung neu ordnen, sondern auch für den Werdegang des Herbert Moritz einen Einschnitt bringen. Mit der Auseinandersetzung der SPÖ um die Kriegsvergangenheit des ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim, die in „Profil“ und der „New York Times“ Anfang März 1986 thematisiert worden war, begann ein für den SPÖ-Kandidaten Kurt Steyrer negativer Trend. Waldheim hatte seine Offizierslaufbahn im Balkankrieg verschwiegen, was von der internationalen Presse als Vertuschungsversuch aufgefasst wurde. Eine „Mobilisierung der Gefühle“ (Josef Haslinger) seitens der ÖVP versuchte, die Kritik an Waldheim, der in der deutschen Wehrmacht „nur seine Pflicht erfüllt“ habe, als generelle Diffamierung der gesamten Kriegsgeneration hinzustellen. Waldheim zu wählen war plötzlich nicht mehr eine Frage der politischen Gesinnung, sondern die notwendige Abwehrpflicht der ÖsterreicherInnen gegen die Angriffe der amerikanischen Ostküste. Im zweiten Wahlgang siegte der ÖVP-Kandidat Waldheim (53,9%) gegen den SPÖ-Konkurrenten Kurt Steyrer (46,1%).

Am 10. Juni 1986, also zwei Tage nach Waldheims Sieg, verlieh Moritz ehemaligen Schülern des Wiener Gymnasiums an der Stubenbastei, die 1938 von der Schule aus rassistischen Gründen verwiesen worden und emigriert waren, die Ehrenmatura. Darunter befanden sich der Nuklearphysiker Georges Temmer, der Universitätsprofessor Egon Schwarz und der Herausgeber von „Time“ und damalige Botschafter der USA in Wien, Henry A. Grunwald. Eine Woche zuvor hatte „Time“ unserem Land eine Titelstory gewidmet: „Austria, the Art of Forgetting“<sup>53</sup>. Dieser kleine Beitrag zur Vergangenheitserhellung und -bewältigung wurde zwiespältig aufgenommen: Während der österreichische Schriftsteller Josef Haslinger ihn als „hinterlistige Farce“<sup>54</sup> bezeichnete, trug er Moritz vonseiten Kreiskys das Lob ein, er sei ein „*unkonventioneller Unterrichtsminister und prächtiger Mann*“<sup>55</sup>.

Als am Abend des Wahlsiegs von Kurt Waldheim Sinowatz zurücktrat und Vranitzky Bundeskanzler wurde, wusste Moritz, dass seine Tage in der Bundespolitik gezählt waren. Da Vranitzky wegen des Putsches von Jörg Haider gegen Vizekanzler Dr. Norbert Steger die sozialliberale Koalition aufkündigte, waren Neuwahlen die Folge, die von der SPÖ entgegen dem erwarteten Wahlsieg der ÖVP gewonnen werden konnten. Zu Neujahr 1986/87 schrieb Moritz an Vranitzky einen Brief, dass er der neuen Bundesregierung nicht mehr angehören wolle. Als nunmehr Sechzigjähriger schied Herbert Moritz aus der Politik aus.

## 10. Markenzeichen: Geradlinigkeit und Grundsatztreue

Der versierte Kulturpolitiker war aber weiterhin kulturpolitisch aktiv und nach seinem Ausscheiden aus der Politik noch sieben Jahre Mitglied des Kuratoriums der Salzburger Festspiele. Dort gelang es ihm als Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, die begleitende Kontrolle einzuführen. Da durch das Festspielgesetz Bund, Land und Stadt Salzburg den Abgang der Festspiele zu tragen haben, konnten die Festspiele Reserven anhäufen und sich der Subsidien der Gebietskörperschaften bedienen. Mit seiner Grundsatztreue und seiner Haltung, dass politische Geschäfte und Patronage abzulehnen seien, musste Moritz auch im Festspielkuratorium scheitern. Eines Tages holte ihn der neue Salzburger Landeshauptmann Hans Katschthaler zu sich und berichtete ihm, dass entgegen der Absichten des Landeshauptmannes (der bereits andere Zusagen gemacht hatte), man die frühere Nationalratsabgeordnete und Präsidentin der Wirtschaftskammer Salzburg, Dr. Helga Rabl-Stadler, auf Druck des Bundes ins Direktorium der Festspiele nehmen wolle, mit der Zielsetzung, sie später zur Präsidentin zu machen. Gegen Rabl-Stadler als Direktoriumsmitglied mit einem beschränkten Aufgabenkreis hatte Moritz nichts einzuwenden, aber als Präsidentin war sie für ihn unvorstellbar. Schon Rabl-Stadlers Vater, der ehemalige ORF-General Gerd Bacher, hatte Anfang der achtziger Jahre versucht, Festspielpräsident zu werden, was nicht zuletzt am Widerstand von Herbert Moritz gescheitert war. Nun wollte seine Tochter Helga Rabl-Stadler, der es nicht gelungen war, den Präsidenten der Wirtschaftskammer, Leopold Maderthaner, und Handelsminister Hannes Farnleitner in ihren Funktionen auszubooten, diese Position. Zudem stand Landeshauptmann Hans Katschthaler, der Rabl-Stadler und Gerhard Schäffer aus dem Nationalrat abgezogen hatte, in ihrer Schuld.

Moritz rief daraufhin seinen Nachfolger im Unterrichtsministerium, Dr. Rudolf Scholten, an und musste zu seiner Überraschung erfahren, dass Rabl-Stadlers Karrieresprung bereits fixe Sache war. *„Vranitzky hatte sich von Rabl-Stadler breitschlagen lassen und Scholten beauftragt, das Problem im Sinne Rabl-Stadlers zu lösen ... Ich habe Scholten gesagt, wenn Rabl-Stadler Präsidentin werden soll, musst Du mir eine schriftliche Weisung geben ... Außerdem habe ich ihn darauf aufmerksam gemacht, dass damals formal gar nicht mehr er, sondern das Ministerium von Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek nach dem Wortlaut des Festspielgesetzes zuständig war.“*<sup>56</sup>

Um Scholten nicht offen zu brüskieren, verfasste Moritz eine Rücktrittserklärung und den Entwurf eines gemeinsamen Kommuniqués, verwies jedoch auf den politischen Hintergrund seines Handelns. Trotz seines unverdienten Ausscheidens aus dem Festspielkuratorium hat Herbert Moritz auch bei den Salzburger Festspielen seine Spuren hinterlassen und



*Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Min. a. D. Herbert Moritz*

vor allem der fortschrittlichen Ära unter dem Intendanten Gerard Mortier auf den Weg geholfen.

Es ist nicht die Verbitterung eines heute mehr als Achtzigjährigen, sondern die kritische Observanz des Weltgeschehens, die ihm manchmal die Zornesröte ins Gesicht treibt. Vor allem bemängelt er, dass es nicht gelungen ist, gegen die Macht internationaler Konzerne und der weltweit vernetzten Finanzdienstleister eine sozialistische Internationale zu erhalten und einen Zusammenschluss der europäischen Gewerkschaften für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen den Transfer von Arbeitsplätzen in die Dritte Welt zu erreichen. „Pittermann war Vorsitzender der Sozialistischen Internationale. Bei einer Salzburger Tagung waren Erich Ollenhauer aus Deutschland, Hugh Gaitskell von der Labour Party, der französische Ministerpräsident Guy Mollet und Giuseppe Saragat hier und haben europäische und Weltthemen erörtert. Kreisky ist als Beauftragter der Internationale in einer Fact Finding Mission in den Nahen Osten gereist zur Vorbereitung einer Nahost-Friedensregelung. Wo ist das heute alles? Eine Internationale Gewerkschaftsbewegung gibt es keine mehr. Fritz Verzetnitsch war deren Obmann. Er hat nichts getan, um die demokratische Linie in den Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes zu unterstützen, dort eine Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Es sind die großen Dinge, die man außer Acht lässt. Dafür liefert man sich Scheingefechte und schaut, ob man brav im Fernsehen ist“.

Die konsequente Art seines politischen Handelns, die Geradlinigkeit, die oft mit Unnahbarkeit und intellektueller Überheblichkeit verwechselt wurde, haben Herbert Moritz vielleicht keine großartigen Popularitätswerte beschieden, der Salzburger Landespolitik aber insgesamt sehr gut getan. Er war zweifellos nicht der Mann der volksnahen Sprache und keinesfalls der laute Volkstribun, der es liebte in verrauchten Wirtshausstuben oder auf zugigen Marktplätzen die Menschen mit zornigen Reden aufzuwühlen. Seine Sache war es auch nicht, nörgelnden Querulanten in der eigenen Partei lächelnd zuzuhören und sich für ihre skurrilen Ratschläge zu bedanken. Er litt unter dem negativen Campaigning des politischen Gegners, der ihn als trockenen Intellektuellen bei den eigenen Genossen madig zu machen versuchte. Er war in vielen Bereichen seiner Zeit voraus. Wäre sein Eintreten für den Umweltschutz innerhalb der SPÖ stärker akzeptiert worden, wären viele junge Menschen aus der Studenten- und Lehrerschaft möglicherweise nicht zu den Grün-Alternativen übergelaufen und der SPÖ wäre ein beträchtlicher personeller Aderlass erspart geblieben.

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Moritz (2004), 11.
- <sup>2</sup> Dieses und die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders angeführt, aus einem von Walter Thaler mit Minister a.D. Herbert Moritz geführten Interview vom 6.3.2008.
- <sup>3</sup> s. Walter (2009), 9 ff.
- <sup>4</sup> Hoffmann, 247 ff.; Kremsmayer, 364.
- <sup>5</sup> s. Hoffmann.
- <sup>6</sup> Neugebauer/Schwarz, 241 ff.
- <sup>7</sup> a.a.O., 209 ff., Dopsch, 553 ff.
- <sup>8</sup> Neugebauer/Schwarz, 256.
- <sup>9</sup> Hoffmann, 259.
- <sup>10</sup> Moritz (2004), 15.
- <sup>11</sup> Dachs (1995b), 373.
- <sup>12</sup> Widrich war Pressechef der Salzburger Festspiele und Gatte der späteren ÖVP-Landesrätin Gerheid Widrich.
- <sup>13</sup> Moritz (2004), 68.
- <sup>14</sup> Brief des Herbert Moritz an Walter Thaler vom 13.3.2008.
- <sup>15</sup> Moritz (1976), 17.
- <sup>16</sup> a.a.O., 26.
- <sup>17</sup> Dachs (2001), 72.
- <sup>18</sup> Ardelt, 270–275.
- <sup>19</sup> Dachs (2001), 74.
- <sup>20</sup> a.a.O., 75.
- <sup>21</sup> Kriechbaumer (2000), 273.
- <sup>22</sup> a.a.O., 269 ff.
- <sup>23</sup> zitiert nach Ziesel, 168.
- <sup>24</sup> SN vom 5./6.12.1970.
- <sup>25</sup> Judt, 432 ff.

- <sup>26</sup> Voggenhuber, 54 ff.  
<sup>27</sup> a.a.O., 52.  
<sup>28</sup> Katzmann, 111.  
<sup>29</sup> Voggenhuber, 80 f.  
<sup>30</sup> SN Nr. 23 aus 1978; zit. nach Dopsch, 617.  
<sup>31</sup> SN vom 6.3.1979.  
<sup>32</sup> SN vom 4.9.1979.  
<sup>33</sup> SN vom 27.9.1979.  
<sup>34</sup> SN vom 28.9.1979.  
<sup>35</sup> SN vom 29.9.1979.  
<sup>36</sup> SN vom 14.9.1979.  
<sup>37</sup> SN vom 11.10.1979.  
<sup>38</sup> s. dazu Mauhart; Liegl/Pelinka.  
<sup>39</sup> s. Dachs (1983).  
<sup>40</sup> SN vom 30.9.1982.  
<sup>41</sup> Ziesel, 175.  
<sup>42</sup> SN vom 5.10.1982.  
<sup>43</sup> Dachs (2001), 82 f.  
<sup>44</sup> s. Thaler (2008a), 49–54.  
<sup>45</sup> Dahrendorf (1983), 17.  
<sup>46</sup> Kreisky, III. Bd., 298.  
<sup>47</sup> Oliver Rathkolb in: Der Standard vom 13.8.2008.  
<sup>48</sup> SN vom 12. und 13.7.1983, 5.  
<sup>49</sup> Salzburger Tagblatt Extra Nr. 7 vom März 1984.  
<sup>50</sup> SN vom 27. 3. 1984.  
<sup>51</sup> Moritz (2004), 166.  
<sup>52</sup> a.a.O., 165.  
<sup>53</sup> Haslinger, 100.  
<sup>54</sup> a.a.O., 100.  
<sup>55</sup> Kreisky, II Bd., 76.  
<sup>56</sup> Brief von Herbert Moritz an Walter Thaler vom 13.3.2008.



## **Wolfgang Radlegger (1984–1989): Das tragische Scheitern des Hoffnungsträgers**



*Wolfgang Radlegger*

### **1. Von Buenos Aires nach Grödig**

Als Wolfgang Radlegger Vorsitzender der Salzburger SPÖ wurde, hielten ihn nicht nur die eigenen Parteifreunde, sondern auch die politischen Kontrahenten für eines der größten politischen Talente, das für die höchsten Staatsämter die Befähigung besaß. Er hatte das rhetorische Talent, um die Menschen zu begeistern, dazu die Fähigkeit, auf neue gesellschaftliche Veränderungen sensibel zu reagieren und politische Grundsatzpositionen zu erarbeiten. Dazu war er von einer ungeheuren Arbeitswut erfasst, die keine Rücksicht nahm auf seine physische Begrenztheit. Was waren die Gründe, dass gerade ihm der große Erfolg versagt geblieben ist? Es war in erster Linie die Tatsache, dass er an Umständen scheiterte, die außerhalb seines Einflussbereiches lagen, und es war eine Freundschaft, die in frühen Jugendtagen begann, an der aber seine politische Karriere allzu früh zerbrechen sollte. Die Erfüllung seiner politischen Zielsetzungen, nämlich die Position des Landeshauptmannes einzunehmen, blieb ihm versagt. Daher ist sein Eintrag in das Buch der politischen Geschichte Salzburgs nicht

seinen ausgeprägten Fähigkeiten entsprechend. Aber als Vorstand der Wüstenrot Holding, eines umfassenden Finanzdienstleisters im europäischen Raum, konnte er nach dem Ausstieg aus der Politik seine Talente voll zur Geltung bringen.

Als Wolfgang Radlegger 1979 als 32-Jähriger in die Landesregierung einrückte, hatte er sich in der SPÖ schon den Ruf als dynamischer Parteireformer geschaffen. Denn sein innovatives, kommunikatives und organisatorisches Geschick war dem damaligen SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Karl Steinocher schon sehr früh ins Auge gestochen. Dies hatte Radlegger schon zuvor viele strategisch wichtige Positionen beschert: Landessekretär der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevertreter (ASG), Sekretär des SPÖ-Landtagsklubs und schließlich Landespartei sekretär. Einem weiteren Aufstieg auf der politischen Karriereleiter schien nichts im Wege zu stehen.

Dabei war sein Lebenslauf, geprägt von den materiellen und sozialen Unsicherheiten der Nachkriegszeit, gar nicht auf einen Werdegang in seinem Heimatland ausgelegt. Denn als er gerade mal zwei Jahre alt war, beschlossen seine Eltern, nach Argentinien auszuwandern. Bereits im Jahr 1923 war der Großvater mütterlicherseits nach Argentinien emigriert, und Radleggers Mutter, Irene Sazenhofen, war in Argentinien zur Welt gekommen. So besuchte Wolfgang die Grundschule in Buenos Aires. Erst als Achtjähriger kam er nach Österreich zurück, in eine Welt, die noch immer von den Auswirkungen der Kriegszeit und sozialer Not geprägt war.

*„Ich hab’ sehr viel später erfahren, dass Argentinien zu den fünf reichsten Ländern der Welt gehörte. Erst als ich nach Österreich kam, hab ich diesen Unterschied in einer sehr kleinen Perspektive zu registrieren begonnen, weil bei uns in Argentinien Fleisch zu den Grundnahrungsmitteln gehört hatte ...*

*Wir haben damals in Argentinien am Rande der Hauptstadt Buenos Aires gewohnt, in der Via Devoto. Heute ist das ein Teil der Innenstadt. Denn damals hat die Stadt zwei Millionen Einwohner gehabt, und heute hat sie 14 Millionen Einwohner. Am Hauptplatz sind drei wichtige Institutionen vertreten; das Cabildo, wo der Bürgermeister von Buenos Aires regiert, dann die Kathedrale, Zeichen der Dominanz der römisch-katholischen Kirche, und die Casa Rosada, der Präsidentenpalast. Wir sind immer dort gestanden und waren sehr beeindruckt von den großartigen Gebäuden. Und dann kamen wir nach Österreich, nach Grödig. Und ich wollte von meinem Großvater wissen, wo der Bürgermeister von Grödig wohnt, das war damals Bürgermeister Moser. Und da sind wir dann zum Fuß des Untersberges, da stand ein Mischding von Garage, Werkstätte und Tankstelle, und darüber gab es ein paar Wohnungen. Wir sind hinter das Haus gegangen und kamen zu einer Kellerwohnung, wo der Bürgermeister Moser mit seiner Frau gewohnt hat. Das war für mich Ausdruck einer anderen Welt, in die ich hineingekommen bin. Das waren meine ersten Erinnerungsfetzen.“<sup>1</sup>*

Als Schüler erlebte er auch nach dem Zweiten Weltkrieg die noch immer nicht vorhandene Identitätsbildung Österreichs, da das Land noch von den vier Besatzungsmächten kontrolliert war. Während in Argentinien die Schüler in Schuluniformen den Tag mit dem Hissen der argentinischen Fahne auf dem Schulhof begannen, wurde in Österreich der Schulalltag mit dem Morgengebet eingeleitet. Das einigende Band war demnach nicht der Stolz auf die eigene Nation, sondern der Glaube. *„Das Gefälle zwischen Arm und Reich war in Österreich damals noch nicht augenfällig. Wenngleich Fleisch eine Mangelware darstellte, so erlebte man die Entbehrung nicht, weil es auch in der Nachbarschaft keine reichen Leute gab, die jeden Tag aufgetischt haben. Man lebte auch zu einem Großteil davon, was der eigene Garten hergab, man ist also – um mit Karl Heinrich Waggerls Romantitel zu sprechen – in „Fröhlicher Armut“ aufgewachsen.“*

Seine politische Sozialisation erlebte Radlegger durch seinen Großvater. Dieser war kein sozialdemokratischer Theoretiker und hat ihm auch keine Literaturvorschläge gemacht, wie dies etwa Karl Emminger seinem Enkel Herbert Moritz gegenüber getan hat. Er war ein überzeugter Funktionär der Kinderfreunde und bis 1929 deren Obmann in Schwarzach gewesen. Als Lehrer hatte er die geltende politische Farbenlehre hautnah erlebt. Die Schulen wurden damals in patronagehafter Form zwischen den Parteien aufgeteilt, wobei aufgrund der politischen Stärkeverhältnisse ein deutliches Übergewicht seitens der Österreichischen Volkspartei gegeben war. Grödig war als „schwarze“ Schule definiert, daher hatte Radleggers Großvater auch keine Chance, jemals dort Direktor zu werden: *„Mein Großvater hat es als sehr schmerzlich empfunden und darunter gelitten, mit welcher perfiden Mitteln versucht wurde, ihn als Vertreter der Sozialdemokratie aus der Lehrerstelle zu entfernen. Das ist nicht gelungen, weil es immer wieder „anständige Bürgerliche“ gegeben hat, die gesagt haben: Das ist ein wirklich ordentlicher Lehrer, und den aus dem Amt zu vertreiben, nur weil er ein Sozi ist, das machen wir nicht mit“.*

Der Großvater hat dem Gymnasiasten vor allem seine Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit mitgegeben. Das Bild, das er seinem Enkel vermittelt hat, war natürlich ein einseitiges, aus der Perspektive der in der Ersten Republik verfolgten Sozialdemokraten und des politischen Kulturkampfes. *„Da gab es die politische Kirche und auf der anderen Seite die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat versucht, ein Gegenleben zum Bürgerlich-Klerikalen zu entwickeln. Die Kinderfreunde hatten hier eine wichtige Funktion, weil damit die Kirche nicht mehr die alleinige Anbieterin eines Gemeinschaftserlebnisses war“.*

Wie die meisten jungen Menschen in den fünfziger und sechziger Jahren hat Wolfgang Radlegger es nicht verstanden, warum die Zeit des Hitler-Faschismus sowohl in der Schule als auch in der eigenen Familie völlig ausgeblendet wurde, als hätte es diese Periode des politischen Irrsinns nicht

gegeben. Radleggers Vater, Jahrgang 1925, war seinen eigenen Aussagen zufolge selbst begeisterter Hitlerjunge gewesen. Aus den wenigen Aussagen seiner Mutter weiß Radlegger, dass in Grödig der Schneidermeister Dethfadel NSDAP-Ortsgruppenführer war. In Grödig war auch die Familie Mengele beheimatet, aus der Josef Mengele, der Lagerarzt von Auschwitz, stammte<sup>2</sup>.

Radleggers Vater wäre beinahe selbst ein Opfer des Regimes geworden, als bei einer der berüchtigten Säuberungsaktionen in Jugoslawien ein vorgesetzter Offizier ein Kind zwingen wollte, die Verstecke der Partisanen preiszugeben, indem er ihm die Pistole an den Kopf setzte. Daraufhin hätte Radleggers Vater seine Maschinenpistole auf den Offizier gerichtet und ihn mit dem Erschießen bedroht. Daraufhin sei sein Vater vor ein Kriegsgericht gestellt worden und nur durch das Eintreten des Klagenfurter Arztes Dr. Kleindienst vor dem sicheren Tod bewahrt worden.

*„Dr. Kleindienst ist als Sachverständiger dem Verfahren beigezogen worden. Er hat zu meinem Vater bei der Untersuchung gesagt: Die einzige Chance, die wir haben, ist, dass du geisteskrank bist. Er hat sich selber in die größte Gefahr begeben. Er hat nämlich meinem Vater erklärt, welche Reaktionen er an den Tag legen muss. So weit hat es noch einen Zipfel der Rechtsstaatlichkeit gegeben. Mein Vater ist dann nicht zum Tod verurteilt worden, sondern aufgrund der Sachverständigenaussage in eine Anstalt für Geistesranke in die Nähe von Graz eingeliefert worden. Als die Alliierten Truppen gekommen sind, haben die Wärter die Türen aufgemacht und gesagt: Wir sind dahin, und ihr könnt auch rennen, wohin ihr wollt. Auf diese Art und Weise ist mein Vater zu Fuß von Graz nach Salzburg zurückgekommen“.*

Sein Schlüsselerlebnis für seine politische Tätigkeit war die Lektüre des „Tagebuches der Anne Frank“. Radlegger betonte, dass er als Realschüler sehr viel gelesen habe. Besonders das Buch „Die Wurzeln der Judenfeindschaft“ von einem Kärntner Universitätsprofessor hat ihn sehr beeindruckt, weil dieser sich mit den verschiedenen Wurzeln des Antisemitismus auseinandergesetzt hat. Daher wurde Theodor W. Adornos Ausspruch „Auschwitz darf nicht mehr passieren“ für ihn erster Auftrag der Erziehung.

Nach der Matura an der Realschule hat Radlegger vier Semester Jus studiert, engagierte sich als Funktionär im Verband der sozialistischen Studenten (VSStÖ), hat dann aber das Studium sehr bald zugunsten seiner beruflichen und politischen Ambitionen an den Nagel gehängt. Er wurde für zwei Jahre (1966–1968) Vertragsbediensteter beim Magistrat Salzburg, wo er sich politisch auch für die Junge Generation der SPÖ betätigte. So hat er Kontakt zu den handelnden Personen in der Politik bekommen und auch am Gemeinderatswahlkampf 1967 mitgewirkt. Die späten sechziger Jahre, während der Alleinregierung Klaus auf Bundesebene, waren eine Zeit, in der die SPÖ in personeller Hinsicht qualitativ unterversorgt war.

So wurde man auf den initiativen jungen Funktionär in der SPÖ aufmerksam und holte ihn als Sekretär der eben erst geschaffenen „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Gemeindevertreter“ (ASG) in die Parteiorganisation. Zielsetzung dieser Organisation ist es, den Gemeindevertretern das nötige juristische und administrative Rüstzeug für die Arbeit in den überwiegend ÖVP-dominierten Gemeindevertretungen zu geben und damit ein Gegengewicht gegen die konservative Übermacht zu schaffen. Radleggers Aufgabe war, bei den diversen Gremialsitzungen der ASG die sozialistischen Gemeindevertreter in allen Bereichen des Gemeinderechts, vor allem in Budgetangelegenheiten, im Raumordnungs- und Baurecht, in der Gemeinde- und der Geschäftsordnung zu schulen und sattelfest zu machen.

## 2. Der politische Raketenstart

Den ideellen Anstoß, sich aus einer abgesicherten Beamtenposition zu verabschieden und sich ganz der Politik zu widmen, gab die Person des neuen SPÖ-Bundesvorsitzenden Bruno Kreisky, die den jungen Parteifunktionär stimulierte und begeisterte. Radlegger hatte den Parteivorsitzenden Bruno Pittermann bei einer Rede in Salzburg gehört und ihn als großen Rhetoriker, nicht aber als faszinierende Persönlichkeit erlebt, die den Aufbruch für eine neue Ära der Sozialdemokratie signalisieren konnte. *„Wäre damals nicht Kreisky an die Spitze der Partei gekommen, sondern wäre Pittermann geblieben – das hat nichts mit der Qualität Pittermanns zu tun, der ein großer Parlamentarier und ein gescheiter Mensch war – hätte ich mich nicht ganz der politischen Arbeit verschrieben. Denn Kreisky war einfach eine Persönlichkeit, die eine neue Fantasie entwickelt hat. Gerade in der Zeit der Alleinregierung kam Kreisky, der zeigte, dass die Sozialdemokratie andere Ufer erreicht hat.“*

Kreisky hatte der Partei auch eine neue Linie in der Darstellung und ein modernes geistiges Design gegeben und in der Person des Medienberaters Heinz Prantl einen kongenialen Partner gefunden. Bis zu Kreisky war die SPÖ in ihrer Werbe- und Vermarktungsstrategie gegenüber der ÖVP immer verzopfter erschienen. Nun gelang es der Partei, ihre Ideen und das von Kreisky mit Experten ausgearbeitete Programm sichtbar und fassbar zu machen und die bisherige konzeptionelle Leere aufzufüllen. Die SPÖ affizierte Plakate mit Themen wie „Arbeit“ und „Wohnen“ in ganz einfachen Schriftzügen, aber diese Werbemaßnahmen haben ihre Hinterlegung durch die programmatische Arbeit bekommen.

Radlegger war damals neben seiner Tätigkeit in der ASG auch Ortsparteiobmann in Grödig und ab 1969 holte ihn der Parteivorsitzende Karl Steinocher in die neue geschaffene Position eines Sekretärs des sozialis-

tischen Landtagsklubs, der von Klubobmann Karl Zillner, dem Bürgermeister von Bürmoos, geführt wurde. Da es für den Klubsekretär kein Anforderungsprofil gab, konnte sich Radlegger seinen Aufgabenbereich selbst festlegen. Er sah sich nicht als Administrator, sondern vor allem als Ideenlieferant. Ein erheblicher Anteil aller sozialistischen Landtagsinitiativen kam in der Folge nicht von den Mandataren selbst, sondern vom initiativen Klubsekretär, was ihm gelegentlich Vorwürfe des Parteibobannes Steinocher einbrachte. *„Steinocher hat immer gesagt: Du bringst mir den Klub um, denn die brauchen nicht mehr nachzudenken, weil du alles vorbereitest.“*

Das Landtagswahlergebnis 1969 war für die Salzburger SPÖ sehr erfreulich, führte es doch zu einem Gleichstand zwischen ÖVP und SPÖ von jeweils 13 Mandaten. Allerdings hatte die SPÖ kein zusätzliches Mandat im Landtag gewonnen, denn der wirkliche Sieger war damals die Freiheitliche Partei, die der ÖVP zwei Mandate abnahm und von vier auf sechs Mandate zulegen konnte. Nach der Wahl suchte man nach den Schuldigen und fand diese sehr rasch in der Bezirksorganisation Tennengau mit seinem Vorsitzenden, dem Halleiner Bürgermeister Josef Brandauer. Die Salzburger SPÖ konnte damals aus den Fehlern der ÖVP-Alleinregierung noch keinen Nutzen ziehen. Man propagierte in traditioneller Art den Parteivorsitzenden Steinocher mit ein paar Schlagworten; es war jedoch nicht ersichtlich, warum man auf Landesebene die SPÖ wählen sollte.

Die Sozialdemokraten waren noch immer straff organisierte Wahlkämpfer, drangen aber nicht in die eigentlichen Sphären der Politik vor. Sie bemühten sich nicht um machtpolitische Spielräume, warben nicht zielgerichtet um Bündnispartner und schmiedeten auch keine klugen sachpolitischen Koalitionen, aus denen eine Änderung der Machtverhältnisse hätte entstehen können. Sie waren linientreu und bieder, aber kaum zu raffinierten taktischen Manövern fähig, wie sie in der Politik von machtbewussten Führern angewendet werden. Man gewann manchmal den Eindruck, als hätten sie nicht das Selbstbewusstsein zur Übernahme der Hauptverantwortung.

In der Folge bemühte sich die Salzburger SPÖ in Anlehnung an Kreiskys Programm der 1.000 Experten, ein relativ substanzielles Zukunftsprojekt, das auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten war, zu erarbeiten. Das Engagement des erst 22-jährigen Radlegger in der SPÖ war so groß, dass man ihm auch den Aufbau des Renner-Instituts und später dann auch die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 1974 übertrug. Es wurden Arbeitskreise eingerichtet, die alle wesentlichen Themenfelder der Landespolitik in einem „Salzburg-Plan“ für die Zukunft erfassen und Lösungsvorschläge bringen sollten. Dieses Zukunftsmanifest stellte den Versuch dar, die Partei als reformfreudig und offen für alle Bevölkerungsschichten darzustellen. Man hoffte, nun endlich die ÖVP überflügeln

und den Landeshauptmann stellen zu können. Radlegger, der als Jüngster auf der SPÖ-Kandidatenliste gereiht war, durfte sich reelle Chancen ausrechnen, in den Salzburger Landtag einzuziehen. Allerdings wurde dieses ambitionierte Programm werblich nicht entsprechend umgesetzt.

Wegen des – nun erstmals erhobenen – Anspruchs auf den Landeshauptmannsessel meinte man, den Spitzenkandidaten Karl Steinocher möglichst staatsmännisch darstellen zu müssen. Man präsentierte ihn im Nadelstreifanzug und erkannte nicht, dass die politische Camouflage die parteigebundenen Wähler aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu eher verunsicherte. Steinocher selbst, der meist völlig frei sprach, machte bei Wahlveranstaltungen den unverzeihlichen Fehler, sich mit der Kirche anzulegen. *„Da macht er in einer Veranstaltung einen blöden Witz über Pfarrrerköchinnen. Der Hans Werner Scheidl (ein Journalist, Anm.) saß dabei und hat das gehört. Das ist dann zum Thema geworden. Das waren die lässigen Schlenzer, die aber letzten Endes unverzeihlich sind. Was Steinocher anlangt, würde ich dafür plädieren, dass man das nicht unter den Teppich kehrt. Aber es hat auch einen ganz anderen Steinocher gegeben. Einen nachdenklichen, der im kleinen Kreis durchaus Perspektiven entwickelt hat. Warum er aber den Grobschlächtigen an den Tag gelegt hat, das entzieht sich meiner Beurteilung. Da hat er sich selbst am meisten geschadet.“*

Die Landtagswahl 1974 ging entgegen der durch den „Salzburg-Plan“ genährten Hoffnung verloren, die SPÖ sank von 40,4% auf 36,2% ab und verlor einen Regierungssitz. Wie immer nach verlorenen Wahlen traten die Kritiker auf den Plan, vor allem in der Jungen Generation. Diese warf der Partei Versteinerungsprozesse vor, Überbürokratisierung, das Versickern von Ideen und eine schlechte innerparteiliche Kommunikation, Ämterkumulierung und eine unzureichende Kontrolle. Auch der Obmann des Bundes sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler (BSA), der spätere Salzburger Bürgermeister Josef Reschen, forderte eine andere Art der Personalrekrutierung und das Zurückdrängen der alt gedienten Parteisolddaten, die durch attraktive Persönlichkeiten ersetzt werden sollten. *„Reschen hat natürlich versucht, sich zu profilieren. Aber er hat auch versucht, etwas zu ändern. Reschen hat immer die Eigenschaft gehabt, Probleme der Partei mit nicht gerade konventionellen Mitteln anzugehen. Dazu gehörte das öffentliche Reklamieren, dazu gehörte eine gewisse innerparteiliche Widerborstigkeit. In vielen Dingen hat er schon recht gehabt. Der BSA war damals, was eine Intellektuellenorganisation sein soll: unbequemer Mahner und Einforderer. Aber mit Sicherheit war die Aktion auch von den persönlichen Ambitionen des Sepp Reschen bestimmt. Das kann man nicht trennen.“*

Das Ergebnis von Landtagswahlen kann aber nie völlig losgelöst betrachtet werden von der jeweiligen bundespolitischen Situation. In einer IFES-Untersuchung wurde festgestellt, dass ein Drittel der Verluste der

SPÖ auf negative bundespolitische Einflüsse zurückgeführt werden mussten. Zudem neigen die Österreicher dazu, bei Landtagswahlen immer auch eine Balance zu den bundespolitischen Stärkeverhältnissen herzustellen.

Negative Wahlergebnisse führen erfahrungsgemäß zu innerparteilichen Verwerfungen. Da ein Regierungssitz geopfert werden musste, sollte der Tennengauer Hans Pexa als das an Jahren älteste Regierungsmitglied seinen Sessel räumen. Doch dieser hatte als langjähriger Funktionär, als ehemaliger Landespartei sekretär, als Vizepräsident des Landtages, als Obmann der ASG und zuletzt als Landesrat einen beträchtlichen Einfluss auf die Funktionäre. Schließlich steuerte diese Angelegenheit, wer aus der Regierung ausscheiden sollte, auf eine Machtprobe zu. Daher kam es in Wien zu einer Aussprache zwischen Steinocher, dem Landespartei sekretär Sepp Oberkirchner und Radlegger, der als neuer Landespartei sekretär vorgesehen war. Oberkirchner und Radlegger trafen sich vorher, um sich abzusprechen. Sie stellten Steinocher das Ultimatum, dass, wenn er Hans Pexa nachgeben sollte, würden sie beide aus der Politik ausscheiden, weil dann die Partei keine Zukunft habe. Pexa hat sodann nachgegeben, hat aber seinen Ärger darüber vielfach unter den Funktionären zum Ausdruck gebracht.

In der Partei gab es nun ein Revirement: Sepp Oberkirchner wurde Klubobmann im Landtag und Radlegger folgte ihm in der Rolle des Partei sekretärs nach. Beim folgenden Landespartei tag am 13. und 14. September 1974 gab es an der Parteispitze noch keine wesentlichen Veränderungen. Es war den Verantwortlichen zwar klar, dass Landesrat Herbert Moritz als nächster Parteiobmann und Spitzenkandidat aufgebaut werden musste. *„Moritz war aber noch nicht so weit, dass man ihn zum Nachfolger Steinochers gewählt hätte. Man musste Moritz noch die Möglichkeit der Profilierung schaffen. Es war aber völlig unstrittig, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt Moritz dem Karl Steinocher nachfolgen werde. Aber das kann man auf keinem Partei tag erzählen. Man kann nicht sagen. Der Steinocher hält seinen Schädel hin, weil wir müssen noch eine Parteireform durchführen.“*

Für Radlegger stand fest, dass die Partei grundsätzlich reformiert werden musste. Für den zwei Jahre später angesetzten Partei tag war eine große innere Reform, ein innerparteilicher Demokratisierungsprozess und eine große Statutenreform angesagt. Der junge Landespartei sekretär Radlegger machte sich also daran, eine groß angelegte Mitgliederwerbeaktion durchzuführen, die innerparteiliche Bildungs- und Schulungsarbeit zu verbessern, für die Vertrauensleute einen Informationsdienst aufzubauen. Wichtig jedoch war seine Rolle als Obmann der Statutenkommission. Das Ergebnis der von ihm geleiteten Statutenreformkommission brachte einen gewaltigen Reformschub in die SPÖ:

- So waren künftig alle innerparteilichen Wahlen geheim, d. h. mit Stimmzetteln durchzuführen.



- Beschlussfassende und kontrollierende Organe der Partei waren personell strikt zu trennen.
- Mindestens zweimal pro Jahr mussten Vertrauenspersonenkonferenzen durchgeführt werden.
- Die Bildungs- und Schulungsarbeit war zu intensivieren.
- Anträge an die Landesparteikonferenz konnten nun auch von Sektionen und Ortsgruppen eingebracht werden.
- Entsprechend dem Bundesparteistatut sollten Parteiangestellte keine Mandate in National-, Bundesrat oder Landtag erhalten.
- Ein SPÖ-Funktionär sollte neben seinem Beruf nur eine entgeltliche Funktion ausüben. Ausnahmen dazu konnten nur als parteipolitische Notwendigkeiten vom Landesparteivorstand genehmigt werden.

In dem eineinhalb Jahre dauernden Diskussionsprozess der Statutenreformkommission konnte trotz der sehr brisanten Änderungen doch ein wesentliches Änderungskonzept der Landeskonferenz am 24. und 25. April 1976 vorgelegt und beschlossen werden. Radlegger hatte ganze Arbeit geleistet<sup>3</sup>. Sogar die Umsetzung der Unvereinbarkeitsregel, wonach an die 100 Spitzenfunktionäre der Partei (Regierungsmitglieder, Nationalratsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Bundesratsmitglieder, Bürgermeister, Vizebürgermeister und Stadträte) ihre Funktionen deklarieren mussten und im Falle von Doppelfunktionen eine Ausnahmegenehmigung durch den Parteivorstand erforderlich war, ging reibungslos durch. Bei den Wahlen des Parteipräsidiums erhielt der Parteivorsitzende Steinocher dann den 1974 noch nicht ausgegebenen Denkkzettel: Er erhielt nur 309 von 382 abgegebenen Stimmen, was ihn veranlasste, im Oktober sein Regierungsmandat und im Juni 1978 den Parteivorsitz zurückzugeben.

In diesen zwei Jahren aber unterstützte Karl Steinocher die notwendige Parteireform und bot seinem Nachfolger Herbert Moritz, sich als Regierungsmitglied zu profilieren. Denn Moritz war ein exzellenter Politiker in seinen Regierungsbereichen, aber die innerparteiliche Arbeit war nicht seine Welt. Diese Aufgabe hatte sich Wolfgang Radlegger zum Ziel gesetzt und führte sie zielstrebig voran. Erstmals konnte der ehrgeizige Parteifunktionär im Jänner 1978 eine öffentliche Funktion, nämlich vom verstorbenen Leopold Wally das Bundesratsmandat, übernehmen.

Für die Landtagswahl 1979 übertrug man Radlegger die Aufgabe, ein umfangreiches Sachprogramm mit Experten zu entwickeln. Im Vordergrund stand die Persönlichkeit des neuen Spitzenkandidaten Dr. Herbert Moritz. Obwohl auf der Ebene der Bundespolitik Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky gerade am Zenith seiner politischen Karriere stand, zeichnete sich aber bereits ein Ende der sozialdemokratischen Reformpolitik ab. Die Implementierung der Elektronik im industriellen Bereich griff zwar zeitversetzt auf Österreich über, dennoch stieg trotz des noch immer vorherrschenden Wirt-

schaftswachstums auch die Arbeitslosigkeit. Neokonservative Ideologeme, wie Privatisierung („Mehr privat, weniger Staat“), Durchforstung von Sozialleistungen sickerten in die politische Debatte und wurden zu neuen Parolen der Gesellschaftspolitik. In Wahlkampf warnte die SPÖ unter Hinweis auf eine Meinungsumfrage vor einer Übermacht der ÖVP: *„Nur ein paar Stimmen mehr, und die ÖVP hat die ganze Macht im Land“*.

Für die SPÖ und den jungen Wahlkampfmanager Radlegger brachte die Landtagswahl im März 1979 den erhofften Erfolg. Mit einem Stimmenzuwachs von 2,9% war auch wieder der 1974 verloren gegangene Regierungssitz zurück erobert. Die Partei musste sich bezüglich seiner Besetzung wenig Kopfzerbrechen machen. Wolfgang Radlegger war parteiintern im wahrsten Sinn des Wortes so „prominent“, dass es zu dem erst 32-Jährigen keine Alternative gab. Auch im SPÖ-Landtagsklub gab es mit dem 34-jährigen Gewerkschaftssekretär und Vizepräsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Dr. Othmar Raus, eine Blutauffrischung, die sich in der Folge für die weiteren Postenbesetzungen erfolgreich auswirken würde.

Ansonsten dominierten aber im Landtag noch stark die aus der Ära Steinocher stammenden Politgranden Karl Zillner (Bürgermeister von Bürmoos), Josef Brunauer (Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte), Robert Janschitz (Bezirksobmann des Flachgaus), Jakob Gruber (Bauer aus dem Pinzgau). Die als treue Gefolgleute Steinochers im öffentlichen Bewusstsein geltenden Funktionäre bildeten jedoch keineswegs seine personelle Hausmacht.

*„Karl Zillner war keine Kopfgeburt des Steinocher. Zillner war eine vielschichtige Persönlichkeit, ein Volkstribun. Mir hat Steinocher mehrfach erzählt, wie er bei den Maiaufmärschen marschiert ist, während der Zillner bei den Zuschauern gestanden ist und blöd gelacht hat. Steinochers Verhältnis zu Zillner war kein ausgesprochen positives. Er hat anerkennen müssen, dass Zillner sich sehr profiliert hat und über den Flachgau in den Landtag gekommen ist. Aber Zillner war keine Wahl Steinochers ... Joschi Brunauer hat ein sehr differenziertes Verhältnis zu Steinocher gehabt: auf der einen Seite die jahrelange Bekanntschaft und Freundschaft, auf der anderen Seite eine ausgesprochene Rivalität. Joschi war aber ein diskreter Mensch, der das in einer parteiinternen Öffentlichkeit gespielt hat. Auch das Verhältnis zwischen Steinocher und Brunauer war nicht übermäßig positiv ... Der Pinzgau war überhaupt kein Bezirk, der sich zum Freundeskreis des Steinocher gezählt hat, denn die Pingauer waren immer eine eigene Klasse. So gesehen war die Mannschaft nicht die von Steinocher ausgesuchte.“*

De facto hatte also Steinocher (nach Aussage Radleggers) gar keine Hausmacht mehr. Seine ursprüngliche Hausmacht, die Gewerkschaft, war, seit „Joschi“ Brunauer dort die Obmannschaft übernommen hatte, zwar nicht gegen Steinocher, aber sie war auch nicht mehr sein Fahnen- und Bannerträger.

### 3. Mit 32 Jahren jüngster Landesrat

Als Radlegger 1979 als jüngstes Mitglied in die Landesregierung kam, strebte der ehrgeizige Politiker nach einem Ressort mit besonderer Gestaltungskraft, dem Finanzressort. Aber dies wäre der Griff nach den Sternen gewesen. So bemühte er sich, ein kompaktes Bauressort zu bekommen. Die Bauagenden waren zu dieser Zeit auf eine Vielzahl von Regierungsmitgliedern verteilt, die aber die Bauagenden als Nebensächlichlichkeit betrachtet haben. Daher war Radlegger sehr zufrieden, als er alle Bauagenden in seinem Ressort schließlich vereinigt sah.

Anders als seine Vorgänger sah Radlegger Bauen als Kulturaufgabe. Denn in den Bauwerken der Öffentlichen Hand manifestiert sich, wie eine Gesellschaft sich über die Bürger repräsentieren will. Den Gegenwind zu seiner Euphorie bekam er bald von der eigenen politischen Seite zu spüren. *„Ich hab’ einen wahnsinnigen Kampf gehabt mit der Bundespolizeidirektion, denn die Pläne für den Neubau waren bereits fertig. Aber ich habe gesagt: Das ist eine Festung, weil Hans Biringer (damaliger Landespolizeipräsident, der SPÖ zugehörig; Anm. des Verf.) sich eine Festung eingebildet hat. Aber wir haben eine Neuplanung in Auftrag gegeben, mit den Architekten Fally, Scheibl und Liebl. Für Biringer war die Neuplanung ein Wahnsinn, denn für ihn war das alles viel zu offen. Da war bei ihm die Hysterie vorhanden: Was macht man bei einem Angriff der Roten-Armee-Fraktion? Nach diesen Aspekten sind die Verantwortlichen damals vorgegangen. Bei der Neuplanung blieben die Fassaden zwar hausbacken und bieder, aber ich habe eine Öffnung des Vorplatzes erreicht, wo man das Gefühl hat, da kann man hineingehen. Dann ist mir der zweite noch existierende Gekreuzigte von Alfred Hrdlicka angeboten worden. Da ist es richtig losgegangen, als Biringer das erfahren hat. Innenminister Charly Blecha hat mich angerufen und gesagt: Heast, das kannst nicht tun, da hast du die ganze Polizei gegen dich. Die Alternative war, dass ich den Gekreuzigten bei der Naturwissenschaftlichen Fakultät in Freisaal habe aufstellen lassen, wo er heute noch steht. Für die Polizeidirektion hat Ilse Sprohar dann dieses Mikado gemacht.“*

Der für die Stadt Salzburg nicht untypische Kunstsandal um das Hrdlicka-Denkmal hatte dann noch ein makabres Nachspiel: *„Als das Ganze dem Ende zuging, wollte Biringer eine große Bronzetafel mit der Aufschrift: Den Opfern der Exekutive. Da hab ich ihm gesagt: Das machen wir. Irgendwann dürfte das ein sprachbegabter Polizist in die Hände bekommen und abgeblasen haben. Die Polizei hat diesen Wunsch selbst zurückgezogen“.*

Sein Weg als Baureferent war für Radlegger vor allem mit zwei großen Problemen gepflastert. Zum einen waren es die riesigen, bisher unerledigten oder unter städteplanerisch falschen Voraussetzungen ausverhandelten Vorhaben der Altstadtuniversität, der neuen Höheren Technischen Bundeslehranstalt und der neuen Finanzlandesdirektion.

Vor allem die Altstadtuniversität war ein Jahrhundertprojekt, das zwar von allen politischen Kräften als wünschenswert betrachtet wurde, aber wegen der für die Höhere Technische Lehranstalt, die Finanzlandesdirektion und die Bundespolizeidirektion erforderlichen Ersatzbauten große Schwierigkeiten bereitete. Nach dem fulminanten Wahlsieg Bruno Kreiskys im Jahre 1979 führte Radlegger den Bundeskanzler durch die Altstadt und präsentierte ihm das Konzept, das mehr als 3 Milliarden Schilling an Bundesmittel erforderte. Kreisky stellte die Weichen, indem er zu einer Besprechung mit den zuständigen Ministern nach Wien lud. Aber es waren nicht nur die Auslotung der finanziellen Ressourcen, die Probleme schuf, sondern auch die in Salzburg immer stärker werdenden Bürgerinitiativen, die dem Baureferenten Schwierigkeiten bereiteten. Es waren vor allem zwei politische Kontrahenten, mit denen Radlegger einen kritischen, aber durchaus sachlichen Dialog zu führen hatte: mit dem Bäckermeister Richard Hörl und dem Bürgerlistenstadtrat Johannes Voggenhuber. Als es um den Bau der Naturwissenschaftlichen Fakultät ging, ließ Radlegger Baumasken aufstellen, um die Dimension ersichtlich zu machen. Die architektonische Qualität war es schließlich, welche die Bürgerliste positiv für das Bauvorhaben in Freisaal gestimmt hat. Als dann die Techniker der Landesbauabteilung einen Kanal quer durch Nonntal bauen wollten, um die Wässer abzuleiten, gab es erneut mit Hörl einen Konflikt. Hörls Vorschlag, das Oberflächenwasser durch ein natürliches Gerinne abzuleiten, wurde schließlich akzeptiert. *„Ich hab’ damals einen riesigen Zorn gehabt. Denn da muss ein Bäckermeister daherkommen, der seine Instinkte einsetzt. Und es hat sich herausgestellt, dass es auch ohne den Kanalbau geht. So hab ich den Hörl in Erinnerung behalten.“*

Noch größere Zores gab es um den Bau der HTL, für den der Bund bereits ein Grundstück in Leopoldskron angekauft und auch einen Architektenwettbewerb ausgelobt hatte. Radlegger wollte diesen Plan aber nicht akzeptieren und verhandelte mit dem Großgrundbesitzer Sepp Eder in Itzling. Dieser war dazu aber nur bereit, wenn ihm die Stadt und das Land Salzburg für seine Schwester in Plainberg vier Grundparzellen am Gaglhamerweg vom Grünland in Bauland umwidmete. Für Radlegger gab es nun eine klare und kritische Güterabwägung: entweder die Schule am falschen Standort zu bauen oder eine (an sich raumordnungsrechtlich unrichtige) Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Er entschied sich für das kleinere Übel, nämlich die Ausnahmegenehmigung, und verhandelte mit der Stadt darüber. *„Aber die Grünen haben dazu nein gesagt. Das ist ein Vorwurf, den ich ihnen machen muss: nämlich den Fundamentalismus und den Populismus, weil sie genau gewusst haben, dass es ein Wahnsinn wäre, auf dem falschen Grundstück die Schule zu bauen. So war mein Verhältnis zu den Grünen. Ich habe Voggenhuber sehr geschätzt. Er ist ein blitzgescheiter Mensch, ein interessanter Gesprächspartner. So gesehen, war das Verhältnis ambivalent.“* Der

Salzburger Gemeinderat stimmte schließlich gegen den Widerstand der Grünen, die darin einen „Kuhhandel“ und „gesetzwidriges Verhalten“ zu erkennen meinten, zu.

Auch beim dritten Großprojekt, dem Neubau der Finanzlandesdirektion, gab es erhebliche Stolpersteine, da durch widerstreitende Interessen sowohl die Riedenburg, am Fuße des Rainbergs (ehemalige Sternbrauerei), als auch Grundstücke in Hallwang und in Schallmoos als Standorte in Erwägung gezogen wurden. Schließlich gab der vom Bund überfallsartig getätigte Ankauf der Mayr-Melnhof-Gründe zu Anfang 1979 den Ausschlag. Radlegger ging mit einem völlig neuen Modellversuch eines zweistufigen Wettbewerbs und einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit an das Projekt heran und versuchte eine größtmögliche Bürgerbeteiligung, was schließlich auch zum Durchbruch verhalf. Radleggers Erfolg als Baulandesrat war möglich, weil er mit der Beamtenschaft des Landesbauamtes einen sehr kollegialen Umgang pflegte und weil Landeshauptmann Haslauer den jungen, ambitionierten und arbeitswütigen Politiker sehr schätzte und ihm freie Hand ließ.

So verwunderte es nicht, dass im Zuge der Nationalratswahl 1983, falls Kreisky wieder die absolute Mehrheit gewinnen würde, Radlegger auch als neuer Bautenminister gehandelt wurde. Am Ostersonntag des Jahres 1983 wurde Radlegger von Bundeskanzler Kreisky angerufen, ob er Zeit habe, mit ihm im Hotel Friesacher in Anif zu Mittag zu essen. *„Beim Friesacher ist die ganze Familie angetreten, um dem Bundeskanzler Referenz zu erweisen. Auf die Frage, was wir essen wollten, hat Herr Friesacher gebratene Garnelenschwänze etc. angeboten. Nach wiederholten Nachfragen Kreiskys, was es denn noch gäbe, hat der Kanzler schließlich gefragt: Habt's a Beuschl auch? Damit war das Mittagessen gerettet.“*

Im Zuge des Mittagessens wollte der Bundeskanzler vom jungen Baulandesrat wissen, was er denn von der Tätigkeit des Bautenministers Karl Sekanina halte. Radleggers Antwort war die Kritik an Sekanina, dass sich dieser nur für offene Straßenkilometer, nicht aber für den Wohnbau interessiere. Eine Kommission für Wohnbaufragen sei zwar im Bautenministerium institutionalisiert, aber der Bautenminister selbst sei noch bei keiner Sitzung anwesend gewesen. Damit sei das Thema für Kreisky erledigt gewesen. Wenige Tage später aber rief der damals geschäftsführende Parteiboss Karl Blecha, das „Alter Ego“ des Bundeskanzlers, bei Radlegger an und vereinbarte einen Termin mit ihm im Parlament. Radlegger erinnert sich an das für Blecha typische Gesprächsverhalten: *„Du, der Alte hät' es gern, wenn Du Bautenminister wirst. Willst Du das? Darauf ich: Wenn er das will, warum hat er mich nicht selber gefragt. Darauf Blecha: Wenn es eine negative Antwort gibt, dann soll ich sie erhalten. Ich habe mir drei Tage Bedenkzeit erbeten und dann den Blecha angerufen und ihm gesagt, ich würde mich interessieren ... Auf*

*einmal gab es im Wirtschaftsteil der „Krone“ einen Artikel, wonach Sekanina als Bautenminister abgelöst und durch den jungen Salzburger Baulandesrat Radlegger ersetzt werden soll. Sekanina war bis zu seinem bitteren Ende (Er musste wegen eines Griffs in die Gewerkschaftskasse aus der Regierung Sinowatz ausscheiden; Anm. des Verf.) ein Schützling des Benya. Blecha hat mir dann gesagt: Du, den Sekanina schießt ihr mir nicht aus der Regierung hinaus. Damals war die Macht der Gewerkschaft so stark, dass das Ganze damit ein Ende gefunden hat. Aber ich hätte es gemacht, das hätte mich wirklich interessiert“.*

Die Nationalratswahlen 1983 gingen für die SPÖ mit einem herben Verlust aus: Kreisky verlor nach 12 Jahren die absolute Mehrheit und trat zurück, der langjährige Unterrichtsminister Fred Sinowatz folgte ihm als Bundeskanzler. Auch die Landtagswahlen im März 1984, bei denen die Salzburger ÖVP voll auf den Bonus des Landeshauptmannes Dr. Wilfried Haslauer setzte, standen unter keinem guten Stern. Da man ein Anwachsen der ÖVP befürchten musste, setzte man demonstrativ den Willen zur Zusammenarbeit und die Verdienste des Spitzenkandidaten Dr. Herbert Moritz in den Vordergrund. Doch die Wahlen am 25. März 1984 brachten erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik (wenn man die Ausnahmesituation 1945 nicht berücksichtigt) für die ÖVP die absolute Mehrheit in Regierung und Landtag, die SPÖ verlor 4% an Stimmen, die FPÖ erstmals ihren Regierungssitz.

#### **4. Den Landeshauptmann im Visier**

Im September 1984 wurde der bisherige SPÖ-Frontmann Herbert Moritz vom neuen Bundeskanzler Fred Sinowatz überraschend zum Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport berufen. Sein logischer Nachfolger als Landeshauptmannstellvertreter war der um 20 Jahre jüngere, äußerst dynamische und in der SPÖ-Basis beliebte und unumstrittene Wolfgang Radlegger.

Für ihn kam die Personalrochade völlig überraschend: *„Ich bin mit meiner Frau Ingrid nach Venedig gefahren – es war noch die handylose Zeit. Wir hatten uns vorgenommen gehabt, wenigstens einmal pro Tag zu Hause anzurufen, wie es den Kindern geht. Als Ingrid an der Stazione Roma ihre Mutter anrief, sah ich, wie sie in der Telefonzelle wild herum gestikuliert. Sie sagte, dass Herbert Moritz Unterrichtsminister werden sollte und man mich seit drei Tagen suche. Insbesondere Landespartei sekretär Peter Köpf, um mich zu fragen, ob ich die Position des Landeshauptmannstellvertreters übernehmen wolle. Wir sind dann heimgefahren und um circa 1 Uhr nachts nach Hause gekommen, wo Köpf schon auf uns gewartet hat“.*

Mit seinen 37 Jahren war Radlegger damals der jüngste Landeshauptmannstellvertreter Österreichs. Als neuer Landesrat rückte der bisherige Klubobmann der SPÖ-Landtagsfraktion, Othmar Raus, in die Landesregierung ein. Erstmals in der Geschichte Salzburgs wurde mit Inge Stuchlik eine Frau Chefin der sozialdemokratischen Landtagsriege.

Nun, da Radlegger in die „Poleposition“ der SPÖ vorgerückt war, galt es, sich vom Image des sachorientierten Managers zu lösen und politische Perspektiven, Zielvorgaben und ein Zukunftsbild der eigenen Politik zu entwickeln. War Radlegger bisher ein durchsetzungsfähiger und willensstarker Sekretär der Politik, ein Machertyp und Arbeitstier im politischen Getriebe gewesen, so musste er nun sich als reflexiver Theoretiker, als gesellschaftspolitischer Ideenlieferant und als Sinnstifter sozialdemokratischer Zukunftsfähigkeit erweisen. Zweifellos war der politische Jungstar instinktsicher und rhetorisch brillant, bei Bedarf auch durchaus ein emotionalisierender Volksredner.

Zunächst galt es, sich von Haslauer, der sich selbst gerne als Übervater Radleggers sah, thematisch abzusetzen. Eine Möglichkeit dazu bot ihm das Bemühen des Landeshauptmannes, den Heimatbegriff in der Landesverfassung zu verankern. Radlegger hat sich vehement dagegen gewehrt, weil die Landesverfassung ein Ordnungsinstrument darstellt, in der festgeschrieben wird, wie die Gesellschaft funktionieren soll, nicht aber ein Wertekanon. *„Hierin unterscheidet sich auch unser Heimatbegriff von dem der konservativen Kräfte. Jene malen eine Idylle Salzburgs, in der alles seine Ordnung hat und am rechten Platz ist, sprechen vom starken Landesbewusstsein und der Notwendigkeit, es weiter auszubauen, und verkürzen den Föderalismus auf Kantönlicheist. Sie bauen einen Heimatbegriff auf, der den Blick ablenkt von der Realität, von den Belastungen unserer Umwelt, den sozialen Problemen, vom Verlust der kulturellen Identität, von den Heimatlosen am Rande der Gesellschaft.“*<sup>4</sup>

Einen besonderen politischen Zündstoff lieferte Landeshauptmann Haslauer der SPÖ, als er Ehe und Familie in der Verfassung verankern wollte. Schon in der Regierungserklärung des mit absoluter Mandatsmacht ausgestatteten Landeshauptmannes hatte dieser volltönig Ehe und Familie als vorrangige Partnerschaft verkündet: *„Als Erstes werden wir den Grundwert „Ehe und Familie“ in der Landesverfassung verankern. Die Ehe und die Familie sollen als natürliche, unentbehrliche, geistige und sittliche Form menschlicher Partnerschaft Vorrang haben. In diesem Sinne gilt es, ihre Autonomie zu bewahren, ihre Funktionsfähigkeit zu sichern und vorhandene Diskriminierungen abzubauen“*<sup>5</sup>.

Beim sozialdemokratischen Gegenüber stieß Haslauer damit auf erbitterten Widerstand. Radlegger stellte sich schützend vor jene Menschen, die ihre persönliche Entscheidung für eine andere Form des Zusammenlebens getroffen haben oder haben treffen müssen. Er verwies darauf, dass

„Kinder alleinerziehender Mütter oder Väter darunter zu leiden haben, dass ein konservatives Parteiprogramm die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte einfach ignoriert“<sup>6</sup>. Er schlug dagegen vor, in die Landesverfassung den besonderen Schutz der Kinder aufzunehmen und die besondere Förderung derer, die für ihre Entwicklung verantwortlich sind. Damit hatte sich Radlegger gesellschaftspolitisch positioniert und bewiesen, dass er der zukunftsfähigere Politiker war.

Im persönlichen Gespräch hat Haslauer zugegeben, dass manche seiner Vorschläge von der röm.-kath. Kirche kommen, daher sollte Radlegger mit den Vertretern der Kirche reden. Gemeinsam mit dem Salzburger Bürgermeister Josef Reschen und der SPÖ-Frauenvorsitzenden Ricky Veichtlbauer hat Radlegger sodann dieses Gespräch geführt. Auf kirchlicher Seite standen ihnen neben Erzbischof Karl Berg, Weihbischof Jakob Mayr, Prälat Sebastian Ritter und der Obmann der Katholischen Aktion Univ. Prof. Franz Horner gegenüber. *„Ich habe ihnen gesagt, dass ich für Ehe und Familie bin, aber dass ich genauso vielen Menschen konzederen muss, dass sie andere Formen des Zusammenlebens führen wollen. Daher darf das nicht zu einem Verfassungsgrundsatz werden. Prälat Ritter hat dann etwas Unglaubliches gesagt: Wenn ein in aufrechter christlicher Ehe aufwachsendes Kind gut ist, dann können die anderen Kinder nicht auch gut sein. Ich muss dem Prof. Horner zugute halten, der sofort gesagt hat, dass die Kath. Aktion solche Ansichten nicht unterstützt. Das war wahnsinnig mutig von ihm.“* Nach mehrjährigem Tauziehen um die Aufnahme von Grundwerten in die Verfassung musste die ÖVP sich schließlich von diesem Thema verabschieden.

Auch die von Haslauer bereits 1979 eingeführte Ehrung von Müttern mit vier oder mehr Kindern „in Anerkennung der besonderen Verdienste um das Land Salzburg“ wurde von den sozialdemokratischen Frauen als Mutterkreuz-Verleihung wie bei den Nationalsozialisten heftig bekämpft. Sie sahen darin den konservativen Versuch, die Frauen weiterhin an die drei K (Küche, Kirche, Keller) zu binden und sie von der Berufswelt und damit von der finanziellen Eigenständigkeit fernzuhalten. Mit dem Ausscheiden Haslauers aus der Landesregierung ist diese Form der Mutterehrerung sanft entschlafen.

Konfliktträchtig war auch Radleggers Verhältnis zu Haslauer in Fragen der Wirtschaftspolitik, besonders was die Eigentumsverhältnisse des Landes Salzburg an privaten Unternehmen anlangte. Radlegger drängte den Landeshauptmann, sich von Anteilen an der Schmittenhöhebahn AG und den Gasteiner Bergbahnen zu trennen und auch die landeseigene Hypo Bank zu verkaufen, damit das Geld für einen Wirtschaftsfonds zur Förderung aktiver Wirtschaftspolitik verwendet werden könnte. *„Das war für Haslauer ein Horror, weil die ÖVP immer eine Wirtschaftspolitik betrieben hat, damit sie Einfluss nehmen kann. Der Tourismusbereich und die Hypo Bank, das waren Wirtschaftsbereiche, mit denen man Politik machen kann.“*



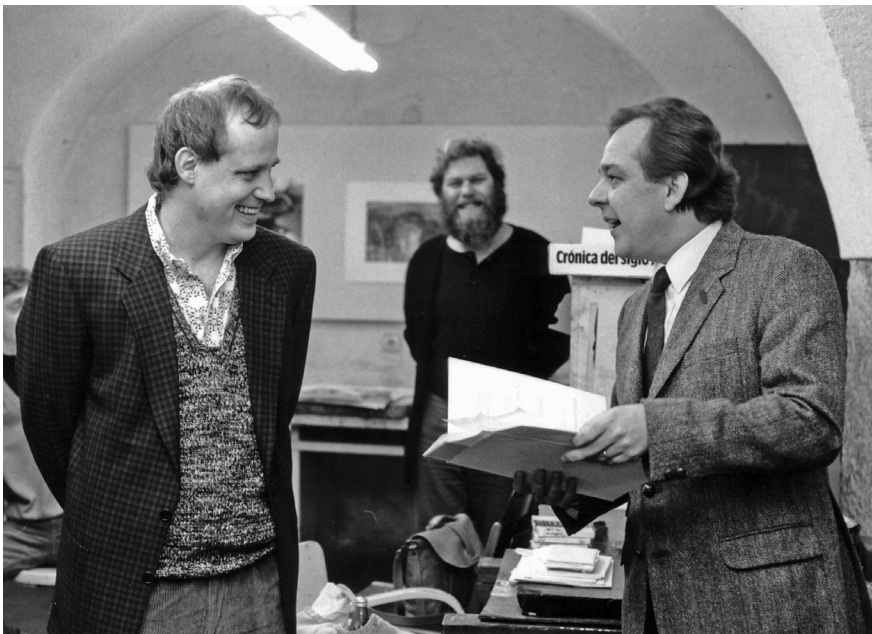
*Die Wirtschaftsideologie der ÖVP war verwaschen und nur an dem pragmatischen Umstand orientiert: cui bono? (Wem nützt es; Anm. des Verfassers). Die ÖVP hat uns allein gelassen in der Problematik um Mühlbach am Hochkönig. Dort war das Kupferbergwerk nicht aufrecht zu erhalten. Kupfer ist in China, in Chile und in afrikanischen Ländern abgebaut worden, wo wir nicht konkurrenzfähig waren. Dann hat Hans Wohl (SPÖ-Landtagsabgeordneter 1954–1967; Anm. des Verf.) eine Alternative entwickelt mit dem Tourismus. Wenn man sich heute Mühlbach am Hochkönig anschaut, dann ist ein ehemaliges Bergwerksdorf zu einem modernen Tourismusort geworden. In solchen Fragen hat die ÖVP nicht den Mut gehabt, Veränderungen zu bewirken.“*

Zu einer für die Sozialdemokraten gefährlichen politischen Situation, die das Gespenst einer Neuwahl heraufbeschwor, kam es im Frühjahr 1985. Landeshauptmann Wilfried Haslauer hatte als gewifter Taktiker kurz nach seinem Wahltriumph im Jahr 1984 die Weisung des SPÖ-Sozialministers Alfred Dallinger in den Wind geschlagen und dem Wunsch der Wirtschaftskammer entsprochen, am 8. Dezember, dem Marienfeiertag, die Geschäfte offen zu halten. Daraufhin hatte ihn die rot-blaue Bundesregierung beim Verfassungsgerichtshof geklagt, was noch keinem Landeshauptmann in der Zweiten Republik widerfahren war. Haslauer fühlte sich nicht nur im Recht, sondern aufgrund einer Fessel-GfK-Umfrage von 77% der SalzburgerInnen in seinem Alleingang bestätigt<sup>7</sup>. Da auch 81% im Falle einer Amtsenthebung Haslauers Neuwahlen für richtig hielten, drohte Haslauer, die Märzahlen von 1984 wiederholen zu lassen. Die Situation war also für die Salzburger SPÖ durchaus brenzlig. Da Haslauer im Juni 1985 vom Verfassungsgerichtshof nur wegen einer „geringfügigen Rechtsverletzung“ schuldig gesprochen wurde, wurde das Neuwahlgespenst schließlich fallen gelassen.

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Positionierung in gesellschaftspolitischen Fragen hat es zwischen Radlegger und Landeshauptmann Haslauer nie grobe persönliche Differenzen gegeben, ist die Auseinandersetzung nie eskaliert. Die beiden waren sich einig, dass eine Praxis des persönlichen Austausches der Überlegungen, sehr oft verbunden mit einem bis Mitternacht dauernden Cognacbad, mehr zur Lösung der Probleme beiträgt als der offen ausgetragene Konflikt. *„Oft hat Haslauer gesagt: Wolfgang, Du überforderst mich. Da wusste ich, dass es keinen Sinn hat nachzubohren. Und umgekehrt hab ich auch oft nicht zustimmen können.“* Diese politische Harmonie zwischen Haslauer und seinem Vize Radlegger verstörte manchmal die Genossen an der Basis und ließ den FPÖ-Klubobmann Hans Buchner über eine Regierung „Haslegger“ spötteln. Oft waren es – landespolitisch gesehen – marginale Streitpunkte. So etwa, als einem SPÖ-Gemeindevorteiler aus Russbach beschieden wurde, er könne eine Stelle im Straßenbauendienst nur bekommen, wenn er aus der SPÖ austrete. Auch bei solchen Problemstellungen war es erforderlich, dass die Parteispitzen eine Lösung

fanden; in diesem Fall bekam der SPÖ-Mann die Stelle, ohne seine Partei verlassen zu müssen.

Radleggers Stil unterschied sich aber nicht nur gegenüber dem des Landeshauptmannes, sondern auch gegenüber dem seines sozialdemokratischen Vorgängers im Amt, Herbert Moritz. Vor allem im Bereich der Kulturpolitik ist er an die Probleme pragmatischer herangegangen. Es war Radleggers Idee, den Petersbrunnhof nicht nur für die Elisabethbühne, sondern auch für das Mozarteumorchester zu nutzen. Radlegger hat sich nie mit einem abstrakten Kulturbegriff zufriedengegeben, sondern für ihn war Handeln das Entscheidende. So hat er etwa den japanischen Künstler Yoshi Takahashi gewonnen, die Decken in der Universitätsbibliothek zu gestalten.



*Die Künstler Hermann Kremmayer und Beppo Bliem mit LHStv Wolfgang Radlegger*

Radlegger bemühte sich auch, dem kleinen Mann die Scheu vor den großen Kulturinstitutionen zu nehmen. So war eine seiner ersten Handlungen nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, statt der üblichen 1.-Mai-Feier eine Festveranstaltung mit dem Mozarteumorchester im Großen Festspielhaus zu organisieren. Er orientierte sich dabei an Arnold Schönberg, der bereits in der Ersten Republik Arbeiterkonzerte durchgeführt hat. Es hat bei dieser Veranstaltung keine politischen Reden gegeben, stattdessen konnte der bekannte Burgschauspieler Fritz Muliar zu einer Lesung gewonnen

werden. Bei dieser Festveranstaltung wurden zwei Stücke von Strawinski aufgeführt, u. a. der „Feuervogel“. Nach der Veranstaltung hat ihm eine Mitarbeiterin aus dem Pinzgau gesagt, dass sie so begeistert war, dass sie den Feuervogel beinahe leibhaftig vor sich gesehen habe.

Radleggers Position war in kürzester Zeit in der Partei völlig unbestritten, und es hat lange Zeit keine Konflikte gegeben, vor allem nicht im Personalbereich. Einzig bei der Bestellung von Schulleiterpositionen gab es Auseinandersetzungen. *„Die widerlichsten Auseinandersetzungen, die ich zu führen hatte, waren mit den sozialistischen Lehrern. Weil diese sich nur zusammengerauft haben, wenn es galt, Positionen zu besetzen. Ich habe nie etwas Inhaltliches von denen gehört. Ich habe nur gehört, Herfried Kunesch muss zum Zug kommen, oder Mario Sarcletti in Radstadt. Die Lehrer waren für mich die Inkarnation der Possession. Es war für mich unerträglich, dass im Lehrerbereich die Fraktionen bis zur letzten Schule ausgeklügelt haben, wer in welcher Schule Direktor werden darf. Und wir haben dann diese Übereinkommen in den Parteienvereinbarungen abgesegnet.“*

Mit Ausnahme der erforderlichen Raumerfordernisse war die Paris-Lodron-Universität für die Landespolitik kein Thema. Die wenigen Male, wo Radlegger mit der Universität konfrontiert wurde, waren, wenn ein Professor im Rahmen des Berufungsverfahrens eine 150-qm-Wohnung wollte. *„Das war außerhalb der Regelung, die das Wohnbauförderungsgesetz vorgesehen hat. Dann haben wir halt alle Augen zugeedrückt.“* Dem Ansinnen der ÖVP, in Salzburg eine Medizinische Fakultät zu errichten, stand Radlegger sehr skeptisch gegenüber. Unter Ministerin Hertha Firnberg hatte es ein Projekt gegeben, auf dem Areal der Landesnervenklinik die medizinische Fakultät anzusiedeln. Da es aber damals keinen erheblichen Bedarf an Ärzten gab und der Investitionsaufwand hierfür 5,5 Milliarden Schilling betragen hätte, sah sich Radlegger nicht veranlasst, den Bund ernstlich damit zu befassen. Auch die ÖVP hat sich außer durch Kommunique nach Landtagswahlen und gelegentlichen Erwähnungen bei Festreden nie wirklich darum bemüht.

Das Jahr 1986, von Anton Pelinka als „Schlüsseljahr der Zweiten Republik“<sup>48</sup> bezeichnet, brachte dann entscheidende Umbrüche:

- Die Wahl Kurt Waldheims zum neuen Bundespräsidenten wurde zum Anlass, die bisher unter den Teppich des Vergessens gekehrte NS-Vergangenheit Österreichs zu beleuchten.
- Die Bestellung Hans Hermann Groërs zum neuen Erzbischof von Wien brachte einen Rückschritt gegenüber dem modernen Pontifikat Johannes XXII.
- Die für die SPÖ verloren gegangene Nationalratswahl führte zum Rücktritt von Bundeskanzler Fred Sinowatz, dessen Platz nun der bisherige Finanzminister Franz Vranitzky einnahm.

- Erstmals zog mit den „Grünen“ eine vierte politische Kraft in den Nationalrat ein, die das bisherige Zweieinhalb-Lager-System sprengte.
- Vranitzky beendete nach der Wahl Jörg Haider zum neuen Bundesparteiobmann der FPÖ die SPÖ-FPÖ-Koalition und etablierte wiederum eine Große Koalition.

Die ÖVP als neuer Koalitionspartner, die sich vor der Wahl mit ihrem Parteiobmann Alois Mock bereits als Sieger gefühlt hatte, hatte nun die Möglichkeit, in die Koalitionsverhandlungen ihre Privatisierungsideen einzubauen. Vranitzky als Pragmatiker hat diese neoliberale Politik akzeptiert und mitgetragen, vor allem weil die bisherigen verstaatlichten Betriebe ständig Milliardenzuschüsse des Staates benötigt hatten. Radlegger, der auch auf Landesebene gegen die Privatisierung der SAFE, des landeseigenen Energieunternehmens, aufgetreten war, kritisierte wiederholt den neoliberalen Sparkurs der Regierung und ihre Privatisierungspolitik. Er war sich bewusst, dass eine Partei ohne feste programmatische Substanz ihren Charakter verliert, ihre innere Kraft und Spannung.

Radleggers Intellekt und sein sozialdemokratisches Sensorium ließen ihn erahnen, wie zwei Jahrzehnte später der Neoliberalismus die Demokratie verändern würde. *„Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen.“*<sup>9</sup> Radlegger spürte, dass die Privatisierung von Daseinsfürsorgeeinrichtungen und Infrastrukturmonopolen die sozialdemokratischen Zielsetzungen untergraben und die Umverteilung von Wohlstand und gesellschaftlicher Gestaltungsmacht dann kaum mehr möglich wäre.

Gerade die Übernahme neoliberaler Tendenzen durch eine sozialdemokratische Partei aber bewirken, dass ehrgeizige Führungsnaturen in anderen Parteien die verunsicherten Arbeitnehmer an sich ziehen. So kam es nicht überraschend, dass die zunehmend rechtspopulistisch sich gerierende FPÖ mit Jörg Haider immer stärker die Arbeiter und die sozialen Unterschichten an sich band und die SPÖ Wähler, Mitglieder und Funktionäre verlor. Mit seinem Personal und Vokabular trat Haider nicht wie Vranitzky staatsmännisch-übersichtlich, sondern pointiert und schrill auf und geißelte die Privilegien der herrschenden Politikerklasse.

Vor allem die von der Bundesregierung betriebene Privatisierung des Verbundkonzerns ließ bei Radlegger die Zornesadern schwellen. Für ihn war diese Privatisierung eine der größten Verschleuderungsaktionen, die von der Republik jemals vorgenommen wurde. Der Substanzwert des Unternehmens lag bei 140 Milliarden Schilling. Für die 49%, die privatisiert wurden, wurden aber nur 5,3 Milliarden Schilling eingenommen. In dieser Causa war sich Radlegger mit dem Generaldirektor des Verbunds,

Walter Fremuth, einig, der sich als braver Parteisoldat allerdings nicht gegen den Eigentümer auflehnen konnte. *„Ich habe an vielen Beispielen erlebt, dass die ÖVP dort, wo es um Wirtschaft geht, wie eine Greißlerpartei agiert. Denn das ist ihr Klientel. Für die Industrie hat die ÖVP nie wirklich den Blick gehabt. Da haben sie den einen oder anderen Experten gehabt, wie den Claus Raidl oder den Josef Taus. Aber in Wahrheit, im Denken waren sie nie eine Industriepartei.“*

## 5. Reschens triumphaler Erfolg bei der Stadtwahl 1987

Die Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg am 4. Oktober 1987 erwiesen sich für die SPÖ geradezu als triumphaler Sieglauf. Mit 49,29% der Stimmen errang sie 21 von 40 Mandaten und damit erstmals die absolute Mehrheit und zusätzlich die Vizebürgermeisterposition. Die ÖVP war mit 22,61% nicht einmal mehr halb so stark wie die SPÖ, die Bürgerliste hatte durch das sehr einseitige und geradezu fanatische Engagement ihres Stadtrates Voggenhuber für einige umstrittene Architekturprojekte (Siza-Turm auf dem Mönchsberg, Verbauungsplan Bärenhässchen) die bürgerlichen Wähler verschreckt und 7,5% abgelegt.

Der Wahlausgang war zweifelsfrei ein persönlicher Erfolg des Bürgermeisters Josef Reschen, der es verstanden hatte, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik die Stadt wieder auf einen soliden Kurs zu bringen. Ab 1983 hatte die Stadt wieder Überschüsse erwirtschaftet und die Schuldenquote beträchtlich senken können. Zwei weitere Aspekte hatten Reschens Sieg möglich gemacht. Zum einen war es die kommunalpolitisch völlig unerfahrene Spitzenkandidatin der ÖVP, Sigune Neureiter, die vor der Wahl von Landeshauptmann Haslauer im Alleingang und gegen starke Widerstände in der ÖVP präsentiert worden war. Zum anderen war es Reschen gelungen, einen großen Teil der Bürgerlistenwähler von 1982 für sich zu gewinnen, weil er sich vehement gegen den Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf ausgesprochen und in zahlreichen spektakulären Aktionen bekämpft hatte. Der Wahltriumph der SPÖ – in diesem Ausmaß auch von den politischen Auguren unerwartet – muss allerdings zurechtgerückt werden. Denn den 30.123 Stimmen der SPÖ, die zur absoluten Mehrheit führten, standen 36.324 Nichtwähler gegenüber.

Durch den Wahlerfolg gestärkt, stellte die SPÖ mit dem Sozialreferenten Gerhard Buchleitner nun den Vizebürgermeister, der sich in den folgenden Jahren im Bereich der Sozialpolitik durch zahlreiche Initiativen (Obdachlosenfürsorge „Treffpunkt“, „Frauentreffpunkt“, das „Netzwerk Lehen“ etc.) einen Namen machen konnte. Die SPÖ setzte ihre absolute

Mehrheit aber keinesfalls brachial ein, sondern der Parteienkonsens (insbesondere zwischen SPÖ und FPÖ) war nach wie vor unverändert vorhanden.

Mit der Niederlage 1987 musste die Bürgerliste mit ihrem engagierten Stadtrat Voggenhuber erkennen, dass der bei den Bürgern ausgelöste Partizipationsschub nicht automatisch problemlösend wirkte, sondern die immer größer werdende Unregierbarkeit der Stadt nur noch verschärft hatte. Die mobilisierungskräftigen grünen Aktivisten gewannen die Erfahrung, dass jede Repräsentativdemokratie in größeren Einheiten nur begrenzte Teilnahmeformen der Bürger zulassen konnte. Die Forderung der Bürgerliste, bei allen wesentlichen Entscheidungen in Bürgerforen den Soverän mitwirken zu lassen, erwies sich als Fehleinschätzung. Die von Voggenhuber und seinen Gefolgsleuten verlangte authentische Selbstregierungsdemokratie ist nur in kleinen Gruppen möglich. Weniger Macht der Regierenden bedeutet auch nicht automatisch mehr Macht der Regierten. Die Gefahr besteht, dass durch die von den Regierenden verlorene Macht von den Regierten gar nicht gewonnen werden kann, weil wieder nur ein kleiner, zumeist der höheren sozialen Schicht zugehöriger Teil des Volkes in den Genuss der neu gewonnenen Macht gelangt. Dies aber würde eine diffuse Machtlosigkeit und eine Lähmung demokratischer Prozesse bewirken<sup>10</sup>.

Reschen gelang es auch, der Bürgerliste durch eine geschickte Umweltstrategie das Wasser abzugraben. So konnte in seiner Amtszeit eine wesentliche Reduktion des Schadstoffausstoßes der Spanplattenfabrik Kaindl in Taxham und die Rücknahme von sehr expansiven Ausbauplänen der Flughafengesellschaft erreicht werden. Auch die Verschmutzung der Salzach durch die Halleiner Papierfabrik führte zu einem maßgeblichen Vorgehen der Stadtpolitik und zu einem Umbau der Produktionsprozesse, wodurch in wenigen Jahren aus der braunen eine grüne Salzach wurde<sup>11</sup>. Auch wenn seitens der anderen Parteien Reschen in vielen Problem-bereichen – vor allem im Wohnungs- und Verkehrswesen – Untätigkeit vorgeworfen wurde, konnte niemand ahnen, dass kurz nach den Landtags-wahlen 1989 der damals erst 48-jährige Reschen wegen seiner Verwicklung in die WEB-Affäre sein Amt zurücklegen würde müssen.

## 6. 1989 – das Schreckensjahr der Salzburger SPÖ

Als Bundeskanzler Vranitzky 1988 von Fred Sinowatz auch den Bundesvorsitz der SPÖ übernahm, knüpfte Radlegger an seine Unterstützung einen Forderungskatalog von 10 Punkten:

1. Die SPÖ ist Partei der Arbeit. Arbeit muss aber neu und mehrdimensional definiert werden.

2. „Die SPÖ ist und bleibt die Partei des Fortschrittes“, der ebenso neu zu definieren ist.
3. „Die SPÖ muss die ökologische Partei werden“.
4. „Die SPÖ muss eine Partei der Starken sein“, damit die Ausgrenzung der Schwachen verhindert werden kann.
5. „Die SPÖ ist die Partei der sozialen Verantwortlichkeit“; diese bedarf aber einer glaubhaften wirtschaftlichen Kompetenz.
6. Die SPÖ ist eine „Gesinnungsgemeinschaft“ und keine Arbeits- oder Wohnungsvermittlungsagentur.
7. „Die SPÖ muss wieder in stärkerem Maße eine Partei der politischen Moral werden – nicht der Doppelmoral!“
8. Die SPÖ muss eine „Volkspartei“ sein.
9. Die SPÖ sollte „wieder eine Bewegung sein“ und kein starrer, sich nach außen abgrenzender Apparat.
10. Die SPÖ müsse ein „Lebensraum für engagierte Menschen sein“, ein Haus, „wo man gerne zu Freunden kommt“<sup>12</sup>.

Mit der Aufkündigung der rot-blauen Koalition und der Etablierung einer Großen Koalition auf Bundesebene durch den neuen Bundeskanzler Vranitzky war es der Salzburger Landes-ÖVP nun nicht mehr möglich, gegen die Bundespolitik sich als Opposition aufzuführen. Die Ausgangslage für die Landtagswahl im März 1989 war also günstig, zumal Salzburgs Parteichef Radlegger mit seiner Anti-Privatisierungskampagne und seinem ambitionierten Forderungskatalog sich auch bundespolitisch einen Ruf als starker Mann erworben hatte.

Vor allem Radleggers Kampf gegen die Pläne der Salzburger ÖVP, das landeseigene Energieunternehmen SAFE zu privatisieren und auch seine Gegnerschaft zu den Privatisierungsplänen der Bundes-SPÖ schienen ihm die weitere Unterstützung von Gewerkschaft und Arbeitnehmerschaft zu gewährleisten. Die ÖVP ließ den Landtagswahlkampf auf eine ideologische Zuspitzung hinauslaufen, mit Parolen wie „Es geht um unseren Landeshauptmann“ oder durch die Gegensatzpaare „Sparsamkeit (ÖVP) gegen Bürokratismus (SPÖ)“, „Mehr Bürgerrechte (ÖVP) oder Ausländerwahlrecht (SPÖ)“, „Zusammenarbeit (ÖVP) oder „Rote Walze (SPÖ)““. Radlegger hingegen ging es um das Brechen der absoluten Mehrheit der ÖVP („Salzburg ist kein Erbhof der ÖVP“)<sup>13</sup>.

Auch die von Bundeskanzler Vranitzky durchgeführte Kehrtwendung in Sachen Annäherung an die EU fand bei Radlegger keine ungeteilte Zustimmung. Radlegger wollte mehr über die Auswirkungen eines EU-Beitrittes für Österreichs Neutralität, für den Transitverkehr, für die Landwirtschaft, den Ausländergrundverkehr und den Handel wissen und forderte die Einrichtung einer Landeskommision zur Klärung all dieser Fragen. Den Landeshauptmann Haslauer unterzog er immer wieder

heftiger Kritik, weil dieser für ihn einer der eifrigsten EU-Befürworter war. So war es kaum verwunderlich, dass eine damals in Auftrag gegebene Meinungsumfrage der SPÖ einen Stimmenzuwachs von 3,7%, der ÖVP aber Verluste von 5,4% voraussagte.

Doch dann zogen von der Bundeshauptstadt dunkle Wolken gegen Westen. Durch gezielte Indiskretionen waren den Medien Unterlagen zugespielt worden, wonach Parteiangestellte Spesenpauschalen nicht versteuert hätten, darunter auch Radlegger in seiner Zeit als Landespartei sekretär. Dazu kamen bundespolitische Sündenfälle, wie die Lucona-Affäre<sup>14</sup> und die daraus resultierenden Rücktritte der Minister Gratz und Blecha. Außerdem waren die Spitzengagen von SPÖ-Funktionären ein gefundenes Fressen für die populistischen Attacken des freiheitlichen Bundesobmannes Jörg Haider. Vranitzky nutzte die Lucona-Affäre, um sich der zwei Konkurrenten Gratz und Blecha zu entledigen. Wie Radlegger heute eingesteht, haben sich die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP damals als Staat im Staate gefühlt, für die Gesetze nicht zu gelten schienen.

Vor allem der Vorwurf der Steuerhinterziehung hat Radlegger schwer getroffen. Die Umfrageergebnisse, die im Oktober 1988 für die Salzburger SPÖ noch hervorragend waren und Zuwächse vorhersagten, fielen ab Dezember etappenweise in den Keller. Hubertus Czernin hatte als Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“ Unterlagen zugespielt bekommen, die aus der Buchhaltung der Bundes-SPÖ gekommen sein mussten. Radlegger hatte in seiner Zeit als Landespartei sekretär (damit war er Angestellter der Bundes-SPÖ) rund 8.000 Schilling monatlich als Spesenpauschale neben seinem relativ bescheidenen Gehalt bekommen: *„Czernin hat mich angerufen und gesagt: Ich habe den Beleg, den sie zuletzt bekommen haben. Ich hätte sagen können, das sei verjährt, weil ich damals bereits sieben Jahre Regierungsmitglied war. Aber ich konnte mich nicht auf einen formalen Standpunkt zurückziehen und habe mich mit Czernin getroffen. Er hat mir den Beleg meiner letzten Auszahlung gezeigt. Ich habe ihm das Ganze erklärt, aber man wollte daraus der SPÖ einen Strick ziehen. Das war dann der Beginn von äußerst unerfreulichen Monaten“.*

Radlegger reagierte, indem er für die Funktionsinhaber der Salzburger SPÖ eine strenge Trennung von politischen Ämtern und wirtschaftlichen Einflussbereichen einführte. Alle Mandatare mussten fortan schriftlich dem Landespartei vorstand eine genaue Auflistung ihrer gesamten Bezüge liefern und aus Aufsichtsratspositionen von Unternehmungen des Landes (SAFE, Salzburger Land-Tourismus-Gesellschaft, Landes-Hypothekbank, etc.) ausscheiden. Fortan wurden diese Positionen von parteinahen Leuten aus der Wirtschaft besetzt. Zudem überwies Radlegger aus eigener Tasche einen Betrag von 100.000 Schilling (7.000 Euro) an den Sozialfonds der „Geschützten Werkstätten“, obwohl in seinem Fall bereits steuerrechtlich die Verjährung eingetreten war.



Als Klotz am sozialdemokratischen Bein erwiesen sich zudem interne Konflikte in der Salzburger Gebietskrankenkasse, welche monatelang Schlagzeilen in den Medien lieferten und diese Einrichtung in den Augen der Wählerschaft als „Privilegienstadel und Selbstbedienungsladen“<sup>15</sup> für Politiker erscheinen ließ.

Im Intensivwahlkampf, der im Jänner 1989 einsetzte, schlug Radlegger gegen den Landeshauptmann, mit dem ihn persönlich ein Naheverhältnis verband, ungewohnt scharfe Töne an. Die Verhandlungen Haslauer mit der Hallein Papier seien unprofessionell geführt worden, die SAFE-Energiesparaktion sei ein parteipolitisch motivierter und ineffektiver Schnellschuss gewesen und Haslauer sei gemeinsam mit Außenminister Mock Bittsteller bei der EG. Vor allem die Ablehnung des kommunalen Ausländerwahlrechts zeige, wie sehr sich die ÖVP von christlichen Grundsätzen entfernt habe<sup>16</sup>. Der SPÖ-Frontmann wusste, dass ihm sein Naheverhältnis zu Haslauer von den eigenen Leuten (insgeheim) vorgeworfen wurde („Haslegger“), daher musste er wenigstens in Wahlkampfzeiten auf Unterscheidbarkeit achten, musste er den übermächtigen Mitbewerber herabsetzen, musste er das ganze Arsenal der Konfliktrhetorik ausnutzen. Denn nur so lassen sich die eigenen Anhänger und Aktivisten in Bewegung und Begeisterung versetzen. Radleggers Ziel, die absolute Mehrheit des bereits amts-müde wirkenden Landeshauptmannes Haslauer zu brechen, lag klar auf der Hand. Er war sich bewusst, dass er zwar Haslauer nicht aus dem Amt würde verdrängen können, rechnete sich aber gute Chancen für die Nach-Haslauer-Ära aus.

Mit seinem kurz vor der Landtagswahl erschienenen Buch „Ansichtssache“ legte er einen Entwurf landespolitischer Zielvorstellungen vor, *„der von der konkreten Wirklichkeit unseres Landes ausgeht, aber nicht darin gefangen bleibt; der Trends und Prognosen zwar zur Kenntnis, aber nicht zum alleinigen Maßstab nimmt und der versucht, die Qualität des individuellen und gesellschaftlichen Lebens auch in Zukunft neu zu sichern und zu verwirklichen“*<sup>17</sup>. Damit bewies Radlegger, dass er nicht gewillt war, den Weg fantasieloser, übervorsichtiger und politisch entleerter Mittelparteien zu gehen. Ihm ging es in diesem Buch um eine feste programmatische Substanz, um den Charakter der SPÖ als Groß- und Volkspartei, die mit Kraft und Spannung versucht, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die Salzburger SPÖ war unter Radlegger eine bemerkenswert stabile und organisationsstarke Partei geworden, die aber wegen der absoluten ÖVP-Mehrheit nicht imstande war, die Politik oder gar die Ökonomie nachhaltig zu prägen. An den Kommandobrücken des Landes saßen in den Positionen des Landeshauptmannes, des Finanz- und Wirtschaftsreferenten ausschließlich ÖVP-Leute. Die SPÖ hatte zwar feste politische Maßstäbe, aber nicht die Mehrheit, um das Land nach ihren Vorstellungen politisch zu formen. Diese seit 1945 ungebrochenen Mehrheitsverhältnisse wollte der dyna-

mische Sozialdemokrat mittelfristig umdrehen. Mit Radleggers Konzepten und seinem sachlich-pragmatischen Politikstil sowie seiner Sensibilität für gesellschaftliche und soziale Fragen schien für die Salzburger SPÖ durchaus ein Zugewinn in greifbarer Nähe zu sein<sup>18</sup>.

Zunächst aber stand die Landtagswahl 1989 an. Die Freiheitlichen mit ihrem neuen Spitzenkandidaten, dem Rauriser Installateurmeister Volker Winkler, hatten kein eigenständiges Konzept, sondern verließen sich auf die Hilfe des bei Wahlveranstaltungen als Publikumsmagnet auftretenden Antiprivilegien- und Anti-EU-Kämpfers Jörg Haider. In einer vom Fessel-Institut erhobenen Meinungsumfrage erklärten im Dezember 1988 71% der Befragten, dass die FPÖ bei der kommenden Landtagswahl stärker werden und den beiden Großparteien einen Denkart verpassen würde. 52% wünschten einen Wiedereinzug der FPÖ in die Landesregierung<sup>19</sup>. Wie sehr die Politik der Bundesregierung einen Schatten über die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ warf, charakterisierte der Chefredakteur der Kronen Zeitung: *„Wie auf Eisenbahnschienen fährt die Salzburger FPÖ der Verdoppelung ihrer Prozentanteile entgegen: Zu groß ist die Verbitterung der Bevölkerung über die Skandale und das behäbige Fortbewegen der Koalition in Wien“*<sup>20</sup>.

Größere Gefahr drohte auch von der mittlerweile geschlossen auftretenden Bürgerliste Salzburg-Land, die sich in ihrem Wahlkampf stark auf die Landeshauptstadt konzentrierte, zumal es dort ein Grundmandat zu holen galt. Auch sie kritisierte die Privilegien der Politiker, konzentrierte sich aber besonders auf Umwelt- und Sozialthemen: die geplante Müllverbrennung, die Salzachgarage, der Neubau der abgebrannten Spanplattenfabrik Kaindl, der Ausbau des Flughafens und die Abwasserentsorgung der Hallein Papier waren ihre Kernthemen. Bei der oben genannten Fessel-Umfrage sprachen sich 46% der Befragten für einen Einzug der Bürgerliste in den Landtag aus, bei den Erstwählern waren es gar 61%<sup>21</sup>.

Als Rohrkrepierer erwiesen sich die Landtagsbeschlüsse in Kärnten, Salzburg und Tirol, die Landtagswahlen auf einen gemeinsamen Termin im März zusammenzulegen, um Jörg Haider die Möglichkeit einer Omnipräsenz bei den Wahlveranstaltungen zu nehmen. Dieser Versuch versetzte ihn in den Augen der Wählerschaft in die Rolle des von den mächtigen Großparteien Verfolgten und steigerte zweifellos seine politische Attraktivität. Die Zusammenlegung erwies sich für den Saalbacher Arzt Karl Schnell als besondere Gelegenheit, sich dem FPÖ-Chef Haider als Helikopterpilot anzudienen, indem er ihn von Wahlveranstaltung zu Wahlveranstaltung in den drei Bundesländern flog. Haider machte den begeisterten Fan Schnell kurz darauf zum FPÖ-Generalsekretär und installierte ihn 1993 zum FPÖ-Landesrat in Salzburg.

Die Stimmungslage für die Sozialdemokraten kippte vor allem wegen der auf Bundesebene aufgetauchten Skandale und zeigte von Monat zu

Monat eine größere Schiefelage. Während im Dezember 1997 noch 33%, im Juni 1988 gar 35% der Bevölkerung Stimmengewinne der SPÖ erwarteten, waren es im Jänner 1989 nur mehr 15%, kurz vor der Landtagswahl gar nur mehr 13%<sup>22</sup>.

Der 12. März 1989 brachte sodann den Großparteien ein Debakel. Die ÖVP verlor zwar mit 6,2% am meisten (-3 Mandate) vor allem aber ihre absolute Mehrheit im Landtag, behielt aber ihre vier Regierungssitze. Die SPÖ rutschte um 3,6% auf den tiefsten Wert seit 1945 ab, verlor ein Mandat und einen Regierungssitz, der an die Freiheitlichen ging, die damit wieder auf die Regierungsbank zurückkehrten. Die Bürgerliste Salzburg-Land gewann zwei Mandate und zog damit erstmals in den Salzburger Landtag ein. Laut einer Telefonbefragung des Instituts für Grundlagenforschung (IGF) vom 7.4.1989 sei das Ergebnis der Salzburger Landtagswahl ganz entscheidend von bundespolitischen Ereignissen und Skandalen mit verursacht worden. Besonders die SPÖ hätte von den ursprünglich zu erwarteten Wählerstimmen bis zu 8% eingebüßt<sup>23</sup>.

Landeshauptmann Haslauer dankte noch am Wahlabend ab und übergab das Amt an den Nachfolger Hans Katschthaler. Die SPÖ war überzeugt, dass die bundespolitische Situation mit den Skandalen den Ausschlag gegeben habe, und unterstützte weiterhin ihren Spitzenmann Wolfgang Radlegger. Durch den Verlust eines Regierungsmandates kam es jedoch zu einem innerparteilichen Konflikt in der Salzburger SPÖ, ob der damals 44-jährige Othmar Raus oder der 58-jährige Josef Oberkirchner aus der Regierung ausscheiden sollte. Demonstrationen von Pensionisten vor dem in der Elisabethvorstadt tagenden Parteivorstand mit Transparenten und Sprechchören sollten für den Weiterverbleib des populären Soziallandesrates („Unser Sepp muss bleiben“) sorgen. Dahinter vermutete man die Klubvorsitzende Inge Stuchlik, die von Beruf Sekretärin des sozialdemokratischen Pensionistenverbandes war und selbst Ambitionen auf den Stuhl des Zweiten Präsidenten des Landtages zeigte, den man allerdings Oberkirchner als Ersatz für das Regierungsamt angeboten hatte. Radlegger war *„wahnsinnig enttäuscht über die Haltung Oberkirchners, der das schon einmal (damals im Zusammenhang mit seinem Vorgänger als Soziallandesrat, Hans Pexa) erlebt hatte. Ich war müde und angefressen. Ich habe zwei Stunden vorher mit Oberkirchner geredet und ihm gesagt, dass er für sich im Parteivorstand keine Mehrheit finden werde. Du hast auch von den großen Organisationen keine Zustimmung“*. Die Entscheidung fiel denn auch zugunsten des wesentlich jüngeren Landesrates Othmar Raus. Oberkirchner lehnte die Position des Zweiten Präsidenten des Landtages ab und schied verbittert aus der Politik aus.

Die bei den Parteienverhandlungen von der ÖVP geforderte Übernahme des Sozialressorts durch die künftige Landesrätin Gerheid Widrich wurde von Radlegger als „casus belli“ bezeichnet und schließlich von den Konservativen auch fallen gelassen<sup>24</sup>. Radlegger musste fortan selbst das

Sozialressort übernehmen, das von ihm mit so viel Herzblut und Verantwortungsgefühl geführte Bauressort („Bauen als Kulturaufgabe“) ging an den neuen freiheitlichen Landesrat Volker Winkler.

Verlorene Wahlen bieten zumeist Anlass, bei den Hochämtern des Parteilebens, den Landeskonferenzen, eine Abrechnung an den Führungspersönlichkeiten vorzunehmen. Von dieser Abrechnung blieb Radlegger, der eine Zustimmung von 90,7% bekam, verschont. Der Nachwahlkonflikt zwischen Raus und Oberkirchner zeigte sich aber in den relativ bescheidenen Zustimmungsraten für Raus (84%) und Stuchlik (76,5%). In seiner Rede vor der Delegiertenversammlung ließ Radlegger aufhorchen durch seine Kritik an den Zuständen in der Bundespartei, indem er eine höhere politische Moral einforderte. Der SPÖ-Landeschef spielte auf den Lucona-Skandal an: *„Es ist für mich noch immer nicht vorstellbar, dass auch engste politische Freunde, mit denen ich viele Jahre zusammengearbeitet habe, deren Fähigkeiten auch außerhalb unserer Partei weithin anerkannt und geschätzt werden, wie etwa Karl Blecha, aus mir unerklärlichen Gründen so tief in diese Affäre verstrickt sind. Der Kreis derjenigen, für die man die Hände ins Feuer legen könne, sei offenbar kleiner geworden“*<sup>25</sup>.

Die Salzburger Politik änderte sich nun grundlegend. Erstmals waren im Salzburger Landtag vier Parteien vertreten, von denen vor allem die Bürgerliste Salzburg-Land mit ihrem Vorsitzenden Christian Burtscher in das Salzburger Politiklima einen rauen Wind brachte. Mit dem neuen Landeshauptmann Hans Katschthaler war die autoritäre und barocke Inszenierung konservativer Macht einem ruhigeren, manchmal zauderhaften Stil gewichen. Die proportionale Verteilung der Regierungsmacht erlaubte es sowohl Sozialdemokraten als auch Freiheitlichen – trotz der ÖVP-Mehrheit in der Landesregierung – ihre Spielräume mehr zu nutzen als in der abgelaufenen Periode. Wolfgang Radlegger hatte den Wahlverlust unbeschadet überstanden und war darauf erpicht, bei der nächsten Landtagswahl dem ÖVP-Kontrahenten die Stirn zu bieten. Die Chancen standen jedenfalls nicht schlecht.

Doch dann platzte im eigenen Land eine politische Bombe größter Sprengkraft. Am 8. Juni 1989 erstattete die Salzburger Arbeiterkammer aufgrund von verärgerten Anlegerbeschwerden bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen 10 leitende Angestellte und Eigentümer des Unternehmens Wohnungseigentum-Bautreuhand/WEB/IMMAG sowie gegen Steuerberater und Bankmanager. Das in den Medien als WEB-Gruppe bezeichnete Firmenkonsortium, dessen Gründervater der ehemalige ÖVP-Landtagspräsident Hans Zyla war, hatte ab 1975 sogenannte Hausanteilsscheine als Anlageprodukte verkauft. Ein dichtes Geflecht an Verbindungen zu Politik und Banken ließ den Wohnbaukonzern als solides Unternehmen erscheinen. Doch bereits 1983 schien das der schwarzen Reichshälfte zugeordnete Imperium zahlungsunfähig geworden zu sein. Als Sanierungsmaßnahme

diente ein Moratorium (Zahlungsaufschub) der Salzburger Sparkasse, des Raiffeisenverbandes und der Landeshypothekenbank. Zusätzlich wurden neue Hausanteilscheine verkauft, deren Erlöse zum Stopfen der Finanzlöcher verwendet wurden.

Besonders die beiden jungen AK-Konsumentenschützerinnen Gabi Burgstaller und Renate Böhm hatten die Affäre aufgedeckt. Im Raum stand der Verdacht der Untreue, des schweren gewerbmäßigen Betruges sowie der betrügerischen und fahrlässigen Krida mit einer damals vermuteten Schadenssumme von mehreren hundert Millionen Schilling. Kurz danach meldete der zur ÖVP zählende Baumanager Bernd Schiedek sowohl für die WEB als auch für die IMMAG Zahlungsunfähigkeit an. In der Folge wurden Schiedek und weitere leitende Angestellte des verschachtelten Firmenimperiums verhaftet. Der größte und brisanteste Wohnbau-skandal Österreichs drohte die Politik mit ins Verderben zu reißen. Denn der Bürgerliste wurde ein Tonband zugespielt, in welchem der angezeigte Manager und frühere Staatsanwalt Dr. Jürgen Graf schwere Verdächtigungen gegen Haslauer und Radlegger erhob: Sie hätten vom Firmenimperium hohe Geldbeträge erhalten. Die beiden inkriminierten Landespolitiker klagten daraufhin Graf wegen übler Nachrede, worauf dieser die Vorwürfe zurückzog und in einem Vergleichsverfahren 10.000 Schilling an die Kinderkrebshilfe bezahlte.

Radleggers politischer Stern begann ab diesem Zeitpunkt rapide zu verblassen. Denn bereits 1984 sei die damals praktisch konkursreife WEB, die nicht ausreichend kontrolliert worden war, von Radlegger, der für den Wohnbau zuständig war, und von Haslauer mit massiver Landesunterstützung gerettet worden. In den Berichten des Revisionsverbandes seien schon damals umfangreiche Verfehlungen im WEB-Bereich aufgelistet worden, die Aufsichtsbehörde habe jedoch nicht energisch genug eingegriffen<sup>26</sup>. Der Vorwurf der Prüfer des Revisionsverbandes verdichtete sich in der Aussage, dass über die WEB ein „politischer Schutzmantel“ gebreitet worden sei. Die WEB sei, was die Hinweise auf Unregelmäßigkeiten und die Zahl der Beanstandungen in Prüfberichten betraf, jahrelang Rekordhalter unter den Wohnbaugenossenschaften gewesen<sup>27</sup>. Besonders erschwerend fiel für Radlegger ins Gewicht, dass der Hauptverdächtige Bernd Schiedek zu Radlegger seit Schultagen freundschaftliche Beziehungen hatte und auch sein Trauzeuge war.

Die Politik musste auf diesen größten Wohnbau- und Finanzskandal reagieren und setzte bereits am 5. Juli 1989 einen Untersuchungsausschuss des Landtages ein, dessen Vorsitz der Grüne Christian Burtscher übernahm. Vor dem Untersuchungsausschuss betonte Radlegger ausdrücklich, dass der damalige Landeshauptmann Haslauer von ihm bereits im Juni 1982 über die krisenhafte Situation in der WEB informiert worden sei. Im Sommer dieses Jahres sei es auch zu einer Aussprache zwischen Haslauer, dem Baumanager

Schiedek und dem ehemaligen ÖVP-Landtagspräsidenten Hans Zyla, dem Gründer des WEB-Imperiums, und ihm gekommen. Dabei habe man vehement auf die angeordnete wirtschaftliche Entflechtung der Firmenbereiche WEB und Bautreuhand hingewiesen. Ein Konkurs sei nicht im Interesse des Landes gewesen, denn dieser hätte vor allem die Wohnungswerber geschädigt<sup>28</sup>. Im Zuge der Einvernahmen des WEB-Untersuchungsausschusses bestätigte der Leiter der Wohnbauabteilung des Landes, Hofrat Friedrich Heu, „dass die Förderungsmillionen im gemeinnützigen Wohnbau nach Maßgabe der politischen Kräfteverhältnisse verteilt“ worden seien<sup>29</sup>. Dabei sei ein Förderverhältnis von 4 : 3 (ÖVP : SPÖ) eingehalten worden.

Bereits am 14. August hatte der freiheitliche Landtagsklub die Einberufung einer Sondersitzung des Landtages verlangt, bei der ein Misstrauensantrag gegen den SPÖ-Vorsitzenden gestellt werden sollte. Aber als Dolchstoß aus den eigenen Reihen empfand Radlegger einen vom Chefredakteur Karlo Korosa im SPÖ-Organ „Salzburger Tagblatt“ verfassten Artikel unter dem Titel „Salzburgs amtsmüder SPÖ-Chef hart kritisiert“. Darin war ganz offen von Rücktrittsabsichten Radleggers die Rede. Hinter Korosas Artikel vermutete man den Salzburger Bürgermeister Josef Reschen, dem man Absichten auf Radleggers Nachfolge unterstellte. Radlegger und Reschen sahen sich daraufhin veranlasst, in einer gemeinsamen Pressekonferenz dies zu dementieren<sup>30</sup>. Dennoch wollte sich der Parteivorstand bereits in der folgenden Woche mit dem Bericht befassen und im Falle eines möglichen Rücktrittes sollte über Radleggers Nachfolge gesprochen werden. Als Kandidaten wurden neben Landesrat Raus der Salzburger Bürgermeister Josef Reschen, dessen Stellvertreter Gerhard Buchleitner und der Zeller Bürgermeister und LABg. Walter Thaler genannt.

Obwohl Bernd Schiedek als auch der ehemalige Landtagspräsident Hans Zyla als Hauptverantwortliche des Wohnbauskandals der ÖVP angehörten, drohte die Angelegenheit zum Schadensfall der SPÖ zu werden, deshalb begannen nun massive Entlastungsoffensiven. SPÖ-Klubobmann Harald Lettner forderte die Verantwortung der Aufsichtsräte des Wohnbauimperiums ein. Nach dem Gesetz wären in erster Linie die Aufsichtsräte gefordert gewesen, die Vorstandsmitglieder zu kontrollieren und Missstände abzuschaffen. Der Klubobmann und Anwalt stellte die Frage, „*was die Herren mit Rang und Namen, mit Titeln und großer beruflicher Erfahrung eigentlich gesehen, gehört und getan haben, um Schaden von den Gesellschaften und damit von Kunden und Gläubigern fernzuhalten?*“<sup>31</sup>

Radlegger, durch die täglichen medialen Trommelfeuer waidwund getroffen, musste in nächtelangen Besprechungen mit seinen Parteifreunden Gerhard Buchleitner (Bürgermeisterstellvertreter von Salzburg), Stefan Prähauser (Landespartei sekretär) und Ricky Veichtlbauer (Klubvorsitzende im Landtag) an seinen Rücktrittsabsichten gehindert werden.

Die SPÖ-Organisation Salzburg-Stadt beschloss, dass sie geschlossen zu ihrem Parteivorsitzenden steht und ihm das volle Vertrauen ausspricht<sup>32</sup>. Doch bereits wenige Tage später, am 28. August 1989, informierte Radlegger den Parteivorstand über seinen Rücktritt. Er wolle dadurch vermeiden, dass die Salzburger SPÖ in einen Skandal hineingezogen werde, mit dem die Partei nichts zu tun habe. Er persönlich sehe in der Sache kein schuldhaftes Verhalten, sei sich jedoch bewusst geworden, dass seine private Verbindung zum verhafteten WEB-Manager Schiedek zu einer für die Partei ernsten Belastung geworden sei. Er selbst habe an öffentliche Mandatare stets hohe Maßstäbe der politischen Moral angelegt und scheue sich nicht, diese jetzt auch für sich selbst gelten zu lassen. *„Er würde es menschlich nicht ertragen, an der Spitze einer Bewegung zu stehen, die in ihn so manche Hoffnung gesetzt habe und zu deren Belastung er nun geworden sei. Ihn belaste die Tatsache, dass ausschließlich seine Freundschaft (zum inhaftierten WEB-Manager Schiedek, Anm. des Verf.) wegen des Bautreuhand-Skandals zu einer Angelegenheit der SPÖ gemacht werde. Ohne Konsequenzen weiterzuleben, ließe sich nur mit einer ‚selbstproduzierten Täuschung‘ bewerkstelligen. Die dazu notwendigen Verdrängungsmechanismen würden den Menschen Wolfgang Radlegger verändern, ja deformieren. Das wolle er nicht in Kauf nehmen.“*<sup>33</sup> Der Parteivorstand beschloss daraufhin einstimmig, dass der Bürgermeisterstellvertreter der Stadt Salzburg und geschäftsführende Landesparteiobmann Gerhard Buchleitner ihm sowohl als Landeshauptmannstellvertreter wie auch als Parteiobmann nachfolgen solle.

Radlegger heute: *„Ich habe die politische Verantwortung für den größten Wirtschaftsskandal, der in Salzburg jemals passiert ist, mit getragen ... Ich denke an diese Zeit mit großer Wehmut zurück, weil ich überzeugt bin, dass Krebs auch eine Krankheit der Seele ist und nicht nur genetische Ursachen hat. Wir waren als Familien mit den Schiedeks befreundet. Ich habe Schiedeks Kinder von Geburt auf gekannt. Und Schiedeks Frau Christa hat nichts gewusst. Er hat ein so perfektes Doppelleben geführt, dass seine Frau nichts gemerkt hat. Sie hat sich dann scheiden lassen und ist zwei Jahre später mit 42 Jahren an Magenkrebs gestorben, weil sie so furchtbar getroffen war ... Ich wäre vorsichtig geworden, wenn jemand einen Lebensstil an den Tag legt, wo man sich die Frage stellen muss, woher das kommt“.*

Radleggers politische Karriere war damit ein für allemal beendet, eine große Hoffnung der SPÖ durch die Freundschaft mit einem betrügerischen Manager gescheitert. Aber auch sein Gesundheitszustand, durch enormen Arbeitseinsatz und exzessiven Zigarettenkonsum geschwächt, war angegriffen. Am 13. November 1989, also knapp drei Monate nach seinem Rücktritt, erlitt Radlegger einen schweren Hinterwandherzinfarkt, *„von dem ich nach wie vor überzeugt bin, dass es eine Krankheit der Seele war, weil ich den Druck nicht mehr ausgehalten habe“.*

Radlegger ist nach wie vor überzeugt, dass er wirtschaftlich gemeinsam mit Haslauer Anfang der achtziger Jahre für das Wohnbauunternehmen im Sinne der Wohnungswerber das Richtige getan hat. Er hatte sich damals vom zuständigen Hofrat Dr. Medicus einen Bericht geben lassen, wonach 400 Wohnungen der WEB in Bau waren. Hätte er den Konkurs betrieben, dann wären 400 Familien, die Anzahlungen geleistet haben, geschädigt worden. Politisch sieht er seine damalige Handlungsweise allerdings als unklug: *„Im Nachhinein betrachtet, war ich deppert. Denn wäre ich an die Öffentlichkeit gegangen, dann wäre ich der Held gewesen, der dem schwarzen WEB-Imperium den letzten Schlag versetzt hat“*.

Der Prüfer des Revisionsverbandes der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften, Bernd Scherz, erklärte, dass bereits vor 10 Jahren rund 120 Millionen Schilling an Barmitteln bei einem Eigenkapital von 25 Millionen von der WEB zu anderen Firmen des Imperiums abgefließen seien und die WEB eigentlich nie gemeinnützig hätte werden dürfen. Im Untersuchungsausschuss des Landtages pflichtete Scherz der Einschätzung bei, über die WEB sei ein „politischer Schutzmantel“ gebreitet worden.<sup>34</sup> Radleggers Vorgänger Herbert Moritz erklärte hingegen im Untersuchungsausschuss, dass die WEB „das Flaggschiff der ÖVP-Wohnbauideologie“ gewesen sei.<sup>35</sup>

Schwere Enttäuschung klingt bei Radlegger heute noch durch, wenn er an die fehlende Unterstützung von Bundeskanzler Vranitzky denkt. Im



*Bgm Walter Thaler, Bundeskanzler Franz Vranitzky und LHStv Wolfgang Radlegger*



„Kurier“ hatte es einen sehr gehässigen Artikel vom Journalisten Hans Rauscher über Radlegger gegeben. Von einem intimen Kenner der Wiener Politikszene wurde er informiert, dass ein solcher Artikel nur zustande komme, wenn das mit dem Kabinettchef des Bundeskanzlers ausgemacht sei. *„Wenn ein Bezirksparteichef meiner Partei irgendwo in Turbulenzen geraten wäre, hätte ich ihn angerufen und zu einem Gespräch geholt. Vranitzky hat sich nicht einmal gemeldet. Ich habe ihn dann angerufen, weil ich mit ihm reden wollte. Dann haben wir uns in Alt-Wien in einem Gasthaus getroffen. Ich habe ihm die Sache relativ leicht gemacht. Am selben Tag habe ich dann in der Sitzung des Landespartei Vorstandes meinen Rücktritt erklärt. Er wollte nur wissen, was ich jetzt machen werde. Ich habe ihm geantwortet, dass ich nicht zurücktrete mit der Rückversicherung für einen tollen Ersatzjob.“*

## 7. Das zweite Leben: Manager bei Wüstenrot

Da tote Indianer immer gute Indianer sind, überboten sich nach Radleggers Rücktritte die Vertreter der anderen Parteien in ihren Lobeshymnen über den zurückgetretenen SPÖ-Spitzenmann. ÖVP-Klubobmann Franz Schausberger würdigte bei der Landtagssitzung Radleggers Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien. Der freiheitliche Klubobmann Hans Buchner bezeichnete ihn als „manchmal unangenehm, aber stets fairen Gegner“. Im Sinne der politischen Verantwortung habe Radlegger respektabel gehandelt, ohne dass der Verdacht strafbarer Handlungen aufgetaucht sei. Der Grün-Mandatar und Vorsitzende des WEB-Untersuchungsausschusses, Christian Burtscher, bedauerte gar, dass zu wenig über die weitere politische Einbindung Radleggers nachgedacht worden sei. Seine Verdienste seien wohl seinen Fehlern zu wenig gegenübergestellt worden. Er sei von der Integrität Radleggers voll überzeugt<sup>36</sup>. Auch der damalige Bundesgeschäftsführer der Grünen, Johannes Voggenhuber, bezeichnete Radlegger als einen der integersten Politiker, *„er habe keinen anderen Politiker getroffen, der ihm so sehr Respekt abgenötigt hätte.“*<sup>37</sup>

Im Gegensatz zu Vranitzky hat Altkanzler Bruno Kreisky an Radleggers politischem Schicksal Anteil genommen und ihn eingeladen, zwei Wochen bei ihm in seinem Sommerhaus in Mallorca zu verbringen. Mit ihm konnte er täglich stundenlang reden, und das Gespräch sechs Stunden pro Tag war für beide Seiten ein Gewinn. Als Radlegger im Gästebad feststellte, dass das Wasser nicht abfloss, musste er zunächst lange schwarze Haare aus dem Abfluss entfernen. Die Haushälterin erzählte ihm, dass vorher die Gattin des ermordeten Anwar Al Sadat, Jihan al Sadat, die ägyptische Frauenrechtlerin und Kämpferin um einen echten Nahost-Frieden, hier gewesen sei. *„Da habe ich gewusst, dass ich historischen Boden betreten hatte.“*

Eine Gesprächssituation mit Kreisky blieb Radlegger in besonderer Erinnerung, nämlich dessen vehemente Ablehnung der Abgabe des Außenministeriums an die ÖVP, weil der Altkanzler die Außenpolitik für einen sozialdemokratischen Bereich gehalten hat. *„Wie viele andere großen Persönlichkeiten hat auch er seine Schwächen gehabt. Er hat es nicht wirklich erklären können, was daran so ursozialdemokratisch ist. Dann hat er sich einmal so richtig in Rage geredet, was Vranitzky angeht. Über den amtierenden Kanzler sagte er: Was will er denn eigentlich, dieser kleine Wechselstübchenhändler? Das war die despektierlichste Art und Weise, wie sich Kreisky über einen Generaldirektor einer Bank äußern konnte.“*

Der Salzburger Politologe Herbert Dachs bezeichnet Radlegger als ein Opfer des berühmten Salzburger Politiklimas. Er sei als Baulandesrat nicht nur Akteur gewesen, *„sondern auch so etwas wie ein ‚Klima-Opfer‘. Sein politisches Versagen bestand aber darin, diese – freilich in der Enge und Überschaubarkeit regionaler Eliten nicht einfach zu realisierende – Sensibilität für Distanz, Abgrenzung und Unvereinbarkeiten (auch bei persönlichen Beziehungen) zu wenig beachtet, ja vernachlässigt zu haben.“*<sup>38</sup>

Radleggers Stil kann jedoch von Anfang an als Versuch einer konsensualen Lösungskompetenz bezeichnet werden. Für politische Verhinderungsmechanismen hatte er nie etwas übrig, im Vordergrund stand für ihn die gemeinsame Lösung der landespolitischen Herausforderungen: *„Ich selbst bin ein Anhänger des politischen Kompromisses. Der Kompromiss erfordert Mut und Entschlossenheit. Die Entschlossenheit bei der Durchsetzung seiner Sache, den Mut, sie gegebenenfalls auch zu relativieren. Die Bereitschaft zum Konflikt, zur politischen Auseinandersetzung mit demokratischen Mitteln, setzt die Anerkennung des politischen Gegners voraus, erfordert die Vermeidung von Feindbildern im Umgang miteinander, in der täglichen politischen Arbeit. Manche sehen Kompromissbereitschaft als Schwäche an, aber ich halte ihre Ablehnung für ein Zeichen undemokratischen Denkens“*<sup>39</sup>. Dennoch war er stets bereit, für seine sozialdemokratischen Zielvorstellungen auch Konflikte durchzustehen. Denn Konflikte sind es, die das Sozial- und Normenkapital von morgen produzieren und sind in der Lage, die eigenen Anhänger für eine längere Zeit an sich zu binden.

Radlegger war aber nicht nur Gestalter, sondern auch Vor- und Querdenker. So konnte er sich die Abkehr vom reinen Listenwahlrecht vorstellen. Er plädierte bereits 1989 für mehr Wahlkreise und direkt gewählte Abgeordnete und damit für eine erhöhte regionale Interessensvertretung im Landtag. *„Eine Kombination der Vorzüge eines Persönlichkeitswahlrechtes mit dem Anspruch auf Verhältnismäßigkeit der Repräsentanz politischer Parteien im Landesparlament sollte das Ziel sein.“*<sup>40</sup> Er wollte auch die aus der Monarchie stammenden anachronistischen Bezirkshauptmannschaften zu demokratisch gewählten Organen umwandeln, denn dort fehlt jede demokratische Kontrolle und Vertretung durch die Bevölkerung<sup>41</sup>.

Seine demokratiepolitischen Zielvorstellungen sind aber bis heute nicht verwirklicht worden.

Zwanzig Jahre danach zeigt Radlegger trotz seines politisch erzwungenen Abgangs Stolz und Befriedigung, weil er nie nach dem Motto vorgegangen ist, dass die Partei sich um ihn kümmern müsse. Nach einem Jahr der gesundheitlichen Regeneration stieg er beim Versicherungskonzern Wüstenrot ein und wurde schließlich Generaldirektor. Die Managementtätigkeit Radleggers im Bereich der Finanzdienstleistungs- und der Versicherungswirtschaft braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Sie wurde von Herbert Dachs und Christian Dirninger ausführlich aus Anlass von Radleggers 60. Geburtstag gewürdigt<sup>42</sup>. *„Ich habe jetzt zwanzig Jahre relativ erfolgreicher Arbeit in der Wirtschaft hinter mir und habe das gute Gefühl, dass ich das nicht als Repräsentant einer Partei gemacht habe“*. Zwanzig Jahre in Spitzenfunktionen der Landespolitik und weitere zwanzig Jahre in Managementfunktionen der Wirtschaft lassen ihn ohne Gram zurückblicken. *„Es war nicht das Bad in der Menge, das mich in Schwung hielt – das bedeutete für mich eher Pflicht denn Antrieb – es war auch nicht der gesellschaftliche Status, der scheinbar mit einem solchen Amt verbunden ist, denn mir war immer bewusst, dass die Salzburger Lodenmantelgesellschaft das Amt und nicht den Menschen grüßt. So gesehen hat mir seinerzeit dieser Teil des Abschieds auch keinerlei Schmerzen bereitet.“*<sup>43</sup> Als Lebenserfahrung gibt er dem erst 37-jährigen Landeshauptmannstellvertreter David Brenner die Warnung auf den Weg: *„David, Du wirst es zwar selber nicht so empfinden, aber Du bist zu jung. Weil das politische Leben verdammt lang ist“*.

In den zwanzig Jahren nach seinem Ausscheiden aus der Politik absentierte sich Radlegger völlig von der Politik und meldete sich auch nie zu politischen Ereignissen zu Wort. Erst als SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Infrastrukturminister Werner Faymann 2008 in einem Leserbrief an den Herausgeber der Kronen Zeitung, Hans Dichand, erklärten, dass die SPÖ künftig alle EU-Verträge einem Plebiszit unterwerfen würde, griff der Wüstenrotmanager zu einem drastischen, für seinen bisherigen Stil eher unüblichen Vergleich: *„Gegen diesen Typus von Politiker greift sich ein Aal rauer an“*. Neben Radlegger kritisierten auch Altkanzler Franz Vranitzky, Ex-Finanzminister Ferdinand Lacina, der ehemalige SPÖ-Zentralsekretär Heinrich Keller, Altbürgermeister Josef Reschen und Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden diese Anbiederung an den Boulevard<sup>44</sup>.

Trotz seiner völligen Abstinenz vom politischen Tagesgeschehen lebt und leidet Wolfgang Radlegger täglich am politischen Getriebe und an den Fehlentwicklungen, die sich in der SPÖ auf Bundesebene abzeichnen. Sein Arbeitsstil, der ihm am Ende seiner politischen Laufbahn einen schweren Herzinfarkt eingebracht hat, ist unverändert geblieben. Das hat ihm im Bereich der Finanzdienstleistung höchste Wertschätzung und eine Top-Position eingetragen. Auch heute nimmt er kaum Rücksicht auf die

Begrenztheit physischer und psychischer Belastbarkeit des Menschen und ist nach wie vor ein Workaholic und ein starker Raucher. Das hat seinen Gesundheitszustand wiederum verschlechtert. Der Leidenschaft, der ein Politiker bedarf, steht kein entsprechendes Augenmaß für die persönliche Gesundheit gegenüber. Vielleicht sind es diese Eigenschaften, die ihn als Politiker damals so sehr mit seinem ÖVP-Regierungspartner Wilfried Haslauer zusammenschweiß haben.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Dieses und die folgenden Zitate entstammen einem Interview, das am 13.2. und am 26.2. 2008 von Christian Dirninger und Walter Thaler mit Wolfgang Radlegger geführt wurde.
- <sup>2</sup> Josef Mengele, geb. 1911, war als Arzt im Konzentrationslager Auschwitz maßgeblich an Menschenversuchen beteiligt, die überwiegend zum Tod führten. Er floh nach dem Zweiten Weltkrieg nach Argentinien, wurde dort entdeckt, aber nie verhaftet.
- <sup>3</sup> s. dazu Dachs (2007), 25 f.
- <sup>4</sup> Radlegger (1989), 20.
- <sup>5</sup> Regierungserklärung von Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 16.5.1984 im Salzburger Landtag.
- <sup>6</sup> Radlegger (1989), 70.
- <sup>7</sup> Kurier vom 12.6.1985.
- <sup>8</sup> Pelinka (2009), 93 ff.
- <sup>9</sup> Crouch, 29 f.
- <sup>10</sup> Sartori, 122 ff.
- <sup>11</sup> Dopsch, 620 f.
- <sup>12</sup> Salzburger Tagblatt vom 23.3.1988.
- <sup>13</sup> Dachs (2007), 54.
- <sup>14</sup> Lucona ist der Name eines Schiffes, das im Indischen Ozean 1977 versenkt wurde. Der mit Wiener Politikern eng verbandelte Gastonom Udo Proksch hatte mithilfe eines Sechsfachmordes die Sprengung des Schiffes verursacht und einen Versicherungsbetrug versucht. Zum größten österreichischen Skandal wurde diese Affäre, weil österreichische Politiker in höchsten Regierungsämtern versucht hatten, die kriminellen Machenschaften zu decken.
- <sup>15</sup> Salzburger Fenster 4/1989, 3.
- <sup>16</sup> Dachs (2007), 59.
- <sup>17</sup> Radlegger (1989), 9.
- <sup>18</sup> Dachs, Denkkzettel oder Trend?, 15.
- <sup>19</sup> zit. nach Kriechbaumer, Landtagswahl 1989, 74.
- <sup>20</sup> Salzburg Krone vom 16.2.1989.
- <sup>21</sup> zit. nach Kriechbaumer, Landtagswahl 1989, 76 f.
- <sup>22</sup> Dachs et al. (2007), 63.
- <sup>23</sup> Dachs (1989), 29.
- <sup>24</sup> SN vom 16.3.1989.
- <sup>25</sup> SN vom 2.5.1989.
- <sup>26</sup> SN vom 22.8.1989.
- <sup>27</sup> SN vom 13.9.1989.
- <sup>28</sup> SN vom 23.8.1989.
- <sup>29</sup> SN vom 27.9.1989.
- <sup>30</sup> SN vom 24.8.1989.
- <sup>31</sup> SN vom 25.9.1989.

- <sup>32</sup> SN vom 26.8.1989.  
<sup>33</sup> SN vom 30.8.1989.  
<sup>34</sup> SN vom 13.9.1989.  
<sup>35</sup> SN vom 6.10.1989.  
<sup>36</sup> SN vom 14.9.1989.  
<sup>37</sup> APA vom 29.8.1989  
<sup>38</sup> Dachs (2007), 76.  
<sup>39</sup> Radlegger (1989), 15.  
<sup>40</sup> a.a.O., 49.  
<sup>41</sup> a.a.O., 46.  
<sup>42</sup> Dachs (2007).  
<sup>43</sup> Radlegger, Rede anlässlich seines 60. Geburtstages.  
<sup>44</sup> SN vom 3.7.2008.

## **Gerhard Buchleitner (1989–2001): Durchs Tal der Tränen zum Erfolg**



*Gerhard Buchleitner*

Gerhard Buchleitners Weg über die Höhen und durch die Tiefen der Politik war mehr als eine Serie von Herausforderungen. Was sich vor ihm in den 12 Jahren seiner landespolitischen Aktivität auftürmte, war ein wahres Krisengebirge. Nicht nur in der Sozialpolitik galt es, aufgrund der Jugoslawienkrise und der Auswirkungen der Globalisierung neue Pfade zu finden und zu beschreiten. Sondern vor allem innerparteilich taten sich immer wieder Abgründe auf.

### **1. Ein Kärntner in der Salzburger Stadtpolitik**

Gerhard Buchleitner, der fünfte Landesparteivorsitzende der Salzburger SPÖ in der Zweiten Republik, ist gebürtiger Kärntner. Seine herausragende Rolle als Sozialpolitiker wurde ihm durch die frühe Kindheit sozusagen mitgegeben. Da seine Mutter Alleinerzieherin war, hat er den größten Teil seiner Kindheit bei den blinden Großeltern verbracht. „*Ich war zum Teil auch für sie da, übte quasi die Funktion eines Blindenhundes aus.*“<sup>1</sup> In diesen

frühen Jahren wurde also der Grundriss seiner politischen Existenz gelegt. Da sowohl Mutter wie Großeltern Sozialisten waren, war er seit frühester Jugend Mitglied bei den Kinderfreunden und stieß schon mit 16 Jahren zur Gewerkschaftsjugend. Zwei Monate nach seinem 18. Geburtstag, mit 1. 1. 1961, trat er der Sozialistischen Partei bei. Schon bald wurde er Obmann einer Klagenfurter Sektion der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und stellvertretender Landesobmann der GPA-Jugend. Bei den Jugendkongressen lernte er seine späteren engsten politischen Mitstreiter Othmar Raus und Peter Köpf (Landespartei sekretär und Bundesrat) kennen.

Nach seiner Ausbildung in der Handelsschule hatte er die Chance, die Kärntner Filiale des Weltmarktführers im Bau von Feuerwehrgeweräten, der Firma Rosenbauer, zu leiten. Doch dann erhielt er das Angebot, als zweiter Sekretär in der Tourismusgewerkschaft zu arbeiten. Als 1966 das Landessekretariat in Salzburg vakant wurde, gleichzeitig die Großmutter verstorben war und damit auch die Mietwohnung aufgegeben werden musste, entschied er sich, mit seiner Frau Christine nach Salzburg zu gehen. In Salzburg fand der junge Gewerkschaftssekretär im AK-Präsidenten Josef Brunauer, im Nationalratsabgeordneten Kurt Preußler und in den Kommunalpolitikern Heinrich Salfenauer und Max Süka politische Förderer. Buchleitner war dem damaligen Bürgermeisterstellvertreter Salfenauer bei einem Vortragsabend der Gewerkschaftsjugend im Gasthof „Schöne Aussicht“ auf dem Heuberg aufgefallen.

Die Stadt Salzburg und ihr Umland zählten in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu den Regionen mit dem höchsten Wirtschaftswachstum. Die Einwohnerzahl stieg auf 140.000, die Zahl der Beschäftigten in der Stadt auf über 70.000. Die jetzt so richtig einsetzende Motorisierung schuf gewaltige Probleme der Verkehrsentwicklung: Die Zahl von Kraftfahrzeugen stieg von 45.000 im Jahr 1970 auf 76.000 im Jahr 1979. Dazu kamen noch 16.000 Pendler aus den Umlandgemeinden, die ihren Arbeitsplatz mangels ausreichend vorhandener Nahverkehrsmittel mit dem eigenen PKW anfuhrten. Die Kommunalpolitik der Stadt Salzburg stand demnach vor gewaltigen Herausforderungen<sup>2</sup>.

Als Begleiterscheinung bei der Planung größerer Bauvorhaben (Wohnverbauung Salzburg-Süd, Umbau altes Borromäum, Neubau des AVA-Gebäudes, Altstadt-Universität, Verbauung der Freisaalgründe für die Naturwissenschaftliche Fakultät) traten fast überall Bürgerinitiativen in Erscheinung, die ihre Interessen gegen die Kommunalpolitik ins Treffen führten (s. dazu auch das Kapitel über Wolfgang Radlegger). Ein Thema mit besonderer Sprengkraft war der Ausbau des Salzburger Flughafens. Waren 1967 noch 124.000 Fluggäste abgefertigt worden, so waren es 1979 bereits 414.000. Daher versuchte man, den Flughafen in das oberösterreichische Lochen zu verlegen, was aber am Widerstand aller Anrainergemeinden scheiterte<sup>3</sup>.

Als 31-Jähriger gelang dem ambitionierten Sozialdemokraten am 15. Juni 1973 der Einzug in den Gemeinderat der Stadt Salzburg statt des ausgeschiedenen Gemeinderates Walter Preißl, und schon bald wurde er auch Mitglied des Stadtsenats. Dort schärfte er seine politischen Zähne und sammelte die notwendige kommunale Erfahrung. Er war von Anfang an ein disziplinierter Arbeiter und warf stets einen sehr nüchternen Blick auf die Probleme. Interessensgesteuerte Schönrederei lag ihm fern.

Die Wahlen am 2. Oktober 1977 waren bereits deutlich Ausdruck des Unbehagens von Bürgerrechtsbewegungen, denn erstmals zogen in eine Landeshauptstadt zwei Grün-Mandatäre (Richard Hörl und Herbert Fux) ein, womit das politische Klima im Salzburger Rathaus rauer wurde. Schreiduelle zwischen den Bürgerlisten-Aktivisten und den sozialistischen Regierungsmitgliedern waren an der Tagesordnung. Daher war es keine Überraschung, dass die alt gedienten SPÖ-Regierungsmitglieder ihren Pensionsantritt anstrebten. Stadtrat Dr. Alois Hanselitsch legte am 11. 2. 1980 seine kommunalpolitischen Ämter zurück, ihm folgte Dipl. Ing. Josef Reschen als Stadtrat nach. Mit Vollendung des 60. Lebensjahres beendete dann am 11. 9. 1980 Bürgermeister Heinrich Salfenauer seine 30-jährige kommunalpolitische Karriere. Für ihn selbst überraschend wurde Gerhard Buchleitner als Stadtrat in die Regierung der Mozartstadt berufen. Heinrich Salfenauer erinnert sich, dass Buchleitner zu ihm gekommen sei und ihn um Rat fragte, ob er die Stelle annehmen sollte: „*Ich weiß nicht, ob ich mich mit dem Langen (gemeint: sein Regierungskollege Josef Reschen, Anm. des Verf. ) gut verstehe*“<sup>4</sup>. Einzig und allein der damalige AK-Präsident Josef Brunauer hatte mit der Berufung des jungen Kommunalpolitikers keine Freude, hatte er doch gehofft, Buchleitner als seinen Nachfolger aufbauen zu können.

Bereits 1982 stieg Buchleitner zum Vizebürgermeister auf und gemeinsam mit dem neuen Bürgermeister Josef Reschen feierten sie 1987 den grandiosen Wahlsieg mit der Erringung der absoluten Mehrheit von 21 Mandaten. Vor allem das Sozial- und das Jugendressort schienen Buchleitner auf den Leib geschneidert. In seiner Zeit entstanden eine Reihe von sozialen Diensten, Jugendzentren und die alternative Kulturszene der ARGE Nonntal. In seiner Eigenschaft als Ressortchef der Salzburger Stadtwerke musste er sich später die harte Kritik des SN-Redakteurs Manfred Perterer gefallen lassen, der ihm vorwarf, er hätte dieses Energieversorgungsunternehmen (heute mit der SAFE zur Salzburg AG zusammengeschlossen) nicht so sehr als Versorgungsunternehmen für die Kunden, sondern für seine eigene Partei begriffen<sup>5</sup>. Buchleitner führte auch das Tourismusressort der Festspielstadt und hatte in dieser Funktion mit dem Strukturwandel des Fremdenverkehr, dem Rückgang des deutschen Gästemarkts und dem rapiden Anstieg der Eintagestouristen zu kämpfen.

Während Buchleitner wegen der absoluten Mehrheit der SPÖ in der politischen Gestaltung seiner Ressorts wenig Probleme zu bewältigen



hatte, sah er sich in seiner Eigenschaft als SPÖ-Stadtparteiobmann zwei gegenläufigen Strömungen ausgesetzt, die teils einen gesellschaftspolitischen, teils einen persönlichen Hintergrund hatten. Die eine Gruppe scharte sich um den politisch in der Mitte angesiedelten und äußerst erfolgreichen Bürgermeister Josef Reschen, zu dem sich auch Buchleitner bekannte. Ihr ging es um die weitere Positionierung Salzburgs als Kultur- und Wirtschaftsstandort, wozu die enge Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften erforderlich war. Die andere Gruppe fokussierte sich rund um den Fraktionsobmann Herbert Fartacek, einen Professor an der Pädagogischen Akademie (heute: Pädagogische Hochschule). Sie vertrat den linken Flügel der Partei. Ihm gehörten nicht nur die jüngeren Mitglieder der Gemeinderatsfraktion an, sondern auch die Bundesratsabgeordnete und spätere Vorsitzende des SPÖ-Landtagsklubs, Ricky Veichtlbauer. Diese Gruppe wollte vor allem mehr Politik für soziale Randgruppen, vertrat eine ausländerfreundliche Haltung (Wohnungen auch für MigrantInnen) und eine stärkere Umverteilung der Gemeindefinanzen von der Hochkultur zur alternativen Kulturszene. Als Parteiobmann war es Buchleitners Aufgabe, diese gegenläufigen Strömungen zu harmonisieren, was ihm auch gelang, solange er die Stadtpolitik mitbestimmte und Reschen als der SPÖ-Stimmenmaximierer unangreifbar war. Doch die Glut der innerfraktionellen Gegensätze schwelte weiter, zumal Fartacek als besonders ehrgeiziger Funktionär höhere Positionen im Auge hatte.

Probleme gab es 1985 für den Stadtwerke-Ressortchef Buchleitner auch mit dem Parteifreund und Umweltschutz-Landesrat Sepp Oberkirchner. Dieser hatte die schlechten Luftwerte im Zusammenhang mit dem Heizkraftwerk Mitte öffentlich kritisiert, wodurch es zu einer unschönen öffentlichen Konfrontation unter Gesinnungsfreunden kam.

Nach der Landtagswahl 1989, als es um die Frage ging, ob aufgrund des Verlustes eines Regierungsmandates Josef Oberkirchner oder Othmar Raus in der Regierung verbleiben sollte, wollte sich der Landesparteiobmann Wolfgang Radlegger politisch mehr Freiraum verschaffen und setzte Gerhard Buchleitner als geschäftsführenden Parteichef ein. Radlegger wollte sich verstärkt in der inhaltlichen Arbeit engagieren und deshalb sollte ihn Buchleitner, da dieser in den Parteiorganisationen seine besonderen Stärken hatte, in der Organisationsarbeit entlasten.

Obwohl nur ein Jahr jünger als das Stadtoberhaupt Josef Reschen, der nach höheren Weihen in der Bundespolitik strebte, schien der Karriereweg Buchleitners in der Stadtpolitik noch nicht zu Ende zu sein. Doch dann kam im Mai 1989 der WEB-Skandal ins Rollen und begrub die Spitzen von Landes- und Stadtpolitik unter sich. Gerhard Buchleitner wurde als Nachfolger Wolfgang Radleggers SPÖ-Parteichef und folgte ihm auch als Landeshauptmannstellvertreter nach. Die Nachfolge ging jedoch nicht ganz reibungslos vonstatten. Vor allem die Junge Generation der SPÖ fasste bei

ihrer Landesausschuss-Sitzung den Beschluss, bei der Wahl des Radlegger-Nachfolgers sich der Stimme zu enthalten. Schließlich wurde Buchleitner im SPÖ-Landesparteirat mit 80% der Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Buchleitners Nachfolger auf dem Stuhl des Bürgermeisterstellvertreters wurde der Rechtsanwalt und Vorsitzende des SPÖ-Landtagsklubs, Dr. Harald Lettner. Der ehrgeizige SPÖ-Klubchef in der Salzburger Gemeindevertretung, Herbert Fartacek, zog seine Ansprüche auf das Vizebürgermeisteramt noch vor Beschlussfassung in den Gremien zurück. Innerlich tief enttäuscht, dass ihm Lettner vorgezogen worden war, dürfte er aber seinem Kontrahenten, der der konservativ-pragmatischen Gruppe um Josef Reschen angehörte, für die Zukunft nicht gerade die volle Unterstützung gelobt haben. Weitere Personalrochaden folgten: Im Dezember 1989 wurde Stadtrat Johann Hoffmann durch die Vorsitzende der Personalkommission, Veronika Garber, abgelöst. Für den ausgeschiedenen Harald Lettner rückte der 47-jährige Universitätsprofessor Dr. Klaus Firlei in den Landtag nach<sup>6</sup>. In der Absicht, den linken Flügel um Fartacek ruhig zu stellen, installierte Buchleitner die SPÖ-Frauenvorsitzende Ricky Veichtlbauer als neue Klubvorsitzende im Landtag, was sich in der Folge als Fehleinschätzung erweisen sollte.

Mit dem Wechsel Buchleitners in die Landespolitik witterte die Stadt-ÖVP, die mit neun Mandaten auf ein Mittelmaß geschrumpft war, einen künftigen Wahlsieg und startete einen vorzeitigen Wahlkampf. Der ÖVP-Klubchef in der Stadt, Erwin Klemm, warf Bürgermeister Reschen vor, seine Lieblingsbeschäftigung sei es, *„publicityträchtige Projekte aus dem Hut zu zaubern, von denen jeder von vornherein wisse, dass aus ihnen nichts werden könne“*. Dem FPÖ-Stadtrat Dietrich Masopust unterstellte er, er *„pflege sich mit seinem Segelpartner Reschen auch dann zu arrangieren, wenn dabei eigene parteipolitische Forderungen auf der Strecke blieben“*<sup>7</sup>.

## 2. Buchleitner als Landespolitiker

Mit der Übernahme der Funktionen des Landesparteivorsitzenden und Landeshauptmannstellvertreters hatte Gerhard Buchleitner nicht nur seine hoffnungsvolle Karriere in der Stadtpolitik ad acta gelegt, sondern die Partei zu einem Zeitpunkt übernommen, wo das Vertrauen der Funktionäre und Mitglieder der SPÖ, besonders aber der Wählerschaft neu errungen werden musste. Der neue SPÖ-Landeschef hatte zwar in der Stadt einen hohen Bekanntheitsgrad, nicht aber auf dem Lande. Obwohl die „Salzburger Nachrichten“ titelten: „Ein Gewerkschaftssekretär aus Kärnten erklimmt Kaiserstuhl der SPÖ“<sup>8</sup>, standen die Medien Buchleitner eher skeptisch gegenüber, wie der heutige Chefredakteur der „Salzburger



*Landesrat Othmar Raus (re.) gratuliert Gerhard Buchleitner zur neuen Funktion als LHStv*

Nachrichten“, Manfred Perterer, die damalige Stimmung treffend charakterisierte: *„Als der Arbeitersohn aus Kärnten im September 1989 in die Landesregierung berufen wurde, dachte ich, diese Position ist ihm um eine paar Schuhnummern zu groß. Die Politik im Chiemseehof war damals geprägt von Wilfried Haslauer und Buchleitners Vorgänger Wolfgang Radlegger, beide Intellektuelle mit philosophischem Anspruch, weltgewandt und heimatverbunden zugleich. Wie sollte da ein zwar ehrlicher, aber dafür umso biederer Kommunalpolitiker wie Buchleitner hineinpassen?“*<sup>9</sup>

Perterer übersah, dass inzwischen im Chiemseehof der eher zögerliche und weniger macht- als kompromissbereite Hans Katschthaler die Landeshauptmannposition innehatte, also ein neues politisches Gespann die Landespolitik bestimmte. Zudem war es Buchleitner aus der Stadtpolitik gewöhnt, mit der oft aggressiven und von Aktionismus geprägten Vorgangsweise der in den Landtag neu eingezogenen grünen Bürgerliste umzugehen. Perterer bezeichnete Buchleitner als „idealen zweiten Mann“<sup>10</sup>. Zweifellos aber war die Chance, die sich nach Haslauers Abgang für Radlegger eröffnet hätte, Katschthaler aus dem Amt des Landeshauptmannes zu verdrängen, für längere Zeit zu einer Chimäre geworden.

Aber Buchleitner hatte gar keine Möglichkeit, dieses Ziel anzupeilen, denn in den nächsten Jahren war er damit beschäftigt, eine Reihe von

innerparteilichen Skandalen, Pleiten und Pannen, die ihm ohne sein Zutun auf den Kopf fielen, ohne größeren Schaden zu überstehen und die Partei vor größeren Stimmen- und Einflussverlusten zu bewahren.

Dazu machten der SPÖ eine Menge struktureller Veränderungen zu schaffen. Vor allem der voll eingetretene Wandel von einer aus Industriearbeitern, Eisenbahnern und kleinen Angestellten bestehenden Mitgliederpartei in eine Gesinnungsgemeinschaft aus öffentlich Bediensteten und Pensionisten trocknete die Quellen des Funktionärskaders aus. Die Kinder aus Arbeiterfamilien hatten in der Kreisky-Ära durch Gymnasial- und Universitätsstudien den Aufstieg geschafft. Sie wendeten sich nun zu einem großen Teil den postmaterialistischen Grünen zu. Die sozialen Unterschichten der unqualifizierten ArbeitnehmerInnen ließen sich von den rechtspopulistischen Schalmeienklängen des FPÖ-Führers Jörg Haider verführen. Die Sonne der Politik schien also nicht die sozialdemokratischen Beete in Salzburg zu begünstigen.

Zunächst gab es bei den am 8. Oktober 1989 stattgefundenen Gemeindevertretungswahlen (mit Ausnahme der Landeshauptstadt) für die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ auch keine Lorbeeren zu ernten. Die ÖVP verlor insgesamt 80 Mandate, in Bruck an der Glocknerstraße, Berndorf und in Dienten den Bürgermeister. In Untertauern legte der prominente Fremdenverkehrsobmann Dieter Kindl gleich die Hälfte der Mandate ab. Die Sozialisten büßten 41 Mandate ein. Nur die Bezirkshauptstadt Zell am See trat für die SPÖ positiv in Erscheinung, denn dort konnte Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Walter Thaler die ÖVP von 10 auf 4 Mandate reduzieren. Die Freiheitliche Partei konnte in fast allen Gemeinden Stimmen und Mandate (plus 86) gewinnen, weil die rechtspopulistische Oppositionspolitik Jörg Haiders auf Bundesebene auch den Freiheitlichen auf Gemeindeebene das nötige Unterfutter besorgte.

Gerhard Buchleitner musste, um mehr politisches Profil zu gewinnen, bisher wenig beachtete Themenfelder anreißen. So stellte er im Jänner 1990 die bereits von Karl Steinocher erhobene Forderung erneut auf, der Grund- und Bodenspekulation ein Ende zu setzen. Das knappe und horrend teure Angebot an bebaubaren Grundstücken sei die Hauptursache für die landesweite Wohnungsnot und die hohen Wohnungspreise. Er forderte eine Bodenreform, wonach in den regionalen Flächenwidmungsplänen nicht mehr Bauland ausgewiesen werden solle als tatsächlich benötigt würde. Bauland, das länger als zehn Jahre ungenützt sei, sollte in Grünland rückgewidmet werden können. Damit war vonseiten der Sozialisten der Startschuss gegeben für eine totale Überarbeitung des Raumordnungsgesetzes, womit der hiefür freiheitliche Landesrat Volker Winkler in Zugzwang kam<sup>11</sup>.

Einen gewissen Entlastungseffekt verspürte die SPÖ, der durch den Rücktritt Radleggers aus der Politik immer noch der Geruch des WEB-

Skandals anhaftete, als die Arbeiterkammer vehement die Anleger aufforderte, Klagen gegen Vorstände, Aufsichtsräte oder Geschäftsführer der in den Immobilienskandal verwickelten Unternehmen einzubringen. Ebenso sollten Banken in Anspruch genommen werden<sup>12</sup>. Die Zeichen der Genesung standen für die SPÖ und für Buchleitner gut, als nach vier Monaten seit seinem Amtsantritt in der Landesregierung er aufgrund einer Umfrage des Instituts für Grundlagenforschung (IGF) einen Bekanntheitsgrad von 78% landesweit, in der Stadt gar von 90% aufweisen konnte. Auf dem Land konnte er immerhin bereits 73 Prozent für sich verbuchen. Landeshauptmann Katschthaler konnte 99%, sein Vize Arno Gasteiger 89% und überraschenderweise der FPÖ-Landesrat Volker Winkler 88% verbuchen<sup>13</sup>.

Die SPÖ war durch den Rücktritt ihres Hoffnungsträgers Radlegger aber noch lange schwer verunsichert. Schon die erste Landeskonferenz am 28. 4. 1990 in Neumarkt brachte für Gerhard Buchleitner eine herbe Enttäuschung. Er wurde zwar mit 90,3% der Stimmen zum neuen Landesparteivorsitzenden gewählt, doch musste nach dem Referat des Bundeskanzlers Franz Vranitzky der Parteitag wegen Beschlussunfähigkeit abgebrochen werden. Ein Antrag der SPÖ-Frauen auf Verankerung der 40-Prozentquote in allen Parteigremien hatte zuvor mit 100 zu 80 Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit erhalten. Als ein Delegierter dann beantragte, die Beschlussfähigkeit des Parteitages zu überprüfen, stellte sich heraus, dass um sieben Stimmberechtigte zu wenig Delegierte im Saal anwesend waren. Buchleitner erinnert sich, dass seine *„persönliche Stimmung damals auf dem Tiefpunkt war. Es herrschte eine gespenstische Atmosphäre in der Halle in Neumarkt und es kam auch keine Stimmung auf“*<sup>14</sup>. Der damalige Landespartei sekretär Stefan Prähauser verweist darauf, dass Beobachter von damals sich daran erinnern, *„dass Herbert Fartacek wenige Minuten zuvor etwa 40 Anhängerinnen und Anhänger einen Wink gegeben habe, den Saal zu verlassen“*<sup>15</sup>.

Dieser missglückte Parteitag wurde in den Medien als „schallende Ohrfeige für die SPÖ-Parteispitze“<sup>16</sup> bezeichnet: *„Jetzt laufen der Salzburger SPÖ nicht nur die Wähler, sondern schon die eigenen Delegierten davon ... Es muss schon ein gehöriges Desinteresse an der Politik und den politischen Parteien insgesamt vorhanden sein, wenn selbst der engste Kader nicht mehr für einen Tag bei der Stange zu halten ist“*<sup>17</sup>. Buchleitner ließ sich dennoch nicht beirren. Bei der Fortsetzung des Parteitages im November 1990 warb er in einem dramatischen Appell für die von den SPÖ-Frauen erneut eingebrachte Quotenregelung. Der Beschluss fiel dann deutlicher aus als erwartet. Für die neue Quotenregelung stimmten 326 Delegierte, 37 Delegierte waren gegen die quantitative Aufwertung der Frauen in der Partei.

In dieser Landeskonferenz wiederholte Buchleitner auch seine bereits veröffentlichten Vorstellungen über die Abschaffung der Anrede „Genosse“. Diese Ausdrucksweise entstamme einer Zeit, in der die Sozial-

demokratie unterdrückt worden sei. In Zeiten, in denen die SPÖ eine staatstragende Partei geworden sei, müsse man sich von einem solchen überholten Vokabular verabschieden<sup>18</sup>.

Zu einer schweren Belastung für die SPÖ auf der gesamten Bundesebene wurde der steirische Präsident der Arbeiterkammer und Ämter-Multi Alois Rechberger, als bekannt wurde, dass dieser als AK-Präsident 183.000 Schilling (13.300 €) und als Bediensteter der Böhler-Werke weitere 60.000 Schilling (4.360 €) monatlich verdiente und damit den Bundeskanzler einkommensmäßig weit hinter sich ließ. Im Zuge der Arbeiterkammerwahl ließ er Zigtausende in Silberpapier gewickelte und mit seinem Schriftzug versehene Zigarren sowie Wasserwaagen und Maßbänder als Wahlgeschenke verteilen<sup>19</sup>. Die Haider-FPÖ nützte die Chance zu einer beispiellosen Kampagne gegen die Privilegien der Großparteien, insbesondere gegen die SPÖ. Die Folgen bei den kommenden Wahlauseinandersetzungen waren abzusehen: Das herkömmliche Klientel der SPÖ-Wähler aus der Arbeiterschaft würde reihenweise zur FPÖ überwechseln.

### 3. Die Serie von Krisen

#### A. DER RÜCKTRITT DES BÜRGERMEISTERS JOSEF RESCHEN

Die WEB-Affäre, die eigentlich ein Finanz- und Wohnbausekandal eines der ÖVP nahestehenden Wohnbauimperiums war, hatte noch nicht ihr letztes politisches Opfer in der SPÖ gefordert. Am 2. Februar 1990 tauchte plötzlich in den Medien die Meldung auf, Salzburgs Bürgermeister Josef Reschen sei mit einer Kommanditbeteiligung an einem Unternehmen des WEB-Imperiums über die Treuhandgesellschaft Concentra AG aus Gründen der Steuerersparnis beteiligt. Im Untersuchungsausschuss hatte Reschen tags zuvor ausgesagt, „*seines Wissens gäbe es kein Vertragsverhältnis zwischen ihm und irgendeiner Firma aus dem WEB/IMMAG/Bautreuhand-Imperium*“<sup>20</sup>. Zweimal hatte er eine diesbezügliche Frage abgelehnt, aber zugegeben, Hausanteilsscheine erworben zu haben. Daraufhin beschloss der Untersuchungsausschuss in internen Beratungen, der Staatsanwaltschaft eine Sachverhaltsdarstellung wegen des Verdachts der falschen Zeugenaussage zu übermitteln<sup>21</sup>.

In einer übereilten Reflexreaktion beschloss darauf das SPÖ-Präsidium, es stehe zum Bürgermeister und habe ihn gebeten, im Amt zu bleiben. SPÖ-Landes-Chef Buchleitner versicherte, „*es sei keine Frage, dass wir Reschen in dieser schwierigen Situation unterstützen werden*“<sup>22</sup>. Reschen verteidigte sich in der Öffentlichkeit damit, dass ihm auf Anraten seines Steuerberaters eine Gesellschaft und eine Bank mit Sitz in Wien „*ohne sein*

*detailliertes Wissen*“ ein 2-Millionen-Darlehen gewährt habe, um eine Verlustbeteiligung zu lukrieren.

Die Reschen-Affäre war nicht nur ein schwerer Rückschlag für die Salzburger SPÖ, sondern führte auch bei den Freiheitlichen zu innerparteilichen Turbulenzen. Während FPÖ-Stadtrat Dietrich Masopust bereit war, nach Vorliegen eines von Reschen in Auftrag gegebenen Gutachtens in einer Sondersitzung der Gemeindevertretung die weitere Vorgangsweise zu beraten, forderte FPÖ-Landesparteichef Volker Winkler eine härtere Gangart. FPÖ-Landessekretär Eduard Mainoni verlangte den sofortigen Rücktritt Reschens<sup>23</sup>.

Obwohl das Gutachten noch nicht vorhanden war, witterte die Stadt-ÖVP Morgenluft. ÖVP-Vizebürgermeister Josef Dechant kündigte an, seine Fraktion werde in der geplanten Sondersitzung des Gemeinderates gegen Josef Reschen stimmen. Auch der Klubobmann der Salzburger Bürgerliste, Johann Padutsch, betonte, dass Reschen für die Stadt und den Gemeinderat eine unerträgliche Belastung geworden sei, auch wenn die Parteigremien der SPÖ ihm noch die Stange hielten<sup>24</sup>.

Um ihren Bürgermeister und Wahlsieger von 1987 einzubetonieren, veranstaltete die stark verunsicherte SPÖ-Gemeinderatsfraktion am 11. 2. 1990 kurzfristig eine Feierstunde zum Jubiläum „Reschen – 10 Jahre Kollegiumsmitglied“. Dabei betonte Reschen, er wolle seine Arbeit weiterführen, *„so lange es der Stadt, der Bevölkerung und unserer Bewegung nutzt und ich dazu in der Lage bin“*<sup>25</sup>. Doch die Situation wurde für den Bürgermeister eng, als ein Vorhabensbericht der Staatsanwaltschaft Salzburg an die Oberstaatsanwaltschaft in Linz erging<sup>26</sup>. Schließlich erklärte Reschen am 23. 2. 1990, dass er mit 6. 3. 1990 sein Amt als Bürgermeister aus gesundheitlichen Gründen zurücklegen und auch aus dem Gemeinderat ausscheiden werde. Landesparteichef Buchleitner zeigte sich über Reschens Schritt bestürzt, waren doch nun innerhalb eines halben Jahres die Spitzenpolitiker der SPÖ in Land und Stadt dem WEB-Skandal zum Opfer gefallen. Die SPÖ reagierte noch am selben Tage und bestimmte Vizebürgermeister Harald Lettner zum neuen Bürgermeister der Landeshauptstadt, Klubchef Herbert Fartacek zum neuen Vizebürgermeister und Gemeinderat Peter Schattauer zum neuen Klubchef<sup>27</sup>.

Der Rücktritt Reschens schien die Serie von Politikerrücktritten in der SPÖ fortzusetzen. Nach den Bundespolitikern Karl Blecha und Leopold Gratz, die über die Noricum-Affäre<sup>28</sup> gestolpert waren, dem Wiener Stadtrat Helmut Braun und dem SPÖ-Landeschef Wolfgang Radlegger schien auch die Stadt-SPÖ nicht zur Ruhe zu kommen. Der am 5. 5. 1941 geborene Schlossersohn Josef Reschen aus Untergraden im steirischen Voitsberg, der in Salzburg eine beispiellose Karriere erlebt und 1987 einen grandiosen Wahlsieg eingefahren hatte, riss nach Radlegger eine zweite riesige Lücke in das Personalreservoir der Landes-SPÖ.

Im März 1990 befand sich die Salzburger Sozialdemokratie im tiefen Tal der Tränen. Selten hatte sich in der Partei eine so starke Resignation, ja nachgerade eine Untergangsstimmung breit gemacht wie in diesem kalten politischen Frühling. Die beiden großen Führungspersönlichkeiten Radlegger und Reschen waren innerhalb weniger Monate wegen eines der ÖVP nahestehenden Wohnbauimperiums aus ihren Ämtern gekippt worden. An Siegeschancen bei der Stadtwahl 1992 oder der Landtagswahl 1994 glaubten nicht einmal notorische Optimisten. Die Zukunft der Salzburger SPÖ schien in Gefahr.

Die Freiheitlichen, selbst von innerparteilichen Personalquerelen geschüttelt, weideten sich am Unglück der SPÖ und forderten sofortige Neuwahlen in der Stadt. Ihre Begründung war, dass seit der Wahl im Jahr 1987 keines der drei Regierungsmitglieder (Josef Reschen, Gerhard Buchleitner, Johann „Jacky“ Hoffmann) mehr im Amte sei<sup>29</sup>. Ungemach für die SPÖ brachte auch das Ansinnen des abgetretenen Bürgermeisters Josef Reschen, dass ihm die Stadt wegen seines „gesundheitlich bedingten Rücktrittes“ eine Berufsunfähigkeitspension zu bezahlen habe.

Der Rücktritt Radleggers hatte zu einer tiefen Verunsicherung in der Funktionärsbasis geführt und die bisherige Geschlossenheit der Sozialdemokraten aufgebrochen. Bei den Bezirkskonferenzen in der Stadt Salzburg und im Pinzgau kam es zu unerfreulichen Turbulenzen. In der Stadt war von der Wahlvorschlagskommission Helmuth Stocker vorgeschlagen worden, doch in einem ersten Wahlgang von der Mehrheit der Delegierten gestrichen worden, die sich für den Gemeinderat Erich Franz Peyerl aussprachen. Schließlich konnte Stocker mit 88 Stimmen sich gegen seinen Herausforderer Peyerl mit 82 Stimmen durchsetzen. Im Pinzgau wurde der Uttendorfer Hauptschuldirektor Anton Brennsteiner mit nur 61,2% der abgegebenen Stimmen zum SPÖ-Bezirksobmann und Kandidaten für die Nationalratswahl gewählt. Zu einem unvorhergesehenen Zwischenfall kam es, als der Zeller Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Walter Thaler als Gegenkandidat aufgestellt wurde. Thaler lehnte jedoch aus Gründen der Arbeitsüberlastung ab<sup>30</sup>.

## B. DAS WATERLOO DER STADTWAHL 1992 UND DIE FOLGEN

Schon die ersten Jahre seiner Regierungstätigkeit als Sozialreferent des Landes stellten Buchleitner vor neue Herausforderungen. Im Zuge der Jugoslawienkrise kam es im Juli 1991 zur Abspaltung Sloweniens und Kroatiens von Jugoslawien und in der Folge zum 10-Tage-Krieg in Jugoslawien und zum vier Jahre dauernden Kroatienkrieg (1991–1995) sowie zum Bosnienkrieg (1992–1995). Besonders in Bosnien und im Kosovo kam es wegen des dort herrschenden Genozids zu massenhaften Flüchtlingsströmen nach



Österreich. Salzburg sah sich vor die Tatsache gestellt, den Flüchtlingen entsprechende Unterkünfte zu besorgen. Das Land Salzburg musste aufgrund eines mit dem Bund akkordierten Aufnahmeschlüssels Quartiere für rund 700 Asylanten bereitstellen. In den beiden Orten Strobl und Mariapfarr kam es wegen einer zu großen Konzentration von Flüchtlingen zu Konflikten mit einem Großteil der Bevölkerung. In Absprache mit den Gemeinden konnte Buchleitner als Sozial- und Gemeindereferent jedoch die größten Probleme erfolgreich bewältigen und so seinen Status als Sozialpolitiker festigen.

Die politische Situation der SPÖ schien sich auch eineinhalb Jahre nach dem Wechsel des Spitzenkandidaten nicht zu verbessern. In Abtenau und Golling drohten die SPÖ-Vizebürgermeister ihren Parteiaustritt an. Der Abtenauer Vizebürgermeister Johann Quehenberger forderte als vehementer EU-Gegner den Einsatz aller Kräfte, „um das kriechende Nach-Brüssel-Gehen“ zu verhindern. Er kritisierte, dass auf Bundesebene sich die SPÖ einer Sowjetdiktatur näherte. In der Folge beschloss auch der Landesvorstand der SPÖ-Bauern, gegen den EU-Kurs der eigenen Partei aufzutreten. SPÖ-Chef Buchleitner sah darin ein *„erfreuliches Lebenszeichen der Partei“*, denn die Salzburger SPÖ habe *„vor drei Jahren ihre grundsätzlich positive, aber nicht euphorische Haltung zum EG-Beitritt erklärt“*<sup>31</sup>.

Der Gollinger Vizebürgermeister Werner Orgonyi, ein erklärter Gegner der Betriebsansiedlungspläne Brennhoflehen in der Nachbargemeinde Kuchl, wandte sich gegen die eigene Partei, weil diese die Umwidmung des Areals in ein Gewerbegebiet mit beschlossen habe. Nun wurde aber durch den Verfassungsgerichtshof die Umwidmung als gesetzwidrig aufgehoben<sup>32</sup>. Landesparteichef Buchleitner hatte also alle Hände voll zu tun, um als politische Feuerwehr die vielen auflodernden Brände unter Kontrolle zu halten. Auch die Entscheidung der Landesregierung, den Baubescheid für das neue Einkaufszentrum Airportcenter in Wals/Himmelreich nicht aufzuheben, sorgte nicht nur bei den Anrainern, sondern in allen Parteien für helle Aufregung<sup>33</sup>. Ein Misstrauensantrag der grünen Bürgerliste im Landtag gegen die gesamte Landesregierung wurde von den Regierungsparteien naturgemäß abgewiesen.

SPÖ-Parteichef Buchleitner plagten Sorgen vor allem im Hinblick auf die am 4. 10. 1992 stattfindende Wahl des Gemeinderates in der Landeshauptstadt. Im Mozartjahr 1991 war es mit Unterstützung des für Kultur verantwortlichen Vizebürgermeisters Herbert Fartacek zu einer Einrüstung des Mozartdenkmals mit 700 Einkaufswägelchen gekommen. Der Kapruner Künstler Anton Thuswaldner wollte damit ein Zeichen setzen gegen die Mozartmania der Stadt, in der die Kunst nur mehr zum Zwecke der Kommerzialisierung betrachtet werde. In einer wilden Kampagnisierung durch die Kronen Zeitung wurden die SPÖ-Stadtverantwortlichen Lettner und Fartacek in redaktionellen Artikeln und einer Flut von Leserbriefen angegriffen.

Im Herbst 1991 war die Nachfolgerin Buchleitners im Sozialressort der Stadt, Veronika Garber, durch die Bürgerlistenmandatarin Elisabeth Moser unter Beschuss geraten. Man warf Garber eklatantes Versagen und politische Fahrlässigkeit vor: In den Altenheimen der Stadt sollten unerträgliche Pflegezustände herrschen, das Personal sei völlig überfordert. Als bekannt wurde, dass seit Oktober 1991 die Kriminalpolizei im Altenheim Nonntal, wo erhebliche Mengen an Medikamenten verschwunden seien, ermittle, verlangten die anderen Parteien daraufhin die Einberufung eines Untersuchungsausschusses (den es im Salzburger Stadtrecht allerdings nicht gibt). Nach tumultartigen Szenen in der Gemeinderatssitzung schmetterte die absolute Mehrheit der SPÖ den Antrag ab. Allerdings wurde der Städtische Kontrollausschuss mit einer Untersuchung betraut<sup>34</sup>.

Die Auguren in den Meinungsforschungsinstituten prophezeiten den Großparteien in der Stadt für die Gemeinderatswahlen keinen goldenen Herbst. Laut einer repräsentativen Telefonumfrage des Instituts für Grundlagenforschung (IGF) würde die absolut regierende SPÖ nur mehr 37% der Stimmen (-12,3%) erhalten, die ÖVP 19% (-3,6%). Die FPÖ würde auf 20% zulegen (+ 4,9%) und die Bürgerliste ebenfalls auf 20% (+ 9,8%). Der ÖVP drohe damit sogar das Abrutschen auf den vierten Platz. Zum damaligen Zeitpunkt, also sieben Monate vor der Wahl, wüssten nur 40% der Befragten, welche Partei sie wählen würden, der Rest sei „politischer Flugsand, den es einzufangen gilt“. Dies sei die höchste Unentschlossenensrate, die jemals in der Stadt Salzburg erhoben wurde. Besonders bedenklich war die Problemlösungskompetenz, die von den Befragten den Parteien zugeordnet wurde. Der SPÖ trauten nur 19% eine Lösung der städtischen Probleme zu, der Bürgerliste 12%, der ÖVP 6% und der FPÖ 5%. Für die Stadt-SPÖ bedeutete diese Prognose, dass sie von der absoluten Mehrheit auf die ursprüngliche Größe zurückfallen, gleichzeitig aber stärkste Partei bleiben würde<sup>35</sup>.

Die Meinungsforscher lagen mit ihrer Prophezeiung bezüglich der SPÖ weit daneben. Statt der erwarteten 37% erreichten die Sozialdemokraten mit Bürgermeister Harald Lettner bloß 28% und verloren neun von ihren bisherigen 21 Mandaten. Die ÖVP kam auf elf Mandate (+ 2), die Bürgerliste wurde mit sieben Mandaten (+ 3) drittstärkste Kraft, die FPÖ konnte ihre sechs Mandate knapp halten. Im Gemeinderat waren nun sechs Parteien vertreten. Der ehemalige FPÖ-Verkehrstadtrat Dietrich Masopust, der nach dem Bruch mit seiner Partei mit einer eigenen Liste angetreten war, wie auch sein schärfster Kritiker, Karl Koch (Autofahrerpartei), erreichten jeweils zwei Mandate<sup>36</sup>. Die SPÖ fuhr das schlechteste Ergebnis aller Wahlen seit 1945, inklusive Nationalrats- und Landtagswahlen, ein. Hatten die Sozialdemokraten 1987 noch in neun von 16 Wahlkreisen die absolute Mehrheit erobert, so konnten sie solche Ergebnisse in keinem einzigen mehr erzielen<sup>37</sup>. Diese apokalyptische Wahlniederlage war nach den

Rücktritten Radleggers und Reschens das dritte Waterloo für die Salzburger Sozialdemokraten. Buchleitner gesteht heute ein, „dass er vor und nach der Wahl einer gewaltigen Fehleinschätzung erlegen ist, wie sie mir sonst in meinem politischen Leben nie passiert ist“.

**Tabelle 3: Vergleich der Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg: 1987 und 1992**

	1987 Stimmen	1987 Prozente	1987 Mandate	1992 Stimmen	1992 Prozente	1992 Mandate
<b>SPÖ</b>	30.123	49,3%	21	15.101	28,0%	12
<b>ÖVP</b>	13.816	22,6%	9	13.345	24,8%	11
<b>FPÖ</b>	9.215	15,1%	6	7.791	14,5%	6
<b>BL</b>	6.197	10,1%	4	8.887	16,5%	7
<b>ÖABP</b>	-	-	-	3.136	5,8%	2
<b>SPF</b>	-	-	-	2.835	5,3%	2
<b>Sonstige</b>	1.786	2,9%	-	2.773	5,2%	-

BL = Bürgerliste, ÖBP = Österreichische Autofahrer- und Bürgerinteressenspartei, SPF = Stadtrat Dietrich Masopust – Parteiunabhängige Salzburger, das Salzburger Bürgerforum 2000.

Quelle: Daten & Fakten Bundesland Salzburg (= Schriftenreihe des Landespressebüros, Informationen Nr. 118). 1999.

Erschreckend für die SPÖ neben dem Verlust an Stimmen und Mandaten war vor allem, dass die (fiktive) Partei der Wahlverweigerer in der Landeshauptstadt genauso groß war wie SPÖ, ÖVP, FPÖ und Bürgerliste zusammen. Die Wahlbeteiligung war auf das erschreckend niedrige Maß von 55% gesunken, insgesamt 44.802 Wähler hatten den Gang zum Wahllokal verweigert. Rund 85% der Salzburger Wahlberechtigten hatten nicht Bürgermeister Harald Lettner und die SPÖ gewählt. Damit hatte Salzburg erneut sich den Titel „Hauptstadt der Nichtwähler“ (Herbert Dachs), den sie seit 1987 innehatte, geholt.

Schon am Wahlabend ließ Vizebürgermeister Herbert Fartacek mit einer Stellungnahme aufhorchen, wonach das Ergebnis eine Katastrophe sei und die SPÖ die gesamte Wahlkampagne auf den Spitzenkandidaten Lettner ausgerichtet habe. Damit wurde klar, dass Fartacek in Lettner den Hauptschuldigen für die enorme Wahlschlappe sah und sich von ihm absetzte. In einer Panikreaktion erklärte SPÖ-Landeschef Buchleitner, dass er weiterhin an Bürgermeister Lettner festhalte. Er bekannte aber gleichzeitig, dass die SPÖ die Stimmung in der Bevölkerung völlig falsch

eingeschätzt habe: „Wir waren zu weit weg von dem, was die Menschen denken“.

In seiner Wahlanalyse am Tag nach der Wahl fand ORF-Chefredakteur Hans Kutil in Bürgermeister Reschen den Hauptschuldigen für das Wahldebakel: „Bei der Gemeinderatswahl ist sprichwörtlich kein Stein auf dem anderen geblieben. Am schlimmsten erwischte es die bis dato mit absoluter Mehrheit ausgestatteten Sozialdemokraten. Ihr Spitzenkandidat Harald Lettner musste auslöffeln, was ihm der vor zwei Jahren im Gefolge des WEB-Skandals unruhlich aus der Politik ausgeschiedene Josef Reschen eingebrockt hat. Reschen, der strahlende Wahlsieger von 1987, war es nämlich, der mit seiner Ankündigungspolitik, der keine Taten folgten, den Grundstein für das Debakel gelegt hat. Lettner ist insofern mitschuldig, als er das Ruder nicht herumgeworfen hat“<sup>38</sup>.

In den Medien begann auch sofort die Suche nach den Schuldigen. Die Kronen Zeitung machte ihn sofort in der Person des Vizebürgermeisters Fartacek auffindig: „Mit Einkaufswagerl-Kunst erringt man nicht des Wählers Gunst. Auch gibt's von Bürgern wenig Dank für Wohnungsmisere, SPOT und Punk“ reimte der Kronen Zeitungs-Dichterling<sup>39</sup>.

In den Parteigremien der SPÖ wurde jedoch eine Machtübernahme durch Fartacek sofort ausgeschlossen und dem Vizebürgermeister vorgeworfen, „seine pointierte Randgruppenpolitik“ sei der SPÖ in der Stadt nicht gut bekommen. Die Partei habe zu viele falsche Schwerpunkte gesetzt<sup>40</sup>. Der SN-Journalist Josef Schorn warf den Sozialisten Realitätsverlust vor: „Die Versuchung, sich in einem Kreis von Ja-Sagern von der Welt abzugrenzen, hat die Realitätsferne der etablierten Politik ins Unerträgliche gesteigert“<sup>41</sup>.

In einer Trotzreaktion stärkte die Landes-SPÖ dem Wahlverlierer Lettner sogar noch den Rücken, indem sie ihm die Vollmacht erteilte, sich sein Team für die politische Arbeit in der Stadtregierung und im Gemeinderat zusammenzustellen<sup>42</sup>. Selbstkritisch bekennt Buchleitner heute: „Die Entscheidung des Landespartei Vorstandes, für die ich im Wesentlichen verantwortlich bin, sich für den Bürgermeister Lettner auszusprechen, geschah aus einem spontanen Schutzmechanismus. Heute würde ich das so nicht mehr machen. Für mich sind Zeichen der Solidarität entscheidend, aber ich habe mir nicht genügend Zeit genommen zu analysieren“. Die Klubobleute von ÖVP (Erwin Klemm) und Bürgerliste (Johann Padutsch) gaben spontan zu erkennen, dass sie einen Bürgermeister Lettner nicht mehr wählen würden.

Der damalige SN-Chefredakteur Karl-Heinz Ritschel warf der Stadt-SPÖ vor, dass das Wahldebakel auf „eine zauderhafte Politik, zu wenig Fortschritte im versprochenen Wohnungsbau, Verkehrsmaßnahmen ohne Rahmenkonzept“ zurückzuführen sei. Lettner „musste den Schaden begrenzen und überdies irrwitzige, großmannsüchtige Kommunalprojekte abwürgen, wie Parkgaragen unter der Salzach, Untertunnelung der Ignaz-Harrer-

*Straße ...*<sup>43</sup>. Gerade von einer demokratisch gewählten Mehrheit hätte man erwarten können, dass versprochene Projekte auch tatsächlich realisiert würden. Der Politologe Herbert Dachs stieß in dasselbe Horn, wenn er Josef Reschen ein „*Konzept des autoritär grundierten Immobilismus*“ vorwarf. „*Er selbst glaubte mit der Machtfülle des Bürgermeisters und des Finanzreferenten letztlich alles kontrollieren zu können. Die Person war das Programm. Sachpolitische Akzente und Profilierung wurden vernachlässigt.*“<sup>44</sup>

Als Folge von Buchleitners Aussage, der Wahlausgang werde personelle Konsequenzen nach sich ziehen, kündigten Stadträtin Veronika Garber ihren freiwilligen Rückzug aus der Stadtregierung und Klubchef Peter Schattauer aus dem Gemeinderat an.

Der Oktober 1992 war auch für die Freiheitlichen ein politisch heißer, denn bei den Freiheitlichen wurde der praktische Arzt aus Saalbach Hinterglemm, Karl Schnell, auf Geheiß des FPÖ-Bundesparteiobermannes Jörg Haider zum neuen Spitzenmann gewählt. Der Parteitag der Freiheitlichen am 11. Oktober 1992 sollte die Krise der Salzburger FPÖ beenden, die mit dem Streit zwischen Stadt- und Landesorganisation begonnen und zur Absetzung von Parteichef Volker Winkler und zur Entmachtung von Stadtparteiobermann Dietrich Masopust geführt hatte. Auch der Klubobmann im Landtag, Hans Buchner, sowie Stadtklubchef Erich Marx und der Fraktionsobmann der Freiheitlichen im Landesschulrat, Albert Angerer, waren schon vorher der freiheitlichen Säuberungsaktion zum Opfer gefallen<sup>45</sup>.

Als Bürgermeister Lettner als neuen Stadtrat den Postbeamten Josef Huber und als neuen Klubchef Fred Kendlbacher vorschlug, kam es zum offenen Bruch mit Herbert Fartacek. Der ursprünglich favorisierte AK-Pressesprecher Dr. Heinz Schaden, konnte, weil vier auf der SPÖ-Liste vor ihm Platzierte nicht verzichteten, nicht in die Stadtregierung geholt werden. Die Begründung für die Abhalfterung Fartaceks lautete, dass er mit seiner Kulturpolitik zur Wahlniederlage erheblich beigetragen habe. Darauf wurden 1.500 Unterschriften in den Kulturvereinen gesammelt, die sich nicht als Prügelknaben für eine Wahlniederlage hergeben wollten. Am 20. 10. 1992 kam es zu einer eindrucksvollen Demonstration von rund 800 Menschen für die Fortsetzung des bisherigen kulturpolitischen Kurses und zu einer Sympathiekundgebung für den Noch-Vizebürgermeister. Fartacek beauftragte das Institut Dr. Brunmayr mit einer Untersuchung über die Ursachen des Wahlergebnisses, was ihm die heftige Kritik des Landesparteiobmanns Buchleitner einbrachte<sup>46</sup>. Buchleitners Lehre aus dem Wahldebakel war, dass die SPÖ Schwerpunkte setzen müsse, vor allem in der Wohnbaupolitik. Er wollte das heftig kritisierte Vergaberecht von Gemeindewohnungen an Ausländer einschränken.

Die Landesfrauenkonferenz am 17. 10. 1992 ließ deutlich die eingetretenen Risse in der Partei erkennen. Während Veronika Garber die fehlende Unterstützung der Landesfrauenvorsitzenden Ricky Veichtlbauer beklagte,

zeigten sich Gertrude Fabris und Paula Skuhra vom Landesvorsitzenden Buchleitner enttäuscht, weil er nicht imstande gewesen sei, im Richtungsstreit integrativ zu wirken<sup>47</sup>.

Die anderen Parteien nützten die fehlende Geschlossenheit der Landes-SPÖ. Sowohl ÖVP als auch Bürgerliste erklärten, dass sie Lettner nicht zum Bürgermeister wählen würden. Der Klubmann der ÖVP im Landtag, Franz Schausberger, stichelte, „*er würde als Gemeinderat lieber Fartacek zum Bürgermeister wählen*“, denn Fartacek sei mehr Garant, dass in der Stadt etwas weitergehe, auch wenn er persönlich mit Fartaceks Politik nicht übereinstimme<sup>48</sup>. Schließlich scherten auch die eigenen Genossen aus der Parteilinie aus, als Erich Franz Peyerl, Sohn des legendären SPÖ-Vorsitzenden der Nachkriegsära (Franz Peyerl), seine Parteikollegen aufforderte, sich nicht an die Beschlüsse der Parteigremien zu halten<sup>49</sup>. Fartacek selbst bezeichnete die Beschlüsse der Parteigremien gar als „Diktatur der Parteiapparate“<sup>50</sup>. Das tiefe Zerwürfnis innerhalb der Stadt-SPÖ brachte Parteichef Buchleitner in ärgste Kalamitäten: „*Gerhard Buchleitner hat als Parteichef versagt, als Weitblick und entschiedene Reaktion auf ein historisches Wahlergebnis gefordert waren*“, ätzte der Leitartikler in den „Salzburger Nachrichten.“<sup>51</sup> Als Sofortreaktion zog sich der amtierende Bezirksvorsitzende, Nationalratsabgeordneter Stocker, zurück und Landesrat Othmar Raus, dem man die Herkulesarbeit des politischen Stallausmistens zutraute, übernahm das Amt des geschäftsführenden Bezirksvorsitzenden.

Schließlich sah sich Lettner gezwungen zurückzustecken, da er nicht mehr die gesamte Fraktion hinter sich wusste, und präsentierte den AK-Pressesprecher Heinz Schaden als Kandidaten für das Bürgermeisteramt<sup>52</sup>. Dazu war es aber notwendig, dass alle vor Schaden auf der Kandidatenliste Gereihten auf ihr Nachrücken verzichteten. Gertrude Fabris (Platz 17) und Heinrich Salfenauer (Platz 22) verweigerten sich jedoch. Salfenauer begründete seine Weigerung mit der Feststellung, die Kandidatenliste sei demokratisch erstellt worden. „*Da müsse die Frage erlaubt sein, warum Schaden nicht weiter vorne gereiht wurde, wenn er so gut ist.*“<sup>53</sup> Schließlich gab Salfenauer aufgrund eines Anrufes von Bundeskanzler Franz Vranitzky seinen Widerstand auf<sup>54</sup>. Das Machtwort des Bundeskanzlers machte den Aufstieg Schadens also doch möglich. Schaden, gebürtiger Grazer und studierter Politologe und Publizist, war vor seiner Tätigkeit bei der Arbeiterkammer Kabinettschef der SPÖ-Staatssekretärin Beatrix Eypeltauer im Bautenministerium gewesen. Schadens Chancen standen trotz alledem schlecht, weil wenige Tage später Herbert Fartacek und Gemeinderat Erich Franz Peyerl, Obmann der Sektion Maxglan, ihren Austritt aus der Partei und die Bildung einer eigenen Fraktion im Gemeinderat bekannt gaben<sup>55</sup>.

Bei der am 25. 11. 1992 stattgefundenen konstituierenden Gemeinderatssitzung wurde dann der ÖVP-Kandidat Josef Dechant von 24 der 40

Gemeinderäte zum neuen Bürgermeister der Landeshauptstadt gewählt. Auch Christa Schlager, Vorsitzende der SPÖ-Sektion Lehen, und Gertrude Fabris, erklärten ihren Austritt aus der SPÖ. Drei von den vier Dissidenten, nämlich Fartacek, Peyerl und Fabris, hatten für den ÖVP-Kandidaten votiert, nur Schlager hatte für Schaden ihre Stimme abgegeben<sup>56</sup>. Dechant hatte neben seiner ÖVP auch die Unterstützung der Freiheitlichen, der Gruppe Masopust und der Autofahrerpartei erhalten. Die Bürgerliste sprach daraufhin von „Stimmenkauf“ und „Bazar-Handel“. Die ÖVP hätte die Masopust-Gruppe mit der Zusicherung einer 5-Millionen-Frühpension für den Exstadtrat gewonnen, sich also die Stimmen erkauf<sup>57</sup>.

### C. DIE URABSTIMMUNG ÜBER DEN PARTEICHEF

Für den Landesparteichef Gerhard Buchleitner war der Verlust des Bürgermeisters in der Landeshauptstadt eine arge Schlappe. Den Salzburgern müsse klar sein, dass ehemalige SPÖ-Mitglieder aus persönlichen Rachegefühlen einen sozialdemokratischen Bürgermeister verhindert hätten, war seine Rechtfertigung. Mangel an Disziplin und Solidarität in der eigenen Partei machten ihm das Regieren zunehmend schwer. Positions- und Richtungskämpfe hat es zu allen Zeiten und in allen Parteien gegeben. Doch nie hatten sie in der SPÖ so tief ins Fleisch geschnitten, wie es bei und nach der Gemeindevertretungswahl in der Landeshauptstadt Salzburg im Jahr 1992 der Fall war.

Ganze Sektionen (Peyerls Sektion Maxglan sowie Schlagers Sektion Lehen-Nord) kamen der SPÖ abhanden und mussten in zäher Kleinarbeit wieder aktiviert werden, ebenso an die 50 Funktionäre. Die Zahl der SPÖ-Mitglieder sank innerhalb eines Jahres von 6.552 auf 6.091. Fartacek und seine aus der SPÖ ausgetretenen KollegInnen gründeten die „Demokratie 92“, die jedoch bei der folgenden Gemeinderatswahl im März 1999 nicht mehr den Einzug ins Stadtparlament schaffte<sup>58</sup>.

Um das Ruder an sich zu reißen, kündigte Buchleitner den selbstkritischen Entschluss an, er wolle sich unter allen 18.553 Parteimitgliedern einer Urabstimmung über seine Funktion als Parteivorsitzender sowie als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1994 stellen. Aufgrund der innerparteilichen Querelen war es für ihn immer schwieriger geworden, öffentliche und vor allem mediale Akzeptanz zu gewinnen. Da er sich für den damaligen Zustand der Salzburger SPÖ verantwortlich fühlte und der Partei seinen weiteren Parteivorsitz nicht zugemutet hätte, wenn es zu einer anderen Entscheidung gekommen wäre, entschloss er sich zu diesem Schritt. Bundeskanzler Vranitzky ließ allerdings keinen Zweifel daran, dass Buchleitner weiterhin sein Vertrauen genieße<sup>59</sup>.

Im Parteivorstand forderte Buchleitner alle Funktionäre auf, sich entweder selbst als Kandidat zur Verfügung zu stellen oder ihm die volle Unterstützung zu gewähren. Die Situation in der Partei sei ernst wie noch nie, er jedoch sei kein Sesselkleber. Bei einer Wahlbeteiligung von 53% erreichte Buchleitner schließlich eine Zustimmungsrate von 92,3% der abgegebenen Stimmen. Damit waren die Zweifel, Buchleitner sei der ungeeignete Parteiobmann, ausgeräumt.

In der Stadt wurde nun ein neuer Boden gelegt. Am 27. 1. 1993 wurde der bisherige geschäftsführende Bezirksvorsitzende Othmar Raus zum Vorsitzenden gewählt und trat damit die Nachfolge Helmuth Stockers an. Raus gelang es mit harter Hand, die Finanzprobleme der Stadt-SPÖ, die durch die Verkleinerung der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ausgebrochen waren, durch ein rigoroses Finanzkonzept in den Griff zu bekommen. Der Sozialwissenschaftler Franz Birk vom Institut IFES analysierte die abgehobene und bürgerferne Politik der SPÖ als Ursachen für die Wahlniederlage in der Stadt. Die Bedürfnisse der Menschen und nicht der Funktionäre müssten im Vordergrund stehen. Sowohl die Modernisierungsverlierer wie auch die ehrgeizigen Aufsteiger des Strukturwandels fühlten sich von der Sozialdemokratie im Stich gelassen. Die SPÖ müsse daher wieder die persönliche Begegnung mit dem Bürger suchen<sup>60</sup>. Unter dem neuen Bezirksobmann Raus wurden nun die Arbeitskreise „Jugend, Wohnen“, „Arbeit/Wirtschaft“, „Verkehr und Umwelt“ sowie „Zusammenleben“ gegründet. Durch zahlreiche Aktionen, wie handgeschriebene Plakatständerserien, Bodenzeitungen, das Spannen eines sozialen Netzes über die Salzach sorgte man für Aufsehen. Mit diesen relativ billigen Methoden gelang es rasch, die Aufmerksamkeit der Menschen und den Kontakt zu ihnen zu gewinnen.

#### D. DIE LANDTAGSWAHL 1994

Im Vorfeld der Landtagswahl 1994, als die Abspaltung der „Demokratie 92“ einigermaßen verdaut war, bekam Buchleitner erneut innerparteiliche Schwierigkeiten zu spüren. Die Klubvorsitzende im Landtag und Vertraute des Dissidenten Herbert Fartacek, Ricky Veichtlbauer, trat in eine offene Konfrontation mit dem Parteichef ein. Seit dem Debakel bei der Gemeinderatswahl 1992 war Veichtlbauer innerhalb der Partei ins Abseits gedriftet. Beim Parteitag im März 1993 wurde der Richtungsstreit innerhalb der Salzburger SPÖ deutlich sichtbar: Veichtlbauer, die für die Kandidatenerstellung bei der Landtagswahl ein Zwei-Listen-Modell (Reißverschluss-system: auf je einen männlichen Kandidaten folgt eine Frau) verlangte, musste 112 Streichungen hinnehmen und wurde nur von 62,2% der Delegierten gewählt<sup>61</sup>. Schließlich kündigte sie am 7. 9. 1993 in einem Telefonat mit dem Parteivorsitzenden ihre Mitarbeit auf und wollte auch für die



kommende Landtagswahl nicht mehr kandidieren. Als Gründe nannte sie den Kurs der Partei, der in der Ausländerfrage und im Sozialbereich zu rechtslastig sei. Die SPÖ gebe laut Veichtlbauer sozialdemokratische Positionen auf, um das Abwandern von Wählern zur Haider-FPÖ zu verhindern. An der Salzburger SPÖ-Führung übte sie heftige Kritik: Einem Teil der SPÖ-Funktionäre sei die Humanität abhandengekommen, Meinungsvielfalt werde ausgeschlossen und es herrsche ein autoritärer Führungsstil der Parteispitze.

Buchleitners Kurskorrekturen nach der vernichtenden Stadtwahl 1992 hatten Veichtlbauer, die sich immer zum Fartacek-Lager bekannt hatte, ins Abseits gedrängt. Der von der Stadt-SPÖ aufgestellten Forderung, den Ausländern das kommunale Wahlrecht einzuräumen und sie bei der Vergabe von Wohnungen gleichberechtigt zu behandeln, war von Buchleitner eine als notwendig erachtete Absage erteilt worden. Ende Juli hatte sie gegenüber den „Salzburger Nachrichten“ bereits von einem Kesseltreiben gegen sie berichtet und angekündigt: *„Ich gehe, aber sicher nicht leise!“*<sup>62</sup>. Bundeskanzler Franz Vranitzky sah im Rückzug Veichtlbauers, die auch stellvertretende Bundesfrauenvorsitzende war, keine Katastrophe. Die kolportierte Meinung eines Rechtsrucks werde weder von ihm noch vom Parteivorstand geteilt<sup>63</sup>.

Auch die Zweite Landtagspräsidentin Inge Stuchlik warf der Salzburger SPÖ mangelnde Kritikfähigkeit vor. Wenige Tage später kündigte die Flachgauer Landtagsabgeordnete Anni Hödlmoser ihren Rückzug aus der Politik an<sup>64</sup>. Damit schien die gesamte Frauenriege im Salzburger Landtag der Partei wegzubrechen, da neben Veichtlbauer und Hödlmoser auch die II. Landtagspräsidenten Stuchlik und die Abgeordnete Liane Pluntz dem künftigen Landtag nicht mehr angehören würden. Die Lage spitzte sich zu, als Veichtlbauer das Bundesparteischiedsgericht anrief, weil Landesrat Othmar Raus sie der Lüge bezichtigt hatte. Raus nahm dann den Vorwurf zurück. Veichtlbauer blieb Klubchefin bis zum Ende der Legislaturperiode, weil Buchleitner die von Raus verlangte Vertrauensfrage für Veichtlbauer im Landtagsklub abwehrte.

Stuchlik schied sodann im Oktober 1993 aus gesundheitlichen Gründen aus allen ihren Funktionen aus. Zur Verstärkung holte sich Buchleitner den Zeller Bürgermeister Walter Thaler, auf dessen Unterstützung er zählen konnte, in die frei gewordene Funktion. Thaler trat nach 12 Jahren sein Amt als Stadtoberhaupt an den Prokuristen der Schmittenhöhebahn AG, Hans Wallner, ab.

Zwei Wochen vor Beendigung der parteiinternen Vorwahl für die Landtagswahl 1994 gingen in der Pongauer SPÖ die Wogen hoch. Der Landtagsabgeordnete Manfred Gruber hatte kopierte Stimmzettel an einen Teil der Parteimitglieder versandt, weil er auf der aktuellen Liste nur an der aussichtslosen dritten Stelle platziert worden war. Auf dem von ihm

verschickten Stimmzettel rangierte er jedoch vor Josef Mayr und Maria Bommer an erster Stelle. Landespartei sekretär Stefan Prähauser sah sich daraufhin veranlasst, neue rosa Stimmzettel versenden zu lassen.

Aber auch die ÖVP bekam im Herbst 1993 innerparteiliche Probleme. Ihr Agrar-Landesrat Rupert Wolfgruber hatte im Winter ein rund 7.000 qm großes Waldstück schlägern lassen, ohne die Genehmigung nach dem Forstgesetz einzuholen<sup>65</sup>. Der von der FPÖ im Salzburger Landtag eingebrachte Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde von ÖVP und SPÖ jedoch abgewiesen<sup>66</sup>.

Ein wichtiges Politikfeld versuchte die SPÖ bei der Neugestaltung des Grundverkehrsgesetzes zu besetzen, indem sie darüber eine Volksabstimmung forderte. Sie argumentierte, dass mit diesem (schließlich mit ÖVP-, FPÖ-Mehrheit beschlossenen) Gesetz der „Vermarktung der Heimat Tür und Tor geöffnet werde“. In den Augen der Sozialdemokraten sei das Gesetz eine „Kapitulation vor den mächtigen Interessen der in- und ausländischen Immobilienlobby.“<sup>67</sup> Keine Einigung zwischen ÖVP und SPÖ gab es bei der von ÖVP-Gesundheitslandesrätin Gerheid Widrich geplanten Ausgliederung der Landeskliniken aus der Landesverwaltung. Die SPÖ wäre dazu grundsätzlich bereit gewesen, hatte sogar die Forderung der Vertretung des Pflegepersonals im neuen Direktorium aufgegeben, wenn im Gegenzug die ÖVP auf die im Tagesbetreuungsgesetz vorgesehene Bedarfsprüfung verzichtet hätte. Die vor der Tür stehende Landtagswahl verhinderte jedoch eine Regelung nach dem Motto: „Do ut des“ (Ich gebe, damit Du gibst).

Um ein Signal an die durch den Abgang aller weiblichen Landtagsabgeordneten geschwächten SPÖ-Frauen und die Jugend zu setzen, machte Parteivorsitzender Buchleitner bei der Listenerstellung für die Landtagswahl 1994 von seinem Recht Gebrauch, zwei Kandidatenplätze mit seinen Vorschlägen zu besetzen. Auf das Kampfmandat (12. Platz) wurde die Frauenbeauftragte der Stadt, Ingrid Jallitsch, gereiht, auf Platz 15 der Jugendkandidat David Brenner, dem Buchleitner eine eigene Wahlkampflinie genehmigte. Die Noch-Klubvorsitzende der Landtagsfraktion, Ricky Veichtlbauer, ortete dennoch eine zu geringe Frauenquote und sprach von „Schweinerei“, denn eine Frauenbeauftragte müsse frei von jeder Parteilichkeit und für alle Frauen da sein<sup>68</sup>.

Die Salzburger SPÖ, die in den abgelaufenen fünf Jahren fast nur noch mit Schadensbegrenzung im Gefolge der Rücktritte von Radlegger und Reschen sowie mit den innerparteilichen Krisen nach der Stadtwahl beschäftigt war, konnte sich Attacken gegen die politischen Gegner nicht leisten. Sie betrieb daher eine auf Sympathiegewinn angelegte Wahlwerbung. SPÖ-Spitzenmann Gerhard Buchleitner wurde auf Plakatwänden von seinem Chauffeur, seiner Sekretärin und seiner Tochter als hervorragender Mensch und Vorgesetzter präsentiert. Mit „Salzburger

Geschichten“, einer locker-heiteren Veranstaltungsreihe trachtete man mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen. Der aggressiven Wahlwerbung der FPÖ und dem barocken Inszenierungsstil der ÖVP wollte man damit in sympathischer Form entgegenreten. Die zweite Plakataktion, bei der Buchleitner mit seinem Regierungsgefährten Othmar Raus (beide mit Fieberblasen) abgebildet war, war weniger geglückt. Erst gegen Ende der Wahlkampfphase gab man sich in kämpferischer Art, indem die Sicherung und der Neugewinn von Arbeitsplätzen als Kernkompetenz der SPÖ in den Vordergrund gestellt wurden. Wie sehr man mit der Welt der Arbeitnehmer sich solidarisierte, versuchte man zu beweisen, indem man schon um 5 Uhr bei den Industriebetrieben mit Kaffee und Kipferl Aufstellung nahm und diese den eintreffenden ArbeiterInnen anbot.

Besonders die FPÖ brachte *„einen zumindest während der letzten Jahrzehnte noch nie da gewesenen Brachialton in die Salzburger Landespolitik“*<sup>69</sup>. Ganz im Stile seines großen Vorbildes Jörg Haider rückte FPÖ-Obmann Karl Schnell die Problematik der Sozialhilfe in die Nähe von Rattenplagen und spielte sich (auf Plakaten gemeinsam mit Jörg Haider) als Retter von Sicherheit und Ordnung auf („Für Sicherheit gegen die Mafia“). Der besonders griffige Slogan „Mit Proporz und Packerlei ist’s nach dieser Wahl vorbei“ sollte sich fünf Jahre später für Schnell als Bumerang erweisen.

Bei der letzten Landtagssitzung vor der Landtagswahl kam es während der Aktuellen Stunde, die sich mit der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Salzburg beschäftigte, zu einem durch freiheitliche Stadtpolitiker inszenierten Eklat. Mit FPÖ-Stadtrat Siegfried Mitterdorfer und dem FPÖ-Klubobmann im Salzburger Gemeinderat, Eduard Mainoni (beide ausgebildete Juristen), drang eine circa 30-köpfige Demonstrationsgruppe in den Sitzungssaal ein und störte die Sitzung. Auch der Bürgerlistengemeinderat Herbert Fux war unter den Demonstranten. Als Mainoni die Absperrung durchbrach und zu den Abgeordneten vordrang, unterbrach Landtagspräsident Helmut Schreiner die Sitzung. Die anderen Parteien sahen in diesem Eklat die Radikalisierung des politischen Klimas. SN-Redakteur Manfred Perterer warnte in diesem Zusammenhang vor allzu großer demokratischer Toleranz und sah in dem Vorgang ein weiteres Glied in der Kette der Gewalt: *„Mit Worten hat es begonnen, jetzt werden Taten gesetzt. Das ständige Schlechtmachen des Systems wird abgelöst von der Attacke darauf. In solchen Situationen angehender Existenzgefährdung müssen die Demokraten in diesem Land ihre anerzogene Beißhemmung aufgeben“*<sup>70</sup>. Im Dezember bekamen die vier bisher im Landtag vertretenen Parteien zusätzliche Konkurrenz durch das Liberale Forum mit dem wenig bekannten Richard Menapace an der Spitze.

Die Landtagswahl vom März 1994 brachte dann für die beiden Großparteien erhebliche Verluste. Die ÖVP rutschte auf 38,6% (-5,4%) und verlor damit zwei Mandate und einen Regierungssitz, die SPÖ erreichte ihr

schlechtestes Ergebnis von nur 27,0% (-4,2%) und büßte ein Mandat ein. Die Freiheitlichen konnten um 3,1% auf den bisher höchsten Stand in der Zweiten Republik zulegen, kamen auf 8 Mandate und gewannen einen zusätzlichen Regierungssitz. Auch die Bürgerliste Salzburg-Land gewann 1,1% und ein Mandat hinzu, das Liberale Forum konnte allerdings die Hürde eines Grundmandats nicht überspringen, auch nicht die „Österreichische Autofahrer- und Bürgerinteressenspartei“.

Die SPÖ, auf dem Tiefststand seit 1945 angekommen, wollte nun Zeichen setzen und sich öffnen. Buchleitner versprach, dass er die Partei reformieren wolle und sich selbst an die Spitze dieser Reformdiskussion stellen werde. Er räumte Fehler ein: So sei die SPÖ in der Vergangenheit *„nicht laut genug gewesen und habe sich zu wenig von ÖVP und FPÖ abgesetzt. Sie habe sogar an der „Sozialschmarotzerdebatte“ mitgewirkt, anstatt auf jene Schmarotzer zu verweisen, die österreichweit 8 Milliarden Schilling an Steuern hinterziehen“*<sup>71</sup>. Klaus Firlei, Landtagsabgeordneter und Verfassungssprecher der SPÖ, übte eine umfassende Kritik an den landespolitischen Strukturen und Politikmustern. Er bemängelte, dass die Partei noch immer mit den Methoden des 19. Jahrhunderts Politik zu machen versuche. Firlei kritisierte vor allem die *„weitgehende Entkopplung des Machtzentrums der Partei von liberalen, gesellschaftsverändernden, kritischen oder auch nur für einen konsequenten Modernisierungskurs eintretenden Kräften“*<sup>72</sup>. Er verlangte eine umfassende Demokratiereform, u. a. die Abschaffung des Proporzsystems, die Aufwertung des Landtages und die Öffnung der Ausschüsse. Damit hatte Firlei eine Initialzündung für eine Verfassungsreform geliefert, die nicht mehr zur Ruhe kommen sollte. Denn schon wenige Tage später trat auch ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter Arno Gasteiger für die Abschaffung des Salzburger Regierungsproporz ein. Gemäß Gasteiger habe sich das „System der Zwangsbeteiligung“ überlebt<sup>73</sup>.

Als politischer Glücksgriff für die Salzburger SPÖ erwies sich die Konsumentenschützerin aus der Arbeiterkammer, Gabi Burgstaller, die sich als Aufdeckerin des WEB-Skandals einen Namen gemacht hatte und nun als Stadtabgeordnete in den Landtag einzog und sofort als Klubvorsitzende installiert wurde. Mit den beiden Regierungsmitgliedern Buchleitner und Raus, dem zweiten Landtagspräsidenten Thaler, der Klubvorsitzenden Burgstaller und dem Verfassungsexperten Firlei schien die SPÖ wieder stark aufgestellt zu sein.

Die SPÖ blieb trotz des herben Rückschlages von einer Personaldiskussion verschont, nicht jedoch ÖVP und Grüne. So brachte sich der Amtsführende Präsident des Landesschulrates, Gerhard Schäffer, als möglicher Nachfolger des Landeshauptmannes Katschthaler selbst ins Gespräch. Klubobmann Franz Schausberger erklärte jedoch sofort die Debatte als beendet, zumal diese in einer Zeit geschehe, in der mit den anderen Parteien über die Wiederwahl Katschthalers verhandelt werden soll<sup>74</sup>.

Bei den Salzburger Grünen, die sich vier Mandate erhofft hatten, kam es zu einer harten Zerreißprobe. Eine Gruppe rund um die Landtagsabgeordnete Karoline Hochreiter, die Flachgauerin Heidi Reiter und den Journalisten Heinrich Breidenbach, die auch von Stadtrat Johann Padutsch unterstützt wurde, warf dem grünen Klubobmann Christian Burtscher „autokratischen und patriarchalischen Führungsstil“ vor und verlangten seinen Rückzug aus dem Landtag. Schließlich blies man zum Rückzug, Burtscher blieb Klubobmann im Landtag, Breidenbach wurde Landesprecher der Partei<sup>75</sup>.

Aber die Nationalratswahlen des Jahres 1994 brachten wieder eine herbe Enttäuschung für die SPÖ. Die Stadt-SPÖ, die nach dem Rücktritt ihres Nationalratsabgeordneten Helmuth Stocker den AK-Vizepräsidenten Siegfried Pichler präsentierte, verfehlte das Grundmandat und verlor damit ihren Sitz im Nationalrat. Bereits bei der>Listenerstellung hatte es in der Wahlkreis-Konferenz am 22. 4. 1994 unangenehme Überraschungen gegeben. Siegfried Pichler erhielt nur 59% der Stimmen, die zweitplatzierte Veronika Garber (ehemals Stadträtin) schaffte mit nur 48% die notwendige Hürde nicht. Damit rückte Johann (Jacky) Maier (83%) auf Platz zwei nach. Dieser schaffte dann schließlich bei den Nationalratswahlen 1995 durch das von der ÖVP herbeigeführte Platzen der Großen Koalition den Einzug in den Nationalrat<sup>76</sup>.

#### **E. DER KINDERFREUNDE-SKANDAL UND DIE AK-KRISE**

Dem Parteivorsitzenden Buchleitner blieb auch sechs Jahre nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der Salzburger SPÖ nichts erspart. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Vizebürgermeisters der Landeshauptstadt und späteren SPÖ-Dissidenten, Herbert Fartacek, und seinem Nachfolger Johann Nedwed war bei den Kinderfreunden, einer sozialdemokratischen Nebenorganisation, die eine Reihe von Kindergärten, Krabbelstuben und Horten betrieb, ein Schuldenberg in Millionenhöhe angewachsen. Um die Organisation zu retten, wurden von der Landes-SPÖ gemeinsame Anstrengungen mit der Bundes-SPÖ und den Bundes-Kinderfreunden unternommen, die Betreuungseinrichtungen wieder auf gesunde finanzielle Beine zu stellen. Buchleitner, der allen Anlass gehabt hätte, Fartacek in die Bredouille voll hineinlaufen zu lassen und damit Rachegeleüste gegen den Parteispalter zu befriedigen, entschied sich für ein Sanierungskonzept zur Rettung der gemeinnützigen Einrichtungen. Die Partei erlitt damit in ihren Bemühungen, statt des alten und abgewohnten Franz-Peyerl-Hauses in der Paris-Lodron-Straße ein modernes Parteizentrum zu errichten, einen argen Rückschlag. Erst Jahre später konnte in der Wartelsteinstraße in Mülln dieses Projekt verwirklicht werden.

Auch in der zweiten Jahreshälfte 1997 rumorte es in der SPÖ wieder ordentlich. Um den Nachfolger des Präsidenten der Arbeiterkammer, Herbert Suko, entbrannte ein Streit, der öffentlich ausgetragen wurde und erst im April 1998 beigelegt werden konnte. Herbert Sukos Kandidat für seine Nachfolge war der Landessekretär der Gewerkschaft Bau-Holz, Wolfgang Rainer. Die Gewerkschaft der Privatangestellten wollte jedoch den AK-Vizepräsidenten Siegfried Pichler auf den Schild heben. Buchleitner gelang es schließlich, als Kompromisskandidaten den Landtagsabgeordneten Alexander Böhm durchzubringen. Dieser erzielte dann auch bei den AK-Wahlen im März und April 2004 einen schönen Erfolg.

#### **4. Buchleitners Konsolidierungskurs**

Buchleitners Start im September 1989 war unter dem Schatten des erzwungenen Rücktritts seines Vorgängers Wolfgang Radlegger gestanden. Die Partei hatte sich mit Radlegger für die Zeit nach Haslauer gute Chancen ausgerechnet, die Position des Landeshauptmannes zu erringen. Aber auch die folgenden Jahre brachten für den neuen Parteichef nicht die Möglichkeit, die Partei zu konsolidieren und sich als aussichtsreicher Gegenkandidat zum jeweiligen ÖVP-Landesfürsten zu etablieren. Die Fraktionierung innerhalb der Stadtpartei und die zahlreichen weiteren Krisen hatten seine ganze Kraft gefordert, um die Gesinnungsgemeinschaft zu einen und als staatstragend und unverzichtbar für das Management der Landespolitik zu präsentieren.

Dazu kam, dass auf Bundesebene die Große Koalition von SPÖ und ÖVP regierte und dem rechtslastigen Populisten Jörg Haider genügend Chancen bot, die Freiheitlichen innerhalb von 15 Jahren von einer Kleinpartei zu einer Mittelpartei hochzuführen. In einer solchen Lage ist es schwierig, den Führungsanspruch auf Landesebene zu stellen. Je weniger sich eine Partei jedoch als die Alternative von morgen präsentiert, desto geringer sind ihre Chancen, als Garant für einen Wechsel von der Wählerschaft angenommen und gewählt zu werden. Mit diesem Dilemma hatte Buchleitner bis 1998 zu kämpfen. Der oft getätigte Vorwurf, er habe es sich gemütlich als „zweiter Mann“ eingerichtet, geht jedoch ins Leere. Denn angesichts des politischen Taifuns geht es einzig und allein darum, dem Sturm zu entkommen und die Takelage für künftige Seefahrten wieder flott zu machen.

Nach der Landtagswahl 1994 hatte es sirenenhafte Gesänge vonseiten der FPÖ gegeben mit der Zielsetzung, die ÖVP zu entmachten. Karl Schnell bot damals Buchleitner an, ihn mithilfe der FPÖ zum Landeshauptmann zu wählen, auch den Ersten Landtagspräsidenten wollte man

den Sozialdemokraten zugestehen. Buchleitner wusste, dass dies eine historische Chance bedeutet hätte, die seit 1945 gegebene Vorherrschaft der ÖVP zu durchbrechen. Noch deutlicher war er sich aber zweier großer Gefahren bewusst: Zum einen lagen die innerparteilichen Zerwürfnisse in der Stadt-SPÖ noch zu kurz zurück, um neuerlich eine Lagerbildung zu provozieren. Zum anderen hätte gerade ein Bündnis mit den Freiheitlichen unter der Führung des rechtspopulistischen Jörg Haider die SPÖ in eine Zerreißprobe geführt. Noch war die Zeit nicht reif, um das konservative Land Salzburg sozialdemokratisch zu führen. Stattdessen setzte er auf inhaltliche Reformen und hatte selbst den biologischen Vorteil, um neun Jahre jünger als der amtierende Landeshauptmann Katschthaler zu sein, der am Tag der Wahl seinen 61. Geburtstag gefeiert hatte.



*Gerhard Buchleitner mit der Frau des ehemaligen US-Präsidenten, Hillary Clinton*

Buchleitner konzentrierte sich daher auf seine politischen Themenfelder Soziales, Gemeinden und Gesundheit. Im Landtag hatte er mit der neuen Klubvorsitzenden Gabi Burgstaller einen Glücksgriff getan, die ihm nicht ständig in die Ruder fuhr wie ihre Vorgängerin Veichtlbauer. Sein Teamwork mit seinem Regierungskollegen Othmar Raus, dem Zweiten Landtagspräsidenten Thaler und der Klubvorsitzenden Burgstaller, seine allwöchentlichen Montags-Jour-fixe zur politischen Koordination und zum gemeinsamen „wording“ zeitigten ein vertrauensvolles Klima, in dem

sowohl hierarchisches Gefälle als auch blinde Loyalität fremd waren. Er hatte die Partei wieder frei gespielt für größere Reformen, welche die Handschrift der Sozialdemokraten trugen. Es gelang auch, mit Unterstützung des SPÖ-Landesgeschäftsführers Stefan Prähauser die Landesfinanzen zu ordnen und in der Wartsteinstraße ein modernes Parteihaus als Organisations- und Servicecenter zu errichten.

Eine Chance zur Profilierung bot sich, als Landeshauptmann Schausberger im Jahr 1997 mit dem Plan auftrat, in drei Jahren bis zu 60.000 Haushalte kostenlos an die landeseigene Datenbahn anzuschließen. Buchleitner und FPÖ-Chef Schnell witterten Orwell'sche Zustände und erklärten, sie wollten Wettbewerb statt Monopol<sup>77</sup>. Auch bei der Empfehlung für die Vergabe der Lokalradiolizenz durch die Landesregierung machten SPÖ und FPÖ gemeinsame Sache<sup>78</sup>. Die vom Sohn des SPÖ-Nationalrates Stefan Prähauser initiierte „Welle Salzburg“, an der auch der Österreichische Wachdienst mit seinem kaufmännischen Geschäftsführer, dem FPÖ-Klubchef Mainoni beteiligt war, ging als Sieger hervor. Buchleitner betonte, dass er sich in Zukunft in Sachfragen stärker an die SPÖ wenden werde. Wenige Monate später allerdings schlug dieses plötzliche Vertrauensverhältnis ins Gegenteil um und kostete Schnell seinen Regierungsposten.

Die besondere Stärke, die Buchleitner nun nach der Beendigung der Serie von Krisen ausspielen konnte, war sein soziales Engagement. In seiner Amtszeit reifte er zu einem würdigen Nachfolger der SPÖ-Sozialreferenten Sepp Weißkind, Hans Pexa und Josef Oberkirchner. In Zeiten immer geringerer Handlungsspielräume der Gebietskörperschaften gelang es ihm, in der offenen Sozialhilfe die Kosten im Griff zu behalten, gleichzeitig aber das soziale Netz für die Schwächsten der Gesellschaft enger zu knüpfen. Die größte Herausforderung lag in der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft. Um den sozialen Standard zu verbessern, führte er einen flächendeckenden Ausbau der ambulanten Dienste ein, ermöglichte eine langfristige Sicherung im stationären Bereich durch mehrjährige Bauprogramme für Seniorenheime und den Ausbau immer dringender werdender Pflegeplätze.

Sein besonderes Engagement galt auch den Behinderten in der Gesellschaft. Unbeirrt war er bemüht, ihre Integration am Arbeitsmarkt sicherzustellen. Auch die Einrichtung einer dauerhaften Notschlafstelle für Erwachsene und einer für Jugendliche sowie die Unterstützung von Projekten für Obdachlose fallen in seine Regierungszeit. Besonders die psychosoziale Versorgung Jugendlicher war ihm ein Anliegen.

Mit der Übernahme des Gesundheitsressorts 1994 sah sich Buchleitner veranlasst, die lange Zeit vernachlässigte Gesundheitsplanung im Krankenanstaltenbereich voranzutreiben. Zu Hilfe kam ihm die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, die eine fundamentale Strukturveränderung erforderte. Buchleitner war es auch, der sich



besonders der Gesundheitsvorsorge verschrieb und durch eine Bündelung der Vorsorgeaktivitäten in einer „Arbeitsgemeinschaft Gesundes Salzburg“ effizientere Strukturen schuf. Auf sein Konto gehen auch die Einführung flächendeckender Programme gegen Schlaganfall, Diabetes und anderer Krankheiten. Wegen dieser Profilierung als Gesundheitspolitiker war es das erklärte Ziel der ÖVP, das Gesundheitsressort wieder in einer Hand zu vereinen. Mit der Quereinsteigerin Maria Haidinger, einer Gynäkologin, versuchte Landeshauptmann Schausberger bei der Wahl 1999 dieses Terrain wiedergutzumachen, was allerdings nicht gelang, da Haidinger als neue Landesrätin nur die Agenden der Landeskliniken, nicht jedoch der Gemeindekrankenanstalten und der allgemeinen Gesundheitsvorsorge bei den Ressortverhandlungen zugesprochen erhielt.

## 5. Mut zu Verfassungsreformen

Unter der Ägide Buchleitners kam es im Bundesland Salzburg auch zu den zwei bedeutendsten Verfassungsreformen seit 1945, nämlich jene der Einführung der Bürgermeisterdirektwahl und der Abschaffung des Proporz in der Landesregierung.

### A. DIE EINFÜHRUNG DER BÜRGERMEISTERDIREKTWAHL

Das katastrophale Ergebnis der Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg am 4. 10. 1992 und der zwischen ÖVP, FPÖ und der von der SPÖ abgespaltenen Liste „Demokratie 92“ ausgehandelte Bürgermeisterpakt zugunsten der ÖVP sowie die geringe Wahlbeteiligung waren für die Sozialdemokraten ein heilsamer Schock. Die SPÖ sah darin ein Zeichen, dass die Direktwahl des Bürgermeisters ein Gebot der Stunde und einer zeitgemäßen Politikauffassung sei<sup>79</sup>. Denn nur durch ein Direktvotum der Bevölkerung könnten künftig Parteiengemauschel und fraktionelle Dunkel männeraktionen vermieden werden.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevertreter (ASG) und Zweite Landtagspräsident, Walter Thaler, forderte daher eine Änderung der Landesverfassung und der Salzburger Gemeindewahlordnung. Die Rekrutierung einer den Erfordernissen der Gemeinden entsprechenden politischen Elite sei eine der Kernaufgaben der politischen Parteien. Thaler bemängelte, dass die politischen Parteien noch immer das Monopol für die Sozialisation und Rekrutierung des politischen Führungspersonals hätten. Nicht-Mitglieder oder Quereinsteiger stellten immer noch die Ausnahme im Wettlauf um politische Positionen dar. Statt-

dessen sei ein langfristiger Marsch durch lokale parteipolitische Ämter Grundlage für spätere Spitzenpositionen. Aufgrund der neuen gesellschaftspolitischen Anforderungen seien die Kommunen jedoch genötigt, verstärkt gut gebildete junge Managertypen als Bürgermeisterkandidaten zu positionieren. Die Übernahme gesellschaftlicher Gestaltungsmacht in den Kommunen erfordere fundierte Kenntnisse der Entscheidungs- und Machtprozesse sowie der Informations- und Kommunikationsfähigkeit.

Nachdem die ÖVP sich lange gegen die Einführung der Bürgermeisterdirektwahl gestemmt hatte, gab sie dann im April 1994 plötzlich den Weg frei. SN-Redakteur Manfred Perterer sah darin den Beweis, dass auch in der ÖVP die Reformer die Überhand gewinnen: „Die Ankündigung, nun doch einer Direktwahl der Bürgermeister schon beim kommenden Wahlgang in den Gemeinden am 25. September zuzustimmen, ist ein weiterer Beweis dafür, dass in der Salzburger Volkspartei nicht alle Reformkräfte erlahmt sind“<sup>80</sup>. Mit Landesverfassungsgesetz vom 23. 6. 1994 und mit der Stadtrechtsnovelle vom 23. 3. 1997 wurden dann die Bürgermeisterdirektwahl und damit auch das Stimmensplitting zwischen Parteienwahl und Bürgermeisterwahl eingeführt. Die beiden Grün-Abgeordneten Christian Burtscher und Karoline Hochreiter sowie der SPÖ-Mandatar Klaus Firlei, der eine Untergrabung der parlamentarischen Demokratie fürchtete, stimmten gegen das Gesetz. Gerhard Buchleitner hatte der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindevertreter in dieser so brisanten Thematik stets freie Hand gelassen.

## B. DIE VERFASSUNGSREFORM 1998

Nach der für die beiden Großparteien ÖVP und SPÖ so verlustreichen Landtagswahl 1994 und dem Einzug von zwei FPÖ-Landesräten in die Regierung hatten sich verstärkt Zweifel breitgemacht, ob denn der Proporz, d. h. die Einbindung aller Parteien ab einer gewissen Stärke in die Regierung, noch zeitgemäß sei. Der ständig stärker werdende Konfrontationskurs der FPÖ verstärkte die latente Bereitschaft für eine Verfassungsreform<sup>81</sup>.

Innerhalb der sozialdemokratischen Führungsgruppe hielten sich zwei Lager die Waage. Während der Verfassungssprecher Klaus Firlei und die Klubvorsitzende Gabi Burgstaller sich für eine Reform des Verfassungssystems erwärmen konnten, war die Mehrheit innerhalb der Parteiführung dagegen, ohne sich jedoch – um einer Medienschelte zu entgehen – öffentlich zu artikulieren.

Der SPÖ-Landtagsklub gab in der Folge bei seinem Verfassungssprecher Klaus Firlei ein Gutachten in Auftrag, das in folgendem Mängelkatalog des bestehenden Salzburger Parteienproporz gipfelte:

- Das Proporzsystem ermöglicht keine konsistenten Arbeitsprogramme, verschleiert die Verantwortungen und lässt keinen durchschaubaren politischen Leistungswettbewerb zu.
- Der Landtag ist nicht in der Lage, die Landesregierung effektiv zu kontrollieren, die Minderheitenrechte sind nicht ausreichend entwickelt.

„Die Politik bewege sich im Blindflug“, lautete Firleis vernichtende Kurzformel. In der Folge brachten die SPÖ-Abgeordneten Burgstaller, Firlei und Thaler einen 46-seitigen Antrag im Landtag ein, der eine umfassende Reform der Landesverfassung anstrebte.

Die brisantesten Forderungen waren, dass die Landesregierung mit einfacher Mehrheit vom Landtag zu wählen sei, für die kollegialen Beschlüsse der Landesregierung das Einstimmigkeitsprinzip zu gelten habe. Zudem seien die Minderheitenrechte und die bestehenden Instrumente der direkten Demokratie zu stärken und die Infrastruktur des Landtages zu verbessern. Die ÖVP wertete den umfassenden Antrag als totale Rückversicherung der SPÖ, die fürchtete, einmal von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen zu sein. Vor allem gegen das Einstimmigkeitsprinzip in der Regierung wehrte sich die ÖVP, weil dieses zu einer Blockade in der Landespolitik führen würde. Der politische Diskurs endete in gegenseitigen Schuldzuweisungen, die eine gemeinsame Vorgangsweise von ÖVP und SPÖ, also eine Verfassungsmehrheit ergeben hätte.

Die „Datenklau-Affäre“ im Büro des freiheitlichen Landesrates Karl Schnell veranlasste schließlich die SPÖ-Mandatare zur Einbringung eines Misstrauensantrages gegen Schnell. Für die SPÖ völlig überraschend, schloss sich die ÖVP dem Misstrauensantrag an, am 24. 10. 1997 wurde Schnell aus seinem Amt gekippt. Gleichzeitig mit dem Misstrauensantrag wurde von SPÖ und ÖVP auch der Antrag für die Abschaffung des Proporzsystems gestellt. Damit waren in der Ära Buchleitners als SPÖ-Landesvorsitzender zwei ganz entscheidende Weichen für eine Änderung des politischen Systems gestellt: Bürgermeisterdirektwahl und Abschaffung des Proporzsystems. Der von vielen Publizisten als zu wenig dynamisch bewertete SPÖ-Chef hatte Profil und Kantigkeit bewiesen und neue Wege beschritten.

Die FPÖ, bisher eine der vehementesten Verfechterinnen einer Verfassungsänderung, machte eine Kehrtwendung und trat für die Beibehaltung des Proporzsystems ein. Ihre Mutmaßung, dass damit nur der erste Schritt zum Rauswurf der FPÖ aus der Regierung gesetzt sein würde, erwies sich in der Folge als richtig. Bei der Beschlussfassung der neuen Verfassung im Landtag am 22. 4. 1988 verließen vier FPÖ-Abgeordnete den Saal, die restlichen vier stimmten für die Verfassungsänderung. Der in der Freiheitlichen Partei seit der Abwahl Schnells latent vorhandene Bruch war damit offenkundig geworden (s. dazu auch Kapitel 1.15).

## C. WÄHLEN MIT 16 – DAS BOHREN VON HARTEN BRETTERN

Die Schlüsselgestalt der modernen Sozialwissenschaften, Max Weber, hatte 1917 in seiner Rede „Politik als Beruf“ Politik als „ein starkes langsames Bohren mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ bezeichnet. Die Sozialdemokraten im Salzburger Landtag mussten ihre Leidenschaft beinahe zehn Jahre lang einsetzen, um ihr Anliegen „Wählen mit 16“ bei Kommunalwahlen gegen die ÖVP durchzusetzen. Bereits in der 11. Gesetzgebungsperiode (1994–1999) hatten sie einen Antrag im Landtag eingebracht und auf die positiven Erfahrungen in den deutschen Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt hingewiesen. Für die SPÖ reihte sich die Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen historisch an die Öffnung des Wahlrechtes für Frauen, für Strafgefangene sowie in die bisherigen Herabsetzungsschübe auf 19 bzw. 18 Jahre. Die ÖVP blockte ab, auch als bei den Regierungsverhandlungen nach der Verfassungsreform im Jahr 1999 die Sozialdemokraten dies wiederum auf ihre Agendaliste setzten.

Als die FPÖ in ihrer neuen Rolle als Oppositionspartei 1999 gleich in der ersten Sitzung des Landtages einen Keil zwischen die Regierungskoalitionäre ÖVP und SPÖ treiben wollte, indem sie die sozialdemokratische Forderung wortident als ihren Antrag im Landtag einbrachte, blieben die Sozialdemokraten konsequent bei ihrer Haltung. Entsprechend der vereinbarten Koalitionslinie hätte es kein abweichendes Stimmverhalten geben dürfen. Doch die SPÖ stimmte dem FPÖ-Antrag auf Absenkung des Wahlalters zu. Im Plenum des Landtages fehlte diesem Beschluss allerdings wegen der Ablehnung durch die ÖVP die Zweidrittelmehrheit. Erst bei den Parteienverhandlungen 2004 nach dem Sieg der Sozialdemokraten über die Konservativen entschloss sich die ÖVP mit ihrem neuen Spitzenmann Wilfried Haslauer jun. und als Juniorpartner einer Großen Koalition, sich dem Verlangen der Sozialdemokraten anzuschließen. Ab den Nationalratswahlen 2008 waren dann Jugendliche ab 16 Jahren auch bei allen Bundeswahlen wahlberechtigt.

## 6. Die Sensation: die Erfolge bei der Landtagswahl und der Stadtwahl 1999

### A. DIE LANDTAGSWAHL 1999

Die parteiinternen Probleme der SPÖ waren beseitigt, das Team um Gerhard Buchleitner (Othmar Raus, Gabi Burgstaller und Walter Thaler) hoch motiviert. Der Grundstein für den angepeilten Erfolg bei der Land-

tagswahl 1999 wurde in sorgfältiger Planung und in grundlegenden thematischen Politikfeldern eingeschlagen. Bereits 1997 und 1998 übernahm die Salzburger SPÖ mit ihren Kampagnen zu den Bereichen Frauenpolitik, Jugendpolitik und Arbeitsmarktpolitik die Themenführerschaft in Salzburg.

Eine landespolitische Kontroverse ergab sich im Bedenkjahr 1998, als die ÖVP massiv gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht von 1941 bis 1944“ auftrat und insbesondere ÖVP-Landtagspräsident Helmut Schreiner Salzburger WissenschaftlerInnen vorwarf, sich in den Dienst politischer Manipulationsabsichten zu stellen. Der zweite Landtagspräsident Walter Thaler, der sich massiv für die Ausstellung aussprach, musste sich in einer Landtagsdebatte, als er das Schicksal seiner Familie in der NS-Zeit thematisierte, seitens eines FPÖ-Abgeordneten den Vorwurf der Propaganda gefallen lassen. Landeshauptmann Schausberger beging den Fehler, dem persönlichen Referenten des NS-Außenministers Ribbentrop, Reinhard Spitzzy, einen Ehrenbecher anlässlich dessen 85. Geburtstages zu überreichen, wobei Spitzzy das Engagement Schausbergers gegen die Wehrmachtsausstellung ausdrücklich gewürdigt haben soll. Damit hatte sich die ÖVP in eine Retroecke gestellt. Die Eröffnung der Ausstellung in der Großen Aula der Universität ein Jahr vor der Landtagswahl wurde jedoch zu einem demonstrativen Bekenntnisakt der Geschichtsbewältigung<sup>82</sup>.

Die SPÖ begann früher als die anderen Parteien mit ihrem Wahlkampf, nämlich bereits ein Jahr vor der Landtagswahl. Sie benutzte modernste Kommunikationstechniken. Dazu kam die positiv-dynamische und witzige Werbekampagne um das Team Gerhard Buchleitners, das sich buchstäblich für die Salzburger auf den Kopf stellte. Das Werbeteam Klaus Moser und Thomas Zezula schlug einen völlig unkonventionellen Wahlkampfstil vor, der von Anfang an die Werbelinien der anderen Parteien überlagerte. Bereits bei der Kandidatenaufstellung im Mai 1998 bezog man sich mit dem Slogan „Gerhard, lass es schrödern“ auf den Wahlerfolg des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder. Das Wahlkampfkonzept verließ die spröde Fadesse früherer Wahlschlachten und wirkte einfallsreich, frech und piffig. Die Plakate wurden als Eye-catcher wahrgenommen.

Vor allem der Teamgeist der vier SPÖ-Spitzenleute bewies, dass Klaus Moser mit seiner Zielvorstellung Recht hatte: *„Wenn du auf die richtigen Leute gesetzt hast – und das spürst du ohnehin – dann kannst du dich beruhigt fallen lassen und locker und gelöst deinen Wahlkampf genießen.“*<sup>83</sup> Und Buchleitner verstand es, sich und das Team in die richtige Stimmung zu bringen, und er wusste, Menschen mögen Kandidaten, die Humor beweisen. Nie zuvor gab es einen Wahlkampf, der den Spitzenkandidaten der SPÖ nicht nur Kraft und Ausdauer abverlangte, sondern vor allem Spaß bereitete.

Die ÖVP hingegen kämpfte diesmal an mehreren Fronten um den innerparteilichen Zusammenhalt. Schausberger war schon anlässlich des Verkaufes der Landeshypothekenbank an die oberösterreichische Raiffeisenlandesbank seitens der Wirtschaftskammer, die eine Salzburger Lösung anstrebte, scharf unter Beschuss geraten. Nun sah er sich erneut mit Vorwürfen der Wirtschaft konfrontiert. Denn entgegen der ursprünglichen Widmung als Baumarkt war in Wals auf einem 40.000 qm großen Areal ein Großhandelszentrum errichtet worden. Zu schaffen machte dem Landeshauptmann auch eine witzig-freche Attacke der Jungen SPÖ. Mit Karikaturen und flotten Sprüchen, wie „ein Hausi für Schausi“ wurde dem Landeshauptmann seine unglückliche Aussage vorgeworfen, er könne sich mit seiner Gage von 195.000 Schilling monatlich (14.000 €) in Salzburg kein Haus errichten. Die saloppen Störfeuer, die der Jugendkandidat David Brenner auf den Landeshauptmann abschoss, machten ihn schlagartig bekannt und waren der Beginn einer politischen Karriere, die ihn binnen fünf Jahren zum Klubvorsitzenden machen und innerhalb von acht Jahren in die Landesregierung führen und zum mächtigen Landesfinanzreferenten werden ließ.

Einen politischen Fauxpas leistete sich Schausberger, als auf einer Liste eines „überparteilichen Personenkomitees für Landeshauptmann Franz Schausberger“ als Leiter eines „Arbeitskreises Kirche“ der Abt Nikolaus Wagner vom Stift Michaelbeuern und auch Generalvikar Hans Paarhammer aufschienen. Sowohl die Präsidentin der Katholischen Aktion der Erzdiözese Salzburg, Luitgard Derschmidt, als auch der Ausschuss des Priestervereines distanzieren sich von der politischen Agitation zweier Geistlicher. Es stehe der katholischen Kirche nicht zu, „politische Persönlichkeiten öffentlich zu beurteilen oder sich durch Präferenzen für politische Parteien festzulegen“, hieß es in der Stellungnahme des Priestervereines<sup>84</sup>.

Die ÖVP versuchte schließlich mit Quereinsteigerinnen, sich das Image einer offenen Partei zu verpassen. So wurden die Ex-Skirennläuferin Roswitha Stadlober-Steiner und die Tierärztin Gertraud Wagner-Schöpl als Signal an die Frauen auf sicheren Listenplätzen postiert. Die Frauenärztin Maria Haidinger sollte künftig die Gesundheitspolitik in der Landesregierung abdecken<sup>85</sup>.

Die Freiheitlichen waren seit der Absetzung Schnells als Landesrat in eine tiefe Krise geraten. Gegen den freiheitlichen Landeschef opponierten vor allem Landesrat Robert Thaller und der Dritte Landtagspräsident Wolfgang Haider. Das Zerwürfnis endete mit der Absetzung sämtlicher 700 Funktionäre durch die Bundespartei, was Schnell dazu veranlasste, die rechte Hand Jörg Haiders, Susanne Riess-Passer, als „Königs-Kobra“ zu titulieren. Schnell überstand allerdings auch diese Krise und setzte wieder auf die altbekannten Themen Ausländer, Kriminalität, Sozialschmarotzer

und die durch die EU bedingte höhere Arbeitslosigkeit. Hauptangriffsziel war Landeshauptmann Franz Schausberger, dem die FPÖ in Inseraten und auf Plakaten völliges Versagen in allen Politikbereichen vorwarf. Mit der bereits sattem bekannten verbalen Standardausrüstung „Macht braucht Kontrolle“ präsentierte sich Schnell als Skandalauftreiber – diesmal allerdings ohne die Unterstützung Jörg Haiders.

Die Grünen hatten nach der Ankündigung des Rückzuges von Christian Burtscher zunächst dessen Pressesprecher statt des lange favorisierten Rechtsanwaltes Heinrich Schellhorn als Spitzenkandidaten nominiert, schließlich aber mit Elisabeth Moser, Heidi Reiter und Ferdinand Salzmann eine Gegengruppe aufgestellt. Es herrschte eine seltsame Lust an der Selbstzerstörung. Der größte Feind eines Wahlerfolges schienen die Vorstandsmitglieder selbst zu sein, denn jede(r) schien nur an sich selbst statt an die Partei zu denken. Als Kompromisskandidat wurde schließlich der Goldegger Gemeindevertreter Cyriak Schwaighofer an die erste Stelle gereiht. So war in allen kandidierenden Parteien der Wurm der Uneinigkeit drinnen, nur die SPÖ zeigte Geschlossenheit und gemeinsamen Siegeswillen.

Buchleitner dagegen setzte weiterhin auf seine witzig-sympathische Werbelinie und auf sein Kleeblatt Raus, Burgstaller, Thaler. Besonders der Zusammenhalt der SPÖ-Spitzenfunktionäre erwies sich als positives Gegenbild zu den innerparteilichen Querelen von ÖVP, FPÖ und Grünen. Auf Plakaten stellte sich das SPÖ-Team für die Wähler auf den Kopf, Gabi Burgstaller nahm ihren Parteichef auf den Arm, „weil sich Frauen nicht mehr länger auf den Arm nehmen lassen“ und Othmar Raus setzte sich neben einem Schwein auf ein Sofa, ganz nach dem Motto „sich lieber sauwohl fühlen als sauteuer wohnen!“. Die Wahlaufaktveranstaltung fand bezeichnenderweise im Stadion der Paul-Außerleitner-Schanze in Bischofshofen statt, um das Abheben der SPÖ bildlich zu demonstrieren.

In den letzten vier Landtagswahlen seit 1984 hatte die SPÖ ständig Niederlagen einstecken müssen und war von 39,1% im Jahr 1979 auf 27,1% im Jahr 1994 abgesunken (Spitzenkandidaten: Moritz, Radlegger, Buchleitner). Nun aber wurde die SPÖ eindeutiger Wahlsieger und hatte das gesteckte Ziel von 30% erheblich überschritten (32,4%) und 5,3 Prozentpunkte zugelegt. Damit war die Serie der Niederlagen, welche die SPÖ in allen Bundesländern in der Zeit der Großen Koalition hinnehmen musste, mit der Salzburg-Wahl gestoppt. Die ÖVP gewann 0,2%, die FPÖ 0,1%, die Grünen verloren 1,9%, das Liberale Forum verpasste mit 3,7% den Einzug in den Landtag. Buchleitner wusste, dass damit sein langer Marsch durch das Tal der Tränen beendet war, und bereitete seinen Abschied aus der Politik vor.

## B. DIE STADTWAHL 1999

Meinungsumfragen hatten bereits 1998 ergeben, dass ÖVP-Bürgermeister Josef Dechant bei der gleichzeitig mit der Landtagswahl stattfindenden Bürgermeisterdirektwahl den Kürzeren ziehen würde. Landeshauptmann Schausberger versuchte nun, die Stadtpartei zu retten und drängte seinen Parteikollegen zum Rückzug. Im Oktober verkündete daraufhin Dechant seinen Rückzug aus der Politik, bereits eine Stunde später wurde der Tauernkraftwerkvorstand Karl Gollegger als Nachfolgekandidat für das Bürgermeisteramt präsentiert. Dieser wollte mit einem völlig neuen Team in die Auseinandersetzung mit der SPÖ gehen und tauschte fast die gesamte ÖVP-Gemeinderatsriege aus. Die SPÖ setzte jedoch mit ihrem Wahlslogan „Salzburg braucht einen Profi“ ganz auf ihren Vizebürgermeister Heinz Schaden.

Von Vorteil für die SPÖ erwiesen sich die innerparteilichen Turbulenzen in der Bürgerliste, da der streitbare Herbert Fux seinen Nachfolgern Stadtrat Johann Padutsch und Klubobmann Helmut Hüttinger Verrat an den Prinzipien der Grünbewegung unterstellte und die Kandidatur einer zweiten grünen Liste androhte.

Die konsequente Konsolidierungspolitik, die Buchleitner auf Landesebene und sein politischer Stallgefährte Othmar Raus in der Stadt durchgeführt hatten, zeitigte denn auch bei den Gemeindevertretungswahlen in der Stadt und bei der Bürgermeisterdirektwahl markante Erfolge. Schon Monate vorher hatten die „Salzburger Nachrichten“ aufgrund einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „market“ prophezeit, dass sich die SPÖ die Mandate der Abtrünnigen zurückholen werde<sup>86</sup>. Die prognostizierten Ergebnisse von 31% für die SPÖ wurden fast punktgenau erreicht (31,3%), die durch die Dissidentengruppe um Fartacek verlorenen Mandate wieder zurück geholt und sogar um ein weiteres Mandat verstärkt. Auch wenn das Wahlergebnis noch meilenweit vom Spitzenergebnis aus 1987 (49,3%) entfernt war, so schien der Niedergang der Stadt-SPÖ gestoppt.

Auch die Bürgermeisterdirektwahl ergab im ersten Durchgang für den SPÖ-Kandidaten Heinz Schaden ein respektables Ergebnis mit 32,5%, denn immerhin hatten sich nicht weniger als sieben Kandidaten um die Position des Stadtoberhaupts zur Wahl gestellt. In der Stichwahl gegen den ÖVP-Kandidaten Karl Gollegger setzte sich Schaden dann mit 58,7% der Stimmen klar durch. Vor allem die WählerInnen der Bürgerliste hatten sich mehrheitlich für Schaden ausgesprochen, während sich die WählerInnen des freiheitlichen Kandidaten Siegfried Mitterdorfer ungefähr je zur Hälfte für Schaden und für Gollegger entschieden hatten<sup>87</sup>. Die Bürgerliste mit Vizebürgermeister Johann Padutsch musste sich fortan mit dem Stadtratsposten begnügen, Fartaceks „Demokratie 92“ und die Österreichische Autofahrer- und Bürgerrechtsinteressenspartei flogen aus der Gemeindevertretung hinaus.



**Tabelle 4: Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg 1999**  
(In Klammer finden sich die Veränderungen gegenüber 1992)

Partei	Stimmen	Prozente	Mandate
<b>SPÖ</b>	17.973	31,3% (+ 3,3)	13 (+1)
<b>ÖVP</b>	14.497	25,3% (+ 0,5)	11 (-)
<b>FPÖ</b>	11.235	19,6% (+ 5,1)	8 (+ 2)
<b>BL</b>	7.860	13,7% (- 2,8)	6 (- 1)
<b>LIF</b>	2.256	3,9% (n.k.)	1 (n.k.)
<b>LS</b>	1.400	2,4% (n.k.)	1 (n.k.)
<b>ÖABP</b>	612	1,1% (- 4,7)	-(-2)
<b>Demokratie 92</b>	449	0,8%	-
<b>Sonstige</b>	1.107	1,9%	

n.k. = nicht kandidiert; BL = Bürgerliste; LIF = Liberales Forum; LS = Liste Lebenswertes Salzburg (Angerer); ÖABP = Österreichische Autofahrer- und Bürgerinteressenspartei; Demokratie 92 = Liste Fartacek.  
Quelle: Daten & Fakten Bundesland Salzburg (= Schriftenreihe des Landespressebüros, Salzburg Informationen Nr. 118). 1999.

Grundlage für die Konsolidierung der Stadtpartei und die Bereinigung der innerparteilichen Flügelkämpfe war zweifelsfrei das Wirken des Stadtparteiobmannes, des Landesrates Othmar Raus. Er hatte nicht nur die maroden Parteifinzen wieder saniert, der Partei wieder eine eindeutige inhaltliche programmatische Linie verordnet, sondern auch rigoros alle aufflackernden Konflikte im Keim erstickt.

Durch die Zusammenlegung der Gemeinderatswahlen mit den Landtagswahlen wurden auch in den 118 Landgemeinden die Bürgermeister und Gemeindevertretungen gewählt. Den Sozialdemokraten gelang es, in sechs Gemeinden die absolute und in 16 Gemeinden die relative Mehrheit zu gewinnen. Allerdings ging in sieben Gemeinden die Bürgermeisterposition verloren. Besonders schmerzlich erwies sich der Verlust in den ehemaligen SPÖ-Bastionen Hallein, Grödig, Puch, Neumarkt am Wallersee, Bischofshofen und Radstadt<sup>88</sup>.

## 7. Die Stafette geht an Gabi Burgstaller

Nun, da die Partei gefestigt, die SPÖ nach einer Serie von Niederlagen seit 15 Jahren erstmals wieder einen bemerkenswerten Erfolg eingefahren hatte, konnte die SPÖ darangehen, ihre Vorstellungen stärker politisch zu betreiben. Die Schwierigkeit ergab sich allerdings aus der neuen Landesverfassung, da alle Regierungsbeschlüsse der Einstimmigkeit bedurften und sich die beiden Vorsitzenden der Regierungsparteien ÖVP und SPÖ kurz nach der Wahl darauf verständigt hatten, dass auch im Landesparlament ein gegenseitiges Überstimmen mithilfe der Oppositionsparteien ausgeschlossen sei. Somit war keine politische Ernte einzufahren, wenn es dem Koalitionspartner nicht gefiel.

Da während der gesamten Legislaturperiode nicht nur alle Anträge im Landtag, sondern auch alle Anfragen vom jeweiligen Koalitionspartner gegen gecheckt werden mussten, resultierte daraus eine erhebliche Einschränkung der Interpellationsmöglichkeiten, an die sich die Abgeordneten nur schwer gewöhnen konnten. Vor allem weigerte sich die ÖVP ab dem Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch ÖVP und FPÖ auf Bundesebene (Februar 2000), Initiativen der SPÖ zuzulassen, welche Maßnahmen der Bundesregierung kritisierten. Auch die bisherige Form der Bereichsopposition war völlig außer Kraft gesetzt. Die im neuen Majorzsystem eingeführten, in der normierten Verfassung nicht vorgesehenen Ausschüsse (Arbeitsausschuss der Regierung und Landtagsarbeitsausschuss) arbeiteten im Halbschatten nicht nur zur Vorbereitung von Entscheidungen, sondern de facto bereits als Entscheidungsorgane. Dies führte zu ständigen Verstimmungen, weil dadurch insbesondere die politische Artikulationsmöglichkeit der SPÖ gegen Maßnahmen der schwarz-blauen Bundesregierung unterbunden war.

Eine politische Differenz zwischen den Koalitionspartnern ergab sich, als die ÖVP und die Grünen im Salzburger Gemeinderat vom Salzburger Landtag die Abschaffung des Proporz in der Stadtregierung verlangten. Im Landesparlament wurde der von den Grünen eingebrachte Antrag mit der Mehrheit von SPÖ und FPÖ jedoch abgelehnt. Mit diesen demokratiepolitischen Auffassungsunterschieden wurde schon bald nach Inkrafttreten der Koalition eine Krise zwischen den Regierungspartnern virulent.

Nach der erfolgreich verlaufenen Landtags- und Gemeinderatswahl war die SPÖ wieder fest auf Schiene, während die ÖVP mit innerparteilichen Problemen zu kämpfen hatte. Politische Kraft wächst auch dann, wenn der Gegner schwächelt. So geriet im Mai 1999 das Liebling der Salzburger ÖVP, das Techno-Z, das immer wieder für Erfolgsmeldungen erhalten musste, ins Gerede. Der Hightechpark, dessen Eigentümer das Bankenconsortium aus Raiffeisen, Sparkasse, Hypo-Bank und Volksbank bildete, war innerhalb von zehn Jahren zu einem bedeutenden Unterneh-

men angewachsen mit rund 200 Betrieben und 900 Mitarbeitern. Nun waren die beiden Geschäftsführer Richard Schmidjell, hauptberuflich bei der Wirtschaftskammer tätig, und Manfred Dollhäubl aufgrund eines internen Revisionsberichtes gezwungen worden, ihre Funktionen zurückzulegen<sup>89</sup>.

Einen weiteren Rückschlag versetzte der ÖVP die Stadtfraktion, weil die Hälfte der Mandatare dem neuen Vizebürgermeister Karl Gollegger die Gefolgschaft versagte. Gemeinsam mit Bürgerliste und FPÖ stimmten fünf VP-Mandatare gegen die 100-Millionen-Finanzspritze der Stadt für Schausbergers Prestigeprojekt, das neue Fußballstadion in Kleßheim<sup>90</sup>.

Kein Ruhmesblatt für die etablierten Parteien ergab die EU-Wahl am 13. 6. 1999. Die Wahlbeteiligung war mit 42% sensationell niedrig, die Mehrheit lag eindeutig auf Seiten der Nichtwähler. In der Stadt Salzburg lag die Wahlbeteiligung gar bei 37,2%. Im Jahr 1996 waren immerhin noch 65% der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen. Die ÖVP erreichte 32,8% der Stimmen, die SPÖ 27,6%, die FPÖ 24%, die Grünen 10,6%.

Zu einem innerkoalitionären Duell zwischen ÖVP und SPÖ kam es, als in Straßwalchen eine Familie durch einen Mord mittels einer Schusswaffe ausgelöscht wurde. SPÖ-Landeschef Buchleitner forderte daraufhin ein allgemeines Schusswaffenverbot für Privatpersonen, worauf der Koalitionspartner ÖVP argumentierte, dass dadurch Waffenbesitzer in die Illegalität getrieben würden. Stattdessen sollte das Waffengesetz einer strengeren Kontrolle unterzogen werden. Medienwirksam gab daraufhin der SPÖ-Klubvorsitzende im Landtag, Walter Thaler, einem verdutzten Revierinspektor in Zell am See seine Schusswaffe ab, in der Hoffnung, damit Vorbildwirkung für andere Waffenbesitzer auszuüben<sup>91</sup>. Generell war aber die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionären vom Bestreben geprägt, ein Erstarken der Opposition zu verhindern. So verliefen die ersten zwei Jahre im neuen Majorzsystem ohne große Probleme. Buchleitner konnte in Ruhe seine Nachfolge vorbereiten.

Der Übergang von Gerhard Buchleitner zu seiner Nachfolgerin Gabi Burgstaller im März 2001 war ziemlich einmalig in der politischen Arena. Während üblicherweise die Spitzenpolitiker von ehrgeizigen Nachfolgern aus dem Amt gedrängt oder nach verlorenen Wahlen regelrecht hinausgebissen werden, bereitete Buchleitner seine Nachfolge zum richtigen Zeitpunkt vor. Er war sich bewusst, dass Burgstaller die besseren Chancen zur Eroberung des Landeshauptmannsessels hatte und seine Kampfkraft nach mehr als 20 Jahren Regierungstätigkeit (als Vizebürgermeister der Landeshauptstadt und Landeshauptmannstellvertreter) nicht mehr ungebrochen war. Auf die Weichenstellung in der Partei, mit Gabi Burgstaller erstmals eine Frau an der Spitze der Landespartei zu präsentieren und drei Jahre später die SPÖ zur stärksten politischen Kraft in Salzburg zu machen und mit Gabi Burgstaller die Landeshauptfrau zu stellen, ist Buchleitner

berechtigtermaßen stolz. Nach einer Serie von Turbulenzen, die seine ganze Kraft, aber auch eine mäßigende Grundhaltung erforderten, hatte er die Salzburger SPÖ durch ein langes Tal der Tränen schließlich zu einem Erfolg geführt, den ihm die Zunft der politischen Beobachter nicht zuge-  
traut hätte.

Dieser Erfolg einer tief greifenden politischen Wende im konservativ-  
lastigen Salzburg wird ergänzt durch seine Leistungen als Sozialpolitiker. Er hat zweifelsfrei einen ganz wesentlichen Beitrag für die soziale Gerech-  
tigkeit in Stadt und Land Salzburg in einer Zeit geleistet, als die soziale  
Schiefelage zwischen Arm und Reich steiler wurde. Er hat den Frauen in sei-  
ner Partei nicht nur quantitativ mehr Bedeutung eingeräumt, sondern ins-  
gesamt einen wesentlich höheren Stellenwert beigemessen. Auch die Ein-  
bindung der Jugend gelang ihm in Zeiten, da sich junge Menschen  
postmodernistisch eher hedonistischen Freizeitvergnügen hingeben. Schließ-  
lich hat er die Reformfreudigkeit seiner Parteifreunde Burgstaller  
und Firlei, die Landesverfassung zu ändern und den Proporz abzuschaffen,  
und seines Weggefährten Thaler, die Bürgermeisterdirektwahl einzufüh-  
ren, nie gebremst, sondern mit Tatkraft unterstützt. Er war sicher politisch  
ein größerer Weichensteller, als ihm öffentlich attestiert wurde. Er ist durch  
das Säurebad schlimmer Rückschläge in der eigenen Partei durchgegangen  
und hat die Häme des politischen Gegners und der Medien mit bewun-  
dernswerter Gelassenheit ertragen. Wahrscheinlich war er der am meisten  
unterschätzte SPÖ-Landesparteiobmann. Seine Problemlösungskompe-  
tenz, Hartnäckigkeit, gepaart mit einem selten anzutreffenden humor-  
vollen Umgang, die Lösungen erleichterte, beweisen, dass er überhaupt  
kein politisches Leichtgewicht war, wie es politische Kontrahenten und  
Journalisten lange Zeit zu suggerieren versuchten.

## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Thaler/Brenner (2000), 43.

<sup>2</sup> Salfenauer, in: Thaler/Brenner (2000), 70 f.

<sup>3</sup> a.a.O., 72.

<sup>4</sup> a.a.O., 75.

<sup>5</sup> Thaler/Brenner, 122.

<sup>6</sup> SN vom 11.9.1989.

<sup>7</sup> SN vom 13.9.1989.

<sup>8</sup> SN vom 30.8.1989.

<sup>9</sup> Perterer, in: Thaler/Brenner (2000), 121.

<sup>10</sup> a.a.O., 123.

<sup>11</sup> SN vom 25.1.1990.

<sup>12</sup> SN vom 27.1.1990.

<sup>13</sup> SN vom 29.1.1990.

<sup>14</sup> Dieses und die folgenden Zitate Buchleitners entstammen einem Interview mit Walter Thaler vom 14.10.2008.

- 15 Prähauser, in: Thaler/Brenner (2000), 25 f.  
16 APA vom 29.4.1990.  
17 SN vom 30.4.1990.  
18 SN vom 26.11.1990.  
19 SN vom 24.4.1990.  
20 SN vom 2.2.1990.  
21 SN vom 3.2.1990.  
22 SN vom 5.2.1990.  
23 SN vom 7.2.1990 und vom 8.2.1990.  
24 SN vom 9.2.1990.  
25 SN vom 12.2.1990.  
26 SN vom 20.2.1990.  
27 SN vom 24.2.1990 und vom 27.2.1990.  
28 Zwischen 1981 und 1983 belieferte die VOEST-Tochter Noricum an die gegeneinander  
Krieg führenden Staaten Irak und Iran Waffen (ein klarer Verstoß gegen das  
Waffengesetz).  
29 SN vom 27.2.1990.  
30 SN vom 2.4.1990.  
31 SN vom 29.1.1992.  
32 SN vom 4.1.1992, vom 14.1.1992; vom 17.1.1992.  
33 SN vom 29.1.1992.  
34 SN vom 10.2.1992, vom 20.2.1992.  
35 SN vom 29.2.1992.  
36 SN vom 5.10.1992.  
37 SN vom 6.10.1992.  
38 ORF-Salzburg aktuell vom 5.10.1992, 12.45 Uhr.  
39 Salzburg-Krone vom 5.10.1992.  
40 SN vom 6.10.1992.  
41 SN vom 6.10.1992.  
42 SN vom 7.10.1992.  
43 SN vom 10.10.1992.  
44 Dachs (1993), 38.  
45 SN vom 12.10.1992.  
46 SN vom 15.10.1992.  
47 SN vom 19.10.1992.  
48 SN vom 21.10.1992.  
49 SN vom 28.10.1992.  
50 SN vom 29.10.1992.  
51 SN vom 7.11.1992.  
52 SN vom 11.11.1992.  
53 SN vom 12.11.1992.  
54 SN vom 19.11.1992.  
55 SN vom 25.11.1992.  
56 SN vom 26.11.1992.  
57 SN vom 26.11.1992.  
58 Brauer/Mitis, 12.  
59 SN vom 26.11.1992.  
60 Brauer/Mitis, 13.  
61 SN vom 15.3.1993.  
62 SN vom 8.9.1993.  
63 SN vom 10.9.1993.  
64 SN vom 11.9.1993.  
65 SN vom 4.9.1993.  
66 SN vom 20.10.1993.

- 67 SN vom 20.10.1993.  
68 SN vom 29.10.1993.  
69 Dachs (1995a), 37.  
70 SN vom 17.2.1994.  
71 SN vom 25.3.1994.  
72 Salzburger Fenster 7/94.  
73 SN vom 30.3.1994.  
74 SN vom 5.4.1994.  
75 SN vom 9.4.1994; vom 25.4.1994.  
76 Brauer/Mitis, 25.  
77 Wirtschaftsblatt vom 17.1.1997.  
78 SN-Lokal vom 12.8.1997 und Salzburger Fenster 17/1997.  
79 s. dazu Thaler (2008).  
80 SN vom 7.4.1994.  
81 s. Thaler (2006), 79.  
82 s. Embacher/Lichtblau.  
83 Moser, 16.  
84 SN-Lokalteil vom 12.1.1999.  
85 s. Thaler (2008a).  
86 SN vom 1.10.1998.  
87 IGF-Studie vom März 1999.  
88 s. Thaler (2008).  
89 SN vom 26.5.1999.  
90 SN-Lokalteil vom 5.6.1999.  
91 SN-Lokalteil vom 22.6.1999.

## **Gabi Burgstaller (ab 2001): Die „rote Gabi“ schafft den Wechsel**



*Landeshauptfrau Gabi Burgstaller  
und Bundespräsident Heinz Fischer  
als Gratulant*

### **1. Ein „window of opportunity“ bringt frische Luft ins Salzburger Klima**

„Für Gabi tun wir alles“, so dröhnte der Gesang aus dem Festzelt vor dem Euro-Park in Taxham, dem größten Einkaufszentrum Westösterreichs, wenige Wochen vor der Landtagswahl des Jahres 2004. Die Cheerleaders des SPÖ-Wahlkampftrusses intonierten immer wieder diesen Ohrwurm, um die Besucher des Einkaufszentrums für die junge SPÖ-Herausforderin Gabi Burgstaller einzustimmen. Mit im Zelt war der später zum Bundespräsidenten gewählte Langzeitpolitiker Heinz Fischer. Die Chancen für die völlig atypisch wirkende Politikerin schienen günstig, der Aufstieg der 41-jährigen Bauerntochter aus Penetzdorf in Oberösterreich seit 10 Jahren völlig ungebremsst. Die auffällige Diskrepanz zwischen dem nach amerikanischem Vorbild perfekt inszenierten Auftritten Burgstallers bei der Landesparteikonferenz oder bei den Wahlveranstaltungen und der vergleichsweise altbacken auftretenden ÖVP mit Blasmusik und Trachtenvereinen war nicht zu übersehen. A star was born.

Burgstaller ist nicht nur die erste Frau in Salzburg, die den Vorsitz in einer der beiden gesellschaftspolitisch relevanten Volksparteien übernommen und damit eine gestaltungsmächtige Position errungen hat. Sie ist auch die erste unter Salzburgs SPÖ-Parteivorsitzenden, die nicht aus einer sozialdemokratisch grundierten Familie kommt und nicht im Sozial- und Organisationsmilieu der Arbeiterbewegung groß geworden ist. Ihre

Vorgänger Franz Peyerl, Karl Steinocher, Herbert Moritz, Wolfgang Radlegger und Gerhard Buchleitner entstammten Arbeiter- und kleinbürgerlichen Familien mit starker sozialdemokratischer Imprägnierung. Aber als Bauerntochter war nicht nur ihre soziale Herkunft eine andere, sondern durch die in der Ära Kreisky praktizierte Bildungspolitik waren die Lebensleitlinien nicht mehr von der Herkunft bestimmt, sondern es galt nun das Prinzip „Freie Bahn für den/die Tüchtige(n)“. Dieses Prinzip wusste Gabi Burgstaller zu nutzen, indem sie mit Intelligenz, Ehrgeiz und Charisma die Blockaden ihres Lebensweges wegräumte.

Wenn man davon absieht, dass sie als Konsumentenschützerin aus der AK kam, hatte sie eigentlich keine wirkliche Hausmacht. Ihren Aufstieg verdankte sie nicht den Funktionären eines Bezirks, sondern vor allem der mittlerweile voll entfalteten Mediengesellschaft. Jetzt kam es nicht mehr auf Organisationskraft und innerparteiliche Netzwerke, sondern auf Kommunikationstalent an. Darüber allerdings verfügte sie wie kein Salzburger Politiker vor ihr.

Das zweite von sechs Kindern der Bauernfamilie Josef und Maria Burgstaller, die sich zur ÖVP bekannte, hatte nach dem Besuch der Volksschule das Gymnasium in Gmunden besucht. Ihr Interesse für Politik wurde vor allem durch ihre Großväter geweckt. Ihr Stiefgroßvater, der im Jahr 1969 den ersten Schwarz-Weiß-Fernsehapparat im Dorf gekauft hatte, hat mit ihr über Kreisky, der sie faszinierte, diskutiert. *„Letztendlich war es wahrscheinlich die Kombination aus medialer Wahrnehmung und Diskussion mit einem äußerst pazifistisch gesonnenen Stiefgroßvater, die meine Neugier für alles Politische geweckt haben. Dazu kam die Wahrnehmung großer sozialer Gegensätze in meinen Schul- und Internatsjahren. In der BEA (gemeint ist die Bundeserziehungsanstalt in Gmunden; Anm. des Verf.), damals eine Einrichtung für ‚höhere Töchter‘, hatte ich aus sozialen Gründen einen Freiplatz. Das äußerst konservative Weltbild, das dort vermittelt wurde, hat meinen politischen Widerspruch stets gefördert.“<sup>1</sup>* Auch der Großvater mütterlicherseits, geboren 1896, ein überzeugter Monarchist, schätzte seine Teenagerenkelin als DiskutantIn. Er war Gründungsmitglied des örtlichen Bauernbundes, aber dennoch für neue Gedanken offen. Die große Bildungsoffensive in der Ära des Bundeskanzlers Bruno Kreisky mit der Gratis-Schulbuchaktion und der Gründung höherer Schulen in allen Bezirken Österreichs war für sie nicht nur Chance, sondern auch Grund für ihre politische Hinwendung zur Sozialdemokratie. In ihrer Volksschulzeit war sie noch MinistrantIn gewesen, während der Gymnasialzeit besuchte sie Rhetorikseminare der ÖVP-nahen Union höherer Schulen, wo sie den späteren ÖVP-Generalsekretär und Europaabgeordneten Othmar Karas kennenlernte. Nach der Matura arbeitete sie ein Jahr in Wales als Au-pair-Mädchen und erwarb ein Cambridgediplom. Dieses Jahr war entscheidend für ihre sozialdemokratische Orientierung. *„In Wales habe ich erlebt, was*



*Arbeitslosigkeit in einer Gesellschaft anrichtet, denn dort gab es damals eine 25%ige Arbeitslosigkeit.“*

Im Wintersemester 1982/83 begann Burgstaller an der Paris-Lodron-Universität in Salzburg mit dem Studium der Rechtswissenschaften, das sie in zehn Semestern mit dem Magisterdiplom abschloss. Während des Studiums kandidierte sie auf der Liste der fortschrittlichen Juristen (LFJ), die politisch links von der Mitte angesiedelt war. Für die LFJ saß sie auch in der Studienrichtungsververtretung. Schwerpunkte ihres Studiums absolvierte sie beim Zivilrechtsexperten Theodor Mayer-Maly und dem Arbeitsrechtler Klaus Firlei, der von 1989–1999 auch Abgeordneter zum Salzburger Landtag war. Bereits während ihrer Studienzeit war sie Studienassistentin bei Professor Johann Josef Hagen am Institut für Rechtssoziologie. Ihre Diplomarbeit „Das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial“, die ihrem Wunsch auf sichtbare Veränderungen sehr entgegen kam, reichte sie bei Professor Kurt Ringhofer, dem damaligen Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofes, ein. Nach ihrer Sponsion zur Magistra der Rechtswissenschaften arbeitete sie noch zwei Jahre als Vertragsassistentin an den Instituten für Rechtssoziologie und Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Für die junge Juristin wäre auch eine akademische Karriere in Betracht gekommen, doch sie wollte einen juristischen Beruf ergreifen, in dem sie vieles im Großen und im Kleinen verändern konnte. Im Mai 1989 trat sie als Angestellte mit dem Schwerpunkt Mietrecht in die Kammer für Arbeiter und Angestellte ein. Ihr Vorgesetzter war der spätere Abgeordnete zum Nationalrat Johann (Jacky) Maier.

Zu dieser Zeit hatten sich Hunderte SalzburgerInnen, die ihr Geld in Hausanteilsscheine der WEB/IMMAG investiert hatten, bei der Arbeiterkammer gemeldet, weil sie Sorge um ihre Einlagen hatten. Die der schwarzen Reichshälfte zugehörige IMMAG hatte wie in einem Pyramidenspiel stets neue Anleger gekeilt, mit dem Geld aber nicht neue Investments getätigt, sondern alte Schuldenlöcher gestopft. Der Zusammenbruch des Imperiums schien greifbar. Für die junge Mietrechtsexpertin Burgstaller öffnete sich ein „window of opportunity“, als die AK-Bedienstete Renate Böhm, die bereits einschlägiges Material gegen die WEB/IMMAG gesammelt hatte, in Karenz ging und Burgstaller ab 1. 9. 1989 als Karenzvertretung beauftragt wurde. Über Nacht hatte sie damit rund 25.000 WEB/IMMAG-Geschädigte zu vertreten. Gemeinsam mit Renate Böhm wurde eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingebracht. Burgstaller, obwohl erst kurz vor Auffliegen des Skandals in die Materie eingeweiht, wurde nun in den Medien als die WEB-Aufdeckerin gefeiert. *„Die Aktivitäten meiner damaligen Kollegin Renate Böhm und mir in der Konsumentenberatung der Arbeiterkammer wurden voll und ganz vom seinerzeitigen Präsidenten Herbert Suko und allen Vorstandsmitgliedern getragen. Noch heute bin ich dankbar dafür, dass es eine Institution*

*gegeben hat, die nicht vor den ‚Mächtigen‘ in die Knie gegangen ist. Immerhin haben wir im Nachhinein erfahren, dass viele Institutionen darauf gewartet haben, dass endlich jemand den WEB-Bautreuhand- und IMMAG-Managern das Handwerk legt.“*

Der Skandal, der eigentlich der ÖVP anzulasten war, erwies sich jedoch für die SPÖ politisch als Bumerang. Sowohl der SPÖ-Landesparteivorsitzende und Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Radlegger als auch der Salzburger SPÖ-Bürgermeister Josef Reschen wurden in den Mahlstrom des Wohnbauskandals hineingezogen. Mit der ihr eigenen Gründlichkeit und Hartnäckigkeit arbeitete Burgstaller die Grundlagen des größten Wirtschaftsskandals auf, den Salzburg je erlebt hatte. Landesrat Othmar Raus, der nach Radleggers Ausscheiden aus der Politik die Wohnbauagenden in der Landesregierung übernommen hatte, wurde auf sie aufmerksam, erkannte ihr politisches Talent und ihre Durchsetzungskraft und wollte, dass sie für den Landtag kandidierte. *„Damals war allerdings noch nicht klar, dass Ricky Veichtlbauer ausscheiden würde. Ich war also ursprünglich nicht auf einer mit Sicherheit wählbaren Stelle.“*

## **2. Der Klubvorsitz als Sprungbrett**

Als kurz vor der Landtagswahl 1994 sowohl die Zweite Landtagspräsidentin Inge Stuchlik als auch die Klubvorsitzende Ricky Veichtlbauer ihre politische Mitarbeit einstellten, war für die SPÖ im Frauenbereich ein beträchtlicher Einbruch feststellbar. Landesparteichef Buchleitner unterstützte daher die Kandidatur der jungen WEB-Aufdeckerin unter Mithilfe von Othmar Raus und Klaus Firlei, ihrem ehemaligen Lehrer an der Universität. Sie selber hätte lieber für den Nationalrat kandidiert: *„Ich schaute in der Verfassung nach, welche Gestaltungsmöglichkeiten Landtagsabgeordnete eigentlich haben. Und ich habe gar nicht wenig gefunden“<sup>2</sup>*. Sie bestand die parteiinterne Vorwahl glänzend. Zugute kamen ihr die Fakten Frau, Jugend, Rechtsexpertin sowie ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterkammer, die schon immer als Nachfolgeschmiede für die SPÖ gegolten hat. Sie war demnach eine ideale Kombination für die Kandidatenliste.

Da die Landtagswahl 1994 für die SPÖ einen Verlust von einem Mandat brachte und die SPÖ-Landtagsfraktion eine Reihe von neuen KandidatInnen umfasste, war es für den Parteichef nicht leicht, sein Team entsprechend aufzustellen. Klaus Firlei, als Jurist am meisten prädestiniert für die Position des Klubvorsitzenden, lehnte ab, weil er sich bewusst war, mit seinen oft parteikritischen Vorstellungen innerhalb des Parteigefüges eher ein Ruhestörer zu sein. Parteichef Buchleitner wagte nun den kühnen Schritt und schlug dem Landtagsklub die erst 30-jährige Burgstaller als Klub-

vorsitzende vor. „*Sie sei*, räumte Burgstaller unumwunden ein, *die zweitbeste Lösung gewesen.*“<sup>3</sup>

Mit dem richtigen Gespür für Macht wusste die Klubvorsitzende, wie sie sich auf Dauer gegen und mit den Bezirkskaisern und Langzeitfunktionären arrangieren konnte. Völlig überraschend erhielten diese zu Weihnachten von ihr Buchpräsente. Sie verstand es auch, die finanziellen Möglichkeiten, die ihr der Landtagsklub bot, für ihre eigene Imagepflege zu nutzen und die Klubfinanzen zu ihrer parteipolitischen Positionserhöhung umzumünzen. Geht man in die Tiefe, zeigt sich sofort, dass Burgstaller ohne große Bedenken schon als junge Klubvorsitzende die Tore zur Macht mit teuren Selbstinszenierungen aufgestoßen hat. Die Frauenkampagne Mitte der neunziger Jahre war nicht nur von ihr gestartet, sondern fast ausschließlich auf sie zugeschnitten gewesen. Mit dem Slogan „Männer mag man eben“ wurden nicht nur Waffeln als Wahlköder verteilt, sondern gleichzeitig auch jedes emanzenhafte Getue vermieden. Mit großformatigen Plakataktionen wurde also um das Wählerpotenzial der Frauen geworben, in Inseraten stand stets Burgstaller für den Landtagsklub im Mittelpunkt. Burgstaller war wahrscheinlich die erste SPÖ-Politikerin in Salzburg, die um den Wert der Dauerpräsenz in der Öffentlichkeit Bescheid und ihn zu nutzen wusste und damit ihren politischen Aufstieg planvoll in die Wege leitete.

In die Zeit ihres Klubvorsitzes fielen zwei ganz wesentliche landespolitische Entscheidungen, an denen sie erheblichen Anteil hatte (s. dazu Kapitel 1.15). Zunächst war es die Änderung des Proporzsystems zum Majorzsystem, das in monatelangen Verhandlungen zwischen allen vier Landtagsparteien ausgehandelt werden musste. Zielstrebig und manchmal mit einer gewissen bäuerlichen Sturheit kämpfte sie für diese Reform und überzeugte manchen zaudernden Funktionär der eigenen Partei, der sich in der Sicherheit des Proporzsystems wohler fühlte. Schließlich war es Burgstaller, die nach den verbalen Rempelen des freiheitlichen Landesrates Karl Schnell und nach der „Datenklau-Affäre“ im Freiheitlichen Landtagsklub einen Misstrauensantrag einbrachte, der zu Schnells Abwahl führte. Innerhalb weniger Jahre hatte sie sich so zu einem der wesentlichen „player“ in der Landespolitik entwickelt und sich für höhere Weihen qualifiziert.

### **3. Als erste SPÖ-Frau in der Landesregierung**

Nach der für die Sozialdemokraten erfolgreichen Landtagswahl 1999 wurde am 27. 4. 1999 mit Gabi Burgstaller erstmals eine Sozialdemokratin in die Salzburger Landesregierung gewählt. Es wurden ihr die Ressorts Frauen, Bauen, Verkehr, Gewerbe und Konsumentenschutz zugewiesen.

Die erste Nagelprobe musste sie als Verkehrslandesrätin bestehen, als Ende Mai 1999 – also zu Beginn der sommerlichen Verkehrslawine – durch einen schrecklichen Unfall im Tauerntunnel mehrere Fahrzeuge ausbrannten, 13 Menschen ums Leben kamen und der gesamte Verkehr auf der Tauernautobahn in Richtung Süden während der Sommermonate über den Brenner, den Pyhrn, über die rollende Landstraße (Salzburg-Villach) und über den Tauern- und Katschbergpass umgeleitet werden musste. Die Salzburger Landesregierung beschloss daraufhin, dass nun eine zweite Tunnelröhre rasch in Angriff zu nehmen sei.

Landesparteichef Buchleitner ließ der jungen Landesrätin politischen Spielraum, weil er überzeugt war, dass ihre Selbstständigkeit sich nicht gegen ihn richten würde. Auch wusste sie, dass sie gegenüber Buchleitner und seinem treuen Kampfgefährten Raus den biologischen Vorteil hatte, 20 Jahre jünger zu sein. Sie konnte also warten. Burgstaller bewies in kurzer Zeit, dass sie sich in verschiedenen Politikfeldern rasch zu orientieren wusste. Zudem hat sie die Politik nie anders kennengelernt als in Form governmentaler Ausprägung. Sie war von Anfang an in den Spitzenbereich eingebaut worden und war es gewöhnt zu gestalten und Macht auszuüben.

Was Burgstaller den grauen Eminenzen der ÖVP und ihrer eigenen Partei voraus hatte, war trotz ihres ausgeprägten politischen Ehrgeizes und ihrer Professionalität, dass sie unverbraucht natürlich blieb und ihre Kommunikationsfreude auslebte. In einer Zeit, da die Wähler die mausgrauen Funktionärstypen satt hatten, erfüllte die „rote Gabi“ mit ihrer lockeren und offenen politischen Haltung haargenau die Anforderungen für eine optimistische Zukunft. Sie wurde zum Kristallisationspunkt vielfältiger Hoffnungen: Hoffnung auf einen Generationswechsel, Hoffnung auf einen Energie- und Innovationsschub, Hoffnung auf Modernisierung der Gesellschaft statt der konservativen Rückbesinnung auf die Tradition. Sie ließ sich keiner eindeutigen inhaltlichen Position zuordnen und verkörperte weder den linken gewerkschaftlichen Flügel noch den pragmatisch-konservativen Flügel der SPÖ. Angesprochen auf ihre politischen Visionen, ließ sie sich auf keine Richtung festlegen: *„Die Politik ist dazu da, den Menschen Lebenschancen zu eröffnen. Ich habe aufgrund der Bildungspolitik der SPÖ eine Riesenchance bekommen. Nämlich die, dass ich als eines von sechs Kindern nicht automatisch das geworden bin, was meine Eltern geworden sind. Ich habe studieren können, aus meinen Fähigkeiten etwas machen können“*.

Am 31. 3. 2001 übernahm Gabi Burgstaller von Gerhard Buchleitner den Vorsitz der Salzburger SPÖ. Sie war damit die erste Frau an der Spitze einer SPÖ-Landesorganisation in Österreich. In ihrer Antrittsrede vor den Delegierten, die sie mit 98% wählten, fielen zwei Aussagen besonders auf: Sie kündigte eine „sachorientierte Politik ohne inhaltliche Ausgrenzungen“ an, womit wohl auch das Streben der Sozialdemokraten nach der politischen Mitte angedeutet war. Zweitens stellte sie erstmals in eindeutiger Weise mit

ihrem Ziel, die SPÖ zur stärksten Partei des Landes zu machen, den Führungsanspruch im Lande, den ihre Vorgänger stets nur in sehr versteckter Form geäußert hatten. Burgstaller, die als großes politisches Talent (Sie war bei ihrer Übernahme des Parteivorsitzes erst zehn Jahre Mitglied der SPÖ.) und Hoffnungsträgerin der Partei gilt, betonte von Anfang an, dass ihr politischer Wirkungsbereich das Bundesland Salzburg sei und sie keinen Drang verspüre, auf das glatte Wiener Parkett zu wechseln.

Während in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreiche Ministerpräsidenten zumeist ein begehrliches Auge auf die Spitzenposition im Bund richten und sie auch anstreben (Helmut Kohl, Edmund Stoiber von der CDU/CSU, Björn Engholm, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder von der SPD), weigern sich Landeshauptleute in Österreich in der Regel, auf das glatte Wiener Parkett zu wechseln und den Anspruch auf das höchste Amt in der Partei oder den Kanzler zu stellen. Denn dort ist die Gefahr größer, schnell wieder ins politische Out zu stolpern.

Da bundespolitische Konstellationen stets auch Auswirkungen – in positiver wie negativer Weise – auf die Politik der Länder haben, spürte die SPÖ durch die innerparteilichen Turbulenzen der FPÖ nach der Landtagswahl in Wien im März 2001 Aufwind. Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider rüffelte nach dem Wiener Wahldebakel der FPÖ die eigenen Regierungsmitglieder Susanne Riess-Passer (Vizekanzlerin) und Karl-Heinz Grasser (Finanzminister). Sollte die Regierung ihren technokratischen Weg fortsetzen, dann sei die FPÖ nicht mehr seine Partei<sup>5</sup>. Haiders treue Paladine, der niederösterreichische Landesrat Ewald Stadler und Salzburgs FPÖ-Chef Karl Schnell, äußerten sich in der Folge ebenso regierungskritisch, worauf Vizekanzlerin Riess-Passer mit ihrem Abgang aus der Politik drohte<sup>6</sup>. Vor allem die durch die schwarz-blaue Regierung beschlossene Besteuerung von Unfallrenten hatte Haiders Zorn erregt. Diese FPÖ-Turbulenzen boten der neuen SPÖ-Landesvorsitzenden die Chance, die von der SPÖ an die FPÖ abgewanderten Wähler wieder zurückzuholen: *„Die Wähler, die enttäuscht von uns waren, haben kapiert, dass die FPÖ ihr wahres Gesicht zeigt, wenn sie an der Macht ist. Und das ist weit weg von den Interessen der sogenannten kleinen Leute. Da ist null soziale Verantwortung, da ist null soziales Gewissen, die fahren über alles drüber. Das haben die Menschen gemerkt und sind in Scharen zur SPÖ zurückgekommen“*<sup>7</sup>.

Schon bald nach der Übernahme der SPÖ-Spitzenposition gab es im November 2001 innerhalb des Salzburger Regierungsteams einen ernsten Konflikt um die geplante Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft „Zukunft Land Salzburg AG“. Der erst seit wenigen Monaten als Quereinsteiger nach Arno Gasteiger in die Regierung geholte LH-Stv. Wolfgang Eisl (ÖVP), der in seiner Eigenschaft als Finanz- und Wirtschaftsreferent seine wirtschaftspolitische Kompetenz unter Beweis stellen wollte, überraschte mit Medienberichten den Koalitionspartner SPÖ. Er wollte aus den

Verkaufserlösen der Landeshypothekenbank eine Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft mit Beteiligung in- und ausländischer Banken gründen. In einer Klausurtagung in Radstadt zeigten sich die SPÖ-Regierungsmitglieder verärgert über die fehlende innerkoalitionäre Informationspolitik Eisl. Vor allem Landesrat Othmar Raus erwies sich für Burgstaller als starker Flankenschutz und als Schattenfinanzminister der SPÖ in den koalitionsären Scharmützeln. Obwohl die SPÖ schlussendlich zustimmte, hatte Eisl sein Vorschussvertrauen verspielt und schließlich während der gesamten Legislaturperiode Probleme mit dem Koalitionspartner. Auch das von Eisl stark geförderte Wasserweltprojekt „Blue Dome“ in der Wolfgangsee-region, zu dem das Land Salzburg 1,5 Millionen Euro beisteuerte, entwickelte sich sehr rasch zu einem finanziellen Disaster<sup>8</sup>.

Die bundespolitischen Maßnahmen der ÖVP-FPÖ-Regierung ab Februar 2000 ergaben für die SPÖ in Salzburg einige sehr wesentliche Konfliktsituationen. Vor allem die zur Erreichung des angestrebten Nulldefizits und der Verschlinkung der staatlichen Bereiche angestrebte Schließung von Bezirksgerichten, Gendarmerieposten und Postämtern eröffnete für die neue SPÖ-Vorsitzende Burgstaller offene Flanken. Die heikelste Situation ergab sich bei der Schließung von Bezirksgerichten, weil aufgrund der Verfassung hierfür die Zustimmung der Landesregierung erforderlich ist. Burgstaller vertrat die Forderungen der Bezirke und Gemeinden und besetzte damit ein wichtiges Politik-Feld gegenüber der vorherrschenden ÖVP. Schließlich einigte man sich nach einer Absprache mit Justizminister Dieter Böhmendorfer, indem einige Bezirksgerichte erst mit 1. 1. 2005 geschlossen wurden. Ähnliche Konfliktbereiche ergaben sich durch die vom Bund beabsichtigten Schließungen von Gendarmerieposten und Postämtern. Gabi Burgstaller und die SPÖ-Fraktion im Landtag aber gewannen mit ihrem Einsatz gegen die infrastrukturelle Aushöhlung der ländlichen Regionen verstärkt politisches Profil.

Burgstallers grundsätzlich auf Harmonie ausgerichtetes Verhalten in den Kontroversen mit dem Koalitionspartner ÖVP wiesen eher darauf hin, dass ihr Zugang zur Politik stärker im Bereich der Moderation liege, sie also keine Überzeugungstäterin sei. Die schweren politischen Brocken überließ sie ohnehin lieber dem treuen Ekkehard der Partei und gewieften Verhandler Othmar Raus. Dieser, im Bewusstsein, dass es ohnehin seine letzte Periode sein werde, brauchte auch keine Rücksicht zu nehmen und hatte als dienstältestes Regierungsmitglied den Vorteil, in vielen Bereichen über das nötige Hintergrundwissen zu verfügen und die politische Langzeitentwicklung abschätzen zu können.

Dem Glücklichen schlägt keine Stunde. Im Unterschied zu ihrem Vorgänger Gerhard Buchleitner musste Burgstaller keine politischen Scherbenhaufen wegräumen, hatte innerparteilich keine Lagerbildungen auszusöhnen und keine Skandale durchzutauchen. Doch auch ohne Skandale ist die

zupackende Problemlöserin manchmal in der eigenen Partei gefordert. Im Herbst 2002 wurden von Kanzler Schüssel plötzlich vorverlegte Nationalratswahlen wegen der Turbulenzen des Koalitionspartners FPÖ angesetzt. Burgstaller sah sich als einzige SPÖ-Landesparteivorsitzende Österreichs genötigt, die Männerdomäne der Nationalräte Johann (Jacky) Maier, Stefan Prähauser und Emmerich Schwemlein aufzumischen, um der von den Partei- statuten geforderten Quotenregelung zu entsprechen. Der Pinzgauer Abgeordnete Schwemlein musste nach zehn Jahren aus dem Nationalrat ausscheiden, ihm folgte die AMS-Bedienstete Erika Scharer aus Kaprun nach.

Die Nationalratswahlen 2002 veränderten die politische Landschaft Österreichs maßgeblich. Die ÖVP gewann 15,36 Prozentpunkte, die FPÖ verlor 16,75%, die SPÖ war, obwohl sie fast 200.000 Stimmen dazugewinnen konnte, seit 1970 erstmals wieder zweitstärkste Partei in Österreich. Obwohl sich im Wahlkampf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPÖ und ÖVP abgezeichnet hatte, konnte die ÖVP die Führungskrise der FPÖ optimal für sich nutzen und mit ihrem Kanzlerwahlkampf das Rennen für sich entscheiden. Inhaltlich war es der ÖVP gelungen, sich mit FPÖ-Themen, wie Asylpolitik und der Warnung vor Rot-Grün, zu positionieren. SPÖ-Kanzlerkandidat Alfred Gusenbauer hatte mit den beiden Quereinsteigern Wolfgang Petritsch (Diplomat) und Josef Broukal (ORF-Journalist) zwar Stimmen mobilisiert und das Kanzlerimage verbessert, den Durchbruch aber nicht geschafft<sup>9</sup>.

Die politische Großwetterlage war demnach alles eher als günstig. Burgstaller musste also ihre Trittfestigkeit im steilen politischen Gelände erst beweisen. Der politische Gegner versuchte wiederholt, ihr mangelnde Problemlösungskompetenz vorzuwerfen, denn sie böte kaum mehr als die Rolle einer sympathischen Moderatorin. Sie war sich aber bewusst, dass mit bloßer Kompetenz und politischem Pragmatismus allein – angesichts der geringen Möglichkeiten der Landespolitik – keine Wahlen zu gewinnen sind. Daher war es von Anfang an ihr Ziel, das Vertrauen und die Herzen der Menschen zu gewinnen.

Als sie ein Jahr vor der für sie entscheidenden Landtagswahl den Rot-Kreuz-Manager Anton Holzer heiratete, wurde in den Medien breit darüber berichtet, was der Konkurrentin um den Landeshauptmannstuhl noch weitere Sympathiepunkte einbrachte. Während viele Spitzenpolitiker ihr Privatleben bewusst in die politische Inszenierung einbringen, hält Burgstaller aber ihren Gatten völlig aus dem politischen Geschehen heraus. Ausgenommen einige wenige repräsentative Termine, bei denen Ehemann Holzer in der Öffentlichkeit auftritt, wird das private Sein ansonsten völlig aus dem Mediengeschehen ausgeblendet.

Ein Jahr vor der Landtagswahl 2004 war im Koalitionsgetriebe nicht nur Sand, sondern Geröll festzustellen. Vor allem folgende Aspekte waren dafür ausschlaggebend:

1. Es gab eine Reihe von Sachfragen, zu denen die Regierungskoalitionäre eine unterschiedliche Zugangsweise hatten. Der Wille, diese Probleme einvernehmlich zu lösen, war aber durch die zunehmende Erschöpfung der koalitionären Gemeinsamkeit schwer beeinträchtigt.
2. Der ÖVP machte vor allem zu schaffen, dass die SPÖ-Spitzenkandidatin Burgstaller sukzessive ihre Beliebtheitswerte steigern konnte und den amtierenden Landeshauptmann Schausberger zu überflügeln drohte.
3. Zudem befürchteten sowohl ÖVP als auch SPÖ, dass nach der nächsten Landtagswahl durch eine Koalitionsvariante (mit FPÖ oder/und Grünen) einer der Partner in die Opposition verbannt und damit aus dem Macht- und Einflussbereich der Regierenden ausgeschlossen werden würde.
4. Für den amtierenden Landeshauptmann Schausberger erwies sich „eine Spielart des dirty campaigning“<sup>10</sup> als besondere Belastung, weil ihm gerücheweise familiäre Gewalt unterstellt wurde. Der/die Verursacher dieser Gerüchte konnten nicht ermittelt werden, Schausberger war jedoch menschlich angepatzt. Daher sah er sich veranlasst, gemeinsam mit seinem Anwalt Wilfried Haslauer jun. und seiner Gattin eine Pressekonferenz einzuberufen, in der diese Vorwürfe dementiert und den Verursachern mit Klagsdrohungen entgegengetreten wurde.
5. Schließlich ergaben auch die regelmäßig publizierten Meinungsumfragen (in den SN, dem „Salzburger Fenster“ und den Gratis-Bezirkszeitungen) ständig steigende Sympathiewerte für die SPÖ-Kandidatin Burgstaller. Nach einer SN-Umfrage im August 2003 lag in der Frage der LH-Direktwahl Burgstaller mit 39 Punkten bereits vor LH Schausberger mit 37 Punkten. Im Mai hatte Schausberger noch mit 40:34 geführt. Diese Umfragen ergaben einen deutlichen Bandwagon-Effekt für die SPÖ, denn „Menschen wollen eher aufseiten des prognostizierten Siegers stehen“<sup>11</sup>.

Für den amtierenden Landeshauptmann wurde jedoch die fehlende Unterstützung von Wirtschaftskreisen zum Mühlstein um den Hals. In der Diskussion um das Guggenheim Museum hatte er namhafte bürgerliche Kreise enttäuscht, die sich von ihm verlassen fühlten. Den Ersatz mit dem Museum der Moderne auf dem Mönchsberg sahen viele als das Streben Schausbergers, sich ein Denkmal zu setzen. Noch schlimmer wirkte sich jedoch Schausbergers vergangene Personalpolitik aus. Nach dem Abgang des Finanzreferenten LHStv Arno Gasteiger hatte Schausberger nicht den Favoriten des Wirtschaftsbundes, den Direktor der Wirtschaftskammer Wolfgang Gmachl, sondern den weitgehend unbekanntem und politisch unerfahrenen Steuerberater Wolfgang Eisl in die Regierung geholt. Auch Schausbergers Kandidat für die Gemeinderatswahl 1999, der Tauernkraftwerkevorstand Karl Gollegger, der den gesamten Gemeinderatsklub ausge-



tauscht hatte, erwies sich als kontraproduktiv, weil er langgediente Funktionäre, die nun die weitere Mitarbeit verweigerten, tief frustrierte.

Ein strategischer Fehler unterlief der ÖVP-Parteigeschäftsführung, als sie für die Landtags- und Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg ein Vorzugsstimmenmodell den Kandidaten aufzwang. Die Zuteilung der Mandate sollte demnach von der Anzahl der erreichten Vorzugsstimmen abhängig gemacht werden. Damit sollten alle KandidatInnen zu verstärktem Wahleinsatz gezwungen werden. Dass damit die für die ÖVP kennzeichnende bündnische Struktur zu noch mehr parteiinternem Kampf und zu mangelnder Einheit führen würde, wurde nicht erkannt.

#### **4. Die „rote Gabi“ schafft den Wechsel**

Bei der Landtagswahl 1999 hatte Gerhard Buchleitner auf zwei ungewohnte Trümpfe gesetzt: Erstens ging er mit seinem Team Othmar Raus, Gabi Burgstaller und Walter Thaler in den Wahlkampf. Zweitens vermied er die lähmend-staatsmännische Symbolik, sondern inszenierte einen witzigen Wahlkampf. Gabi Burgstallers erster Wahlkampf als Spitzenkandidatin war hingegen ganz auf sie ausgerichtet und betonte ihre leger-innovative Art im Gegensatz zur Dickfelligkeit und zum Machtbewusstsein des amtierenden Landeshauptmannes Schausberger. Gabi Burgstaller war zwar keine klassische Quereinsteigerin, weil sie als Angestellte der Arbeiterkammer gewohnt war, der Politik zuzuarbeiten. Aber die fehlende 20-jährige Ochsentour hatte auch verhindert, dass sich ausgebootete Konkurrenten gegen sie als Feinde aufbauten. Sie überzeugte durch ein völlig unkompliziertes Herangehen an die Probleme.

Zudem vermied sie alle offenen Andeutungen, dass sie den Machtwechsel anstrebe<sup>12</sup> und grenzte sich mit dem Ausspruch „Wir sind ja nicht verrückt“ dezidiert von den Grünen als mögliche Koalitionspartner ab. Damit war sie und ihre SPÖ durchaus auch für ein konservatives Klientel, das sich von Schausbergers Stil, den Alt-Landeshauptmann Haslauer zu kopieren und Machtgepränge auszustrahlen, irritiert fühlte. Instinktiv spürte sie, wie abstoßend überzogenes Imponiergehabe auf die Wählerschaft wirkt. Die Zeiten seit Haslauer hatten sich geändert, barocke Inszenierung des Landeshauptmannes als Fürst von Salzburg war passé. Daher war es kaum verwunderlich, dass bereits sechs Monate vor der Wahl, im Oktober 2003, Burgstaller bei der Präferenz, wer Landeshauptmann werden sollte, acht Prozentpunkte vor Schausberger lag. Die SPÖ war der ÖVP mit 3 Prozentpunkten Rückstand ebenfalls hart auf den Fersen.

In den Medien wurden bereits Ablösespekulationen genährt, wonach die ÖVP nach einem Alternativkandidaten suche. So machte das Gerücht die

Runde, die aus Neumarkt stammende Außenministerin Benita Ferrero-Waldner solle neue Spitzenkandidatin der ÖVP werden. Die ÖVP versuchte zwar, die wirtschaftliche Bilanz des Landes Salzburg als einzigartige Erfolgsgeschichte zu verkaufen, doch das funktionierte einfach nicht mehr. Daher musste das Drehbuch für den Wahlkampf neu geschrieben und die Notbremse gezogen werden. Kurz nach Neujahr 2004 überraschte Schausberger schließlich die Öffentlichkeit mit der Ankündigung, dass er sich den gleichnamigen Sohn des ehemaligen Landeshauptmannes Wilfried Haslauer ins politische Cockpit nehmen und Mitte der nächsten Legislaturperiode sein Amt als Landeshauptmann an ihn übergeben werde. Für Kenner der Salzburger politischen Szene war sofort klar, dass sich dieser Befreiungsschlag Schausbergers als äußerst problematisch erweisen werde. Sein Plan zeigte, dass er selbst nicht mehr die Mehrheit seiner Funktionäre und Wähler hinter sich hatte und damit zum Scheitern verurteilt war. Die bisherige Wahlkampfstrategie der ÖVP wurde durch die Lösung „der Landeshauptmann im Doppelpack“ völlig umgekrempelt. Was im Handel als Verkaufsstrategie „zwei Stück zu einem Preis“ durchaus als Lockmittel zugkräftig sein mag, in der Politik wird der Wähler dadurch verunsichert. Selten war eine langjährige politische Führungskraft so schnell und so komplett aus dem politischen Spiel heraußen und auch von den eigenen Leuten emotional verabschiedet wie Schausberger.

Elisabeth Noelle-Neumann entwickelte ihre Theorie der Schweigespirale. Dieser Theorie entsprechend findet jene politische Partei, die öffentlich eine stärkere Bekenntnisbereitschaft zeigt, auch erkennbar stärkeren Zulauf. Denn die Menschen haben grundsätzlich Isolationsängste und wollen immer zur stärkeren Gruppe gehören. Sie beobachten daher ihr Umfeld und schweigen lieber, wenn sie zur Ansicht gelangen, dass ihre Gesinnungsgemeinschaft oder jene Partei, der sie zuneigen, in die Minderheit abrutscht. Die Meinungsforscher erheben nun vor Wahlen die Stimmung zugunsten der Parteien, woraus sich ein immer verzerrteres Stimmungsbild ergibt<sup>13</sup>. Die ÖVP hatte genau mit diesem Problem zu kämpfen. Betroffen von der Unsinnigkeit von Schausbergers Vorgehen, schwiegen die ÖVP-Granden und ließen den Landeshauptmann in die Katastrophe schlittern.

Trotz des nicht offen deklarierten Machtanspruchs ließ sich dennoch erkennen, dass Burgstaller die Ablöse Schausbergers und seiner Regierungsmannschaft anstrebte. Im letzten Teil des Wahlkampfes gab sie ihre Kandidaten für Regierungsämter bekannt. Landesrat Othmar Raus, der bereits seinen Rücktritt mit Ende der Gesetzgebungsperiode bekannt gegeben hatte, erklärte sich bereit, falls die SPÖ das Finanzressort bekäme, noch einmal zur Verfügung zu stehen und wurde von Burgstaller als „Mister Stabilität“ tituliert. Der langjährige AMS-Chef Erwin Buchinger wurde als künftiger „Mister Arbeit“ ins engste Wahlkampfteam aufgenom-

men. Mit dem Slogan „Salzburg blüht auf“ wollte die SPÖ signalisieren, dass mit Gabi Burgstaller ein neuer politischer Frühling einziehen würde.

Gabi Burgstaller erschien als die berechenbare und zukunftsbezogene Lösung, zumal sie auch keinerlei linke Themen in ihrem Wahlkampf ansprach. Burgstaller hatte zudem das Glück, dass der SPÖ-Spitzenkandidat Karl Schnell sich durch Parteiausschlüsse seiner Kritiker entledigt hatte, personell aber keine echte Alternativen aufbieten konnte. Die Salzburger FPÖ erschien als ein zerstrittener Haufen. Auch die bundespolitische Konstellation erwies sich für die Salzburger SPÖ als hilfreich. Die Politik der schwarz-orangen Bundesregierung mit ihrer neoliberalen Deregulierungspolitik entzog dem freiheitlichen Lager vollends die Sympathie. Daher wunderte es nicht, dass die SPÖ bei der Wahl am 7. 3. 2004 doppelt so viele Wähler aus dem Lager der Freiheitlichen abziehen konnte wie die ÖVP.

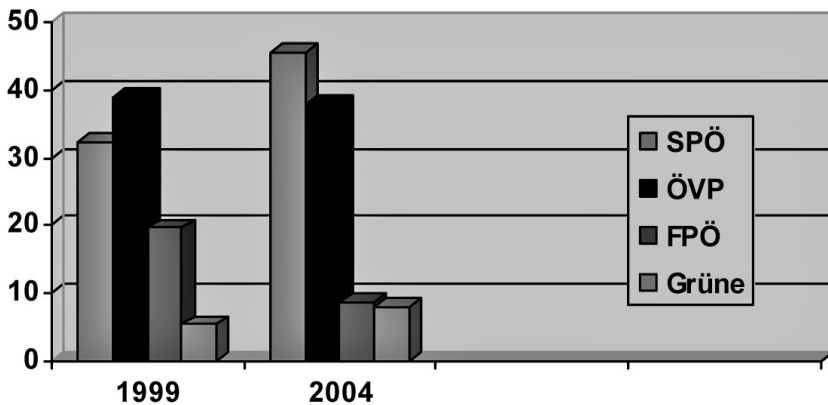
Das Hauptergebnis der Landtagswahl 2004 war zunächst einmal die Abwahl Schausbergers als Landeshauptmann. Dies war auch der entscheidende Grund für den Wahlverlust der ÖVP. Die Wählerschaft Salzburgs wollte endlich einmal die Reißleine ziehen. Schausberger war nicht nur in seiner Partei zum Störfaktor geworden, sondern der Wunsch nach personeller Veränderung war überdeutlich schon vor der Wahl zu spüren gewesen. Burgstaller hatte es gnadenlos charmant verstanden, sich als die neue und unverbrauchte politische Kraft zu präsentieren und dabei die politische Mitte zu besetzen, indem sie nur wenig politische Änderungen versprach. Sie verwendete den Satz, den schon Willy Brandt als Kanzlerkandidat gegen Konrad Adenauer und später Gerhard Schröder als verbales Lockmittel für bürgerliche Wähler verwendet hatte: „*Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser*“ und gewann 45,4% der Stimmen. Damit gab Burgstaller der linken Volkspartei ein Gesicht der Mitte und die SPÖ war auch für Wirtschaftstreibende, Bauern und höhere Angestellte wählbar geworden.

Als große Trends dieser von der SPÖ fulminant gewonnenen Wahl erwiesen sich die äußerst starke Mobilisierung von SPÖ-Wählern sowie die hohen Zugewinne der SPÖ aus allen politischen Richtungen. Weiters waren die exorbitant hohen Verluste der FPÖ (-10,9%) und der starke WählerInnen-Austausch bei den Grünen bemerkenswert. Die Wahlsiegerin SPÖ konnte 19.900 Stimmen von der FPÖ gewinnen, 8.000 von der ÖVP, 5.000 von den Grünen und 10.000 Stimmen von den Nichtwählern. Entscheidend für den Wahlsieg der SPÖ war, dass sie 95% ihrer WählerInnen von 1999 auch diesmal für sich mobilisieren konnte.

Obwohl die ÖVP in absoluten Zahlen Stimmenzugewinne verbuchen konnte, verlor sie wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung um 0,9%. Von den Freiheitlichen konnte die ÖVP 9.000 Stimmen, von den Grünen 3.000 Stimmen gewinnen. Von ehemaligen NichtwählerInnen entschieden sich diesmal zwar 6.000 für die Konservativen, doch enthielten sich 5.000 ÖVP-Wählerinnen der Stimme. Die FPÖ konnte bei dieser erdrutschartigen

Wahl nur mehr ein Drittel ihrer ursprünglichen Wähler mobilisieren. Noch niedriger war die Behalterate bei den Grünen, bei denen drei von vier WählerInnen sich diesmal abwendeten. Die Zunahme von 2,6 Prozentpunkten ergab sich in erster Linie vom Lager der ehemaligen LIF-Wähler. Daraus wird deutlich, dass die Grünen trotz 15-jähriger politischer Tätigkeit im Landtag keine feste Parteibindung aufbauen konnten und bei ihnen der WählerInnenaustausch bedrohliche Ausmaße annimmt<sup>14</sup>.

**Diagramm 4: Ergebnisse der Salzburger Landtagswahlen 1999 und 2004**



Quelle: sora-Wahlanalysen und eigene Erhebungen.

Die ÖVP musste nach dieser Landtagswahl personell völlig neu aufgestellt werden. Im September 2001 war ihr erfahretester Parlamentarier, Landtagspräsident Helmut Schreiner, bei einer Plenarsitzung plötzlich tot zusammengebrochen. Nun schieden die bisherigen Leitfiguren, Landeshauptmann Franz Schausberger, LHStv Wolfgang Eisl, Landesrätin Maria Haidinger und Schreiners Nachfolger, Landtagspräsident Georg Griessner, aus der Politik. Ein arger Aderlass für die erfolgs- und machtverwöhnte ÖVP, die sich nun mit Platz zwei begnügen musste. Der neue Spitzenmann, Wilfried Haslauer jun., holte sich daher die Tochter des angesehenen ehemaligen Landesrates Friedrich Mayr-Melnhof, Doraja Eberle, ins Regierungsboot.

Auch bei den gleichzeitig abgewickelten Gemeinderatswahlen im Land Salzburg konnte die SPÖ mit einem Plus von 6% kräftig zulegen, blieb aber mit 37,9% deutlich hinter der ÖVP (43,1%) zurück. Der Wahlkampf in der Stadt Salzburg stand im Schatten der politischen Machtkämpfe auf Landesebene. Außer dem Projekt eines Kapuzinerbergtunnels mit einer großen Kaverne für Reisebusse gab es kaum ein wirklich brisantes Thema. Da die FPÖ-Stadtpartei ohne Absprache mit der Landespartei Doris Tazl als Nachfolgerin des Vizebürgermeisters Siegfried Mitterdorfer installiert

hatte, befanden sich die Freiheitlichen in Turbulenzen, was der SPÖ zugute kommen sollte. Der Wahlkampf des amtierenden SPÖ-Bürgermeisters Heinz Schaden war an den Gabi Burgstallers angeglichen und stand unter dem Thema „Ich bin einer wie Ihr“. So gab es für die SPÖ auch in der Stadt Salzburg einen großen Erfolg, weil nicht nur Bürgermeister Heinz Schaden sich im 1. Wahlgang als Sieger mit 51,9% etablierte, sondern die SPÖ mit 43,8% gleich 12,5% zulegte und mit 19 Mandaten an der absoluten Mehrheit knapp vorbeigeschrammt war. Die SPÖ holte sich wieder den dritten Regierungssitz von der FPÖ zurück, der mit dem Sekretär des SPÖ-Landtagsklubs, Martin Panosch, besetzt wurde. Die bisherige Klubobfrau des SPÖ-Gemeinderatsklubs, Susanne Neuwirth, kam nicht zum Zug und wurde in den Bundesrat entsandt. Da zwei der ÖVP-Gemeinderäte in den Folgemonaten aus ihrer Fraktion austraten, geriet ÖVP-Vizebürgermeister Karl Gollegger in arge Turbulenzen und warf bereits im Dezember 2004 entnervt das Handtuch. Ihm folgte der Fahrschulbesitzer Harald Preuner als Vizebürgermeister nach.

Mit dem Sieg der Burgstaller-SPÖ kam es in der Geschichte der Zweiten Republik zum dritten Machtwechsel auf Länderebene (nach dem Burgenland 1964 und Kärnten 1989). Der überwältigende und in diesem Ausmaß auch von der SPÖ völlig unerwartete Sieg Burgstallers war zweifellos durch die Ausgangslage auf Bundesebene begünstigt, die Niederlage Schausbergers und seiner ÖVP war aber zu einem wesentlichen Teil hausgemacht<sup>15</sup>.

Als am 25. 4. 2004 der langjährige Klubobmann im Parlament und spätere Nationalratspräsident Heinz Fischer seine Mitbewerberin um das Bundespräsidentenamt, die ehemalige Außenministerin der Kabinette Schüssel I und II, Benita Ferrero-Waldner, schlug, war die neue Landeshauptfrau „Gabi im Glück“. Obwohl die ÖVP-Präsidentschaftskandidatin in Salzburg mit 54,9% zu 45,1% die Nase vor dem SPÖ-Präsidentschaftskandidaten Heinz Fischer vorn hatte, war es der SPÖ wiederum gelungen, ihre Wählerschaft am stärksten zu mobilisieren. Die Präsidentschaftswahl und die EU-Wahl vom 13. 6. 2004, bei der die ÖVP mit 35,18% vor der SPÖ mit 26,51% lag, zeigen jedoch, dass mit Burgstallers Wahlsieg das Bundesland Salzburg noch keineswegs ein sozialdemokratisches Land geworden ist und „Wahlsiege im Gegensatz zu früheren Zeiten auf Sand gebaut sind“<sup>16</sup>. Wahlen werden, da die BürgerInnen kritischer und parteiungebundener geworden sind, von Fall zu Fall entschieden. Der SN-Journalist Andreas Koller ist überhaupt der Ansicht, „dass sämtliche Wahlen seit 2000 durch die Wähler aus dem Nachlass der zerfallenden FPÖ entschieden wurden“<sup>17</sup>.

Knapp hundert Tage nach Antritt der neuen rot-schwarzen Salzburger Koalition wurden bereits Bruchlinien zwischen den Regierungspartnern sichtbar: Kinderbetreuung, Raumordnung und die Ermöglichung der Abtreibung an den Landeskliniken waren die Knackpunkte für die Koalitionspart-

ner. Landeshauptfrau Gabi Burgstaller forderte den Anspruch auf Kinderbetreuung, gegen den die zuständige ÖVP-Landesrätin Doraja Eberle Bedenken anmeldete. Vor allem aber war die von Burgstaller beabsichtigte Möglichkeit der Fristenlösung an öffentlichen Krankenhäusern eine offene Kriegserklärung gegen die ÖVP. Eberle sprach daraufhin von Mord, Landeshauptmannstellvertreter Haslauer sah darin eine Koalitionsfrage und verstieg sich ebenso, wenn er die seit 1973 bundesgesetzliche Möglichkeit der Fristenlösung mit der Euthanasie verglich: „*Wir stimmen keinesfalls zu. Was ist der nächste Schritt: die Euthanasie? Wir sind strikt gegen die Todesstrafe, wir sind strikt für das Leben*“<sup>18</sup>. Auch die Diskussion um die Ausweitung des Airportcenters in Wals ließ die Wogen in der Koalition hochgehen. Die ÖVP wehrte sich gegen zusätzliche Verkaufsflächen und ein Factory-Outlet-Center, weil dadurch die Kaufkraft aus den Bezirken abgezogen würde. Die SPÖ hatte gegen Investoren, die neue Arbeitsplätze schaffen, hingegen nichts einzuwenden. Schließlich einigte man sich, indem gegen das Outlet-Center die ÖVP-Bedenken fallen gelassen wurden, dafür aber von der SPÖ auf eine Ausweitung der Verkaufsflächen verzichtet wurde.

Der neue ÖVP-Chef Haslauer kündigte überhaupt an, gesellschaftspolitische Themen wieder verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen. Die Reduktion auf Sachthemen in der Ära Schausberger nannte er als einen der Gründe für die Wahlniederlage. Er forderte also wieder mehr Ideologie bei seinen Parteifreunden ein, weil dies die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich mache und die eigenen Wählerkohorten stärker an die Partei binde. Burgstaller konterte auf die Androhung Haslauers, die Koalition wegen der Fristenlösung infrage zu stellen, mit der Feststellung, dass diese Entscheidung bei ihr im Gesundheitsressort liege<sup>19</sup>. Sie ermöglichte schlussendlich die Durchführung der Fristenlösung an einer eigens dafür geschaffenen Ambulanz an den Landeskrankenanstalten. Als späte Folge von Burgstallers Maßnahmen in dieser Frage lehnte der Salzburger Erzbischof Alois Kothgasser das Große Ehrenzeichen des Landes ab, das ihm aus Anlass seines 70. Geburtstages verliehen werden sollte<sup>20</sup>.

Eine Umfrage vom März 2005 bestätigte, dass Burgstaller eine Veränderung der Politik herbeigeführt hatte und eine Mehrheit von 67% ihre Arbeit als positiv bewertete, während Haslauer nur auf 35% kam<sup>21</sup>. Ein Jahr nach der Landtagswahl bestätigten die SalzburgerInnen also, dass Burgstallers SPÖ die politische Wende im Lande geschafft habe. Hatten im Jänner 2004 noch 42% die SPÖ positiv beurteilt, so waren es im März 2005 bereits 53%. In den Kernkompetenzen Soziales, Frauen, Arbeitsplätze, Gesundheit, Familie, Senioren und Bildung lag die SPÖ weit vor der ÖVP, die bei Wirtschaft, Gewerbe und Bauern punkten konnte. In der Beliebtheitskala der Salzburger Landespolitiker zeichnete sich im März 2007 ein Duell zwischen Landeshauptfrau Burgstaller und der ÖVP-Landesrätin Doraja Eberle ab (Burgstaller 56% Zustimmung, Eberle 64%). Unbestritten jedoch zeigte sich

Burgstaller in der Führungskompetenz des Landes. 48% der WählerInnen würden bei einer Landeshauptmanndirektwahl für Burgstaller votieren, nur 23% für ihren Herausforderer Haslauer.

Burgstallers Führungsstil ist gekennzeichnet durch eine politische Instinktsicherheit bei brisanten neuen Themen. Sie bedient sich daher keiner Beratungsagenturen bei ihrer politischen Arbeit. Wo besonderer Sachverstand gefordert ist, sucht sie sich ihre Berater gezielt aus. *„Dabei ist mir der Fachverstand der Verwaltung genauso wichtig wie die gelegentliche Expertise eines nahestehenden Universitätsprofessors oder gar eines exzellenten Verfassungsrichters.“* Burgstaller ist auch bekannt dafür, dass sie über den parteipolitischen Rand der SPÖ hinausschaut und auch auf die Expertise aus anderen Lagern Wert legt. *„So ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, in Fragen der Energieversorgung Arno Gasteiger (ehemaliger ÖVP-Landeshauptmannstellvertreter, nun Vorstandssprecher der Salzburg AG, Anm. des Verf.) neben August Hirschbichler (der SPÖ nahestehendes Vorstandsmitglied der Salzburg AG) zu hören ... Da ich aber in der Vergangenheit mehrfach wahrgenommen habe, dass namentlich genannte Berater vor allem aus der ÖVP mit negativen Folgen bedroht wurden, möchte ich keine weiteren Namen nennen.“*

Zur Mitte der Legislaturperiode machte SPÖ-Landtagspräsident Hans Holztrattner der Parteichefin einen Strich durch die Rechnung. Der mit ihm paktierte Amtswechsel, wonach nach zweieinhalb Jahren die Dritte Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström seinen Sessel übernehmen und er in Pension gehen sollte, wurde von ihm blockiert. Mosler-Törnström musste in die Reihe der einfachen Landtagsabgeordneten zurücktreten, weil bei den Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP paktiert worden war, dass der Dritte Landtagspräsident in der Halbzeit an die ÖVP gehen sollte<sup>22</sup>. Von den SPÖ-Frauen war darob heftige Kritik zu vernehmen: *„Burgstaller hat es Mosler-Törnström versprochen, kann sich gegen den Willen der Partei-Granden aber nicht durchsetzen“<sup>23</sup>.*

Trotz dieses parteiinternen Rückschlags blieb Gabi Burgstaller im Polit-Ranking unangefochten die Nummer eins. Zwei Jahre nach dem politischen Wechsel hatte sie sich einen kräftigen Amtbonus erarbeitet. Der Politologe Peter Filzmaier attestierte ihr, sie vermittele das Gefühl, *„dass sie mit Spaß bei der Arbeit ist und nicht wie andere Landeshauptleute, dass das Amt eine Bürde ist. Sie vertritt Salzburg nach außen perfekt ohne Salzburg als eine Wagenburg darzustellen, die vor dem bösen Bund und der bösen EU mit allen Mitteln verteidigt werden muss“<sup>24</sup>.*

Ins Leere lief jedoch Burgstallers Forderung, den Salzburger Landtag zu verkleinern. FPÖ und Grüne warfen ihr sofort vor, dass damit die Opposition ausgeschaltet werden sollte. Allein die Sorge, dass weniger Abgeordnete weniger Geld in die Parteikassen fließen lassen, brachte dieses Thema rasch wieder aus der Liste der Agenda<sup>25</sup>.

## 5. Das BAWAG-Debakel und die Nationalratswahl 2006

Im Frühjahr 2006 wurde bekannt, dass die gewerkschaftseigene BAWAG (Bank für Arbeit und Wirtschaft) mit sogenannten Karibikgeschäften einen Verlust von 3 Milliarden Euro eingefahren und der Österreichische Gewerkschaftsbund den Streikfonds verpfändet hatte. Mit dieser Schockmeldung geriet die SPÖ bundesweit in große Schwierigkeiten. Besonders für den im Herbst bevorstehenden Nationalratswahlkampf sah man die Gewinnchancen drastisch sinken. Ab dem Frühjahr 2003, als das von der ÖVP-FPÖ Regierung gegen die Stimmen der SPÖ und der Grünen beschlossene Pensionssicherungsgesetz in der breiten Bevölkerung auf starke Ablehnung gestoßen war, waren die Chancen der Sozialdemokraten, die nächste Nationalratswahl zu gewinnen, rapid gestiegen. Nun aber beherrschte der BAWAG-Skandal die mediale Aufmerksamkeit. Die schwarz-blaue Regierung nützte ihre Chance und beschloss eine Staatsgarantie von 900 Millionen Euro für die insolvenzgefährdete Bank. Bis Mitte Juni hatte der Skandal nicht nur den Gewerkschaftsbund in den Grundfesten erschüttert, sondern auch die SPÖ geriet in heftige Turbulenzen. Denn 64% der Wähler hielten die SPÖ für mitverantwortlich<sup>26</sup>.

Bundeskanzler Gusenbauer setzte daraufhin zum Befreiungsschlag an und ließ sich vom Parteivorstand seinen Entschluss absegnen, wonach Spitzengewerkschafter kein Parlamentsmandat mehr annehmen dürften. Die ÖVP wühlte in den Wunden der SPÖ und sprach vom „Filz der Gusenbauer-SPÖ“. ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer zog Parallelen zum Konkurs des Konsum in den achtziger Jahren und sprach vom „roten Netzwerk“ und vom „Penthouse-Sozialismus“ (Anspielungen auf die Penthousewohnungen des ÖGB-Vorsitzenden Fritz Verzetnitsch und des BAWAG-Generaldirektors Helmut Elsner im BAWAG-Gebäude). Der Schluss lag nahe, dass die Nationalratswahl für die SPÖ katastrophal ausfallen würde.

Die Nationalratswahlen am 1. 10. 2006 brachten aber dann ein sowohl für die politischen Parteien als auch die Demoskopen überraschendes Ergebnis. Trotz der sehr negativen Ausgangsposition der SPÖ durch das Debakel der BAWAG konnte die SPÖ als Herausforderin auf Bundesebene die regierende ÖVP überrunden. Die BAWAG, welche die ÖVP zunächst in die klare Favoritenrolle gebracht hatte, erwies sich schlussendlich nicht als das zentrale Wahlmotiv. Die SPÖ hatte nämlich während der Wahlbewegung eindeutig die Themenführerschaft übernommen und gewann damit die Wahl. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit als die traditionsge-sättigte sozialdemokratische Botschaft verschaffte der Bundes-SPÖ die wichtige moralische Überlegenheit gegenüber den rechtskonservativen Parteien der „sozialen Kälte“. Dazu erwiesen sich die SPÖ-Botschaften „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Bildung, Gesundheit“ als wesentliche



Themen. Die ÖVP konnte jedenfalls den Kanzlerbonus nicht mitnehmen. Drei Hauptursachen konnten für die Verluste der ÖVP identifiziert werden: eine Unzufriedenheit mit Kanzler Wolfgang Schüssel, eine Ablehnung einer möglichen Schwarz-Grünen Koalition sowie die Unterstützung von Forderungen der Opposition, nämlich der Ausstieg aus dem Eurofightervertrag und die Abschaffung der Studiengebühren. Bei dieser Wahl konnte die SPÖ sich wieder als die Vertretung der ArbeiterInnen und Angestellten positionieren und ihre Kernschichten mit ihren Themen „Pensionen und Pflegenotstand“ mobilisieren<sup>27</sup>.

Das Gerangel der Parteien um die gesellschaftliche Mitte, die im Zuge der konservativen Deregulierungsdebatte um ihren Besitzstand fürchten musste und den sozialen Abstieg vor Augen hatte, ging für die SPÖ positiv aus. Denn die Eingriffe durch die Pensionsreform während der schwarz-blauen bzw. schwarz-orangen Bundesregierung hatte die Lebensplanung der Mittelschicht empfindlich gestört. Im Grunde kam es nach dem von allen Parteien akzeptierten Deregulierungswahn zu einer Rückkehr des Glaubens an den Sozialstaat.

Wie stark die Mobilität der WählerInnen geworden war, zeigte sich am Ergebnis. Konnte die SPÖ in Salzburg bei den Landtagswahlen zwei Jahre vorher noch 45,4% der Stimmen einheimen, so waren es bei der Nationalratswahl nur 28,5% (ein Minus von 16,9%). Die neue SPÖ-ÖVP Bundesregierung unter Kanzler Alfred Gusenbauer brachte auch Auswirkungen für das SPÖ-Regierungsteam in Salzburg, da SPÖ-Soziallandesrat Erwin Buchinger neuer Sozialminister wurde. Ihm folgte im Sozialressort die AMS-Angestellte Erika Scharer aus Kaprun nach.

## **6. Personeller Umbau, Rückschläge und Krachen im Koalitionsgebälk**

Der tragische Tod des SPÖ-Landesgeschäftsführers und Landtagsabgeordneten Martin Apeltauer am 15. 11. 2006 riss in die Organisationsstruktur der Partei eine große Lücke. Ihm folgte der bisherige Pressereferent des AK-Präsidenten, Uwe Höfferer, nach. Einen großen Imageverlust für die Stadt-SPÖ brachte das Chaos, das Beamte der Stadt Salzburg bei den Pensionen des SPÖ-Bürgermeisters Heinz Schaden und des grünen Stadtrates Johann Padutsch anrichteten. Sie hatten den beiden Politikern empfohlen, sich für die Übergangsbestimmungen des Salzburger Bezügegesetzes zu entscheiden, weil ihnen sodann später 80% des Aktivbezuges als Pension zustünden, was grundweg falsch war. In einer Pressekonferenz verlangten daraufhin Schaden und Padutsch vom Land, das Gesetz zu ändern, damit sie mehr Pension bekämen. Damit verprellten sie natürlich gerade die nied-

rigen Einkommensschichten, die wesentlich weniger Pension bekommen als die Politiker. Insbesondere der Pensions-Sager Schadens „2.000 Euro Pension netto sind für mich existenzgefährdend“ ließ das Image der beiden Politiker rasant in den Keller purzeln<sup>28</sup>.

Einige harte Brocken für das politische Geschäft brachten der Herbst 2006 und das Jahr 2007. Der Verkauf eines Teils des Tennengebirges durch die Österreichischen Bundesforste (ÖBF) an den Industriellen Kaindl sorgte in der Landespolitik für Zündstoff. Der von der Landesregierung beauftragte Universitätsprofessor Edgar Dachs sprach von einem strategischen Wasserreservoir, der angestrebte Verkauf wäre daher rechtswidrig. Auch die vom Verbund-Konzern geplante Errichtung einer 380-kv-Leitung zwischen Elixhausen und Kaprun rief die Bevölkerung und die Bürgermeister auf den Plan. Schließlich einigte man sich darauf, Experten des Dresdner Unternehmens KEMA zur Erstellung eines Gutachtens zur Teilverkabelung zu bestellen. Das Ergebnis der Studie gab der Landesregierung Recht, die Verkabelung entspreche dem Stand der Technik und die Kostennachteile wären nicht so gravierend wie in einer von der E-Control festgehaltenen Studie. Doch der Bundesumweltsenat gab dem Verbund Recht, worauf Bürgerinitiativen massiven Widerstand ankündigten. Daraufhin versuchte das Land über eine Änderung des Landeselektrizitätsgesetzes die Einreichung einer Verkabelung als Alternative verpflichtend vorzuschreiben.

Nach dem erfolgreichen Verlauf der Rad-WM 2006 starteten Land und Stadt Salzburg sofort eine umfangreiche Informationskampagne zur Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2014, nach dem die Bewerbung für die Spiele 2010 gescheitert war. Vom Österreichischen Olympischen Komitee wurde der Mozartstadt, die selbst über keine Abfahrtsstrecken im Alpinen Skisport verfügt, jedoch der Vorzug vor Innsbruck gegeben. Die neuerliche Bewerbung war wesentlich kompakter als jene für 2010, weil die Austragungsorte Kitzbühel, St. Johann in Tirol und Ramsau gestrichen worden waren. Die Bewerbung erfuhr auch eine wachsende Unterstützung durch die österreichische Bundesregierung, wurde jedoch arg beeinträchtigt, als das Internationale Olympische Komitee (IOC) drastische Strafen gegen österreichische Sportler wegen der Dopingvorfälle bei der Ski-WM in Turin 2006 verhängte.

Sowohl Landeshauptfrau Gabi Burgstaller als auch Bürgermeister Heinz Schaden sowie die Bürgermeister der Austragungsorte machten sich stark und erhofften sich einen gewaltigen Investitionsschub und Werbeeffekt. Konkurrenten waren die südkoreanische Stadt Pyeongchang und die südrussische Stadt Sotschi. Die Evaluierungskommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) beurteilte Pyeongchangs und Salzburgs Bewerbungen als exzellent, während Sotschi wegen des Fehlens der Wettkampfstätten, der Umweltgefährdung und des Mangels an Verkehrsinfrastruktur nur die Note sehr gut bekam. Bei der endgültigen Abstim-

mung in Guatemala/Stadt im Juli 2007 schied Salzburg jedoch als Austragungsstätte für die Olympischen Winterspiele 2014 schon im ersten Wahlgang mit nur 25 von 103 Stimmen aus, das russische Sotschi machte das Rennen. Der Traum der Stadt Salzburg als Austragungsort internationaler Wintersportgroßereignisse war geplatzt, die SKI-WM in Saalbach im Winter 1991 sollte das letzte Großevent sein. Eine sehr herbe Enttäuschung für die erfolgverwöhnten Salzburger Landes- und Sportpolitiker.

Auf personeller Ebene musste die Landes-SPÖ einen Aderlass verkraften. Nach Erwin Buchinger verlor die erfolgsverwöhnte Landeshauptfrau innerhalb eines Jahres ein zweites Regierungsmitglied. Othmar Raus, seit 23 Jahren in der Landesregierung in den verschiedensten Ressorts tätig und als Finanzreferent äußerst versiert, kündigte mit 12. 12. 2007 seinen Rücktritt an. Raus war ein alter Politfuchs, dem die Opposition aber stets Handschlagqualität und politische Trittfestigkeit attestiert hatte. Für die Partei war er stets der ruhende Pol, der auch in stürmischen Zeiten das Ruder fest in der Hand gehalten hat. Die „Salzburger Nachrichten“ titelten „Burgstaller verliert ihre Stütze“: „Raus galt als Verbindungsmann zum Koalitionspartner ÖVP. Viele Streitigkeiten konnten nur ausgeräumt werden, weil selbst die ÖVP ihm Handschlagqualität und Seriosität attestierte“<sup>29</sup>. Ihm folgte der bisherige Fraktionsvorsitzende im Landtag, der erst 36-jährige David Brenner in den Funktionen als Finanz-, Kultur- und Sportreferent nach. Damit waren die personellen Weichen für die Landtagswahl 2009 gestellt. Burgstallers Rezept „Jung und neu“, das ihr bereits 2004 zum Wahlsieg verholfen hatte, sollte mit David Brenner eine Fortsetzung erfahren. SN-Redakteur Josef Bruckmoser sah darin eine konsequente Strategie der Landeshauptfrau, den sozialdemokratischen Erfolgskurs im Land Salzburg weiter fortzusetzen: „Sympathische Personen statt konflikträchtiger Programmatik. Teil I hat Burgstaller allein getragen, für Teil II holt sie Brenner als unverbrauchten Assistenten und Hoffnungsträger“<sup>30</sup>. Als neuer Klubvorsitzender wurde der Geschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten, Walter Steidl, installiert.



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und LHSv David Brenner

Nach jahrelangen Verhandlungen einigten sich im Dezember 2007 SPÖ und ÖVP auf ein neues Raumordnungsgesetz. Dieses sollte den Gemeinden die Möglichkeit geben, von Grundbesitzern eine Infrastrukturabgabe für gewidmetes, aber ungenutztes Bauland einzuheben. In der Begutachtungsphase wurde das Vorhaben aber gestoppt, weil sich die beiden Parteien bei

der Infrastrukturabgabe und der Nutzung von Almhütten doch nicht einigen konnten. Dies sorgte vor allem zwischen Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden und ÖVP-Raumordnungslandesrat Sepp Eisl für einen monatelangen Konflikt.

Zu Beginn des Jahres 2008 bekam Burgstaller auf zwei Ebenen arge Zores. Für den neuen Sicherheitsdirektor favorisierte sie Rudolf Feichtinger, doch Innenminister Günther Platter (ÖVP) bestellte den Beamten der Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau, Franz Ruf. Den zweiten Konflikt hatte sie mit dem Koalitionspartner ÖVP, da dieser im Landtag mit seiner Zustimmung zur Aufhebung der umstrittenen Vermögensgrenze bei der 24-Stunden-Pflege den Koalitionspakt zu sprengen drohte. Besonders das Thema Pflege nutzte LHStv Haslauer, um ein Jahr vor der Landtagswahl der SPÖ den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Die ÖVP verlangte ein eigenständiges Salzburger Pflegemodell nach den Vorbildern Vorarlberg und Niederösterreich.

Nach jahrelangem Ringen wurde der Wunsch der SPÖ nach einer transparenten Darstellung aller Subventionen des Landes Salzburg, die von der ÖVP besonders im Wirtschafts- und Landwirtschaftsbereich lange blockiert wurde, Mitte 2008 doch einvernehmlich gelöst. Dies veranlasste sogar den härtesten Oppositionspolitiker im Salzburger Landtag, FPÖ-Klubchef Karl Schnell, der SPÖ Rosen zu streuen: Der Beginn der neuen Koalition sei ambitioniert gewesen und es sei mit vielen alten – meist schlechten – Traditionen gebrochen worden. „Gerade die SPÖ hat einen neuen Regierungsstil an den Tag gelegt und eine offene und transparente Informationspolitik gegenüber der Opposition begonnen.“<sup>31</sup>

Trotz aller internen Reibereien schaffte es die Koalition, nach außen hin ein Bild der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu liefern. So gelang es in dieser ersten Regierungsperiode der LHF Burgstaller, eine Spitalsreform zu beschließen. Schwerpunkte waren auch eine Strukturanpassung auf die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung und der Ausbau der medizinischen Versorgung in den südlichen Landesteilen Lungau, Pongau und Pinzgau. Auch gelang es, wichtige Gesetze gemeinsam zu beschließen, wie die Pensionsreform für Landesbedienstete, die Novelle des Raumordnungsgesetzes und die Änderung des Finanzierungsschlüssels zwischen Land und Gemeinden im Sozialbereich sowie die neue Wohnbauförderung. Da die Gemeinden Tamsweg und Mittersill den gemeinderelevanten Betriebsabgang ihrer Spitäler nicht mehr zu leisten vermochten, übernahm das Land die beiden Krankenhäuser per 1. 1. 2008. Im Juni 2008 kaufte das Land schließlich auch die Pinzgaubahn um den symbolischen Preis von einem Euro von den ÖBB und gewann die Salzburg AG als Betreiber. Im Hintergrund spielte aber die ÖVP immer mehr die Oppositionsrolle, wobei sich vor allem der Landesrat für Landwirtschaft, Josef Eisl, als Scharfmacher präsentierte.

Der Koalitionszank auf Bundesebene und das Einbrechen des Bundeskanzlers Gusenbauer in der Wählergunst hatten die stärksten Auswirkungen auf die SPÖ, während Grüne und FPÖ davon profitierten<sup>32</sup>. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer wurde aufgrund seiner Aura des Undurchschaubaren und Unbelehrbaren, der sich mit einer Schar von politischen Jugendfreunden in Wien einbunkerte, in seiner Zeit als Parteiobmann (immerhin acht Jahre) nie geliebt oder verehrt. Die Funktionäre in den Arbeiterbezirken hofften zwar, dass er ein Verhaltstraditionalist sei, der in Zeiten des Neoliberalismus eine Re-Sozialdemokratisierung anstrebe. Aber die aufmerksame Wählerschaft befürchtete gerade diese Zielsetzung. In seiner Amtszeit legte sich der beratungsresistente Bundeskanzler im Zuge der BAWAG-Affäre dann auch noch mit den Gewerkschaftsbossen und den Studenten an. Damit fehlten ihm am Ende jene Bataillone, die er gebraucht hätte, um den taktisch besser gerüsteten Koalitionspartner unter der Regie des durch die Wahlschlappe zutiefst gekränkten Wolfgang Schüssel in die Knie zu zwingen. Zudem hatte die rot-schwarze Koalition unter Gusenbauer von Anfang an kein ambitioniertes politisches Programm, das zum Ausgangspunkt für eine weitere Zusammenarbeit und weitere Wahlerfolge hätte werden können. Im Grunde war es nur eine Aufzählung von unerledigten Großbaustellen (Bundesstaatsreform, Gesundheitsfinanzierung, Pensions- und Bildungsreform), die keiner von den beiden Parteien wirklich zu Ende bringen wollte. Stattdessen versuchte man von beiden Seiten eine gegenseitige Machtblockade aufzubauen.



*Bundeskanzler  
Alfred Gusenbauer  
und Landeshauptfrau  
Gabi Burgstaller*

Burgstaller nach Wien zu gehen, weil sie von allen Politikern die besten Sympathiewerte aufwies<sup>33</sup>.

Da Gusenbauer für Burgstaller zum Klotz am Bein zu werden drohte, holte sie zu einem Paukenschlag aus, indem sie erklärte, bei der nächsten SPÖ-Bundeskonzferenz nicht mehr als Stellvertreterin Gusenbauers kandidieren zu wollen. Sie wolle sich ganz dem Bundesland Salzburg widmen, das ohnedies kein typisch sozialdemokratisches Land sei. Seit Burgstallers Wahlsieg im März 2004 waren die Sozialdemokraten weder bei der Bundespräsidentenwahl noch bei der Nationalratswahl vor der ÖVP gelegen. Burgstaller

musste also um ihre Wiederwahl kämpfen<sup>34</sup>. Ihre Vorgangsweise trug ihr die heftige Kritik der ehemaligen SPÖ-Kommunikationschefin Katharina Krawagna-Pfeifer ein: „Die sogenannten Granden aus Wien, der Steiermark und Salzburg haben durch fortgesetzte Wortspenden begonnen, den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden zu demontieren. Der negative Höhepunkt war zweifellos die Vorgangsweise der Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bei der Niederlegung der Funktion der stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden“<sup>35</sup>. Doch Burgstallers Werte auf der Sympathieskala blieben nach wie vor im Spitzenbereich. 86% der Bevölkerung waren nach 4-jähriger Amtszeit der Meinung, dass sich Burgstaller sehr für das Land Salzburg einsetze, doch Haslauer (75%) und Eberle (60%) waren ihr hart auf die Fersen gerückt.

Burgstaller reagierte sofort, indem sie den Koalitionspartner ÖVP mit dem Vorschlag überrumpelte, 13.000 Salzburger Pendlern einen Zuschuss von 150 Euro pro Jahr zu gewähren. Zudem verabschiedete sich die SPÖ von ihrer bisherigen Haltung und ließ ihre Ablehnung gegen die Vermögensgrenze bei der Pflege fallen<sup>36</sup>. Überdies entdeckte die SPÖ wieder das bisher ausschließlich von der ÖVP besetzte politische Themenfeld Heimat („Heimat lieben. Freiheit leben!“). Grund für diese überraschende politische Themenpräferenz war, dass 59% der SalzburgerInnen in Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen leben, sich aber auch 57% der ländlichen Bevölkerung laut einer Erhebung des Instituts GfK als liberal bezeichnen. Damit griff sie auf den von ihrem Vorgänger Wolfgang Radlegger verwendeten antithetischen Heimatbegriff in der Ära des Wilfried Haslauer sen. zurück, dass Heimat für die Menschen mehr sei als Brauchtum und trachtiges Auftreten, sondern vor allem das Gefühl bedeute, irgendwo hinzugehören und in Sicherheit leben zu können.

Der Sommer des Jahres 2008, in dem eigentlich das Kräftesammeln für die bevorstehenden Landtagswahlen angesagt war, war von heftigen bundespolitischen Gewittern gekennzeichnet. Angesichts der seit Monaten schwelenden Krise um Bundeskanzler Alfred Gusenbauer wurde die Notbremse gezogen und Infrastrukturminister Werner Faymann zum geschäftsführenden Parteiobmann gekürt. Am 26. 6. 2008 vollzogen Gusenbauer und Faymann dann eine überraschende Richtungsänderung in der EU-Politik. In einem Brief an den Herausgeber der Kronen Zeitung erklärten sie, dass künftige Änderungen des EU-Vertrages ab sofort in Österreich einer Volksabstimmung zu unterziehen seien. Heftige Kritik vonseiten des Koalitionspartners ÖVP, von allen Medien (außer der Krone), aber auch von eigenen Parteianhängern brachten die SPÖ ins Schlingern. Diese Vorgangsweise Gusenbauers und Faymanns, sich dem Herausgeber der Kronen Zeitung in unterwürfigster Weise als EU-kritisch anzubiedern, erwies sich als fatale Kalkulation. Mit den Worten „Es reicht!“ erklärte ÖVP-Vizekanzler Wilhelm Molterer am 7. 7. 2008 das Ende der Koalition, die Neuwahl sollte am 28. 9. stattfinden.

Die sich aus diesem EU-Schwenk ergebenden Turbulenzen führten zu einer Umbildung an der Spitze der Bundespartei. Gusenbauer war nun endgültig beschädigt, daher sollte Infrastrukturminister Werner Faymann als Obmann die Partei übernehmen. Doch gegen die Parteitaktik formierte sich innerhalb der SPÖ massiver Widerstand rund um den früheren Salzburger Parteichef Wolfgang Radlegger. Die ehemaligen SPÖ-Politiker Heinrich Keller (ehemals SPÖ-Generalsekretär), Ursula Pasterk (Wiener Kultur-Stadträtin), Josef Reschen (Salzburger Bürgermeister), aber auch Altkanzler Franz Vranitzky kritisierten die Anbiederung an den Boulevard. Radlegger verstieg sich in einem Kommentar über das Duo Gusenbauer/Faymann zu der Aussage: „*Gegen diesen Typus von Politiker greift sich ein Aal rauer an*“<sup>37</sup>. Aber in Krisenzeiten rücken die Genossen in der SPÖ immer ganz dicht zusammen und bilden eine Wagenburg gegen den politischen Feind. So wurde beim Parteitag in Linz Werner Faymann mit 98,36% als Parteivorsitzender gewählt.

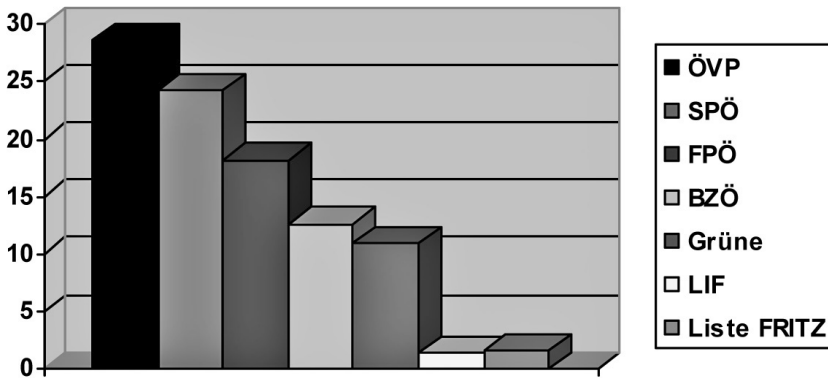
Bei der Nationalratswahl 2008 waren durch die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre erstmals österreichweit 184.000 Jugendliche zusätzlich wahlberechtigt, in Salzburg 14.030. Schon vor der Wahl schien klar, dass die beiden Großparteien wegen des Dauerstreits in der Bundesregierung stark verlieren und unter die 30-Prozent-Marke absinken würden. Dies ermunterte auch zahlreiche Kleinparteien zum Antreten (Liberales Forum, Liste Fritz Dinkhauser), weil viele Wähler sich in den Warteraum zurückziehen würden.

Die Nationalratswahl brachte denn auch das erwartete Ergebnis. SPÖ (29,7%) und ÖVP (25,6%) schrumpften zu Mittelparteien, die FPÖ erreichte 18%, das BZÖ 11%, die Grünen 9,8%. Das sogenannte Dritte Lager (FPÖ und BZÖ) war zusammen zur Stärke der Sozialdemokraten aufgerückt. Die SPÖ hatte 171.000 Wähler an die FPÖ und 75.000 Wähler an das BZÖ verloren. Besonders bei den Arbeitern hatten die Rechtsparteien der SPÖ den 2002 und 2006 wieder errungenen ersten Rang erneut abgenommen. Laut dem Meinungsforschungsinstitut Fessel-GfK verlor die SPÖ bei den Arbeitern 22%<sup>38</sup>. Die ÖVP gab 149.000 Stimmen an das BZÖ und 86.000 Stimmen an die FPÖ ab<sup>39</sup>. Die Folge des Wahlergebnisses waren die Rücktritte der Spitzenkandidaten Wilhelm Molterer (ÖVP) und Alexander van der Bellen (Grüne). Trotz des Verlustes der beiden zu Mittelparteien abgerutschten SPÖ und ÖVP kam es am 2. 12. 2008 zur Neuauflage der Großen Koalition mit Werner Faymann als Bundeskanzler und Josef Pröll als Vizekanzler. Der Salzburger Erwin Buchinger, bisher Sozialminister, schied aus der Bundesregierung aus.

In Salzburg blieb die ÖVP mit 28,7% die stärkste Partei, musste aber ein Minus von 10,5 Prozentpunkten hinnehmen. Mit einem Minus von 4,2% erwischte es die SPÖ zwar nicht so arg, dennoch fuhr sie das schlechteste Ergebnis (24,3%) seit 1945 ein. Die FPÖ erreichte 18,2% der Stimmen, konnte sich so seit der Landtagswahl beinahe verdoppeln. Mit dem BZÖ

(Bündnis Zukunft Österreich), einer „Phantompartei ohne bekannten Salzburger Spitzenkandidaten“ (Herbert Dachs), der Jörg Haider als Spitzenkandidat wieder zu neuem Schwung verholpen hatte, gab es in Salzburg nun eine fünfte politische Kraft. Diese hatte sogar die Grünen (10,9%) verdrängt und konnte sich gute Chancen ausrechnen, bei einem Antreten in den Landtag einzuziehen. Das Dritte Lager (FPÖ und BZÖ) hatte die beiden Großparteien wieder hinter sich zurück gelassen. Die beiden Salzburger Koalitionäre SPÖ und ÖVP hatten also für die anstehende Landtagswahl am 1. 3. 2009 keine gute Ausgangsposition, obwohl die WählerInnen sehr klar zwischen Nationalrats- und Landtagswahl zu unterscheiden wissen. Wahlergebnisse sind jedoch sehr häufig nicht ausschließlich Wählerabwägungen für den eigenen Nutzen. Sondern sie sind zunehmend eine Zustands- und Stimmungsmessung geworden.

**Diagramm 5: Das Erstarken des Dritten Lagers bei der Nationalratswahl am 28. 9. 2008**



Quelle: eigene Erhebungen.

## 7. Landtagswahl 2009: das Halten der Poleposition

Hundert Tage vor der Landtagswahl am 1. 3. 2009 schien für die Salzburger SPÖ die Sonne: Eine Umfrage des IMAS-Institutes ergab für die Sozialdemokraten eine Zustimmungsrate von 43–45%, während die ÖVP auf 33–35% abrutschte. Auch das Politbarometer der Bezirksblätter wies bei der Frage, welcher Politiker in Salzburg in nächster Zukunft eine wichtige Rolle spielen sollte, Gabi Burgstaller eindeutig in der Poleposition mit 81% gegenüber ihrem Herausforderer Wilfried Haslauer (68%) aus. Innerhalb



eines Jahres hatte der junge Finanzreferent David Brenner (43%) nicht nur die Soziallandesrätin Erika Scharer (32%) überholt, sondern war mit seinem Regierungskollegen Walter Blachfellner gleich gezogen. Die Umfrage der Gesellschaft für Marketing und Kommunikation (GMK) prognostizierte für die SPÖ 41% (-4,4%), für die ÖVP 36% (-1,9%) und für die FPÖ 15% (+ 6,3%) der Stimmen. Das erst aus der Taufe gehobene Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) würde aber mit bloß 3% den Einzug in den Landtag verpassen<sup>40</sup>.

Obwohl die Sozialdemokraten bei allen Erhebungen unter die 45-Prozent-Marke rutschten, ortete kein Meinungsforschungsinstitut einen Stimmungsumschwung. Dieses Stimmungsbild wurde auch beim traditionellen Testlauf, der Personalvertretungswahl der Landesbediensteten, im November 2008 bestätigt. Die sozialdemokratischen Gewerkschafter konnten ihre Mehrheit mit 55% klar verteidigen. Auch bei der Arbeiterkammerwahl konnten die sozialdemokratischen Gewerkschafter mit Präsident Siegfried Pichler ihre Zweidrittelmehrheit in der Vollversammlung noch leicht ausbauen, während die ÖVP abstürzte, die Freiheitlichen aber deutlich zulegen.

Vorteilhaft für die beiden Koalitionsparteien in der Salzburger Regierung schien auch der neue Harmoniekurs zwischen Kanzler Werner Faymann (SPÖ) und seinem Vize Josef Pröll (ÖVP) auf Bundesebene. Während die beiden Vorgänger Alfred Gusenbauer und Wilhelm Molterer von Anfang an in einer tiefen Beziehungskrise steckten, hatte sich die neue Große Koalition auf einen konsensualen Stil eingeschworen. Fast unbemerkt hat die Wiener Parteizentrale aber ihre programmatische Funktion aufgegeben und die Denkerschmiede der SPÖ, die Zukunftswerkstätte in Altmannsdorf, geschlossen. Ideologie und Programmatik scheinen immer mehr an Wert zu verlieren. Dies zeigte sich deutlich auch bei den gleichzeitig stattfindenden Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahlen. In Mittersill verzichtete die ÖVP auf einen eigenen Bürgermeisterkandidaten und tat sich mit dem parteifreien Wolfgang Viertler (der bei der letzten Wahl noch für die Freiheitlichen kandidiert hatte) zusammen. In Zell am See etikettierte man einen christlichsozialen Gewerkschafter zum parteifreien Kandidaten um. Farblos oder ausgebleicht scheint zur neuen Modelfarbe zu werden.

Der Flächenbrand der Finanzmärkte ab März 2008, der für die gesamte Weltwirtschaft ein drastisches Schrumpfen bewirken würde, schien an Salzburg zunächst spurlos vorüberzugehen. Auch die Politik zeigte sich noch weitgehend ungerührt, waren doch der Abschied von Leiharbeitern, Einstellungsstopps, Produktionspausen und Lohnkürzungen im industriearmen Salzburg noch kein Thema. Für die Sozialdemokraten schien der Abschied von der jahrelang tonangebenden Philosophie des ungezügelten Finanzkapitalismus, der die Gewerkschaft und die BAWG schwer getroffen hatte, geradezu Gefühle der Genugtuung hervorzurufen. Der Staat musste

nun als Sanierer des maroden Bankensektors einspringen. Industriemagnaten und Bankdirektoren traten beim Staat plötzlich als Bittsteller auf. „Mehr Staat als privat“ schien plötzlich die neue Devise zu werden.

Alles schien auf einen klaren Wahlsieg von Burgstaller und ihrer SPÖ hinzudeuten. Die „Salzburg-Krone“ orakelte dies in einem Leitartikel ihres Chefredakteurs Hasenöhrle bereits herbei: *„Auf der einen Seite steht Burgstallers erfrischender Zugang zu allen Menschen, auf der anderen die unsichtbare Barriere, die zwischen Wilfried Haslauer und dem Wählervolk steht“*<sup>41</sup>. Für Aufsehen sorgte Burgstaller, als sie während des Wahlkampfes keine Partei als Partner in der künftigen Regierung ausschloss. Auch mit der FPÖ unter Karl Schnell sei eine Zusammenarbeit denkbar. Im Jahr 1997 hatte Burgstaller, damals als Klubvorsitzende der Landtagsfraktion, einen Misstrauensantrag gegen Karl Schnell eingebracht und diesen aus der Regierung katapultiert. Sie hatte ihm damals vorgeworfen *„keinen Funken politischer Moral“* zu haben und ein *„eiskalt exekutiertes Führerprinzip zu exekutieren“*<sup>42</sup>. Hinter der neuen Schwärmerei für die Freiheitlichen steckte jedoch das Kalkül, nicht vom schwarzen Koalitionspartner allein abhängig zu sein, denn es krachte hörbar im Koalitionsgebälk. Kurz darauf flirtete auch ÖVP-Vize Wilfried Haslauer mit den Freiheitlichen: *„Jede im Landtag vertretene Partei ist regierungsfähig und hat die Legitimation dazu“*<sup>43</sup>.

Diese Koalitionsvariante, bei der die Einstiegshürde für die ÖVP ideologisch niedriger ist, wurde taktisch raffiniert für den Fall der Fälle ins Spiel gebracht. Inhaltlich schien es jedoch keine besonderen Verwerfungen zu geben. Denn die Landesregierung hatte einiges weitergebracht, von der Pendlerpauschale bis zur Förderung für die Kinderbetreuung oder die Senkung der Mieten in geförderten Wohnungen. Doch dann traten plötzlich schwarze Wolken auf dem ohnehin mit wenigen industriellen Großbetrieben gesegneten Salzburger Himmel auf. Der finnische Konzern M-Real in Hallein kündigte an, die Produktion zu schließen. Die beiden Regierungspartner mühten sich nun Seite an Seite, mit dem Eigentümer die Kündigung von rund 450 Bediensteten zu verhindern, scheiterten jedoch. Die Papiererzeugung wurde mit 30. 4. 2009 endgültig eingestellt. Auch das Bemühen, sich beim Verbund um eine teilweise Verlegung der 380-kV-Starkstromleitung in die Erde stark zu machen, musste durch eine Änderung des Landeselektrizitätsgesetzes untermauert werden. Doch die Vertreter der Wirtschaft und der Arbeiterkammer im Landtag stimmten gegen das neue Gesetz, was bei den Befürwortern der Erdverkabelung nicht gerade Beifallsstürme hervorrief. Die weltweite Finanzkrise und der Einbruch der Wirtschaft schienen den handelnden Personen der Regierungsparteien jedenfalls genügend Probleme zu bereiten, um sie von beinharten Wahlauseinandersetzungen fernzuhalten.

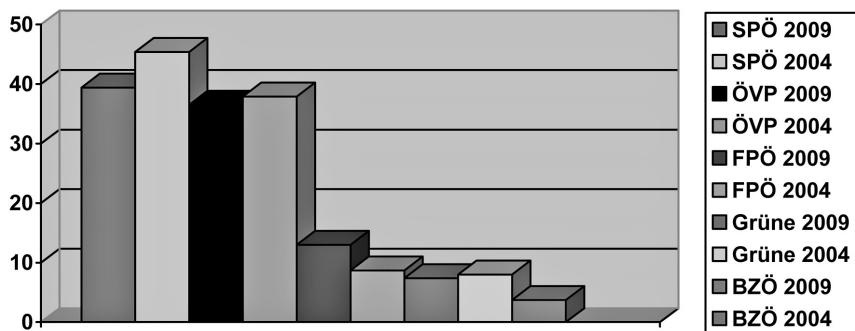
Der Salzburger Politologe Herbert Dachs bezeichnete daher die Wahlbewegung als „unpolitischen Wohlfühlwahlkampf“<sup>44</sup>. Gabi Burgstaller

„erhelle als regionale Landeshauptsonne unser Land mit milden Strahlen und sei eine hervorragende Kommunikatorin“. Ihren Kontrahenten Wilfried Haslauer bezeichnete er als „fleißigen und effizienten Sachpolitiker mit begrenztem Glamourfaktor, der hartnäckig vor allem an Problemlösungen interessiert sei“. Die Grünen mit Cyriak Schwaighofer betrieben einen sehr einseitigen Wahlkampf, indem sie nur auf erneuerbare Energie setzten. Zudem wurden sie geschwächt durch die Auseinandersetzungen auf Bundesebene, wo der langgediente Salzburger EU-Politiker Johannes Voggenhuber als Spitzenkandidat für die EU-Wahl von Ulrike Lunacek ausgehelt worden war.

Die SPÖ-Wahlstrategen hatten ihre Werbelinie allerdings zu früh angelegt. Sie spekulierten mit dem großen Beliebtheitsfaktor der Landeshauptfrau und verschossen mit großformatigen Plakaten und wenig aussagekräftigen Slogans („Meine Gesundheit, mein Arzt, meine Landeshauptfrau“) zu früh das Pulver. Auf einem Plakat, auf dem Burgstaller mit Kindern abgebildet war, wurde sie überhaupt ihres politischen Amtes entkleidet und zur „Lieblingshauptfrau“ stilisiert. Die Werbefachleute übersahen, dass in Zeiten einer drohenden Wirtschaftskrise und des Verlustes an Tausenden Arbeitsplätzen die Menschen begierig waren, das gegensteuernde Programm und kontrastscharfe Positionen der Sozialdemokratie zu vernehmen. Doch sie warteten vergeblich darauf, denn Gabi Burgstaller war das Programm. Die dominante Präsenz der Landeshauptfrau ließ ihre politischen Mitstreiter in Regierung und Landtag zudem verzwerger. Das lähmte die politischen Akteure, weil sie sich zu sehr auf die Strahlkraft der roten Powerfrau verließen. Was den Funktionären fehlte, war die Emotion, das Feindbild, der Trieb zum Sieg. Da der Wahlkampf auch gegen Ende zu keiner Auseinandersetzung wurde, brauchten sie sich auch nicht bis zu den Grenzen von Physis und Fantasie verausgaben.

Die Wahlen vom 1. 3. 2009 brachten dann ein für alle Auguren überraschendes Ergebnis. Die SPÖ stürzte auf 39,4% ab (-6%), konnte zwar die Poleposition halten, verlor aber zwei Mandate im Landtag. Die ÖVP konnte mit 36,5% ihren Abstand zur SPÖ verringern, musste aber das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte hinnehmen (-1,4%). Auch die Grünen rutschten um 0,6% ab und erreichten nicht das Wahlziel von drei Mandaten. Als einzige Partei konnte die FPÖ mit 13% einen Zugewinn von 4,3% verbuchen. Das BZÖ verfehlte mit 3,7% klar seinen Einzug in den Salzburger Landtag. Insgesamt schien die politische Stimmungslage eindeutig gegen die SPÖ gerichtet gewesen zu sein, denn in Kärnten verlor die SPÖ 9,7% und das BZÖ gewann nach dem Unfalltod Jörg Haiders am 11. 10. 2008 ungläubliche 45% aller Kärntner WählerInnen für sich.

**Diagramm 6: Das Ergebnis der Landtagswahl 2009 im Vergleich zur Landtagswahl 2004**



Quelle: Homepage Land Salzburg (Stand: 5.3.2009).

Interessant in diesem Zusammenhang ist, wo die Einbrüche bei den SPÖ-Wählern passiert sind. Die Verluste der SPÖ waren umso größer, je größer die Anzahl der Bewohner einer Gemeinde war, je niedriger der Jugend- und der Seniorenanteil und je größer der Anteil an Arbeitsplätzen in der Industrie und im Gewerbe war. Daraus lässt sich ablesen, dass die Einbrüche vor allem in den großen Gemeinden mit hohem Industrieanteil zu verzeichnen waren, was eine klare soziodemografische Veränderung des Charakters der SPÖ erkennen lässt. Dort hingegen, wo die Arbeitslosenquote hoch und die Agrarquote niedrig war, konnte die SPÖ beachtenswert gut abschneiden<sup>45</sup>.

Die Kommentare der „Salzburger Nachrichten“ waren dementsprechend höhnisch: *„Lächeln reicht nicht. Das ist die bittere Lehre, die Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller aus den herben Stimmenverlusten der Salzburger SPÖ ziehen muss. Denn der Wahlkampf ihrer Partei war einzig und allein auf Person und Persönlichkeit der Landeshauptfrau zugeschnitten: ‚Ihre Art macht den Unterschied‘ plakatierten die Salzburger Sozialdemokraten und setzten auf politische Wellness statt auf politische Inhalte“*<sup>46</sup>. Andreas Koller setzte nach: *„In schwierigen Zeiten verlangen die Menschen nicht nach Wohlfühlpolitik, sondern nach Politik ... Politik muss als solche erkennbar sein. Das Wörtchen Gabi ist noch keine politische Botschaft. Kuschnern ersetzt noch kein Regierungsprogramm“*<sup>47</sup>.

Die bissigen Kommentare übersahen, dass der von Gabi Burgstaller 2004 errungene Wahlerfolg eine völlige Sensation darstellte und der sich als „Fürsterzbischof“ gerierende Franz Schausberger bei den eigenen Funktionären und Wählern unten durch gewesen war. Zudem hatte damals die schwarze-blaue Bundesregierung mit ihren unpopulären Maßnahmen (Pensionsreform) der SPÖ einen deutlichen Rückenwind verschafft. Auch der Wahlerfolg der Freiheitlichen, die von 7 auf 3 Mandate abgestürzt und

nun 2 davon wieder zurückgeholt hatten, ist zu relativieren. Auch für die Landeshauptfrau ist der Ausgang der Landtagswahl 2009 keine Katastrophe: *„Ein Ergebnis von über 39% für die SPÖ ist bei genauerer Betrachtung nach wie vor hervorragend. Immerhin hatten wir wenige Monate vorher bei den Nationalratswahlen eine Zustimmung von 24,3%. Dennoch haben die Verluste geschmerzt und sind zumindest zu einem kleinen Teil auch auf die damals begonnene Debatte über eine Anhebung der Lehrverpflichtung erklärbar. Immerhin haben uns viele LehrerInnen rückgemeldet, dass sie deswegen gar nicht zur Wahl gegangen sind“.*

Viel herber waren die Niederlagen, welche die SPÖ in den Gemeinden einstecken musste. So stürzte die SPÖ in der Stadt Salzburg um 8 Prozentpunkte ab, kam nur noch auf 36% der Stimmen und verlor vier Sitze im Gemeinderat und einen Sitz in der Stadtregierung. Anders als vor fünf Jahren verpasste Bürgermeister Heinz Schaden mit 45,3% der Stimmen auch die absolute Mehrheit und musste sich 14 Tage später einer Stichwahl gegen den ÖVP-Herausforderer Harald Preuner stellen. Alle anderen Parteien, ÖVP, Bürgerliste und FPÖ, konnten zulegen. Die ehemalige freiheitliche Gemeinderätin Doris Tazl, die im Verbund mit dem BZÖ angetreten war, schaffte auf Anhieb zwei Mandate. Laut SORA-Wählerstromanalyse<sup>48</sup> haben von den SPÖ-WählerInnen 2004 neuerlich 65% SPÖ gewählt, 5% wanderten zur ÖVP, 6% zur FPÖ, je 2% zu den Grünen und zum BZÖ.

Bei der Stichwahl gegen seinen ÖVP-Herausforderer Harald Preuner konnte der seit zehn Jahren amtierende Bürgermeister Heinz Schaden knapp 54% der Stimmen einheimsen. Das Ergebnis basierte nur auf einer erschreckend niedrigen Wahlbeteiligung von 37,45%. Von den 109.045 Wahlberechtigten haben tatsächlich nur 21.544 ihr Kreuzerl beim amtierenden Bürgermeister gemacht. So musste Schaden geschwächt in seine dritte Amtsperiode starten. Bei der Bürgermeisterstichwahl im Jahr 1999 hatten immerhin noch 50,89% der WählerInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Damals hatte Schaden seinen Kontrahenten Karl Gollegger von der ÖVP noch mit 58,7% ausgestochen. Durch den Verlust eines Regierungsmitglieds musste zudem der 60-jährige Vizebürgermeister Josef Huber dem 41-jährigen Stadtrat Martin Panosch weichen.

Während die Landes-SPÖ mit ihrem Zugpferd Gabi Burgstaller bei den Landtagswahlen mit einem blauen Auge davongekommen war, wurde die gleichzeitig abgehaltene Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl in den Landgemeinden für die Partei teilweise zum Debakel. In Burgstallers Wahlheimat, der Industriestadt Hallein, in der durch das bevorstehende Schließen der Papierfabrik M-Real die Arbeitslosigkeit einen mächtigen Schub erfuhr, legte die ÖVP 14 Prozentpunkte zu und regiert nun mit absoluter Mehrheit. Die SPÖ verlor ein Drittel der Stimmen und kam nur mehr auf 25,5% der Stimmen. Der ÖVP-Bürgermeister erhielt in der ehemals dunkelroten Bastion gar eine Zustimmungsrate von 73%. Ähnlich erging es

den Sozialdemokraten in der Bezirkshauptstadt Zell am See, wo die seit 50 Jahren regierenden Sozialdemokraten nicht nur den Bürgermeister verloren, sondern die absolute Mehrheit an die ÖVP abgeben mussten. Neben Zell am See verlor die SPÖ ihre Bürgermeister in Bad Hofgastein, St. Gilgen, Schleedorf und Hintersee. Nur in den Lungauer Gemeinden Muhr und St. Margarethen konnte sie sich zusätzliche Bürgermeister sichern.

Der Einbruch der SPÖ in den Kommunen muss als Warnsignal verstanden werden. Denn die Sozialdemokraten liegen nur mehr in 19 Gemeinden vorne (1994 waren es noch 28), während die ÖVP in 96 Gemeinden zur stimmstärksten Partei wurde. Bereits zum vierten Mal hat also die ÖVP in Folge bei den Gemeindevertretungswahlen zugelegt. Der zweistellige Abstand der SPÖ zur ÖVP von 12,8% muss als historisch zweit-schlechtestes Ergebnis bezeichnet werden. Nur 1994 waren die Ergebnisse noch betrüblicher, allerdings waren damals die Industriebastionen Bischofshofen und Hallein noch fest in SPÖ-Hand<sup>49</sup>.

Eines der markantesten und Besorgnis erregenden Ergebnisse der Landtagswahlen war der Erfolg des rechten Lagers unter den Jungwählern. Von den rund 40.700 Salzburgern im Alter zwischen 16 und 22 Jahren, die erstmals stimmberechtigt waren, gaben nach der SORA-Wählerstromanalyse<sup>50</sup> nur 20.000 ihre Stimme ab. Der überragende Teil, nämlich 12.000, votierten für die FPÖ, 6.900 für die SPÖ, 1.600 für das BZÖ. Die Grünen schnitten mit 300 Stimmen schlecht ab, die ÖVP ging de facto leer aus. SORA-Chef Günther Ogris folgerte aus der Analyse, dass Gabi Burgstaller ihre Mehrheit vor allem jungen Frauen zu verdanken habe<sup>51</sup>.

Koalitionen sind von Anfang an keine Liebespartnerschaft, sondern Interessens-, Macht- und Gestaltungspartnerschaften. Mit zunehmender Dauer werden sie für beide Partner zu bleiernen Bündnissen. So begann nach der Wahl – bedingt durch den Beinahe-Gleichstand von SPÖ und ÖVP ein hartes Ringen. FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache nützte die Chance und bot eine Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen an. Dabei müsste der Salzburger FPÖ-Obmann Karl Schnell, der 1997 durch einen Misstrauensantrag seine Landesratsposition hatte aufgeben müssen, gar kein Regierungsmandat bekommen<sup>52</sup>, meinte Strache. ÖVP-Landesparteiohmann Wilfried Haslauer, der das schlechteste ÖVP-Ergebnis seit 1945 eingefahren hatte, nutzte seine Chance. Er wusste, dass er zwei Optionen hatte: entweder steigt die SPÖ-Landeschefin Gabi Burgstaller auf alle seine wesentlichen Forderungen ein und wird dadurch zur Verhandlungsverliererin. Oder aber sie verweigert sich und macht damit eine gerade von der Wirtschaft gewünschte ÖVP-FPÖ-Koalition möglich. Damit würde die ÖVP wieder den 2004 verlorenen Landeshauptmannsessel zurückgewinnen. Mangels Proporzsystem wäre Burgstaller dann nur mehr Klubvorsitzende im Landtag und die SPÖ von der Macht völlig ausgeklammert<sup>53</sup>.

Die Möglichkeit einer Koalition mit der FPÖ wurde deshalb von beiden Großparteien als Nebelgranate gezündet, wohl wissend, dass eine solche Zusammenarbeit über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt wäre. Denn ein Klubchef Schnell würde sich wohl kaum an irgendwelche Koalitionsvereinbarungen halten und sein Oppositionsgebaren innerhalb der Regierung wie früher betreiben. Zudem hatte gerade die ÖVP vor der Wahl in Plakataktionen vor einer rot-blauen Koalition gewarnt. ÖVP-Chef Haslauer hatte obendrein an einer zweiten Front zu kämpfen. Teile des Wirtschaftsbundes und der Industriellenvereinigung wollten den Energielandesrat Sepp Eisl aus der Regierung drängen, weil dieser sich zu stark gemacht hatte für die teure Variante einer Erdverkabelung der 380-kv-Leitung 5. Schließlich einigten sich SPÖ und ÖVP auf die Fortführung der Koalition, wobei es zu einer deutlichen Verschiebung der Macht kam. Ein umfassendes Energieressort ging an den ÖVP-Landesrat Sepp Eisl, LH-Stellvertreter Haslauer bekam ein Infrastrukturressort, bei dem der Wirtschaftsreferent von der SPÖ zusätzlich den Straßenbau und den Hochbau übernahm. ÖVP-Landesrätin Doraja Eberle bekam neben dem Kindergarten noch die Seniorenagenden sowie Asylfragen und Integration und konnte sich über ein Generationenressort freuen. Die SPÖ-Landesrätin Erika Scharer musste das Personalressort abtreten, bekam dafür aber das Gesundheitsressort von der Landeshauptfrau Burgstaller. Bei der Regierungschefin ressortieren nunmehr der Arbeitsmarkt und alle Bildungsagenden. Zusätzlich musste die SPÖ die Position des Ersten Landtagspräsidenten an die ÖVP abtreten, der Dritte Landtagspräsident wurde abgeschafft.

Die ÖVP vermeldete daraufhin stolz, dass das Regierungsprogramm klar ihre Handschrift trage, weil alle zentralen Forderungen, die im Wahlkampf thematisiert worden waren, ins Regierungsübereinkommen aufgenommen wurden (100-Millionen-Wachstumsanleihe; Abschaffung des Zugriffs auf das Eigenheim im Pflegefall; Landesüberbrückungstopf für Frauen, die auf Unterhaltszahlungen warten müssen; 50 Millionen Euro für thermische Sanierungen). Die SPÖ verwies auf den Schwerpunkt Arbeitsmarkt als oberste Priorität, wobei alle Agenden bei der Landeshauptfrau gebündelt seien. Die neue Landesregierung verabschiedete sich angesichts der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise vom Grundsatz, keine weiteren Schulden zu machen. Der Schuldenstand werde in den nächsten Jahren von 440 auf 640 Millionen anwachsen<sup>55</sup>. Zudem werde es im Landtag nach zehn Jahren endlich einen koalitionsfreien Raum für die Regierungsparteien für Themen geben, die nicht budgetwirksam sind und sich an den Bund oder die EU richten.

Wie sehr die Wählerschaft mobil geworden ist, bewies die EU-Wahl am 7. 6. 2009, die für die SPÖ zu einem wahren Erdbeben wurde. Die Liste des parteifreien EU-Abgeordneten Hans Peter Martin, der im Jahr 1999 zum parteilosen Spitzenkandidaten der SPÖ gekürt worden war, überholte in

Salzburg mit 21,1% die SPÖ (19,1%). Die „Kronen Zeitung“ hatte ihm über Monate die Möglichkeit eröffnet, seine journalistischen Attacken gegen die EU-Bürokraten zu reiten. Der Unmut über den schwankenden Kurs der SPÖ in der Europapolitik hatte sich damit voll entladen. Die ÖVP, die auch ein Minus von 3,1% zu verzeichnen hatte, konnte sich mit 32,1% als Sieger fühlen. Die Freiheitlichen (12,1% in Salzburg), denen die Wahlauguren höhere Stimmenzuwächse vorausgesagt hatten, wurden auf den 4. Platz verwiesen. Letztlich hat das Spiel der Freiheitlichen mit ihren dumpfen Ressentiments gegen Ausländer und der Instrumentalisierung religiöser Symbole im Wahlkampf (H.-C. Strache trat mit einem Kreuz bei einer Wahlveranstaltung auf) die Wähler abgeschreckt und sie in Scharen zum Einzelkämpfer Hans Peter Martin getrieben.

Ende Juli 2009 zeichnete sich aufgrund der Wirtschaftskrise ab, dass im folgenden Jahr dem Land Salzburg 173 Millionen Euro fehlen würden, um ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Die Landesregierung reagierte im Gleichschritt: die beiden Stellvertreter Burgstaller, LHStv Haslauer (ÖVP) und LHStv Brenner (SPÖ) legten ein Sparpaket vor, das vor allem bei den Landesbediensteten auf erbitterten Widerstand stieß. So sollte es für die rund 2.500 Landesbediensteten und die 4.000 Bediensteten der Landeskrankenanstalten (SALK) in den Jahren 2010 und 2011 keine Gehaltserhöhungen geben und auch die Biennalsprünge (Vorrückungen alle zwei Jahre) sollten in diesen beiden Jahren entfallen. Zudem wurde angekündigt, dass die Subventionen um 12% gekürzt würden. Die Interessensvertretungen, einschließlich des Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Siegfried Pichler, reagierten erbost, weil mit den Betroffenen überhaupt keine Verhandlungen geführt worden waren. „Jetzt ist die Hölle los“, drohten die Landesbediensteten, worauf die Landesregierung auf den Entfall der Biennalsprünge rasch verzichtete<sup>56</sup>. Obwohl die Mehrheit der Salzburger das Sparpaket für die Landesbediensteten für gerechtfertigt hielt, sackte Burgstaller in der Wählergunst dramatisch ab: Vor der Landtagswahl 2009 hätten noch 55% sich bei einer Direktwahl für Burgstaller entschieden, nun waren es nur mehr 34%. Ihr Kontrahent Haslauer war ihr mit 33% Zustimmung hart auf den Fersen (vorher 20%)<sup>57</sup>. Unverändert blieb jedoch das Stimmungsbild für die Parteien.

Ins mediale Trommelfeuer geriet auch Bürgermeister Heinz Schaden, als bekannt wurde, dass es für die Olympiabewerbung Salzburgs 2014 neben der offiziellen Bewerbungsgesellschaft noch einen „Olympischen Förderverein“ gab, der an einen Strategieberater die fürstliche Summe von 1,2 Millionen Euro bezahlt hatte. Dieser Förderverein war allen Kontrollmechanismen der öffentlichen Hand entzogen<sup>58</sup>.

Im Oktober 2009 kam es zu einem Konflikt mit der ÖVP, weil diese einer auf zwei Jahre befristeten Kürzung der Parteienförderung nicht zustimmte. Daher musste es – entgegen der Koalitionsvereinbarung – zu



einer gemeinsamen Beschlussfassung von SPÖ, FPÖ und Grünen im Landtag kommen. Konflikte gab es auch um Burgstallers Vorstoß, die Sommerferien um eine Woche zu kürzen und dafür Herbstferien einzuführen<sup>59</sup> sowie wegen der Schließung der Geburtenabteilung im Krankenhaus Mittersill und des Frauenhauses in Hallein.

## **8. Burgstallers Erfolg: Trennlinien der Gesellschaft wurden weicher**

Gabi Burgstallers politische Biografie ist im Jahr 2010 noch nicht abgeschlossen. Und politische Erfolge sind nicht nur das Ergebnis eigener Leistung und persönlicher Ausstrahlung allein, sondern hängen von vielen Umständen ab, die schwer beeinflussbar sind. So sind die bundespolitischen Konstellationen oftmals förderlich, genauso oft aber bremsen oder lähmen sie einen landespolitischen Aufschwung. Ob Burgstaller nach 16 Jahren in führenden Funktionen im Land Salzburg noch weitere Regierungsperioden anschließen wird, entscheiden Salzburgs WählerInnen und sie selbst. Gewiss ist aber, dass sie keineswegs bundespolitischen Lockrufen folgen wird. Denn zu kurz war die Verweildauer der Salzburger Politiker, die in die Bundesliga aufgestiegen sind. So waren Herbert Moritz (1984–1986) und Erwin Buchinger (2006–2008) gerade mal zwei Jahre Minister, der ÖVP-Politiker Josef Klaus (von 1949–1961 Landeshauptmann) hielt sich auf dem bundespolitischen Parkett neun Jahre, nur Elfriede Karl schaffte als Staatssekretärin und Familienministerin (1971–1984) in den Regierungen Kreisky und Sinowatz 13 Jahre.

Burgstallers Stärke ist – und das macht den Unterschied zu allen ihren Vorgängern in der Partei und zu ihren Konkurrenten der anderen Parteien aus –, dass sie moderiert anstatt zu kommandieren. Das mag ihr manchmal als Schwäche ausgelegt werden. Aber die Zeiten haben sich geändert, und die harten männlichen Linien der Vergangenheit sind durch die Mitgestaltung der Frauen weicher geworden. Durch die Bauerntochter Burgstaller aus dem oberösterreichischen Penetzdorf bei Vöcklabruck sind die Bruchlinien zwischen dem christlich-konservativen Lager der Wirtschaftstreibenden, Bauern und Beamten und dem Lager der Industriearbeiterschaft, Eisenbahner und kleinen Angestellten endgültig zugeschüttet worden. Das ist eine große Chance, dass die Inhalte unserer politischen Kultur insgesamt weniger aggressiv vertreten und die Freund-Feind-Bilder auf den Dachboden der Geschichte geräumt werden. Wenn heute immer häufiger von Leitkultur statt von parteipolitischen Kulturen gesprochen wird, dann sollten die scharfen Trennlinien in der Gesellschaft eines so kleinen Landes wie Salzburg weicher werden.

Gabi Burgstallers historische Leistung jedenfalls war es, mit ihrer charismatischen Freundlichkeit und ihrer instinktsicheren Themenbesetzung die Salzburger SPÖ aus ihrer Aschenputtelrolle an die Macht geführt zu haben. Lange Zeit war die SPÖ die redliche, aufrechte, programmtreue, aber was den Machtanspruch betraf, eher kleinmütige Partei. Nie zuvor – außer in Zeiten Radleggers – schienen die Sozialdemokraten den Eros der Macht anzustreben. Burgstallers grandioser Erfolg bei der Landtagswahl 2004 aufgrund der mediengerechten Vermittlung ihrer Botschaft („Salzburg blüht auf“) hat aber auch die Kehrseite der Medaille aufgezeigt. Dadurch wurde bei Funktionären wie Mitgliedern der Eindruck erzeugt, dass der Glanz des/der Spitzenkandidaten/in allein den Erfolg verbürgt. Hinter diesem glanzvollen Prospekt haben sich viele gemächlich eingerichtet und den Kampfgeist und den Reformwillen im Chiemseehof, dem Sitz von Landesregierung und Landtag, abgelegt.

Burgstallers Sieg hat vor allem dem Selbstwertgefühl der Salzburger ÖVP für Jahre einen gewaltigen Dämpfer versetzt. Die ÖVP, jahrzehntelang die Partei der Mehrheit, der Mitte und der Macht, war es gewöhnt, die bestimmende Rolle in allen politischen und wirtschaftlichen Feldern zu besitzen. Den Anspruch der Konservativen, das politische Kräfteverhältnis wieder ins Gegenteil zu verkehren, muss Burgstaller mit einem starken Führungsteam verhindern. Die SPÖ braucht wieder mehr angriffslustige Stürmer und starke Verteidiger. Die in allen sozialen Gruppen und auch bei Anhängern der anderen Parteien akzeptierte Landeshauptfrau allein wird dem Druck der ÖVP, die den Blutgeruch der Macht wesentlich stärker spürt, auf Dauer nicht standhalten, wenn das Feuer der Parteifunktionäre erloschen und programmatisch nur „low profile“ angesagt ist. Denn „die Mutter alles Politischen ist die Konfliktfähigkeit im Verfolgen politischer Ziele gegenüber den stets vorhandenen Widerständen.“<sup>60</sup> Das Erscheinen Gabi Burgstallers auf der politischen Bühne Salzburgs ist jedenfalls nicht nur für die eigene Gesinnungsgemeinschaft, die SPÖ, ein Glücksfall gewesen, sondern insgesamt für das politische Leben im Lande.

## ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Dieses und die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anderes angeführt, aus einem von Walter Thaler mit LHF Burgstaller am 7.5.2009 geführten Interview.

<sup>2</sup> SN vom 23.4.1994.

<sup>3</sup> SN vom 19.4.1994.

<sup>4</sup> SN vom 12.4.2001.

<sup>5</sup> SN vom 29.3.2001.

<sup>6</sup> SN vom 29.3.2001.

<sup>7</sup> SN vom 12.4.2001.

<sup>8</sup> SN vom 20.8.2008.

<sup>9</sup> SORA-Wahlanalyse zur Nationalratswahl 2002.

10 Dachs (2004), 12.  
11 a.a.O., 13.  
12 a.a.O., 16.  
13 s. Noelle-Neumann/Schulz.  
14 www.sora.at/wahlen/wien/Salzburg-2004.  
15 Ulram/Sommer (2004), 69.  
16 Koller, 302.  
17 a.a.O., 305.  
18 NEWS 31/2004.  
19 SN-Lokalteil vom 31.7. und 4.8.2004.  
20 SN-Lokalteil vom 23.5.2007.  
21 SN-Lokalteil vom 7.3.2005.  
22 SN-Lokalteil vom 10.1.2006.  
23 Salzburger Fenster 22/2007.  
24 SN-Lokalteil vom 8.3.2006.  
25 SN-Lokalteil vom 30.8.2005.  
26 Karlhofer, 87.  
27 SORA, Wahlanalyse Nationalratswahl 2006.  
28 Salzburger Fenster 38/2007.  
29 SN vom 16.11.2007.  
30 SN vom 16.11.2007.  
31 Zit. nach SJP 2007, 13.  
32 SN-Lokalteil vom 8.3.2008.  
33 Kurier vom 13.3.2008.  
34 SN vom 5.6.2008.  
35 SN vom 26.6.2008.  
36 SN vom 18.7.2008.  
37 SN vom 3.7.2008.  
38 SN vom 3.10.2008.  
39 SORA, Nationalratswahl 2008.  
40 Bezirksblatt v. 30.12.2008.  
41 Krone vom 8.1.2009.  
42 Profil vom 19.1.2009, 22 f.  
43 Der Standard vom 25.1.2009.  
44 Der Standard vom 4.2.2009.  
45 Raos, 54.  
46 Sylvia Wörgetter, in SN vom 2.3.2009.  
47 SN vom 2.3.2009.  
48 <http://www.sora.at>.  
49 Raos, 6 f.  
50 s. FN 48.  
51 SN-Lokalteil vom 3.3.2009.  
52 SN-Lokalteil vom 18.3.2009, 1.  
53 S. Filzmaier, Peter. Strategische Rechts-Mehrheiten. In: SN vom 23.3.2009.  
54 SN-Lokalteil vom 14.4.2009.  
55 SN-Lokalteil vom 16.4.2009.  
56 SN-Lokalteil vom 10.9. und vom 18.9.2009.  
57 Salzburger Fenster 31/2009.  
58 Salzburger Fenster 30/2009.  
59 SN-Lokalteil vom 22. und 23.10.2009.  
60 Scheer (2003), 153.

## Exkurs: Othmar Raus – der ideale zweite Mann



*Othmar Raus*

### 1. Noch ein Oberösterreicher in Salzburg

Othmar Raus ist wie viele erfolgreiche Persönlichkeiten in der Salzburger Politik (LHStv Franz Peyerl, Landeshauptmann Franz Schausberger, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Landesrat Erwin Buchinger) gebürtiger Oberösterreicher. Er war 23 Jahre lang, von 1984 bis 2007, Mitglied der Salzburger Landesregierung und damit das längstdienende Regierungsmitglied der Salzburger Sozialdemokraten. Zweimal, nach dem Rückzug Wolfgang Radleggers 1989 und nach dem Ausscheiden Gerhard Buchleitners aus der Politik 2001, hätte Raus der erste Mann der Sozialdemokratie in Salzburg werden können. Beide Male hat er es abgelehnt, wissend, dass er damit seiner Gesinnungsgemeinschaft den größeren Dienst erweist.

Geboren im letzten Jahr des Zweiten Weltkrieges, wuchs Raus im Frankviertel in Linz auf, einem typischen Arbeiterviertel mit einem hohen Anteil an Industriearbeitern, wo drei Viertel der Bevölkerung sozialdemokratisch gewählt haben. Die Betreuung durch die Sozialdemokraten war dort umfassend, weil die gegenseitige Hilfe in der Nachkriegszeit einfach notwendig war. Schon die Kinder wurden bei den Kinderfreunden politisch

sozialisiert. Raus war zudem schon bald Mitglied des ASKÖ, der Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich, weil er eine besondere Neigung zum Sport hatte. Später sollte er dann als Sportlandesrat die Geschicke des Salzburger Sports maßgeblich beeinflussen. Nach dem Besuch der Pflichtschule erlernte er den Beruf des Drogisten, legte mit 17 Jahren die Kaufmanns- und Drogistenprüfung ab und war als Drogist bei der Herba-AG in Linz bis Ende des Jahres 1964 beschäftigt. Schon als 14-Jähriger war er der Gewerkschaftsjugend beigetreten. Auch heute noch hat er viele Freunde aus dieser Zeit, die sich alljährlich im November beim Franckviertel-Treffen wiedersehen. Bereits als 18-Jähriger trat er der SPÖ bei und war Mitbegründer der Jungen Generation in Linz.

Mit 18 Jahren wurde er zum Präsenzdienst eingezogen, den er in der Stadt Salzburg ableistete. Anfang des Jahres 1965 wechselte er als Verwaltungsangestellter zum ÖGB und wurde formaliter als Buchhalter angestellt. Tatsächlich war es jedoch seine Aufgabe, die Jugendarbeit der Gewerkschaft der Privatangestellten in Oberösterreich zu betreuen. Schließlich konnte er die hohe Schule der Gewerkschaft besuchen, die Sozialakademie, die er 1966/67 absolvierte. Seine ersten Sporen als politischer Funktionär verdiente er sich bei der Nationalratswahl 1966, bei der allerdings die ÖVP die absolute Mehrheit errang und die erste Alleinregierung der Zweiten Republik stellte. Die Linzer Jungsozialisten engagierten sich damals für ihren Kandidaten, Ing. Max Lotteraner, einen Journalisten und Spitzensportler. Ab dieser Zeit hat Raus bei allen entscheidenden Wahlgängen mitgewirkt und die „Ups and Downs“ eines langen politischen Lebens erfahren.

Bildungs- und aufstiegshungrig wie er war, absolvierte Raus schließlich im Fernstudium die Reifeprüfung und inskribierte Rechtswissenschaft an der neu geschaffenen Universität in Linz. Die ersten zwei Studienabschnitte absolvierte Raus nebenberuflich in seiner Heimatstadt, den 3. Studienabschnitt und das Doktorat hat er an der Universität Salzburg abgelegt. Als der Landessekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten in Salzburg krankheitshalber vorzeitig in Pension gehen musste, bewarb sich Raus um die frei gewordene Stelle. Unterstützung fand er vor allem durch den späteren Präsidenten der Arbeiterkammer und Klubobmann der SPÖ-Landtagsfraktion in Oberösterreich, Fritz Freyschlag, und den damaligen Zentralsekretär des ÖGB und nachmaligen Sozialminister Alfred Dallinger.

Im Dezember 1973 kam Raus nach Salzburg, musste jedoch noch den Wahlkampf der sozialdemokratischen Fraktion in Oberösterreich für die Arbeiterkammerwahl 1974 fertig konzipieren. Gleichzeitig hat er sein Know-how in Salzburg eingebracht. *„Die Salzburger waren bettelarm. Weder Geld noch Organisation waren ausreichend vorhanden. In Oberösterreich waren wir hingegen Spitzenreiter bei Wahlkämpfen, Druckwerken, Ideen, Marketing. Die Wahlen 1974 und 1979 sind sehr gut ausgegangen.*

*Damit war auch mein Grundstein für die politische Tätigkeit in Salzburg gelegt. Aber auch die Neider sind auf mich aufmerksam geworden.“<sup>41</sup>*

Der damalige Landesrat Herbert Moritz hat ihn politisch gefördert und ihm verschiedene Angebote unterbreitet. Auch Bürgermeister Heinrich Salfenauer wollte ihn für die Stadt Salzburg als Gemeinderatskandidaten gewinnen. Raus entschied sich jedoch für die Landespolitik, hatte aber keine Ambitionen auf eine Spitzenposition, denn er war voll ausgelastet mit seiner Tätigkeit als Sekretär der Privatangestellten und ab 1974 als Vizepräsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte. *„Mir ist manches zu langsam gegangen. Die Strukturen waren veraltet und teilweise versteinert. Ich war also ein Unruheherd und nicht immer der Bequemste für das damalige Establishment. Die SPÖ war in Salzburg moderner und offener als die Gewerkschaftsbewegung ... Offensichtlich hat man mich als Rivalen gesehen und mich daher nicht forcieren wollen.“* Doch die eigene Gewerkschaftsbewegung, allen voran AK-Präsident Josef Brunauer, konnten nicht verhindern, dass er für den Landtag kandidiert wurde und 1979 als jüngster Abgeordneter in den Salzburger Landtag einzog. *„Wahrscheinlich haben manche gedacht, wenn wir den Raus im Landtag unterbringen, haben wir eine ‚lästige‘ Laus vom Hals.“* In Oberösterreich war inzwischen der Angestellte Fritz Freyschlag, der Mentor des jungen Raus, in die AK als Präsident eingezogen. Heute sind die Mauern zwischen Arbeitern, Angestellten und Bediensteten der Verkehrsbetriebe eingerissen, wenngleich noch nicht ganz verschwunden.

## **2. Vom kämpferischen Klubchef zum moderaten Landesrat**

Schon der Beginn seiner Landtagstätigkeit verlief turbulent. Raus war im Mai 1979 angelobt worden, doch schon im Herbst hatte der sozialdemokratische Landtagsklub keinen Klubvorsitzenden mehr. Dem Klubvorsitzenden Walter Stockinger, von Beruf Generaldirektorstellvertreter der Salzburger Sparkasse, war vorgeworfen worden, er hätte einen Klienten in Bad Gastein unter Druck gesetzt, Grundstücke zu verkaufen, um die Sicherstellung der Sparkasse zu verbessern. Landesparteivorsitzender Herbert Moritz war nicht mehr bereit, unter diesen Umständen mit Stockinger zusammenzuarbeiten. Daraufhin legte dieser sein Mandat zurück. Der sozialdemokratische Landtagsklub wollte daraufhin Raus zum Obmann küren, doch dieser lehnte ab, denn er wollte sich nicht frühzeitig verheizen lassen. Er hatte in den Jahren zuvor schon genug an Intrigen im Bereich der Salzburger Arbeiterkammer erlebt. *„In der SPÖ-Landtagsfraktion hat es genauso diese Gruppierung gegeben, mit Joschi Brunauer, Karl Zillner, Alois Stöllinger, Walter Stockinger. Die alten Granden der SPÖ bildeten eine*

*Richtung. Auf der anderen Seite standen die Erneuerer: Herbert Moritz und Wolfgang Radlegger. Von ihnen war ich angesprochen und engagiert worden. Ich wollte nicht wieder im Schnittpunkt zwischen den beiden Lagern stehen“.*

Als interimistische Lösung übernahm der Bundesheeroberst Robert Janschitz den Klubvorsitz bis Ende des Jahres 1981, im Jänner 1982 folgte ihm dann Othmar Raus nach. Sein Bemühen war und musste es sein, die bestehenden Spannungen innerhalb des SPÖ-Landtagsklubs abzubauen, es nicht zu weiteren Brüchen kommen zu lassen, sondern einen geschlossenen und damit effizienten SPÖ-Klub zu führen.

Hauptgegner war, weil er Raus als Konkurrenten einschätzte, der Präsident der Arbeiterkammer, Josef Brunauer. Dieser hatte in der Salzburger SPÖ bereits eine lange Karriere hinter sich. Seit 1954 war er Mitglied der Kammer für Arbeiter und Angestellte, seit 1956 Landtagsabgeordneter. In seiner Eigenschaft als Sekretär der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter hatte er maßgeblich zur Beseitigung der Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe beigetragen und an der Verbesserung des Arbeitsmarktes in den benachteiligten südlichen Bezirken beigetragen. Seit 1966 war Brunauer Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte. In dieser Funktion hatte er sich sehr für die Konsumenteninformation und die Beratungsangebote im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich eingesetzt. Zudem war er Vizepräsident des Roten Kreuzes.

Brunauer war in der Salzburger Sozialdemokratie eine dominante und einflussreiche Persönlichkeit und ein erfolgreicher Arbeitervertreter, der es als Sozialpartner verstand, mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer eine gute Zusammenarbeit zu pflegen. Daher war ihm Raus zu offensiv und zudem kein Arbeiter, sondern Angestellter. *„Brunauer war ein autoritärer und sehr eitler Typ. Und diese menschlichen Eigenschaften machten den Umgang mit ihm schwer. Er war wahnsinnig eifersüchtig und hat hinter jeder Idee die Gefahr gesehen, dass sich diese gegen ihn richten könnte. Als ich Klubobmann wurde, war er aber dann der erste, der zu mir kam und mir gratulierte. Die Zusammenarbeit war von diesem Augenblick an eine gute und für die Entwicklung in der Partei und in der Gewerkschaft vorteilhaft. Er wusste, ich bin nützlich für die Bewegung, außerdem hat er mich als Konkurrenten vom Hals gehabt. Dabei hatte ich nie im Auge gehabt, AK-Präsident zu werden; die gesellschaftliche Entwicklung war dafür nicht reif“.*

Othmar Raus war von Anfang an ein kämpferischer Klubobmann, der im Landtag neue politische Akzente setzen wollte. Damit stieß er bei der ÖVP auf erbitterten Widerstand, weil er sich von seinen Vorgängern Janschitz, Stockinger und Oberkirchner durch ein klareres Profil abhob, das den Konsens, bevor die Bruchlinien zutage gekommen waren, erst gar nicht anstrebte. Nicht nur einmal trommelten die ÖVP-Abgeordneten auf ihre Pulte und riefen „Raus raus! Raus raus!“, um seine scharfzüngige Rhetorik zu unterbrechen. Das berühmte „Salzburger Klima“, das vor allem in

Zeiten des Klubvorsitzes von Walter Stockinger vorherrschte, den eine Form von politischer Kumpanei mit dem Landeshauptmann Haslauer verband, schien im Landtag zumindest zu Ende zu gehen. Raus verstand es aber auch, seinen eigenen Landtagsklub straff zu führen, die Lagerbildung zu dämpfen und neue politische Themenfelder aufzureißen. Mit seinen juristischen Kenntnissen, der Verankerung in der Gewerkschaft und als AK-Vizepräsident war er mit seinen 37 Jahren bereits einer der starken Männer der Salzburger SPÖ und zweifellos eine große politische Nachwuchshoffnung.

Aus der Hoffnung wurde Realität, als im Herbst 1984 Unterrichtsminister Helmut Zilk als Bürgermeister ins Wiener Rathaus wechselte und Herbert Moritz von Bundeskanzler Fred Sinowatz zum Unterrichtsminister berufen wurde. Für die Salzburger SPÖ gab es klare personelle Vorgaben: Wolfgang Radlegger folgte Herbert Moritz als Landeshauptmannstellvertreter nach, Othmar Raus wurde Landesrat. Er übernahm von seinem Vorgänger Herbert Moritz die Ressorts Gemeinden, Sport und Umweltschutz. Den Sport sollte er bis zu seinem Ausstieg aus der Politik im Spätherbst 2007 behalten. In den 23 Jahren seiner Regierungstätigkeit sind ihm dann aber die unterschiedlichsten Ressorts überantwortet worden.

Zwischen 1984 und 1989 herrschte im Land Salzburg Landeshauptmann Wilfried Haslauer mit absoluter Mehrheit im Landtag und in der Landesregierung. Die drei SPÖ-Regierungsmitglieder Wolfgang Radlegger, Sepp Oberkirchner und Othmar Raus deckten im Wesentlichen die Agenden Soziales, Bauen, Gesundheit, Kultur und Sport ab. Keine innerparteilichen Querelen trübten den Aufwind der SPÖ, der bis zum Herbst 1988 ungestört verlief. Doch dann kam die Steueraffäre auf Bundesebene, von der auch Wolfgang Radlegger als ehemaliger Landesparteisekretär erfasst wurde. Mitarbeiter der SPÖ hatten von der Partei steuerfreie Begünstigungen erhalten, z. B. Autoreifen. Radlegger, der dieses Versagen einbekannte, geriet damit in den Strudel der öffentlichen Anschuldigungen. Die SPÖ war im öffentlichen Erscheinungsbild arg beschädigt. Ab November verlor die Salzburger SPÖ jeden Monat einen Prozentpunkt an Zustimmung, die Landtagswahl 1989 sah weder ÖVP noch SPÖ als Sieger, sondern Freiheitliche und die Grün Alternative Bürgerliste (GABL).

Da die SPÖ bei der Landtagswahl 1989 einen ihrer Regierungssitze verlor, galt es für einen der Landesräte Abschied aus der Landesregierung zu nehmen. Am Wahlabend kurz nach Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses war im Zimmer der Klubvorsitzenden Inge Stuchlik vereinbart worden, dass im Falle des Verlustes eines Regierungssitzes Oberkirchner als der Älteste aus der Regierung ausscheiden würde. Doch am nächsten Tag widerrief Oberkirchner seine eigene Festlegung. Während Raus seine Bereitschaft bekundete, entweder wieder auf die Position des Klubobmannes zurückzukehren oder ganz aus der Politik auszuschneiden, war



Oberkirchner nicht bereit, die Position des ihm angebotenen Zweiten Präsidenten des Landtages anzunehmen.

Bei der Nachfolgeregelung kam es beinahe zu einer Spaltung der SPÖ. Während sich Sozialvereine und der Pensionistenverband für den beliebten Soziallandesrat Oberkirchner stark machten, votierten die Stadt-SPÖ, der ÖGB und die AK eindeutig für Raus. In einer sehr turbulent verlaufenen Sitzung in einem Parteilokal in der Elisabethvorstadt entschieden sich die Funktionäre schließlich für Raus, der mit seinen 44 Jahren eine stärkere Zukunftshoffnung darstellte und ein „Höchstausmaß an Kontinuität“<sup>2</sup> sicherte. Oberkirchner schied aus der Politik im Groll aus. *„Davor hat es vom Pensionistenverband und von Sozialvereinen, die mobilisiert worden waren, unschöne Aktionen gegeben. Das war eine meiner herbsten Enttäuschungen in meinem politischen Leben, auf so primitive Weise im eigenen Wirkungsbereich attackiert zu werden“.*

In den späten achtziger Jahren kam es in Salzburg zu einem verstärkten Konflikt zwischen Umweltschutz und den Wirtschaftsinteressen. Da war der Umweltschutzlandesrat besonders gefordert. Die Papierfabrik in Hallein befand sich in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation. Sogar die Stilllegung des Betriebes, der Hunderten Tennengauern Arbeit bot, war nicht mehr auszuschließen. Gleichzeitig gab es massive Probleme mit der Wasserqualität der Salzach, weil die Abwässer ohne entsprechende Vorreinigung von der Papierfabrik in den Fluss eingeleitet wurden. Raus schrieb mit seinen Experten dem Werk ein ambitioniertes Reinigungsprogramm vor. Protestaufmärsche der ArbeiterInnen in der Stadt Salzburg auf der einen Seite und die sture Haltung der grünorientierten Stadtpolitiker stellten für Raus einen Seiltanz in luftiger Höhe dar. Raus erwies sich als Pragmatiker. Ein Beharren auf starren Zeitfristen kam für ihn nicht infrage. Mit mittelfristigen Konzepten gelang es schließlich, aus der braunen eine grüne Salzach zu machen und die Arbeitsplätze in Hallein zu erhalten. Während seiner 20-jährigen Tätigkeit als Umweltlandesrat hat die Hallein Papier (später: M-Real) 180 Millionen Euro in den Umweltschutz investiert.

### 3. Der Krisenmanager

Die turbulenten Zeiten begannen für Raus aber erst, als im Zuge der WEB-Affäre SPÖ-Spitzenmann Wolfgang Radlegger im September 1989 seinen gänzlichen Rückzug aus der Politik erklärte. Von den drei Spitzenmännern der SPÖ bei der kurz zuvor stattgefundenen Landtagswahl war nur mehr Raus übrig geblieben, ein für die Salzburger SPÖ bedrohlicher Aderlass.

Am Höhepunkt der Krise wollte Radlegger, dass Othmar Raus sein Nachfolger werde. Doch dieser hielt das für keine zielführende Lösung,

weil damit die WEB-Vorwürfe gegen Raus gerichtet worden wären und er als nächste Zielscheibe gedient hätte. Im Landtag war sofort ein WEB-Untersuchungsausschuss eingerichtet worden, in dem auch gegen Raus heftige Vorwürfe erhoben wurden, die sich jedoch allesamt als falsch herausstellten. Daher schlug Raus parteiintern Gerhard Buchleitner als künftigen SPÖ-Frontmann vor, denn dieser hatte bereits Regierungserfahrung in der Stadtregierung und war von der WEB völlig unbelastet. „*Es war rückschauend eine sehr richtige und gute Entscheidung*“, findet Raus 20 Jahre später. Um die Partei, die wenige Monate später im WEB-Strudel noch den Salzburger Bürgermeister Josef Reschen opfern musste, wieder vom Skandal frei zu strampeln, mussten neue Themen besetzt werden.

Trotz seiner stets besonnenen Vorgangsweise konnte sich aber Raus manchmal des politischen Stichelns und Zündelns nicht ganz enthalten. So schlug er Mitte Juli 1990 dem tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel vor, auf seinen Part als Redner bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele zu verzichten, dann käme er nicht in die Verlegenheit, mit Bundespräsident Kurt Waldheim zusammenzutreffen. Havel sagte seine Teilnahme nicht ab und traf am 26.7. 1990 in tumultartigen Szenen mit Waldheim zusammen. Zum Handschlag zwischen den beiden Staatsoberhäuptern kam es aber nicht. Im Unterschied zu Havel traf sich der schwedische Regierungschef Ingvar Carlsson mit seinem österreichischen Kollegen, Kanzler Vranitzky, jedoch zu wichtigen bilateralen Gesprächen in Zell am See, um dem österreichischen Präsidenten in Wien nicht begegnen zu müssen.

Erneut musste sich Raus als Krisenmanager bewähren, als am 4. 10. 1992 die SPÖ in der Stadt Salzburg eine geradezu apokalyptische Wahlniederlage einfuhr und von ihren 21 Mandaten neun verlor und nur mehr ein Mandat vor der ÖVP lag. Da brauchte es einen unterkühlten Politiker, der mit keinem der beiden politischen Lager in der Stadt irgendwie verknüpft und stark genug war, dem Druck beider Seiten zu widerstehen. Othmar Raus übernahm auf Wunsch Gerhard Buchleitners den Vorsitz in der Stadt-SPÖ. Er ließ sofort eine Umfrage durch das IGF in Auftrag geben, wodurch die Wahlverluste im Wesentlichen verursacht waren. „*Ein Drittel unserer Wähler war verärgert über den Kurs Fartaceks und Peyerls: Autofahrbeschränkungen, die Einrüstung des Mozartdenkmals und fragwürdige soziale Unterstützungen haben die Leute auf die Palme gebracht*“. Das Debakel war also hausgemacht, der interne Streit kostete sodann noch weitere vier Mandate durch die Abspaltung der „Demokratie '92“. Von 21 Mandaten war die Stadt-SPÖ nun gar auf acht Mandate geschrumpft und damit um drei Mandate kleiner als die ÖVP.

Raus hatte nun die Aufgabe, nach dem quälend langsamen Rücktritt von Bürgermeister Harald Lettner einen neuen Kandidaten aufzubauen, der von den bisherigen Richtungsstreitigkeiten unbefleckt war. Dazu galt es, die

Partei финанzen der Stadt, in denen ein Loch von 4 Millionen Schilling gähnte, zu sanieren. Durch den Austritt vieler Funktionäre musste personell und organisatorisch in weiten Bereichen ein Neubeginn gestartet werden. Raus begann mit einer klaren politischen Ausrichtung, die eine offene, moderne und liberale Sozialdemokratie anstrebte und extreme linke Positionen ins Out drängte. Er rief in der Bezirkskonferenz am 27. 1. 1993 vor allem zur Einigkeit auf: *„Es ist ein tragischer Irrtum, wenn linke Politiker in einer politisch schwachen Phase miteinander streiten. Während dieses Streites wird ‚rechte‘ Politik gemacht! Daher heißt es die Kräfte zu konzentrieren und sich nicht zu teilen. Nicht an den Inhalten mangelt es, sondern an Einigkeit und Stärke. Wir Sozialdemokraten müssen wieder beginnen, den politischen Gegner zu fordern, bevor wir nichts mehr zu fordern haben“*<sup>3</sup>.

Zunächst aber galt es, die Nachwehen der Stadtwahl, die noch bis in die Landtagswahl 1994 hineinwirkten, zu verkraften. Im Herbst 1993 erklärte die Klubvorsitzende Ricky Veichtlbauer im Salzburger Landtag überraschend ihren Rückzug aus der Politik, denn mit ihr waren die Spannungen in der Stadt-SPÖ auch in den Landtagsklub hineingetragen worden. Raus war der Meinung, dass man reinen Tisch machen und Veichtlbauer als Klubvorsitzende sofort ablösen sollte. Landesparteichef Buchleitner jedoch wollte das neuerliche Aufflackern des Konflikts mit dem Fartaceklager vermeiden und fuhr seinem Freund in die Parade. Raus fühlte sich in seiner klaren Haltung bestätigt, als ein Jahr später die Kinderfreundeorganisation, deren Landesobmann Herbert Fartacek gewesen war, in den finanziellen Ruin schlitterte und nur mit großen Finanzspritzen seitens der Bundes- und Landes-SPÖ vor dem Konkurs gerettet werden konnte. Der wirtschaftliche Schaden betrug circa 3 Millionen Schilling. Für Raus war glasklar, *„dass er (Fartacek) mit allen Mitteln Personen für sich gewinnen wollte und dazu auch finanzielle Mittel einsetzte“*.

Raus suchte sich neue MitarbeiterInnen, vorwiegend junge mit akademischer Ausbildung. Das Ergebnis seiner Personalrekrutierung zeitigte sehr bald Früchte, denn mit Gabi Burgstaller (Landeshauptfrau), Johann (Jacky) Maier (Nationalratsabgeordneter), Martin Panosch (Stadtrat, nun Vizebürgermeister) und Hilde Wanner-Ossberger (SPÖ-Frauenvorsitzende und Landtagsabgeordnete) und vielen anderen hat er der Partei maßgebliche Führungskräfte zugeführt. Das Tal der Tränen war damit aber noch nicht durchschritten, doch der Wiederaufbau war begonnen, und der Erfolg sollte sich dann ab 1995 einstellen.

Vor allem Gabi Burgstaller sollte sich als Glücksfall erweisen. Die erst 30-jährige AK-Konsumentenschützerin zog in den Landtag ein und wurde sofort zur Klubvorsitzenden gewählt. Raus wurde immer mehr zum Bollwerk der SPÖ in der Regierung. Das Kleeblatt Gerhard Buchleitner (Landeshauptmannstellvertreter und Parteiobmann), Othmar Raus (Landesrat und Bezirksvorsitzender in der Stadt), Gabi Burgstaller (Klubvorsitzende im

Landtag) und Walter Thaler (Zweiter Landtagspräsident) bewies Teamgeist und war eine starke personelle Option für künftige Auseinandersetzungen.

Im Frühjahr 1996 kam es dann in der ÖVP zum abrupten Führungswechsel: Landeshauptmann Hans Katschthaler ging in Pension, ÖVP-Klubobmann Franz Schausberger gelang es, mit einem Schachzug den langjährigen Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferenten Arno Gasteiger auszustechen<sup>4</sup>. Schausberger ging sofort mit einer sehr intensiven Öffentlichkeitsarbeit und großer Dynamik ans Werk, fast schien es, als würde die SPÖ wieder ins schattige Eck gedrängt. Der Neolandeshauptmann wollte viele Projekte verwirklichen und sich ein Macherimage aufbauen. Allerdings zeigte sich bereits nach zwei Jahren, dass die übertriebene Imagepolitik in den Medien bei der Bevölkerung nicht gut ankam und die SPÖ erstmals seit Langem wieder auf die Siegerstraße eingeschwenkt war.

Die kontinuierliche Arbeit und eine Politik der Verlässlichkeit, wie sie von Raus verkörpert wurde, zeigte nun auch politische Früchte. Als Raus 1989 Kulturlandesrat wurde, erwies er sich sehr rasch als gesprächsbereiter Partner der Kulturstätten und als Troubleshooter bei politischen Angriffen und finanziellen Bedrohungen. Der Sparkurs der Stadt Salzburg unter Bürgermeister Josef Dechant als Kulturressortleiter wurde vom Landesrat Raus abgefangen. Von Stadtpolitik und Boulevard angefeindete und skandalisierte Kulturprojekte hat er stets verteidigt und sich für eine freie Kultur und kritische Initiativen – wenn auch vorsichtig – positioniert. Auch wenn ihm ein Übermaß von Verwaltung und eine mangelnde Impulsgebung vorgeworfen wurden, so war er für die Kulturszene konkurrenzlos. *„Denn kulturpolitisch stellen die anderen Parteien, die Stadt Salzburg und auch die – teilweise sehr zufriedene – Kulturszene derzeit keine inhaltliche Herausforderung dar.“*<sup>5</sup>

Mit dem prägnanten Projekt „Kulturförderung durch Zielvereinbarung“ sprach Raus vor allem die Manager im Kulturbereich an. Bis zur Übernahme des Kulturressorts durch Raus waren die Kulturvereinigungen mit der Tatsache konfrontiert, dass die landespolitische Kulturförderung rein rechtlich keinen Spielraum für einen längerfristigen Planungshorizont zuließ. Förderungsempfänger mussten auf die Handschlagqualität des Kulturreferenten vertrauen. Verbriefte Sicherheiten, die über ein Budgetjahr hinausreichten gab es nicht. Mit diesen Zielvereinbarungen konnten nun Kulturinitiativen, wie Jazzit, Leselampe, das Zentrum zeitgenössischer Musik (NEXUS), die Galerie Fotohof, das Studio West oder das Toihaus stabilere Veranstaltungspläne erstellen<sup>6</sup>.

Die inhaltliche und personelle Erneuerung der SPÖ seit 1994 führte dann bei der Landtagswahl 1999 zum gewünschten Erfolg. Seit Langem konnten bei Landtagswahlen die Sozialdemokraten einen großen Erfolg verbuchen: 5,3% Zugewinn waren angesichts des schlechten Image der koalitionär zusammengeschweißten Großparteien auf Bundesebene und der seit Jahren

eingefahrenen Verluste der SPÖ bei Landtagswahlen ein sensationeller Erfolg. Dass es nicht zu einer entsprechenden Würdigung in den Medien kam, lag an dem noch größeren Erfolg des blauen Populisten Jörg Haider in Kärnten. Die SPÖ hatte nun wieder drei Regierungsmitglieder, die Freiheitlichen waren aufgrund der Verfassungsänderung im neuen Majorzsystem aus der Regierung geflogen. Gabi Burgstaller zog als neue Landesrätin in die Regierung ein, Walter Thaler folgte ihr als Klubvorsitzender im Landtag. Alles war wieder auf Schiene, und Othmar Raus dachte ans Aufhören. Als das SPÖ-Spitzenteam beim Landesparteirat mit 100% gewählt wurde, meinte Raus zu Buchleitner, dass man, wenn es am schönsten sei, aufhören müsse. Doch Buchleitner verwies ihn darauf, dass er an Jahren älter sei und vor Raus gehen werde. Aber Raus war fest entschlossen, dass er spätestens mit der nächsten Landtagswahl im Jahr 2004 aufhören würde.

Für die Landes-SPÖ erwies sich die Koalition von ÖVP und FPÖ auf Bundesebene, die mit ihren Privatisierungsmaßnahmen und der Schließung von Gendarmerieposten, Postämtern und Gerichten eine ansteigende Arbeitslosigkeit produzierte und eine Ausdünnung des ländlichen Raums betrieb, geradezu als politischer Segen. Als Gabi Burgstaller nach dem Ausscheiden Gerhard Buchleitners im Jahr 2001 die Führung in der SPÖ übernahm, konnte sie dreist gegen die bundespolitischen Schließungspläne mobilisieren und an Sympathie gewaltig zulegen. Die Möglichkeit, die ÖVP bei der Landtagswahl 2004 zu überflügeln, war kein unrealistisches Traumgebilde mehr.

Die Frage drängte sich jedoch beim Abschied Buchleitners auf, warum Raus wieder nicht Erster geworden war oder werden wollte. Er selbst bekräftigt, dass er nie den Wunsch gehabt habe, Erster zu werden und dies bereits im Zuge der WEB-Affäre ausgeschlagen habe. Zweimal hätte er die Chance gehabt, in die Wirtschaft zu wechseln, aber beide Male war er von seiner Partei gebeten worden zu bleiben. *„Wenn ein Erster gekommen wäre, mit dem ich nicht zusammenarbeiten hätte können, wäre ich sofort gegangen. Das war nie der Fall, weder bei Herbert Moritz, noch bei Wolfgang Radlegger und schon gar nicht bei Gerhard Buchleitner. Und das hat auch mit Gabi Burgstaller sehr gut funktioniert.“*

#### 4. Der Rücktritt vom Rücktritt

Als die SPÖ im Mai 2003 ihren Landesparteirat zur Absegnung der Kandidatenliste für die Landtagswahl 2004 und zur Mobilisierung der Funktionäre abhielt, wurden die alten Politikämpen, die nicht mehr in den Ring steigen wollten (Othmar Raus, Walter Thaler, Maria Bommer, Josef Mayr) von der jungen Herausforderin Gabi Burgstaller herzlich bedankt und

gebührend gewürdigt. Da ließ sich Othmar Raus in einer Abschiedsrede zur Aussage hinreißen, dass er unter zwei Prämissen weitermachen würde: wenn die SPÖ den Landeshauptmann/die Landeshauptfrau stellt und das Finanzressort bekommt. Insgeheim hatte sich Raus gedacht, dass die SPÖ noch nie so weit an dieses Ziel herangekommen war wie zu diesem Zeitpunkt. Ernst wurde die Situation und greifbar nahe der Wechsel, als Landeshauptmann Schausberger aufgrund schlechter Umfragewerte zu Neujahr 2004 plötzlich im Doppelpack mit dem Sohn des legendären Landeshauptmannes Haslauer auftrat und seinen Abschied aus der Politik in der Mitte der Legislaturperiode ankündigte. *„Im Jänner 2004 bei der Neujahrskonferenz der SPÖ in Wien (8.19. Jänner 2004) bin ich mit Gabi Burgstaller im Hotel Altmannsdorf zusammengetroffen. Da hab ich Burgstaller gefragt: Hast Du dein Team beisammen? Du musst in nächster Zeit sagen, wer die Frauen und Männer an Deiner Seite sind. Du kannst nicht eine One-Woman-Show abziehen.“* An diesem Abend hat sie den kampferprobten Polithaudegen Raus gebeten weiterzumachen.

Nach reiflicher Überlegung und mit der Vorahnung, dass die SPÖ es diesmal schaffen könnte Erste zu werden, sagte Raus ihr unter der Bedingung zu, dass er Finanzreferent werde und zur Halbzeit gehen könne. Ein roter Finanzreferent war die zweitstärkste Kampfansage an die ÖVP. Denn gleich den Landeshauptmann und den Landesfinanzreferenten anzupeilen, war für die seit 1945 machtverwöhnte ÖVP einem Raubüberfall ähnlich. So wurde Raus im Intensivwahlkampf zum „Mister Stabilität“ und nach der erfolgreichen Landtagswahl 2004 zum Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferenten. Seine Vorstellungen waren geprägt von den Zielen Vollbeschäftigung, von sozialen Verbesserungen und der Erneuerung der Gesundheitspolitik. Gleichzeitig war es seine Aufgabe, das wegen konjunktureller Einbrüche und Wahlzusagen aus den Fugen geratene Budget zu konsolidieren.

Othmar Raus erwies sich als der starke Mann in der Regierung, an dem kein Weg vorbeiführte. Seine umfassende Kenntnis fast aller Ressorts, seine Hartnäckigkeit, aber auch seine Handschlagqualität verschafften ihm auch bei den politischen Gegnern Respekt. Raus war inzwischen nicht nur 60 Jahre alt geworden, mit Gabi Burgstaller war eine neue Generation in die Politik eingezogen und es war zu einer Akzentverschiebung und zu einem neuen Stil gekommen. *„Wir waren früher nicht auf Marketing und auf Verkauf der Politik getrimmt. Nun stand plötzlich die Person im Vordergrund, die Öffentlichkeitsarbeit. Da muss man schon der jüngeren Generation Tribut zollen, um voll mitzumachen.“* Raus ging es immer vorrangig um Inhalte und Ziele sowie die tatsächliche Mitgestaltung und um Teamarbeit. Die neue Form der Personeninszenierung war nicht mehr seine Sache, so wirkte er gelegentlich als graues politisches Urgestein, das aus der allzu bunten Politlandschaft herausragte.

Aus der angepeilten Halbzeit wurde aber nichts, weil im Sommer 2006 eine Nationalratswahl anstand, die er durch Personalrochaden nicht stören wollte. Also machte er noch das Budget für 2007. Doch dann wurde nach dem Sieg der SPÖ in der Regierung Gusenbauer der Salzburger Soziallandesrat Erwin Buchinger Sozialminister. Da nicht zwei SPÖ-Mitglieder aus der Landesregierung gleichzeitig ausscheiden konnten, war Raus neuerlich zum Bleiben gezwungen. Aber dann im Dezember 2007 war endgültig Schluss, Raus verließ die Politik. Der erst 36-jährige David Brenner, der 2004 Walter Thaler als Klubobmann im Landtag nachgefolgt war, wurde neuer Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferent.

In seiner letzten Pressekonferenz konnte Raus stolz vermelden, dass die Schadstoffbelastung der Luft durch die Halleiner Papierfabrik M-real in seiner Amtszeit von 250.000 Tonnen jährlich auf knapp 80.000 Tonnen reduziert worden war. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte das Werk noch einen Anteil von 8% des Kohlendioxidausstoßes im Bundesland Salzburg, nun läge er bei 2%. Außerdem seien rund 75% der für die Herstellung von Energie genutzten Brennstoffe mittlerweile biogenen Ursprungs. Vor 20 Jahren sei ausschließlich Erdöl als Energieträger eingesetzt worden<sup>7</sup>. Dass der finnische Konzern im Halleiner Papierwerk mit 30. 4. 2009, also eineinhalb Jahre nach dem Ausstieg des erfolgreichen Langzeitpolitikers Raus, die Papierproduktion einstellte und damit 450 ArbeiternehmerInnen ihre Existenzgrundlage verloren, schmerzt den Politiker und Gewerkschafter besonders.

## 5. Ein Abschied in Ehren

Doch ganz ging Othmar Raus der Politik nicht verloren. Auf Wunsch der Landeshauptfrau blieb er weiterhin Aufsichtsratsvorsitzender des Energiekonzerns Salzburg AG, der Salzburger Flughafen Ges.m.b.H und des Salzburger Messezentrums. Diese Positionen schienen ihm auf den Leib geschneidert, denn das Interesse an der Wirtschaft war ihm im Laufe seiner 23-jährigen Regierungstätigkeit immer mehr zum Mittelpunkt geworden. Er selbst sagt von sich: *„Ich war nie der ausgeprägte Sozialpolitiker, sondern der Wirtschaftspolitiker. Im Wissen, dass man im wirtschaftlichen Bereich Voraussetzungen schaffen muss, um die sozialen Anliegen erfüllen zu können“*. Bei der Salzburg AG hatte er schon 1998 mitgewirkt, als das landeseigene Energieunternehmen SAFE mit den Salzburger Stadtwerken zur „Salzburg AG“ fusioniert wurde. Damals hatte er gemeinsam mit Bürgermeister Heinz Schaden verhindert, dass die Stadtwerke an Dritte verkauft werden, z. B. an die Energie AG in Oberösterreich. Aus der Fusion ist ein erfolgreiches Salzburger Energieunternehmen geworden. Schon sehr bald,

eigentlich nach Radleggers Abgang aus der Politik, war er immer stärker zum Wirtschaftsexperten der SPÖ geworden. Ab 1990 war er der Budgetsprecher der SPÖ-Regierungsfraktion gewesen und hatte seither sämtliche Budgets verhandelt. So war es für ihn auch ein Leichtes gewesen, die Funktion des Finanzreferenten im Jahr 2004 zu übernehmen.

Raus hat als treuer Kampfgefährte während der turbulenten Jahre zwischen 1989 und 1999 für den Parteichef Buchleitner stets das Tischtuch glatt gezogen. Er hat vor allem auch in Zeiten von Buchleitners Schwächephasen nie den Führungsanspruch gestellt, sondern seinen politischen Gefährten stets auf dem Schild getragen. Raus, der sich selbst als pragmatischer Macher einstufte und wusste, dass ihm für die Parteispitze das Charisma fehlte, ließ sich nie vom wechselnden Pegelstand zeitgeistiger Strömungen beeindrucken. Er war auch nie einer von jenen Politikern, die aus Machtkalkül das Wichtigste preisgeben, das ein Politiker haben kann, nämlich seine Glaubwürdigkeit. Ihm ging es nicht darum, „everybody's darling“ zu sein, und der oftmals beklemmende Konformismus vieler politischer Akteure oder die Strategie des Durchwurstelns waren ihm stets fremd.

Die Zukunft seiner Partei sieht er optimistisch und hat doch einige Ratschläge parat. Vor allem sollte man bei Förderungen und Subventionen noch größere Vorsicht walten lassen und das Kontrollsystem verstärken, ohne aber in bürokratischen Wahnsinn zu verfallen. Sorgen bereitet ihm auch die Personalauswahl für die politischen Funktionen. Er rät seiner Partei, bei der Auswahl der Funktionäre Verbesserungen durchzuführen, etwa mithilfe von Personalbüros. Darin sieht er eine Chance einer besseren Treffsicherheit bei Personalentscheidungen, auch wenn die Strukturen ganz anders geartet sind als in Wirtschaftsunternehmen.

Othmar Raus hätte zweimal die Chance gehabt, den ersten Platz der SPÖ in Salzburg einzunehmen. Aber er wusste sich selbst einzuschätzen, weil er von seinem Habitus her nicht der leutselige und kumpelhafte Typ ist, der das Bad in der Menge braucht, um an sich selbst zu glauben. Er wirkte immer etwas unterkühlt und war sich gerade, als die junge Gabi Burgstaller ins Rampenlicht der Politik trat, bewusst, dass sie besser, als er es je vermocht hätte, die Menschen emotional erreicht. Ihm lag mehr die inhaltliche Gestaltungsmacht als ein präsidialer und medientauglicher Führungsstil. So wirkte er nach außen eher reserviert, ohne es in Wahrheit zu sein. Er hatte im Laufe seiner langen Regierungsfunktion erkannt, dass von Spitzenpolitikern gnadenlos eine physische wie psychische Anspannung verlangt wird. Zudem hat sich im Verlauf seines politischen Lebens die öffentliche Beobachtung der Politik in einem Ausmaß verstärkt, dass man eine beinahe unmenschliche Kontrolliertheit an den Tag legen muss, um auf Dauer bestehen zu können. Das scheint zwangsläufig zu Persönlichkeitsveränderungen zu führen, die allgemein als Abgehobenheit missverstanden werden.



Der Verlust der Privatheit, die Rituale des täglichen Hickhacks der Parteien, die an ihm scheinbar wie Wasser an einem Ölanzug abperlten, mögen nach außen bei Othmar Raus den Eindruck der Dickhäutigkeit erzeugt haben. Tatsächlich war er sich bewusst, dass in der modernen Mediengesellschaft das Offenlegen der persönlichen Sphäre und die ständige Präsenz in der Seitenblickegesellschaft gewünscht werden. Dem hat er sich verschlossen und blieb daher lieber der Zweite. In einem großen Unternehmen wäre er zweifellos ein sehr erfolgreicher Vorstandsvorsitzender, neudeutsch CEO, also Chief Executive Officer, geworden. Er blieb in der Politik und war so für die Salzburger Sozialdemokratie fast drei Jahrzehnte der ruhende Pol und der ideale zweite Mann.



*Die Großen der Salzburger SPÖ: Wolfgang Radlegger, Herbert Moritz, Gabi Burgstaller, Othmar Raus, Karl Steinocher, Gerhard Buchleitner (v. links n. rechts)*

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Dieses und die folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders angeführt, aus einem von Walter Thaler mit Dr. Othmar Raus geführten Interview vom 14.10.2008.
- <sup>2</sup> Salzburger Fenster 6/1989, 4.
- <sup>3</sup> Rede bei der SPÖ-Bezirkskonferenz vom 27.1.1993 (zitiert nach Brauer/Mitis, 12 f.)
- <sup>4</sup> s. Thaler (2008a), 55 ff.
- <sup>5</sup> Marchner, Günther in: Kunstfehler online 12/1998.
- <sup>6</sup> s. Kunsthistoriker aktuell Jg. XX 1/03.
- <sup>7</sup> Salzburger Landeskorespondenz vom 28.11.2007.

# Kapitel 3

## Parteien in der Krise

*Alle unsere Demokratien sind keine Volksregierungen, sondern  
Parteiregierungen. Das heißt Regierungen der Parteiführer;  
denn je größer eine Partei ist, umso weniger ist sie einig,  
umso weniger ist sie demokratisch, umso weniger Einfluss  
haben die, die für sie stimmen, auf die Parteiführung und  
auf das Parteiprogramm  
(Karl R. Popper)*

### 1. Das Schrumpfen der Großpartei(en)

Die Medien suggerieren ihren Lesern seit geraumer Zeit die „Krise der Repräsentation“ und damit die „Krise der Parteien“, was schlussendlich zur „Krise der Demokratie“ führen würde. Sie beklagen, dass sowohl der SPÖ wie der ÖVP die großen Persönlichkeiten abhandengekommen sind. Persönlichkeiten vom Schlage eines Bundeskanzlers Bruno Kreisky oder eines Franz Vranitzky, von Landeshauptleuten wie Tirols Eduard Wallnöfer, des Steirers Josef Krainer sen. oder Salzburgs Wilfried Haslauer sen. Wen sollte es demnach wundern, wenn die WählerInnen politikverdrossen werden, weil ihnen die Orientierungen verloren gegangen sind und sie sich daher nicht mehr an Parteien binden wollen, keine dauerhafte Affinität zu einer Partei mehr haben, die ihnen Heimat ist, und in der Folge den Wahlurnen fernbleiben. Die Parteien als klassische Großkollektive sehen sich einem ständigen Schrumpfungsprozess ausgesetzt und haben keine „sozialmoralischen Bindekräfte“ (Franz Walter) in einer individualisierten Gesellschaft mehr.

Das Spektrum der Repräsentation, das unter Bundeskanzler Bruno Kreisky imstande war, mehr als 50% der WählerInnen trotz ihrer völlig unterschiedlichen Lebensbereiche an die SPÖ zu binden, ist stark eingengt. Auch ist die Mitgliedschaft der SPÖ (wie auch der Konservativen) kollektiv älter geworden. Man hat große Mühe, junge Menschen, gebildete Frauen, das urbane Bürgertum an sich zu binden. Da dieser Schrumpfungsprozess auch in der ÖVP vorhanden ist, nähern sich die beiden Großparteien soziologisch immer mehr an. In der SPÖ sind Gewerkschaftsmitglieder und öffentlich Bedienstete sowohl im Mitgliederbereich als auch in den politischen Funktionen überrepräsentiert.

Die politische Bindungsfähigkeit von Menschen an eine Partei ist immer von drei wesentlichen Faktoren abhängig: vom Verstehen, von der

Überzeugung und vom Vertrauen. Im heutigen politischen newspeak, wo nur mehr von den „Herausforderungen der Globalisierung“, von „wachsender Flexibilität“, von „Freisetzung von Kreativität und Innovation“, von der „wissensgestützten Dienstleistungsgesellschaft“, vom „Humankapital“ und von „politischem benchmarking“ geredet wird, baut man bei vielen Menschen Barrieren auf, statt auf ihr Verständnis zu stoßen. Mangels Verständnis kann es auch zu keiner Überzeugung kommen, dass eine politische Bewegung mit einem solch abstrakt-verwaschenen, von der Wirtschaftssprache entlehnten Jargon Überzeugungsarbeit leisten kann. Wo keine Überzeugung er„zeug“t werden kann, weil die politischen Anführer nicht mehr das Zeug dazu haben, verständliche Zielvorstellungen zu formulieren, entsteht auch kein Vertrauen. Die sprachliche Gestion entscheidet schließlich, ob ein politischer Akteur mitreißen kann oder nicht. Das ist auch der Grund, dass gerade die rechtspopulistischen Hassprediger mit ihrem den Stammtischen entlehnten Vokabular bei der Arbeiterschaft auf große Resonanz stoßen. Schon im Jahre 1931 hat Kurt Tucholsky dieses Phänomen in einem kurzen Satz auf den richtigen Nenner gebracht: *„Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig“*<sup>1</sup>.

Von den Anfängen der sozialistischen Bewegung in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts an waren die österreichischen Sozialdemokraten wie ihre Schwesterparteien in den westeuropäischen Staaten immer die Vertretung der sozialen Unterschicht, der „underdogs“. Von Menschen also, die in der vormals adelig-großbürgerlichen Gesellschaft, später in der bürgerlich-agrarischen Gesellschaft keine Aufstiegschancen hatten. Die Parteiorganisationen mit den ihnen angeschlossenen Bildungs-, Freizeit- und Sportvereinigungen öffneten diesen Menschen Emanzipationswege nach oben.

Mittlerweile ist die Mittelschicht in der SPÖ, vor allem in den Organisationsstrukturen so stark geworden, dass sie die noch immer vorhandenen sozialen Unterschichten der prekär Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger, der Alleinerzieherinnen mit Kindern kaum mehr repräsentieren (kann). Die Parteiorganisationen der SPÖ sind nicht mehr Heimatmilieu der sozial Unterrepräsentierten, sondern moderne Unternehmensstrukturen mit Marketingzielen. *„Je moderner die Parteiorganisationen geworden sind, desto weniger ist das untere Drittel dort noch vertreten. In dem Maße, in dem sich dieses Drittel aus den Parteien zurückgezogen hat, in dem Maße hat es sich auch innerlich von der Politik abgewendet. Und mit der Distanz zu den Parteien ist das Unverständnis für den politischen Prozess gewachsen.“*<sup>2</sup> Engagement, Solidarität und Partizipation sind dieser Schichte von sozial und vor allem finanziell Unterbemittelten zwar nicht fremd, aber sie finden kein Engagement der Parteien für sie vor, daher driften sie entweder ins Lager der Nichtwähler oder rechtspopulistischer Strömungen. Der Göttinger Politologe Franz Walter ortete in diesem Sozialbereich einen „negativen misanthropischen Individualismus“<sup>3</sup>.

Das sozialdemokratische Milieu der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre verband noch Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Kleingewerbetreibende, Alte und Junge. Sie alle fühlten sich in ihrer Partei ideologisch beheimatet, der Zusammenhang zwischen den Generationen war vorhanden: „*Der Vater bei der Partei, die Mutter bei der Partei, drum bin ich a dabei*“, lautete ein gängiger Ausspruch im SPÖ-Milieu. Diese kollektiven Glaubensvorstellungen sind in den letzten dreißig Jahren verloren gegangen. Daher sind auch die Politiker mangels eines ausreichend breiten sozialen Milieus „soziologisch zu Zwergen“ mutiert, wie Emmanuel Todd in seinem Buch „Die neoliberale Illusion“ feststellt. Mit immer großspurigeren und kurzfristig angelegten Projekten versuchen sie die Wählerschaft an sich zu ziehen, wissend, dass sie ihre Versprechungen in der Kurzfristigkeit der Legislaturperioden nicht einzulösen vermögen.

Politik wird von den meisten Menschen heute als eine Art Dienstleistungsbetrieb empfunden. Man fühlt sich nicht mehr einer Partei mental zugehörig, sondern wählt aus einem Sortiment von politischen Angeboten einmal jene, ein anderes Mal eine andere Partei. Die Qualitätserwartungen der Wählerschaft sind ziemlich niedrig geworden, die Identifikation mit den angebotenen politischen Produkten oder ihren Produzenten ist erst gar nicht gegeben. Die Konsumenten dieser politischen Dienstleister, gemeinhin als WählerInnen bezeichnet, betrachten ziemlich missmutig, nach österreichischem Seelenzustand also „raunzend“ den Lauf der politischen Dinge. Man ist immer weniger gewillt, sich aktiv in einer Partei einzubringen. Die Bereitschaft, überhaupt eine Auswahl aus dem politischen Angebot zu treffen, wird zunehmend schwächer (Politikdistanz). Das krassste Bild von Wahlverweigerung bot die Stadt Salzburg beim zweiten Wahlgang der Bürgermeisterdirektwahl im März 2009, an der nur mehr 37,45% der Wahlberechtigten teilnahmen.

Diese enorme Wahlenthaltung wird von den Politikern spätestens am Tag nach der Wahl aus dem Bewusstsein verdrängt und bringt niemanden in der Politik um den Schlaf. Gerade aber die Sozialdemokratie sollte sich einer Tatsache gewahr werden: Der Rückgang der Wahlbeteiligung seit zwei Jahrzehnten ist Ausdruck der sozialen Spaltung, nämlich der „Kluft zwischen privilegierten und randständigen Schichten“<sup>44</sup>. Die sozialen Schichten, die früher der Sozialdemokratie zuströmten, sind nicht nur mangelhaft mobilisiert, sondern haben sich dauerhaft vom politischen Geschehen abgekoppelt. Wahlkultur als Teilhabe an der Demokratie ist jedoch weiterhin Teil des bürgerlichen Weltverständnisses, also der überwiegend konservativ orientierten Wählerschaft.

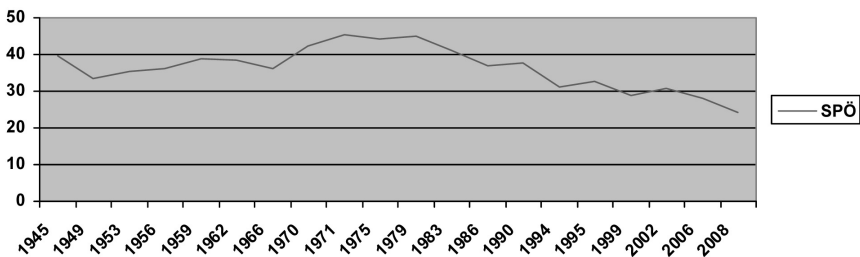
Wie sehr diese Schwächung der Organisationsdichte der Parteien (Anteil der Parteimitglieder an allen Wahlberechtigten), die um 1980 in Österreich noch circa 30% betragen hat, sich in einem Wählerschwund niederschlägt, zeigt sich an folgenden Tatsachen:

- Bei der Nationalratswahl 1975 betrug der gemeinsame Stimmenanteil von SPÖ und ÖVP noch 93,4%;
- bei der Nationalratswahl 2006 entfielen nur mehr 69,6% auf die beiden Großparteien, was ihnen noch eine Verfassungsmehrheit im Parlament sicherte;
- aber bei der Nationalratswahl 2008 schrumpfte die Koalition von SPÖ und ÖVP auf magere 55,2%. Gesetze im Verfassungsrang können daher nur mehr mithilfe einer der Oppositionsparteien beschlossen werden.

Gerade das Ergebnis der Nationalratswahl 2008 verdeutlicht, dass die Großparteien sich den dominanten Zukunftsthemen nicht entsprechend gestellt haben. Der Salzburger Politologe Herbert Dachs wirft der Bundes-SPÖ überhaupt vor, dass sie in „völlige Diffusität“ versunken sei. *„Es ist nicht thematisiert worden, wie man sich eine geregelte und offensiv vorgetragene Integrationspolitik vorstellt. Auch die Bildungsfrage blieb unbeantwortet ... Es gibt viele Punkte, wo man durch Nichtstun, Herumdiskutieren und gegenseitige Blockade die Bühne frei gemacht hat für handgestrickte und klobige Einfachlösungen.“*<sup>5</sup>

Dementsprechend niedrig war im Bundesland Salzburg der Wähleranteil, der sich für die SPÖ entschieden hat. Von einem Höchststand von 44,9% im Jahr 1979 rutschte die SPÖ bei der Nationalratswahl 2008 auf 24,3% ab.

**Diagramm 7: Stimmanteile der Salzburger SPÖ bei Nationalratswahlen von 1945–2008**



Quelle: eigene Erhebungen.

Während auf Bundesebene die schwarz-blau-orangen Koalitionen Schüssel I und II regierten, gab es für die SPÖ bei Landtagswahlen durchaus ansehnliche Zuwächse zwischen 3,16% (Landtagswahl in NÖ 2003) bis 13,16% (Landtagswahl Salzburg 2004). Mit der Angelobung der rot-schwarzen Koalition Gusenbauer im Jahr 2006 setzte eine Serie von Verlusten ein, die auch durch den neuen Bundeskanzler Werner Faymann

nicht gebremst werden konnte. Sie erreichte ihren vorläufigen Negativrekord bei der Landtagswahl in Oberösterreich 2009 mit einem Minus von 13,38%. Der SPÖ scheint es immer weniger zu gelingen, mit ihren Themen: Kampf um jeden Arbeitsplatz und soziale Gerechtigkeit die Menschen zu erreichen. Der Politologe Anton Pelinka sieht das Verhängnis der SPÖ in ihrem Unvermögen, über die nächste Wahl hinaus Strategien zu entwickeln<sup>6</sup>. Dazu kommt die zögerliche Haltung des SPÖ-Chefs Werner Faymann, sowohl thematisch als auch personell die Partei neu aufzustellen. Die Salzburger Politikwissenschaftlerin Sonja Puntischer Riekmann beklagt, dass sich die Sozialdemokratie europaweit einer programmatischen Debatte verweigere und nicht begreife, dass rein nationale Angebote angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Vernetzung nicht mehr greifen<sup>7</sup>. Bei der ebenfalls am 27. 9. 2009 durchgeführten Bundestagswahl in Deutschland sackte die SPD auf 23% ab, was zu Mutmaßungen Anlass gibt, dass die großen Volksparteien überhaupt an Vertrauen verlören.

In dieser Politik des Augenblicks, wo große kollektive Glaubensvorstellungen ihre prägende Kraft eingebüßt haben, ergreifen sodann die Experten der Telepolitik und der vereinfachten Lösungen ihre Chance. Gewählt wird, was gefällt, und Symbole und nebulose Werbesprüche ersetzen Programme. Talkshows und Hahnenkämpfe der Politspitzen, der Leerlauf von Presseaussendungen und umtriebige Geschäftigkeit werden sodann für praktizierte Demokratie gehalten.

## 2. Politik als Showbusiness

Als Kennzeichen der Postmoderne, die auch im strukturkonservativen Österreich Einzug gehalten hat, lässt sich am besten festmachen, dass die Konturen verfließen. Der Grazer Soziologe Manfred Prisching<sup>8</sup> hat für die Politik folgende sechs Merkmale in der Postmoderne herausgefiltert<sup>9</sup>:

- a) Es gibt keine geschlossenen Deutungsschemata mehr, auch die großen politischen Ideologien Konservatismus, Sozialismus, Liberalismus, Faschismus und Anarchismus haben in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts keine Deutung der Wirklichkeit mehr erzeugen können. Politisches Handeln wird dadurch zu einem Gemisch aus konservativen, sozialistischen und liberalen Ideen.
- b) Der Unterschied zwischen dem Politischen und dem Ästhetischen verschwindet. Nicht mehr was gesagt wird, ist wichtig, sondern wie es gesagt wird.

- c) Die Grenze zwischen dem Politischen und dem Privaten wird ständig überschritten. Politiker werden nicht mehr nach ihrer Politik, sondern vor allem nach ihrem Privatleben beurteilt. Alles wird damit politisch.
- d) Es geht auch nicht mehr um politische Leistungen, sondern nur mehr um den Vergleich der Mitteilungen über politische Leistungen. In den Medien werden durch ständige Umfragen neue Realitäten geschaffen. Es herrscht eine Politik der Simulacra. Simulacra sind Bilder, denen keine Wirklichkeit entspricht oder deren Originale verloren gegangen sind.
- e) Der postmoderne Mensch verlangt ständig nach dem Spiel, nach Vergnügen, nach Witz, nach Spaß. *„Die Politik orientiert sich deshalb auch am Disneyland, dem wahren amerikanischen Kunstwerk, der ‚Sixtischen Kapelle‘ Amerikas, wie der italienische Schriftsteller Umberto Eco satirisch vermerkt hat.“*<sup>10</sup>
- f) Es gibt in der postmodernen Gesellschaft keine Geheimnisse mehr und keine Intimität. Alles löst sich in Kommunikation auf und wird Information. Daher wird moderne Politik auch zur Showpolitik. Diesen Anforderungen muss ein Politiker im Kommunikationszeitalter entsprechen, will er wahrgenommen und gewählt werden.

Das Resultat dieser Entideologisierung und Transformation der Politik ins Showbusiness ist eine starke Personalisierung. Wer nicht ständig als Politiker im Fernsehen seine 2-Minuten-Statements abgeben darf, ist bedeutungslos. Zur Erkennbarkeit im politischen Starrummel und zur Identitätserzeugung braucht es deutliche Signale. Daher wählt der eine Politiker das Mascherl, der andere den roten oder blauen Schal. Am Ende tragen dann bei Wahlkämpfen alle solche Erkennungszeichen und geraten somit in die Uniformität<sup>11</sup>.

In Anbetracht des weitreichenden und tief greifenden Wandels und der dadurch entstandenen Herausforderungen, denen sich die sozialdemokratischen Parteien in Europa seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgesetzt sehen, und angesichts steigender Politikdistanz grenzt es geradezu an ein Wunder, wie erstaunlich treffsicher die BürgerInnen in den Wahlzellen die Politik beurteilen. Trotz des kassandraartigen Geschreis der Medien, die Parteien kämen ihrer Repräsentativität nicht mehr nach und die Menschen würden sich mit Grausen von der Politik abwenden, wurden sowohl in der Steiermark als auch in Salzburg die konservativen Bastionen der ÖVP erfolgreich gestürmt und die Mehrheiten umgedreht. In Salzburg kratzten die Sozialdemokraten unter ihrer Leitfigur Gabi Burgstaller bei der Landtagswahl 2004 sogar an der absoluten Mehrheit. Und in Tirol, wo die ÖVP jahrzehntelang mit absoluten Mehrheiten das Land beherrscht hatte, startete der Rebell Fritz Dinkhauser bei seinem ersten Antreten mit 17% durch. Die Menschen sind demnach nicht politik-

abstinent geworden, sondern sie lassen sich nicht mehr von Parteien lebenslang vereinnahmen. Der mündig gewordene Bürger ist demokratiepolitisch eine große Erfolgsstory.

### 3. Die Sinnkrise der Sozialdemokratie

Dennoch dürfen jene vom Göttinger Politologen Franz Walter aufgezeigten vier Symptome, unter denen die sozialdemokratischen Parteien Europas leiden, auch in Salzburg nicht außer Acht gelassen werden<sup>12</sup>:

1. die Entkoppelung,
2. die zunehmende Organisationsschwäche,
3. der Sinnverlust und
4. die Repräsentationslücke.

#### A. DIE ENTKOPPELUNG

Die sozialdemokratische Partei Österreichs ist nicht mehr die Partei der Arbeiterklasse, sondern hat sich von ihrer Kernschicht weitgehend abgekoppelt. Diese soziologische Transformation des Parteiensystems, die auch bei den konservativen Parteien unter anderen schichtspezifischen Gesichtspunkten zu sehen ist, ist geradezu dramatisch. Die Klasse der Industriearbeiter war für die Sozialdemokratie von den Anfängen an die substanzielle Basis und der ideologische Fixpunkt. Die Sozialdemokraten konnten sich in den Industriegemeinden ihrer Klientel sicher sein, sie waren soziologische Heimat und garantierten Parteistabilität. In Kärnten, der Steiermark, dem Burgenland und Salzburg versuchte man ab 1994 mit dem Faktor der Personalisierung durch die Einführung der Bürgermeisterdirektwahl zumindest auf der Ebene der Kommunalpolitik der Parteienverdrossenheit entgegenzuwirken. Denn die Betonung der Persönlichkeit sollte jene Bindungen herstellen, „die durch die Betonung des Faktors Partei nicht mehr hergestellt werden können. Personalisierung füllt den Leerraum, den der ‚Entideologisierung‘ genannte Prozess geschaffen hat.“<sup>13</sup> Man hoffte damit, der Parteienverdrossenheit entgegenzuwirken und mehr Beteiligungsdisziplin bei Kommunalwahlen zu erzeugen.

Als Ergebnis mangelhafter Organisationsstruktur, fehlender Parteibindung, innerparteilicher Konkurrenzkämpfe und des Fehlens qualifizierter Kandidaten verlor die SPÖ jedoch im Bundesland Salzburg die Bürgermeister in den ehemaligen Bastionen Bischofshofen, Badgastein, Bad Hofgastein, Grödig, Hallein, Mühlbach am Hochkönig, Mittersill,



Radstadt, St. Gilgen und Zell am See. Durch die Reform der Kommunalwahlgänge kam es eindeutig zu einer Gewichtsverschiebung von den politischen Parteien zum Souverän, dem Wahlvolk. Die bisher geltende Monopolstellung der Parteien wurde dadurch geschwächt und bei der Rekrutierung des politischen Personals für das Bürgermeisteramt gelockert. In den österreichischen Bundesländern ist diese Lockerung allerdings noch nicht so weit fortgeschritten wie etwa im deutschen Bundesland Baden-Württemberg. Denn dort besitzen circa 50% der direkt gewählten Bürgermeister kein Parteibuch und auch der Rest pflegt ein sehr distanzierendes Verhältnis zu ihrer Partei<sup>14</sup>.

## B. DIE ZUNEHMENDE ORGANISATIONSSCHWÄCHE

Die Transformation der Sozialdemokraten reicht aber noch viel weiter. Von ihren Anfängen an war die SPÖ eine Mitgliederpartei mit einem sehr ausgeprägten Organisationsgefüge. Nun zeigt sich allerdings eine zunehmende Organisationsschwäche. Die Mitgliederzahlen werden immer kleiner und die Organisationsdichte nimmt rapide ab. Die Bundes-SPÖ hatte zwischen 1955 und 1985 mit leichten Schwankungen stets an die 700.000 Mitglieder. Bis zum Jahr 2007 ist diese Zahl auf 250.000 gesunken. Besonders schwerwiegend wirkt sich das Abbröckeln des organisatorischen Unterbaus, der Funktionärsschicht, aus. Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war der Funktionär, zumeist als Inkassant der Mitgliedsbeiträge, das Bindeglied zu den Mitgliedern, eine zentrale Person in der sozialdemokratischen Parteistruktur. Wer nicht jahrelang als Subkassier und Aktivist bei Parteiveranstaltungen tätig war, wer nicht bei Ortsorganisationssitzungen regelmäßig anwesend war, hatte keine Chance, irgendeine Mandatsfunktion je zugesprochen zu bekommen. Die Funktionäre waren auch die Realitätsseismografen (Franz Walter), Kommunikatoren und Multiplikatoren für die Bürgermeister und Mitglieder in Landes- und Bundesregierung. Mit dem schleichenden Verlust der Basisfunktionäre und der Hereinnahme von Experten (Spindoktoren) sind die klassischen Elemente der Sozialdemokratie – Mitgliedermassen und Funktionskader – weitgehend abhandengekommen.

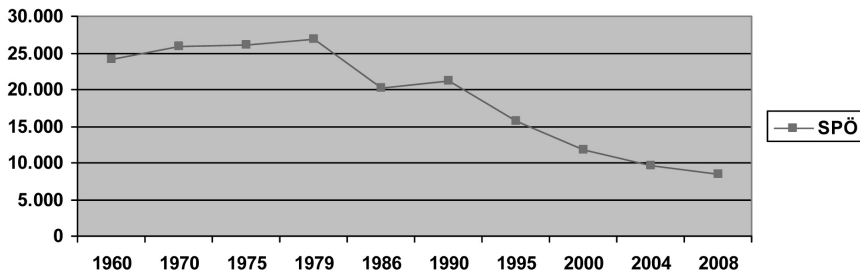
Dieser Abbau der innerparteilichen Organisationsstruktur ist das Ergebnis der Veränderung der SPÖ von einer Mitglieder- zu einer Volks- oder Catch-all-Partei. Dies hat in der Folge zu einer Entwertung des einzelnen Parteimitglieds geführt. In Zeiten der Medialisierung ist es zudem effizienter, die Massen nicht mehr über Vertrauenspersonen, sondern über die Massenmedien anzusprechen<sup>15</sup>.

Wer sich mit diesem Deutungsmuster zufriedengibt, verkennt allerdings den noch immer bestehenden Wert der Mitglieder als Beitragszahler, als Stimmenwerber, als Wahlkämpfer und Stimmungsmelder, vor allem aber

auch als Rekrutierungsfeld für Elitefunktionen in Gemeinden, Regierung und Parlament<sup>16</sup>.

Wie sehr eine solche personelle Auszehrung bereits stattgefunden hat, zeigt die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Salzburger SPÖ.

**Diagramm 8: Entwicklung der Mitgliederzahlen in der Salzburger SPÖ von 1960–2008**



Quelle: Angaben der Landesparteileitung der Salzburger SPÖ (Stand: Juni 2009).

Während die Salzburger SPÖ in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts stabil zwischen 24.000 und 25.000 Parteimitglieder aufweisen konnte, stieg die Zahl auch während der Blütejahre unter Kanzler Bruno Kreisky nur auf 26.883 an, um sich dann bis 1990 auf einem Level von rund 20.000 Mitgliedern einzupendeln. Allerdings startete die Salzburger SPÖ damals immer wieder sehr erfolgreiche Mitgliederwerbepaktionen. So konnte bei einer zwischen dem 1. 1. 1977 und dem Landesparteitag vom 3./4. 6. 1978 stattgefundenen Aktion allein im Pinzgau das Plansoll von 361 Neumitgliedern wesentlich überschritten werden, indem damals 435 Menschen in diesem Bezirk der SPÖ beitraten. Ab den neunziger Jahren setzte jedoch ein rapider Mitgliederschwund ein, der zu einer Halbierung bis zur Jahrtausendwende führte. Seither ist die Rasanz der negativen Entwicklung gebremst, dennoch weist die Salzburger SPÖ heute nur mehr ein Drittel ihrer Mitglieder gegenüber 1960 auf. Interessant ist der Anteil der weiblichen Parteimitglieder, der im Jahr 1960 noch einen Höchststand von 38,2% aufwies. Seit den achtziger Jahren bewegt sich der Frauenanteil jedoch konsequent zwischen 27 und 28%.

Gerade der starke Rückgang an Mitgliedern hat in den letzten zehn Jahren auch zur Ausdünnung des Funktionärskaders auf kommunaler Ebene und damit zum Verlust von SPÖ-Bürgermeisterpositionen geführt. „Mit jedem verlorenen Mitglied gehen auch Beziehungsbrücken zu Vorfeldorganisationen, Vereinen und gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen verloren.“<sup>17</sup> Spindoktoren und Marketingexperten können die Tuchfühlung Tausender Mitglieder und Hunderter Funktionäre nicht ersetzen. Die von

Politologen gestellte Frage „Do members matter?“ (Machen Mitglieder überhaupt Sinn?) mag daher für US-amerikanische Verhältnisse berechtigt sein, sicher aber nicht für die europäischen Parteiensysteme.

### C. DER SINNVERLUST

Noch schwerer – weil nicht durch Telebotschaften der Spitzenfunktionäre kompensierbar – wiegt der Sinnverlust unter den Sozialdemokraten. Im Zuge der neoliberalen Gesellschaftsumbrüche sind die seit hundert Jahren gelebten Versprechungen des klassischen Sozialismus außer Kraft gesetzt. Plötzlich soll der Sozialstaat, soll das hervorragende Gesundheits- und Pensionssystem Wurzel allen Übels sein. Nur mehr Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Selbstbehalte und eigene Investitionsbereitschaft sollen die eigenen Lebenschancen erhöhen. Das Sozialmodell zum Abbau von Klassegegensätzen hat – wenn es nach dem newspeak der Experten geht – ausgedient. Gerade die Programmlosigkeit macht den Parteien zu schaffen. Alle Parteien streben danach, die politische Mitte zu besetzen, denn dies soll der Wählerschaft Überparteilichkeit und Ideologiefreiheit vermitteln. Als Catch-all-Partei ist man bemüht, die Mehrheit zu erlangen, *„aber die Plätze in der Mitte sind stets überbucht“*<sup>18</sup>. Wer sich als Partei der Mitte verkaufen will, hat keine Integrationsideologie mehr zu bieten, die den Mitgliedern Sinn, Selbstbewusstsein und Distanz zum politischen Gegner vermittelt. *„Allein solche Integrationsideologien ermöglichen es Parteien, auch den Anlass und unmittelbaren Zwang ihrer Entstehung zu überdauern, Zäsuren und Krisen zu überstehen, Einbrüche auszuhalten. Nur solche Integrationsideologien schaffen Bindungen; nur ein spezifischer programmatischer Ethos, der Spannungswert des Noch-nicht-Erreichten vermag Mitglieder und Anhänger zu begeistern, zu besonderen Leistungen anzuspornen, in die politische Aktion zu schicken“*<sup>19</sup>, ist Politologe Franz Walter überzeugt. Der Deutschlandkorrespondent der französischen Tageszeitung „Le Figaro“ greift zu noch drastischeren Worten: *„Die Mitte ist eine politische Funktion, die noch auf einen Inhalt wartet. Sie ist der Stammplatz leidenschaftsloser Menschen, denen politisches Engagement eine Last ist.“*<sup>20</sup>

Gabi Burgstaller hat kurz nach ihrer Übernahme der Position der Landeshauptfrau klare Programmatik im Sinne moderner Frauenpolitik bewiesen, als sie in den Salzburger Landeskliniken die Einführung des gesetzlich geregelten Schwangerschaftsabbruchs ermöglicht hat. Im April 2009 hat sie sich der Forderung ihres steirischen Amtskollegen Franz Voves im Ruf nach einer Vermögenszuwachssteuer angeschlossen. Damit hat sie sich nicht bloß als Moderatorin politischer Auseinandersetzungen, sondern klar als konfliktfähig und damit als politikfähig erwiesen. In der Partei selbst aber gibt es kaum noch programmatische Diskussionen. Die kühnen

Theoretiker mit ihren kritischen Zustandsbefunden und Zukunftsperspektiven haben den nüchternen Realos Platz gemacht. Mit der Übernahme der Regierungsmacht steht meistens das Bewahren dem Erneuern entgegen.

#### D. DIE REPRÄSENTATIONSLÜCKE

Politik benötigt gute PolitikerInnen, damit die Leistungsfähigkeit von Gemeinden, Parlamenten und Regierung gewährleistet ist. Über die Qualität der Politiker entscheidet die Effektivität des jeweiligen Ausleseverfahrens. Da die Parteien das Auslese- und Vertretungsmonopol haben, sind sie auch dafür verantwortlich, wenn weitgehend nicht die Qualifiziertesten zum Zug kommen, sondern oftmals nur „schmalspurige Parteigänger“. In der Politikwissenschaft regt sich daher heftige Kritik an der „fehlgeleiteten Auswahl des politischen Personals“ (Elmar Wiesendahl). Es fehlen auch qualitativ unstrittige Bewertungsverfahren, um Bewerber nach Führungsstärke, fachlicher, sozialer und moralischer Qualifikation sowie Charakterstärke zu testen. Diese Form der qualifikationslosen Personalrekrutierung fördert bestenfalls Mittelmaß zutage. „Nichts ist schlimmer als die Diktatur des Mittelmaßes – wo auch immer“, schrieb SPÖ-Parteivorsitzender Wolfgang Radlegger schon 1989 seiner Partei ins Stammbuch<sup>21</sup>.

Als viertes Krankheitssymptom kommt daher die auffällige Repräsentationslücke in der Führungsgarnitur und im Führungsnachwuchs noch hinzu. Man sucht vergeblich nach dem konzeptionellen Sozialpolitiker, dem prononcierten Schul- und Kulturpolitiker, dem Ökonomen und nach dem großen Strategen der Partei. In den Mandaten tummeln sich die Angestellten aus Partei, Gewerkschaft und Interessensverbänden sowie die Beamten. Viele von den politischen Spitzenvertretern haben sich nie außerhalb des Parteiapparates in normalen bürgerlichen Berufen hoch gearbeitet. So stammten in der Legislaturperiode des Salzburger Landtages zwischen 2004 und 2009 neun von siebzehn Abgeordneten aus Arbeiterkammer, ÖGB oder der Beamtenschaft des Landes und der Stadt Salzburg. Politik erweist sich daher immer mehr als „closed shop“. Die Verfügbarkeit geeigneter Kandidaten ist also mit großer Besorgnis zu sehen. Angesichts des Mitgliederschwundes und der Überalterung der Mitglieder wird sich dieses Problem noch potenzieren.

Manche Politologen, wie etwa der Münchner Direktor des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP), Werner Weidenfeld, sehen insgesamt eine schleichende Aushöhlung der Demokratie durch einen Vertrauensverlust der Menschen in die Handlungsfähigkeit der Politik: *„Die Gefahren für die Demokratie im 21. Jahrhundert kommen auf leisen Sohlen. Die Krise hat einen geräuschlosen Charakter. Sie besteht in der schleichenden Auszehrung von innen: wachsende Distanz des Bürgertums zum Staat,*

*schwindende Bindung, Entsolidarisierung, Reduzierung des Sorgehorizontes auf die persönliche Betroffenheit. Die Erosion von Gemeinschaftsbindungen und der Vertrauensverfall gegenüber Institutionen, Verlust an Orientierungsbindungen sind unübersehbar. Die Demokratie sieht sich mit der Auflösung ihrer politisch-kulturellen Grundlagen konfrontiert. Das gute Gefühl, in einer besseren Gesellschaft zu leben, ist mangels schlechten Gegenwurfs erschüttert. Die Privatsphäre wird zum Kokon.“<sup>22</sup>*

Für die SPÖ führte besonders das finanzielle Desaster der dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) gehörenden BAWAG an den amerikanischen Hedgefonds Cerberus zu einem massiven Vertrauensverlust unter den Mitgliedern dieser traditionellen Arbeitnehmerorganisation. Der Rücktritt des ÖGB-Chefs Fritz Verzetnitsch, der mehr als 20 Jahre die Arbeitnehmerinteressen im Nationalrat vertreten hatte, und die Verhaftung mehrerer der SPÖ nahestehender Bankvorstände erzeugten das Bild einer von der Realität abgehobenen Klasse. Es grenzte an ein Wunder und war zweifellos durch die in der Regierung Schüssel II herrschende soziale Kälte verursacht, dass im Herbst 2006 trotz Gewerkschafts- und Bankskandal die SPÖ zur stimmen- und mandatsstärksten Partei wurde und wieder den Bundeskanzler stellen konnte.

## E. DIE POLITIK ALS ABSCHIED VOM LEBEN

Zu diesen vier bedrohlichen Situationen gesellt sich eine weitere Gefahr, der Politiker aller Couleurs ausgesetzt sind: dass sie nämlich durch die Macht in ihrer Persönlichkeit verändert, ja demontiert werden. Politiker sind umgeben von willfährigen Beratern und politischen Sekretären, die außer den Vorzimmern der Macht in keinem Beruf sich bewähren mussten und denen es zumeist darum geht, selbst in politische Positionen aufzusteigen. Verführt von der dem Politiker zugemuteten Kompetenz und eingemauert in einen kaum selbst steuerbaren Tagesablauf werden Politiker von einem Sog erfasst, der ihnen jede Freiheit nimmt. Hans Magnus Enzensberger hat diesen Zustand von Spitzenpolitikern in aphoristischer Form zugespitzt: „*Der Eintritt in die Politik ist der Abschied vom Leben, der Kuss des Todes*“.

Der politische Machtkampf gegen die anderen Parteien und gegen die Konkurrenten innerhalb der eigenen Partei fördert, wie der tschechische Soziologe Jaroslav Langer treffend charakterisiert hat, Eigenschaften und Verhaltensweisen, die in zwischenmenschlichen Beziehungen als negativ zu bewerten sind: „*An Rücksichtslosigkeit grenzende Härte, an Gewissenlosigkeit grenzende Anwendung sämtlicher zum gewählten Ziel führender Mittel, an Opportunismus grenzende Kompromissbereitschaft, an Grundsatz- und Rücksichtslosigkeit grenzende Flexibilität und an skrupellose Demagogie grenzendes Überzeugungsvermögen.*“<sup>23</sup>

Max Weber hatte schon 1919 in seiner berühmten Rede „Politik als Beruf“ die Warnung ausgesprochen, dass das Machtstreben des Politikers „Gegenstand rein persönlicher Selbstberauschung“ werden könne. Da viele der Politiker Berufspolitiker sind, also außerhalb der Politik keine Funktion von höherem Ansehen genießen, klammern sie sich an ihre Position und verkennen die Dehumanisierung, der sie ausgesetzt sind. Sie arbeiten in prachtvollen Räumen, die sie zumeist nach ihrer Amtsübernahme neu mit öffentlichen Mitteln haben ausstatten lassen, fahren in teureren Autos, als sie sich in ihrem normalen beruflichen Dasein würden leisten können, schlafen auf Staatskosten in noblen Hotels, werden hofiert und stets als Ehrengäste behandelt. Sie gehören zur Prominenz und genießen den Starummel, der ihnen entgegen brandet. Im Grunde bewegen sie sich aber immer im selben abgegrenzten Personalzirkel. Wenn sie dann in ihren politischen Organisationen unterwegs sind, treffen sie schichtenspezifisch auf eine niedrigere Bevölkerungsgruppe, aber auch immer auf die gleiche Funktionärskamarilla. Eigentlich sind sie vom normalen Leben abgeschottet und gesellschaftlich isoliert. Sie gehören zu den Ikonen des modernen Medienzeitalters, auf die Scheinwerfer und Mikrofone gerichtet sind. Da gehen oft nicht nur Ehen kaputt, weil der Politiker/die Politikerin nie zu Hause ist. Da bleiben im Kampf um den Platz an der Spitze auch viele Freunde auf der Strecke, die dadurch zu Gegnern werden. Im besten Fall verbleiben einem politischen Star am Ende seiner Karriere einige wenige Freunde. *„In der Politik gibst du die Souveränität über dich auf, du verfügst nicht mehr über dich: nicht über dein öffentliches Bild, nicht über dein Image, nicht über deine Zeit“*, meint der bundesdeutsche Politiker Gregor Gysi.<sup>24</sup> So werden schnell die politische Anerkennung und der Erfolg bei Wahlen zur Ersatzdroge für Lebenssinn und Glück. Der deutsche Bundespräsident Johannes Rau hat zugegeben, dass die „Droge Politik“ eine „Sehstörung“ verursache, also Realitätsverlust bewirke.

Weil der Politiker nur gewählt wird, wenn er in der Öffentlichkeit sympathisch wirkt, wenn sein Name in den Politbarometern immer auf den obersten Rängen zu finden ist, dürfen keine unangenehmen Wahrheiten artikuliert und keine Maßnahmen gesetzt werden, die einschneidend in das Leben der WählerInnen eingreifen. Das verleitet dazu, Politik nur mehr als bloßen Karriereweg, als Laufbahn und nicht als verantwortungsvolle (zeitlich begrenzte) Tätigkeit im Sinne des Gemeinwohls zu sehen.

Die Inkarnation all dieser Erscheinungsformen ist die Figur des reinen Berufspolitikers. Da die öffentliche Meinung in der „Politik als Beruf“ keine ehrliche Profession sieht, gilt es in der Folge, Nachteile und Vorzüge des Berufspolitikertums, wie sie in der politikwissenschaftlichen Sicht gesehen werden, kurz darzustellen<sup>25</sup>.

## 4. Berufspolitiker als Ursache der Politikerverdrossenheit?

Nach der Definition des Soziologen Max Weber lebt der Berufspolitiker „für und von der Politik“, die Politik ist für ihn „eine dauernde Einnahmequelle“<sup>26</sup>. Im Gegensatz zu den meisten anderen Berufen, die man in einem langjährigen Ausbildungsprozess erlernt hat, gibt es in den deutschsprachigen Ländern (im Unterschied zu Frankreich, wo der Besuch einer Eliteuniversität Voraussetzung für eine politische Karriere ist) keine Akademien oder hohe Schulen, in denen die Elite der künftigen Politik auf ihre Karriere sorgfältig vorbereitet wird. „Politik als Beruf“ kann sogar als prekäres Beschäftigungsverhältnis gesehen werden, weil es

- ohne qualifikatorische Voraussetzungen und ohne abschätzbaren Karriereverlauf,
- ungesichert,
- episodisch, d. h. auf jeweils eine Legislaturperiode beschränkt, und
- unscharf in der Bestimmung des tatsächlichen Tätigkeitsfeldes ist,
- ständig der Patronage des Parteivorsitzenden für weitere Legislaturperioden bedarf
- und der Politiker sich ständig der übermächtigen Parteimeinung zu unterwerfen hat<sup>27</sup>.

Ein wesentliches Problem der Politik entsteht auch aus der funktionalen Differenzierung der Tätigkeiten in allen Gesellschaftsbereichen. Die fortschreitende Arbeitsteilung hat sich auch in der Politik breitgemacht. Aus den Politikern wurden Fachpolitiker, zumeist als Bereichssprecher tituliert. In dieser Spezialisierungskultur fehlen die Allrounder, die gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge im Auge haben. Die Spezialisierung lässt aber große Ideen nicht mehr zu. Politikberatung ersetzt Zukunftskonzepte und politische Grundsatzfragen.

Im Wesentlichen hat sich daher eine politische Elite herausgebildet, deren Karriereverlauf innerhalb der Partei selbst (Parteiangestellte) oder innerhalb der Verbände (Gewerkschaft, Kammern) professionell geformt wird. Die nicht aus diesem Rekrutierungsfeld stammenden Politiker sind in ihrer Berufskarriere noch weniger abgesichert. Die Fragestellung, ob die zunehmende Politikerverdrossenheit der Bevölkerung auf diese Politikerprofessionalität (auch) zurückzuführen ist, hat zwei völlig verschiedene Denkschulen ergeben:

- a) Die eine Denkschule<sup>28</sup> behauptet, dass gerade die Professionalität des politischen Führungspersonals langfristig zur Unzufriedenheit der BürgerInnen führt. Der Grund hierfür liegt in den Abschottungs- und Abschließungsprozessen der Berufspolitiker, die keinen Zugang von

außen wünschen. Jens Borchert<sup>29</sup> spricht in diesem Zusammenhang von einem „vicious circle“ (Teufelskreis), weil bereits etablierte Politiker – aus Angst um ihre weitere berufliche Existenz – mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Abwehrmechanismen danach trachten, potenzielle Neuzugänge abzuwehren. Durch die Verteidigung ihrer Vormachtstellung gegenüber frischem, unverbrauchtem politischen Personal wird die „*Führungselite zum Kern einer Machttruppe*“<sup>30</sup>. In diesen Machtsphären der Parteiensysteme bleibt daher „*immer weniger Raum für das Gedankengut wirklicher Staatsmänner und weit blickender politischer Denker und Reformer*“<sup>31</sup>. Die Sicht dieser Berufspolitiker reiche daher immer nur bis zur nächsten Parlamentswahl, es wird kurzfristiger Ad-hoc-Pragmatismus geübt. „*Es ist eine eherne Erfahrung, dass die politischen Organisationen sich auf diese Weise ... eben jener Menschen entledigen, die durch ihre kritische und kompromisslose Denkweise, durch Moralrigorismus, durch Weitblick und/oder durch immer neue progressive, systemnonkonforme Lösungsvorschläge jenem Prozess hinderlich sein können: ... dem Prozess der Etablierung der Macht.*“<sup>32</sup> Die Wählerschaft, die ständig die gleichen Gesichter – auch nach verlorenen Wahlen – präsentiert bekommt, nimmt solche Abschottungstendenzen als undemokratisch wahr, was zu Unzufriedenheit und Politikerverdrossenheit führt. Politik wird also als Gerangel um Posten und nicht als Versuch, die anstehenden Probleme der Bevölkerung zu lösen, betrachtet. Quereinsteiger, vor allem wenn sie auch Querdenker sind, werden zumeist als weltfremde Idealisten und Träumer verachtet und nicht selten als mehr oder weniger gefährliche Spinner abgetan<sup>33</sup>.

Die Bevölkerung betrachtet diese „insider-outsider-gaps“, wie die Politikwissenschaft diese Abschottungsmechanismen bezeichnet, mit größtem Argwohn. Denn Politiker schüfen sich ständig neue Privilegien, seien als einzige „Berufsgruppe“ für die eigene Alimentierung zuständig und kümmerten sich hauptsächlich um die Absicherung ihrer eigenen Macht. Die amerikanischen Politikwissenschaftler Richard Katz und Peter Mair<sup>34</sup> sind überhaupt der Meinung, dass sich die Volksparteien in Kartellparteien verwandelt hätten und Berufspolitiker demzufolge eine parteiübergreifende politische Klasse bildeten, die nicht mehr die Repräsentanten gesellschaftlicher Konflikte bzw. Delegierte bestimmter Bevölkerungsschichten seien.

- b) Konträr dazu hat der österreichische Nationalökonom und Nobelpreisträger Joseph A. Schumpeter<sup>35</sup> behauptet, dass der Politiker gegenüber dem Volk einen großen Kompetenzvorsprung benötige. Er müsse nämlich das Wahlvolk für sich gewinnen, die „Psychotechnik der Parteileitung und Parteireklame“ beherrschen, seine politischen Gegner fortwährend beobachten, seine eigene Partei fortwährend



führen und kontrollieren und in allen Debatten die entsprechenden Maßnahmen voraussehen. Er behauptet, dass eine Regierung von Amateuren nicht funktionsfähig sei. Schon die ersten politischen Elitetheoretiker Gaetano Mosca und Robert Michels betonten die Notwendigkeit einer „politischen Klasse“. Michels hat das soziologische Grundgesetz aller Parteien auf die Formel gebracht, dass die Parteiorganisation die „Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler“ ist<sup>36</sup>. In der aktuellen politikwissenschaftlichen Literatur wird deutlich gemacht, dass nur eine professionelle politische Klasse imstande sei, alle Politikfelder im Sinne der Bürger in einem größeren Wirkungszusammenhang zu überblicken<sup>37</sup>. Nur professionelle Politiker, also solche, die auf einen langen politischen Werdegang zurückblicken können, seien in der Lage, gute Politik als Ausgleich zwischen den differenten Bevölkerungsinteressen zu machen.

Als Ergebnis der so unterschiedlichen Einschätzung und der Bewertung von Berufspolitikern wird wohl Folgendes zu akzeptieren sein: ein Zusammenspiel lang wirkender Politikkarrieren mit der Notwendigkeit von Quereinsteigern und Querdenkern. Damit entgeht die SPÖ der Gefahr, dass sie mit wachsender Organisation und starr gleichbleibendem Personal immer mehr immobilisiert. Auf die Gefahr solcher Entwicklungen hat bereits Robert Michels hingewiesen, dass nämlich eine internationale Arbeiterbewegung „ihren revolutionären Schwung“ verlieren könne, dass sie träge wird, „faul nicht nur im Handeln, sondern selbst im Denken“ werde.“<sup>38</sup>

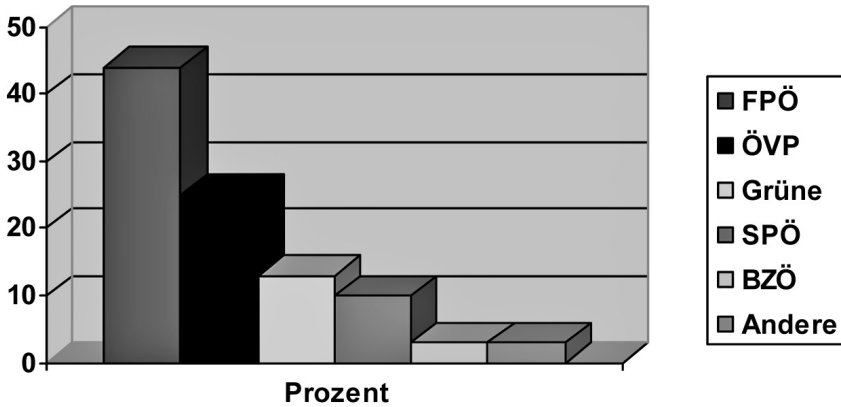
## 5. Die Partei ohne Nachwuchs

Der Parteitag der SPD in Münster im Jahre 1988 stand unter dem Motto: „Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft“<sup>39</sup>. Diese prophetische Aussage wurde mittlerweile in allen Parteien mehr als bestätigt. Die SPÖ hat nach dem Wahldebakel der Nationalratswahl 2008 nicht nur die Jugend verloren, sondern auch ihre Wählerschaft jenseits der Basisanhänger und ist mit 29,7% von einer Großpartei zu einer Mittelpartei abgesunken. Wahlverluste bewirken in der Folge auch eine Minderung des Selbstbewusstseins, der Identität und der Krisenresistenz.

Die SPÖ hat demnach die „Kinder der Konsumgesellschaft verloren, denn sie wurden mit dem Glaubensbekenntnis des Materialismus groß, dass jede Leistung eine Gegenleistung verlangt“<sup>40</sup>. Bei den Nationalratswahlen am 28. 9. 2008, bei der erstmals bereits 16- und 17-Jährige zu den Wahlurnen gerufen wurden, haben diese sich den etablierten Großparteien SPÖ und ÖVP verweigert. Fast die Hälfte aller Wähler unter 30 Jahren hat die FPÖ

des H.-C. Strache gewählt (44%). Der ÖVP haben 25% ihre Stimme gegeben, nur jeder zehnte Jungwähler hat sich für die SPÖ erwärmen können.

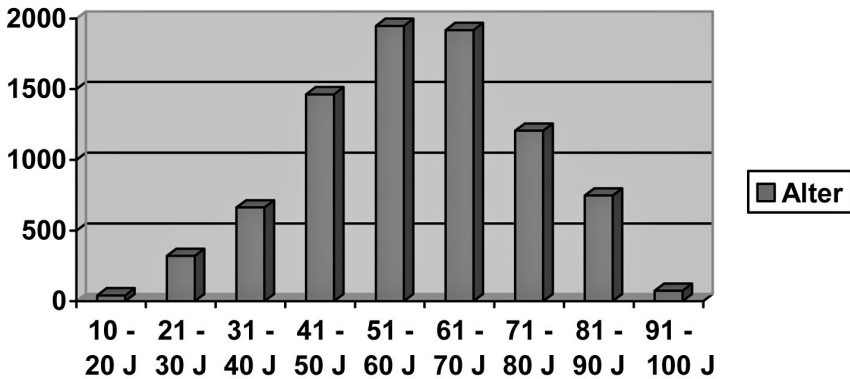
**Diagramm 9: Erstwählerverhalten (16–19-Jährige) bei der Nationalratswahl am 28. 9. 2008**



Quelle: Profil Nr. 41 vom 6. 10. 2008, 17.

In der Salzburger SPÖ müsste die Welt aufgrund der Landtagswahlen vom 1. 3. 2009 noch in Ordnung sein. Sie stellt nach wie vor mit Gabi Burgstaller die Landeshauptfrau und verfügt trotz leichter Verluste mit knapp unter 40% immer noch über eine respektable Größe. Doch einzelne Wahlergebnisse dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Partei auch nach dem großen Erfolg des Jahres 2004 die Mitglieder abhandengekommen sind, dass das Gros der Mitglieder grau geworden ist und aus Pensionisten besteht und die Funktionäre selbstzufrieden und müde geworden sind. Die Altersstruktur der Mitglieder der Salzburger SPÖ weist ein erschreckendes Bild auf, das die Führungsgarnitur zwingen sollte, sich des Problems ernsthaft anzunehmen. Denn die Jugend als die Führungscrow der Zukunft ist beinahe nicht sichtbar, während die Pensionisten den Überhang bilden.

**Diagramm 10: Altersstatistik der Mitglieder der Salzburger SPÖ  
(Stand: Mai 2009)**



Quelle: Angaben der Landesgeschäftsleitung der Salzburger SPÖ (Stand: Juni 2009).

42 Mitglieder sind unter 20 Jahren alt, 984 befinden sich im Alter zwischen 21 und 40 Jahren, 3.412 Mitglieder befinden sich im Alter zwischen 40 und 60 Jahren. Die stärksten Gruppen bilden die 60–70-Jährigen (1.918 Mitglieder) und die 70–80-Jährigen (1.206). Die gesamte Anzahl der Mitglieder im erwerbsfähigen Alter (4.069 Mitglieder) ist nur geringfügig höher als die Zahl der über 60-Jährigen (3.945). Sogar die Zahl der 80–90-Jährigen (747) ist mehr als doppelt so groß wie die der 20–30-Jährigen, ein bedenkliche Entwicklung. Mittelfristig sieht es also für die Entwicklung der Salzburger SPÖ alles andere als rosig aus.

Die Partei trägt aber selber ein gerüttelt Maß an Schuld an der Unterrepräsentation ganzer Bevölkerungsgruppen und Altersschichten. Folgende Gründe lassen sich ausmachen:

- Die Schleusen für die Aufnahme eines Kandidaten/einer Kandidatin sind immer enger geworden, weil die der Partei nahestehenden Verbände der Arbeiterkammer und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes massiven Druck ausüben, ihre Repräsentanten in den Parlamenten zu verankern. Dadurch wird ein deutliches Insider-Outsider-Gefälle erzeugt und ein politischer Machtzirkel von Funktioniären geschaffen, die den Zutritt geschafft haben.
- Für neue Kandidaten ist es überhaupt schwer, ins Landesparlament oder in den Nationalrat einzurücken, weil der Amtsbonus von amtierenden Mandatären – auch wenn diese in der Bevölkerung als graue Mäuse wenig oder gar nicht bekannt sind – ein unüberwindbares Hindernis darstellt. Zudem haben diese Mandatare für die Erstellung von

Wahlvorschlagskommissionen ihre Netzwerke, die ihnen den Weiterverbleib sichern. Im Grunde gibt es innerhalb der Parteien keinen geregelten politischen Wettbewerb mit Offenheit des Zugangs und Fairness der Erfolgchance. Das Interesse der bereits etablierten Mandatäre, die überwiegend in den Bezirksvorständen und Wahlkommissionen vertreten sind, ist es, den Wettbewerb zu beschränken und nach Möglichkeit ganz auszuschalten<sup>41</sup>.

- c) Die Auswahlkriterien und Rekrutierungspfade sind nicht auf Fachkompetenz, Führungsfähigkeit, kommunalpolitische Erfahrungen oder öffentliche Wirksamkeit angelegt. Entscheidend sind allein die Parteiverankerung und die Vernetzung mit den entscheidenden Auswahlgremien. Die dadurch notwendige Ochsentour in der Partei erfordert viel Zeit und ist für Hochqualifizierte, die häufig auch beruflich einen Ortswechsel vornehmen müssen, praktisch unmöglich. Die so von ihren Parteien oft völlig abhängigen Mandatsträger tendieren daher zu Parteisolddaten und geben bei ihren Entscheidungen stets der Parteiräson und damit der sicheren Wiederwahl den Vorzug. Besonders erschreckend ist es, wenn Abgeordnete auf einem sicheren Mandat des Landtages gleichzeitig für den Nationalrat kandidieren. Den Entscheidungsträgern in den Wahlgremien scheint nicht bewusst zu sein, dass der Bevölkerung dadurch suggeriert wird, die Partei habe keine Personalreserven mehr.
- d) Die Auswahlverfahren sind zu starr und prozedural völlig undurchsichtig. Die SPÖ schreckt davor zurück, die künftigen Kandidaten einer Abstimmung durch die gesamten Mitglieder und schon gar durch die Bevölkerung im entsprechenden Wahlkreis zu unterziehen. Klaus von Dohnanyi vertritt in überspitzter Form sogar die Auffassung, die politische Funktionärsschicht sei praktisch „erfolgsunabhängig“. Sie wolle häufig nicht einmal Wahlen gewinnen, sondern nur ihre eigene Wiederwahl sichern<sup>42</sup>.
- e) Das Fehlen einer kontinuierlichen und strategisch geschulten Funktionärscrew hat eine äußerst negative Folgewirkung. Es eröffnet nämlich den Mitarbeitern der bürokratischen Parteiapparate die Möglichkeit, ohne entsprechende persönliche und politische Qualifikationen in Karriereverläufe ein- und aufzusteigen. So sind seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts Bedienstete der Partei, der Interessensvertretungen Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer sowie Beamte bei Weitem überrepräsentiert in den Parlamenten vertreten.
- f) Die künftigen Mandatsträger in Regierung und Parlamenten müssen sich keinem Wettbewerb stellen. Interne Abstimmungen oder gar die Einbeziehung aller Parteimitglieder bei personellen Auswahlverfahren sind mühsam und hinterlassen für unterlegene Kandidaten schmerzhaft Erfahrungen. Trotzdem muss verlangt werden, dass alle Bewerber

ber um ein politisches Mandat hinreichend politisches Wissen und persönliche Qualifikationen nachweisen können, ehe ihnen die politische Macht überantwortet wird. Damit würde der Basis – die so oft in Parteitagsreden beschworen wird – ein echtes Mitspracherecht eingeräumt und würde die Attraktivität der Kandidaten erheblich gesteigert werden. Stufenweise Auswahlverfahren würden dem Mitgliederchwund begegnen und auch die Wahlchancen einer Partei erhöhen. In Großbritannien haben Kampfabstimmungen in allen Parteien eine lange Tradition. In den USA werden die Präsidentschaftskandidaten einem langwierigen Vorwahlverfahren (Primaries) unterzogen. So weit müsste man nicht gehen, aber gerade die SPÖ als eine von unten nach oben strukturierte Partei müsste doch erkennen, dass auch in Frankreich, Italien oder Israel Primaries nach US-amerikanischen Muster schon längst angewendet werden<sup>43</sup>. Die Auswahl von Spitzenmandatären hinter verschlossenen Türen durch eine kleine Zahl von (zumeist parteiabhängigen) Funktionären sollte der Vergangenheit angehören. Die Urabstimmung über seine Person als Parteivorsitzender, die Gerhard Buchleitner in einer für die SPÖ krisenhaften Zeit durchgeführt hat, sollte eigentlich durch eine Verankerung in den Parteistatuten zur basisdemokratischen Gewohnheit werden.

- g) Aus dem Reservoir erfahrener und erfolgreicher Bürgermeister ließe sich durchaus ein Teil tatsächlich kompetenter Kandidaten für Parlamente und Regierungspositionen rekrutieren. Allerdings hatte die SPÖ bereits in der Ära des Parteivorsitzenden Wolfgang Radlegger Doppelfunktionen grundsätzlich untersagt. Ausnahmefälle bedurften stets einer Genehmigung durch den Landespartei Vorstand. Die ÖVP hatte diesbezüglich weniger Bedenken und schickt ihre erfolgreichen Kommunalpolitiker auch in den Landtag<sup>44</sup>. Erst bei der SPÖ-Landeskonferenz am 10. 10. 2009 wurde diese statutarische Regelung wieder beseitigt. Nun dürfen auch SPÖ-Ortschefs von Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern ins Landesparlament einziehen.
- h) Der Zeitaufwand von Landespolitikern ist beträchtlich angestiegen, da neben der parlamentarischen Arbeit und der Verankerung und ständigen Anwesenheit in diversen Gremialsitzungen das Erfordernis der medialen Präsenz dazukommt. Dies hat Auswirkungen auf eine konzeptionelle Arbeit und zukunftsorientierte Strategien.

Einen „cursus honorum“ (Anton Pelinka), also eine klar vorgegebene Laufbahn für Spitzenpolitiker mit einem deutlich ausgeprägten Anforderungsprofil gibt es weder auf Bundes- noch auf Länderebene. In der SPÖ herrscht vorrangig das Modell der reinen politischen Karriere vor. Junge ambitionierte Parteimitglieder beginnen zumeist bereits während ihrer Ausbildungszeit eine besoldete politische Berufsausübung, entweder als

Parteiangestellte oder als Mitarbeiter von Regierungsmitgliedern sowie als Angestellte der Arbeiterkammer oder der Gewerkschaft, indem sie der Politik zuarbeiten. Das zweite in der SPÖ vorherrschende Modell einer politischen Karriere ist das „Ersatzungsmuster“. Man beginnt frühzeitig in Jugendorganisationen, Gemeindevertretungen oder in Hochschüler-schaftsämtern. Als Treueprämie für langgediente treue Mitarbeit gewährt die Partei sodann einen sicheren Listenplatz. Wichtig für das Erklettern der politischen Karriereleiter ist das rechtzeitige Spannen von Netzwerken auf Sektions- bzw. Bezirksebene. Die Gefahr lauert in der Tatsache (sowohl für den politischen Mandatar als auch für die Partei), dass solche Politik-erfallenen nie einen bürgerlichen Beruf ausüben und daher vom politischen Mandat lebenslang abhängig bleiben.

Quereinsteiger (Crossoverkarrieren) haben es in der Sozialdemokratie besonders schwer. Sie haben keine Erfahrung in politischen Vorfeldorgani-sationen, sind daher auch im parteipolitischen Biotop besonderen Gefahren ausgesetzt, weil sie in der Politik mit ihrem Arbeitsstil sofort in die Rolle des naiven Amateurs gedrängt werden. In Zeiten schwindenden Vertrauens in die Politik wurden aber – vor allem in der ÖVP und FPÖ, weniger in der SPÖ – Prominente aus Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Medien in politische Positionen geholt, um der Zivilgesellschaft zu demonstrieren, dass Politik nicht nur ein Handlungsfeld für Funktionäre aus den Parteiapparaten sein darf<sup>45</sup>.

In Salzburg holte LHStv Wolfgang Radlegger als ersten Quereinsteiger und sozialdemokratischen Querdenker den Professor für Arbeits- und Sozialrecht Klaus Firlei in den Landtag. Mit der Aufdeckerin des WEB-Skandals, der jungen AK-Konsumentenschützerin Gabi Burgstaller, brachte später LHStv Gerhard Buchleitner ein politisches Zugpferd in den SPÖ-Stall. Burgstaller wiederum holte sich die Ergonomieberaterin Gudrun Mosler-Törnström in den Landtag, die ab Dezember 2008 zur Präsidentin des Landtages aufstieg<sup>46</sup>. Der Arbeitsmarktexperte Erwin Buchinger wurde von Burgstaller als „Mister Arbeit“ 2004 in die Landes-regierung geholt und stieg später zum Sozialminister der Regierung Gusenbauer auf. Diese Personen sind aber die seltenen Ausnahmen, welche die Regel bestätigen, dass die SPÖ-Funktionäre im Allgemeinen allergische Reaktionen zeigen, wenn ein(e) KandidatIn sich nicht der politischen Och-sentour unterzogen hat und lang gediente Funktionäre überspringt. Der Promi-Effekt und die im Berufsleben erworbene Kompetenz werden in der SPÖ geringer bewertet als die politischen Vordienstzeiten.

Die SPÖ sollte sich verstärkt um eine optimierte Auswahl künftiger Funktionsträger kümmern. Die Rekrutierung einer den Erfordernissen entsprechenden politischen Elite ist eine der Kernaufgabe jeder politischen Partei. Es geht nicht an, dass eine kleine Zahl von Funktionären, die selbst in den Vertretungsorganen Mandate ausüben, selbst die Wahlvorschlags-

kommissionen, die aus den engsten Mitstreitern bestehen, zusammenstellen und dann den Parteitage delegierten auf Bezirks- und Landesebene keine Auswahl ermöglichen. Eine Abstimmung über künftige Funktionsträger in Landtag und Parlament durch die Parteimitglieder, die eine tatsächliche Repräsentativität ergeben würde, wird bewusst verhindert.

Will man die Zukunft der Partei absichern und nicht bloß die Diäten bereits tätiger Mandatäre, so müsste die SPÖ endlich dazu übergehen, die Auswahl künftiger Mandatsträger aufgrund ihrer politischen, wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen und kulturellen Kompetenzen sowie ihrer moralischen Integrität zu treffen. Unentbehrlich sind zunehmend Politiker, die nicht aus Sektionszirkeln und politischen Lobbies ihre Legitimation erbringen, sondern sich schon vorher beruflich bewährt haben und auch als Politiker ein nicht zu geringes Ausmaß an innerer und äußerer Unabhängigkeit gegenüber der Partei aufweisen können. Dies würde die Gefahr „personalpolitischer Monokulturen“ (Manfred Perterer) einschränken.

In „Österreich neu“, einem Report ausgewählter Experten an Bundeskanzler Franz Vranitzky, wurden bereits 1994 klare Vorgaben für eine zukunftsweisende Personalrekrutierung der SPÖ ausgesprochen: *„Gefragt sind Politiker, die wissen, was im Wählervolk vorgeht, ohne ihm deshalb automatisch nach dem Mund zu reden, die ihre Mitarbeiter nach den Kriterien von Sensibilität, Redlichkeit und Intellektualität auswählen und nicht nach denen von Hörigkeit, Loyalität und Opportunismus. Gefragt sind Politiker, die Zeit für gesellschaftliche Diskurse nicht als verloren ansehen, die das als Stärke, nicht als Schwäche begreifen“*<sup>47</sup>. Der Appell an die SPÖ war eindeutig, die daraus erfolgende Veränderung in der Personalauswahl lässt jedoch auf allen Ebenen weiter auf sich warten. Die nicht mehr aufhaltbare Amerikanisierung der Politik verwandelt das politische Handeln zum Marktgeschehen. Parteien und Themen lassen sich scheinbar nur mehr über „Persönlichkeiten“ verkaufen.

Diese Ausrichtung auf Berufspolitiker, die zwar eine Professionalisierung der Politik bewirken, aber das Leben außerhalb der Politik nicht mehr ausreichend wahrnehmen, bewirkt, dass die SPÖ dem Charakter und den Anspruch einer wirklichen Volkspartei kaum mehr zu entsprechen vermag. Natürlich ist die Zeit der Mitglieder- und Kaderparteien längst vorbei, haben die Hochburgen der Industrie längst der Dienstleistungsgesellschaft Platz gemacht, sind Arbeiterviertel zu Ausländerquartieren mutiert und sind fest gefügte Ideologien und weltanschaulich fest gefügte Glaubensgebäude obsolet geworden. Das Schlimmste ist, dass die Funktionäre, die seit Jahrzehnten nach einer sozialen Zukunftsgesellschaft strebten und dafür Plakate klebten, in Ortsvereinen unbezahlte Funktionen übernahmen, heute keine Leitziele mehr haben. Die SPÖ ist daher auf dem Weg, eine Wählerpartei zu werden. Diese hat allerdings nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie über eine charismatische Führungspersönlichkeit, einen

Leitwolf verfügt, der ihr Substanz, Elan und Pathos vermittelt und sie antreibt. Ob das der Salzburger Sozialdemokratie immer beschieden sein wird, bleibt abzuwarten.

Die amtierende Landeshauptfrau und Landesparteivorsitzende der SPÖ, Gabi Burgstaller, hat erkannt, dass die derzeitige, von den Parteistatuten vorgegebene Personalrekrutierung für Mandate in Landtag und Nationalrat nicht die optimale Elitenauswahl darstellt: *„Die aktuelle Personalrekrutierung ist wenig zufriedenstellend, weil die Bezirke naturgemäß nicht die gesamte Zusammensetzung der Landtagsfraktion vor Augen haben, sondern die Bezirksinteressen. In einer Struktur, wie sie in der SPÖ durch die Statuten festgelegt ist, ist es schwierig, die Mitstreiter auszuwählen, die meinen persönlichen Vorstellungen am ehesten nahekommen. Die Zielsetzung sollte stets sein, das beste Angebot zu entwickeln und dafür die qualifiziertesten Menschen der Sozialdemokratie auszuwählen und zu fördern. Es ist daher notwendig, eine Statutenänderung zugunsten eines optimalen Gesamtergebnisses auf Landesebene durchzuführen“*<sup>48</sup>.

Der SPÖ sind die Jungmitglieder ausgegangen, und die Jugendorganisationen von Kinderfreunden, Sozialistischer Jugend (SJ), Junger Generation (JG) bis zum Verband Sozialdemokratischer Studenten (VSSStÖ) sind von Nachwuchssorgen geplagt. Eigentlich handelt es sich bei allen diesen Vorfeldorganisationen um sektenhafte Gebilde, die nur bei Parteitag in Erscheinung treten.

Überhaupt scheint die Zeit der diskussionsfreudigen bis -wütigen und selbstbewussten Jugendorganisationen vorbei zu sein. Lediglich der Verband sozialistischer Studenten (VSSStÖ) ist in der Hochschülerschaft durchaus respektabel vertreten, widmet sich aber fast ausschließlich seinen Standesangelegenheiten. Die durch die kritischen Diskurse der Jungsozialisten aufgeheizten und zeitlich ausgeweiteten Landesparteikonferenzen von früher haben einer Promotionkultur, ähnlich den Präsentationen von neuen Automodellen, Platz gemacht. Präsentation statt Diskussion ist die neue Devise. Den Anspruch einer breiten Volkspartei kann unter diesen Aspekten die SPÖ nicht mehr erfüllen, sie ist zur Wahlpartei amerikanischen Musters mutiert.

Die Jugend wird nicht nur aus Gründen der Demografie ein immer stärker nachgefragtes Gut. Während der Erfolg der SPÖ in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die geburtenstarken Jahrgänge nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen war, werden in einer ergrauenden Gesellschaft die Pensionisten immer bedeutsamer. Es fehlen der SPÖ seit der Zeit, als die Person Bruno Kreiskys gerade auf die Studenten einen starken Sog ausübte, zwei ganze Generationen. Heute haben die Parteien die Chance verloren, Orte des Engagements zu werden. Seit damals gibt es einen massiven Einbruch im Zulauf junger Menschen. Aus der Partei der Babyboomer ist eine Partei der grauen Panther geworden.



Die Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung hat diesen Einbruch verstärkt. Die jungen Menschen in den achtziger Jahren sind damals in Massen zu den Grünen gelaufen, weil sie von der etablierten Politik der Großparteien enttäuscht waren. Gerade die aktions- und protestbetonte Mitwirkungsform der Grünen hat damals viele Studenten angezogen<sup>49</sup>. Seither fühlen sie sich aber wieder wirkungsohnmächtig und als politische Kraft bedeutungslos. Die Politikwissenschaft spricht allgemein von einer „politischen Einmischungsverarmung“ (Elmar Wiesendahl). Da Demokratie nicht anderes besagt, als sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen, würde dies insbesondere das Engagement der Jugend erfordern, deren Zukunft durch die Politik der Gegenwart bestimmt wird.

Dennoch schlagen den Parteien keine grundsätzlich feindlichen Ressentiments entgegen, auch steht die demokratische Ordnung keineswegs am Pranger. Was die Jugend anödet, ist die konkret erlebte Parteienwirklichkeit mit den Sitzungs- und Entscheidungsritualen in den Parteigremien, vom Ortsausschuss über die Bezirksgruppen bis zum Landesparteivorstand. Der Jugend von heute ist das Freizeitopfer früherer Funktionärgenerationen nicht mehr zumutbar. Der Wertewandel hat eine deutliche „Gewichtsverlagerung von den Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu den Selbstentfaltungswerten“ gebracht<sup>50</sup>. Es sind nicht mehr Verantwortungsgefühl für und Teilhabe am Gemeinwohl, sondern ausschließlich die eigenen Lebensinteressen, die zur Instanz des Denkens geworden sind. Parteiveranstaltungen sind spannungslos, ohne Reizwechsel und Spontaneität, ohne Action, ohne Sinnlichkeit, also insgesamt spaßlos. Abgesehen von einem kleinen, unverwüstlichen Bodensatz meiden Jugendliche schon seit den achtziger Jahren Parteiveranstaltungen und sind nicht mehr in der Lage, ihren eigenen politischen Anspruchsbedarf aufzufüllen<sup>51</sup>.

## 6. Ethos und Kampagnen

Wieder ist es der Parteienforscher Franz Walter<sup>52</sup>, der den Parteien vorhält, dass

1. sie ihre Ideen, ihr spezifisches Ethos verloren haben,
2. sie keine Programmatik mehr haben, die über die Sinnfrage und Zielperspektive des politischen Einsatzes nachdenkt,
3. und dass sie keine scharfen Kontroversen in profilierten Parteiflügeln mehr führen, in denen nachwachsende Eliten politische Härte und argumentative Schärfe lernen könnten,
4. es schließlich in den Parteien nicht mehr den politischen Anführer gibt, für den sich jugendliche Prätorianergarden bereit sind zu

schlagen. An die Stelle der Führer sind die politischen Moderatoren getreten. *„Entschlossene, instinktsichere, durchsetzungsfähige und inhaltlich profilierte Politiker sozialisieren sich in der leidenschaftlichen Feldschlacht, im offenen Schlagabtausch, im wilden Disput, nicht in einminütigen gefälligen Statements vor der Kamera.“*<sup>53</sup>

Wo das Ethos als kämpferische Kraft fehlt, scheint auch das Bemühen um Mitglieder nicht mehr von Interesse zu sein. Offenbar glauben die Parteien, dass Marketingexperten und Spindoktoren mehr an Wirkung erzeugen als eine ausreichend große Zahl von Mitgliedern. Man nimmt den Mitgliederschwund achselzuckend hin und verweist darauf, dass es jeder Partei und auch den Kirchen gleich ergeht, dass also die Bindungsfähigkeit der Menschen ganz allgemein schwindet. Manchmal scheint es, als wären Mitglieder mit ihren sozialromantischen Träumereien, dass die Partei auch eine Heimat sei, nur mehr Ballast, die einer modernen Kampagnenfähigkeit eher hinderlich sei<sup>54</sup>.

Die moderne Wahlforschung in den europäischen Ländern allerdings hat nachgewiesen, dass Kampagnen nur funktionieren, wenn sie nicht nur als mediale Kunstprodukte für Aufmerksamkeit sorgen, sondern von einer starken Mitgliederzahl und einer straffen Organisation gestützt werden. Denn die Mitglieder sind die stärkeren Seismografen für die politische Stimmungslage und politische Veränderungen als es die Meinungsforschungsinstitute mit ihren knappen Samples je vermögen. Sie sind es vor allem, die die Stimmungslage zu den Politikern so rechtzeitig nach oben transportieren können, dass daraus konsequente Veränderungen gesetzt werden können. Es sind die Erfahrungsräume der Mitglieder und ihrer Familien und Freunde, die einen Reformkurs zu bewirken vermögen. Jede Partei braucht Energie, ein Ziel, leidenschaftliche Akteure und eine charismatische Leitfigur.

Darin liegt auch das Problem der Salzburger SPÖ. Die Parteichefin Gabi Burgstaller hat das Charisma und die Fähigkeit, die Menschen für sich einzunehmen. Aber sie will vor allem Landeshauptfrau, nicht aber so sehr Parteiführerin sein. Die Fülle des Tagesgeschäfts und der überbordende Terminplan lassen keinen Raum, sozialdemokratische Programmatik neu zu definieren. Vielleicht sollte sich die Partei statt der vielen bezahlten Werbeeinschaltungen einen geschäftsführenden Parteiobmann leisten, der, durch keine Regierungsgeschäfte und -verantwortung eingeschränkt, Vordenker und Stratege und Handlungsbevollmächtigter der Partei in einem sein könnte. Eine Persönlichkeit, die sich keiner Landtagswahl stellen muss, die auch einmal von visionären Höhenflügen auf den Boden der Realität heruntergeholt werden kann, wenn er die möglichen Denkvarianten allzu sehr überschreitet. Eine kantige Figur, die nicht auf Inszenierung aus ist, sondern die politische Szene beherrscht. Denn die *„Mediengesell-*

*schaft hat nur vor solchen Politikern Respekt, die am Kern des Politischen selbstbewusst und kantig festhalten, die um die Gunst der Journalisten nicht buhlen, die eben nicht um alles in der Welt gefallen wollen.*<sup>55</sup>

Die klassische Mitgliederpartei hat schon längst aufgehört zu existieren. Sie wird abgelöst durch die Medien- und Rahmenpartei oder die professionalisierte Partei amerikanischen Zuschnitts. Dabei hätten die Parteien durchaus die Chance, mehr Menschen aktiv in die Parteiarbeit einzubinden. Wesentliche Mittel wären

- die Öffnung direkt-demokratischer Instrumente innerhalb der Partei bei der Auswahl der Führungskräfte,
- die Einführung direkt-demokratischer Vorwahlen, bei denen auch Nicht-Mitglieder stimmberechtigt sein sollten (durch andersfarbige Stimmzettel) und
- die Öffnung der Partei für Seiteneinsteiger.

Dass dies keine sinnlosen und realitätsfremden Vorschläge sind, zeigt eine Mitgliederbefragung unter SPD-Mitgliedern vom Sommer 2000<sup>56</sup>. Demnach finden 78% der SPD-Mitglieder die Öffnung der Partei für Seiteneinsteiger gut, wollen 81% über die Auswahl des politischen Personals mitbestimmen. Urwahlen zur Nominierung von Kandidaten würden 74% begrüßen. Solche Mitgliederbefragungen sollten eben nicht nur in Zeiten einer argen Parteikrise, wie sie Gerhard Buchleitner nach den Gemeinderatswahlen 1992 oder die SPD nach dem Rücktritt des damaligen SPD-Bundesvorsitzenden Björn Engholm erlebten, sondern ständige Einrichtungen werden. Immerhin gelang es der Salzburger SPÖ damals, 53% ihrer Mitglieder zur Urabstimmung über ihren Parteivorsitzenden zu bewegen, der SPD gelang es, 56,7% der Mitglieder zur Wahl von Rudolf Scharping zu mobilisieren<sup>57</sup>. Dadurch würde das Mitglied sich seiner Bedeutung bewusst sein und sich nicht nur als Beitragszahler behandelt fühlen. Das Partizipationsverhalten heute bedarf also einer neuen Betroffenheitsorientierung, denn nur mit neuen Formen der Mitwirkung lassen sich Mitglieder gewinnen bzw. halten.

Die Partei befürchtet, dass durch solche neuen Formen der Kandidatenerstellung die bisherige (von oben diktierte) Geschlossenheit der SPÖ in Gefahr geriete. Öffentliche innerparteiliche Differenzen würden die Wahlchancen schmälern, weil die Medienberichterstattung darüber ein Bild der Zerrissenheit zeichnen würde. Eine selbstbewusste Partei würde diesem Bild allerdings energisch entgegentreten und den Beweis erbringen, dass der offene Diskurs in einer Partei Zeichen von zukunftgestaltender Stärke und Selbstbewusstsein ist. Der Gewinn daraus wäre eine bessere oder doch zumindest besser legitimierte Kandidatenriege in den Parlamenten.

## 7. Strategie ohne Werte oder Werte ohne Strategie?

Die Menschen laufen heute den Parteien davon oder sie laufen – wie die Wahlen der letzten beiden Jahrzehnte bewiesen haben – zwischen den Parteien bindungslos hin und her. Vor allem die Jungen, die Gebildeten und die Mobilen haben eine längerfristige Affinität zu einer Partei längst hinter sich gelassen. Der renommierte österreichische Politologe Anton Pelinka hat schon anlässlich einer Tagung des Salzburger sozialdemokratischen Landtagsklubs in den neunziger Jahren gesagt: „*Die heutige SPÖ kennt, so scheint es oft, weder ihre Aufgabe, noch ihre Adressaten*“<sup>58</sup>.

Es geht aber nun nicht darum, sich wieder als die Partei der Arbeitnehmer zu definieren. Es ist eine Existenzfrage der Sozialdemokratie, sich für die modernen Schichten attraktiv zu machen. Sie muss jene 16- bis 30-Jährigen gewinnen, deren Abwanderung das eigentliche Alarmzeichen ist. Für die jungen Menschen, für die gebildete Mittelschicht wird die SPÖ aber nicht attraktiv, wenn sie ihre Wahlschlachten mit den Argumenten von gestern schlägt. Sie müsste sich darauf besinnen, die denkoffenste Fortschrittspartei zu werden und die Probleme energisch anzupacken, die es zu lösen gilt. Die unangenehmen Wahrheiten müssen rechtzeitig angesprochen werden und dann auch danach gehandelt werden:

- Ein neues Pensionskonzept muss erarbeitet und umgesetzt werden,
- die Krankenanstalten- und Gesundheitsfinanzierung, die im letzten Nationalratswahlkampf überhaupt keine Rolle spielte, gehört aus dem Kompetenzwirrwarr von Sozialversicherungen, Bund und Ländern herausgelöst,
- die Bundesstaatsreform muss endlich verwirklicht werden und
- der öffentliche Dienst sollte einheitlich geregelt und leistungsorientiert bezahlt werden.

Die SPÖ braucht aber auch eine neue Form der Parteiarbeit. Statt der längst überholten und für junge Menschen völlig unverständlichen Funktionszirkel, die sich im Organisatorischen erschöpfen, braucht die Sozialdemokratie eine offenere Form des Bürgerdialogs und der Bürgerbeteiligung. Die SPÖ muss sich auch mehr der Ausbildung ihrer Führungselite widmen. Man braucht Funktionsträger, die fürs politische Herz und die politisch-gewerkschaftliche Großfamilie wirken, aber genauso Mandatare für die modernen, parteiungebundenen Schichten.

Die Entscheidung, welchen Weg die Sozialdemokratie gehen soll, ist schwer:

- Entweder wählt sie die Strategie ohne sozialdemokratische Werte, d. h. sie strebt nach Macht oder Erhaltung der Macht bei gleichzeitigem stufenweisen Aufgeben sozialdemokratischer Prinzipien,
- oder sie entscheidet sich für die Werte ohne Strategie. D. h., sie betont ihre sozialdemokratischen Positionen ohne anzudeuten, wie man sie umsetzen möchte. Eine ideologische Gewissenshygiene ohne Handlungsfähigkeit, wie sie von den sozialdemokratischen Jugendorganisationen bei Parteitagungen oft beschworen wurde, vergisst jedoch, dass Umsetzung immer Macht, d. h. Regierungsverantwortung braucht.

Bei Abwägung der beiden Möglichkeiten scheint sich klar herauszustellen, dass keiner dieser Wege zum Ziel führt. Es bleibt nur der dritte Weg übrig (der sich allerdings nicht mit dem Dritten Weg von Anthony Giddens<sup>59</sup> deckt), dass es sich nur auszahlt zu gewinnen, wenn man dabei die sozialdemokratischen Perspektiven nicht aus dem Auge verliert. Es allen recht zu machen, schafft keine Partei. Daher wird es die Catch-all-Partei auch in Zukunft nicht geben können. Was sich aber bezahlt macht, sind Konfrontationen bei Themen, weil dadurch eine Partei nicht nur Profil und Konturen erkennbar macht, sondern sie auch wählbar macht. Politik statt Organisation muss die Zielsetzung werden. Die SPÖ darf nicht den Kardinalfehler begehen zu glauben, dass neue Organisations-, Präsentations- und Veranstaltungsmodelle (Themensektionen, Straßenaktionen, Bodenzeitungen, Runde Tische etc.) die BürgerInnen stärker an sie binden werden. Diese Modelle können die Politik nur unterstützen, können auf sie aufmerksam machen. Genauso wenig wie attraktive Persönlichkeiten können solche neuen strukturellen Präsentations- und Organisationsmuster gute Politik ersetzen oder gar schlechte Politik wettmachen.

Der sozialdemokratische Vordenker Egon Matzner hat darauf hingewiesen, dass es zu den Merkmalen sozialdemokratischer Politik von jeher gehörte, dass die führenden Persönlichkeiten von Zeit zu Zeit ihren Mitgliedern und Vertrauensleuten und den Wählern ihrer Partei die Ursachen von sozialen Missständen in großen Reden oder Vorträgen und in für das Volk verständlichen Schriften erklärt haben. Davon sind die Parteiführer von heute abgekommen, weil sie, ständig bedrängt von Journalisten, nur mehr knappe Wortspenden (sogenannte bullet points) in Mikrofone oder vor Kameras abgeben. Bruno Kreisky und Willy Brandt waren die letzten Sozialdemokraten, die sich dieser so eminenten politischen Aufgabe unterzogen haben<sup>60</sup>.

## ANMERKUNGEN

- 1 In: Weltbühne 14/1931, 500.
- 2 Walter (2008b). In: Spiegel-online Triumph der Topdogs, 3, ausgedruckt am 21.5.2008.
- 3 a.a.O.
- 4 Walter (2008a), 234.
- 5 Der Standard vom 30.9.2008.
- 6 s. SN vom 29.9.2009.
- 7 SN vom 29.9.2009.
- 8 Prisching (1998), 197 ff.
- 9 a.a.O., 197 ff.
- 10 a.a.O., 110.
- 11 a.a.O., 123.
- 12 Walter (2000), (2001), (2008a).
- 13 Pelinka (2005), 71.
- 14 s. Thaler (2008), 43; Arnim (2002), 259.
- 15 Wiesendahl (2006), 108.
- 16 a.a.O., 110.
- 17 a.a.O., 105.
- 18 Scheer (2003), 205.
- 19 Walter (2004), 41.
- 20 Zit. nach Scheer (2003), 206.
- 21 Radlegger (1989), 27.
- 22 Weidenfeld, Vorwort.
- 23 Langer, 61.
- 24 Zit. nach Leinemann, 30.
- 25 s. Geißel.
- 26 Weber, 16.
- 27 Best/Jahr, 79.
- 28 Borchert; von Arnim (1997); Erwin K. und Ute Scheuch; Langer.
- 29 Borchert, 40 ff.
- 30 Langer, 60.
- 31 a.a.O., 61.
- 32 a.a.O., 62.
- 33 Thaler (2008).
- 34 Katz/Mair.
- 35 Schumpeter, 459.
- 36 Michels, 370.
- 37 Geißel, 84.
- 38 Michels, 347.
- 39 Wiesendahl (2001), 7.
- 40 Profil vom 6.10.2008, 17.
- 41 Arnim (2001), 25.
- 42 Zit. nach Arnim (2004), 3.
- 43 Der Standard vom 1.10.2008.
- 44 So befinden sich derzeit von der ÖVP die Bürgermeister von Hallein, Pfarrwerfen und Stuhlfelden im Landtag. Von der SPÖ war zuletzt Walter Thaler bis 1993 gleichzeitig Bürgermeister und Landtagsabgeordneter.
- 45 s. Thaler (2008).
- 46 Seit April 2009 fungiert sie als 2. Landtagspräsidentin.
- 47 Pelinka/Thurnher (1994), 39.
- 48 Interview des Verfassers mit LHF Burgstaller am 7.5.2009.
- 49 Wiesendahl (2001), 12.

- <sup>50</sup> Wiesendahl (1996), 223 ff.  
<sup>51</sup> Wiesendahl (2001), 9.  
<sup>52</sup> Walter (2001), 5.  
<sup>53</sup> a.a.O., 6.  
<sup>54</sup> Walter (2004b), 1.  
<sup>55</sup> Walter (2001), 6.  
<sup>56</sup> Polis. SPD-Mitgliederbefragung 2000. Zusammenfassung der Ergebnisse und Datendokumentation. München 2000.  
<sup>57</sup> Kießling, 33.  
<sup>58</sup> Mitschrift des Verfassers.  
<sup>59</sup> s. Giddens.  
<sup>60</sup> Matzner, 173.

## Kapitel 4

### Links – eine erstrebenswerte Vision

*Links ist für manche eine erstrebenswerte Vision,  
für andere eine hinreichend diskreditierte Illusion.  
Links ist für manche Hoffnung auf eine bessere Welt –  
mindestens auf ein besseres eigenes Leben,  
für andere die Verleugnung der Realitäten in dieser Welt.  
Links ist für manche ein stolzes Banner, für andere  
ein grobes Schimpfwort. Den einen ist es Glauben,  
den anderen eine Ketzerei.*  
(Franz Müntefering)

#### 1. Möglichkeiten für eine zukunftsorientierte linke Politik

Politiker täuschen – besonders vor Wahlen – gerne vor, was sie alles können. Das ist zumeist plumpe Wählertäuschung, denn gerade in den letzten Jahrzehnten haben sich zwei Veränderungen vollzogen, die einen solchen Handlungsanspruch und eine Machtvollkommenheit der Politik ausschließen<sup>1</sup>:

1. Die gesamtgesellschaftliche Solidarität droht immer mehr auseinanderzubrechen und ist durch eine vorherrschende individuelle Interessenssicht abgelöst zu werden. Die Wahrnehmung wird nicht mehr durch eine gemeinsame Weltsicht, sondern beinahe ausschließlich durch die eigene Geldtasche dominiert.
2. Durch die Globalisierung bzw. den Neoliberalismus sind soziale Interessen nicht mehr vom Staat steuerbar. Politik ist daher im Wesentlichen mit Randthemen beschäftigt. Dort, wo soziale Schieflagen noch national oder regional beeinflussbar sind (Heizkostenzuschüsse, Pendlerpauschale, Erhöhung des Kilometergeldes, etc.), wird mit Minimalkorrekturen am Gesamtgefüge herumgedoktert. Gesellschaftsveränderungen vollziehen sich nicht als Ergebnis eines politisch klar deklarierten Regierungswillens, sondern als undurchschaubare Interessenspolitik unbekannter Konzernmanager und international agierender Fondsgesellschaften.

So sind Regierungspolitik und insbesondere Landespolitik nicht mehr Gestaltung des Gesellschaftswillens. Die Parteien – ob konservativ oder



sozialdemokratisch – sind, da sie ja zur Mitte drängen, nicht nur ideologisch mittelfixiert, sondern sie vertreten im Wesentlichen auch die gesellschaftliche Mittelschicht. Jene Teile der Gesellschaft, die unter die Armutsschwelle absinken und durch Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse einer ständigen Unterstützung des Staates bedürfen, spielen für die Großparteien kaum mehr eine Rolle. Diese soziale Unterschicht nimmt daher zumeist die „Volksparteien“ nicht mehr als ihre Vertretung wahr, sondern meldet sich entweder von der politischen Partizipation ab oder driftet zu den Heilslehren der Populisten. Das Prekariat (ungeschützt Arbeitende und Arbeitslose als neue soziale Gruppierung) von heute hat das Proletariat von gestern abgelöst.

Aber auch andere Teilgesellschaften werden von der Politik nicht mehr erreicht oder nehmen die PolitikerInnen nur mehr als Repräsentationsgruppe wahr. Auch in der obersten Einkommensklasse, dort wo man die Politik nicht mehr braucht, fühlt man sich von den politischen Institutionen nur mehr belästigt. Denn die Politik lebt in einer anderen Welt und sieht die Probleme zumeist mehr im eigenen Innenbereich als im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang.

Was der deutsche Journalist Richard Meng für die Bundesrepublik konstatiert, gilt für alle westlichen Gesellschaften und Politiken gleichermaßen<sup>2</sup>. Die politischen Parteien sind so sehr mit sich selbst und ihren inneren Prozessen der Entscheidungsfindung, der politischen Hahnenkämpfe, des Interessenausgleichs mit den neokorporatistischen Verbänden (Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Ärztekammer etc.) und der medialen Selbstdarstellung beschäftigt, dass sie kaum mehr eine Verknüpfung mit der realen Lebenswelt außerhalb finden.

Erschwerend kommt hinzu, dass der einfache Bürger überfordert ist, zwischen den vier verschiedenen Entscheidungsebenen: Kommune, Land, Bund und Europäische Union zu unterscheiden und den Schuldigen für sein persönliches Schicksal dingfest zu machen. Es ist immer die Politik, aber welche? Man schimpft daher über die Politik, ganz generell.

Daher tun sich auch die Demoskopien und Wahlforscher zunehmend schwer, präzise Voraussagen für Wahlen zu treffen. Denn ein zunehmend großer Teil der Wählerschaft hat sich von der Politik abgewendet. Erst unmittelbar vor der Wahl, oft erst in der Wahlkabine trifft man/frau dann seine Entscheidung aus Angst vor weiterer Entsolidarisierung. Wer zuletzt seine Versprechen am höchsten geschraubt hat, alles zu belassen, wie es ist, vor allem keine weiteren Einschränkungen mehr zuzulassen, hat dann nach der Wahl – vorausgesetzt die Partei hat auch einen einigermaßen charismatischen Leitwolf – die Nase vorn.

Gerade wegen der Globalisierung ist die Politik aber wieder mehr gefordert. Denn soziale Ungleichheit ist kein individuelles Handikap, sondern zumeist gesamtgesellschaftlich oder wirtschaftlich verursacht. Was Gesell-

schaft und Wirtschaft verschuldet haben, kann nur durch politische Maßnahmen repariert werden. Unzufriedenheit ist die Voraussetzung für jede Veränderung. Sie kann eine Zeit lang, sogar eine sehr große Zeitspanne in politische Apathie münden. Aber irgendwann wird sich die Unzufriedenheit entladen und dann die Regierenden hinwegfegen. Wo Machtversessenheit, Verfilzung zwischen Politik, Wirtschaft und Medien überhandnehmen, sind Verwerfungen das Ergebnis. Die Landtagswahlen in Salzburg (2004), der Steiermark (2005) und Tirol (2008) haben gezeigt, dass eine Machtelite, die gesellschaftlich nicht mehr legitimiert ist, auf Dauer keinen Bestand haben kann. Sie haben auch bewiesen, dass das Volk zwar seinen Ärger nicht offen zur Schau trägt, aber in der Wahlzelle sehr wohl als Kraft zu nutzen weiß. In der Steiermark und Tirol bedurfte es der Rebellen Gerhard Hirschmann und Fritz Dinkhauser, in Salzburg genügte die Strahlkraft der völlig unbekümmert volksnahen Gabi Burgstaller, um den Landeshauptmann aus dem Amt zu heben.

Der derzeitige Zustand der europäischen Sozialdemokratie beleuchtet deutlich die zwei Seiten der Medaille. Einerseits haben die „Roten“ ihre ideologischen Visionen abgelegt und sind nüchterner und dadurch regierungsfähiger geworden. Aber sie haben andererseits dadurch an Charakter und Farbe eingebüßt und sind zu „Vollzugsorganen von außen auferlegter Handlungszwänge“<sup>3</sup> geworden. Der verunsicherte Wähler sehnt sich aber angesichts der unverständlich gewordenen gesellschaftlichen Veränderungen nach neuen Erzählungen und nach politischen Leitfiguren, die ihm diese Erzählungen liefern, die ihm die Welt nicht nur erklären, sondern auch das Mögliche anpacken. Er sehnt sich nach jenen, die den Problemen nicht ausweichen, sondern sie energisch angehen. Von denen, die ihm nur Vagheiten in Verbindung mit korrektem Auftreten liefern und nach tagespolitischer Plausibilität argumentieren, hat er genug. Politik darf sich nicht vom großen gesellschaftspolitischen Streit um die Ideale verabschieden. Sie darf auch nicht nur tagespolitischen Realismus und momentane Machbarkeit in den Vordergrund stellen, denn das ist politische Anspruchsarmut. Politik muss wieder Visionen und Zukunftsfähigkeit bieten und ihre Durchsetzbarkeit – auch wenn diese nur langfristig möglich ist – signalisieren und anstreben.

Nicht nur das personelle Angebot einer Partei muss passen, um die Wählerschaft zu den Urnen zu holen, sondern es muss ein deutlich akzentuiertes programmatisches Angebot geben. Gerade an der Unterscheidbarkeit und an langfristigen Zielen und Utopien fehlt es heute den Parteien. *„Die Parteien haben sich in voller Fahrt entfernt von ihren Heimathäfen und sind irgendwo draußen auf dem aufgewühlten Meer des Wandels.“*<sup>4</sup> Die Angehörigen der politischen Klasse, ständig umzingelt von den Mandatsträgern, die um ihre Wiederaufstellung bangen, von den Spitzenvertretern der Interessensverbände und von informationshungrigen Journalisten glauben

schließlich, sie seien selbst das Programm. Nur wenn sich eine Partei aufgrund ihrer programmatischen Perspektiven von den anderen politischen Mitbewerbern deutlich abhebt, steigt damit auch ihre Chance, von den Wählern wahrgenommen und damit auch gewählt zu werden. Das ist die Chance der SPÖ, sich als Problemlöser zu positionieren in einer Zeit, da durch Neoliberalismus, Stellenabbau, Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse immer mehr Menschen in die Armut gedrängt werden. Denn auch in Österreich wird das politische Angebot im Sinne der Rational-Choice-Theorie Anthony Downs als Ware eingeschätzt. Wählen wird zum Kaufentscheid: Kosten-Nutzen-Rechnungen bilden das Kalkül für die Wahlentscheidung. Wenn Eigennutzvorstellungen dominieren, gilt nicht mehr das Prinzip der lebenslangen Parteibindung, sondern des momentanen Vorteils.

Eine Revitalisierung des Politischen muss von der Politik ausgehen, will diese nicht irgendwann vor die Tatsache gestellt werden, dass die Bürger selbst die Initiative ergreifen. Dazu ist es erforderlich, dass es wieder zu einem starken Wechselspiel zwischen Regierung und Parlament und zu einer deutlicheren Konkurrenz gesellschaftspolitischer Positionen kommt. In den letzten Jahren, insbesondere seit der Einführung des Majorzsystems<sup>5</sup> ist es zu einer einseitigen Hierarchisierung der Meinungs- und der Willensbildung hin zur Regierung gekommen. Die Rolle des Landtages, die großen gesellschaftspolitischen Fragen zu stellen und die politische Richtlinienkompetenz für das Land wahrzunehmen, ist verloren gegangen. Die Regierung dekretiert von oben herab die politische Position, und das Landesparlament vollzieht diese Weisungen willfährig. Die Chance der Opposition, etwas zu verändern, ist angesichts der Stärkeverhältnisse (ÖVP und SPÖ verfügen über 29 von 36 Mandaten) auf null gesunken. Der Salzburger Landtag hat seit der Verfassungsreform 1998 weitgehend auf sein politisches Gestaltungsrecht verzichtet. Die Kandidaten verzichten auf eine eigene Willenserklärung aus Angst, sich bei den nächsten Wahlen nicht mehr auf der Liste zu finden. Dass dabei die vornehmliche Aufgabe des Parlaments, die Regierung nicht nur zu bilden (Kreationsrecht), sondern sie in der Folge zu kontrollieren (Kontrollrecht), völlig außer Acht gelassen wird, stärkt den neoabsolutistischen Anspruch des Regierungshandelns.

Ein solcherart willfährig gewordener Landtag, der sich hinter der Regierung versteckt, wird daher von der Bevölkerung nicht mehr wahrgenommen. Daher meinen, wie aus einer Befragung der „Salzburger Nachrichten“ hervorgeht, nur 6%, dass ein so kleines Bundesland wie Salzburg 36 Abgeordnete benötigt, 51% hingegen halten 18 Mandatare für ausreichend. Noch schlechter schneidet der Bundesrat als Ländervertretung ab, den 68% überhaupt einsparen wollen<sup>6</sup>.

Wie sehr der demokratische Prozess der Meinungsbildung, also das Normverhalten einer sozialdemokratischen Partei, missachtet werden kann, zeigte die Unterwürfigkeit der SPÖ-Doppelspitze Kanzler

Gusenbauer/Geschäftsführender Parteibmann Faymann im Juni 2008, als sie sich mittels Leserbrief der europakritischen Linie des Krone-Herausgebers Hans Dichand unterwarf, ohne den SPÖ-Parteivorstand vorher damit zu befassen. So wird die innerparteiliche Demokratie zur Farce, wird aber in vielen Fällen geringerer politischer Brisanz täglich praktiziert.

Politik ist der ständige Versuch, seine Meinung und seine Positionen in Auseinandersetzungen zu behaupten. In letzter Zeit begnügen sich die Parteien aber, sich in den Wahlkämpfen auf die Spitzenkandidaten zu fokussieren und eine Regierungsbilanz vorzulegen. Ist die Wahl dann geschlagen, werden in Koalitionsverhandlungen nicht nur Richtziele vereinbart, sondern sogar Details festgelegt. Im Grunde sind Koalitionsverhandlungen nichts anderes, als alle anstehenden Wünsche der Regierungsmitglieder unter einen Hut zu bringen und mit den notwendigen Finanzierungslösungen zu versehen. So kommt aber eine Fülle von Einzelfestlegungen, nicht aber ein großer Entwurf zustande, weil dieser in der Eile gar nicht konzipiert werden kann. Damit wird Politik ausschließlich auf „politics“ (den aktiven, täglichen Prozess in Verhandlungen und Tauschgeschäften) reduziert, „policy“ (Politikfelder, wie Wirtschafts-, Verkehrs-, Finanzpolitik etc.) und „polity“ (die normativen, strukturellen und verfassungsmäßigen Elemente von Politik) bleiben ausgeklammert.

Das im Salzburger Klima – sowohl während der Proporz- als auch während der nun geltenden Majorzverfassung – geübte Konsensbemühen und die Harmoniesucht haben zu einer geistigen Konfliktscheu geführt. Damit sind die Menschen aber kaum mehr in der Lage, die tatsächlichen Positionen und ihre Unterschiede festzumachen. Sie treffen daher ihre Wahlentscheidung dann überwiegend nach Sympathiepräferenzen für eine(n) der KandidatInnen. Gerade die SPÖ sollte es mit dem langjährigen SPD-Bundestagsabgeordneten, politischen Vordenker und Vorsitzenden des Weltrats für Erneuerbare Energie, Hermann Scheer, halten: *„Erkennen wir die Machtpotenziale politischer Ideen, die sich allen Widerständen zum Trotz und gegen allen gegenwärtigen Anschein durchsetzen können“*<sup>7</sup>.

## 2. Netzwerkpartei als Antwort auf die Ideologiekrisis?

*Pessimisten behaupten, wir seien am Scheitelpunkt der Demokratie angelangt. Optimisten hoffen, dass die Zukunft ganz neue Formen der Demokratie bringt. Realisten erkennen, dass das gegenwärtige Parteiensystem abgewirtschaftet hat.*  
(Andreas Koller)

In der Samstagsausgabe der „Salzburger Nachrichten“ vor der Nationalratswahl 2008<sup>8</sup> versuchten die für ihre tiefgründigen und oftmals scharfzüngigen Analysen renommierten Redakteure Andreas Koller und

Alexander Purger die Perspektiven für die Demokratie in Österreich auszuloten. Beide kamen zu dem ernüchternden Resümee, dass die derzeit praktizierte Demokratie sich längst überlebt hat und die Politikmuster der Parteien ausgedient haben.

Die Parteiendemokratie von heute werde nach einem Parteienraster gelebt, das im 19. Jahrhundert entwickelt wurde. Sie sei demnach nicht ein Spiegelbild unserer heutigen Gesellschaft, sondern des 19. Jahrhunderts, als Sozialdemokraten klassenkämpferisch um mehr Rechte für die Arbeitnehmer rangen, die christlich-konservativen Parteien sich hingegen auf die katholische Soziallehre beriefen und die Liberalen die Menschen aus den Fesseln des Staates befreien wollten. Obwohl sich in den mehr als hundert Jahren die Welt völlig verändert hat, haben diese Parteien ihr Wählerpotenzial bis in die späten achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts weitgehend behalten können und haben kritische Bewegungen, wie die Frauenemanzipation oder die Studentenprotestbewegung in sich aufsaugen können. Einzig die Ökologiebewegung konnten sie nicht integrieren, was zur Gründung der Partei der Grünen führte.

Seit den neunziger Jahren sind jedoch die vordem starren Wählerblöcke ins Rutschen gekommen und haben einmal dieser, einmal jener Partei zu kurzfristigen Siegen verholfen. Die heutige Wählerschaft ist in unzählige Interessensschichten fragmentiert und trifft ihre Wahlentscheidung nach der persönlichen Interessenslage, nach Sympathieaspekten oder erst in der Wahlzelle (last-minute-deciders).

Koller kommentierte angesichts der Wahlauseinandersetzung 2008 und der heraufdräuenden Finanz- und Wirtschaftskrise, dass die wahlwerbenden Parteien auf völlig nebensächliche Themen setzten. Die für die Zukunft entscheidenden Themen, wie Pensionssicherung, Gesundheitsfinanzierung, Bildungsreform, Staatsreform seien bei dieser Wahlbewegung völlig ausgeklammert worden. Stattdessen beherrschte das Thema eines Volksentscheides bei Änderungen der EU-Verfassung den politischen Diskurs, ein Thema, das für die bevorstehende Legislaturperiode mit größter Wahrscheinlichkeit nicht aktuell werden würde.

Purger wiederum verwies darauf, dass die Menschen in die Politik kein Grundvertrauen mehr hätten und die Politiker unter einem „Generalverdacht der Unfähigkeit“ stünden. Die Politiker selbst seien dadurch in ihrem selbstbewussten Handeln verunsichert und machten nur mehr Politik nach Umfragewerten. Im Herbst 2008, in der größten Finanzkrise seit 1929, als der neoliberale Kurs und die Ideologie des „weniger Staat, mehr privat“ völlig abgewirtschaftet zu haben schien, traten die Bankmanager als die Gralshüter des Globalisierungsfetischismus plötzlich als Bittsteller beim Staat an. Und auch die Sozialdemokraten übernahmen schuldbeusst das Rezept der Konservativen, dass der Staat nur als Feuerwehr auftreten sollte, wenn der neoliberale Gutshof abzubrennen drohte.

Für Andreas Koller scheint daher die Demokratie, für die Generationen gekämpft haben, ein Auslaufmodell geworden zu sein. „*Bedeutungslose Parteien, entpolitisierte Gesellschaft – es scheint, als wären wir am Scheitelpunkt der Demokratie angelangt.*“<sup>9</sup> Politik scheint der Politikdarstellung gewichen zu sein. Das aber begünstige Demagogen, Politiker also, die einfache Rezepte zur Hand haben, wie die Ausländerfrage oder die EU. Die Inszenierung ersetze den politischen Diskurs und halte die politischen Eliten – vorerst – noch an der Macht.

Diese Krise der Repräsentation wird immer stärker von rechtslastigen und populistischen Kräften aufgenommen, die aber selbst keine wirklichen Rezepte oder Perspektiven für die Bewältigung der krisenhaften Symptome des neoliberalen Systems anzubieten haben. Die FPÖ und das von ihr abgespaltene Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) „brüllen ihre rassistisch codierte, fundamental-opportunistische Alternativlosigkeit laut heraus“<sup>10</sup>.

Der gesellschaftliche Wandel der letzten Jahrzehnte hat also die Ideologie unterminiert. Daher sind die Großparteien zu krisenanfälligen Organisationen geworden. Wenn die dauerhafte Bindung der Wähler an eine Partei (ver)schwindet, wählen die Menschen immer stärker die führenden Personen statt die hinter ihnen stehenden Parteien. Dies führt zu stärker werdenden Wählerbewegungen. Trotz dieses Szenarios ist auch in der SPÖ der Ruf nach einer Parteireform nicht zu vernehmen.

Grundsätzlich sind folgende Denkansätze<sup>11</sup> möglich:

1. Der plebiszitäre, d. h. alle Macht den Wählern.  
Dieser Ansatz bedeutet, dass die Wähler nach amerikanischem Muster in Form von Vorwahlen mehr Mitspracherecht bei der Auswahl der künftigen politischen Elite erhalten.
2. Der basisdemokratische Ansatz, d. h. alle Macht den Mitgliedern.  
In diesem Denkmodell wird die Macht verstärkt den Mitgliedern überantwortet, d. h., dass die Funktionäre als Delegierte bei Parteitagen nur mehr die Ergebnisse absegnen können. Wenn die SPÖ als Partei dauerhaft überleben will, muss sie zweifelsfrei die Mitglieder ernster nehmen, ihnen Kompetenzen zuordnen und verstärkt Entscheidungsbefugnisse geben.
3. Der elitäre Ansatz, d. h. alle Macht den Funktionären.  
Dieses Modell hat in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt Platz gegriffen, indem die SPÖ immer mehr professionalisiert wurde. Dieser Prozess hat darauf abgezielt, die Kraft der Parteiführung gegen die mittlere Ebene der Funktionäre zu stärken und den Mitgliedern kaum mehr Einflussmöglichkeiten zu bieten.

Die SPD in Deutschland hat in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Erneuerungsstrategie auf die zwei Zauberformeln „Internet-

Kommunikation“ und „networking“ abgestellt<sup>12</sup>. Eine moderne Partei könne nur überleben als Netzwerkpartei. Den neuen Typus des Internetusers, des Selbstständigen in modernen Dienstleistungsbereichen könne man nicht durch starre Organisationsformen der politischen Ortsvereine an sich binden, sondern nur durch zeitgemäße Partizipation gewinnen. Diese Teilnahme an politischen Mitbestimmungsprozessen müsse offen angelegt und projektbezogen sein. „Themeninitiativen“ sollen Partei-Mitglieder und Nicht-Mitglieder unabhängig von den Ortsvereinen oder in Zusammenarbeit mit ihnen bezüglich Sachverstand verstärken und für eine breitere Beschlusslage vorsorgen. Die Nicht-Mitglieder sind dadurch nicht dauerhaft an eine Partei gebunden, fühlen sich aber durch ihre Mitverantwortung stärker angedockt. Solche Netzwerkparteien stellen keinen Bruch mit der Parteiorganisation alten Stils dar, sondern seien eine Weiterentwicklung. Die Kompetenznetzwerke sind eine befristete Zusammenarbeit von Experten und politisch Verantwortlichen zum Zweck eines „umfassenden Wissensmanagements“<sup>13</sup>. Neben den klassischen Organisationsstrukturen gelte es also, ein Netz von Foren zu sehr unterschiedlichen Themenfeldern aufzubauen: Wirtschafts- und Sozialforen, Wissenschaftsforen, Kulturforen, Familien- und Jugendforen etc. Damit könne man wesentlich mehr als die bisher zur Mitarbeit bereiten 10% der Mitglieder ansprechen. Netzwerke sind also eine Antwort auf die wachsende Distanz zwischen den gesellschaftlichen Milieus und die Aufsplitterung des politischen Spektrums. Sie sollen nicht bestehende Strukturen ersetzen, sondern sollen ein wichtiges Element für die Erneuerung der Partei bilden.

Diese Form einer erweiterten Partizipation ist, so sehr sie die Vorbereitung politischer Beschlüsse auf eine breitere Basis stellt, aber mit einem Pferdefuß versehen. Denn erfolgreiche Partizipation ist immer nur für Menschen mit ausreichender Bildung und Argumentationsfähigkeit möglich. Wissen, Sprache und Kompetenz werden daher stärker betont als die Zugehörigkeit zu einer Partei. Mit der Netzwerkpartei wird damit die Entkoppelung der SPÖ von „denen da unten“ noch deutlicher. *„Netzwerkpartei richtet sich allein an Menschen, die professionell kommunizieren, organisieren, konzeptionalisieren können, an die ressourcenstarken Partizipatoren also.“*<sup>14</sup> Netzwerke können also nur eine Ergänzung im Sinne dessen sein, was bereits Bruno Kreisky mit seinen 1.000 Experten im Jahre 1970 erstrebt hat, aber kein Ersatz für die Mitglieder- und Funktionärepartei. Denn eine Netzwerkpartei ist ausschließlich auf Menschen mit Selbstbewusstsein, Bildung und Kompetenz ausgerichtet, strahlt also nicht in die Souterrains der Gesellschaft aus.

Die Krise der Parteien muss nicht automatisch in eine Krise der Demokratie führen. Die Europawahlen vom 7. 6. 2009 scheinen dies zu bestätigen. Dabei ist es im Bundesland Salzburg keiner Partei gelungen ist, ein Drittel der Wähler zu mobilisieren. Stattdessen grundelten vier Parteien

(ÖVP 32,1%, SPÖ 19,1%, FPÖ 12,1%, Grüne 10,1%) zwischen 10 und 32 Prozentpunkten, während es der Protestbewegung des Hans Peter Martin gelang, 21,1% zu erlangen. Das Parteiengefüge insgesamt ist durch eine aufgeklärte und selbstbewusste Wählerschaft ins Wanken geraten, nicht aber die Demokratie. Dass die europakritische Liste Hans Peter Martins dabei die SPÖ überholte, ist wohl Beweis dafür, dass der mündige Bürger lieber den Schmied als den Schmiedl wählt. Außerdem hat die Europawahl deutlich eine der schwerwiegenden organisatorischen Probleme der SPÖ deutlich gemacht. Die Funktionäre sind inhaltlich vor allem lokal bzw. kommunal ausgerichtet. Die Straßenbeleuchtung oder eine veränderte Einbahnregelung werden als die besonderen Bürgerprobleme ins Zentrum politischer Arbeit gerückt. Auf bundesweite oder gar europaweite Fragestellungen sind die meisten Funktionäre überhaupt nicht vorbereitet und können daher auch gar keine Botschaften an den Wähler weitergeben. Auf dieses Manko haben Günther Ogris und Christoph Hofinger vom Institut SORA bereits 1997 hingewiesen<sup>15</sup>.

### 3. Die Zukunftsfähigkeit der Salzburger Sozialdemokratie

*Aber das ist ja die große Herausforderung dieser Zeit,  
dass wir uns jetzt bemühen müssen, auf alle diese  
großen Fragen eine sozialdemokratische Antwort zu geben.  
Mich hat eine gewisse Unruhe erfasst.  
(Bruno Kreisky)*

Die großen Fragen sind seit der Ära Kreisky in den siebziger und frühen achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht kleiner geworden. Daher sollte eine noch größere Unruhe die Verantwortlichen erfasst haben. Ob die SPÖ in Salzburg von der nötigen Unruhe erfasst und die errungene Position als führende Kraft in der Regierung und damit den Machterhalt festigen bzw. ausbauen kann, scheint mir im Wesentlichen von folgenden Bedingungen abhängig zu sein:

1. Wegen der in den Medien zunehmenden Konzentration auf Persönlichkeiten hängt es primär davon ab, ob Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und ihre späteren politischen Erben weiterhin ihren Vorsprung als Sympathieträger halten können und ihnen die notwendige Kompetenz für das Regierungshandeln zugesprochen wird.
2. Eine Partei ist nur dann erfolgreich, wenn ihr – außer der Zugkraft und dem Charisma des Spitzenkandidaten/der Spitzenkandidatin und/oder des Teams der Partei – die besseren Ideen und Programme in inhaltlichem Einklang mit der Bevölkerung zugetraut werden. Die



SPÖ muss, auch wenn sie ihr herkömmliches Milieu der Industriearbeiterschaft und der Lohnabhängigen, denen sie Heimat war, längst verloren hat, sich wieder zu einem Sinnproduzenten entwickeln. Die politische Unschärfe der Parteien stellt nämlich gerade für die Sozialdemokratie eine Gefahr dar, weil durch die Austauschbarkeit eine Partei überflüssig werden kann.<sup>16</sup> Machtgewinnung und das Streben nach Machterhalt allein sind auf die Dauer keine tragenden Säulen für eine politische Partei.

3. Drittens muss es der SPÖ gelingen, sich nicht weiter hinter dem Sympathiebonus der Landeshauptfrau zu verstecken, sondern mit einem vielfältigen Angebot an politischen Talenten die Menschen zu überzeugen, dass neben dem/r Spitzenkandidaten/in eine Mann-/Frauschaft an Experten vorhanden ist, die den Frontmann/die Frontfrau in wichtigen Politikfeldern berät und ergänzt. Diese Fachbereichsprecher müssen sich nicht mit den Bereichssprechern des Landtages decken und auch nicht aus der politischen Funktionärsenebene stammen. Vor allem müsste die Diversifizierung des Personalangebots stärker in Angriff genommen werden. Denn derzeit werden alle politischen Schlüsselpositionen der SPÖ von Bediensteten der Arbeiterkammer (Landeshauptfrau Burgstaller, Bürgermeister Schaden, Nationalrat Maier), der Gewerkschaft (Landesrat Blachfellner,) oder von Parteiangestellten (Landeshauptmannstellvertreter Brenner) besetzt. Damit bildet das SPÖ-Spitzenteam in Salzburg keinesfalls ein Spiegelbild der Gesellschaft.
4. Die Strategie der Personalisierung kann zwar in Wahlzeiten auf den Spitzenkandidaten ausgerichtet sein, darf aber nicht auf Dauer angewendet werden, weil sie junge Talente unter der Decke und talentierte Quereinsteiger von der Politik insgesamt fernhält. Die Gefahr abgekapselter Führungsgarnituren schwächt die Legitimationsbasis und ruft (siehe Tirol) Rebellen auf den Plan.
5. Weiters sind natürlich, wenn auch ungleich leichter gewichtig, die Leistungen der Partei in der Vergangenheit für das Abschneiden bei künftigen Wahlen von Bedeutung. Noch wichtiger jedoch erweisen sich für die Jungwähler, die nun bereits ab dem vollendeten 16. Lebensjahr zur Wahlurne gerufen werden, die Fragen der Zukunftssicherung, wie der Pensionssicherung, der Gesundheitsfinanzierung, der Bildungsgerechtigkeit und der Ausbildungschancen. Darunter fällt auch die Frage, ob es gelingt, angesichts einer zunehmenden Ausländerphobie die Bildungsunterschichten (Migrantenkinder) in den Bildungsprozess ausreichend zu integrieren. Die Sozialdemokraten sind also aufgerufen, die Richtungsentscheidungen zugunsten eines humanen Fortschrittsempfindens durchzuführen.

6. Da sich die Parteien um die Mitte drängen, haben „rechts und links“ als politische Begriffe aufgehört, als gegensätzliche Modelle der Organisation von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft erkennbar zu sein. Nach den Argumenten von Ralf Dahrendorf (s. Kap. 1.6) hat sich die Philosophie der Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert durchgesetzt. Sie wurde aber im 21. Jahrhundert durch die ökonomische Globalisierung abgelöst. Die regierenden Parteien sind also gezwungen, zur Erhaltung der Arbeitsplätze die ökonomischen Wettbewerbsbedingungen zu verbessern. Das aber heißt im Sinne der neoliberalistischen Denkschule Verschlankung des Staates, Reduzierung der sozialen Leistungen, Deregulierung der Steuerungsfähigkeit des Staates. Die gleichmachenden politischen Zwänge reduzieren daher die politischen Richtungsentscheidungen<sup>17</sup>. Gerade für die Sozialdemokratie wird es wichtig sein, glaubhaft um die Sicherung der Arbeitsplätze und das wirtschaftliche Wachstum durch entsprechende Rahmenbedingungen zu kämpfen. Ebenso aber gilt es, keine abseitigen Minderheitenpositionen zu vertreten und glaubhaft Zuversicht zu vermitteln. Denn der politische Instinkt sagt den Menschen (zumeist) genau, welche Politiker für sie etwas bewirken und welche bloß Fassadenpolitik betreiben.
7. Ein weiterer Faktor liegt nicht im Einfluss der SPÖ selbst. Denn wenn es der ÖVP gelingt, mithilfe eines politischen Partners eine Regierung ohne bzw. gegen die SPÖ zu bilden, wird sie das tun. Denn der Schock des Jahres 2004, der Verlust der Regierungsmehrheit nach beinahe 60 Jahren und des Landeshauptmannes, sitzt tief als Stachel in den Herzen der konservativen Funktionäre.
8. Durch die totale Schwächung des Landtages im Zuge der Verfassungsänderung sind die Parlamentarier, statt als von der Bevölkerung gewählte Mandatäre selbstbewusst die Regierung zu kontrollieren und die politischen Zielvorgaben zu erstellen, zu zahmen Handlangern der Regierenden geworden. Dadurch verlieren aber die Regierungsmitglieder, da sie nur von unterwürfigen Abnickern umgeben sind, die Sensoren für ihre Handlungsmöglichkeiten, für die Richtigkeit der politischen Prioritäten. Die Koalitionszirkel der Regierungsparteien sind zu den wahren Beschlussorganen geworden, der Landtag als politisches Machtzentrum hat ausgespielt. Die SPÖ reduziert dadurch ihre Wahrnehmungen auf den Parteiapparat und droht dadurch den Kontakt zur Wählerschaft zu verlieren. Auch innerhalb der Partei ist es zu einer verödeten Diskussionskultur gekommen, wo kaum mehr Originäres oder Originelles zur Sprache kommt.
9. Die Salzburger SPÖ muss sich öffnen und ihre durch die Regierungs- und Landtagsmehrheit gewonnene neue Rolle entsprechend anders definieren. Dazu gehört die Erfahrung, dass auch die politische Klasse

der SPÖ zunehmend aus Berufspolitikern besteht, die ihren ausschließlichen Lebensmittelpunkt in der Politik gefunden haben. Ihre Verwurzelung mit den alltäglichen Erfahrungsfeldern der Arbeits- und Berufswelt ist dürftig. Daher herrscht eine professionalistische Sicht des kurzfristig auf die nächste Wahl hin Machbaren vor. Der ständige Blick auf das eigene Medienecho verdrängt den Blick für die tatsächlichen Sorgen der Menschen. Notwendig ist auf alle Fälle eine Öffnung für gerade jüngere Mitglieder, die Stärkung der politischen Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der einzelnen Mitglieder (was natürlich zu Lasten des Funktionärskaders geht), die erweiterte Nutzung der neuen Kommunikationsmöglichkeiten via Internet und die Ergänzung bestehender Organisationsformen um Bereichsforen (Netzwerke) zur breiteren Fundamentierung der Beschlusslagen. Denn die innovativen Kräfte der Gesellschaft lassen sich nur durch neue Formen der Zusammenarbeit zur (möglicherweise nur zeitlich begrenzten) Mitarbeit in der SPÖ gewinnen.

Die steigende Zahl von Nichtwählern bedeutet nicht automatisch Politikdistanz oder mangelndes politisches Interesse. Wahlenthaltung kann auch als politische Entscheidung gewertet werden, als bewussten Akt des Vertrauensentzugs für die regierenden Parteien und deren Führungskader. Viele Menschen sind durchaus bereit, an einzelnen Projekten mitzuwirken, wollen sich aber nicht auf Dauer dem Zwang unterwerfen, zu allen politischen Fragen Stellung nehmen zu müssen. Die Salzburger SPÖ sollte also, da die Mitglieder ohnedies im Schwinden begriffen sind, zum Forum und zur Andockstation für neue Formen des Bürgerdialogs und der Bürgermitbeteiligung werden.

10. Die immer wieder von sozialdemokratischen Funktionären eingemahnte Rückbesinnung auf die alten Werte ist zwar richtig, weil die alten Proletarier schon längst im Mittelstand angekommen sind, die neuen Unterschichten, das Prekariat, aber sich nicht in der SPÖ repräsentiert fühlen. Die Prekariater haben das Proletariat des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts abgelöst. Sie sind die „Repräsentanten einer neuen Unterschicht der Abgehängten und Aussichtslosen“<sup>18</sup>. Im Unterschied zum Proletariat handelt es sich jedoch um eine zersplitterte, anonymisierte, jedenfalls nicht organisierte Masse, die mit der Beschleunigung neoliberaler Modernität nicht Schritt halten kann. Diese Menschen sind die sozialpolitisch bedürftige Patientenschicht unseres Gesellschaftssystems. Der Zugang zu stabilen Beschäftigungsverhältnissen ist ihnen verwehrt und sie verfügen überwiegend über keine ausreichenden Bildungsabschlüsse. Aber es sind nicht nur die sozialen Unterschichten davon betroffen, sondern zunehmend auch die mittleren sozialen Lagen.

Beträchtliche Gruppen, wie Langzeitarbeitslose, AlleinerzieherInnen, MigrantInnen, LeiharbeiterInnen, kleine Freiberufler (die sogenannten ICH-AGs) werden von den politischen Zielsetzungen einfach vergessen. Sie leben im Schatten des wirtschaftlichen Wachstums und der Wohlstandsgesellschaft. Die neue soziale Frage ist keine Frage mehr von Klassenkämpfen, sondern die verdrängte Tatsache, dass ein erheblicher Anteil der Menschen unter dem Existenzminimum leben muss, also nicht mehr dazugehören scheint. Daher können diese auch keine Verpflichtung mehr erkennen, die vorherrschenden Werte der Demokratie zu leben. Sie sind es, die als gesellschaftliche Grenzgänger am leichtesten den Sirenentönen rechtspopulistischer Verführer erliegen, die als alleinige Gründe für die soziale Instabilität dieser Menschen die Ausländer dingfest machen. „Die ungeteilte Herrschaft des Neoliberalismus in Europa und in der gesamten Welt hat eine ganze Heerschar ratloser, entmutigter Menschen hervorgebracht, die aus enttäuschter Hoffnung bereit sind, sich dem erstbesten Demagogen auszuliefern“, schreibt der berühmte französische Soziologe Pierre Bourdieu in einem Beitrag „Für ein Österreich als Vorreiter des sozialen Europas“<sup>19</sup>. Ein solches Abdriften eines Teils der Arbeitswelt bedeutet aber für eine Zivilgesellschaft auf Dauer eine brennende Lunte. Hier ist die Sozialdemokratie gefordert, die Zukunft des Sozialen stärker vom Rande her zu definieren und sich dieser neuen Schichten anzunehmen.

Schon im Jahr 1958, als sich die Großparteien noch eines fest gefügten Wählerpotenzials erfreuen konnten, schrieb Karl Friedrich Kindler folgendes ernüchternde Sittenbild über Parteien: „So lösen die Begriffe Partei, Parteipolitik und Parteipolitiker automatisch eine Fülle ausgesprochen negativer Assoziationen aus: Einseitigkeit der Sicht und des Urteils, Befangenheit im Dogmatismus und Traditionalismus, Einfallslosigkeit und Immobilität, Ideenarmut und Borniertheit, Irreführung des harmlosen Volkes und ahnungsloser Mitglieder durch hermetisch sich abschließende Führungsoligarchien, innerparteiliche Meinungsknebelung und parlamentarischer Fraktionszwang, Intoleranz und Fanatismus, Intrigantentum und Machiavellismus, Cliqueswesen und Korruption, Ämterpatronage und Karriere.“<sup>20</sup> Ein Großteil der in diesem Zitat versammelten Vorwürfe hat auch ein halbes Jahrhundert später noch für alle Parteien seine Gültigkeit. Solchen Erscheinungsformen wirksam entgegenzutreten, ist angesichts der zunehmenden Politikverdrossenheit der Bürger und der schwindenden Wahlbereitschaft vordringlich ein Gebot einer humanistisch orientierten Sozialdemokratie.

Der Entwicklungstrend aller Parteien geht in eine eindeutige Richtung: die breite Basis an Mitgliedern und Funktionären (Aktivisten) wird noch schmaler werden. Stattdessen wird die Parteiführung verstärkt auf Experten setzen. Aus der Sicht der Parteiführung ist diese Konstellation einfacher. Man kann statt auf den amateurhaften Enthusiasmus vieler auf die nützliche Fachkompetenz weniger vertrauen. Statt der unzähligen

Versammlungen in den örtlichen Gremien auf dem Lande mit den weiten Anfahrtswegen trifft man die PR-Manager und Spindoktoren im Regierungsbüro. Die typische Partei des 21. Jahrhunderts wird also im Wesentlichen aus einer sich selbst reproduzierenden Elite bestehen, die nur zu Wahlzeiten um die Massen wirbt<sup>21</sup>. Die Wahlen selbst – der eigentliche Kern demokratischer Rechte – wird zu einem Wettkampf der Marketingmanager, die mit manipulativen Methoden ihre politischen „Stars“ an den Mann/die Frau bringen wollen. Eine glänzende Vermarktung einer Partei und ihrer Spitzenrepräsentanten allein ist jedoch nicht mit Zukunftsfähigkeit gleichzusetzen. *„Zukunftsfähigkeit bedeutet ... sowohl anstehende als auch neu aufkommende Probleme unter Berücksichtigung der Handlungsspielräume nachhaltig zu lösen.“*<sup>22</sup> Die Franzosen haben dafür eine Kurzformel gefunden: *„Gouverner, c’est prévoir“* (Regieren heißt vorausschauen). Man ist verleitet hinzuzufügen: aber über den nächsten Wahltag hinaus!

Nach dem verheerenden Wahlsonntag vom 27. 9. 2009, als die Sozialdemokraten bei den Bundestagswahlen in Deutschland und bei der Landtagswahl in Oberösterreich in den Keller rasselten, überschlugen sich die Leitartikler mit höhnischen Kommentaren, wozu denn die Sozialdemokratie noch gut sei<sup>23</sup>. Die enttäuschte Arbeiterschaft hatte sich in der BRD den „Linken“ Oskar Lafontaines und in Oberösterreich der FPÖ zugewandt. Man traute der Sozialdemokratie nicht mehr zu, dem Marktliberalismus mit den nationalen Waffen der Gewerkschaft wirksam entgegenzutreten zu können. In Oberösterreich wählten von den Arbeitern 35% die ÖVP, nur mehr 34% die SPÖ. Was der SPÖ nicht mehr zu gelingen scheint, ist, den Menschen Hoffnung und Zukunftsgläubigkeit zu vermitteln: *„Die Genossen wirken müde, antriebslos und desillusioniert. In ihrem Kosmos ist immer nur von Ängsten die Rede, nie von Chancen.“*<sup>24</sup>

Der Sozialdemokratie wurde von Ralf Dahrendorf bereits 1983 das nahe Ende vorausgesagt. Doch dann kam alles anders. Denn Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts stellten die Sozialdemokraten elf der 15 Regierungschefs innerhalb der Europäischen Union. Man kann davon ausgehen, dass die Politik in den nächsten Jahren nicht an Spannung und Dramatik verlieren wird. Die offene Frage ist, wie die Sozialdemokraten mit dem gewandelten Bewusstsein und dem Selbstbewusstsein der BürgerInnen umgehen. Die Parteienlandschaft ist mobiler geworden, das Auftreten neuer Bewegungen wird das politische Landschaftsbild bunter werden lassen.

Da bundespolitische Konstellationen und Wahlen in anderen Bundesländern generell tektonische Verschiebungen in der Politik zur Folge haben, sind die Landtagswahlen in Wien, dem Burgenland und der Steiermark im Jahr 2010 „politische Schlüsselereignisse“ (Joachim Riedl) für die SPÖ. Bleiben die Zukunftsfähigkeit und die Mission der Sozialdemokratie erhalten oder setzt sich der Erosionsprozess fort?

Das Koordinatensystem der Sozialdemokratie gehört jedenfalls überprüft. Nur so wird es gelingen, sich weiterhin als echte Volkspartei zu positionieren. Am Beginn dieses Buches haben wir Ralf Dahrendorfs Kurzdefinition von „Sozialdemokratie“ zitiert: *„Ich verstehe darunter zunächst eine politische Haltung, die die entschiedene Verteidigung von Rechtsstaat und Demokratie mit dem ausgeprägten Sinn für die Benachteiligten und Schwachen verbindet“*. Der deutsche Soziologe hat aber im weiteren Teil seiner Definition einen Auftrag an sozialdemokratische Gesinnung angeknüpft: *„Das ist eine von Grund auf anständige Haltung, die immer neu auf Veränderung drängt, weil es stets Gruppen gibt, deren soziale Stellung sie im Dunklen hält, während doch alle das Licht des Tages genießen sollen und wollen“*<sup>25</sup>. Kommt die Sozialdemokratie diesem Auftrag nach, wird sie erfolgreich bestehen. Wenn nicht, wäre es um sie geschehen. Was der Entwicklung unseres Landes und seiner Bevölkerung aber wahrlich schaden würde.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Meng, 257 ff.
- <sup>2</sup> a.a.O., 257 ff.
- <sup>3</sup> Walter (2009), 273 ff.
- <sup>4</sup> Walter/Dürr (2000), 226.
- <sup>5</sup> s. Thaler (2006).
- <sup>6</sup> SN-Lokalteil vom 28.10.2009.
- <sup>7</sup> Scheer (2003), 263.
- <sup>8</sup> SN vom 27.9.2008.
- <sup>9</sup> a.a.O.
- <sup>10</sup> Ulrich Brand in: Der Standard vom 9./10.2008.
- <sup>11</sup> Alemann (2001), 30 ff.
- <sup>12</sup> Blessing (1993).
- <sup>13</sup> Machnig (2001), 112.
- <sup>14</sup> Walter (2001b), 53.
- <sup>15</sup> Ogris/Hofinger (1997). Ende oder Wende. Analyse der Wahlen vom 13. Oktober 1997 (Typoskript).
- <sup>16</sup> Langguth, 285.
- <sup>17</sup> Mayer, 204 f.
- <sup>18</sup> Vogel, 14.
- <sup>19</sup> Bourdieu, 161.
- <sup>20</sup> zitiert nach Scheer (2003), 45.
- <sup>21</sup> Crouch, 96.
- <sup>22</sup> Höffe, 29.
- <sup>23</sup> s. Profil vom 5.10.2009: „Im Land des Röchelns“ (15), „Rotenstarre“ (18–22), „Sozialdemokratie. Ein Nachruf!“ (58–63), „Die amputierte Sozialdemokratie“ (121).
- <sup>24</sup> Rosemarie Schwaiger, in Profil vom 5.10.2009, 20.
- <sup>25</sup> Dahrendorf (1987), 1023.



# Kapitel 5

## Tabellen

### 1. Landesparteivorsitzende, Landesparteisekretäre und Landesfrauenvorsitzende der Salzburger SPÖ

#### Landesparteivorsitzende der Salzburger SPÖ

Jakob Prähauser	1896–1904
Robert Preußler	1904–1934
Josef Pfeffer	1934–1936
Franz Peyerl	1945–1966
Karl Steinocher	1966–1978
Dr. Herbert Moritz	1978–1984
Wolfgang Radlegger	1984–1990
Gerhard Buchleitner	1990–2001
Mag. Gabi Burgstaller	seit 2001

#### Landesparteisekretäre (Landesgeschäftsführer) der Salzburger SPÖ seit 1945

Viktor Tauschitz	1945–1946
Ernst Hallinger	1946–1966
Hans Pexa	1966–1969
Sepp Oberkirchner	1969–1974
Wolfgang Radlegger	1974–1979
Peter Köpf	1979–1984
Stefan Prähauser	1984–2001
Mag. Martin Apeltauer	2001–2006
Uwe Höfferer	seit 2006

#### Landesfrauenvorsitzende der Salzburger SPÖ

Aloisia Franek	ab 1910
Therese Woves	1918–1927
Anna Witternigg	1927–1934
Maria Emhart	1945–1966
Maria Springle	1966–1982
Ricky Veichtlbauer	1982–1994
Annemarie Reitsamer	1994–2000
Hilde Ossberger	2000–2008
Ingrid Riezler	ab 2008



## 2. Die SPÖ-Abgeordneten im Nationalrat seit 1945

Brennsteiner Anton	1982–1992
Emhart Maria	1953–1965
Forsthuber Rudolf	1945–1949
Hirscher Josef	1974–1983
Hofmann Harald	1983–1995
Karl Elfriede	1974–1983, 1984–1990
Kittl Eduard	1971–1983
Lohfeyer Mag. Rosa	ab 2007
Maier Kurt	1971–1982
Maier Mag. Johann	ab 1996
Pichler Adam	1961–1982
Prähauser Stefan	ab 2001
Preußler Kurt	1949–1971
Reitsamer Annemarie	1990–2001
Scharer Erika	2002–2007
Schwemlein Emmerich	1992–2002
Steindl Katharina	1994
Stocker Helmuth	1983–1994
Voithofer Josef	1945–1961
Wielandner Hermann	1965–1974
Wörndl Heide Lore	1983–1984

## 3. Die SPÖ-Abgeordneten zum Bundesrat ab 1945

Mosshammer Franz	1945–1953
Brunauer Josef	1953–1957
Steinocher Karl	1957–1959
Hallinger Ernst	1959–1969
Wally Leopold	1969–1978
Radlegger Wolfgang	1978–1979
Köpf Peter	1979–1990
Veichtlbauer Ricky	1982–1984
Weichenberger Josef	1984–1989
Prähauser Stefan	1990–2001
Gruber Manfred	ab 2001
Neuwirth Susanne	ab 2004

## 4. SPÖ-Frauen im Salzburger Landtag (2. Republik)

Landtagsperiode	SPÖ-Mandate	davon Frauen	Namen der weiblichen Abgeordneten
1945–1949	10	1	Maria Emhart
1949–1954	12	1	Maria Emhart
1954–1959	13	1	Katharina Gruber
1959–1964	13	1	Katharina Gruber
1964–1969	13	1	Katharina Gruber
1969–1974	13	1	Maria Springle
1974–1979	13	1	Maria Springle
1979–1984	14	2	Maria Springle Inge Stuchlik
1984–1989	13	2	Inge Stuchlik Friederike Veichtlbauer
1989–1994	12	4	Inge Stuchlik Friederike Veichtlbauer Anni Hödlmoser Liane Pluntz (1991–1994)
1994–1999	11	4	Mag. Gabriele Burgstaller Monika Oberndorfer Maria Bommer Mag. Anita Strebl
1999–2004	12	4	Maria Bommer Gudrun Mosler-Törnström Hilde Ossberger Mag. Anita Strebl
2004–2009	17	8	Mag Hilde Eisl Dipl. Ing. Sonja Hartl Adelheid Hirschbichler Gudrun Mosler-Törnström Margit Pfatschbacher Ingrid Riezler Veronika Schuster Hilde Wannner-Ossberger
2009–1014	15	7	Mag. Hilde Eisl Mag. Anja Hagenauer Adelheid Hirschbichler Gudrun Mosler-Törnström Margit Pfatschbacher Ingrid Riezler Mag. Nicole Solarz

## 5. Die SPÖ-Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg

Anton Neumayr	15.4.1946–2.1.1952
Stanislaus Pacher	2.1.1952–18.11.1957
Alfred Bäck	18.11.1957–28.9.1970
Heinrich Salfenauer	28.9.1970–12.9.1980
DI Josef Reschen	12.9.1980–7.3.1990
Dr. Harald Lettner	7.3.1990–25.11.1992
Dr. Heinz Schaden	ab 30.4. 1999

# Anhang

## 1. Verzeichnis der Tabellen und Diagramme

### a. Tabellen

- T 1: Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten zwischen 1986 und 1999 (in Prozent)
- T 2: Wahlergebnis der Landtagswahl 2004 nach Geschlecht und Alter
- T 3: Vergleich der Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg: 1987 und 1992
- T 4: Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg 1999

### b. Diagramme

- D 1: Das Wahlverhalten der SalzburgerInnen von 1959 bis 1984
- D 2: Vergleich des Frauenanteils der SPÖ in österreichischen Landtagen (Stand: 2009)
- D 3: Das Wahlverhalten der Arbeiterschaft zwischen 1979 und 1999
- D 4: Ergebnisse der Salzburger Landtagswahlen 1999 und 2004
- D 5: Das Erstarken des Dritten Lagers bei der Nationalratswahl am 28. 9. 2008
- D 6: Das Ergebnis der Landtagswahl 2009 im Vergleich zur Landtagswahl 2004
- D 7: Stimmanteile der Salzburger SPÖ bei Nationalratswahlen von 1945–2008
- D 8: Entwicklung der Mitgliederzahlen in der Salzburger SPÖ von 1960–2008
- D 9: Erstwählerverhalten (16–19-Jährige) bei der Nationalratswahl am 28. 9. 2008
- D 10: Altersstatistik der Mitglieder der Salzburger SPÖ (Stand: Mai 2009)

## 2. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang (1964). Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie. In: PVS 1964, Heft 5, 335 ff.
- Aigner, Dagmar/Wolfgruber, Elisabeth (2001). Der Salzburger Landtag in der Zeit von Landeshauptmann Wilfried Haslauer. In: Dachs/Floimair/Hanisch/Schausberger. Die Ära Haslauer. Salzburg. 185–226.
- Alemann, Ulrich (2003). Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Alemann, Ulrich von/Strünck, Christoph/Wehrhöfer, Ulrich (2001). Neue Gesellschaft – alte Parteien? In: Machnig/Bartels. Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation. Göttingen. 26–34.
- Ardelt, Rudolf G. (1988a). Die soziale Struktur Salzburgs. In: Zwink, Eberhard (Hrsg.). Die Ära Lechner. Das Land Salzburg in den sechziger und siebziger Jahren (= Schriftenreihe des Landespressebüros, Sonderpublikationen Nr. 71). Salzburg. 25–48.
- Ardelt, Rudolf G. (1988b). Die sozialistische Partei. In: Zwink, Eberhard (Hrsg.). Die Ära Lechner. Das Land Salzburg in den sechziger und siebziger Jahren (= Schriftenreihe des Landespressebüros, Sonderpublikationen Nr. 71). Salzburg. 249–280.
- Arnim, Hans Herbert von (2004). Wahl ohne Auswahl. Die Parteien und nicht die Bürger bestimmen die Abgeordneten. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 2004, 115–119.
- Arnim, Hans Herbert von (2002). Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei. München.
- Arnim, Hans Herbert von (2001). Das System. Die Machenschaften der Macht. Rottenburg.
- Arnim, Hans Herbert von (1997). Fetter Bauch regiert nicht gern. Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben. München.
- Arzheimer, Kai (2002). Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden.
- Best, Heinrich/Jahr, Stefan (2006). Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland. In: ZParl 1/2006. 63–79.
- Bischofer, Wilfried et al. (1991). Die regionale Dynamik des Salzburger Arbeitsmarktes. Entwicklung der Beschäftigung im Bundesland Salzburg von 1980 bis 1990 in den Branchen und Bezirken. Salzburg.
- Blessing, Karlheinz (1993). SPD 2000 – Die Modernisierung der SPD. Marburg.
- Blümel, Barbara (1997). Die Salzburger Parteien seit 1945. In: Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Kriechbaumer, Robert. Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945: Salzburg. 243–293.

- Borchert, Jens (2003). Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (2004). Gegenfeuer. Konstanz.
- Brandstaller, Trautl (2007). Die neue Macht der Frauen. Sieg der Emanzipation oder Krise der männlichen Eliten? Wien – Graz – Klagenfurt.
- Brauer, Florian/Mitis, Wolfgang (2001). SPÖ Salzburg-Stadt 1992–99. Höhen und Tiefen, Krisen und Konflikte, Arbeit für die Menschen. Salzburg (Typoskript).
- Braumann, Christoph (2006). 50 Jahre Raumplanung in Salzburg. 50 Jahre Salzburger Raumordnungsgesetz. Salzburg.
- Brettschneider, Frank (2002). Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden.
- Crouch, Colin (2008). Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Dachs, Herbert u. a. (2007). Wolfgang Radlegger. Ein Mitgestalter seiner Zeit (= Schriftenreihe des Landespressebüros, Serie Sonderpublikationen; Bd. 212). Salzburg.
- Dachs, Herbert (2004). Machtwechsel! Landtags- und Gemeinderatswahlen in Salzburg 2004. In: SJP 2003, 9–27.
- Dachs, Herbert (2001). Die Salzburger Parteienarena 1975–1989. In: Dachs, Herbert/Floimair, Roland/Hanisch, Ernst/Schausberger, Franz. Die Ära Haslauer. Salzburg in den siebziger und achtziger Jahren. Salzburg. 53–116.
- Dachs, Herbert/Wolfgruber, Elisabeth (2000). Die Landtagswahlen im Jahr 1999 – zwischen regionalen Kalkülen und bundespolitisch geprägten Stimmungen. In: Plasser, Fritz/Ullram, Peter A./Sommer, Franz (Hrsg.). Das österreichische Wahlverhalten. Wien. 261–288.
- Dachs, Herbert (1999). Vom „System der organisierten Verantwortungslosigkeit“ zur „Rückkehr des Politischen?“ Das Ende des Regierungsproporz in Salzburg. In: SJP 1999, 22–29.
- Dachs, Herbert (1995a). „Es wird kein Stein auf dem anderen bleiben?“ Über politische Veränderungen im Land Salzburg 1993–1995. In: SJP 1995, 28–53.
- Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Müller, Wolfgang C. (1995b). Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien.
- Dachs, Herbert (1993). „Politiker-Politik“ in der Falle? Bemerkungen zur Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg 1992. In: SJP 1993, 27–41.
- Dachs, Herbert (1989). „Denkzettel oder Trend?“ Die Salzburger Landtagswahl vom 12. März 1989. In: SJP 1989, 9–32.
- Dachs, Herbert (1983). Eine Renaissance des mündigen Bürgers? Über den Aufstieg der Salzburger Bürgerliste. In: ÖZP 12/1983. 311–330.
- Dahrendorf, Ralf (1987). Das Elend der Sozialdemokratie. In: Merkur 1987, Heft 12, 1021–1038.
- Dahrendorf, Ralf (1983). Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. Stuttgart.
- Dirninger, Christian (2007). Der „politische“ Wirtschaftsmanager. In: Dachs et al. (2007). Wolfgang Radlegger. Ein Mitgestalter seiner Zeit. Wien – Köln – Weimar. 85–153.

- Dirninger, Christian (2001). Wirtschaftspolitik im Wandel. Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik in der Ära Haslauer. In: Dachs et al. Die Ära Haslauer. Salzburg in den siebziger und achtziger Jahren. Wien – Köln – Weimar. 255–330.
- Dirninger, Christian (1984). Die Arbeitgebervertretung im Bundesland Salzburg (= Schriftenreihe des Landespressebüros, Serie „Salzburg Dokumentationen“, Nr. 84). Salzburg.
- Dörner, Andreas (2002). Diagnosen und Prognosen zum Kontextwandel politischen Handelns. In: ZParl 4/2002, 759–769.
- Downs, Anthony (1968). Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen.
- Drohse, Franziska (2009). Was ist heute links? Frankfurt – New York.
- Embacher, Helga/Lichtblau, Albert/Sandner, Günther (1999). Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg. Salzburg.
- Fink, Karl et al. (o.J.) Die regionale Dynamik des Salzburger Arbeitsmarktes 1971–1980. Eine Untersuchung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg. Salzburg.
- Floimair, Roland (Hrsg.) (1994). Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder. Ein Lesebuch zur Geschichte Salzburgs. Salzburg.
- Geißel, Brigitte (2006). (Un-)Geliebte Profis? Politikerverdrossenheit und Politikerprofessionalität. Daten von der lokalen Ebene. In: ZParl 1/2006. 80–96.
- Giddens, Anthony (1999). Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main.
- Grafe, Peter (1991). Tradition & Konfusion – SPD. Alle Macht den Profis. Frankfurt am Main.
- Hanisch, Ernst (1994). Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien.
- Haslinger, Josef (1987). Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich. Darmstadt – Neuwied.
- Hoeffe, Otfried (2009). Ist die Demokratie zukunftsfähig? München.
- Hösle, Vittorio (1997). Moral und Politik. Grundlagen einer Politischen Ethik für das 21. Jahrhundert. München.
- Hoffmann, Robert (2000). „Bund sozialistischer Anfänger“ – Zur Integration bürgerlicher Intellektueller im Salzburger BSA nach 1945. In: Haas, Hanns et al. Salzburg. Städtische Lebenswelt(en) nach 1945. Wien – Köln – Weimar. 247–267.
- Inglehart, Ronald (1977). The silent revolution: changing values and political styles among Western publics. Princeton, NJ: Dt.: (1989). Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt am Main – New York.
- Judt, Tony (2005). Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart. München.
- Jun, Uwe (2002). Professionalisiert, mediatisiert und etatisiert. Zur Lage der deutschen Großparteien am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: ZParl 4/2002, 770–789.
- Karlhofer, Ferdinand (2007). Wahlkampf im Schatten des Skandals. Konzepte – Korrekturen – Verlauf. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hrsg). Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. 81–101.

- Katz, Richard/Mair, Peter (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartell Party. In: Party Politics, 1. Jg. (1995), 5–28.
- Katzmann, Werner et al. (1984). Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich. Wien.
- Kaufmann, Fritz (1978). Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei von 1889 bis zur Gegenwart. Wien – München.
- Kaut, Josef (1961). Der steinige Weg. Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung im Lande Salzburg. Salzburg.
- Kießling, Andreas (2001). Politische Kultur und Parteien in Deutschland. Sind die Parteien reformierbar? In: APuZ B 10/2001, 29–37.
- Kirchheimer, Otto (1965). Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: PVS 6, Heft 1, 20 ff.
- Klaus, Josef (1971). Macht und Ohnmacht in Österreich. Konfrontationen und Versuche. Wien.
- Koller, Andreas (2004). Zwei Landtagswahlen – und was sie uns sagen. In: Wiener Jahrbuch für Politik 2003/04. Wien. 301–305.
- Kreisky, Bruno (1996). Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Wien.
- Kreisky, Bruno (1988). Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil. Wien.
- Kriechbaumer, Robert (2000). Das Ende der (partei)politischen Lebenswelten. Zur Wandlungsdynamik der Politischen Kultur der Stadt Salzburg 1945–2000. In: Haas, Hanns et al. Salzburg. Städtische Lebenswelt(en) seit 1945. 269–298.
- Kriechbaumer, Robert (1989). Die Salzburger Landtagswahl vom 12. März 1989. In: ÖJP 1989. 67–84.
- Kriechbaumer, Robert (1988). Zwischen Land und Bund. Die Salzburger ÖVP in der Ära Lechner. Salzburg.
- Langer, Jaroslav (1988). Grenzen der Herrschaft. Die Endzeit der Machthierarchien. Opladen.
- Langguth, Gerd (2001). Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU. München.
- Leser, Norbert (2008). Der Sturz des Adlers. 120 Jahre österreichische Sozialdemokratie. Wien.
- Liegl, Barbara (2006). Die SPÖ. In: Tálos, Emmerich (Hrsg.). Schwarz-blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“. Wien. 38–52.
- Liegl, Barbara/Pelinka, Anton (2004). Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt. Wien.
- Machnig, Matthias/Bartels, Hans-Peter (Hrsg.) (2001). Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation. Göttingen.
- Matzner, Egon (2001). Die vergeudete Republik. Wie sie wiederbegründet werden könnte. Wien – Klosterneuburg.
- Mauhart, Beppo (2006). Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch in Texten und Bildern. Wien.



- Mayer, Thomas (1998). *Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*. Bonn.
- Meng, Richard (2006). *Merkelland. Wohin führt die Kanzlerin?* Köln.
- Michels, Robert (1957). *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Stuttgart.
- Mooslechner, Michael (1988). Landespolitik und Landtag in der Ära Lechner. In: Dachs, Herbert (Hrsg.), *Die Ära Lechner. Das Land Salzburg in den sechziger und siebziger Jahren* (= Schriftenreihe des Landespressebüros, Sonderpublikationen Nr. 71). Salzburg. 191–218.
- Moritz, Herbert (2004). *Gesichter, Köpfe, Gestalten. Begegnungen in sieben Jahrzehnten*. Wien – Köln – Weimar.
- Moritz, Herbert (1976). *Reden und Redeauszüge. Festschrift zum Amtsjubiläum* (= Salzburg Dokumentationen Nr. 36). Salzburg.
- Moser, Klaus (2003). *Wer die Wahl hat, wird wählerisch. Wie man Politik richtig verkauft – 15 Tipps für erfolgreiche Wahlkämpfer*. Salzburg.
- Müller, Michael (2008). Politikberatung ja, aber wie und für was? In: Bröchler, Stefan/Schützeichel, Rainer (2008). *Politikberatung*. Stuttgart. 429–435.
- Netsch, Ludwig (1986). *Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg*. Diss. Salzburg.
- Neugebauer, Wolfgang/Schwarz, Peter (2005). *Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten*. Wien.
- Nickig, Eckhard (1999). Von der Mitglieder- zur Fraktionspartei. Abschied von einer Fiktion. In: *ZParl 1999*, 382–389.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried (Hrsg.) (1982). *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. Frankfurt am Main – Wien – Berlin.
- Nohlen, Dieter/Schulze, Rainer-Olaf (2004). *Lexikon der Politikwissenschaft*. 2 Bde. München.
- Nowotny, Thomas (1985). *Bleibende Werte – verblichene Dogmen. Die Zukunft der Sozialdemokratie*. Wien – Köln – Graz.
- Patzelt, Werner J. (1998). Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem. In: *PVS*, 39. Jg. (1998), 725–757.
- Pelinka, Anton (2009). *Nach der Windstille. Eine politische Autobiografie*. Wien.
- Pelinka, Anton (2005). *Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems*. Innsbruck – Wien – Bozen.
- Pelinka, Anton (1990). *Zur österreichischen Identität. Zwischen deutscher Vereinigung und Mitteleuropa*. Wien.
- Pelinka, Anton (1985). Demokratie in Österreich – Demokratie in Salzburg. Zwischen Reife und Erstarrung. In: *Salzburg – Ein Beitrag zum 40-jährigen Bestehen der Republik*. Salzburg. 7–16.
- Pelinka, Peter/Thurnher, Armin (1994). *Österreich neu. Der Report an den Kanzler: 12 Provokationen zu Themen der Zeit*. Wien.

- Plasser, Fritz/Ulram Peter A. (2007). Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006. In: dies. Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. 155–194.
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (2002). Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien.
- Plasser, Fritz/Ulram Peter A. (2000a) Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang. Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen, Szenarien. Wien. 169–195.
- Plasser, Fritz/Seeber, Gilg/Ulram, Peter A. (2000b). Breaking the Mold: Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Sommer, Franz. Das österreichische Wahlverhalten. Wien.
- Prähauser, Stefan (2000). Gerhard Buchleitner: Ein Parteiohmann in stürmischer Zeit. In: Thaler/Brenner. Gerhard Buchleitner. Ein politisches Leben. Salzburg. 20–32.
- Prisching, Manfred (2006). Die konservative Wende zum Sozialismus. In: ÖJP 2006, 159–171.
- Prisching, Manfred (1998). Die Illusion der Politik. Politiksoziologische Aspekte einer postmodernen Gesellschaft. In: Preglau, Max/Richter, Rudolf (Hrsg.). Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur. Wien. 107–132.
- Radlegger, Wolfgang (1989). Ansichtssache. Gedanken über die Zukunft Salzburgs. Salzburg.
- Radlegger, Wolfgang (1986). Auf die Zukunft setzen. Ideen und Skizzen für ein Salzburg in anderen Ansichten. Salzburg.
- Radunski, Peter (1980). Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation. München.
- Raos, Josef et al. (2009). Gemeindewahlen 2009. Gemeindevertretungswahlen, Bürgermeisterwahlen, 2 Bde. Salzburg.
- Rathkolb, Oliver (1995). Transformation der SPÖ, 1966–1970. In: Kriechbaumer, Robert/Schausberger, Franz/Weinberger, Hubert. Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus (= Veröffentlichungen der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 1). Salzburg. 199–208.
- Raus, Othmar (2000). Gerhard Buchleitner – ein verlässlicher Partner. In: Thaler/Brenner. 15–19.
- Rudolph, Karsten (1999). Die sechziger Jahre: Das Jahrzehnt der Volksparteien? In: ZParl 2/1999. 362–376.
- Salfinger, Brigitte/Breitenfelder, Ursula/Reichmann, Alexander (2004). Bewegung auf allen Ebenen. Analyse der Wählerströme bei den Landtagswahlen in Salzburg, Kärnten und Vorarlberg, bei der Bundespräsidentenwahl sowie der Wahl zum Europäischen Parlament. In: ÖJP 2004, 81–103.
- Scheer, Hermann (2003). Die Politiker. München.

- Scheer, Hermann (1995). Zurück zur Politik. Die archimedische Wende gegen den Zerfall der Demokratie. München – Zürich.
- Scheuch, Erwin K./Scheuch, Ute (1992). Cliques, Klüngel und Karrieren. Reinbek.
- Schmid, Gerhard (1999). Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983). Innsbruck – Wien.
- Schönauer, Wolfgang L. u. a. (1997). Auf den Punkt gebracht. Demokratie 92: Geburt einer Partei in Salzburg – Plädoyer für eine andere Politik. Salzburg.
- Schumpeter, Joseph A. (1950). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern.
- Schüttemeyer, Suzanne S. (1998). Fraktionen im Deutschen Bundestag. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Wiesbaden.
- Shell, Kurt L. (1989). Jenseits der Klassen. Österreichs Sozialdemokratie seit 1934. Wien – Frankfurt am Main – Zürich.
- Sickinger, Hubert (2006). Parlamentarismus. In: Tálos, Emmerich. Schwarz-blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“. Wien. 70–85.
- Steger, Friedrich Michael (1999). Die Wiederentdeckung der Peripherie – Regionalismus und Regionalpolitik in Theorie und Praxis. Diss. Salzburg.
- Steinöcher, Karl (1973). Unsere Arbeit für Salzburg. Landtagsreport der SPÖ-Fraktion 1969 bis 1974. Salzburg.
- Stranzinger, Dagmar (2001). Der Aufbruch der Frauen. In: Dachs, Herbert u. a. (Hrsg.). Die Ära Haslauer. Salzburg in den 70er und 80er Jahren. Wien – Köln – Weimar. 429–458.
- Thaler, Walter (2008a). Sternschnuppen und Fixsterne in der Politik. Quereinsteiger in Salzburg. Wien.
- Thaler, Walter (2008b). Bürgermeisterdirektwahl: Show business, big business oder demokratiepolitischer Fortschritt? In: SJP 2007, 23–45
- Thaler, Walter (2007). Kooperationsgewinne und -verluste nach der Verfassungsreform in Salzburg und Tirol (1999–2004). In: Bußjäger, Peter (Hrsg.). Beiträge zum Länderparlamentarismus. Zur Arbeit der Landtage. Wien. 31–64.
- Thaler, Walter (2006). Gefesselte Riesen. Wechsel vom Proporz- zum Majorzsystem in Salzburg und Tirol. Wien.
- Thaler, Walter/Brenner, David (2000). Gerhard Buchleitner. Ein politisches Leben. Salzburg.
- Todd, Emmanuel (1999). Die neoliberale Illusion: Über die Stagnation der entwickelten Gesellschaften. Zürich.
- Trinker, Irmgard (2006). Konsensgeprägtes „Salzburger Klima“ – auch zu Wahlzeiten? Landtagswahlkämpfe in Salzburg 1945–1970. In: Dachs, Herbert (Hrsg.). Zwischen Wettbewerb und Konsens. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1945–1970. Wien – Köln – Weimar.
- Ullrich, Peter A./Sommer, Franz (2004). Hausgemachte Siege – hausgemachte Niederlagen. Die Landtagswahlen in Salzburg, Kärnten und Vorarlberg 2004. In: ÖJP 2004, 69–84.
- Veen, Hans-Joachim (1999). Volksparteien: Die fortschrittlichste Organisationsform politischer Willensbildung. In: ZParl 2/1999. 377–381.

- Vogel, Berthold (2008). Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuen sozialer Ungleichheiten. In: APuZ 33-34/2008, 12–18.
- Voggenhuber, Johannes (1988). Berichte an den Souverän. Salzburg: Der Bürger und seine Stadt. Salzburg.
- Voithofer, Richard (2007). Politische Eliten in Salzburg. Ein biographisches Handbuch 1918 bis zur Gegenwart. Wien – Köln – Weimar.
- Walter, Franz (2009). Die SPD. Biografie einer Partei. Reinbek bei Hamburg.
- Walter, Franz (2008). Baustelle Deutschland. Frankfurt am Main.
- Walter, Franz (2004). Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder. Wiesbaden.
- Walter, Franz (2001a). Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos. In: APuZ B 10/2001, 3–6.
- Walter, Franz (2001b). Brauchen Parteien mehr Basisbeteiligung? In: Machnig/Bartels, 46–54.
- Walter, Franz/Dürr, Tobias (2000). Die Heimatlosigkeit der Macht. Berlin.
- Walter-Rogg, Melanie (2004). Eliten oder Nieten – Wie denken die Bürger über die (politischen) Führungsgruppen? In: Gabriel, Oscar W./Neuss, Beate/Rüther, Günther. Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft. Düsseldorf. 101–123.
- Walzer, Michael (1998). Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt am Main.
- Weber, Max (1992). Politik als Beruf (= Reclam Universalbibliothek 8833). Stuttgart.
- Weidenfeld, Werner (1996). Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin.
- Welan, Manfred (1999). Demokratie auf österreichisch oder Die erstarrte Republik. Wien.
- Wiesendahl, Elmar (2006). Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden.
- Wiesendahl, Elmar (2004). Elitenrekrutierung in der Parteiendemokratie. Wer sind die Besten und setzen sie sich in den Parteien durch? In: Gabriel, Oscar W./Neuss, Beate/Rüther, Günther. Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft. Düsseldorf. 124–141.
- Wiesendahl, Elmar (2001). Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: APuZ B 10/2001, 7–19.
- Wiesendahl, Elmar (1992). Volksparteien im Abstieg, In: APuZ 1992, 34–35.
- Wolfgruber, Elisabeth (1999). „Im Westen nichts Neues?“ Landtags- und Gemeinderatswahlen in Salzburg im Superwahljahr 1999. In: SJP 1999, 30–56.
- Ziesel, Ekkehard (1983). Die grüne Bewegung am Beispiel der Salzburger Bürgerliste. In: ÖJP 1983. 167–186.

## Internet

- Arnim, Hans Herbert von (2005). Die Mär vom Landtagsmandat als Fulltimejob. <http://www.hfv-speyer.de/VONARNIM/märfulltimejob.htm>. Stand: 8. 6. 2005.
- Arnim, Hans Herbert von (2004). Wahl ohne Auswahl. Die Parteien und nicht die Bürger bestimmen die Abgeordneten. <http://www.hfv-speyer.de/VONARNIM/ZRP2004.htm>. Stand: 8. 6. 2005.
- Walter, Franz (2008) . Triumph der Topdogs. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,451902,00.html>. Stand: 21. 5. 2008.
- Walter, Franz (2004). Was nicht ins Konzept passt, filtert die SPD-Spitze einfach weg. <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2004/01/15/a0249&type=98>. Stand: 31. 1. 2009.

## 3. Bildnachweis

- Die Größen der Salzburger SPÖ, © Foto Scheinast, Salzburg
- Angelobung Gerhard Buchleitner, Sept. 1989, © Franz Neumayr, Salzburg
- Porträt Gerhard Buchleitner, © Franz Neumayr, Salzburg
- Hillary Clinton, Buchleitner, © Official White House Foto, 14.7.1997
- Burgstaller, Buchleitner, Foto Kurier
- LHF Burgstaller, Bundespräsident Fischer, Foto Kurier
- LHF Burgstaller, Bundeskanzler Gusenbauer, Foto Kurier
- LHF Burgstaller mit LHStv a.D. Moritz bei der Präsentation des Buches Gesichter, Köpfe, Gestalten, © Landespressebüro Salzburg
- One-Woman-Show, © Karikatur Thomas Witzany, SN vom 15.1.2006
- LHF Burgstaller und LHStv Brenner, SPÖ-Landesorganisation
- Porträt Moritz, SPÖ-Landesorganisation Salzburg
- Bundeskanzler Helmut Schmidt, LHStv Moritz, Staatsminister Hans Jürgen Wischniewski, Foto Landespressebüro Salzburg, 1979
- LA Karl Hofmann, LHStv Moritz, LA Bgm Alois Stöllinger, SPÖ-Landesorganisation Salzburg
- Porträt Radlegger, © Fotostudio Kucera, Wien
- Künstler Hermann Kremsmayer und Beppo Bliem, Wolfgang Radlegger, Landespressebüro Salzburg, Peter Schlager
- Bgm Thaler, Bundeskanzler Vranitzky, LHStv Radlegger, © Karl Haidinger, Zell am See
- Porträt Othmar Raus, © Fotostudio Kucera, Wien
- Karikatur Othmar Raus, © Thomas Witzany, SN vom 15.12.2007
- Steinocher und Moritz, Foto Landespressebüro Salzburg
- Steinocher, Wahlplakat 1974, SPÖ-Landesorganisation Salzburg

## 4. Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angeführten Ort
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Bd	Band
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
et.al.	et alia (und andere)
f., ff.	und der, die folgende(n)
Fn	Fußnote
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GRÜNE	Partei der Grünen in Österreich
Hrsg.	Herausgeber
LH	Landeshauptmann
LHF	Landeshauptfrau
LR	Landesrat/Landesrätin
LHStv	Landeshauptmannstellvertreter
o.J.	ohne Jahr
ÖJP	Österreichisches Jahrbuch für Politik
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft
PVS	Politische Vierteljahrsschrift
SN	Salzburger Nachrichten
SJP	Salzburger Jahrbuch für Politik
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
Zs	Zeitschrift

## 5. Personenregister

Ackerl, Josef	232	Buchleitner, Gerhard	XII, 1, 5, 23, 41, 50, 114, 152, 161 f., 169 ff., 202 f., 206, 211, 213, 215, 217, 220, 247, 253 f., 256, 259 f., 280 f., 286, 307
Adenauer, Konrad	222	Buchner, Hans	148, 164, 184
Adler, Viktor	5	Burgstaller, Gabi	VIII, X, XII, 1, 5, 23, 27, 42, 50, 52, 129, 160, 191, 194, 197 ff., 202, 205 ff., 210 ff., 224 ff., 229 ff., 235, 237 ff., 247, 254, 256 f., 259 f., 266, 270, 277, 281, 283, 285, 293, 299 f., 307, 309
Adorno, Theodor W.	135	Burgstaller, Josef	211
Androsch, Hannes	36, 86, 105, 116, 118 f.	Burgstaller, Maria	211
Angerer, Albert	184, 204	Burtscher, Christian	159 f., 164, 192, 197, 202
Apeltauer, Martin	228, 307	Capek, Renatus	121
<b>Bacher, Gerd</b>	128	Carlsson, Ingvar	253
Bäck, Alfred	11, 13, 61 f., 65, 68 f., 73, 77, 80, 104, 107, 310	Cohn-Bendit, Daniel	102
Bauer, Otto	98	Czernin, Hubertus	155
Baumgartner, Josef	115, 121, 123	<b>Dachs, Edgar</b>	229
Bell, Daniel	19	Dachs, Herbert	49, 121, 165 f., 182, 184, 235, 237, 264
Bellen, Alexander van der	234	Dahrendorf Ralf	3, 19 ff., 122, 301, 304f.
Benya, Anton	105, 118, 145	Dallinger, Alfred	148, 248
Berg, Karl	147	Damian, Heinz	99
Bernhard, Thomas	101	Dechant, Josef	46, 178, 185 f., 203, 255
Bernstein, Eduard	98	Derschmidt, Luitgard	201
Biringer, Hans	100 f., 107, 142	Dichand, Hans	166, 295
Birk, Franz	187	Dinkhauser, Fritz	234, 266, 293
Blachfellner, Walter	236, 300	Dohnal, Johanna	22
Blecha, Karl	116, 142, 144 f., 155, 159, 178	Dollfuß, Engelbert	96, 98
Böhm, Alexander	193	Dollhäubl, Manfred	206
Böhm, Renate	160, 212	Downs, Anthony	16, 294
Böhmendorfer, Dieter	217	Dubček, Alexander	102
Bommer, Maria	189, 256, 309	Dutschke, Rudi	102
Bonimaier, Anton	115, 121	Duxner, Volkhart	118
Bourdieu, Pierre	303	<b>Eberl, Georg</b>	101
Brandauer, Josef	12 f., 80, 85, 90, 108, 137	Eberle, Doraja	223, 225, 233, 242
Brandstaller, Trautl	22	Ebner, Walter	47
Brandt, Willy	19, 222, 288	Eco, Umberto	266
Braun, Helmut	178	Eder, Sepp	143
Breidenbach, Heinrich	192	Einem, Caspar	52
Brenner, David	166, 189, 201, 230, 236, 243, 258, 300	Eisl, Sepp	231, 242
Brennsteiner, Anton	179, 308		
Broder, David S.	XI		
Broukal, Josef	52, 218		
Bruckmoser, Josef	230		
Brunauer, Josef	1, 11 f., 15, 38, 69, 73, 76, 83, 90, 141, 170 f., 249 f., 308		
Bucek Anton	121		
Buchinger, Erwin	221, 228, 230, 234, 244, 247, 258, 281		

Eisl, Hilde	309	Gratz, Leopold	99, 116, 155, 178
Eisl, Wolfgang	216 f., 219, 223	Gruber, Jakob	141
Elsner, Helmut	227	Gruber, Katharina	309
Emhart, Maria	11, 68 f., 307 ff.	Gruber, Manfred	47 f., 125, 188, 308
Emminger, Aloisia	95	Gross, Heinrich	100
Emminger, Karl	95 f., 134	Grunwald, Henry A.	127
Engholm, Björn	216, 286	Gusenbauer, Alfred	52, 54, 166, 218, 227 f., 232 ff., 236, 258, 264, 281, 295
Ensinger, Franz	48	Gysi, Gregor	273
Enzensberger, Hans Magnus	272		
Erlander, Tage	19		
Eypeltauer, Beatrix	185		
		Habersatter, Johann	48
<b>Fabris, Gertrude</b>	185 f.	Hagen, Johann Josef	212
Farnleitner, Hannes	128	Hagenauer, Anja	309
Fartacek, Herbert	172 f., 176, 178, 180, 182 ff., 192, 203 f., 253 f.	Haider, Jörg	18, 26, 51, 53, 126 f., 151, 155, 157, 175, 177, 184, 188, 190, 193 f., 201 f., 216, 235, 238, 256
Feichtinger, Rudolf	231	Haider, Wolfgang	201
Ferrero-Waldner, Benita	221, 224	Haidinger, Maria	196, 201, 223
Faymann, Werner	27, 33, 54, 166, 233 f., 236, 264 f., 295	Hallinger, Ernst	12, 69, 301 f.
Filzmaier, Peter	226	Hammerschmied, Helga	48
Firlei, Klaus	49 f., 173, 191, 197 f., 207, 212 f., 281	Handke, Peter	100
Firnberg, Hertha	22, 106, 150	Hanselitsch, Alois	114, 171
Fischer, Heinz	104, 116, 210, 224	Heu, Friedrich	161
Fornather, Rudolf	117 f.	Harrer, Gerhart	100
Forsthuber, Rudolf	308	Hartl, Sonja	309
Franek, Aloisia	307	Hasenöhr, Hans Peter	237
Fremuth, Walter	152	Haslauer, Wilfried sen.	15, 40, 97, 109, 111, 115, 117, 121 f., 124 f., 144 ff., 152, 154, 156, 158, 160, 163, 167, 174, 193, 220 f., 261
Freyschlag, Fritz	248 f.	Haslauer, Wilfried jun.	199, 219, 223, 233
Frischenschlager, Friedhelm	123	Haslinger, Michael	74
Furegg, Herbert	105	Havel, Vaclav	253
Fux, Herbert	105, 112 ff., 171, 190, 203	Hirschbichler, Adelheid	309
		Hirscher, Josef	308
<b>Gaitskell, Hugh</b>	129	Hirschmann, Gerhard	293
Garber, Veronika	173, 181, 184, 192	Hochleitner, Albert	97
Gasteiger, Arno	115, 125, 176, 191, 216, 219, 226, 255	Hochreiter, Karoline	192, 197
Gastinger, Karin	53	Hödlmoser, Anni	188, 309
Gaulle, Charles de	98	Höfer, Ernst	11
Giddens, Anthony	288	Hörl, Richard	112 ff., 143, 171
Glaser, Karl	72 f., 80, 103, 109	Höfferer, Uwe	228, 307
Gmachl, Wolfgang	219	Hoffmann, Johann	173, 179
Gollegger, Karl	48, 203, 206, 219, 224, 240	Hofmann, Harald	308
		Holböck, Franz	11
Grafe, Peter	44	Holzer, Anton	218
Grasser, Karl-Heinz	52, 216	Holztrattner, Hans	226



Horak, Josef	11, 68 f.	Kreisky, Bruno	5, 10, 14,
Horner, Franz	147	17, 19, 22, 29, 31, 34, 36, 43, 58, 66, 69 f.,	
Hrdlicka, Alfred	142	79, 81, 83, 90, 104, 106 f., 110, 116, 118 f.,	
Huber, Josef	184, 240	121 ff., 127, 129, 136 f., 140, 143 ff., 164 f.,	
Hüttinger, Helmut	203	175, 211, 244, 261, 269, 283, 288, 298 f.	
Hunziker	104	Kreuzer, Friedrich	47
Jallitsch, Ingrid	189	Krön, Peter	102 ff.
Janschitz, Robert	117, 141, 250	Kunesch, Herfried	150
Kahane, Karl	110	Kurz, Franz	125
Karajan, Herbert von	105 f.	Kutil, Hans	183
Karas, Othmar	211	Lacina, Ferdinand	36, 166
Karl, Elfriede	22, 107, 244, 308	Lafontaine, Oskar	216, 304
Katschthaler, Hans	116, 128, 158 f., 174,	Lassalle, Ferdinand	97 f.
	176, 191, 194, 255	Latini, Alois	118 f.
Katz, Richard	275	Lechner, Hans	63, 66 f., 72, 75, 78 ff., 84 f.
Kaut, Josef	X, 1, 12, 69, 80, 97 ff., 101 f.,		99, 103 f., 109, 111
	105 f.	Leitner, Leo	125 f.
Keller, Heinrich	166, 234	Leitner, Walter	63, 68, 79, 103, 115, 121
Kendlbacher, Fred	184	Leodolter, Ingrid	104
Kerschbaumer, Anton	48	Lettner, Harald sen.	101
Kettl, Hans	104	Lettner, Harald jun.	161, 173, 178, 180 ff.,
Keynes, John Maynard	104		253, 310
Kimml, Anton	37	Lohfeyer, Rosa	308
Kindl, Dieter	175	Lotteraner, Max	248
King, Martin Luther	101f.	Maderthaler, Leopold	128
Kittl, Eduard	38	Maier, Johann (Jacky)	192, 212, 218, 254,
Klaus, Josef	10 ff., 51, 58, 63, 66, 68, 79,		300, 308
	116, 135, 244	Maier, Kurt	308
Kläring, Franz	114	Mainoni, Eduard	53, 178, 190, 195
Klemm, Erwin	173, 183	Mair, Peter	275
Klestil, Thomas	51	Martin, Hans Peter	242 f., 299
Klima, Viktor	5, 32, 51 f.	Marx, Erich	184
Klinger, Hans	11	Marx, Karl	XII
Knoll, Gertraud	52	Masopust, Dietrich	173, 178, 181 f., 184,
Koch, Karl	181		186
Kodric, Camillo	102	Matzner, Egon	288
Köpf, Peter	117, 119, 145, 170, 307 f.	Mayr, Jakob	147
Kohl, Helmut	122, 216	Mayr, Josef	189, 256
Koller, Andreas	224, 239, 295 ff.	Mayr, Karl	121
Korosa, Karlo	161	Mayer-Maly, Theodor	212
Kothgasser, Alois	225	Maazel, Lorin	106
Krainer, Josef sen.	261	Medicus, Reinhard	163
Kramer, Hans	97	Meissner, Werner	105
Krapner, Heinz	97	Meissner-Blau, Freda	125
Krawagna-Pfeifer, Katharina	233	Menapace, Richard	190

Mengele, Josef	135	Pelinka, Anton	VIII, IX, 1, 150, 265, 280, 287
Michels, Robert	276	Pepper, Hugo	99
Mitterdorfer, Siegfried	190, 203, 223	Perterer, Manfred	171, 174, 190, 197, 282
Mittermayr, Peter	103	Peter, Friedrich	126
Mock, Alois	125, 151, 156	Petritsch, Wolfgang	52, 218
Mock, Edith	126	Peyerl, Erich Franz	179, 185, 253
Mollet, Guy	129	Peyerl, Franz	1, 5, 11, 59, 61 ff., 66 ff., 75, 91, 97, 100, 110, 185 f., 211, 247, 307
Molterer, Wilhelm	227, 233 f., 236	Pexa, Hans	12, 69, 80, 85, 90, 108, 139, 158, 195, 307
Moritz, Gotelind	111	Pfatschbacher, Margit	309
Moritz, Herbert	XII, 1, 5, 13, 19, 29, 80, 83, 85, 87 ff., 95 ff., 115 ff., 124 ff., 134, 139 f., 145, 149, 163, 202, 211, 244, 249 ff., 256, 260, 307	Pfeffer, Josef	307
Mortier, Gerard	129	Pichler, Adam	308
Mosca, Gaetano	276	Pichler, Anton	43
Moser, Elisabeth	181, 202	Pichler, Siegfried	192 f., 236, 243
Moser, Klaus	200	Pittermann, Bruno	5, 66, 68, 84, 98, 129, 136
Mosler-Törnström, Gudrun	226, 281, 309	Pitzler, Johann	123
Möbhammer, Franz	11, 59, 103	Plasser, Fritz	17, 26
Müntefering, Franz	291	Platter, Günther	231
Muliar, Fritz	149	Pluntz, Liane	188, 309
Nedwed, Johann	192	Popper, Karl R.	XI, 261
Nenning, Günther	125	Prähauser, Jakob	307
Neumayr, Anton	97, 310	Prähauser, Stefan	161, 176, 189, 195, 218, 307 f.
Neureiter, Sigune	152	Prantl, Heinz	136
Neuwirth, Susanne	224, 308	Preßl, Walter	171
Noelle-Neumann, Elisabeth	221	Preuner, Harald	48, 224, 240
Nowakowski, Friedrich	100	Preußler, Kurt	62 f., 68, 101 f., 170, 308
Nürnberger, Rudolf	51	Preußler, Robert	307
Oberlechner, Roman	48	Prisching, Manfred	265
Oberkirchner, Sepp	80, 85, 88 f., 108 f., 139, 158 f., 172, 195, 250 ff., 307	Pröll, Josef	33, 234, 236
Oberndorfer, Monika	309	Purger, Alexander	296
Olah, Franz	12, 63, 68, 79	Quehenberger, Johann	180
Ollenhauer, Erich	129	Rabl-Stadler, Helga	128
Orgonyi, Werner	180	Radlegger, Wolfgang	X, XII, 1, 5, 39 ff., 80 f., 85, 108 f., 116, 124, 132 ff., 153 ff., 170, 172 ff., 178 f., 182, 189, 193, 202, 211, 213, 233 f., 245, 247, 250 ff., 256, 259 f., 272, 280 f., 307 f.
Paarhammer, Hans	201	Radunski, Peter	44
Pacher, Gerhardt	114	Raidl, Claus	152
Pacher, Stanislaus	11, 69, 101, 310	Rainer, Wolfgang	193
Padutsch, Johann	178, 183, 192, 203, 228		
Palme, Olof	19		
Panosch, Martin	224, 240, 254		
Pasterk, Ursula	234		
Peham, Fritz	121		

Raus, Othmar	42 f., 141, 146, 158 f., 161, 170, 172, 174, 185, 187 f., 190 f., 194, 199, 202 ff., 213, 215, 217, 220 f., 230, 247 ff.	Schiedek, Christa	162
Reagan, Ronald	122	Schlager, Christa	186
Rechberger, Alois	177	Schlögl, Karl	52
Reder, Walter	123	Schmidjell, Richard	206
Reinthal, Alois	114	Schmidt, Helmut	19, 118
Reiter, Heidi	192, 202	Schmiedinger, Hans	116
Reitsamer, Annemarie	23, 307 f.	Schneeweiß, Josef	99
Renner, Karl	12, 97, 99	Schnell, Karl	49 f., 157, 184, 190, 193, 195, 198, 201 f., 214, 216, 222, 231, 237, 241 f.
Reschen, Josef	114, 119 f., 138, 147, 152 f., 161, 166, 171 ff., 177 ff., 182 ff., 189, 213, 234, 253, 310	Schönberg, Arnold	149
Rieser, Walter	123	Scholten, Rudolf	128
Riess-Passer, Susanne	52 f., 201, 216	Schorn, Fritz	12
Riezler, Ingrid	307, 309	Schorn, Josef	183
Ringhofer, Kurt	212	Schreiner, Helmut	190, 200, 223
Ritschel, Karl-Heinz	112, 183	Schröder, Gerhard	200, 216, 222
Ritter, Sebastian	147	Schüssel, Wolfgang	32, 51 ff., 218, 224, 228, 232, 264, 272
Rohracher, Andreas	13, 71	Schumpeter, Joseph A.	275
Rudas, Laura	27	Schuschnigg, Kurt	98
Ruf, Franz	231	Schuster, Veronika	309
Sabato, Larry S.	XI	Schwaighofer, Cyriak	202, 238
Sadat, Anwar Al	164	Schwemlein, Emmerich	218, 308
Sadat, Jihan Al	164	Sedlmayr, Hans	112 f.
Salcher, Herbert	119, 122	Seitz, Karl	96
Salfenauer, Heinrich	69, 80, 90, 107, 114, 170 f., 185, 249, 310	Sekanina, Karl	144 f.
Salzmann, Ferdinand	202	Sima, Hans	104
Saragat, Giuseppe	129	Simmerstätter, Franz	11
Sarcletti, Mario	150	Sinowatz, Fred	5, 34, 36, 116, 123 ff., 145, 150, 153, 244, 251
Sazenhofen, Irene	133	Skuhra, Paula	185
Schaden, Heinz	42, 47 f., 166, 184 ff., 203, 224, 228 f., 231, 240, 243, 258, 300, 310	Solarz, Nicole	309
Schäffer, Gerhard	116, 125 f., 128, 191	Spitzzy, Reinhard	200
Schärf, Adolf	5, 97 f.	Springle, Maria	22, 69, 307, 309
Scharer, Erika	218, 228, 236, 242, 308	Sprohar, Ilse	142
Scharping, Rudolf	216, 286	Stadler, Ewald	216
Schattauer, Peter	178, 184	Stadlober-Steiner, Roswitha	201
Schausberger, Franz	42, 49, 107, 116 f., 164, 185, 191, 195 f., 200 ff., 206, 219 ff., 239, 247, 255, 257	Steger, Norbert	123 f., 127
Scheer, Hermann	21, 295	Steidl, Albert	115
Scheidl, Hans Werner	138	Steidl, Walter	230
Schellhorn, Heinrich	202	Steindl, Katharina	308
Schiedek, Bernd	160 ff.	Steiner, Waldemar	121
		Steinocher, Karl	VIII, XII, 1, 5, 11 ff., 19, 23, 38 f., 57 ff., 64, 68 ff., 77 ff., 95, 100, 102, 108 ff., 115, 133, 136 ff., 175, 211, 260, 307 f.
		Stocker, Helmuth	179, 185, 187, 192, 308

Stockinger, Walter	38, 73, 89, 104, 111, 116 f., 249 ff.	Waggerl, Karl Heinrich	134
Stöllinger, Alois	110, 249	Wagner, Abt Nikolaus	201
Stoiber, Edmund	216	Wagner-Schöppl, Gertraud	201
Strache, Heinz-Christian	26, 53, 241, 243, 277	Waldheim, Kurt	34, 126 f., 150, 253
Strebl, Anita	309	Wallnöfer, Eduard	104, 261
Stuchlik, Inge	117, 146, 158 f., 188, 213, 251, 309	Wally, Leopold	140, 308
Süka, Max	90, 170	Wanner (Ossberger), Hilde	254, 307, 309
Suko, Herbert	193, 212	Weber, Max	199, 273 f.
		Weichenberger, Josef	308
		Weißkind, Josef 1, 12, 62 f., 66, 69, 75, 80, 100, 104, 195	
		Wesenauer, Franz	11
Taus, Josef	110, 116, 152	Westenthaler, Peter	52 f.
Tauschitz, Viktor	307	Wielandner, Hermann	11, 68, 90, 308
Tazl, Doris	223, 240	Widrich, Gerheid	158, 189
Thaler, Walter	VIII, X, XII, 46, 50, 119, 161, 163, 175, 179, 188, 191, 194, 196, 198 ff., 202, 206 f., 220, 255 f., 258	Widrich, Hans	102f.
Thaller, Robert	201	Wiesner, Sepp	121, 123
Thatcher, Margaret	122	Winkler, Volker	157, 159, 175 f., 178, 184
Thuswaldner, Anton	180	Witternigg, Anna	97, 307
Todd, Emmanuel	263	Wörndl, Heide lore	308
Tucholsky, Kurt	262	Wohl, Hans	90, 107, 148
Typpl, Heimo	47	Wolfgruber, Rupert	189
		Wondrak, Gertrude	22
		Wowes, Therese	307
Ullram, Peter A.	17, 26	Zambelli, Franz	47
Veichtlbauer, Ricky	23, 125, 147, 161, 172 f., 184, 187 ff., 194, 213, 254, 307 ff.	Zeillinger, Gustav	101
Verzetnitsch, Fritz	129, 227, 272	Zezula, Thomas	200
Viertler, Wolfgang	48, 236	Ziesel, Ekkehard	120
Voggenhuber, Johannes	121, 143, 152 f., 164, 238	Zilk, Helmut	125, 251
Voithofer, Josef	11, 308	Zillner, Karl	12, 72, 85, 108, 116, 119, 123, 137, 141, 249
Voves, Franz	270	Zuckmayer, Carl	101
Vranitzky, Franz	5, 18, 31 f., 34, 36, 126 ff., 150 f., 153 ff., 163 ff., 176, 185 f., 188, 234, 253, 261, 282	Zwink, Eberhard	77 f.
		Zyla, Hans	114, 116, 120 f., 159, 161

## Bei Braumüller erschienen



Walter Thaler

### **Sternschnuppen und Fixsterne in der Politik** Quereinsteiger in Salzburg

Walter Thaler, Politologe, langjähriger Bürgermeister von Zell am See sowie Klubvorsitzender und Zweiter Präsident des Salzburger Landtages untersucht die Rollen und Karrieren von Salzburger QuereinsteigerInnen in Regierungs- und Parlamentsfunktionen.

*Studien zur politischen Wirklichkeit,*  
Bd. 22. Hg. von Anton Pelinka.  
ISBN 978-3-7003-1670-1,  
Kart., 156 Seiten, € 22,90

Walter Thaler

### **Gefesselte Riesen** Wechsel vom Proporz- zum Majorzsystem in Salzburg und Tirol

Der Autor analysiert den Übergang von einem feststehenden politischen System zu einem anderen, nämlich vom Proporz- zum Majorzsystem, der im Jahr 1998 in den Ländern Salzburg und Tirol vollzogen wurde. Ist die Demokratiequalität in den beiden Bundesländern gestiegen, der Reformstau der Politik aufgehoben worden? Hat der in der Verfassungslehre normierte Dualismus von Regierung und Parlament eine Verstärkung erfahren? .

*Studien zur politischen Wirklichkeit, Bd. 17.*  
Hg. von Anton Pelinka.

ISBN 978-3-7003-1557-5, Kart. 318 S., € 26,90



**WILHELM BRAUMÜLLER**

Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H. · A-1090 Wien, Servitengasse 5  
Tel.: (+43 1) 319 11 59 · Fax: (+43 1) 310 28 05,  
E-Mail: office@braumueller.at · [www.braumueller.at](http://www.braumueller.at)